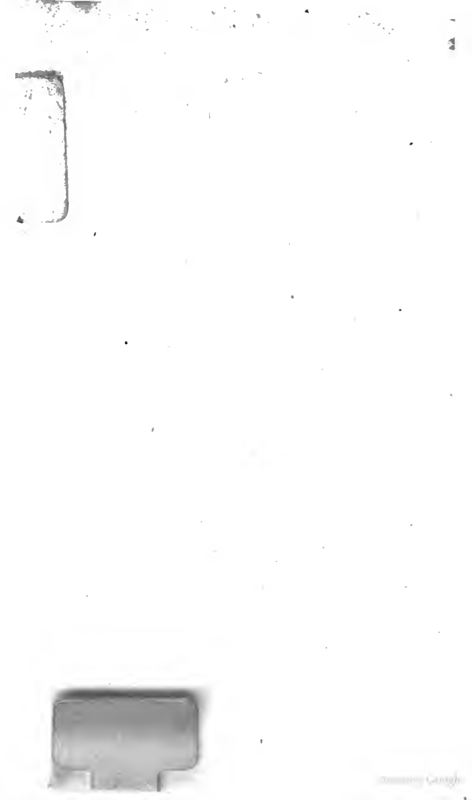
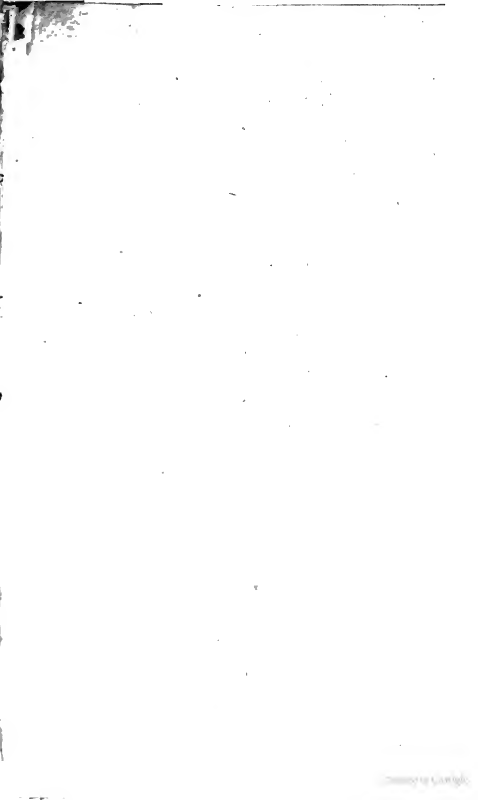






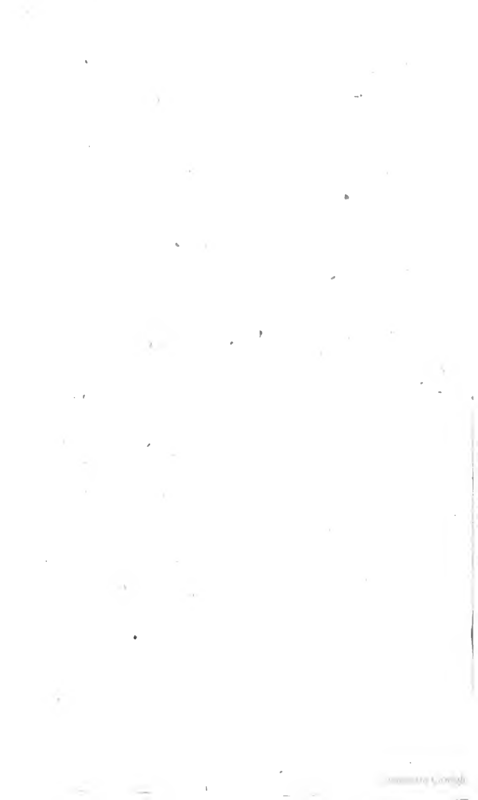
OEFFENTLICHES RECHT

DES

TEUTSCHEN BUNDES

UND DER

BUNDESSTAATEN.



OEFFENTLICHES RECHT

DES

TEUTSCHEN BUNDES

UND DER

BUNDESSTAATEN

VON

JOHANN LUDWIG KLÜBER.

ZWEITE ABTHEILUNG,

ENTHALTEND DAS STAATSRECHT TEUTSCHER BUNDESSTAATEN.

Zweite, sehr vermehrte und verbesserte Auflage.

FRANKFURT A. M.

IN DER ANDREÄISCHEN BUCHHANDLUNG.

1822.



ZWEITER THEIL.

STAATSRECHT

DER

TEUTSCHEN BUNDESSTAATEN.

I. Capitel.

Der Staat und das Staatsoberhaupt.

§. 176.

Zweifacher Charakter der Bundesstaaten. Sie sind europäische Staaten. Ihre Staatshoheit oder Souverainetät; sowohl Unabhängigkeit als auch Staatsgewalt. Rechtlicher Entstehungsgrund und RealEigenschaft der Staatshoheit.

I) Der politische Charakter eines teutschen Bundesstaates, ist zweifach. Er hat die Eigenschaft eines Mitgliedes des teutschen Bundes, und diejenige eines unabhängigen Staates a). II) Ver-

möge der ihm eigenthümlichen Souverainetät und seiner geographischen Lage, ist jeder zu dem teutschen Bund gehörende Staat, zugleich ein europäischer Staat, und zwar für sich, das heifst, unabhängig von seiner Verbindung mit dem teutschen Staatenbund (§ 160 u. 460 u. ff.). Fünf Bundesfürsten (§. 94) bezeichnet ein diplomatischer Sprachgebrauch (§. 152[†], a) als solche, die zugleich europäische Mächte sind, nur in dem Sinn, dafs sie zugleich Oberhäupter von europäischen souverainen Staatsgebieten sind, die nicht zu dem teutschen Bund gehören. Alle Staaten dieser fünf Mächte, sind europäische, aber sie sind theils zu dem teutschen Bund gehörend, theils bundesfrei, und nicht sowohl die Art der Vereinigung beider (ob sie dinglich, oder, wie bei Hannover, nur persönlich ist), als vielmehr ihre geographische Trennung, kann in vorkommenden Fällen practisch wichtige Folgen haben. Demnach ist ein teutscher Bundesstaat, nicht Gegensatz eines europäischen Staates. III) Jedem teutschen Bundesstaat gebührt die Staatshoheit oder unabhängige Staatsgewalt (Souverainetät[b]) im weitern Sinn), der Inbegriff aller Rechte, welche einem unabhängigen Staat in Hinsicht auf den Staatszweck zustehen. Hierunter sind begriffen: 1) die politische Unabhängigkeit (Souverainetät im engern Sinn), das Recht politischer Persönlichkeit oder Selbstständigkeit, im Verhältnifs zu jedem andern Subject; 2) die Staatsgewalt (im engern Sinn), die Gewalt zu dem Zweck des Staates. III) Der rechtliche (nicht überall auch der historische) Entstehungsgrund der Staatshoheit in den Bundesstaaten, ist zu suchen in Unterwerfung durch Vertrag, ausdrücklichem oder stillschweigendem[c]). IV) Die Staatshoheit haftet, als Realrecht, auf dem Lande[d]). Mit solchem, geht ihre Ausübung für das regierende Subject verloren[e]).

a) Pariser Friede v. 30. Mai 1814, Art. 6. Acte final du congrès de Vienne, art. 53. BundesActe, Eingang u. Art. 1.

Klüber's Staatsarchiv des teutschen Bundes, Heft I, S. 39 f. — In Hinsicht auf Souverainetät, sind die *freien Städte* den monarchischen Bundesgliedern gleich zu achten. Bundes-Acte, Art. 2. Das Prädicat «souverainen» in dem 1. Art. und in dem Eingang dieser Acte, ist so wenig der Gegensatz von «freien» als in dem Art. 18 das Wort «verbündeten» dem Wort «freien» entgegengesetzt ist. Vergl. Tittmann's Darstell. der Verfafs. des t. Bundes, S. 22, Note *. — Volle Unabhängigkeit haben die jetzigen Bundetstaaten erst nach Aufhebung ihrer Unterordnung unter die Reichs-Staatsgewalt erlangt: aber darum sind ihre Regenten *nicht Rechtsnachfolger* des *teutschen Reichs* in dem Sinn geworden, dafs die ReichsStaatsgewalt für ihren Landesbezirk auf sie übergegangen wäre. Für solchen ist dieselbe erloschen. Vergl. §. 6, 31, 51[b] u. 176[a]. Ueber die Souverainetät der t. Bundesstaaten (Auszug aus der Schrift: Beiträge zur Prüfung von Tagesmeinungen über Politik, Staatsrecht u. Staatswirthsch. Deutschl. 1816. 8.), in der Allgem. Zeitung, 1817, Beil. 61 u. 62.

b) Das Wort *Souverainetät* wird anderswo, ohne den weitern und engern Sinn zu unterscheiden, in verschiedenem Sinn gebraucht, und bald dem Staat, bald dem regierenden Subject, bald beiden zugeschrieben. Von dem Letzten s. Rhein. Bund, III. 382 f., verglichen mit v. Berg's Abhandlungen zu Erläuter. der rheinischen BundesActe, Th. I, S. 284 f. — Andere verstehen unter Souverainetät, immer die Staatshoheit oder unabhängige Staatsgewalt überhaupt (Summa rerum). Klüber droit des gens, §. 21. Rheinische BundesActe, Art. 4, 8 u. 31. Napoleon's Erklärung an die teutsche Reichsversammlung v. 1. Aug. 1806, in Klüber's Staatsr des Rheinbundes, §. 79, Note *a*. v. Berg a. a. O. S. 277. — Oder blofs die politische Unabhängigkeit. De Martens droit des gens (1801. 8.), §. 16. v. Berg a. a. O. S. 117 u. 285 f. v. Almendingen, in d. Rhein. Bund, LIII. 184 f. Napoleon's Erklärung an den Fürsten Primas v. 11. Sept. 1806, in Klüber's angef. Staatsr., §. 79 Note *a*. — Oder die höchste Gewalt oder Staatsgewalt im engern Sinn. Rheinische BundesActe, Art. 7, 17 bis 20, Art. 22, 23, 25 u. 27. v. Berg a. a. O., S. 117 u. 285 f. Rhein. Bund, V. 263. — Oder die Oberhoheit eines teutschen SouverainStaates, im Verhältnifs zu der Standesherrlichkeit, zum Theil auch der Grundherrlichkeit, Rhein. BundesActe, Art. 21, 23, 24—27, 29 u. 30. — Vergl. auch Europ. Annalen, 1806, IX. 242, Note *. Rhein. Bund, VI. 419. IX. 346 ff. XXXI. 3 ff. XXXVI. 128 ff. XLIX. 76 u. 79. LIV. 410 ff. P. J. Florft.

in Cromf's und Jaup's Germanien, Bd. IV, St. 1, Num. 1; St. 3, Num. 16. — Von den Erörterungen über das Beiwort «souverain», in dem ersten Art. der t. BundesActe, s. Klüber's Uebersicht der dipl. Verhandl. des w. Congr. S. 156 u. 257. *Ebendefs.* Acten des wien. Congr. Bd. II, S. 344, 402 u. f., 454, 459 u. 493 f. Oestreich erklärte, dafs «in neueren Zeiten *despotische* Rechte mit SouverainetätsRechten confundirt worden seyen». Ebendas. II. 109.

c) Vergl. oben §. 1 u. 2. J. F. X. v. Epplen's Geist der teutschen TerritorialVerfassung. Frankf. 1803. 8. Damit scheint auch, nach aufgehobener t. Reichsverbindung, übereinzustimmen, N. T. Gönner über das rechtl. Princip der teutschen TerritorialVerfassung; vor L. Himmelstoss Entwickel. des Begriffs der Regalität (Landsh. 1804. 8.), S. 17—19, 22 u. 27. — In dem Eigenthumsrecht an Grund und Boden des Landes, findet den rechtlichen Entstehungsgrund, C. S. Zachariä, in s. Geist der t. TerritorialVerfassung. Leipz. 1800. 8.

d) In ehemaligen *reichsunmittelbaren Stiftlanden* oder geistlichen Wahlstaaten, stand, sede plena und sede vacante, die *Substanz*, der als RealRecht auf dem Lande haftenden Landeshoheit, mithin auch diejenige aller einzelnen darunter begriffenen Hoheitsrechte oder Regalien, gleich allem Andern was in patrimonio ecclesiae war, weder dem jedesmaligen Prälaten oder Stiftvorsteher zu, noch dem Capitel, diesem namentlich nicht vermöge einer hie und da behaupteten Erb- und Grundherrschaft, sondern einzig der moralischen Person des geistlichen *Stiftes* (universitatis ecclesiasticae). J. H. Böhmer jure eccles. protestant., lib. III. lit. 5. § 30. A. J. Schnaubert's Lehrb. des teut. Staatsr. Bd. I, §. 150. Jos. v. Sartori's geistl. u. weltl. Staatsr. der teutschen katholischen geistl. Erz-, Hoch- und Ritterstifter, Bd. II, Th. 2, Abschn. 2, §. 1915 u. 1926.

e) J. H. a Seelen difs. de modis finiendi superioritatem territorialem. Lips. 1730. 4. — Vergl. §. 250.

§. 177.

Majestät, Staatsvertretung u. Staatsregierung des Regenten. Verfassungsmäsiger Regent. Unverletzbarkeit.

I) Der Regent eines teutschen Bundesstaates, ist berufen zu dessen Vertretung und Verwaltung. Ihm, als Inhaber der Staatshoheit, gebührt:

1) die Majestät, die erhabenste Würde; 2) die Vertretung des Staates, in dessen Verhältnifs nach Aussen; 3) die Staatsregierung, die Ausübung der Staatsgewalt im Innern, für den Zweck des Staates[a]). II) So fern entweder in der Vertretung oder in der Regierung des Staates, oder in beiden, dem Regenten positive Schranken gesetzt sind, wie in den Bundesstaaten nach Vorschrift des 13. Artikels der BundesActe, ist dieser ein verfassungsmäsiger (constitutioneller) Regent, das heifst, zu Beobachtung der durch die Staatsverfassung ihm vorgeschriebenen Einschränkungen vollkommen verpflichtet. Hat der Staat eine Volksvertretung (§. 217), so ist der Regent ein ständisch-verfassungsmäsiger. III) Die Person des Regenten ist unverletzbar, in welchem Sinn ihr eine gewisse Heiligkeit zugeschrieben wird[b]).

a) Die Staatsregierung oder Oberherrschaft ist daher, ihrer *Natur* nach, *eingeschränkt*. Erklärung der Fürstin Pauline zur Lippe, v. 25. Mai 1807, in d. Rhein. Bund, XI. 233. Erklärung der *hannöverischen* Gesandschaft auf dem wiener Congrefs, in Klüber's Acten d. w. C., Bd. I, Heft 1, S.68 f. *Oestreichische*, *preussische* und *hannöverische* Erklärungen auf dem wiener Congrefs, über die Rechte der Unterthanen, in Klüber's Uebersicht d. dipl. Verhandl. des w. Congr., S. 129 f. u. 244 ff. — Sidney sur le gouvernement, T. II, p. 238. Pütter's Beyträge, Th. I, S. 317 ff. Fr. Ancillon über Souverainetät u. Staatsverfassungen. Berlin 1815. 8. 2. Aufl. 1816. *Ebenders.* über die Staatswissenschaft. Berlin 1820. 8. C. C. Dabelow über Souverainetät, Staatsverfassung und RepräsentativForm. 1816. 8. F. L. v. Hornthal über Souverainetät, Staatsverfassung u. RepräsentativForm; zur Beleucht. d. Schrift des Hrn. Dabelow. Bamb. 1816. 8. (Auszug in der Allemania, Bd. VII, S. 282—284, vergl. mit d. Neuen Allemania, Bd. II, S. 97 ff.) (Krug) Die Fürsten u. Völker, in ihren gegenseitigen Forderungen. Leipz. 1816. 8.

b) *Baier.* Verfafs. Urk. 1818, Tit. II, §. 1. *Badische* Verfafs. Urk. 1818, §. 5. *Wirtemb.* Verfafs. Urk. 1819, §. 4. Vergl. unten §. 190 u. 215. *CoburgSaalf.* Gesetz, die ständ. Verfafs. betr., 1821, §. 3. Klüber's droit des gens, §. 203.

§. 178ª.

Staatsverfassung der freien Städte.

1) *Ueberhaupt.*

I) In den vier freien Städten, steht die Staatshoheit, ihrer Substanz nach, der Stadtgemeinde zu *a*). II) Ausgeübt wird dieselbe von dem Rath oder Senat (Bürgermeister und Rath), als der höchsten, sowohl obrigkeitlichen, als auch die ganze Stadt repräsentirenden Staatsbehörde; jedoch für bestimmte Gegenstände, namentlich bei Errichtung der Gesetze, und bei Festsetzung der öffentlichen Abgaben und Ausgaben *b*), unter verfassungsmäsiger Mitwirkung der Bürgerschaft, oder eines stellvertretenden Ausschusses derselben *c*). Einem Ausschufs dieser Art gebührt, nach der besondern Stadtverfassung, die Sorge für Aufrechthaltung der Stadtverfassung, und Mitwirkung selbst bei manchen laufenden Geschäften, namentlich Gegenaufsicht der Finanzverwaltung *d*). III) Bei Errichtung, Revision, Aenderung, oder Aufhebung der Staatsgrundgeseste, tritt das Stimmrecht aller ActivBürger oder ihrer Stellvertreter ein *e*). IV) Auf dem wiener Congrefs ward, in den Verhandlungen über den teutschen Bund, der Wiedereintritt dieser vier Städte in die Freiheit, und ihr Recht auf die Rückkehr zu ihrer alten Verfassung anerkannt *f*).

a) In dem *hamburg.* HauptRecefs v. 1717, Art. 1, wird als «unwiderrufliches FundamentalGesetz festgestellt, «dafs in dieser Stadt das Κυριον oder die höchste Herrschaft (das höchste Recht und Gewalt) bei Einem Edlen Rath und der Erbgesessenen Bürgerschaft inseparabli nexu conjunctim, und zusammen, nicht aber bei einem oder andern Theil privative, bestehe». Dagegen «verbleiben E. E. Rath, so viel das Exercitium u. resp. die Abnützung oder Genufs etc. betrifft», die festgesetzten Gerechtsame. Man s. Unwiderrufl. FundamentalGesetz, Regimentsform, oder HauptRecefs der Stadt Hamburg. Mit e. Einleit. v. L. v. Hess (Ohne Druckort, 1782. 8.),

Art. 1, 5 u. 39. — Die ConstitutionsErgänzungsActe der Stadt *Frankfurt* v. 1816, Art. 5, bestimmt, dafs «alle, der Stadt zustehenden Hoheits- u. SelbstVerwaltungsrechte, in ihrem weitesten Umfang, auf der Gesammtheit ihrer christlichen Bürgerschaft beruhen».

b) In *Hamburg* und *Bremen* geschieht beides durch Rath- und Bürgerschlüsse, wozu in Hamburg die von dem Rath in jedem geeigneten Fall zu convocirende Gesammtheit der ActivBürger, die Erbgesessene Bürgerschaft genannt, entscheidend mitzuwirken hat, nach Art. 16 des angef. HauptRecesses, und eben so in Bremen die bürger-conventfähigen Bürger; in *Lübeck*, von «E. hochweisen Rath mit Zustimmung, oder nach getroffener Uebereinkunft mit der ehrliebenden Bürgerschaft». Zu *Frankfurt* ist, in der angef. Constit.ErgänzungsActe, Art. 17. dem gesetzgebenden Körper eingeräumt: die Gesetzgebung überhaupt, mit Ausnahme der GrundverfassungsGesetze, die Besteuerung, die Anwendung der bewaffneten Macht, die Sanction aller Staatsverträge, die Uebersicht des Staatshaushaltes, die Einwilligung zu Veräusserung städtischer Gemeindegüter, die Bewahrung und Erhaltung der Verfassung, u. s. w. Auch in *Hamburg*, kann die Genehmigung der Bürgerschaft durch einen Rath- und Bürgerschlufs geschehen. Beispiele in der Samml. der hamb. Verordnungen, v. 1815, S. 146; 1818, S. 268; 1820, S. 187 u. 373.

c) In *Hamburg* sind die bürgerlichen Collegien, der Oberalten, bestehend aus 15 Mitgliedern, der Sechziger, und der Hundert u. Achtziger; desgl. die Verordneten der Kämmerei. Man s. den unten (Note g des folgenden §.) angef. UnionsRecefs v. 1712. — In *Lübeck* sind zwölf bürgerliche Collegien, deren jedes durch eine bestimmte Anzahl von Aeltesten vertreten wird, überdiefs sind dreissig Deputationen, für allerlei Verwaltungsgegenstände, öffentliche Anstalten u. Gewerbe. — In *Bremen* bestehen, ein Collegium der Aeltermänner von 17 Mitgliedern, u. eine provisorische RegierungsCommission, worin 8 aus dem Rath u. 25 Repräsentanten der Bürgerschaft, unter welchen 4 von jenen u. 12 von diesen die provisorische FinanzDeputation bilden; überdiefs bestehen Deputationen für Schofserhebung, TilgungsFonds, fromme Stiftungen, Versorgungsanstalten u. a. m., alle zusammengesetzt aus dem Rath und der Bürgerschaft. — Zu *Frankfurt* überträgt, in der angef. Constit.ErgänzungsActe, Art. 8, die christliche Bürgerschaft die Ausübung der Hoheitsrechte drei aus ihrer Mitte u. Autorität ausgehenden Behörden: 1) der gesetzgebenden Versammlung oder dem gesetzge-

benden Körper; 2) dem Senat, als obrigkeitlichem Collegium; 3) dem ständigen Bürgerausschufs. Die erste besteht aus 20 Mitgliedern des Senats, aus 20 Mitgliedern des aus 51 Bürgern bestehenden ständigen Bürgerausschusses, aus 45 Personen, die aus der übrigen Bürgerschaft gewählt werden. Der Senat hat auf der ersten Bank 14 Schöffen, auf der zweiten 14 Senatoren, auf der dritten 14 Rathsverwandte, von welchen 12 aus den zünftigen Handwerkern, die 2 übrigen aus der übrigen nicht zünftigen Bürgerschaft gewählt werden. Aus den Mitgliedern der ersten Bank, wird der ältere, aus denen der zweiten der jüngere Bürgemeister jährlich gewählt.

d) In *Hamburg* haben die Oberalten für Aufrechthaltung der Stadtverfassung zu wachen. — In *Frankfurt* ist der Senat, in bestimmten Verwaltungsfällen, an die Einwilligung des ständigen Bürgerausschusses gebunden. Ueberdiefs bestehen, ausser dem engern oder Verwaltungsrath, als Verwaltungsämter, eine geheime RathsDeputation, eine CentralFinanz-Commission, zusammengesetzt aus Gliedern des Senats u. des ständigen Bürgerausschusses, u. eine Handelskammer. Constit.Ergänz.Acte v. 1816, Art. 25 u. 26. Neun hiezu erwählte Mitglieder des ständigen Bürgerausschusses, bilden das RechnungsRevisionsCollegium, früher NeunerCollegium genannt. Ebendas. Art. 49.

e) Constit.ErgänzungsActe der Stadt *Frankfurt*, 1816, Art. 17 und 60, wo zugleich die authentische Erklärung aller Artikel dieser Acte der gesetzgebenden Versammlung beigelegt wird. Vergl. das jener Acte vorgesetzte RathsPublicandum v. 19. Jul. 1816. Vergl. den hamburg. HauptRecefs v. 1712, Art. 16 u. 53.

f) BundesActe, im Eingang u. Art. 1, 4, 6 u. 12. Erörterungen in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 80, 129, 135 ff.

§. 178b.

2) *Jeder von den freien Städten insbesondere.*

Nach solchen Grundsätzen, hat I) die freie Stadt Frankfurt ihre frühere Verfassung *a*), wie dieselbe durch Privilegien, Verträge, insbesondere den Bürgervertrag von 1613, kaiserliche Resolutionen, reichsgerichtliche Entscheidungen, Verordnungen und Herkommen festgesetzt war, wieder hergestellt und im J. 1816 durch

ein nenes Statut [b]) ergänzt, mit Beobachtung der in der SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 46, enthaltenen Vorschriften; worin zugleich der Bnndesversammlung ein Entscheidungsrecht übertragen ist, in Streitigkeiten, die etwa über Errichtung und Handhabung der Verfassung entstehen (§ 157). II) Die freie Hansestadt Bremen hat, nach Wiederherstellung [c]) ihrer alten Verfassnng [d]) im Jahr 1813, über einzelne Gegenstände verschiedene nëue Statute [e]) errichtet; doch mit ausdrücklichem «Vorbehalt der durch die Verfassungsurkunde künftig festzusetzenden Bestimmungen» [f]). III) Unter ähnlichem Vorbehalt, hat die freie Hansestadt Hamburg, im Jahr 1814, ihre frühere Verfassung [g]) wieder hergestellt [h]). IV) Eben so die freie Hansestadt Lübeck [i]), im Jahr 1813. V) Den Bewohnern der städtischen Landgebiete, ist eine förmliche Repräsentation in dem Rath und auf BürgerConventen, namentlich in Hinsicht auf Gegenstände der auch sie mit betreffenden Gesetzgebung nnd Besteuernng, bis jetzt nicht eingeräumt [k]). VI) Die Bestimmnngen der wiener SchlufsActe von 1820, in Beziehung anf die in dem 13. Artikel der BnndesActe verordnete landständische Verfassung in allen Bundesstaaten, sind auf die freien Städte so weit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen [l]).

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 171. u. in Klüber's Lit. 197. Gedrängte Darstellung u. Inbegriff der wesentlichsten Bestandtheile der alten — — Verfafs. der freien Stadt *Frankfurt*. Frankf. 1816. 8. Nobbmann a. unten angef. O., S. 2820 u. ff. — Die fürstl primatische Organisation der Stadt Frankf. v. 10. Oct. 1806, findet man in d. Rhein. Bund, u. in den unten (Note *b*) angef. Constitutionen, Th. II, S. 372, so wie die Constitution des Grofsherzogthums Frankf. v. 16. Aug. 1810, ebendas. Th. II, S. 235.

b) ConstitutionsErgänzungsActe der freien Stadt *Frankfurt* (errichtet unter Abstimmung der gesammten Bürgerschaft, und mit Beistimmung einer sehr grossen Mehrzahl derselben, publicirt durch Rathsverordn. v. 19. Jul. 1816). Frankf. 1816. 8. Auch in der Gesetz- u. StatutenSammlung der fr. St. Frankf.,

Bd. I (Frankf. 1817. 8.), S. 1—70, u. in den Constitutionen der europ. Staaten, Th II (Altenb. u. Leipz. 1817. 8.), S. 385 ff. Ein Auszug in J. C. Bisinger's vergleichender Darstell. der Staatsverfassungen der europ. Monarchien u. Reiche (Wien 1818. 8.), S. 286 — 292. C. S. Müller's vollständ. Samml. der kaiserl. in S. Frankf. c. Frankf. ergang. Resolutionen u. a. dahin einschlagender StadtverwaltungsGrundgesetze. Abth. I — III. Frankf. 1785. Fol. (In der I. Abth., S. 18 — 291, steht der Bürgervertrag v. 1613.)

c) Bekanntmachung v. 6. Nov. 1813; in der Sammlung der Verordnungen u. Proclame des Senats der freien Hansestadt *Bremen*, Band von 1813 u. 1814 (Bremen 1814. 8.), S. 1.

d) Grundgesetze der kaiserl. u. reichsfreien Stadt *Bremen*; enthaltend die Tafel (1433) u. die neuesten Statuten, (nämlich) die Neue Eintracht (1434) u. die Kündige Rolle (1489), u. verschiedene Eidesformeln. Aus der niedersächs. Urschrift übersetzt, mit Vorbericht u. Sachregister, v. C. N. Roller. Bremen 1798. 8. Die Kündige Rolle steht auch, im Urtext, in Gerh. Oelrichs Samml. alter u. neuer Gesetzbücher der — — Stadt Bremen (Bremen 1771. 4.), S. 647 ff. — G. P. H. Norrmann's Handbuch der Länder u. Völkerkunde, Bd. I, Abth. 5 (Hamb, 1787. 8.), S. 3089 u. f. (Herm. v. Post. Histor. Nachrichten u. s. w. 1768. 4. u. in C. L. U. Jäger's Magazin für die Reichsstädte, Bd. VI (Ulm 1797. 8.), Num. 11. Ch. de Villers, constitutions des trois villes libres anséatiques. Leipsig 1814. 8., wo die Constitutionen der Hansestädte teutsch und französisch abgedruckt sind. Bisinger a. a. O., S. 292 ff. Schriften in Pütter's Lit. III. 171. u. Klüber's Lit. 196. — Zwei von einer Raths- u. BürgerDeputation im J. 1814 entworfene Plane, der eine zu einer verbesserten Verfassungsurkunde, der andere zu einer Supplementar-ConstitutionsActe, stehen in den, in 3 Lieferungen (ohne Druckort, 1815 in 8.) erschienenen Freimüthigen Bemerkungen über die neuen Konstitutionen der freien teutschen Reichsstädte, in der 2. u. 3. Lieferung.

e) Z. B. Statut über die Rathswahlen (Wahl der Rathmänner), v. 20. März 1816, und Rath- und Bürgerschlufs über die BürgerConvente zu Fassung der Bürgerbeschlüsse, v. 11. Dec. 1818; beide in der angef. (bremer) Sammlung der Verordnungen, Band von 1816, S. 14 ff., Band von 1818, S. 136.

f) Worte des angef. Rath- und Bürgerbeschlusses v. 11. Dec. 1818.

g) HauptRecefs (FundamentalGesetz u. RegimentsForm) der Stadt *Hamburg*, errichtet zwischen E. E. Rath u. der Erbgesessenen Bürgerschaft, am 15. Oct. 1712 (mangelhaft in

Lünig's Reichsarchiv, P. spec., Contin. IV., p. 1225); in der oben (§. 178ᵃ, *a*) angef. Ausgabe von Hess, S. 1—86. Eine Reihe von Beilagen dazu; ebendas. S. 87—170. Unions-Recefs (von 1710), näml. von den (bürgerlichen) Collegien insgemein, von den Oberalten, von dem Collegium der Sechziger, von dem Collegium der Hundert und Achtziger, den 5. Oct. 1712 zwischen E. E. Rath u. der löbl. Erbgesessenen Bürgerschaft approbirt u. confirmirt; ebendas. S. 171—198. Reglement der Rath- u. BürgerConvente, von 1710, eine Beilage zu Art. 21 des HauptRecesses v. 1712. (Joh. Klefeker's) Sammlung der hamburg. Gesetze u. Verfassungen, sammt histor. Einleitungen. Bd. I—XII. Hamb. 1765 u. ff. Register dazu, mit Vorr. v. Gottfr. Schütze. Hamb. 1774. 8. — Villers a. a. O. Bisinger a. a. O., S. 292 ff. Schriften in Pütter's Lit. III. 171. u. Klüber's Lit. 198. — In Hamburg heifst die Gesammtheit der ActivBürger, d. h. die zur *Bürgerei* (Bürgerversammlung) zu kommen berechtigt sind, im eigentlichen Sinn die *Bürgerschaft* oder auch die *Erbgesessene Bürgerschaft*, abgetheilt in 5 Kirchspiele. Dieselbe besteht theils aus ordentlichen hiezu erwählten Mitgliedern, die jedesmal bei Strafe zur Bürgerei kommen müssen, theils aus freiwilligen, die darin zu erscheinen befugt sind, entweder wegen eines bürgerlichen Amtes, oder wegen so genannter Erbgesessenheit, d. h. wegen des Besitzes eines freien Vermögens in Häusern oder Grundstücken von 1000 Rthlr. Species in der Stadt, von 2000 im Stadtgebiet. Beeidigte Stadtdiener und fremde ReligionsVerwandte, sind ausgeschlossen. Nordmann a. a. O., S. 3024. Bisinger a. a. O., S. 292 ff.

h) Hamburgischer Rath- u. Bürgerschlufs v. 27. Mai 1814, dafs die wesentliche ältere Grundverfassung der Stadt hergestellt werde, doch mit Vorbehalt derjenigen Modificationen, Aenderungen u. Verbesserungen, in Ansehung der einzelnen Zweige der öffentlichen Einrichtungen, welche verfassungsmäsig werden gut gefunden werden; in der Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg, z. B. Bd. I (1815. 8.), S. 8 ff. Vergl. ebendas., S. 18 u. 29.

i) Proclamation, betr. die provisorische Wiedervereinigung der Mitglieder des ehemaligen Senats, zu Führung des Stadt-Regiments, v. 19. März 1813; in der Samml. der lübeckischen Verordnungen u. Bekanntmachungen (seit 1813), Bd. I (Lüb. 1821. 4.), S. 1. Bekanntmachung, betr. die abermalige Wiedervereinigung des Senats; in d. angef. Samml., Bd. I, S. 32. — Von der Staatsverfassung s. man Nordmann a. a. O., S. 2794 u. ff. Bisinger a. a. O., S. 292 ff.

Jac. v. Melle's gründl. Nachricht von der — — Stadt Lübeck. Lübeck 1731. 8. Dritte, sehr verm. u. umgearb. Aufl. (v. J. H. Schnobel). Ebendas. 1787. 8. Villers a. a. O. Bisinger a. a. O. — Seit geraumer Zeit erschienen die lübecker Verordnungen, gedruckt auf einzelnen Blättern in Fol. u. in 4. Die Verordnungen seit 1813, erscheinen nun in der angef. im J. 1821 angefangenen Sammlung.

k) Von *Bremen* vergl. man die oben (Note *d*) angef. Plane von 1814, in den angef. Freimüth. Bemerkungen, 3. Liefer., S. 12 u. 57. — Anspruch der *frankfurter* Ortschaften, auf Ausübung aller den übrigen Staatsbürgern des Freistaates zustehenden Rechte; in den Protocollen der Bundesversamml., EinreichungsProtocolle, 1817, Num. 311, 1818, Num. 5. Zurücknahme dieser Reclamation, ebendas. 1818, Num. 46.

l) Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 62.

§. 179.

Allodialität, Staatsform und Thronfolge der Bundesstaaten.

I) Alle *a*) SouverainsStaaten des teutschen Bundes, sind jetzt allodial. II) Die meisten sind auf ein monarchisches Oberhaupt (eine einzelne physische Person, monokratisch) eingerichtet, vier haben eine republikanische Staatsform. III) Das regierende Subject ist ein rechtmäsiges, wenn seine Regentengewalt dem Rechtgesetz gemäfs ist (§. 97[a] 190 u. f.). IV) In allen monarchischen Bundesstaaten, ist jetzt die ordentliche Thron- oder Regierungsfolge eine erbliche (jure sanguinis), nach dem Rechte der Erstgeburt *b*). Sie kann bestimmt seyn, durch Staats- und Familiengesetze *c*) oder Verträge, auch durch andere rechtsgültige Willenserklärung *d*). V) Ausserordentliche Thronfolge für solche, die durch Geburt entweder gar nicht, oder doch nicht allein, dazu berechtigt sind, kann subsidiarisch statt finden, vermöge eines Erbvertrags *e*), oder einer andern rechtsgültigen Willenserklärung, auch einer ältern rechtmäsigen Mitbelehnung, Anwartschaft, oder EventualBelehnung *f*). VI) Die

Thron- oder Regierungsfolge in den teutschen souverainen Erbstaaten, ist jetzt überall als wahre Staats-Succession zu betrachten g), welche die privatrechtliche Idee einer Vererbung oder Ererbung der Regentengewalt, so wie diejenige eines Erblassers und eines Erb- oder Vermächtnifsnehmers, ausschliefst. VII) Zu Bestimmung der Thron- oder Regentenfolge, ist der Souverain in der Regel nicht, auf jeden Fall aber nur in so weit berechtigt, als dadurch Rechte Dritter nicht verletzt werden h).

a) So fern die ehemaligen TerritorialLehnverhältnisse der Fürstenthümer Waldeck und SchaumburgLippe zu Kurhessen, das beide, so wie Lippe (Detmold), Schwarzb.Sondershausen, Schwarzb.Rudolstadt, und Liechtenstein, jetzt in seinem Staatscalender als Vassallen wieder aufführt, nicht wieder hergestellt sind, oder werden. Vergl. §. 446.

b) Car. Chr. Hofacker diss. de origine et fatis successionis ex jure primogeniturae in familiis illustribus. Goett. 1771 rec. Erf. 1784. 4. u. in s. Opusc. jurid., T. I. (Stuttg. 1804. 8.), n. I. Aug. Fried. Schott pr. de judicio super majoratu saepe arduo. Lips. 1782. Moser's FamilienStaatsr. I. 71. 502. 925. II. 1222. Pütter's Erörterungen, I. 307. G. L. Boehmer princ. jur. feud. §. 150. sqq. J. C. Leist's Lehrb. des teutschen Staatsr. (1803), §. 31. Pütter's Lit. III. 756. Klüber's Lit. §. 1532.

c) Hier gilt: 1) *Untheilbarkeit*, und 2) Vorzug der *frühern Geburt*, nach der Ordnung der *Linien* (Linealfolge); doch kein blofses LebtagInteresse. — Thronfolge in *Baiern*, in der baier Verfafs. Urk. v. 1818, II. 2 ff., und früher schon in der Constitution v. 1808, Th. II, §. 1, u. in d. königl. Familiengesetzen vom 28. Jul. 1810, §. 27 ff., u. vom 18. Jan. 1816. — Thronfolge in *Wirtemberg*, in dem Verfassungsvertr. v. 1819, §. 7, u. in dem wirtemb. Hausgesetz v. 1. Jan. 1808. — GH. *badisches* Hausgesetz u. FamilienStatut v. 4. Oct. 1817, u. Verfafs.Urk. v. 1818, §. 4. — *Kurhessisches* Haus- und Staatsgesetz v. 4. März 1817. — Grofsh. *hessische* Verfafs.Urk. v. 1820, Art. 5. — Sachsen-coburg-*meiningische* Primogenitur-Constitution, v. 9. Dec. 1800, bestätigt von dem teutschen Kaiser am 27. Aug. 1802.

d) Jo. Franc. Buddeus de testamentis summorum imperantium; in s. Selectis, p. 491. Guil. Frid. Franc. Buddei opusc. T. I. (Goth. 1759. 8.) 148—158. Franc. Jos. Bodmann comm. de

arduo inter testamentum principis S. R. I. publicum et privatum discrimine. Mogunt. 1784. Pfeffinger Vitriar. illustr. lib. 3. tit. 20. §. 6. Moser's Staatsr. XXV. 158. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 255. 258 ff. 313. und FamilienStaatsr. II. 969. F. C. v. Moser's patriot. Archiv, IX. Num. 2. Knorr's rechtl. Abhandl. u. Gutachten, S. 322. v. Selchow's Rechtsf. II. 70. Pütter's Erörterungen, I. 186. 207. Pütter's Lit. III. 782. Klüber's Lit. §. 1566.

e) Z. B. Erbverbrüderungen oder Erbeinigungen. W. A. Rudloff diss. de pactis successoriis illustrium et nobilium Germaniae, speciatim iis, quae pacta confraternitatis appellantur. Bütz. 1770. 4. Moser's Staatsr. XVII. 16 ff. *Ebendefs.* FamilienStaatsr. I. 920. 931. 969. Pütter's Lit. III. 766. Klüber's Lit. §. 1540. — Bestimmungen über die *ausserordentliche* Thronfolge, enthält das *baierische* Familiengesetz v. 18. Jan. 1816.

f) Von der Fortdauer der, während der teutschen Reichsverbindung, durch Erbverträge, Anwartschaft, oder Eventual-Belehnung erworbenen Erbfolgerechte, s. oben §. 52, Num. IV, u. §. 82 u. f.

g) G. H. v. Berg's Abhandlungen zu Erläut. der rhein. BundesActe, §. 84, S. 227. Leist a. a. O. §. 24. — Hienach müssen die Ausdrücke «Erbmonarchie, Erbprinz, Thronerbe» u. d. erklärt werden.

h) J. F. Runde's Beiträge, I. 350.

§. 180.

Gemeinrechtliche oder besondere Successions Ordnung.

I) Bei andern Familienrechten der Mitglieder des RegentenHauses, kann die gemeinrechtliche (blofs nach der Nähe der Verwandschaft, und ohne Unterschied des Geschlechtes), oder eine besondere SuccessionsOrdnung statt finden, z. B. Seniorat, Majorat, Minorat *a*), auch eine Secundogenitur *b*), und selbst Tertiogenitur. II) Für den PrivatNachlafs des Souverains, können besondere Bestimmungen gelten *c*): staatsrechtliche, lehnrechtliche, familienfideicommifsrechtliche, vertragmäsige, letztwillige des Erblassers, und, in deren Ermangelung, das Recht der bürgerlichen IntestatErbfolge.

a) G. F. Boehmer princ. jur. feud. §. 152.. 153. Schott l. c. Pütter's Lit. III. 764. Klüber's Lit. §. 1537. — Durch Vertrag der sächs. ernestinischen Häuser v. 10. Oct. 1821, ward das bis dahin ihrem jedesmaligen Senior mit der Landeshoheit zum Genufs zugestandene Amt *Oldisleben* an S. WeimarEisenach, gegen eine Abfindungssumme, für immer überlassen.

b) Z. B. in den bad'schen Grafschaften Salem und Petershausen. Vergl. von dem Hause Brandenburg, Lenz Samml. brandenb. Urk. II. 676. Pütter's hist. Entwickel. I. 246. Batz in Reuss Staatsk. XXXII. 140. 150. Von Oestreich, s. Wenck's Geschichte von Oestreich, 204.

c) So in d. *baier.* Familiengesetz v. 18. Jan. 1816. Moser's Staatsr. XXVI. 61. *Ebendefs.* FamilienStaatsr. II. 1161. u. persönl. Staatsr. II. 632. *Ebendefs.* Zusätze zu s. neuen Staatsr. II. 477. Bened. Schmidt princ. jur. feud., §. 518. Püttmann elem. jur. feud. §. 376. A. F. H. Posse über die Sonderung reichsständischer Staats- und Privatverlassenschaft (Gött. 1790. 8.), §. 13 ff., 33 u. 60 ff. C. C. A. H. v. Kamptz Erort. der Verbindlichkeit des weltl. Reichsfürsten aus d. Handlungen s. Vorfahren, §. 17—19. Bodmann a. a. O.

§. 181.

Eigenschaften des Thronfolgers.

I) Bei der erblichen Thronfolge nach Erstgeburtrecht, wird das SuccessionsRecht abgeleitet von dem ersten Erwerber, doch nur für seine dazu geeigneten Nachkommen (successio singularis, ex pacto et providentia majorum, nach Geding und Fürsorge der Altvordern); nicht von dem letzten Regenten, von dessen Willen dasselbe sonach unabhängig ist. II) So fern der Weiberstamm nicht ganz von der Regierungsfolge ausgeschlossen ist a), haben die Agnaten den Vorzug vor den Cognaten; auch ohne ausdrücklichen Verzicht der letzten.

a) Vergl. Pütter's Lit. III. 765. Klüber's Lit. §. 1539. Leist a. a. O. §. 33. Runde's Beiträge, Th. I, Num. 12. G. L. Boehmer's Rechtsfälle, Bd. I, Num. 65. Von der Erstgeburtfolge des *weiblichen* Geschlechtes; in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. IV, Heft 2 (1810), Num. I. — Gänzlich ausgeschlossen

war der Weiberstamm, in dem *wirtemb.* Hausgesetz v. 1808, §. 1. Anders in dem wirtemb. Verfassungsvertr. v. 1819, §. 7; auch in dem *baierischen* Familiengesetz v. 1808, Art. 29 ff. u. in demjenigen vom 18. Jan. 1816.

§. 182.

Fortsetzung.

III) Abstammung aus ungleicher oder nicht standesmäsiger Ehe (standesungleicher Ehe, matrimonium ratione status seu ordinis personarum inaequale), ist, der Regel nach, kein rechtsgültiger Grund zu Ausschliefsung von der Thronfolge. Doch können durch Staats- oder Familiengesetze a), gewisse Arten von Ehen, in Hinsicht auf ThronfolgeFähigkeit ihrer Abkömmlinge, für Mifsheurath (disparagium) erklärt seyn b). IV) Auch können, vermöge eines gültigen Verbots standesmäsiger Ehen für bestimmte Nachgebohrne c), die aus einer standesmäsigen Ehe abstammenden Nachkommen zur Succession unberechtigt seyn. V) Morganatische d), uneheliche, und AdoptivNachkommen, sind nicht successionsfähig e). VI) Auch solche nicht, die mit einem Körper- oder Geistesfehler behaftet sind, mit welchem gänzliche Unfähigkeit zu Führung des Regentenamtes verbunden ist f). VII) Geistlicher Stand, bei Katholiken, verträgt sich in Erbstaaten nicht wohl mit der weltlichen Regentenwürde, er ist aber, ohne besondere Bestimmung, kein gültiger Grund zur Ausschliefsung g).

a) So in dem *wirtemb.* Verfassungsvertr. v. 1819, §. 8, u. Hausgesetz v. 1808, §. 2 u. 17; in der *baierischen* Verfassungsurk. v. 1818, II. 3. u. Hausgesetz v. 18. Jan. 1816; in dem fürstl. *lippischen* FamilienVertrag über Mifsheurathen, v. 1808, in Gönner's Archiv für die Gesetzgebung, Bd. I (1808. 8.), S. 296. Vergl. auch kais. *russisches* Manifest v. 20. März (2. April) 1820. Sein wesentlicher Inhalt ist angegeben, in Klüber's europ. Völkerrecht, §. 116, *h.* — Aeltere Beispiele solcher Hausgesetze, seit dem Mittelalter, liefert Pütter, über Mifs-

heurathen teutscher Fürsten und Grafen, S. 191 ff., 232 ff. u. 303 ff. — Der *Kaiser* und die *Reichsgerichte* erkannten Hausgesetze dieser Art, wenn kaiserliche Bestätigung fehlte, nicht für rechtsgültig. Pütter a. a. O., S. 303 ff. u. 420. Moser's FamilienStaatsr., I. 129. II. 161 f., 190, 239. Reuss Staatskanzlei, X. 121. — Die Meinungen der *Rechtslehrer* hierüber, waren getheilt. Vergl. v. Selchow's electa, p. 377. G. L. Boehmer's Rechtsfälle, Bd. I, Num. 55. (Baz) Histor. Entwickel. des Begriffs unstandesmäs. Ehen, §. 47. Klüber's kl. jurist. Biblioth. Bd. VI, S. 440 — 450. — Manche neuere Hausgesetze erklären die ohne Einwilligung des Oberhauptes des Regentenhauses, von Mitgliedern des letzten geschlossenen Ehen, für *nichtig*. So das angef. *wirtemb.* Hausgesetz v. 1808, §. 18 ff., u. das *baierische* Familien-Gesetz v. 28. Jul. 1808, Art. 11 ff. Vergl. auch das angef. *kurhessische* Hausgesetz v. 4. März 1817, §. 6.

b) *Mifsheurath*, überhaupt, ist eine Ehe, welcher, wegen Standesungleichheit der Ehegatten, durch frühere, noch geltende, Rechtsbestimmung Wirkungen entzogen sind, die, nach gemeinem Rechte des Staates, einer gültig geschlossenen Ehe zukommen. — Die ganze *Theorie* von *Mifsheurathen* sollte, als der Staatsweisheit und dem allgemeinen Rechte fremd, auch schon zur Zeit der Reichsverfassung ihrem Rechtsbegriff nach weder durch Reichsgesetze noch durch Reichsherkommen bestimmt, und vielfach bestritten, selbst in dem Gerichtsbrauch der Reichsgerichte schwankend und ungleichförmig, und in der neuesten Zeit (besonders seit 1806) practisch, vielfältig unbeachtet, aus dem teutschen Recht überhaupt, wenigstens ausserhalb der souverainen Regentenhäuser, *verbannt* (vergl. Gönner a. a. O. S. 305, 308 u. 310), in einzelnen Fällen aber genau *beschränkt* werden auf den klaren Wortlaut noch geltender besonderer *Staats-* und *FamilienGesetze*. Politisch betrachtet, schliefst schon der Name eine Beleidigung in sich. «An esse ulla major aut insignior contumelia potest, quam partem civitatis, velut contaminatam, indignam connubiis haberi»? Livius. — Von einer Stelle der t. BundesActe, die Ebenbürtigkeit der *Standesherren* betr., s. unten §. 231, d. — Von der *ehemaligen* Theorie und Praxis, vergl. Pütter a. a. O. *Ebenders*, über den Unterschied der Stände. Gött. 1795. 8. Danz Handb. des teutschen Privatr., Bd. VI, §. 575 ff. Schnaubert's Erläut. des Lehnr., §. 122. Moser's FamilienStaatsr., II. 23 — 147. Günther's europ. Völkerrecht, II. 438. Pütter's Lit. III. 748 ff. Klüber's Lit. §. 1528. Die bekannte Stelle der kais. Wahlcapitulation (XXII. 4), bestimmte die *Folgen*

einer «unstreitig notorischen Mißheurath», machte aber die Festsetzung des *Begriffs* einer solchen Heurath abhängig von einem künftigen Regulativ, das nie erfolgte. — So weit Mißheurathen noch rechtlich begründet sind, hat man jetzt zu *unterscheiden* (§. 194, III. u. 197, III), 1) die Mißheurathen souverainer Erbregenten und ihrer Familienglieder (oben Note *a*), und 2) diejenigen des Adels, des hohen und niedern (§. 197 u. f. u. 231, Note *d*).

c) Selten, aber nicht unerhört, und nicht unverboten, waren, während des teutschen Reichs, Eheverbote dieser Art. J. E. F. Dang über Familiengesetze des teutschen hohen Adels, welche standesmäsige Vermählungen untersagen (Frankf. 1792. 8.), §. 7 u. ff. Selchow elem. juris publ. germ., T. II. §. 541. Henr. Hersemeier diss. de pactis gentilitiis familiarum illustr. et nobil. (Mogunt. 1788. 4.), §. 24.

d) *Morganatische* Ehen (auch Ehen zur linken Hand, matrimonia ad L. Salicam genannt) sind Ehen, bei welchen rechtsgültige *Ausnahmen* von der, die Standes- und Erbfolgerechte der Ehegatten und Kinder bestimmenden gesetzlichen Regel, durch *Vertrag* festgesetzt sind. Der Inhalt des Vertrags allein, bestimmt, in der Regel, das Daseyn u. die Rechtswirkungen einer morganatischen Ehe. Als Ausnahmen, sind seine Bestimmungen streng, mithin einschränkend zu verstehen. Eine weitere Ausführung, in Klüber's Acten des wiener Congr., VIII. 175 ff. Pütter von Mißheurathen, S. 368, 371 u. 414. — Von den *Successions-Rechten* morganatischer Kinder, s. J. H. Boehmer de secundis nuptiis, praecipue illustrium personarum, Sect. II. §. 29. Myler ab Ehrenbach gamologia personarum illustrium, c. 6. §. 31. sq. Jo. Heinr. Wolfart tr. de matrimonio ad morganaticam (Hanov. 1736. 4.), §. 25. 26. 29. 30. Rössig's Grunds. des t. Privatr. 261. Runde's Grunds. des t. Privatr. §. 574.

e) Von *Unehelichen*, vergl. Walch opusc. II. 163. Moser's FamilienStaatsr. II. 855. — Von *Adoptiv*Nachkommen, ebendas. II. 165. — Von Kindern aus einer *GewissensEhe*, s. Pütter's Lit. III. 771. Klüber's Lit. §. 1545. v. Holzschuher's DeductionsBibliothek, I. 325. Moser's Staatsr. XIX. 456. XVIII. 494. Reuss Staatsk. III. 433. VI. 99. — Geschichte der Kinder der Liebe der teutschen Fürsten. Leipz. 1812. 8.

f) Vergl. Knorr's rechtl. Abhandlungen, 241. 248. C. F. Walch Opusc. II. 180. Merkwürdige ReichshofrathsGutachten, III. 207. *Wirtemb.* Hausgesetz v. 1808, §. 2.

g) Vergl. Moser's FamilienStaatsr. I. 23. *Ebendess.* Lehnsverfassung, 196. Pütteri prim. lin. juris priv. princ. §. 21.

Ebendeſs. Beyträge, II. 149. u. Rechtsf. Bd. II. Th. 3., S. 149. 553. v. Holzschuher's DeductionsBibliothek, I. 380.

§. 183.

Regierungsantritt. Regierungseid. Huldigung. Einzug. Krönung.

In der erblichen Einherrschaft, tritt der verfassungsmäsige Thronfolger, nach dem Abgang seines Vorfahrs, von Rechtswegen (ipso jure), mithin unmittelbar, an dessen Stelle. Er tritt daher, nach erledigtem Thron, sofort die Regierung an a). Er verkündigt solches den Unterthanen, erklärt sich für verpflichtet zu Handhabung der Staatsverfassung b), schwört, wo es nöthig, den Regierungseid c), und nimmt die Staatshuldigung d) ein (§. 207 u. 208) Auch den SuccessionsBerechtigten, wird zugleich die vorläufige oder Eventual-Huldigung geleistet e). Ueberdem kann eine feierliche Inauguration, Einzug und Krönung, statt haben f).

a) Moser's Staatsr. XVIII. 471. *Ebendeſs.* persönliches Staatsr. II. 12.

b) Eine förmliche *Versicherungsurkunde* hat der neue Regent deſshalb auszustellen, nach dem s. *weimar-eisenach.* Grundgesetz über die landständ. Verfaſs. v. 1816, §. 116 u. 128, in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 201; nach d. landschaftl. Grundgesetz des Fürstenth. *Hildburghausen* v. 1818, §. 56; nach d. fürstl. *waldeck.* Landesvertrag über die landständ. Verfaſs. v. 1816, §. 42; nach der grofsh. *hessischen* Verfassungsurk. v. 1820, Art. 106; nach der *wirtemb.* Verfassungsurk. v 1819, §. 10; nach der s. coburg-saalfeld. v. 1821, §. 120; nach d. erneuerten Landschaftordn. des Herzogth. *Braunschweig* Wolfenbüttel u. des Fürstenth. *Blankenburg* v. 1820, §. 79. — Von *Ostfriesland* s. T. D. Wiarda's ostfries. Geschichte, Bd. V, S. 86. Bd. VIII, S. 5 u. 29, Bd. IX, S. 194, Bd. X, S. 6, u. Abth. 2, S. 223. — Moser's persönl. Staatsr. II. 14. 35. *Ebenders.* von der Reichsstände Landen, 1158.

c) *Baierische* Verfassungsurk. v. 1818, Tit. X, §. 1. *Baierische*

Familiengesetze v. 1808, Art. 71 f., u. v. 18. Jan. 1816. — Von dem ehemaligen *Wirtemberg*, s. Tübinger Vertrag v. 1514, u. Erbvergleich v. 1770, am Schlufs; in den Haupturkunden der würtemberg. Landesgrundverfassung, Heft I, S. 41 u. 62, Heft II, S. 182 f., Heft III, S. 7 u. 40. — Von *Schweden* s. oben §. 92, *b*. Verfassungsurk. des Fürstenth. *Neuchatel* v. 18. Jun. 1814, im Eingang, in d. Handb. des Schweizer. Staatsr. Aarau 1821. 8.), S. 460.

d) Pütter's Lit. III. 96. Klüber's Lit. §. 889 ff. C. G. Bunz Grundsätze der Huldigung. Tüb. 1794. 8. Moser von der Landeshoheit, in Ansehung der Unterthanen, Personen und Vermögens, 45.

e) Vergl. unten §. 207. Moser von der Reichsstände Landen, 1159, Reuss Staatsk. XIII. 342.' Mereau's Miscell. II. 146. Pütter's Lit. III. 893. Klüber's Lit. 46. — Verbunden mit der Aufnahme in den *CivilMitbesitz*, d. h. ohne Mitregierung und Mitgenufs, ward sie bisweilen gebraucht, um einem SuccessionsBerechtigten, auf den Todesfall des jetzigen Besitzers, die Vortheile des Besitzes schon jetzt zu verschaffen, und so dessen Nachfolge zu sichern. Just. Hortold diss. de possessione ea lege, ne contra tradentem, dum vivit, exerceatur, tradita, §. 3. Henr. Cocceji deduction. illustr., T. I. p. 209. Moser's persönl. Staatsr., Th. II, S. 593 f. *Ebemlefs*. FamilienStaatsr., Bd. I, S. 17 f.

f) Moser's persönl. Staatsr. II. 13.

§. 184.

Minderjährigkeit des Thronfolgers. Unfähigkeit des Regenten. Regentschaft. Thronerledigung.

Das regierungsfähige Alter des Thronfolgers ist staats-, oder familiengesetzlich, oder vertragmäsig bestimmt *a*). Bis zu Erreichung desselben, wenn dem Thronfolger die Succession angefallen ist, und auch, wenn nach dem Regierungsantritt, durch einen Körper- oder Geistesfehler, oder durch Abwesenheit (z B. Gefangenschaft) des Regenten, Regierungsunfähigkeit erfolgt *b*), desgleichen bei erloschener Thronfolge, tritt — wie in Wahlstaaten in dem Fall einer Zwischenregierung (Interregnum) — eine ausserordentliche Staatsverwaltung, eine Regentschaft ein; eine vormundschaftliche oder

InterimsRegierung, Reichs- oder Regierungsverwesung, Vicariat, Staatsvormundschaft c). Der Regent, das interimistisch regierende Subject, führt die Staatsregierung, in der Regel, allein. Er erhält, in dieser Hinsicht, besondere Ehrenbezeugungen und Einkünfte. Die Regentschaft hört auf, so bald die gewöhnliche oder ordentliche Regierung wieder eingetreten ist, wenn nämlich der Souverain die Fähigkeit zur Selbstregierung erlangt, das heifst, das gehörige Alter erreicht, oder den gehörigen Körper- oder Gemüthszustand wieder erlangt hat, oder wieder anwesend, oder wenn der Thron wieder besetzt ist. Bei erloschener Thronfolge oder bei gänzlicher Thronerledigung, gebührt die Wiederbesetzung des Throns, im Zweifel, dem Volk, oder dessen Stellvertretern d).

a) Meist das zurückgelegte *achtzehnte* Jahr. Pütter's Lit. III. 781. Klüber's Lit. §. 1558. Moser's persönl. Staatsr. I. 588. *Wirtemb.* Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 9, u. Hausgesetz v. 1808, §. 5. *Baierische* Verfafs.Urk. v. 1818, Tit. I, §. 9, u. Familiengesetz v. 1808, Art. 71. Das angef. *kurhess.* Hausgesetz v. 1817, §. 3. — Von dem *Titel* des minderjährigen Regenten und des Thronfolgers, oben §. 108. Moser's FamilienStaatsr., II. 785. *Ebendess.* Staatsr. XXII. 211. — Von seiner *Erziehung*, s. Wirtemb. Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 16.

b) Klüber's Lit. §. 1557[b]. Car. Otto Graebe pr. de tutela et cura principum. Rint. 1796. 4. de Neumann medit. juris priv. princ. III. 363. §. 8 ff. — Von dem *hannöverischen* Fall, 1788, s. Reuss Staatsk. XIX. 1. 17. 46. 70. 82. Als im Herbst 1810 König Georg III. abermal (72 J. alt) in eine Gemüthskrankheit gefallen war, ernannte zu Anfang des J. 1811 das Parlament den Prinzen v. Wallis zum Regenten. Polit. Journal, 1810, S. 1230; 1811, S. 93. Von dem Herzog v. *Guastalla*, s. Merkwürdige ReichshofrathsGutachten, III. 207. Von dem *neuwiedischen* Fall, s. Häberlin's Staatsarchiv, V. 114. XI. 310. XII. 396. XIII. 20. XVI. 397. XIX. 273. XXIII. 308. Malblank's Anleitung zur Gerichts- und Kanzleiverfassung, IV. 52. Von dem *lippischen* Fall, s. Häberlin's Staatsarchiv, I. 74. III. 274. 305. (Rotberg's Merkwürdige Krankheits- und Curatelgeschichte des regierenden Fürsten zur Lippe. 1795. Von dem *holstein-oldenburgischen* Fall, s. Rhein. Bund XXVIII. 156.

c) C. O. Graebe l. c. H. F. C. v. Lyncker's Abh. von der Vor-

mundschaftsbestellung bei Privat- und erlauchten Personen. Zwei Theile. Jena 1790. 1791. 8. Moser's Staatsr. XVII. 169. *Ebendess.* persönl. Staatsr. I. 288, und Zusätze zu seinem neuen Staatsr. II. 337. de Selchow elem. juris priv. princ. §. 574. de Real science de gouvernement, vol. IV. ch. 8. §. 43—48. (Pet. Ant. Frhrn. v. Frank's) Deduction über die Zwischenregierung in dem Fürstenth. Prüm. (1781. Fol.), §. 14, 15, 19, 20 u. 28. Pütter's Lit. III. 779. Klüber's Lit. §. 1556 f. *Kurhess.* Hausgesetz v. 1817, §. 4 f. GH. *hessische* Verfass.Urk. v. 1820, Art 107. *Wirtemb.* Verfass.Vertr. v. 1819, §. 11 u. ff. u. Hausgesetz v. 1808, §. 4. *Baier.* Verfass. Urk. v. 1818, Tit. 1. §. 11—22. Familiengesetz v. 1808, Art. 60 ff. — *Titel* des Regenten, z. B. Vormund u. Regent, regierender LandesAdministrator, in vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vetters, u. d. Winkopp's rhein. Bund, XI. 233. XXVIII. 150. 156.

d) Beispiele: in Teutschland, nach Ableben Ludwigs des Kindes, u. a. m.; in Schweden, 1719 u. 1743; in Norwegen, 1814. Man s. auch Ludwigs XV. Edict v. 1717, betr. das Wahlrecht der französ. Reichsstände, nach Erlöschung des königlichen Mannstammes, in Rousset's Supplément zu DuMont's corps universel et diplomatique, T. II. P. 2. p. 165.

§. 185.

Gemahlin und Witwe des Souverains.

I) Die Gemahlin des Souverains, obgleich dessen Staatshoheit, insbesondere seiner Gerichtbarkeit untergeben *a*), und zu Theilnahme an der Staatsregierung nicht befugt, führt, in der Regel, Prädicat, Titel und Wappen ihres Gemahls *b*), und es wird ihrer in dem ordentlichen Kirchengebet erwähnt. Sie geniesst, im Verhältniss zu den Gemahlinnen anderer Souveraine, den Rang, welcher der Würde ihres Gemahls angemessen ist *c*), und, vermöge der HofEtiquette, den Vorrang vor der Witwe des vorigen inländischen Souverains. Es werden ihr bestimmte Einkünfte *d*), und, für den Fall ihres Witwenstandes, ein Witwengehalt *e*) ausgesetzt. Meist hat sie einen eigenen Hofstaat. Gewisse Verbrechen gegen sie, werden bestraft wie Majestätsverbrechen, oder Felonie *f*). DamenOrden stiftet, oder ertheilt

sie, nur mit Bewilligung ihres Gemahls. Wegen ihres Ablebens, findet eine bestimmte öffentliche Trauer statt II) Die Witwe des Souverains, behält Wappen, Prädicat und Titel, auch das Recht einen eigenen Hofstaat zu haben.

a) Moser's Staatsr. XX. 350. 354. 355. Augusta, legibus non soluta. Anders, Chr. Schöne in dem Bedenken: ob eines regierenden Fürsten oder Landesherrn Gemahlin ihres Gemahls Unterthanin sey? Leipz. 1733 u. 1750. 4. Die verschiedenen Meinungen der Gelehrten, s. in Moser's Staatsr. XX. 338—352. — Nationalpolizeiliche Verhandlung in dem Oberhause des brittischen Parlaments, im Sept. bis Nov. 1820, über die Frage: ob die Königin Caroline durch ihre Aufführung sich unwürdig gemacht habe, die Ehre des Thrones mit ihrem Gemahl zu theilen?

b) Moser's Versuch des neuesten europ. Völkerrechts in Friedens- und Kriegszeiten, I. 316. Moser's Staatsr. XX. 352. — Hat sie höhere Geburtswürde, als ihr Gemahl, so führt sie dieselbe fort. *Ebendas.* 353. — Von dem *Gemahl* einer Souverainin, s. Moser's Völkerr., I. 314. Günther's Völkerr. II. 483. D. Schwertner, s. resp. J. C. Usaeus, diss. de matrimonio feminae imperantis cum subdito. Lips. 1686. 4. J. P. Palthenius diss. I. et II. de marito reginae. Gryph. 1707. 4. J. C. W. v. Steck von d. Gemahl einer Königin. Berlin 1777. 8.

c) Moser's Völkerr. a. a. O. *Ebendess.* Grundsätze des europ. Völkerr in Friedenszeiten, 166.

d) Moser's Staatsr. XX. 300.

e) Pütter's Lit. III. 775. Klüber's Lit. §. 1550. Moser's FamilienStaatsr. II. 447.

f) Moser's Staatsr. XX. 354. Klüber's kl. jurist. Bibl. XIX. 310. *Ebendess.* Lit. 542.

§. 186.

Nachgebohrne. Kinder. Väterliche Gewalt. Emancipation. Vormundschaft. Gerichtstand.

Die nachgebohrnen, successionsfähigen Mitglieder des Regentenhauses, stehen unter der Staatshoheit, namentlich unter der Gerichtbarkeit des Souverains a), und seine Kinder ausserdem noch unter

seiner väterlichen Gewalt b); in welcher Hinsicht Emancipation statt findet c), so wie Bestellung einer Vormundschaft d). Dem Souverain, als Stamm- oder Familienhaupt, können, nach der Hausverfassung, über die Nachgebohrnen noch besondere Rechte zustehen e). Die Bestimmung des Titels und Wappens der Nachgebohrnen, hängt, in der Regel, von ihm ab f). Ihr Gerichtstand wird durch die Landesgesetze bestimmt, und das bundesverfassungsmäsige Recht der Austräge kommt, da es sich auf Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich beschränkt, ihnen nicht zu g). Dagegen können ihnen, nach der Hausverfassung, für bestimmte Streitigkeiten FamilienAusträge gebühren.

a) Vergl. Moser's FamilienStaatsr. II. 383. 741 ff. J. F. v. Tröltsch Abhandl. in Siebenkees Beitr. III. 202. Pütter's Lit. III. 763. Klüber's Lit. 625.

b) Struv jurispr. heroica, V. 1 — 207. de Neumann medit. jur. priv. princ. III. 1 — 208. Moser's Staatsr. XXII. 153. 419. *Ebendess.* FamilienStaatsr. II. 721. *Ebendess.* Grunds. des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, 166. Siebenkees Beitr. III. 197. Pütter's Lit. III. 778.

c) Jo. Ge. Kulpis de adoptionibus et emancipationibus principum. Argent. 1686, rec. 1741. de Neumann l. c. III. 169. Moser's FamilienStaatsr. II. 779. v. Cramer's wezlar. Nebenst. XXXVIII. 49. Häberlin's Staatsarchiv, XXXV. 329.

d) Pütter's Lit. III. 779. Klüber's Lit. §. 1556. de Neumann l. c. III. 209.

e) de Neumann l. c. III. 397. *Wirtemberg.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 18, u. Hausgesetz v. 1808, Art. 77 ff. *Baier.* Familiengesetz v. 1808, §. 7 ff. — Von einem Verbot *standesmäsiger* Ehen für bestimmte Nachgebohrne, oben §. 182.

f) Vergl. oben §. 111.

g) Dafs ihnen, aufser dem Gerichtsstand vor den höchsten Gerichten des Landes, auch das Vorrecht der *Austräge* gebühre, wie zur Zeit der t. Reichsverfassung, behauptet C. S. Zachariä, in Gensler's etc. Archiv für die civilistische Praxis, Bd. I (1818), S. 96 — 104. Dagegen s. man das wirtemb. Votum, in d. Protoc. d. B.V. v. 22. Mai 1817, §. 189, und das badische ebendas. §. 196. In beiden werden die Apanagirten, so wie die «mittelbar gewordenen (?) ehemaligen Reichsstände», für solche erklärt, die, nach den

durch Auflösung des teutschen Reichs entstandenen Verhältnissen, *Unterthanen* ihrer Souveraine sind. So auch das grofsherzogl. hessische Votum in d. Protoc. der B.V. v. 1817, §. 214, Num. 2. Die Bundesverträge bestimmen die Austräge ausdrücklich nur für *Bundesglieder* unter sich (§. 148[b] u. f.).

§. 187.

Apanage der Nachgebohrnen.

Den Nachgebohrnen wird, zu ihrem Unterhalt, eine Apanage (Deputat, Alimentengelder) ausgesetzt *a*). Dieselbe besteht, bald in einem bestimmten Jahrgeld, oft verbunden mit Naturalien (apanagium proprium), bald in dem Besitz und Genufs eines Landesbezirks, verbunden mit manchen Hoheitsrechten unter der Oberhoheit des regierenden Herrn *b*) (apanagium improprium s. paragium). Ein apanagirter oder paragirter Vater, vererbt die Apanage auf seine rechtmäsigen, ebenbürtigen Nachkommen. Nach deren Abgang fällt solche, in der Regel, an den regierenden Herrn zurück. Bei merklicher bleibender Vermehrung des Staatseinkommens, aus Quellen die zu der StaatsSuccession gehören, ist Erhöhung der Apanage billig und recht *c*).

a) Pütter's Lit. III. 759. Klüber's Lit. §. 1534. Moser's Staatsr. XIV. 1 — 499. *Ebendess.* FamilienStaatsr. I. 360 — 511. *Baier.* Familiengesetz v. 18. Jan. 1816.

b) Joach. Erdm. Schmidt pr. de paragio a freragio et apanagio distincto. Jen. 1765. 4.

c) *Kurhessisches* Haus- und Staatsgesetz v. 4. März 1817, §. 11. J. St. Pütteri comm. de augendo apanagio, auctis reditibus primogeniti regentis. Jen. 1745. u. in dessen Sylloge commentat. jus priv. principum illustrant. p. 49.

§. 188.

Residenz. Hofstaat. Ceremoniel. Orden. Titel. Wappen. MajestätsSymbole. Insignien und Kleinodien. CivilListe.

Von dem Willen des Souverains hängt ab, die Wahl seiner Residenz *a*), die Errichtung und Ein-

richtung seines Hofstaates b), nebst Trabanten-, Leib- und Schlofsgarde c) oder MilitärHofstaat, die Errichtung neuer Erzämter und Erblandhofämter d), eigener Ehrenorden e), die Bestimmung des Staats- und HofCeremoniels f), des Haus- und Staatstitels g) und Wappens h), der MajestätsSymbole, StaatsInsignien und Kleinodien i), des Krönungs- und FestOrnats, auch wohl der Staatsheiligthümer oder Reliquien (lipsana imperii). Die Festsetzung einer CivilListe, auch (Kosten der) Haushaltung des Regenten genannt, dafs heifst, die Bestimmung des Quantums der jährlichen Einnahme, welche, in monarchischen Staaten, der Regent, als solcher, für seinen und der Seinigen Unterhalt, mit Inbegriff des Hofstaates, aus der Staatscasse zu beziehen hat, ist dem Staatsoberhaupt dann überlassen, wenn sie nicht schon in den Staats- oder Familiengesetzen enthalten ist, oder der Einwilligung der Landstände bedarf k).

a) Pütter's Lit. 616. Klüber's Lit. §. 1374 c. 1290. Moser's persönl. Staatsr. II. 72. 81. *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen t. Staatsr. II. 354. — Von dem *Burgfrieden* s. Moser's Hofr. II. 795. Haltaus glossar. h. v. C. F. Walch Opusc. II. 116. Selchow elem. jur. germ. priv §. 525. *Ejusd.* elem. jur. priv. princ. §. 597. Danz Handb. des t. Privatr. II. §. 197 f.

b) F. C. v. Moser's teutsches Hofrecht. 2 Theile. Frankf. 1754. 1755. 4. J. J. Moser's persönl. Staatsr. II. 71. — Von *Pagen* oder Edelknaben, s. Moser's Hofr. II. 190.

c) Moser's persönl. Staatsr. II. 87 ff.

d) Vergl. unten, in dem XIV. Capitel.

e) Hievon unten, in dem angef. Capitel.

f) Oben, §. 112, und unten, in dem angef. Capitel.

g) Oben, §. 107 ff.

h) Oben, §. 111. — Von dem *Majestätstitel* s. F. C. v. Moser's kleine Schriften, VI. 1. E. K. Wieland über die Einführung der erblichen Kaiserwürde in Frankreich (Berlin 1804. 8.), S. 139 ff. v. Martens Einl. in d. europ. Völkerr. §. 174, n. 9.

i) Pütter's Lit. III. 109. Klüber's Lit. §. 902 ff. Vergl. Möller's hist. Nachrichten von den Feierlichkeiten in alten Zeiten beim

Antritt der Regierung der schwedischen Könige. Stralsund 1772. fol.

k) Diese Einwilligung ist nöthig, nach der *wirtemb.* Verfass. Urk. v. 1819, §. 104 — 106; nach der *badischen* v. 1818, §. 59; nach der grofsh.*hessischen* v. 1820, §. 70. Von der *preussischen* CivilListe, s. Verordn. v. 17. Jan. 1820, betr. das Staatsschuldenwesen, §. 3; in der preuss. Gesetzsamml. v. 1820. Num. 2. Von *CoburgSaalfeld* s. das Gesetz, die landständische Verfass. betr. 1821, §. 71. — Von der Nothwendigkeit der Einführung einer CivilListe in t. Bundesstaaten, von der Geschichte u. dem Betrag der CivilListen in teutschen u. a. Staaten, s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 483 — 518. — In dem 16. Jahrhundert, nannte man die CivilListe den *fürstlichen Staat.* J. C. Pfister, Herzog Christoph zu Wirtemberg, Th. I (Tüb. 1819. 8.), S. 232.

§. 189.

Verbindlichkeit des Souverains aus Handlungen seiner Vorfahren.

Der ewige Staat spricht durch jeden Regenten (§. 3). Seine Verpflichtungen, wie seine Rechte, werden nicht geschwächt und nicht vernichtet, durch blossen Wechsel in der physichen oder moralischen Person des regierenden Subjectes. Defswegen ist jeder Regent verbunden a), die Staatshandlungen seiner Vorfahren, das heifst, sowohl staats- als auch privatrechtliche Handlungen, welche diese in ihrer Staats- oder Regenteneigenschaft oder von ihrer Staatsseite unternommen hatten, anzuerkennen, so fern dieselben unwiederruflich, ohne Ueberschreitung der verfassungsmäsigen Befugnifs, unternommen wurden b). Jede andere Handlung des Staatsvorfahrs, ist als Privathandlung anzusehen, wefshalb der Staat nur aus dem Grunde nützlicher Verwendung c), der Staatsfolger nur als Privatmann, aus besondern Gründen, zu Leistung oder Entschädigung verpflichtet seyn kann d). Nach denselben Grundsätzen, sind Anwartschaften zu beurtheilen e).

a) «Ἐμμέσως, id est, per interpositam civitatem». Grotius de J.

B. II. 14. 11. Civitas non moritur. — Der Regent und seine Regierungsvorfahren sind, in rechtlicher Hinsicht, als eine Person zu betrachten, als zu Fortführung desselben Geschäftes bevollmächtigte Subjecte (§. 1-9, V). Unter jedem Regenten, ist die Staatsgewalt an ihre eigenen Handlungen gebunden. Nicht sie, nur die Person des Regenten, ist dem Wechsel unterworfen. «Jus populi non deficit, nisi deficiat ipse populus. Eadem utique respublica est, quamvis nunc hoc nunc alio modo regatur: alioquin diceres, rempublicam in statu, quo nunc est, exsolutam vider. pactis et debitis in alio statu contractis». Grotius l. c. II. 9. 3. Bynkershoek quaest. juris publ., lib. II. c. 25. §. 1., in Ejus Operib. omnib. (Coloniae Allobrog. 1761. Fol.), p. 257.

b) Holzschuher's DeductionsBibliothek, IV. 2061. Klüber's Lit. §. 1543. v. Göbel's Abhandl. aus d. Staatsr. St. III, Cap. 1, §. 71—95. Cap. II. de Cramer Opusc. IV. 386. v. Cramer's Nebenst. CXVI. 507. Moser's persönl. Staatsr. II. 120. 211. *Ebender.* v. d. Reichsstände Landen, 214. Hommel obs. 237. 285. 499. Kobe de pecunia mutuat. tuto colloc. §. 36. Reuss Deduct. u. Urk. Samml. IV. 263. Pütter prim. lin. jur. priv. princ. §. 64. v. Zwierlein's Nebenst. I 61 — 82. J. N. Bischoff orat. de aere principum alieno. Helmst. 1794. 8. (Matth. Hofmann's Versuch: in wie weit ist der Successor singularis ex pacto et providentia majorum, zu Anerkennung der Verträge und Handlungen des Vorfahrers verpflichtet? 1797. 8. C. C. A. H. v. Kamptz Erörterung der Verbindlichkeit des weltlichen Reichsfürsten aus den Handlungen seiner Vorfahren. Neustrelitz 1800. 8. K. T. Wedekind, können die teutschen Stammgutsgrundsätze einen Regierungsnachfolger befreien, die Regentenhandlungen seines Vorfahrers zu vertreten, mithin die erweislicheu und redlichen Schulden desselben zu bezahlen? Frankf. 1802. 8. W. J. Behr's Erorterung, in wie fern ist der Regent eines Staates an die Handlungen seines Regierungsvorfahrers gebunden? u. s. w. Bamb. 1818. 8. — Von der Rechtsbeständigkeit der Regierungshandlungen des *Zwischenherrschers*, während einer *feindlichen Inhabung* des Landes, s. Klüber's europ. Völkerrecht, §. 258 u. f. In der neuesten Zeit kam diese Frage vielfältig zur Erörterung, bei Gelegenheit der Staatsveränderungen, welche Napoleon's Eroberungen und sein Fall zur Folge hatten; in den hannöverischen und kurhessischen Staaten, in den Herzogthümern Braunschweig und Oldenburg, in den Königreichen Frankreich, Spanien, Sardinien und Neapel, in dem Kirchenstaat, u. a. Vergl. oben §. 148 c, Note c.

c) v. Cramer's Nebenst. XV. 95. Myler ab Ehrenbach nomolo-

gia, c. 10. §. 3. Pütter's Rechtsf. Bd. II. Th. I. Resp. 219. v. Kamptz a. a. O. §. 103. 104.

d) v. Kamtz a. a. O. §. 99 ff. S. 290.

e) Deduction in S. v. Dittfurth c. HessenCassel, in Reuss Deduct. u. Urk. Samml. I. 269. Loskant's Anleit. zu Abfass. der Schriften am R.Kammerg. 179. Strube, Th. I. Bed. 115. Runde's Beitr. II. Num. 4 u. 5. G. L. Böhmer's Rechtsf. II. 137. G. L. Böhmer diss. de obligatione successoris ex expectativa feudali antecessoris. Gött. 1749. u. in dessen Electis juris feud., T. II. n. VI. (Casp. Fried. v. Hofmann) Von der Verbindlichkeit des Landes- und LehnNachfolgers an die vom Vorfahren ertheilte Anwartschaft und EventualBelehnung. 1778. fol. Nachtrag u. s. w. 1798. fol. Allgem. deutsche Biblioth., Bd. 37, St. 2, S. 373. Dawider s. v. Zwierlein's Nebenst. I. Num. 2 u. 4. Westphal's Lehnr. 125.

§. 190.

Dauer des Verhältnisses zwischen Souverain u. Volk.

I) Vermöge des UnterwerfungsVertrags behält das Volk, der Inbegriff der Staatsbürger, ausserhalb des Staatszweckes seine Selbstständigkeit; und der Regent hat die Oberherrschaft, nur unter der Bedingung pflichtmäsiger Wahl der Mittel zu Erreichung jenes Zweckes. Es kann also 1) das Volk von dem Regenten als blofses Mittel für andere Zwecke — Despotismus, Sultanismus, Macchiavellismus a), sind unvereinbar mit der sittlichen Würde des Menschen und mit der vollkommenen Pflicht des Regenten — nicht behandelt werden (Recht des gewaltsamen Widerstandes gegen Willkührherrschaft, jus resistendi b)); und 2) das Recht zu der Oberherrschaft kann, ohne gehörige Anwendung der Mittel zu dem Staatszweck, nicht bestehen. So oft das regierende Subject anders als dem Staatszweck gemäfs denkt oder handelt, so oft es Willkührherrschaft sich erlaubt, thut es solches als Mensch, nicht als Regent, und es steht ihm der UnterwerfungsVertrag entgegen c), welcher beiden Theilen Zwangpflichten auflegt; seine Macht ist dann nicht auf Recht, sondern blofs auf Stärke gegründet. Un-

ter allen Umständen, ist die Erhaltung des Staates und der öffentlichen Ordnung, ein Recht und eine Pflicht, welchen, bei dem Regierenden nicht weniger als den Regierten, alle andern weichen müssen. Aber willkührliche Widersetzung des Volkes, gegen Verfügungen des Staatsoberhauptes, wäre widerrechtlich; noch mehr willkührliche RegierungsEntsetzung des Regenten[d]) (ThronRevolution), von Seite des Volkes, einer Partei desselben, oder eines Dritten, überhaupt willkührliche gewaltsame Umstürzung der rechtlich bestehenden Staatsordnung (StaatsRevolution). Selbst im rechtmäsigen Fall, ist die Heiligkeit oder Unverletzbarkeit der Person des Regenten (§. 177), zu unterscheiden von der Widerrechtlichkeit seiner Handlung; so auch in erblich-monarchischen Staaten, das persönliche Recht des Regenten, und das Recht seiner Familie, zur Regierung.

a) Macchiavelli's (il Principe, 1515.) Grundsätze widerlegte ein königlicher Schriftsteller. Examen du Prince de Macchiavel. edit. 3. à la Haye 1741. 8.

b) Einst eine theologisch-exegetische Controvers. A. L. Schlözer's Staatsgelahrtheit, I. 32 ff. J. L. F. Meister's Lehrb. des Naturrechts (1809. 8.), §. 613. Schmidtmantel's Staatsr. nach d. Vernunft etc., Th. III, S. 364 ff. Vergl. oben, §. 4, Note *b*. — Ueber die schwierige Frage von dem *jure resistendi*, macht Hume (History of England, ch. XLVI. 4. *) die Bemerkung: «And so difficult is to explain that point, that, to this day, whatever liberties may be used by private inquirers, the laws have, very prudently, thought proper to maintain a total silence with regard to it». Doch fehlt es jetzt nicht an Beispielen von urkundlichem Vorbehalt dieses Rechtes. Man s. den unten angef. Haller, und die oben (§. 5 *c*) angef. Jakob u. Feuerbach.

c) Vergl. oben §. 5, Note *c*. Rud. Wedekind diss. de obligatione civium erga principem tyrannum. Gött. 1748. Joh. Benj. Erhard über das Recht des Volks zu einer Revolution. Jena 1795. 8. Algernon Sidney's discourses concerning government (Lond. 1698. 4.). P. II, ch. 33. P. III, ch. 2 u. 3, und der Uebersetzer, C. D. Erhard (Leipz. 1793), in d. Einl. S. 56. H. G. Günther's europ. Völkerr. II. 456. Vattel droit des gens, liv. II, ch. 4, §. 56. (v. Steck) Von Absetzung ei-

nes röm. Kaisers. 1759. 4 Suarez Aphorismen etc.; in den Materialien zu der wissensch. Erklär. der neuesten allgem. preuss. Landesgesetze, Heft 4, S. 16. Moser's Staatsr. VII. 71. Klüber's Lit. 731. Ueber das Cassenrecht der wirtemb. Landstände (Frankf. 1816. 8.), 37 ff. M. C. F. W. Grävell, der Staatsbeamte als Schriftsteller (Stuttg. 1820. 8.), S. 9 f. 22, 50, 58, 61. De Lolme constitution de l'Angleterre, liv. III, ch. 14. L. v. Dresch öffentl. Recht des t. Bund s, §. 6. Allgem. t. RealEncyclopädie (ConversationsLexicon), voc. Aufruhr. Selbst v. Haller, in der Restauration der Staatswissenschaften, Th. II, S. 428 ff., erklärt sich für das Recht zum Widerstand. — Beispiele aus der neuern Zeit, in C. D. Voss Zeiten, 1811, Jan.; 1814, April, S. 116 ff., Mai, S. 289 ff., Juli, S. 55 ff. — Von der Absetzung *Philipps* II. in den Niederlanden, s. Ulr. Huber de jure civitatis, lib. I. Sect. 3. c. 5. §. 63 — 65. p. 88. edit. Thomasii. *Adr.* Kluit orat. inaug. de jure abdicandi Regem Philippum. Lugd. Bat. 1779. *Ebendess.* historiae federum Belgii federati primae lineae, P. I. p. 35 sq. — Der Aufstand der *Griechen* gegen die türkische Regierung, seit dem März 1821, ward gegründet: 1) auf die Thatsache der widerrechtlichen Unterjochung, indem da, wo bloſs Gewalt die Grundlage der Herrschaft ist, die Uebermacht der Gehorchenden das Band auf dieselbe Art löset, wie es von dem Herrscher geknüpft war; 2) auf die Willkührherrschaft oder Despotie (orientalisches Staatsrecht, Sultanismus) der Regierung, die weder bürgerliche Freiheit noch Eigenthum der Unterthanen anerkennt. Völkerrechtliche Ansichten des Kampfes der vereinigten Griechen gegen die Türken. München 1821. 8.

d) Darstellung der Grundsätze des Monarchomachismus, s. in Gribner's princ. jurispr. nat. II. 7. 2. Scheidemantel's allgemeines Staatsr., §. 57.

§. 191.

Fortsetzung.

II) Da der Staatsoberherr durch Vertrag zu der Staatsvertretung und Staatsregierung sich verpflichtet hat, so ist er zu willkührlicher Abdankung, zu einseitiger willkührlicher Aufhebung seiner vertragmäsigen Verbindlichkeit, nicht berechtigt[a]. Eben so wenig zu willkührlicher Veräusserung der Staatsvertretung und Staatsregierung, (§. 177, 250, 251), auf welche

ihm nur ein blofs persönliches (jus personalissimum), wenn gleich auf seine Nachkommen übergängliches, Recht zusteht *b*).

a) Günther a. a. O. II. 435. Moser's Staatsr. VII. 26 ff. *Ebenders.* v. d. röm. Kaiser, 618.
b) Rousseau du contrat social, liv. II, ch. 1. — Von Veräusserung des Staatsgebietes u. der Staatshoheit, unten §. 250 f. — Desgl. einzelner Hoheitsrechte, §. 274, und der Domainen, §. 162 u. 253.

II. Capitel.

Die Staatsbürger und Unterthanen.

§. 192.

Volk. Staatsbürger und Unterthanen.

In dem Innern des Staatsvereins, steht dem Staatsoberhaupt gegenüber, die Gesammtheit der Staatsbürger, das Volk *a*). Durch den Unterwerfungsvertrag ist jenem fortwährend das Recht übertragen, in Staatsangelegenheiten den allgemeinen Willen verfassungsmäsig (§. 214 ff.) festzusetzen und auszuführen. In dieser Hinsicht (§. 4), sind alle Staatsbürger oder Mitglieder der Staatsgesellschaft, physische und moralische *b*), dem verfassungsmäsig festgesetzten, für ihren Gesammtwillen geltenden Regierungswillen des Staatsoberherrn unterworfen *c*). Daher heifsen sie, in solchem Verhältnifs zu ihm, Unterthanen *d*).

a) Von den verschiedenen Bedeutungen des Wortes *Volk* (Nation), s. Klüber's droit des gens de l'Europe, §. 1 u. 20. Vergl. unten §. 194 u. 202.
b) Keine *Gesellschaft*, auch die Kirche nicht (§. 421), kann einen

Staat im Staate (Statum in Statu) bilden, d. h. ihre Wirksamkeit der Staatsregierung entziehen.

c) Nicht abhängig von eigener Einsicht, darf der staatsbürgerliche *Gehorsam* der Einzelnen seyn, im Verhältnifs zu Verfügungen des Regenten. Vergl., §. 4 u. 285. Feuerbach's Anti-Hobbes, S. 56. Aber durch bescheidene Vorstellung, darf das eigene Urtheil demselben vorgetragen werden.

d) *Untergebene*, in Beziehung auf Staatsbehörden.

§. 193.

Verschiedenheiten der Staatsgenossen.

Wesentlich ist in der Staatsgesellschaft nur ein Stand, derjenige der Staatsbürger. Bei diesem findet eine gewisse Verschiedenheit nach allgemeinen staatsrechtlichen Beziehungen statt (§. 194). Aber eine Abtheilung der Staatsgenossen in eigentlich so genannte Stände, und eine Ungleichheit dieser Stände, nichts weniger als Bedingung des Staatszweckes a), hat sich auch in Teutschland, in gewisser Art schon in dem ersten bekannten Zeitraum b), in die Staatsverfassung eingeschlichen; sie hat sogar Ungleichheit der Rechte erzeugt. In dieser Hinsicht hat sich, nach und nach, eine dreifache Abtheilung (Standesclassen), in Adel, Bürger- und Bauerstand, gebildet (§. 195 – 201). Staatsbürgerliche Verschiedenheiten anderer Art, beziehen sich theils auf Beschäftigung, Lebensart, Gewerbe, Wohnort, Eigenthum und National Oekonomie (§. 202), theils auf Verschiedenheit der Unterordnung unter den Staat (§. 203), theils auf Religionsverschiedenheit (§. 379 u. 432). Noch ein anderer Unterschied, betraf ehehin die bürgerlichen Unterordnungs Verhältnisse gegen das teutsche Reich, wo alle Reichsunterthanen entweder Reichsunmittelbare oder Mittelbare (§. 37) waren; mit der teutschen Reichsverfassung hat dieses aufgehört. — Die Rechte, welche von der Standesverschiedenheit abhängen, sind in einzelnen Staaten mehr oder weniger gesetzlich bestimmt c).

a) So, in Absicht auf den *Geburtsstand*, so fern er, als solcher, Vorrechte geniefst: Baco de Verulamio in operib. (Francof. 1665. fol.), p. 1159. Rousseau du contrat social, liv. I, ch. 9, am Schlufs. Kant's Rechtslehre, §. 49. D. S. 192. Theod. Schmalz natürl. Staatsr. 9 ff., 62 f. 69. CabinetsOrdre K. Friedr. Wilhelms III. v. 10. März 1798. E. M. v. Schlieffen's Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen, (Cassel 1784. 4.), S. 2. J. W. v. Archenholz Minerva, Mai 1808, S. 265 ff. Sieyes sur les privilèges. *Ebenders.* qu'est-ce que le Tiers-état? Condorcet's Entwurf e. histor. Gemäldes der Fortschritte des menschl. Geistes (ins Teutsche v. E. L. Posselt, Tüb. 1796. 8.), 276 ff. 285 ff. J. St. Pütter über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschl. Gött. 1795. 8.) 13 ff., verglichen jedoch mit S. 20 F. W. B. v. Ramdohr's Organisation verschiedener Stände und Gewalten in monarch. Staaten. Hannov. 1801. 8. Karl Dietr. Hüllmann's Gesch. des Ursprungs der Stände in Deutschl. Frankf. a. d. O. Th. I, II u. III. 1806. 1807. 1808. 8. Untersuchungen über den Geburtsadel und die Möglichkeit seiner Fortdauer im 19. Jahrhundert. Von dem Verf. des neuen Leviathans (Friedr. Buchholz). Berl. u. Leipz. 1807. 8. Vergl. unten §. 199. — Dawider s. von Kotzebue vom Adel. Leipz. 1792. 8. Theod. Gottl. von Hippel über Gesetzgebung u. Staatenwohl (Berl. 1804. 8.), S. 126. A. W. Rehberg über den teutschen Adel. Gött. 1803. 8.

b) Gedanken von d. Urspr. u. Unterschied des adelichen, Bürger- und Bauernstandes. Cöln, 1710. 4. G. D. Aland diss. binae de statu hominum apud veteres Germanos. Lips. 1745 et 1747. 4. L. Meiner's Gesch. der Ungleichh. d. Stände unter den vornehmsten europ. Völkern. Zwei Bände. Hannov. 1792. 8. Eugen. Montag's (letzten Abtes zu Ebrach) Geschichte der teutschen staatsbürgerlichen Freiheit, oder der Rechte der gemeinen Freien, des Adels, und der Kirchen Teutschlands. (Vom Anfang der fränk. Periode bis Friedr. I.) Bd. I, Th. 1 u. 2. Bd. II, Th. 1 u. 2. Bamb. 1812. — 1815. 8. J. C. Majer's Germaniens Urverfassung (Hamb. 1798. 8.), 35. 45 ff. Pütter a. a. O. 22 – 52. Graevell's antiplaton. Staat (Berl. 1808. 8.), S. 229 ff. Karl Mannert's Freiheit der Franken, Adel, Sclaverey. Nürnb. 1799. 8. Pet. Wolffer diss. historica diplomatica de Personis imperii Romano-Germanici. Heidelb. 1788. 4. B. F. Hummel's Compend. t. Alterthümer, 124. K. G. Rössig's Alterthümer der Teutschen, 276 ff. P. L. L. Merfau von der ersten muthmafsl. Entstehung der Verschiedenheit der Stände; in s. Miscellaneen, I. 349.

c) *Badisches* Edict v. 4. Jun. 1808, die Grundverfassung der

verschiedenen Stände betr.; in d. Rhein. Bund, XXII. 63. XXVIII. 117.

§. 194.

I) *Nach allgemeinen staatsrechtlichen Beziehungen.*

Souverain. Volk. Unterthanen u. Nation. Mitglieder des Regentenhauses. Rechts- u. Pflichtgleichheit der Staatsgenossen. ActivBürger. Gemeindeglieder.

I) Nothwendig und natürlich ist die Abtheilung der Staatsgenossen, in dem weitern Sinn, in Souverain und Volk [a]), dieses als Inbegriff der Staatsbürger in Verhältnifs zu dem Oberherrn. II) Die einzelnen Bürger, sind Unterthanen (§. 192); und die Masse aller Einwohner des Staatsgebietes, bildet die Nation, den wesentlichen Stoff des Staatsvereins. III) Das Staatsinteresse läfst zu, dafs, in erblich-monarchischen Staaten, die Mitglieder des Regentenhauses, dem gesammten Volk gegenüber, als eine höhere Classe ausgezeichnet werden, geschieden von dem Adel (§. 197 III), welcher durchaus in unterthanschaftlichem Verhältnifs steht. IV) Alle Staatsangehörigen haben gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten. Keiner darf, wegen seiner Geburt, von irgend einem Staatsamt ausgeschlossen werden. Alle sind verpflichtet zu gleichem staatsbürgerlichem Gehorsam (§. 4 u. 285), und zu gleicher Theilnahme an den Staatslasten. Die Verpflichtung zu Vertheidigung des Vaterlandes, und die Verbindlichkeit zu dem Waffendienst, sind allgemein. Jedem gebührt Freiheit der Person, des Gewissens, des Eigenthums, der Auswanderung. Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen, und anders als in den durch das Gesetz bestimmten Fällen, verhaftet und bestraft werden [b]). V) In Absicht auf Ausübung gewisser innerer politischer Rechte (§. 4 c), heissen, in Staaten mit RepräsentativVerfassung, ActivBürger diejenigen Staatsbürger, denen ein Mitwirkungs-

recht bei Bildung der Volksvertretung (§. 221) zukommt c). VI) So fern nach der Staatsverfassung Gemeinden die Grundlage des Staatsvereins sind, muſs jeder Staatsbürger einer Gemeinde als Bürger oder Beisaſs (§. 378) angehören, so weit nicht gesetzlich eine Ausnahme besteht. Die Rechte der Gemeinden werden durch die Gemeinderäthe und deren Vorsteher verwaltet, unter verfassungsmäsiger Mitwirkung der Gemeindeausschüsse oder Abgeordneten, nach den Gesetzen und Verträgen, und unter Aufsicht der Staatsbehörden (§. 254). In manchen Staaten bildet die Gemeindeverfassung, in ihren Hauptzügen, einen Bestandtheil der Staatsverfassung d).

a) Kant a. a. O. 193.
b) Alles Worte des *wirtemb.* Verfass.Vertr. v. 1819, §. 21 u. f. Man s. auch das Gesetz für die ständ. Verfass. des Herzogth. S. CoburgSaalfeld, v. 1821, §. 10 u. ff.
c) Unter 30 Mill. Einwohnern, hat Frankreich 80,000 ActivBürger, ungefähr. Nach der Charte ist wahlberechtigt, wer 300 Franken Steuer oder mehr bezahlt. Von den droits politiques der citoyens français, s. man Fleurigeon, code administratif (Paris 1806. 8.), p. 700—760.
d) *Wirtemb.* Verfass.Vertr. v. 1819, §. 62-69. *Gemeindeordnungen*, in Baiern, Wirtemberg, Baden, GH. Hessen. J. P. v. Sensburg's Entwurf einer Gemeindeordnung. Carlsr. 1821. 8.

§. 195.

II) nach eigentlich so genannten Ständen.
1) *Adel. Persönlicher, Verdienst- u. Geistesadel.*

In Absicht auf den eigentlich so genannten Unterschied der Stände, bemerkt man noch, in teutschen Bundesstaaten, drei Hauptstände. Der erste ist der Adel a), ein Geburtstand b), womit erbliche Vorrechte vor Mitgliedern der übrigen Standesclassen verbunden sind c). Diese Vorrechte erhalten ihre nähere Bestimmung, nach den verschiedenen Classen des Adels, durch das Recht, theils des teutschen Bundes (§. 170), theils der einzelnen Bundesstaaten.

Blofs persönlicher oder nicht erblicher Adel (Amts-, Dienst-, Chargen-, Kriegs- oder GlockenAdel), gehört zu den Ausnahmen von der Regel, und findet nur da statt, wo er durch Staatsgesetze begründet ist [d]). Unterschieden von dem staatsbürgerlichen, giebt es in sittlicher Hinsicht nur Verdienstadel [e]), Seelen- oder Tugendadel, unabhängig von Zufall und Verleihung, so wie in geistiger Hinsicht Geistesadel.

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 264. Klüber's Lit. §. 1047. H. W. Lawätz Handb. f. Bücherfreunde u. Bibliothekare, Th. I, Bd. 1 (Halle 1793. 8.), S. 131 — 884, insbes. S. 846. C. U. D. v. Egger's Archiv f. Staatswissensch. u. Gesetzgeb., Bd. I (Zürich 1795. 8.), voc. Adel.

b) Ursprünglich der Stand der Gutsbesitzer, von *Od*, d. h. Besitzung. Die verschiedenen Meinungen von dem Ursprung des Wortes *Adel*, s. in Schilter's thesaur. antiquit. teuton., Tom. III. p. 622. C. L. Scheid's Nachr. vom Adel, S. 10. J. C. H. Dreyer's verm. Abhandl., Th. III, S. 1246 f. 1296. *Ebendess.* Nebenst., S. 34 ff.

c) Von der Nobilitate der alten Teutschen, nach Tacitus, s. J. F. Runde or. de vera nobilitatis notione etc. Goett. 1793. 8.

d) Wie in Wirtemberg, bei nichtadelichen Rittern des Civil-Verdienstordens. — Vom PersonalAdel s. Leyser medit. ad Pandect., Sp. 664. m. 5. Moser v. d. t. Unterthanen Rechten, S. 391. Klüber's kl. jurist. Bibl., St. XXV, S. 17 f. — Anders F. C. J. Fischer, in s. Lehrbegr. sämmtl. Kameral- u. Polizeir., Bd. I, §. 806 f.

e) Hievon (bei den Alten Götteradel) s. M. Grass diss. Tüb. 1717; in Moser's Syntagm. dissertatt. p. 181 sqq. Estor's neue kl. Schriften, Th. I. S. 153 f. 157 f. *Ebendess.* teutsche Rechtsgelahrth. Th. III, §. 194. J. O. Salvius Proben des t. Reichsadels, Cap. 1 u. 2.

§. 196.

Geburt- und Briefadel.

Der Adel ist, in Ansehung der Art wie Jemand selbst ihn erlangt hat: 1) Geburtadel [a]) (Geschlecht- oder Stammadel, nobilitas gentilitia), wenn er ihm von dem Vater [b]), durch Erzeugung in recht-

mäsiger Ehe c), mitgetheilt ist; 2) Briefadel d) (Bullenadel, nobilitas codicillaris s. diplomatica), wenn ihm solcher von dem Staatsoberhaupt, oder von einem andern zu der Adelung Berechtigten e), durch ein Privilegium (Adelsbrief, Diplom oder Patent) verliehen ist. Durch Adoption, durch Legitimation (vermittelst nachfolgender Ehe, oder landesherrlichen Rescriptes), durch Ritterguts- oder RitterlehnsErwerb, durch Erbeinsetzung mit der Bedingung, den adelichen Namen des Erblassers zu führen, kann der Adelstand, ohne ein hiezu berechtigendes oberherrliches Privilegium, weder erlangt noch Andern mitgetheilt werden.

a) (J. C. W. v. Steck) Von dem Geschlechtsadel und der Erneu rung des Adels. Leipz. 1778. 8. Encyclopédie, par d'Alembert et Diderot, voc. *Noblesse ancienne*. — Der Geschlechtadel ist entweder *Uradel* oder *neuer* Geschlechtadel, und beide sind entweder *alter* (der auf eine bestimmte Anzahl adelicher Ahnen oder Vorfahren sich gründet) oder *neuer*. Klüber isagoge in jus publ. nobilium immed., §. 3. sq.

b) Eine adeliche *Mutter* theilt den mit ihrem nicht adelichen Ehemann erzeugten Kindern, weder ihren Geburt- noch ihren Briefadel mit; so fern sie nicht durch ein Privilegium besonders hiezu ermächtigt ist. Hienach ist der von Einigen behauptete *Kunkeladel* (nobilitas uterina) zu beurtheilen. Klüber diss. de nobilitate codicillari, §. 3. — Ein *adeliches Frauenzimmer* verliert sogar durch Verheurathung mit einem Nichtadelichen, ihren eigenen Adel. Klüber's kl. jurist. Bibloth., St. XXV, S. 13. — *Kinder*, welche gebohren sind ehe ihr Vater Briefadel erlangt hatte, nehmen an des Vaters Adel nur dann Theil, wenn sie in seinem Adelsbrief ausdrücklich mitbegriffen sind. Klüber diss. cit. §. 5. Anders Hommel obs. 770.

c) Des väterlichen Adelstandes *nicht* theilhaftig, sind Kinder, welche ein Adelicher in einer *Gewissensehe*, in einer, mit solcher vertragmäsigen Bestimmung geschlossenen, *Ehe zur linken Hand*, oder *ausser* der *Ehe* (wenn gleich Legitimation durch nachfolgende Ehe erfolgt wäre), oder in *damnato coitu* erzeugt hat. — Von *Mifsheurathen*, oben §. 182, *b*.

d) Von den verschiedenen *Formen*, unter welchen der Briefadel vorkommt, s. Klüber diss. cit. §. 5. — Von seinem *Ursprung*, ebendas. cap. II. p. 19 — 50. u. Klüber's kl. jur.

Bibl. St. XXV, S. 30 ff. — Der Briefadel ist entweder Kaufadel oder Gunstadel, dieser zuweilen Verdienstadel.

c) Während der teutschen Reichsverfassung z. B., von einem der beiden Reichsvicarien während eines Zwischenreichs, von einem kaiserl. Oberhofpfalzgrafen (comes palatinus major), oder von einem andern durch kaiserliche Verleihung hiezu Berechtigten. Daher Vicariat, Comitiv- u. d. Adel. Klüber diss. cit. §. 18 u. 19.

§. 197.

Hoher und niederer Adel; jetzt nur Landesadel. Souveraine ErbRegenten u. ihre Familienglieder, gehören nicht zu dem Adel.

I) Als Standesclasse betrachtet, theilt sich der Adel in hohen und niedern[a]). A) Der hohe Adel (HerrenStand, nobilitas superior, Erlauchte, illustres), objectiv betrachtet, ist ein Inbegriff bürgerlicher erblicher Vorrechte, die ehehin ihren Grund hatten, entweder in einem, der Familie, wegen eines Reichslandes, zustehenden Sitz- und Stimmrecht auf der allgemeinen Reichsversammlung, oder in der erblichen reichsfürstlichen Würde[b]), jetzt, entweder in einer Bestimmung des teutschen Bundes, oder in einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Willenserklärung des inländischen Souverains. Zur Zeit des teutschen Reichs, begriff der teutsche hohe Adelstand unter sich, die ErbKurfürsten, die Erbfürsten des teutschen Reichs, dann die mit dinglicher[c]) Reichsstandschaft versehenen Reichsgrafen, nebst ihren allseitigen ebenbürtigen FamilienMitgliedern. Jetzt bilden den hohen Adelstand: 1) allgemein, das heifst, in allen teutschen Bundesstaaten, diejenigen Standesherren im Sinn der BundesActe, welche während der teutschen Reichsverbindung zu dem hohen Adel des teutschen Reichs gehörten[d]), 2) in einzelnen Bundesstaaten, diejenigen, denen vermöge dortigen particulären Rechtes der hohe Adelstand zukommt (§. 240 u. 411). B) Der niedere

Adel (auch geradehin der Adel, Edelleute, nobilitas inferior), ist ein Inbegriff von bürgerlichen erblichen Vorrechten, womit, in der StandesclassenReihe, der Rang zwischen den Personen des hohen Adels einer Seits, und denen von dem Bürgerstande anderer Seits, verbunden ist [e]). II) Durch Auflösung der teutschen Reichsverbindung, hat der teutsche (unmittelbare und mittelbare) Reichsadel, als solcher [f]) aufgehört (§. 48). Es giebt daher in den Bundesstaaten jetzt nur Landesadel. III) Frei geworden von der Reichsbürgerschaft, und von der Unterordnung unter die Reichshoheit, gehören jetzt die souverainen ErbRegenten teutscher Bundesstaaten, nebst den Mitgliedern ihrer Familien, so wenig zu dem Adel (§. 194. III), als ehehin der römisch-teutsche Kaiser und dessen Familie.

a) Teutsche BundesActe, Art. 14, lit. a. Pütter von d. Untersch. der Stände, S. 73 ff. Moser von der t. Unterthanen Rechten, S. 392 ff. Klüber diss. cit. §. 6. *Ejusd.* isagoge in jus publ. nobilium immed., §. 5. sq. — Die *badischen* Gesetze unterscheiden *Herrenstand* u. *Ritterstand*, und rechnen zu dem letzten, alle ehemaligen nicht reichsständischen Grafen, alle Freiherren und Edelleute. Bad. Landrecht von 1809, Satz 5—, cd. Edicte v. 22. Jul. 1807, §. 2, u. v. 4. Jun. 1808, §. 21; in d. Rhein. Bund, XII. 322. XXVIII. 124. — Das *baierische* Edict über die Verhältnisse des Adels v. 28. Jul. 1808, schweigt von der Abtheilung des Adels in hohen u. niedern. Rhein. Bund, XXIV. 436. Nachtrag dazu, v. 5. Dec. 1808. — Die ehemalige Abtheilung des Adels in *reichsmittelbaren* und *mittelbaren*, bezog sich auf das *Subjections*Verhältniss im teutschen Reich, wovon Klüber isagoge cit., §. 10 et 11. Vergl. oben §. 37.

b) Folgen hieraus. Klüber diss. de nobilitate codicillari, §. 6 et 20. *Ebendess.* kl. jur. Bibl. XXV. 26 ff. — Seit 1800, hatte der *Freiherr* von Bömmelberg, wegen der Herrschaft Gehmen, Theil an der reichsgräflich-westphälischen CuriatStimme im Reichsfürstenrath (§. 231 *d*).

e) Von ungefürsteten *reichsgräflichen Personalisten*, s. reichsabsch. 1654, §. 177. Wahlcap. I. 5. III. 21. Klüber isagoge cit. §. 5. n. 3. Moser v. den t. Reichsständen, 816 ff.

d) BundesActe, Art. 14, lit. a. Vergl. unten §. 231, *d*.

e) Klüber kl. jur. Bibl. XXV. 28. — Doch geht der *Amts-* oder *Dienst*rang, dem blossen Geburtsrang vor. *Badische* neue Rangordnung v. 6. Jul. 1808, membr. I, in d. Reg. Blatt, St. XX. Eine *badische* Verordn. v. 26. Aug. 1806, hob den Unterschied zwischen Adel u. Nichtadel, in den Staatsämtern auf, als dem StaatsInteresse u. dem Zeitgeist widerstrebend.

f) Auf der linken Rheinseite, in den an Frankreich abgetretenen Ländern, ward der Adel durch die französischen Gesetze abgeschafft. Ipso jure, erfolgte seine Wiederherstellung durch die Trennung dieser Länder von Frankreich nicht. Vergl. §.243.

§. 198.

Stufen des hohen und niedern Adels.

I) Jede Classe des Adels hatte, während der teutschen Reichsverfassung, verschiedene Stufen. A) Die Stufen des hohen Adels waren: 1) der Erb-Kurfürstenstand (Erzfürsten a)); der weltliche b) Reichsfürstenstand, Herzoge, Markgrafen, Pfalzgrafen, Landgrafen, und Burggrafen mit Fürstenwürde, eigentlich so genannte Reichsfürsten, und gefürstete Grafen c) (Fürstenmäsige d)); 3) der Reichsgrafenstand, so weit er mit dinglicher Reichsstandschaft versehen war; 4) der Dynastenstand, in der alten Bedeutung des Wortes e). B) Der niedere Adel hatte folgende Stufen f): 1) Titular- oder nicht-reichsständische (ungefürstete) Grafen g), wohin einige auch die reichsgräflichen Personalisten rechneten; 2) Freiherrren oder Barone h); 3) Edle und BannerHerren; 4) des heil. röm. Reichs Ritter; 5) Edle von; 6) gemeiner Adelstand, mit dem Prädicat von. II) Jetzt sind bei neuer Adelung, in den meisten Bundesstaaten, für den niedern Adelstand nur drei Stufen noch in Gebrauch: Graf, Freiherr, und gemeiner Adelstand mit dem Prädicat von. In Baiern sind vier Stufen i), und in Oestreich sind alle vormaligen noch üblich. Doch dauern die während der teutschen Reichsverfassung erlangten

Adelsbenennungen noch fort; nur überall mit Weglassung des Prädicates «**Reichs**», z. B. in den Titeln Reichsgraf, Reichsfreiherr u. s. w (§. 48). Der Titel **Kurfürst** hat nur bei Kurhessen sich erhalten (§. 109).

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 50. 141. Klüber's Lit. 124. 169. — Von dem *Erzherzog* von Oestreich, s. Privilegium Fridericianum v. 1156, in des Grafen Rudolfi Coronini de Cronberg operib. miscellan. Tom I. (Venet 1769. fol.), p. 4—7. F. F. Schrötter's östreich Staatsr. II. 9 ff. C. A. Beck jus publ. austriac., Spec I. 17. sqq. de Selchow elem. jur. publ. §. 119.

b) Von *geistlichen* Reichsfürsten und gefürsteten *Prälaten*, s. Klüber isagoge cit. §. 5. not. 2. u. diss. de nobilitate codicill. §. 6. 20.

c) Von allen diesen, s. Mascov princ. jur. publ. 407. sqq. J. F. Pfeffinger, Vitriarius illustratus. II. 16 — 763. Gebhardi geneal. Gesch. der erbl. Reichsstände. I 133 ff 160. 177. Moser von den t. Reichsständen, passim. Pütter über den Unterschied der Stände, 138 f. — Von Pfalzgrafen, s. Braunschw. Anzeigen, 1754, 3-7 f.

d) Unter den *Fürstenmäsigen* (principalibus) wurden in der Austrägal Materie (K. G. O. 1555, II. u. 3 R A. 1570, §. 102) nur die *gefürsteten Reichsprälaten* und *gefürsteten Reichsgrafen* verstanden; also weder die *neuen*, noch die apanagirten Fürsten, noch die ungefürsteten reichsständischen Grafen, noch überhaupt die altgräflichen Häuser. Pütter's hist. Entwick. I. 268 f. Klüber's kl. jur. Bibl. IV. 272 f. 279. Dagegen s. Pütter's Opuscula rem judiciariam imperii illustrantia, 579. §. 11. Moser von d. t. Reichsständen, 524. Runde's t. Privatr. §. 339. Weckhelin's Chronologen, Bd. X. Num. 1 u. 2. G. F. C. Robert diss. de iis qui dicuntur Fürstenmäsige. Marb. 1785.

e) Schriften bei Klüber, 121. 192. Gebhardi a. a. O. I. 165. G. E. Weisse Abh. v. Dynastien; in F. G. A. Schmidt's fortgesetzten Beiträgen zur Geschichte des Adels (Leipz. 1795). Num. 2. Pütter a. a. O. 111.

f) (v. Steck) Vom Geschlechtsadel (Leipz. 1778.), 38 ff. J. G. Estor's kl. Schriften, I. 844.

g) Einen *Mitteladel* macht aus diesen, Hommel rhaps. obs. 899. Dawider s. Klüber comm. de jure nobilium feuda militaria constituendi (1786. 8.), p. 5. sqq. und de nobilit. codic. §. 7. Vergl. Pütter a. a. O. 130—133.

h) H. W. Lawätz Handb. f. Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II. Bd. 2, Abth. 2, (Halle 1795), S. 329 — 335.

i) Graf, Freiherr, Ritter, Edler oder gemeiner Adelstand. Baier. Regierungsblatt, 1808, St. 13. Edict über den Adel im Königr. Baiern, v. 26. Mai 1818, als Beil. 5 zu der baier. Verfafs.Urk. v. 1818.

§. 199.

Politischer Werth des Adels. Allgemeines Recht und teutsches.

I) Mit Verschmähung jeder Art von Castenthum und Aristokratismus, erkennt das StaatsInteresse [a]) nur den **Adel des persönlichen Verdienstes**, bei den gleich gebohrnen Staatsgenossen; indem «es «dem Kind nicht verleiht, was dem Vater, der Träg«heit nicht, was dem Fleifs, dem Vorurtheil nicht, «was dem Genie, das heifst, dem privilegirten Welt-«und Naturadel gebührt, der an Racen und Kasten «nicht gebunden ist» [b]) II) Das **allgemeine Recht** fordert **Rechtsgleichheit** (Isonomie) **aller Unterthanen** (§. 4), und wenn bevorrechtete Geburtstände an sich schon nichts weniger als **nothwendige Uebel** [c]), sondern, auf das Gelindeste ausgedrückt, psychologich-politischer Luxus oder Assignate der Eitelkeit sind, so ist gewifs, dafs wer jetzt anders urtheilt, wenigstens sein Jahrhundert nicht versteht [d]). III) In Teutschland hat die Staatsgesetzgebung dieses, hin und wieder, schon mehr oder minder, wenigstens stillschweigend, am sprechendsten durch gleichmäsige Vertheilung der Staatslasten unter alle Unterthanen, anerkannt [e]), so dafs dem Adel meist nur Nennwerth geblieben ist, nachdem man ihn vorlängst der Standespflichten entledigt hat, aus welchen seine Vorrechte allmählig hervorgewachsen waren. Dagegen sind in manchen Bundesstaaten diese Rechtsverhältnisse entweder anders, oder noch nicht, wenigstens nicht durchaus bestimmt [f]) Eben so verschieden sind

die Beispiele, in den zu dem teutschen Bund nicht gehörigen Staaten *g*).

a) Dem Staatszweck gemäfs. Vergl. oben § 193, u. ebendas. Note *a*. — Exegese von MONTESQUIEU's oft misfverstandenem Geschichtspruch: «point de monarque, point de noblesse; point de noblesse, point de monarque»; in KLÜBER's Uebersicht der dipl. Verhandl. d. wiener Congr., S. 237 ff. — «Mon autorité ne reposait pas, comme dans les vieilles monarchies, sur un échafaudage de castes et de corps intermédiaires; elle était immédiate, et n'avoit d'appui que dans elle-même, car il n'y avait dans l'Empire que la *nation* et *moi*». BUONAPARTE, in dem Manuscrit venu de Saint Hélène (Londres 1817. 8.), p 23. Anders Ludwig XIV. mit seinem «l'Etat c'est *Moi*».

b) Worte in J. W. von ARCHENHOLZ Minerva, Mai 1800, S. 269. — Der *Geburt* sollte der Staatsbürger, ausser der physischen und geistigen Ausstattung und dem Geschlechtnamen, mehr nicht zu danken haben, als das in dem bürgerlichen Gesetzbuch bestimmte oder gebilligte Erbrecht.

c) Worte F. A. von SCHLÖZER's, in s. Staatsgelahrtheit, Th. I, S. 51.

d) Vergl. KLÜBER's angef. Uebersicht etc., S. 194—201. — Bei reifer Erwägung des politischen Charakters unseres Zeitalters (§. 92) und des eigenen Vortheils, werden erblich Bevorrechtete weder unbelehrbar noch unversöhnlich auch nur scheinen wollen. Ihrer eigenen Einsicht wird nicht entgehen, dafs angebohrnes Verdienst nicht denkbar, folglich ein erworbener Ehrentitel achtungswerther sey als ein ererbter, da er bei dem Subject Eigenschaften voraussetzt, die ihm persönlich angehören, und nicht ohne Unterschied ein Erbtheil Aller seyn können, die aus derselben Ehe hervorgegangen sind.

e) Die Constitution des ehemaligen Königreichs *Westphalen* von 1807, Art. 10, 14 u. 15, verordnete Rechtsgleichheit aller Unterthanen, hob alle AdelsPrivilegien auf, und liefs den Adel dem Namen nach, blofs als TitularSache fortdauern. Rhein. Bund, XII, 482 ff. Zwei westphäl. Decrete v. 4. Sept. 1811, den Adel und die Majorate betr. — Fast eben so, die Constitution des K. *Baiern* v. 1. Mai 1808, Tit. I, §. 5, in dem Rhein. Bund, XIX. 5, u. das baier. Edict v. 28. Jul. 1808, nebst Nachtrag v. 28. Jul. 1808, und Nachtrag v. 22. Dec. 1808, die Verhältnisse des Adels betr., ebendas. XXIV. 436. Desgleichen, eine Verordn. für das Grofsherzogth. *Berg* v. 31. März 1809, in

d. Allgem. Zeit., April 1809, u. in d. Code politique (Paris 1809. 8.), p. 699; das grofsherzogl. *frankfurtische* Organisa-tionsPatent v. 16. Aug. 1810, §. 14, in d. Rhein. Bund., XLVII. 258; das herzogl. *anhalt-cöthensche* v. 28. Dec. 1810., Art. 8 u. 9, ebendas. LII. 97 u. die Verfafs. Urk. des GH. *Hessen*, v. 1820, Art. 19—20, 28—30, 37 u. 38.

f) Von *Baden*, das angef. Edict. v. 4. Jun. 1808, §. 21. f. Rhein. Bund, XXVIII. 124. Hassel's Handbuch für 1816, I. 117. Von dem GH. *Hessen*, s. die Verfafs. Urk. v. 1820, Art. 38.

g) Beipiele: 1) aus dem nordamerikanischen Freistaat; aus Frankreich v. 1790 bis 1808, von 1808 bis 4. Jun. 1814, wo die Constitution, Art. 71, die Beibehaltung des alt- u. neu-französischen Adels verordnete; aus dem ehemaligen Königreich Italien, bis 1808, und nachher bis 1814; aus dem Fürstenthum Lucca, von 1805—1814; aus der SiebenInselnRepublik, seit der Constitution v. 1804; aus dem Norden von Europa, in den ältesten Zeiten der Monarchie; aus der Türkei; aus dem sinesischen Kaiserreich; aus der alten Welt, vorzüglich bei Griechen u. Römern; — 2) aus Holland, nach dem Gesetz v. 22. Mai 1809 u. dem königl. Statut v. 1. Oct. 1809, wodurch ein verfassungsmäsiger Adel eingeführt, der aber durch e. Gesetz v. 14. Febr. 1810 wieder aufgehoben ward; aus Rom, wo im Juli 1809 der Adel aufgehoben ward; aus Spanien, nach d. Constitution v. 6. Jul. 1808, Art. 140, u. d. k. Decret v. 18. Aug. 1809; aus Neapel, wo 1800 Ferdinand IV. allen Adel aufhob und einen neuen einführte, dann von 1806 bis 1815; Spanische Constitution der Cortes v. 19. März 1812, Art. 5 ff., 16 ff. u. 27 ff.; aus der Schweiz; — 3) aus Rufsland, England, Dänemark, Schweden.

§. 200.

2) *Bürgerstand.*

Der zweite Hauptstand ist der **Bürgerstand** a) (Bürgerliche, civici, burgenses, bourgeoisie); eine zahlreiche Classe b), welche alle Freien unter sich begreift, die weder zu dem Adel, noch zu dem Bauerstand gerechnet werden können c). Eine Abtheilung derselben (der geehrtere Bürgerstand), wird **Honoratioren** (vornehme Bürger) genannt d).

a) (Joh. Frhr. v. Hohix) Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten. Wien, 1791. 8. G. L. Boehmer's Rechtsf. B. I, Abth. 2, Num. 55. Hommel obs. 618. Moser von der t. Unterthanen Rechten, 459 ff.

b) Doch unterschieden von dem *Staatsbürger* (citoyen), und von dem eigentlich so genannten *Bürger einer Stadt*. Encyclopédie, par Diderot et d'Alembert, art. *bourgeois* und *citoyen*. Rousseau contrat social, liv. I, ch. 9, Note *.

c) In dem *Mittelalter* wurden, unter den *Freien*, *Freigebohrnen* oder *Wehren* (ingenuis), nicht blofs die Rittermäsigen oder Ritterfreien (wie Joh. Ge. Cramer und Graf Buat glaubten), sondern auch der *Bürger-* und freie *Bauerstand*, die Gemeinfreien, begriffen. Man unterschied, nach Erbauung der Städte, ingenuos militares, burgenses und rusticos. Pütter a. a. O. 53. 69. 102. G. L. Boehmer diss. de jurib. ex statu militari Germanor. pendentibus. Gött. 1740. 1750. 4. J. H. C. De Selchow de juribus ex statu ingenorum in Germania pendentibus. Goett. 1756. 4. u. in s. Electis, 119. J. F Runde's t. Privatr. §. 327 ff.

d) *Honoratioren* heissen, in dem gemeinen Leben, Personen aus dem Bürgerstande, die eine geehrtere Existenz haben, als die ist, welche ein zünftiges Gewerbe giebt. Dahin gehören z. B. der Stand der *Gelehrten*, *Künstler*, und *Kaufleute*, und diejenige *Geistlichkeit*, die für ihre Person auf einen höhern Stand nicht Anspruch machen kann. Moser von der t. Unterthanen Rechten, 462 f. — Ob der Reichshofrath *diese* Honoratioren, in der Lehre von Mifsheurathen, als den Gegensatz der von ihm so genannten personarum *plebejarum* (v. Riezfel's Reichshofrath, I. 253. Reuss St. C. XXI. 384.) betrachtet habe? — In *Baiern* ward das Privilegium der *Siegelmäsigkeit* (Moser von der t. Unterth. Rechten, 467 f. Allgem. Zeitung, 1809, Num. 19) aufgehoben, durch Verordn. v. 20. Apr. 1808, in d. Regier. Blatt des folg. Jahres, Num. 6.

§. 201.

3) *Bauerstand*; *freier und unfreier*. *Dritter Stand. Pöbel.*

I) Der dritte, auch ehrenwerthe, Stand ist der Bauerstand (Landbauer, rustici, ruricolae), wie die zahlreichste, also auch die nützlichste Classe von Staatsbürgern; wohin die gehören, deren unmittelbare Hauptbeschäftigung in Landwirthschaft besteht,

so fern sie nicht durch Adelstand, Amt, oder besondere Rechte, von diesem Stand ausgenommen sind a). II) Leibeigene (Hörige, Eigenbehörige, homines proprii), die entweder für ihre Person in erblicher Leibeshaft (Halseigene), oder wegen ihrer Güter in dinglicher Erbhörigkeit, erblicher Gutspflicht oder Gutsunterthänigkeit (Dienstbauern), den unfreien Bauerstand ausmachen b), sind in dem heutigen Teutschland nur noch als auffallende Ausnahme von der Regel zu betrachten. Gänzliche Abschaffung der Leibeigenschaft, absolutes Verbot derselben, ist eines von den Geboten der heutigen Culturverhältnisse. III) Ausserdem unterscheidet man auch Adel und Nichtadel, und rechnet zu dem letzten den Bürger- und Bauerstand; der, in dem Gegensatz der Geistlichkeit und des Adels, auch der dritte Stand (Tiers-état) genannt wird. IV) Der Pöbel, der hohe und niedere, eine Ausgeburt der Nation, sich sträubend gegen rechtliche Ordnung, Sitte und Vernunft, bildet keinen Stand; er findet sich zerstreut in allen Ständen c).

a) Also gehören dahin, weder alle Bewohner des platten Landes, noch blofs die Besitzer eines Bauergutes oder der Bauerländerei. Vergl. im übrigen, W. F. Schröder de notione rusticorum in Germania (Goett. 1743), §. 9. sqq. Runde's t. Privatr. §. 482. Westphal's t. Privatr. I. 244. Moser v. d. t. Unterthanen Rechten, 475 — *Taglöhner* und *Handwerker*, auf dem Lande, gehören, jene zu dem Bauer-, diese zu dem Bürgerstand. — *Reichsunmittelbare Bauern* (Runde a. a. O. §. 73) gab es nicht. Die einzelnen Bauern in den *Reichsdörfern*, waren Unterthanen der unmittelbaren Dorfgemeinde. Randel (Annalen der Staatskräfte von Europa, I. §. 120) nennt sie Einwohner der unmittelbaren Reichsdörfer.

b) PatrimonialLeibeigene. nicht StaatsLeibeigene, die nur in Herkerstaaten denkbar wären. A. L. Schlözer's Staatsgelahrtheit, I. 61. — Aufgehoben ward die *Leibeigenschaft*: 1) in dem *Badischen* am 23. Jul. 1783, Schlözer's Staatsanzeigen, V. 39. und 1819 in den neuerworbenen Landestheilen; 2) in dem Fürstenth. *HohenzollernHechingen* 1798; 3) in den Herzogthümern *Holstein* u. *Schleswig*, 1804; 4) in dem *Nassauischen*, am 1. Jan. 1808, Rhein. Bund, XIV. 335; 5) in *Baiern*, 1808, Regier.

Blatt von 1808, St. 49; 6) in dem ehmal. Grofsherzogth. *Berg*, in dem *Erfurtischen*, *Baireuthischen*, *Fuldaischen* u. *Hanauischen*, durch Decrete K. Napoleon's, datirt Madrid 10. Dec. 1808; 7) in dem ehemal. Königr. *Westphalen*, durch die Constitution, Art. 13, u. königl. Decrete v. 23. Jan. 1808 u. 27. Jul. 1809, in d. Rhein. Bund, XVIII. 416, u. in d. Moniteur westphalien, 1809, n. 105; 8) in d. Fürstenth. *Lippe-Detmold*, am 1. Jan. 1809; 9) in d. Fürstenth. *Schaumburg-Lippe*, am 10. Febr. 1810, in d. Rhein. Bund, XLIII. 115; 10) in *SchwedischPommern*, vom J. 1810 an, durch Verordn. v. 10. Jul. 1806, in dem Polit. Journal 1806, Jul. S. 681; 11) in dem ehemal. Grofsherzogth. *Frankfurt*, durch das OrganisationsPatent v. 16. Aug. 1810, §. 13; 12) *HessenDarmstadt* hob die Leibeigenschaft auf, in dem Herzogth. *Westphalen*, 5. Nov. 1819, u. in dem Fürstenth. *Starkenburg*, durch Verordn. v. 25. Mai 1811, in d. Rhein. Bund, LVI. 194, LXIII. 394, allgemein in der Verfafs. Urk. 1820, Art. 25. 13) In den königl. *preussischen* Staaten findet *persönliche* Erbunterthänigkeit nicht statt, schon nach dem Allgem. Landr. v. 1796, Th. II, Tit. 7, Abschn, 4, S. 342 ff., u. nach königl. Edicten v. 29. Dec. 1804 u. 9. Oct. 1807, Th. Schmalz über Erbunterthänigkeit. Berl. 1808. 8. 14) *Wirtemb.* Edict v. 18. Nov. 1817, betr. die Aufhebung der persönl. LeibeigenschaftGefälle, u. Verfafs.Vertr. 1819, §. 25; 15) Aehnliche Verordn. der freien Stadt *Frankfurt* v. 1. Jan. 1818; 16) Aufhebung in *Mecklenburg*, im Febr. 1820.

c) Beherzigungen vor dem wiener Congrefs (1814. 8.), S. 12 — 18.

§. 202.

III) nach Beschäftigung, Lebensart, Gewerbe, Wohnort, Grundeigenthum, NationalOekonomie.

I) In Hinsicht auf Beschäftigung, Lebensart, und Gewerbe a), unterscheidet man: Staatsbeamte, abgetheilt in Civil- und Militär- (Wehr-) Stand; Geistlichkeit b), Hofleute, Gelehrte c), Künstler, Kauf- und Handelsleute, Fabricanten und Manufacturisten, Handwerker oder Professionisten, Landwirthe (Handels-, Gewerb- und Bauerstand), Taglöhner und Gesinde. II) Von allen diesen unterscheiden sich die Rentenzehrer (rentiers), eine blofs consumi-

rende und geniefsende Classe (Kostgänger des Staates), und die Armen und Arbeitlosen d), (Freizehrer). III) Auf den **Wohnort** beziehen sich die Abtheilungen, 1) in Städter und Landleute oder Bewohner des platten Landes; 2) in solche, die für immer, oder nur als Fremde für die Zeit ihres Aufenthaltes in dem Staatsgebiet, ihren Wohnsitz in diesem haben (subditós perpetuos et temporarios); 3) in inländische und auswärtige (forenses) Güterbesitzer, je nachdem diese zugleich ihren Wohnsitz, oder nur Grundeigenthum in dem Staatsgebiet haben. IV) Alle Einwohner, das heifst alle, die ihren beständigen Aufenthalt in dem Staatsgebiet haben (ihr Inbegriff ist die **Nation**), sind entweder **Grundeigenthümer**, Eigenthümer einzelner Theile des Staasgebietes, oder **Beiwohner** (Landeigner oder NichtLandeigner). V) In Hinsicht auf **National Oekonomie**, unterscheidet man **Producenten** und **Consumenten**. Die ersten heifsen so, so weit sie sich mit UrProduction, oder mit industrieller oder commerzieller Production, beschäftigen.

a) Diese Classification ist wichtig, in Absicht auf die Verschiedenheit der Rechte; wovon das Meiste in das teutsche Privatrecht gehört. Ausserdem könnte man, mit den Oekonomisten, die Nation eintheilen, in die *productive* Classe, die Classe der *Grundeigner* (Gutsbesitzer, Zehntherren), und die *sterile* Classe. Schmalz Annalen der Politik, Heft I (Berl. 1809), Num. 2. — In dem Mittelalter unterschied man *Lehr-*, *Wehr-* u. *Nährstand*, d. h. Geistlichkeit, Adel u. Volk.

b) Die wichtigsten UnterscheidungsMerkmale, finden sich bei der *katholischen* Geistlichkeit. Zu der Geistlichkeit gehören, in d. Königreich Sachsen, auch die UnversitätsRectoren v. Römer's kursächs. Staatsr. III. 255 ff.

c) Die meisten Vorrechte geniessen die Lehrer und Studirenden auf Universitäten, und die Graduirten. Vergl. z. B. v. Römer a. a. O. 430 ff.

d) Aug. Niemann's Grunds. der Staatswirthschaft, I. 39 f.

§. 203.

IV) nach Verschiedenheit der Unterordnung unter den Staat. Immediat- und Mediat Unterthanen.

Alle Unterthanen, als solche, sind dem Staat unmittelbar unterworfen. Aber in Absicht auf die Ausübung mancher Hoheitsrechte, unterscheidet man, in manchen Staaten, Immediat- und Mediat Unterthanen a); je nachdem die Unterthanen, in Ansehung der Ausübung aller Hoheitsrechte, den administrirenden Staatsbehörden unmittelbar, oder, in Ansehung gewisser Hoheits-, auch gutsherrlicher oder Patrimonialrechte, einer, der Staatshoheit untergeordneten Grundobrigkeit unterworfen sind (Gutsunterthanen, Unter- oder Hintersassen), — Die Unterthänigkeit wird nicht aufgehoben durch Standeserhöhung, durch Befreiung von gewissen Staatslasten, durch Erwerb oder Besitz eines oder mehrerer verleihbarer Regalien (§. 101), der Standesherrlichkeit, der subalternen Landeshoheit, der Grundherrlichkeit, durck kirchliche Weihe und Widmung, u. d.

a) De Selchow elem. jur. germ. priv. §. 301. 343. C. H. Geisler comm. de landsassiatu, 107. Hommel rhaps. obs. 600. (Paul's) Chronik der Teutschen, Jul. 1808.

§. 204.

Alle in Landsassiat.

Die Unterthanschaft wird, in teutschen Staaten, auch bezeichnet durch das Prädicat landsässig. I) Daher heifsen alle Unterthanen Landsassen a), in dem weitern Sinn b). Der Inbegriff der ihnen in diesem Verhältnifs zukommenden besondern Rechte c), wird ActivLandsassiat (Landsasserei) genannt; in dem Gegensatz des PassivLandsassiats, eines Inbegriffs der den Landsassen obliegenden Staatspflichten, oder derjenigen Staatsbefugnisse, welche der Landesherrschaft über sie und ihre in dem Lande

befindliche VermögensSubstanz vorkommen [d]. II) In dem engern Sinn, versteht man unter Landsassen die höhere oder privilegirte Classe der Landesunterthanen [e]). III) So fern der Landsassiat, insbesondere die TerritorialGerichtbarkeit, gegen auswärtige Besitzer inländischen Grundeigenthums (forenses), blofs auf das in dem Land gelegene Grundeigenthum eingeschränkt wird, heifst er unvollständig (eingeschränkt, nicht voll, minus plenus): vollständig (uneingeschränkt, voll, plenus) hingegen, wenn er auch auf die persönlichen Verhältnisse der Forensen ausgedehnt wird [f]). Dieser wird jetzt in den meisten teutschen Staaten geltend gemacht [g]).

a) *Landsassen* heissen auch, in andern Bedeutungen: 1) *Inländer*, in dem Verhältnifs zu Ausländern; 2) *Landleute*, in dem Gegensatz der Städter (C. H. Geisler comm. de landsassiatu, §. 18. et 19. p. 62. sqq.); 3) *Rittergutsbesitzer* (meist landtagfähig), die in einigen Ländern, in Absicht auf den Gerichtstand, sich abtheilen in *Kanzlei-* oder *Schriftsassen* und *Amtsassen* (unterschieden von den gemeinen *Amtsuntergebenen*). Riccius von dem landsässigen Adel, 381 ff. Moser von der Reichsstände Landen, 339 f. Pfeffinger, II. 959. IV. 9. De Selchow elem. jur. germ. priv. §. 256. sq. — Von *Erbsassen*, s. Geisler 115. — Von *Insassen*, *Ebenders.* 109. Moser a. a. O. 539.

b) Geisler, 138. I. P. Lang's diplomat. Blumenlese, Num. 85; in Meusel's Geschichtforscher, III. 231. — Nicht blofs die *Grundeigenthümer*, sondern auch die übrigen *Einwohner* (Eingesessenen) des Landes, werden unter den Landsassen begriffen.

c) Davon s. Moser von der t. Unterthanen Rechten und Pflichten, S. 160 ff. — Schriften von dem Landsassiat, in Pütter's Lit. III. 102. Klüber's Lit. 147.

d) Geisler l. c. §. 48. p. 182. schränkt zwar diese Abtheilung ein, auf den Landsassiat in dem *engern* Sinn, gesteht aber S. 189 ff. selbst, dafs das Wort PassivLandsassiat gleichbedeutend sey mit *Landeshoheit*.

e) Geisler, §. 37. sqq., wo auch, §. 42 — 47, von ihren gemeinen und besondern Rechten gehandelt wird.

f) Sogar, in einigen Ländern, auf *Vasallen* und *Mitbelehnte*, als solche, selbst bei *ausländischen* Lehen (Aussen- oder Butenleben, feudis extra curtem). Riccius a. a. O. 378 f. 389.

K. S. Zachariä's Handb. des kursächs. Lehnr. §. 38. Püttmann elem. jur. feud. §. 423.

g) Riccius, 379. Boehmer princ. jur. feud. §. 218. de Selchow elem. jur. germ. priv. §. 255. n. 4. v. Römer's kursächs. Staatsr. II. 13 ff. Puffendorf proc. civ. I. 10. §. 31. Pütter's Rechtsf. Bd. II, Th. 4, S. 968. Preussische Processordn. Tit. II. §. 114. — Von *Forensen*, unten, §. 327 u. 380.

§. 205.

Nach Verschiedenheit der persönlichen u. dinglichen Unterwürfigkeit. Beweis der StaatsSubjection.

Gutsbesitz, Wohnsitz und Dienstverhältnifs, begründen die persönliche a) Unterwürfigkeit: bürgerliche Subjection des Grundeigenthums unter die Staatshoheit, die dingliche Unterwürfigkeit. I) Die dingliche wird beurkundet durch den Beweis, dafs die Sache Theil oder Zugehör des Staatsgebietes, oder wenigstens von dem Eigenthümer wirklich und rechtmäsig dafür anerkannt worden sey. II) Das einzige, wahre und sichere Merkmal der persönlichen Unterwürfigkeit gegen den Staat, ist die unzweideutige, rechtmäsige Anerkennung der Staatshoheit. Diese kann auf zweifache Art geschehen: ausdrücklich, durch ausdrücklichen Unterwerfungs-Vertrag, der gewöhnlich in einen HuldigungsAct eingekleidet wird; stillschweigend, indem man die Ausübung der Staatshoheit sich gefallen läfst.

a) J. F. v. Tröltsch, in Siebenkees Beitr. I. 122. III. 161. IV. 87. 138.

§. 206.

Fortsetzung.

Der Beweis der persönlichen Unterwürfigkeit gegen den Staat, kann also zweifach geführt werden: einmal, durch Beglaubigung einer rechtmäsig geschehenen ausdrücklichen Anerkennung der

Staatshoheit a), insbesondere einer wahren Staatshuldigung; anderns, durch Beglaubigung stillschweigend geschehener Anerkennung, also durch glaubwürdige Anzeige solcher Handlungen, aus welchen hervorgeht, daſs die Ausübung der wesentlichen und allgemeinen Hoheitsrechte rechtmäsig und wirklich sey anerkannt worden. Die letzte Beweisart, obwohl specifisch, ist nicht minder kräftig, als die erste b). Inzwischen ist, vorzüglich bei ihr, vielfältig nicht bloſs über das factische, sondern auch über das rechtliche Verhältniſs, besonders über die Beweiskraft mancher, als Merkmale der Unterwürfigkeit angegebener Rechte, gestritten worden c). Daher folgen hier Grundsätze über die merkwürdigsten, öffentlich zur Sprache gebrachten Beweisgründe d). Nach den neuern TerritorialVeränderungen und Ausgleichungen, sind Streitigkeiten, wo diese Grundsätze in Anwendung kommen, seltener, aber doch nicht überall unvermeidlich.

a) J. B. Schuk's rechtl. Entwickelungen einiger Materien in Betreff der Landeshoheit (Frankf. u. Leipz. 1795. 8.), 27. 34.

b) E probatione specierum, resultat probatio generis. Wer an einem Ort *alle* wesentlichen und allgemeinen Hoheitsrechte besitzt, hat daselbst die Staatshoheit. Westphal's t. Staatsr. 574 f. Geisler de landsassiatu, §. 52. sqq. Moser von der Landeshoh. überh. 191 f. u. 193 f. 195. Dagegen s. Cramer, T. VI. obs. 1421. §. 6.

c) Diese Streitigkeiten sind zweifach: 1) *ob* die Person oder Sache *landsässig* sey? — 2) *Wem* die Landeshoheit zustehe? — Nachricht von einer groſsen Menge LandeshoheitStreitigkeiten, bei Moser von der Landeshoheit überhaupt, 95 — 176. C. H. Schweder theatrum praetensionum. Edit. 2. 1727. fol. Pütter's Lit. III. 830 ff. Klüber's Lit. 148. 693. — Von den *Rechtsmitteln*, s. de Cramer II. obs. 631. Moser a. a. O. 191 f. C. J. Eisenstuck diss. de modo superioritatis territorialis jura contra eos, qui se illi subjectos esse negant, legitime persequendi. Lips. 1785. 4. (Klüber's kl. jur. Bibl. VI. 161).

d) Schriften in Pütter's Lit. III. 103. 828. Klüber's Lit. 148 f. 692 ff. Strube's Nebenst. IV. 141. de Cramer, VI. obs. 1421. Held's reichsprälat. Staatsr. II. 35. Westphal's Staatsr. 571. Geisler l. c. §. 50 — 56. v. Roth's Staatsr. t. Reichslande I. 80.

Moser a. a. O. 177 — 190 (wo ein alphabetisches Verzeichnifs von Gründen u. Gegengründen) *Ebendess.* Zusätze zu s neuen Staatsr. II. 662. *Ebenders.* von der Reichsstände Landen, 537 ff. Jo Heumann diss. de characteribus superioritatis territ. caute designandis. Alt. 1749 4. Bened. Schmidt diss. de notis characteristicis superioritatis territ. Ingolst. 1771 4. (J. F. v. Tröltsch) Gedanken von d. ächten Begriff und Grunde der Unmittelbarkeit und TerritorialGerechtigkeit in vermischten Reichslanden. Frankf. u. Leipz. 1786. 8. (v. Epplen's Geschichte der Landeshoheit-Streitigkeiten und Grundsätze, nach welchen dieselben benrtheilt werden müssen. Ulm, 1795. 8. J. B. Schue a. a. O. B. C. H. Heydenreich diss. de jure apanagii comitum mediatorum in Saxonia (Lips. 1785), §. 27 — 31.

§. 207.

Grundsätze über die Beweisgründe. Erster Grundsatz. Huldigung.

I) Bewiesen wird die Staatshoheit, durch die Thatsache unzweideutiger a) und rechtmäsiger b), ausdrücklicher oder stillschweigender (wovon §. 209) Anerkennung derselben. Eine ausdrückliche Anerkennung, liegt in der Staatshuldigung c) (homagium, tessera subjectionis civilis), einem feierlichen, meist eidlichen, Versprechen der Unterthanpflicht. Sie ist entweder vollständig oder allgemein (homagium plenum s. universale), oder unvollständig oder particulär (minus plenum s. particulare), je nachdem sie entweder in Ansehung der Person und des Grundeigenthums zugleich, oder blofs in Hinsicht auf den Gutsbesitz in dem Staatsgebiet, geleistet wird d) Sie unterscheidet sich von andern Verpflichtungsarten, die z. B. auf Lehn-, Schutz-, Cent-, Gerichts-, Standes- oder Gutsherrlichkeit (Ablegung der Lehnpflicht, Lehnhuldigung oder vassallagium der Vassallen, Untersassenhuldigung der standesherrlichen Untersassen, Patrimonial- oder Erbhuldigung der Patrimonialpflichtigen, und Erbeid oder Erbpflicht, juramentum assecurationis, der Eigenhörigen), oder auf Bürgerpflicht (Bürgereid)

sich beziehen *e*). Die vorläufige oder Eventual-Huldigung, wird den SuccessionsBerechtigten, z. B. dem RegierungsNachfolger, Mitbelehnten, Erbverbrüderten, Anwarter u. d., für seinen künftigen SuccessionsFall geleistet *f*). Sie ist also kein Merkmal der gegenwärtigen Unterwürfigkeit.

a) Bloſse Curialien, Courtoisie, u. a. HöflichkeitsBezeugungen haben keine Beweiskraft.
b) Also keine moderne Pfahlbürgerschaft, Vergl. de Hennigs medit. ad instrum. pac., Spec. IV. mant. I. §. 21. p. 14.
c) Schriften bei Pütter III. 99. Klüber 146. C. G. Bunz Grundsätze der Huldigung in Teutschland. Tüb. 1794. 8. Pfeffinger IV. 1. sqq.
d) Schweder, Vitriar, Horn, Chladenius u. a. sprechen von *persönlicher* und *dinglicher* (*realer*) Huldigung.
e) Struben's Nebenst. IV. 167. Moeller's usus pract. distinct. feudal. XIII. 1. Bunz a. a. O. §. 3. Note a. §. 33-38. — Von der *Gerichtspflicht* s. Puffendorf de jurisdict. germ. §. 108. G. A. Kleinschrod's Lehre von der peinl. Gerichtsbarkeit (Frankf. 1812. 8.), S. 102.
f) Schriften bei Pütter u. Klüber a. a. O. Beuss Staatsk. XIII. 342. Merkau's Miscellaneen, II. 146 ff.

§. 208.

Fälle der Huldigung.

Die Staatshuldigung *a*) wird geleistet, dem Staatsoberherrn, 1) bei dem Regierungsantritt, von allen Unterthanen, wenigstens von den Familienhäuptern, auch von den Staatsbeamten und von der Geistlichkeit *b*); 2) während der jedesmaligen Regierung, von den neuen Bürgern, Unterthanen, Schutzverwandten, Staatsbeamten u. s. w., bei ihrer Annahme; in denen Staaten, wo der volle Landsassiat gilt (§. 204), auch von den TerritorialVassallen, bei Ablegung ihrer Lehnpflicht.

a) Struben's Nebenst. IV. 167. — Sie ist nicht nothwendig. Ludolf Symph. consult. for. II. 1154. 1165.
b) Esson's neue kleine Schriften, I. 65. ff.

§. 209.

Stillschweigende HoheitsAgnition.

Der Beweis stillschweigend geschehener Anerkennung der Staatshoheit, bedarf sprechender Handlungen. Dahin gehört: 1) die Agnition der Ausübung der Staatshoheitsrechte, wovon unten (§. 210 u. ff.) das Nähere; 2) die Ausübung der Landstandschaft, durch Erscheinen mit Sitz- und Stimmrecht auf landständischen Versammlungen [a]); 3) die Niederlassung in dem Staatsgebiet, indem man daselbst seinen beständigen Wohnsitz nimmt, auch wohl zugleich Grundeigenthum erwirbt [b]). 4) Nicht immer liegt eine Anerkennung der Staatshoheit, in der Erwähnung in dem ordentlichen Kirchengebet [c]) (preces publicae); in der Feier öffentlicher Freudenfeste [d]) (laetitia publica); in der öffentlichen Trauer [e]) (luctus publicus).

a) Struben's Nebenst. IV. 157. J. C. W. v. Steck's Abhandl. aus d. Staats- und Lehnr. 17 ff.

b) Beispiel in dem Westphälischen Frieden. J. P. O. V. 28.

c) Schriften in Pütter's Lit. III. 103. Klüber's Lit. 149. Struben a. a. O. 163. Boehmer J. E. P. lib. III. tit. 41. §. 81. sqq. H. W. v. Bülow's Betracht. über die Wahlcap. Leopolds II. 70. — Nicht nur der Regent, sondern oft auch Erbverbrüderte u. a. SuccessionsBerechtigte, Mitglieder der landesherrlichen Familie, Standesherren, Grundherren, Kirchenpatrone, Schutzherren, eingepfarrte landsässige Gerichtsherrschaften u. a. werden in das ordentliche Kirchengebet eingeschlossen.

d) Schriften in Pütter's Lit. III. 103.

e) Ebendas. Klüber's Lit. 149. — Man unterscheide: *a*) *allgemeine* LandesTrauer; b) *Collegien-* und c) *Hof*Trauer; d) auch für *Standes-*, *Grund-* oder *Gerichtsherrschaften*, *Prälaten*, *Kirchenpatrone* u. a., wird oft eine eingeschränkte öffentliche Trauer erlaubt. Moser's persönl. Staatsr. II. 247. Königl. *preuss.* TrauerReglement v. 7. Oct. 1797. Riccius vom landsäss. Adel, 494.

§. 210.

Zweiter und dritter Grundsatz.

II) Der qualificirte Besitz aller allgemeinen und wesentlichen Hoheitsrechte (§. 98, 100 u. 206, Note b), ist ein sicheres Merkmal der Staatshoheit a). III) Der Besitz der besondern Hoheitsrechte (§. 100), einzeln betrachtet, beweiset die Staatshoheit nicht b); aber er vermehrt die Kraft des Beweises, der durch die übrigen Beweisthümer geführt wird. Daher beweisen, 1) die StaatsServituten nicht für eine allgemeine Staatshoheit des Berechtigten c), z. B. Blutbann, Cent oder Fraisch in fremdem Gebiet d); denn Staatsdienstbarkeiten sind Ausnahmen von der Regel, und das Ganze der Staatshoheit, als untheilbares Recht e), kann einem Souverain in einem fremden Staatsgebiet nicht zustehen f), 2) Verleihbare Regalien, verliehen an Landsassen, insbesondere ansehnliche Grundeigenthümer, oder Gemeinheiten, mit Subordination gegen die Staatshoheit (§. 101), begründen nicht eine Staatshoheit der Privilegirten g).

a) De Selchow elem. juris publ. germ., T. I. §. 422. v. Roth's Staatsr. d. Reichslande, I. 87. — Andere begnügen sich mit dem Besitz der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Geisler de landsassiatu, 196-213. 217. — Oder mit dem Besitz der gesetzgebenden Gewalt, Gerichtbarkeit, Fiscalgerechtigkeit, Heerfolge u. des Steuerrechtes. Heumann diss. cit. §. 52. de Cramer T. II. obs. 623. — Oder mit der gesetzgebenden, «oberhauptlichen» und oberrichterlichen Gewalt. Majer's weltl. Staatsr. III. 45. — Oder mit der Ausübung der höchsten Gerichtbarkeit. Strube, IV. 142. — Oder mit dem Majestätsrecht in geistl. Sachen (jus circa sacra). Strube, IV, 161 ff. Dagegen s. Westphal's Staatsr. 574. — Oder mit der blossen Civil- oder PolizeiGerichtbarkeit. v. Epplen a. a. O. 65 ff.

b) De Selchow l. c. Majer a. a. O. III. 41. Geisler l. c. 196. — Hier gilt die Regel: tantum praescriptum, quantum rite possessum. — Beispiele: die *Regalien* der Stadt *Minden*. J. P. O. XI. 4. v. Roth a. a. O. I. 86; die *Gerichtbarkeit* (wiewohl das merkwürdigste Recht, in der EntstehungsGe-

schichte der teutschen Landeshoheit. Geisler l. c. 213. Strube, IV. 142. Klüber's Geschichte der Gerichtslehen. Erl. 1785. 8.); die *AppellationsInstanz*, Schue a. a. O. 1. Cramer T. IV. obs. 1095. Gönner l. c. S. 63. S. F. Sfonitz Staatsrecht, Geschichte und Statistik der Reichsdorfer Gochsheim und Sennfeld (1802), S. 68 f. Pütter elem. jur. publ. §. 477; das *Reformationsrecht*; das *Steuerrecht*, Strube, IV. Bed. 164. de Ludolf obs. 102. Wernher T. III. P. IV. obs. 103. Moser von der Landeshoheit überh. 183. Westphal's Staatsr. 574. Dagegen s. de Ludolf symphor. I. 839. verglichen mit II. 1152; der *Glockenschlag*, die Befugnifs, Glocken für obrigkeitliche Zwecke zu gebrauchen. J. F. Ludovici diss. de eo q. j. e. circa campanas. Hal. 1708. 4. Erweisung der dem gräfl. Hause Wied zustehenden Hoch- und Gerechtigheiten im Dorfe Irlich am Rhein (Neuwied 1770. Fol.), S. 134 ff.

c) Reuss Staatsk. I. 360. XVII. 32 ff. Moser a. a. O. 67. Pütter's hist. Entwick. III. 278. Boehmer jur. feud. §. 64. H. Hildebrand diss. de jure regali in alieno territorio, superioritatem territorialem non inferente. Alt. 1709. N. S. Gönner von t. Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 31-34. 80 ff.

d) Unten §. 297. Moser a. a. O. 65. v. Roth a. a. O. I. 84. G. L. Boehmer elect. I. 341. Held's reichsprälat. Staatsr. II. 47. Reuss Staatsk. XXX. 232. Schue a. a. O. 175.

e) Vergl. Moser von der Landeshoheit, S. 200. Leist §. 19. S. 49. ibique cit. not. 4. E. K. Wieland über die Einführung der erblichen Kaiserwürde in Frankreich (Berlin 1804. 8.), S. 82 ff.

f) De Ludolf T. II. obs. 198. n. 9. p. 535.

g) Z. B. die PatrimonialGerichtbarkeit. Moser a. a. O. 63. 222 ff.

§. 211.

Vierter und fünfter Grundsatz.

IV) Der Besitz zufälliger oder ausserwesentlicher Hoheitsrechte (§. 98) beweiset nicht für, und Mangel derselben nicht wider die Staatshoheit a). V) Rechte, die zu den Hoheitsrechten in keiner Beziehung gehören, sind untauglich zu dem Beweis der Staatshoheit b); z. B. Lehnherrlichkeit c), unterschieden von der Lehnhoheit d), das blofse Eigenthum

des Ortes[e]), manche Arten der Vogtei[f]), das Patronatrecht[g]), die westphälische FreistuhlGerichtbarkeit[h]).

a) Z. B. Zoll- und Stapelgerechtigkeit, PostRegal, Detract, u. d. GEISLER l. c. 195. v. ROTH a. a. O. 81 f.

b) HEUMANN diss. cit. §. 23. sqq. GEISLER l. c. p. 196. sqq.

c) MOSER a. a. O. 64. SCHUE a. a. O. 145. Ausgenommen, wo der volle Landsassiat gilt (§. 204).

d) Vergl. unten Cap. XVII.

e) Vergl. jedoch STRUBE's Nebenst. IV. 168. Die rheinische BundesActe unterscheidet genau, *souveraineté* und *propriété*. Vergl. oben, §. 43 u. 44.

f) MAGER a SCHÖNBERG de advocatia armata. Francof. 1719. Fol. MOSER a. a. O. 167. *Ebendess.* auswärt. Staatsr. 462. DE SELCHOW elect. 533. sqq. GEISLER l. c. 211. v. ZWIERLEIN's Nebenst. I. 107. C. G. VOIGT's gemeinnütz. Abhandl. Num. XII. SCHUE a. a. O. 128. 231. EUGEN. MONTAG's Gesch. der teutschen staatsbürgerl. Freiheit, Bd. I (1812), Abschn. 3.

g) Vergl. J. P. O. V. 44.

h) C. P. KOPP über die Verfassung der heimlichen Gerichte in Westphalen, §. 317 ff. KLÜBER's Geschichte der Gerichtslehen, S. 44, 53-64 u. 107 ff. *Ebendess.* Beschreibung von Baden bei Rastatt, Th. I, S. 164 ff. — Nur auf westphälischer oder engerischer Erde gab es Freistühle oder Vehmgerichte, und Freigrafschaften. KOPP, a. a. O. §. 35 u. 40. Daher dienen solche zu Bestimmung der Grenzen zwischen Altsachsen (Westsachsen oder Westphalen) und Altfranken. P. F. J. MÜLLER's Beitrag zur Bestimmung der Grenzen zwischen den Franken und Sachsen der Vorzeit (Duisb. u. Essen 1804. 8.), S. 78. J. F. MÖLLER, der Pfarrer von Elsey, (d. h. nachgelassene vermischte Schriften, Dortm. 1810. 8.), Bd. I, S. 54 ff., Bd. II, S. 46 ff.

§. 212.

Sechster, siebenter, achter Grundsatz.

VI) Der Beweis, dafs eine Sache **Bestandtheil**, oder **Zugehör** des Staatsgebietes sey, begründet die Staatshoheit. VII) Aber die Beweiskraft des Grundes von der **Lage** innerhalb des Staatsgebietes, und des **geographischen Zusammenhanges** (Conti-

guität, argumentum a situ), hängt ab von der Evidenz der Eigenschaft eines geschlossenen[a]) und richtig vermarkten[b]) Landes (territorii clausi). VIII) Auch Verträge und andere gültige Verfügungen[c]), dienen zu dem Beweis der Staatshoheit[d]).

a) Vergl. §. 80. Schriften in Pütter's Lit. III. 828. Klüber's Lit. 692. — Streit: 1) über das Brocardicon: quidquid est *in* territorio, etiam est *de* territorio; — 2) über die Existenz *geschlossener* teutscher Länder. Moser v. d. Reichsstände Landen, 104—117. De Berger annot. ad *Cocceji* jurisprud. publ. 645. Strube's Nebenst. IV. 153. Wernher P. IV. obs. 3. Pütter instit. jur. publ. §. 476. *Ebendess.* Rechtsf. Bd. I. Resp. 28. n. III. Heydenreich diss. de jure apanagii comitum mediatorum in Saxonia, p. 21—28. Günther's Völkerr. II. 186. 206 ff. Westphal's Staatsr. 573. v. Cramer's wezlar. Beytr. III. 184. — Die *Rechtsvermuthung* streitet nicht dafür. — Einige substituirten die Eintheilung in *vermischte* und *unvermischte* Länder. v. Tröltsch in der oben (§. 206, Note d) angef. Abh. — 3) *Hypothese:* dafs in den, von ursprünglich *wendischen* Völkern bewohnten Ländern, die Landeshoheit früher entstanden sey, als anderswo; dafs jene Länder seitdem territoria clausa seyen, und daher für diese Eigenschaft noch jetzt die Rechtsvermuthung streite. Pütter's histor. Entwickel. I. 7 u. 175. *Ebendess.* Beitr. I. 173. v. Kamptz Beitr. zu dem mecklenburg. Staatsr. I. (1795. 8.) 1—30. Dagegen s. Geisler l. c. 195. *Ebendess.* progr. de analogia juris publ. §. 10. p. 33.

b) Nicht von Naturmarken, als solchen, ist hier die Rede, durch welche bisweilen die Wohnsitze gleich redender Menschenmassen geschieden sind. — Unterschied zwischen Staats- und PrivatGrenze; zwischen Territorial- und kirchlicher, z. B. Provinzial-, Diöces- und KirchspielGrenze; desgleichen zwischen Militär-, Geleits- und Gerichts oder Amts-, auch Stadt-, Dorf- und Gutsgrenze, ferner Mark-, Forst-, Jagd-, Grundeigenthums- u. d. Grenze. De Cramer, T. I. obs. 359. Günther a. a. O. II. 170 ff. Rhein. Bund, LVI. 205. — Bei den Staatsgrenzen unterscheidet man: Land-, Flufs- und Seegrenzen. Von politischen Grenzen, Günther II. 272.

c) Moser von der Landeshoheit überhaupt, 86 f.

d) Von der Kraft des Beweises *unvordenklicher Verjährung*, seit Aufhebung der teutschen Reichsverbindung, und in Hinsicht auf die Vorzeit.

§. 213.

V) nach verschiedenen Gesichtpuncten des bürgerlichen Rechtstandes.

In Absicht auf den bürgerlichen Rechtstand, sind die Unterthanen des Staates auch noch zu betrachten, in Ansehung 1) ihrer Religion (unten Cap. XVI), 2) ihrer bürgerlichen Ehre, 3) ihrer ehelichen, 4) elterlichen, 5) vormundschaftlichen, 6) patrimonial- und leibpflichtigen, und 7) ihrer Vermögens Verhältnisse; alles gröfstentheils Gegenstände der Privatrechtswissenschaft.

III. Capitel.

Die Landstände.

§. 214.

Landstände. Landstandschaft. Rechtstitel derselben. Wirksamkeit der Landstände.

I) Landstände[a]) sind Staatsbürger, die, kraft der StaatsGrundverfassung, zu collegialischer Stellvertretung des Volkes bei dem Regenten, für bestimmte Staatsverhältnisse berufen sind. II) Landstandschaft, heifst die Pflicht und Berechtigung zu Sitz und Stimme in landständischen Versammlungen; es sey in Person, oder durch Bevollmächtigte, oder durch gewählte Abgeordnete (§. 221). III) Dem Zweck gemäfs, sollte die Landstandschaft nur durch Wahl von Mitbürgern erlangt werden. Dabei kann die Wählbarkeit an positiv vorgeschriebene Eigenschaften gebunden seyn, an Lebensalter, an ein be-

stimmtes Maas von Steuerentrichtung, oder von Grund- oder CapitalEigenthum, an Gewerbe gewisser Art, an Wissenschaft oder Kunst, an bewährte vorzügliche Einsicht und Vaterlandstreue [b]); denn in der Ständeversammlung sollen alle Elemente der Kraft und des Wohlstandes der Nation Wortführer haben, Grund- und CapitalBesitz, Kunst- und Gewerbfleifs, Sittlichkeit, Einsicht, und Geistesbildung. Inzwischen ist jetzt in mehreren Bundesstaaten die Landstandschaft entweder auf Erwählung von Mitbürgern gar nicht, oder neben solcher auch auf andere Rechtstitel gegründet (§. 221 u. ff.). IV) Die Staatsregierung ist verpflichtet, nicht nur, in bestimmten Angelegenheiten, entweder die Einwilligung oder den Rath der Ständeversammlung einzuholen, sondern auch Anträge, Anzeigen, Wünsche und Beschwerden derselben anzunehmen, und darauf nach Gebühr zu beschliessen [c]). Das Maas der landständischen Wirksamkeit, bezeichnet den Grad der politischen Freiheit (§. 4) eines Volkes.

a) Im Sinn wahrer Volksvertretung. Der Staat werde regiert, nicht durch das Volk, und nicht mit ihm, aber auch, verfassungsmäsig, nicht ohne dasselbe. — Eine StaatsGrundverfassung mit Landständen, beifst eine *repräsentative* (§. 4 u. 97 a). eine landständische; denn diese ist nicht Gegensatz von jener, es sey denn, dafs man unter dieser FeudalStände, aus dem Mittelalter herstammend, unter jener VolksSouverainetät in der Staatsverbindung sich denken wollte. — Der verfassungsmäsige Regierungswille des regierenden Subjectes, gilt hier für den Willen der Gesammtheit. — Auch in Freistaaten sind Landstände denkbar, nur nicht in rein demokratischen. — Schriften in Pütter's Lit. III. 375. Klüber's Lit. §. 1036 ff. Verzeichnifs der Schriften v. 1814 bis 1816, mit Anmerk. u. Auszügen, in der Allemannia, Bd. VII (München 1816), S. 212 — 298. — Moser v. d. Landeshoheit überhaupt, Cap. 2 u. 14. *Ebenders.* von der Reichstände Landen, 286 — 1530. Pütter instit. juris publ. germ. §. 197. sqq. Häberlin's Handb. des t. Staatsr. Bd. II, §. 197 ff. Leist's t. Staatsr., §. 43 ff. Gönner's t. Staatsr. §. 150 ff. Danz Handb. des t. Privatr. IV. 245. Staube's Nebenst. II. 351. *Ebendess.* Obss. juris et hist. 157. Rhein. Bund, LVII. 465. J. C. Bisinger's vergleichende Darstellung der Staats-

verfassung der europ. Monarchieen u. Republiken (Wien 1818. 8.), S. 463 — 560. W. T. Krug, das RepräsentativSystem, oder Ursprung und Geist der stellvertretenden Verfassungen. Leipz. 1816. 8. Ueber teutsche Freiheit u. Vertretung teutscher Völker durch Landstände. Leipz. 1814. 8. Bemerkungen über die künftigen LandesConstitutionen und die Volks-Repräsentationen in Teutschl. 1815. 8. C. C. Dabelow, Ancillon u. F. L. v. Hornthal, oben §. 177, Note a. Ueber Verfassungsvertrag, Verfassungsformen, und die Wirksamkeit ständischer Versammlungen. Wiesbaden 1817. 8. Sebald Brendel, die Geschichte, das Wesen und der Werth der NationalRepräsentation. Abth. I u. II. Bamb. 1817. 8. Ad. Graf v. Moltke's Ansichten bei den Ansichten (2. Aufl. Kiel 1816), S. 76 — 81. Maecenas über Volksgewalt u. Alleinherrschaft. Halle 1817. 8. C. F. Schlosser's ständische Verfassung, ihr Begriff, ihre Bedingung. Frankf. 1817. 8. W. Reinhard, die t. BundesActe über Ob? Wann? Wie? teutscher Landstände. Heidelb. 1817. 8. Jul. Schmelzing's Beleucht. der Reinhardischen Schrift. 1819. 8. *Ebenders.* über den Begriff u. die Wirksamk. der Landstände. Rudolst. 1818. 8. J. Reinhard's Uebersicht der verschied. Staatsverfassungen über Volksvertretung. München 1818. Fol. K. v. Rotteck's Ideen über Landstände. Carlsr. 1819. 8. Klüber's Uebersicht der dipl. Verhandl. d. w. Congr., S. 129 f., 194 f. u. 549. — Allgemeines StaatsverfassungsArchiv. Weimar, Bd. I u. II, 1816. 8. — C. D. Voss allgem. Archiv der landständ. Verhandl. u. Angelegenheiten der Staaten des t. Bundes. Darmst. Bd. I, Heft 1. 1821. 8.

b) Gelehrte, Künstler, Staatsbeamte, Kriegsleute, sollten, *als solche*, hier nicht in Betracht kommen.

c) Die Verfassungsurkunde des preussischen Fürstenthums *Neuchatel* v. 18. Jun. 1814, Art. 14, bezeichnet die dortigen Landstände (Audiences générales) als «*gesetzgebende Behörde* und *Nationalrath*». Handb. des Schweiz. Staatsr. (Aarau 1821. 8.), S. 464.

§. 215.

Politischer Gesichtpunct.

Die Anstalt der Volksvertretung (National-Stellvertretung), ward in Teutschland seit Jahrhunderten Landschaft genannt, das heisst, eine das ganze Land vorstellende Corporation, und jedes Mit-

glied derselben hiefs Landstand, weil es berufen war, für das ganze Land, die Gesammtheit der Einwohner, auf dem Landtage zu stehen. Gefordert von dem politischen Charakter des Zeitalters (§. 92), ist diese Anstalt jetzt in den meisten teutschen Bundesstaaten ein Hauptbestandtheil der Staatsverfassung, und unbeliebt oder verdächtig in ihrer heutigen Gestalt nur da, wo man sein Jahrhundert nicht versteht oder nicht verstehen möchte, und misstrauend wähnt, neben und mit ihr die Zügel der Regierung mit heilsamer Kraft nicht handhaben zu können. Gegründet auf den Grundsatz allgemeiner Volksvertretung, und versehen mit wesentlichen, die Dauer der Staatsverfassung und die Zweck- und Gesetzmäsigkeit der Staatsverwaltung sichernden Rechten, aber weder eine Mitregentschaft noch eine Ausgeburt der Anarchie, nicht der Regierung feindselig gegenüberstehend, sondern mit ihr ein gemeinschaftliches Interesse verfolgend, verstärkt und sichert dieselbe die rechtliche Kraft der Staatsregierung. In ihr soll sich der gesammte CulturStand des Volkes, mit allen davon abhängenden Rechtsbegriffen und Bedürfnissen, darstellen. Als wahrer Landesvertreter an der Seite des Fürsten, als Wächter der Regierung, ihrer gesetzgebenden und vollziehenden Macht, besonders der Finanzgewalt, als volksthümliches Bildungsmittel, erhöht sie das Glück der Nation a) Als Vermittler zwischen der Regierung und dem Volk, erleichtert sie jener das schwere Amt des Regierens, diesem die Pflichten des Gehorsams. Sie wacht gegen Mifsbrauch der Regentengewalt durch Staatsdiener, gewährt dem Staatshaushalt eine heilsame Durchsichtigkeit, sichert wider Gefahren, in welche den einen Theil Versuchung zu Willkühr und Unterdrückung, oder Mifsleitung seiner Räthe, den andern der aus dem Gefühl gebotener politischer Unmündigkeit hervorgehende Unmuth leicht stürzen könnten, entwickelt einen edlen und treuen Volksgeist, weckt den Sinn für Opfer zum Besten des Ganzen, und ist unter schwierigen

Umständen die sicherste Stütze des Staates, sonach wahres Staats- und Zeitbedürfnifs. Für den Regenten ist sie ein Hülfsmittel, welches er bei Festsetzung seines Regierungswillens in bestimmten Fällen zu gebrauchen sich gewöhnt und angewiesen ist. Durch sie wird die Staatsverfassung fähig, fortwährend das Bessere aufzunehmen, welches fortschreitende Einsicht und Erfahrung darbieten, und das Neue, welches veränderte Verhältnisse gebieten, damit nicht das Staatsgebäude in dem Lauf der Zeit veralte, und endlich zusammenfalle. Sie ist ein Organ, durch welches die Nation ihre Stimme verfassungsmäsig für Gemeinwohl vernehmen lassen kann und mufs; sie verschafft der Regierung nothwendige Gelegenheit, Worte der Wahrheit zu vernehmen. In Form und Handlung, trägt sie das Gepräge des allgemeinen Willens [b]), ist nicht blofs berathend, auch nicht Stellvertreter nur eines Theils (eines Standes oder einer Caste) der Staatsbürger, und eben so wenig Deckmantel eines KryptoAristokratismus, zu Anhäufung und Bewahrung staatszweckwidriger Auszeichnung, Befreiungen und Vorrechte. Denn ungerecht wäre eine Capitulation des Regenten, mit Einer Classe von Unterthanen, wodurch die andern Classen und das Wohl des Ganzen beeinträchtigt würden [c]). Durch die Anstalt der Volksvertretung, wird jede Staatsform eine ständisch-verfassungsmäsige oder repräsentative (§. 97, a), aber weder Pöbelherrschaft (§. 97, a), noch Volksherrschaft, noch VolkSouverainetät [d]) in der Staatsverbindung (§. 1, b) begründet, und eben so wenig irgend eine Verletzung der dem regierenden Subject gebührenden Treue und Ehrerbietung, zu deren fester Bewahrung vielmehr dieselbe wesentlich bestimmt ist. Hat das System der landständischen Verfassung für die Staatsverwaltung einige Unbequemlichkeit, so wird diese reichlich dadurch vergütet, dafs durch verfassungsmäsige Einwirkung der Landstände, die Verwaltung eine volksthümliche Sicherheit erlangt, dafs MinisterDespotismus

nicht bestehen, dafs nicht leicht ein Untauglicher (unredlicher, verschwenderischer, unwissender, talentloser) auf dem Ministerstuhl sich erhalten kann, dafs Talent und persönliche Würdigkeit Einzelner durch den natürlichen Mechanismus der Verfassung in die Höhe gehoben, und dem Landesfürsten nothwendig vor die Augen gestellt werden, und dafs, weit entfernt, die Person des Regenten zu einem Schattenbild, zu blossem Werkzeug eines Ministerial- oder Volkswillens herabzuwürdigen, ihr vielmehr ein höherer Grad von Heiligkeit oder Unverletzbarkeit (§. 177) gewährt wird, als zu erreichen wäre, wenn dieselbe nach einer vertragmäsigen Verfassung und erhaben über jeden persönlichen Vorwurf nicht regierte, sondern der Gefahr oder dem Verdacht blofsgestellt wäre, nach eigener oder fremder Willkühr zu herrschen. So bildet die Volksvertretung ein festes Gewölbe, von welchem der Monarch, der allein der Staat selbst weder ist noch seyn kann, als Schlufsstein des Staatsgebäudes, nothwendig, sicher, und erhaben über Alles getragen wird *e*). Dennoch fehlt es auch diesem RepräsentativVerfassungsSystem nicht an Gegnern *f*).

a) Vergl. Encyclopédie, par d'Alembert, voc. *Représentant.* A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung teutscher Länder und die Dienerschaft der Regenten. Hannover 1807. 8. Häberlin's Handb. d. t. Staatsr. I. §. 197 f. Rhein. Bund, III. 381. Behr's Darstell. des rhein. Bundes, §. 70-72. Die alten Landstände u. neuen VolksRepräsentanten; in der Allemannia, Bd. VI (München 1816. 8.), S. 267 ff. J. C. Pahl's politische Lectionen (München 1820. 8.), Num. 11. *Nassauische* Erklärung über Zweck und Wesen der landständ. Verfass., in d. Protoc. der B. V. v. 1818, §. 40.

b) Eine repräsentative Regierung, ist die Regierung im Sinn der öffentlichen Meinung (§. 22), das anregende Princip der Staatsverwaltung. Unsichtbar tragen ihre Verfügungen die bedeutungsvollen Buchstaben S. P. Q. R., als Sinnbilder jener Meinung an der Stirne. Sie ist bestimmt, Freiheit und Monarchie, das monarchische und das demokratische Princip (res olim dissociabiles, principatum et libertatem), für

Gemeinwohl zu vereinigen. Allgemein offenbart sich bei den gebildeten Völkern Europa's ein Streben nach dieser Verfassung; eine Folge des seit dem letzten Viertheil des 18. Jahrhunderts bei ihnen erwachten Gefühls erlangter Mündigkeit. — Oft hat das entscheidende Stimmrecht der Landstände, ihre Stimm- und Redefreiheit, das Wohl des Landes und der RegentenFamilie gerettet. Darum sollen Landstände keine stummen Schöffen, nicht schweigende Schultheifsen, nicht Jaherren oder Postulatdiener und Figuranten auf einem Staatstheater seyn, auch nicht blofs lebendige Berichte, welche die Regierung einfordert, der Landtag kein Gaukelspiel. In dem Schoofs der Landstände, entwickelt sich für monarchische Staaten jene vaterländische ächt demokratische (volksmächtige) Gesinnung, durch welche sich oft schon das willkommenste, sehr heilsam angewendete Element der wahren Fürstenmacht gebildet hat. Klüber a. a. O.

c) Preufsens Vorschlag, in Klüber's Acten des wiener Congr. Bd. II, S. 304. Volksvertreter, die aus einer privilegirten Caste hervorgehen (Feudal- und MinisterialStände) beachten, in der Regel, vor Allem die Fortdauer ihrer Privilegien und Sinecuren. In ihnen erheben Feudalismus und Ultramontanismus oder Curialismus stolz ihr Haupt, sie werden Werkzeuge einer systematischen und unabwendbaren Unterdrückung, und es wird durch sie die heilige Würde der Volksvertretung entweiht. — Auch darf die Volksthümlichkeit der Anstalt nicht vereitelt werden, durch allzusehr beengende *Wahlgesetze*, welche Eigenschaften (z. B. in Absicht auf Alter, Stand, Vermögen, Grundeigenthum, SteuerQuantum u. d.) der Wähler, Wahlmänner und (zu DeputirtenStellen) Wählbaren vorschreiben, die, wohl gegen den Willen der Wähler, zu irgend einer Art von Aristokratismus führen. Eine Nation hat NationalDeputirte zu wählen. Vergl. Ueber landständ. Repräsentation im Grofsherzogth. Hefsen (Stuttg. 1820 8.), S. 30 ff. Auf den altteutschen März- oder Maifeldern, erschienen Alle die freies Eigenthum besassen, Echtwort hatten, und schöppenbar waren.

d) Supremam potestatem in republica esse penes populum. — Boissy d'Anglas, in seinem Bericht, womit er am 23. Juni 1795 den Entwurf der dritten französischen Constitution dem NationalConvent vorlegte, sagte: « Das Volk kann nicht selbst die Souverainetät ausüben; eine repräsentative Constitution ist Alles, was selbst die glühendste Freiheitsliebe für eine Nation von 25 Millionen Menschen fordern kann ». Vergl. §. 1, b.

e) Der Geist des neuern RepräsentativVerfassungsSystems spricht sich hauptsächlich in folgenden Grundsätzen aus: positive

Vertragmäsigkeit des gegenseitigen Rechtsverhältnisses zwischen dem regierenden Subject und den Regierten; Unverletzbarkeit des Regenten; Verbannung nicht nur der Willkührherrschaft, sondern auch der positiven Unbeschränktheit des regierenden Subjectes; allgemeine Volksvertretung bei der Staatsregierung; bestimmte Trennung der vollziehenden Gewalt von der gesetzgebenden, und nothwendige Mitwirkung der Volksvertreter bei der letzten; Bewilligung der Staatsauflagen durch die Volksvertreter; Verantwortlichkeit der obersten Staatsbeamten für Regierungshandlungen; Selbstständigkeit des Richteramtes; Gleichheit aller Staatsgenossen vor dem Gesetz und dem Richter, und dafs Geburt weder ausschliessend noch vorzugweise Anspruch auf irgend ein Staatsamt gewähre; Verbannung jeder Beschränkung der Freiheit der Personen und des Eigenthums, die nicht durch Recht und Gesetz begründet ist, und dafs Niemand seinem gesetzmäsigen Richter entzogen werde; gleichmäsige Vertheilung der Staatslasten; Gewissensfreiheit; Prefsfreiheit, bei gesetzmäsiger Strafbarkeit des beleidigenden Mifsbrauchs.

f) *Gegner* sind: Gruner, in d. Rhein. Bund, Heft 64, S. 111. *Ebenders.* in Luden's Nemesis, Bd. II (Weimar 1814), St. 2 u. 3. I. A. Demian, in s. statist. Darstell. der preufs. Monarchie (Berlin 1817 8.), S. 491 ff. (nach welchem Landstände schädlich sind, u. zeither nirgend das Glück der Völker gemacht haben); Ludolph Beckedorf, über Landstände und Volksvertretung, in Ad. Müller's Staatsanzeigen, Bd. II (Leipz. 1817), S. 173—247 (nach welchem durch und durch jacobinisch die Ansicht derjenigen ist, welche VolksRepräsentation verlangen, mit dem Recht, die bestehenden Einrichtungen und Gesetze zu prüfen, neue auszumitteln und vorzuschlagen, die Staatseinnahme und Ausgabe zu bestimmen, u. s. w.) C. C. Dabelow in den §. 17[c] u. 217[c] angef. Schriften. — *Für* das landständische VerfassungsSystem, s. man Schlözer's Staatsgelahrtheit, Th. I, S. 166 ff. Fr. J. v. Hendrich, in Luden's Nemesis, Bd. III, S. 239 ff. Krug, v. Hornthal, Brendel, Schmelzing, v. Rotteck in den §. 214 angef. Schriften, viele Andere, und fast alle im §. 219 angef. Verfassungsurkunden. Wider v. Aretin, s. Brendel a. a. O. Abth. II, Vorr., S. VI ff.

§. 216[a].

Geschichte.

I) Ueber den Ursprung der Landstände a), welchen einige bestimmt in das zwölfte b), andere in das

dreizehnte c), noch andere in das funfzehnte d), und wieder andere zwischen das vierzehnte und siebenzehnte e), Jahrhundert setzen, läfst sich, mit historischer Treue, im Allgemeinen wenig sagen. Die Geschichte der einzelnen Staaten f), mufs die nähere Bestimmung geben. Auch zeigen sich meist Stadien in der formalen Ausbildung landschaftlicher Verfassung. II) Dem Wesen nach, bemerkt man landständische Verfassung schon in dem Geist der alten teutschen Staatsverfassung nicht weniger, als in der teutschen TerritorialVerfassung des Mittelalters g).

a) Moser von der Reichsstände Landen, 347 ff. B. G. Struv von dem Ursprung, Unterschied und Gerechtsamen der Landstände in Teutschland, besonders in Mecklenburg, mit Anmerk. v. C. J. (Jargow). Hamb. 1741. 8. Pütter's Beitr. I. 107. F. C. Häberlin's Grundlinien einer Geschichte der t. Landstände; in Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 67 (1792), S. 265 — 277. Häberlin's Handb. d. t. Staatsr., Bd. II, §. 197. C. H. Lang's Prüfung des vermeintl. Alters der t. Landstände. Gött. 1796. 8. Dawider s. A. L. Jacobi's Auflösung einiger Zweifel, über das Alter und Repräsentationsrecht teutcher Landstände. Hannover 1798. 8. C. G. Weber diss. I. et II. de vera ordinum provincialium, tum in Germania generatim, tum speciatim in Bavariae ducatu, epocha recte constituenda. Lips. 1797. 4. J. F. E. Lotz staatswissenschaftl. u. jurist. Nachrichten, I. Jahrg. 1. Bd. (Hildburgh. 1799. 4.) Num. 27 — 30. K. J. Hartmann über d. Ursprung u. das Verhältnifs d. Landstände. Nürnb. 1805. 8. K. D. Hüllmann's Gesch. des Urspr. der Stände in Teutschl., Th. III (1808), Abschn. IV. Seb. Brendel a. a. O. Abth. I, S. 41 ff. u. 220 ff. Abth. II, S. 1 ff. C. A. Zum Bach's Ideen über Recht, Staat, Staatsgewalt u. s. w., Th. II (Cöln 1817 8), S. 166 — 238. b) F. C. J. Fischer's Gesch. des Despotismus in Teutschl., S. 135 ff. — Von noch frühern Zeiten, s. Lotz a. a. O.

c) Weber l. c. — Von *Lüttich* und *Baiern*, s. unten, Note f. — Von *Würzburg*, s. P. Oesterreicher's Denkwürdigkeiten der Staatenkunde Teutschlands, Bd. I, Heft 1 (1808. 8.), Num. 1. Rhein. Bund, XXVI. 268 ff.

d) Moser a. a. O. 347. Möser's patriot. Phantasien, Th. IV, Num. 51. Kluit colleg. diplomat. histor., c. 14. A. F. H. Posse über das Staatseigenthum in den t. Reichslanden, 197. Lang a. a. O.

e) Vergl. Moser a. a. O.

f) Von dem *Lüttichischen*, s. Heinrich's t. Reichsgesch. VIII. 728. — Von *Baiern*, J. N. G. v. Krenner's Anleit. zur Kenntnifs der baier. Landtage im Mittelalter. München 1805. 8. Die baier. Landtagsverhandlungen in den J. 1429 bis 1513, herausg. v. Fr. v. Krenner. München 1803 — 1805. 18 Bände. 8. Samml. baier. landständ. Freiheitsbriefe. München 1779. 4. v. Kreitmayr's baier. Staatsr. 416. (Panzer's) Versuch über den Ursprung und den Umfang der landständischen Rechte in Baiern. 1798. 1799. 8. J. Rudhart's Geschichte der Landstände in Baiern. Heidelb. 1816. 2 Bände. 8. Zweite Aufl. 1819. Weber l. c. Lotz a. a. O. — Von der *Oberpfalz*, L. v. Eggher's Gesch. der vormal. Landschaft in der Oberpfalz. Amb. u. München 1802. 8. J. J. Obernberger von den Freiheiten und Privilegien des landsässigen Adels in der Oberpfalz (Ingolst. 1784. 8.), S. 27 ff. J. G. Fessmaier's pragmat. Staatsgeschichte der Oberpfalz, B. I (München 1799. 8), S. 270 — 291. — Von *Wirtemberg* (münsinger Vertrag v. 1482), Moser v. d. Reichsstände Landen, 358. — Von der Markgrafschaft *Baden*, Moser a. a. O. 373. 573 u. 1548. — Von *Mecklenburg*, Struv a. a. O. A. A. W. v. Flotow über das Recht des Adels in Mecklenburg, und dessen Verhältnifs zu der Landeshoheit. Schwerin 1790. 4. — Von dem Fürstenthum *Lippe*, die unten §. 222[a] angef. Deductionen. — C. A. Zum Bach's Geschichte des Ursprungs, der Bildung, Formen u. Rechte in d. *preufs. Rheinprovinzen.* Cöln 1817. 8.

g) «Nec Regibus infinita aut libera potestas. De minoribus rebus principes consultant, de majoribus *omnes*». Tacitus de M. G. c. 7. Caroli M. Capitulare de a. 801. et Capit. 3. de a. 803. bei Baluz. T. I. p. 356 et 394. Eng. Montag's Geschichte der teutsch. bürgerl. Freiheit, I. 51. C. G. Heinrich's teutsche Reichsgeschichte, Th. I, S. 82. 360. Th. II, S. 6 ff. 467. Wiesand, in dem Rhein. Bund, LIII. 300 ff. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr. S. 242. Die oben in der Note a angef. Schriften. — Parömie: «wo wir nicht mitrathen, da wollen wir auch nicht mitthaten».

§. 216[b].

Fortsetzung.

III) In einem grossen Theil der monarchisch geformten Länder, hatte landständische Verfassung bis in die letzte Zeit des teutschen Reichs fortgedau-

ert [a]). Aber in etlichen hörte dieselbe auf, in Folge der durch den ReichsdeputationsHauptschlufs von 1803 verfügten Länderveränderungen [b]); in andern ward sie aufgehoben, theils noch in der letzten Zeit der teutschen Reichsverbindung, entweder vermöge der in dem presburger Frieden (26. Dec. 1805) beigelegt erhaltenen Souverainetät [c]), oder kraft vermeintlicher landesherrlicher Machtvollkommenheit [d]), theils nach Auflösung des teutschen Reichs, in dem Zeitraum des rheinischen Bundes [e]). IV) In den Jahren 1806 bis 1810, wurden in etlichen neu zusammengesetzten rheinischen Bundesstaaten Versuche einer landständischen Verfassung neuer Art zur Schau ausgestellt, aber ohne Dauer und gedeihlichen Erfolg [f]). V) Auf dem wiener Congress, ward im Namen fast aller teutschen Staaten unumwunden anerkannt, dafs, auf der heutigen Stufe politischer Cultur, in allen teutschen Staaten eine durch Grundverträge bestimmte Verfassung mit Volksvertretung nothwendig sey (§.217 a), und die Denker erkannten einstimmig, ohne Uebereinkunft, diese Forderung wie für rechtlich begründet, also auch für heilsam zu wahrer Staatenbildung. VI) Dem zufolge, liefs man in einer bedeutenden Anzahl von Bundesstaaten die frühere landständische Verfassung mit erneuter Kraft fortbestehen (§. 220 a); in einem grossen Theil jener Staaten, ward eine neue landständische Verfassung errichtet [g]) (§. 219); in verschiedenen wird eine solche nächstens erwartet (§. 220 b). VII) Seit der französischen Revolution, ist der Grundsatz: kein civilisirter Staat kann ohne StaatsVerfassungsurkunde mit Volksvertretung bestehen, europäische Völkersitte geworden [h]).

a) Schriften, oben §. 214, a.

b) Von dem ehemaligen Fürstenthum *Münster*, s. Reichsdep. Hauptschlufs v. 25. Febr. 1803, §. 3. — Von den Resten des *kurtrierischen* Landes auf der rechten Rheinseite s. Oeffentl. Erklär. des F. v. NassauWeilburg v. 6. Febr. 1804; in Häberlin's Staatsarchiv, Heft 50, S. 183. Rhein. Bund, Heft 1,

S. 135. — Von dem Herzogthum *Westphalen*, s. die oben §. 49, a, angef. Schrift von Rhode.

c) Von *Wirtemberg*, s. Verordn. v. 30. Dec. 1805, in d. Rhein. Bund, I. 138. — Von *Breisgau*, s. kurbad. Verordn. v. 23. Mai 1806, in dem Rhein. Bund, I. 140.

d) Von *SchwedischPommern*, s. königl. Verordn. v. 26. Jun. 1806, in d. Polit. Journal 1806, S. 687; wogegen daselbst neue Landstände u. die schwedische Reichsverfassung eingeführt wurden, ebendas., Aug. 1806, S. 817 u. 820. Doch ward die Fortdauer der dortigen ProvinzialVerfassung bedungen, in d. schwedisch-dänischen Frieden v. Kiel v. 14. Jan. 1814, Art. 8, u. in Preussens Verträgen mit Dänemark v. 4., u. mit Schweden v. 7. Jun. 1815; in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. V, S. 507 u. 513.

e) «Aus landesherrlicher Machtvollkommenheit», ward die landständische Verfassung aufgehoben, in dem GH. *Hessen*, durch Verordn. v. 1. Oct. 1806; in d. Rhein. Bund, III. 381. — Eben so in dem S. *CoburgSaalfeldischen*, 1806. — Die Einverleibung des Herzogthums *Holstein* in die dänische Monarchie (Verordn. v. 9. Sept. 1806), schloss die Aufhebung des Restes von landständischer Verfassung in sich. Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 241 f. — In *AnhaltCöthen* ward, durch Verordn. v. 28. Dec. 1810, die landständische Verfassung aufgehoben, und eine andere nach neufranzösischem Zuschnitt eingeführt. Rhein. Bund, LII. 97. LIV. 381. Sie steht auch in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. II (Leipz. 1817. 8.), S. 260 ff. Der Herzog, so heifst es im Eingang, «glaube seinen Unterthanen keine heilbringendere Constitution geben zu können, als diejenige, welche Napoleon der Grofse seinen Völkern, welche er als Vater liebt, gegeben hat». — In *Baiern* ward in denen Provinzen (Baiern, Neuburg, Vorarlberg u. Tyrol), wo noch landständische Verfassung bestand, solche zuerst dahin *gemindert*, dafs die landständischen SteuerCassen abgeschafft wurden (Verordn. v. 8. Jun. 1807, in d. Regier.Blatt, Num. 25), dann aber *aufgehoben*, durch Verordn. v. 1. Mai 1808. Rhein. Bund, XVIII. 468. Dagegen ward eine *NationalRepräsentation* für das ganze Reich, in dessen *Constitution* v. 1. Mai 1808, (in d. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 132) verordnet, aber nachher nicht angeordnet. Rhein. Bund XVIII. 468. XIX. 11 f. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 225 f. — Verzeichnifs der, über die Aufhebung der Stände in den RheinbundStaaten, erschienenen Schriften, mit Anmerk. u. Zusätzen; in der Allemannia, Heft 41 u. 42 (München 1816. 8.), S. 201 — 212.

f) Von d. Grofsherzogthum *Berg*, s. Rhein. Bund I, 118 131. II. 252. — In dem Königr. *Westphalen* wurden, mit Aufhebung der bisher in (Kurhessen, Braunschweig u. Pommern) bestandenen landständischen Verfassung, *Reichsstände* (ein Reichstrugbild) eingeführt. *Napoleon's* Constitution du royaume de Westphalie, v. 15. Nov. 1807, art 11 u. 29 — 33. Rhein. Bund, XII. 472. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 117. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 187. Nach zwei StaatsComödien, Reichstage genannt, 1808 u. 1810 (Rhein. Bund, XX. 319. XXII. 89. XLI. 301), hörte auch dieses Schauspiel auf. Rhein Bund, XIX. 28. — Dieses Muster fand, im J. 1810, Nachahmer an dem Grofsherzog v. *Frankfurt*, welcher eine Constitution v. 16. Aug. 1810 (in d. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II., S. 235) gab, und zu Hanau im Oct. 1810 eine Ständeversammlung halten liefs (Rhein. Bund, XLVII. 258. XLIX. 125. L. 192.), u. an dem Herzog v. *AnhaltCöthen*. Von diesem und von *Baiern*, s. oben Note *e*.

g) Pölitz (Fortsetzung von Posselt's) Geschichte der Teutschen (Leipz. 1819. 8.), S. 758 — 771.

h) Man s. die Constitutionen der europäischen Staaten seit den letzten 25 Jahren. Leipz. u. Altenb. Th. I u. II, 1817. Th. III, 1820. gr. 8. (Ein 4. Theil soll nachfolgen.)

§. 217[a].

Bundes- u. staatsrechtliche Nothwendigkeit, Garantie, u. richterlicher Schutz der landständischen Verfassung.

I) Die Grundgesetze des teutschen Bundes erklären das System der landständischen Verfassung (Repräsentativ System) für einen nothwendigen Bestandtheil der Grundverfassung eines jeden Bundesstaates *a*), mithin jeden für einen ständischverfassungsmäsigen. Sie verpflichten die Bundesversammlung, darüber zu wachen, dafs diese Bestimmung nirgend unerfüllt bleibe *b*), also dafs in jedem Bundesstaat eine landständische Verfassung fortwährend bestehe. II) Dem zufolge war zu erwarten: 1) dafs die Bundesversammlung für Erfüllung dieser Bundespflicht Sorge tragen werde *c*); 2) dafs in denen Bundesstaaten, wo landständische Verfassung nicht schon aus der früheren Zeit fortdauert, wieder

eingeführt, oder errichtet ist, solche ohne langen Verzug werde eingeführt werden d); 3) dafs überall den Landständen wesentliche Rechte werden gelassen, oder eingeräumt werden; 4) dafs diese landständische Verfassung allenthalben, wo sie es nicht schon ist, nicht nur zu einem vertragmäsigen e) Hauptbestandtheil der Grundverfassung des Staates werde erhoben, sondern auch 5) im Innern zweckmäsig werde gesichert, und ausdrücklich, wie auch mehrfach schon geschehen ist f), unter die Gewähr des teutschen Bundes gestellt werden, der auch ohnediefs in bestimmten Fällen zu Aufrechthaltung derselben berufen ist (§. 164). Sogar von auswärtigen Mächten, sind ehedem zuweilen die Rechte teutscher Landstände garantirt worden (§. 74). III) Zu richterlichem Schutz der landständischen Verfassung, dient theils eine grundgesetzliche Bestimmung von der Verantwortlichkeit der obersten Staatsbeamten (§. 262), theils die Verordnung eines durch Compromifs gewählten Schiedsrichter Amtes (§. 121d), theils die Errichtung eines Staats Gerichtshofes, als richterlicher Behörde wider Unternehmungen, die auf den Umsturz der Verfassung gerichtet sind, und wider Verletzung einzelner Bestimmungen derselben g). Auch ist ausdrückliche Verpflichtung aller Staatsdiener auf die Verfassungsurkunde, in manchen Bundesstaaten verordnet h). IV) In denen Bundesstaaten, wo früher schon landständische Verfassung staatsgrundgesetzlich begründet war, ist solches unabhängig von dem Fall der teutschen Reichsverbindung i).

a) *BundesActe*, Art. 13. — Von der merkwürdigen Geschichte und dem Sinn dieses Artikels, s. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 194 ff. Bignon des proscriptions, T. II (Paris 1820. 8.), p. 297—327. Verhandlungen über jenen Sinn, und über die Frage, ob zwischen Repräsentativ- und landständischer Verfassung ein wesentlicher Unterschied sey, kommen vor in den carlsbader ConferenzProtocollen v. 6. bis 31. Aug. 1819, Num. 1, 7—10, 13, 19 u. 23, u. in dem Protoc. der B. V. v. 20.

Sept. 1819, §. 220, S. 657 und 671 der Orig. Ausgabe. Endlich erfolgte in dem 54. Art. der zu einem Grundgesetz des Bundes erhobenen (§. 55), *wiener SchlufsActe* v. 1820 eine bestimmende Erklärung des 13. Art. dahin, dafs «in *allen* Bundesstaaten landständische Verfassungen statt finden *sollen*»; wodurch die in angef. Protoc. der B. V. v. 20. Sept. 1819 angekündigte Berathschlagung und Beschlufsnahme überflüssig gemacht ward. — Festsetzung *gleichförmiger Grundsätze* für landständische Verfassung, schlug Oestreich, am 11. Nov. 1816, der Bundesversammlung vor. Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 84. — In die Willkühr der Fürsten, stellt die Einführung landständischer Verfassung, C. C. Dabelow über den 13. Art. der t. BundesActe. Gött. 1816. 8. Dawider s. Luden's Nemesis, Bd. VI, St. 1 (1815), Num. 7.

b) Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 54. Vergl. oben §. 166.

c) Nach dem Beschlufs der B. V. v. 25. Mai 1818 (Protoc. v. 1818, §. 127), hatten diejenigen Regierungen, von welchen der 13. Art. der BundesActe noch nicht erfüllt war, die Verpflichtung übernommen, der B. V. binnen Jahresfrist die geeigneten Mittheilungen, von den ferneren Einleitungen in den ständischen Einrichtungen, von deren Fortgang, und, wo möglich, von ihrem allseitigen Resultat zu machen, welchem die B. V. sofort vertrauenvoll entgegensah.

d) Theils schon vor dem angef. Beschlufs der B. V. v. 25. Mai 1818, theils späterhin, machten einzelne Bundesglieder bei der B. V. Anzeige von ihrer Einführung einer landständischen Verfassung, etliche von noch bevorstehender Einführung. Man s. die Register der Protocolle, voc. Verfassung.

e) Seiner Natur nach, ist das Verfassungswerk ein zweiseitiges Geschäft, ein Act des wechselseitigen Gebens und Nehmens; also keine Pollicitation, nicht eine in jedem Augenblick wiederrufliche Verleihung. Das Versprechen und Acceptiren kann eben sowohl stillschweigend als ausdrücklich erfolgen; das letzte, unter Anderem, in der ersten Ständeversammlung, und in dem Regierungseid (§. 183). Ueber landständische Repräsentation in dem Grofsherzogthum Hessen (Stuttg. 1820 8.), S. 5, 7, 10 u. 45. — Daher sind, in der Theorie, *pactirte* Verfassungsurkunden die Regel, u. *octroyrte* (von der Regierungsgewalt allein ausgegangene, wie die französische von 1814) sind Ausnahmen. Wider das *einseitige Vorschreiben* (Octroyren) landständischer Verfassung, sprechen die Beispiele von Nichtannahme einer octroyrten Verfassung, im *Waldeckischen* (1814), in *Wirtemberg* (1815 — 1818), *Kurhessen* (1815 u. 1816), *LippeDetmold* (1819) und GH. *Hessen* (1820). Auch s. man, auf Veranlassung eines kurhess. Minist.

Rescriptes v. 2. Mai 1816, den Neuen rhein. Merkur, 1816, St. 10. — Ausdrücklich tragen das Gepräge eines *Vertrags*, die Verfassungsurkunden von dem K. der Niederlande (1815), von S. Weimar Eisenach, Waldeck u. Frankfurt (1816), von Hildburghausen (1818), von Wirtemberg, wo sogar eine constituirende Ständeversammlung gehalten ward (1819), von Braunschweig (1820). Doch findet auch eine octroyrte Verfassung, den Rechtsgrund ihrer Gültigkeit in der Anmerkung oder stillschweigenden Annahme des Volkes.

f) Die *Garantie* des t. Bundes ward in folgenden Verfassungsurkunden ausdrücklich als Schutzmittel aufgestellt: 1) in der *s. weimar-eisenachischen* v. 1816, §. 121; 2) in der *s. hildburghausischen* v. 1818, §. 58; 3) die in der *s. coburg-saalfeldischen* v. 1820, §. 121. — Zugesichert ward von der B. V. die verlangte Garantie, in den Protoc. der B. V., für die erste, 1817, §. 93; für die andere, 1818, §. 228; für die dritte, 1822, §. 167. — Auch *Baden* machte bei der B. V. den Antrag auf Gewährleistung seiner Verfassungsurkunde, und die B. V. beschlofs InstructionsEinholung, in d. Protoc. v. 1818, §. 214; seitdem ruht die Sache. — Eine Verordnung der Grofsherzoge von *Mecklenburg* v. 28. Nov. 1817, betr. die schiedsrichterliche Entscheidung der Verfassungsstreitigkeiten zwischen der Landesherrschaft und den Landständen, erhielt die Garantie der B. V., in d. Protoc. v. 1818, §. 127. Vergl. unten §. 226, d.

g) Wirtembergische Verfafs. Urk. v. 1819, §. 195 — 205. Baierische v. 1818, Tit. X, §. 5 u. f.

h) S. hildburghaus. Verfafs. Urk. v. 1818, §. 55. S. coburg-saalfeldische v. 1820, §. 120.

i) Vergl. die Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 56, u. oben §. 49.

§. 217 b.

Bestimmungen der wiener SchlufsActe v. 1820.

Ausser dem, dafs die wiener SchlufsActe von 1820 der Bundesversammlung zur Pflicht macht, dafür zu sorgen, dafs in jedem Bundesstaat eine landständische Verfassung fortwährend bestehe (§. 217 a), enthält dieselbe noch folgende Bestimmungen *a*). I) Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, die landständische Verfassung, diese innere Landesangelegenheit, zu ordnen, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als auch der gegenwärtig

obwaltenden Verhältnisse *b*). II) Landständische Verfassungen, die in (von den Betheiligten ausdrücklich oder stillschweigend) anerkannter Wirksamkeit bestehen, können nur auf verfassungsmäsigem Wege wieder abgeändert werden *c*). III) Bei Errichtung und Einrichtung der landständischen Verfassung in den Bundesstaaten, sind folgende von Bundeswegen *d*) gesetzte Einschränkungen zu beobachten. 1) Da der Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so mufs, dem hiedurch gegebenen Grundbegriff zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassnng nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden *e*). 2) Durch landständische Verfassung, darf kein Bundesfürst in der Erfüllung seiner bundesmäsigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden *f*). 3) Wo Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist (§. 229), mufs durch die Geschäftordnung dafür gesorgt werden, dafs die gesetzlichen Grenzen der freien Aeusserung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Teutschlandes gefährdende Weise überschritten werden *g*). IV) Wird von einem Bundesglied, für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung, die Garantie des Bundes nachgesucht, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugnifs, auf Anrufung der Betheiligten, die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht anderweit Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittlung oder compromissarische Entscheidung beizulegen *h*). V) Ausser dem Fall der übernommenen besondern Garantie, und der Aufrechthal-

tung der über den 13. Artikel der BundesActe festgesetzten (in gegenwärtigem §. erwähnten) Bestimmungen, ist die B. V. nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen, einzuwirken, so lang solche nicht den Charakter aufrührerischer Bewegungen oder wirklichen Aufruhrs annehmen [i]).

a) Die Erörterungen und Berathschlagungen über den 13. Art. der BundesActe, und über die landständische Verfassung in den Bundesstaaten, welche in den wiener MinisterialConferenzen statt hatten, findet man in den für diese aufgesetzten Protocollen, Num. 6, 7, 8, 9 u. 28, vom 16., 19., 24. u. 28. Dec. 1819, u. v. 11. Mai 1820.

b) Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 55.

c) Wiener SchlufsActe, Art. 56. — Hienach ist auch die Frage zu beurtheilen: ob und wie fern eine Staatsregierung befugt sey, zu *Bundesbeschlüssen*, die *mit der LandesGrundverfassung in Widerspruch stehen*, ihre Zustimmung zu geben? und ob und wie weit Beschlüsse dieser Art, selbst nach erfolgter Bekanntmachung (§. 164 u. 156), landesverfassungsmäsig in demselben Lande verbindende Kraft haben? Vergl. die Schlufs-Clausel in der k. baierischen Bekanntmachung des Prefsbeschlusses v. 1819, unten §. 417[b], Note *c*, u. die Verfassungsgesetze der Bundesstaaten über die Verantwortlichkeit der Minister (§. 262).

d) Dafs der Bund nicht berechtigt sey, eine allgemein verbindende Regel über die Verfassung der einzelnen Bundesstaaten aufzustellen, behauptet Behr, in der oben (§. 156) angef. Schrift, S. 51 ff.

e) Wiener SchlufsActe, Art. 57.

f) Wiener SchlufsActe, Art. 58. Vergl. unten §. 225[c], X.

g) Wiener SchlufsActe, Art. 59.

h) Wiener SchlufsActe, Art. 60. Vergl. §. 217[a], 156 u. 164.

i) Wiener SchlufsActe, Art. 61.

§. 218.

HauptGesichtpuncte des heutigen landständischen VerfassungsSystems. Sein jetziger Bestand: 1) in den freien Städten.

In dem heutigen Zustand des RepräsentativSystems in den teutschen Bundesstaaten, ist mehrfache

Verschiedenheit bemerkbar; theils nach der Staatsform, theils nach Form, Ursprung, Entstehungsart, Ausbildung und Ausdehnung des Instituts, theils nach seinen Grundlagen und nach der Art und dem Umfang seiner Wirkungsbefugnisse. Alle diese verschiedenen Betrachtungen, sind in der hier folgenden Darstellung in Betrachtung zu nehmen. A) In den freien Städten, wo die Staatshoheit ihrer Substanz nach der Stadtgemeinde, die Ausübung der äusseren Hoheitsrechte, und die vollziehende Gewalt, mit Einschlufs der Verwaltung, einem in seinen Gliedern wählbaren Rath oder Senat, unter mehrfacher Mitwirkung, und Beiordnung von BürgerRepräsentanten, zusteht, vertrat früher schon, und vertritt jetzt wieder, zum Theil neu gebildet, ein mehr oder weniger zahlreicher Ausschufs der Bürgerschaft a), unter verschiedenen Benennungen, an der Seite des Senats, die Stelle der in andern Bundesstaaten bestehenden, oder noch einzuführenden Landstände b). Die wiener SchlufsActe von 1820, Art. 62, erkennt die Anwendbarkeit des 13 Artikels der BundesActe auf die freien Städte in so weit, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

a) Man s. oben §. 178. u. f.

b) Erklärung der freien Städte, in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 41; wo es heifst: «Je glücklicher sich die freien Städte in dieser Lage befinden, um so lebhafter müssen sie sich mit dem Wunsch vereinigen, durch allgemeine Ausführung des 13. Art. ein Bedürfnifs erfüllt zu sehen, welches sehr dringend zu werden scheint, und dessen Befriedigung eine der sichersten Grundlagen der Kraft des Bundes zur Erhaltung der äussern und innern Sicherheit seyn wird, die zuletzt doch hauptsächlich auf der Zufriedenheit aller Bürger der Bundesstaaten beruhen mufs».

§. 219.

2) In den monarchisch geformten Bundesstaaten; wo landständische Verfassung
a) theils neu errichtet ist.

B) Was die monarchisch geformten Bundesstaaten betrifft, so ist I) in einem grossen Theil derselben, seit Auflösung des rheinischen Bundes, eine landständische Verfassung neu errichtet worden, nachdem dieselben früherhin entweder keine, wenigstens keine in dem jetzigen Umfang des Landes, oder eine anders gebildete, zum Theil unlängst factisch aufgehobene, hatten, die in manchen von der Landesherrschaft war aufgehoben worden. Die Staaten, worin solches geschehen ist, sind folgende, geordnet nach der Zeitfolge ihrer Verfassungsurkunden, welche hier für die Geschichte der Bildung und Entwickelung des RepräsentativSystems, so wie der Inhalt dieser Urkunden in Absicht auf die bei ihrer Entstehung herrschenden RegierungsMaximen, mehr oder weniger bemerkenswerth ist: 1) das Herzogthum Nassau [a]; 2) das Grofsherzogthum Luxemburg [b]; 3) die Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt [c], 4) Schaumburg [d], und 5) Waldeck [e]; 5) das Grofsherzogthum SachsenWeimar-Eisenach [f]; 7) das Fürstenthum SachsenHildburghausen [g]; 8) das Königreich Baiern [h]; 9) das Grofsherzogthum Baden [i]; 10) das Fürstenthum Liechtenstein [k]; 11) die Königreiche Wirtemberg [l] und 12) Hannover [m]; 13) das Herzogthum Braunschweig, nebst dem Fürstenthum Blankenburg [n]; 14) das Grofsherzogthum Hessen [o]; 15) das Herzogthum SachsenCoburgSaalfeld [p].

a) *Nassau.* Edict v. 1. u. 2. Sept. 1814, betr. die Errichtung der Landstände; als Beilage 7 zu §. 40 der Protoc. der B. V. v. 1818, auch in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. II (Leipz. 1817. 8.), S. 295 ff., u. in den Europ. Annalen, 1815,

Cod. diplom. S. 213. (Dawider s. C. D. Voss Zeiten, 1815, St. 1. S. 70 ff. Critische Beleucht. des Vorworts sammt Bemerkungen, womit das nassauische Edict u. s. w. im Januarheft der Zeiten von Voss begleitet worden ist. Frankf. 1815. 8. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 218. ff.) Verordn. v. 3. u. 4. Nov. 1815, betr. die Bildung der Herrenbank der Landstände; als Beil. 8 zu §. 40 der Protoc. der B.V. v. 1818, u. in d. angef. Constitutionen, Th. III, S. 577. Patent v. 4. Nov. 1815, die Wahl der Landstände hetr., ebendas. S. 576. Nassauische Erklärung in der B.V., in dem angef. §. 40. — SitzungsProtocolle der ersten landständischen DeputirtenVersamml. des Herzogth. Nassau, von d. J. 1818. Wiesbaden 1818. Fol. Bemerkungen über Nassau's Landstände. 1818. 8. Prüfende Bemerkungen zu den Bemerkungen etc. Wiesb. 1818. 8.

b) *Luxemburg*. Wegen seiner dermaligen Verbindung mit dem Königr. der Niederlande (§. 109), hat es mit diesem die k. niederländische Constitution vom 24. Aug. 1815 gemein. Sie steht in den angef. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 499 ff. In dem 1. §. dieses FundamentalGesetzes heifst es: «Da das GH. Luxemburg unter Einer Souverainetät mit dem Königr. der Niederlande steht, so wird es nach demselben FundamentalGesetz regiert werden, seinen Verhältnissen zu dem t. Bund unbeschadet». — Luxemburg hat eigene ProvinzialStände, welche 4 Deputirte in die 2. Kammer der GeneralStaaten des Königr. senden. Man s. §. 222*, i. — Luxemburgische Anzeige in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 106., vergl. mit §. 35 der Protoc. v. 1816.

c) *S. Rudolstadt*. Publicandum wegen der VolksRepräsentation in den fürstl. schwarzb. Landen, v. 8. Jan. 1816. Rudolst. 1816, sechs weitläufig gedruckte Seiten in kl. 8.; auch in den angef. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 364 ff., u. in Bisinger's vergleichender Darstellung der europ. Staatsverfassungen (Wien, 1818. 8.), S. 507 ff. Landesfürstliche Erklärung v. 21. Apr. 1821, enthaltend eine nähere Entwickelung und Vermehrung des angef. Publicandum. Vergl. unten §. 225*, c. Der erste Landtag ward eröffnet am 8. Apr. 1821.

d) *Schaumburg*, lippischen Theils. Verfassungsurkunde v. 15. Jan. 1816; in Klüber's Staatsarchiv, B. I, S. 67 ff., u. in d. angef. Constitutionen, Th. III, S. 410. — Bei der Theilung der Grafschaft Schaumburg zwischen HessenCassel u. Lippe. Alverdissen, bestanden schaumburgische Landstände, die zuerst gemeinschaftlich blieben, und bis 1661 allgemeine Landtage hielten, nachher aber sich freiwillig trennten, in dem

lippischen Theil späterhin ganz in Unthätigkeit geriethen, in dem hessischen hingegen sich erhielten.

e) *Waldeck.* Landes*vertrag* v. 19 Apr. 1816, wodurch die (1814 einseitig abzuändern versuchte) landständische Verfassung aufs Neue begründet ward; auch in d. Constitutionen der europ. Staaten, Th III, S. 368, u. mit Anmerkungen in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 243 ff. Das nicht zur Ausführung gekommene Verfassungs- u. VerwaltungOrganisationsDecret v. 28. Jan. 1814, steht in d. angef. Constitutionen, Th. II, S. 276. — Vergl. Moser von der Reichsstände Landen, S. 474 u. 1494. Rhein. Bund, Heft VII, S. 160.

f) *S. WeimarEisenach* Grundgesetz über die landständ. Verfass., v. 5. Mai 1816; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 162 — 203, als Beilage 25 zu §. 35 der Protoc. der B.V. v. 1816, u. in den angef. Constitutionen der europ. Staaten, Th II, S. 330 ff. Ward vertragweise errichtet, und garantirt von dem t. Bund, in d Protoc. der B.V. v. 1817, §. 93. Voraus gieng eine Verordnung über e. landständ. Berathschlagungsversamml., in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 146. — S weimareisenach. Ständeverhandlungen auf Schloss Dornburg. 6 Hefte. Weimar 1818 u. 1819 4. S. Weimarische LandtagsVerhandlungen im Jahr 1820 u. 1821. Weimar 1821. 4 Der Landtag des GH S WeimarEisenach, 1820. Jena 1821. 8. — Im J. 1809 waren die Landstände von Weimar, Eisenach u. Jena vereinigt u. bestätigt worden. Im Jahr 1811 erhielten sie eine neue Einrichtung, unter dem Namen ProvinzialDeputation des Herzogth. Weimar. Jen. Allg Lit. Zeit. 1810, EB. Num. 74, u. Allg. Zeit 1811, Num. 52. Von diesen Veränderungen u. von der früheren Verfassung, s. das Allgemeine Staatsverfassungs-Archiv, Bd. II, St. 2

g) *S Hildburghausen.* Grundgesetz der landschaftl. Verfass. v. 19. März. 1818; in d. Regier Blatt v. 1818, Num. 16, u. in d. angef. Constitutionen, Th. III, S. 386. Ward vertragweise errichtet und garantirt von dem t. Bund. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 115. — Durch e. Bekanntmachung v. 5. Aug. 1807, war die Fortdauer der landschaftl. Verfass. zugesichert worden, Rhein.Bund, IX. 485. Vergl. auch das landesherrl. Rescript v. 15. Sept. 1815, in d. Allgem Zeit., 1816, St. 256, S. 1023; worin «Verbesserung der Mängel der bisherigen «Verfassung angekündigt ward, wo die Ritterschaft meist ein «entschiedenes Uebergewicht über die Städte hatte, u. besonders der Bauerstand gar nicht vertreten war», der jetzt in die Landschaft einzuführen sey. — Mit e. Rescript v. 17. Nov. 1817, ward ein Entwurf der Verfass.Urkunde den Ständen zu Eröffnung ihrer Ansicht mitgetheilt. — Landtagsverhandlungen

des Fürstenth. Hildburghausen. 2 Bände. Hildb. 1821. 8. Im J. 1819, ward seit 1771 der erste Landtag wieder gehalten.

h) *Baiern*. Verfassungsurkunde v. 26 Mai 1818, mit 10 dazu gehörenden Edicten von demselben Tage, u. mit einem Anhang zu §. 103; besonders gedruckt in 4., auch in G. Döllinger's Verfass. des Königr. Baiern, mit den darin angef. früheren k. Edicten u. Verordnungen, Bd. I—III (München 1818—1819. 8.), u. die Verfass.Urk. allein in den angef. Constitutionen, Th. III. S. 112, u. in dem diplomat. Codex zu L. Lüders statist. herald. genealog. Taschenbuch Europa, Bd. I, Abth 1 (1819), S. 102. Ein kurzer Abrifs dieser Verfassung, in I. C. Bisinger's vergleichender Darstell. der Staatsverfassungen der europ. Monarchieen u. Republiken, S. 570—578. — Baierische Anzeige bei der B.V., in d. Protoc. v. 1818, §. 154. — Verhandlungen der 1. Kammer der Ständeversamml. des Königr. Baiern, im J. 1819. München 1819. 8. Verhandlungen der 2. Kammer u. s. w., im J. 1819. 42 Hefte. München 1819—1821. 8. Vollständ. alphabet. Repertorium über die Verhandlungen der ersten Ständeversamml. des K. Baiern. München 1821. 8. Jul. Gr. v. Soden, der baier. Landtag v. Nürnb. 1819. 1821. 8. — Von früheren Ereignissen s. Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 224 ff., u. oben §. 216ᵃ, f, u. 216ᵇ, e. Brendel a. (§. 214) a. O. Abth. I, S. 246 ff.

i) *Baden*. Verfassungsurkunde v. 22. Aug. 1818; in d. bad. Regier.Blatt, 1818, Num. 18, auch als Beil. 24 zu §. 214 der Protoc. der B.V. v. 1818, in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. III, S. 351, vergl. mit Th. II, S. 249 ff., u. in Lüders diplomat. Codex, zu dessen statist. herald. geneal. Taschenbuch Europa, Bd. I, Abth. 2 (1820), Num. 1. Auch besonders, unter d. Titel: Die landständ. Verfassungsurk. f. d. GH. Baden, nebst den dazu gehör. Actenstücken. Carlsr. 1819. 8. — Die Garantie des t. Bundes ward verlangt, bis jetzt aber nicht ertheilt. Oben §. 217ᶜ f. — Verhandlungen der Ständeversamml. des GH. Baden (v. 1819); enthaltend die Protocolle der 1. Kammer. 4 Hefte. Carlsr. 1819. 8. Verhandlungen der 2. Kammer der Ständeversamml. des GH. Baden, 1819. 8 Hefte. Carlsr. 1819—1820. 8. — Verhandlungen der 1. Kammer der Ständevers. des GH. B. im J. 1820. 6 Hefte. Carlsr. 1820. 8. Verhandlungen der 2. Kammer u. s. w. im J. 1820. 9 Hefte. Carlsr. 1820. 8. — Uebersicht der ständischen Verhandlungen beider Kammern des GH. Baden. 2 Bände. Carlsr. 1820. 8. (Besonders abgedruckt aus C. v. Rotteck's Archiv für landständ. Angelegenheiten im GH. Baden.) Beurtheilung der Verhandlungen der badischen Landstände im J. 1820. Leipz. 1821. 8. —

Landstände hatte Baden in der Markgrafschaft seit 1½ Jahrhunderten nicht gehabt, in dem neu erworbenen Breisgau 1806 abgeschafft, im J. 1808 durch Verordn. v. 5. Jul. aber, und nachher auf u. nach dem wiener Congrefs eine LandesRepräsentation mehrmal angekündigt. Klüber's angef. Uebersicht, S. 207 u. 224. C. D. Voss Zeiten, 1816, St. 7. Allgem. StaatsverfassungsArchiv, Bd. I (1816), S. 391 ff.

k) *Liechtenstein* (Vaduz u. Schellenberg). Landesherrl. Edict, datirt aus Eisgrub am 9. Nov. 1818; gedruckt in den angef. Constitutionen, Th. III, S. 433, und in der Allgem. Zeitung v. 9. u. 10. Febr. 1819. — Erklärung in d. Protoc. d. B.V. v. 1819, §. 14. — Von den Rechten dieser Landstände, unten §. 225*, e.

l) *Wirtemberg* Verfassungsvertrag v. 25. Sept 1819. 8. Auch in dem Staats- u. Regier. Bl. v. 1819. Num. 65; u. in d. angef. Constitutionen, Th. III, S. 291. Ward durch Verhandlungen, mit einer zu dem Ende einberufenen Ständeversammlung, vertragweise zu Stande gebracht. Erklär. in d. Protoc. der B.V., §. 122. — Verhandlungen in der Kammer der Standesherren des Königr. Würtemb., im J. 1820. 5 Hefte. Stuttg. 1820 u. 1821. 8. Verhandlungen in d. Kammer der Abgeordneten des K. W., im J. 1820. 15 Hefte u. 3 ausserord. Beilagenhefte. Stuttg. 1820 u. 1821. 8. — Verhandlungen in d. Kammer d. Abgeordn. des K. W., im J. 1821. 3 Hefte u. 2 ausserord. Beilagenhefte. Stuttg. 1821. 8. — Frühere Versuche, mit den Landständen über eine Verfassung übereinzukommen, in den J. 1815 bis 1817, mifslangen. Man s. davon Klüber's angef. Uebersicht, S. 226 ff. u. Verhandlungen der würtemb. Landstände, in den J. 1815 — 1817. 45 Hefte u. 2 Hefte Beilagen, 1 Heft SupplementActenstücke, 1 Heft Anhang zur 25. Abtheil., 1 Heft Register. (Heidelb.) 1815 — 1817. 8. Verschiedene Flugschriften, u. Aufsätze in period. Blättern. *Entwurf* der Verfafs. für das Königr. Würtemberg (nebst e. AdelsStatut, als Beilage); vom Könige der Ständeversamml. mitgetheilt (3. März) 1817. Stuttg. 8. Auch in den angef. Constitutionen, Th. III, S. 170.

m) *Hannover.* Patent, die Verfassung der allgem. Ständeversamml. betr., v. 7. Dec. 1819; in d. hannöver. Gesetzsamml., I. Abtheil., Num. 26, u. in d. angef. Constitutionen, Th. III, S. 340. — Von den Rechten dieser Landstände, unten §. 225*, e. — Nach Wiedereroberung des Landes, ward im J. 1814 die landständ. Verfassung bestätigt, und, in Folge eines Patents v. 12. Aug. 1814, u. eines andern v. 2. Sept. 1814, wegen Organisirung der Landstände (in den Europ. Annalen, 1815, Cod. dipl., S. 207), am 15. Dec. 1814 der

Landtag wieder eröffnet. Polit. Journal, Jan. 1815, S. 71 ff., 86 ff. Klüber's angef. Uebersicht, S. 220 f. Voss Zeiten, Jul. 1816. F. L. v. Berlepsch, was bedeuten die Landstände in Hannover? 1816. 8. H. Luden, das Königr. Hannover, nach seinen öffentl. Verhältnissen, besonders die Verhandlungen der allgem. Ständeversamml. in den J. 1814, 1815 u. 1816. Nordhausen 1818. 8. — Eine Bekanntmachung v. 31. Aug. 1816 verordnete, dafs auch die Einwohner des Fürstenth. *Ostfriesland* und von *Harlingerland*, an der Ständeversamml. des Königr. Theil nehmen sollten. Zu Aurich wurden am 12. Nov. 1818 die im J. 1807 aufgelöseten ostfriesischen Landstände wieder hergestellt, und mit ihnen die Stände des Harlingerlandes vereinigt. Im Nov. 1818 wurden die *hildesheimischen* Landstände wieder hergestellt. Von den Provinzial-Ständen des K. Hannover, s. §. 222ᵃ, i.

n) *Braunschweig.* Verordn. die erneuerte LandschaftsOrdnung betr., v. 25. Apr. 1820. (Braunschw. 1820. 39 S. in 8.) Ward durch Verhandlungen mit einer durch e. Verordn. v. 6. Sept. 1818 einberufenen Ständeversammlung, vertragweise zu Stande gebracht, gemeinschaftlich für das Herzogth. BraunschweigWolfenbüttel u. das Fürstenth. Blankenburg. — Erklär. in d. Protoc. der B.V. v. 1820, §. 67. — Zum erstenmal nach der französ. Occupation, wurden im Dec. 1814 die Schatzräthe (Deputirte der Landschaft) wieder versammelt. Klüber's angef. Uebersicht, S. 221.

o) *GH. Hessen.* Verfassungsurkunde v. 17. Dec. 1820. — Erklär. in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 92; 1819, §. 95 u. 228. — (Die Annahme einer, durch e. Edict v. 18. März 1820 gegebenen, Constitution hatte Schwierigkeiten gefunden. Bemerkungen das Edict, die landst. Verfass. des GH. Hessen betr. Frankf. 1820. 8. Ueber landständ. Repräsentation im GH. Hessen. 1820. 8. Erörterungen über landst. Verfass., namentl. in Bezich. auf d. GH. Hessen. 1820. 8. Treue Darstell. der Verhandlungen, welche der Eröffn. der Landstände des GH. Hessen vorangiengen. Mainz 1820. 8. Die Landstände des GH. Hessen, seit d. 14. Oct. 1820. 8.) — Wiesb. 1820. 8.) — Verhandlungen der 2. Kammer der Landstände des GH. Hessen, in den J. 1820 u. 1821. Darmst. 1820 u. 1821. 20 Hefte, nebst 4 Heften ansserord. Beilagen u. Register. 8. P. J. Floret's hist. krit. Darstell. der Verhandlungen der Ständeversamml. des GH. Hessen. Giefsen 1822. 8.

p) *S. CoburgSaalfeld.* Gesetz, die ständische Verfass. des Herzogth. S. CoburgSaalf. betr. v. 8. Aug. 1821. Cob. 1821. 4. — Garantirt von d. t. Bund. Protoc. der B.V. v. 1821, §. 249; 1822, §. 43 u. 167. — Ein früheres, die Grundzüge der zu

errichtenden Landständ. Verfass. enthaltendes, Decret v. 16. März 1816, steht in d. angef. Constitutionen, Th. II, S. 306. — Auf das neu erworbene Fürstenth. *Lichtenberg* (mit 27,200 Einw. auf 8¼ QM.) erstreckt sich diese Verfassung nicht; daselbst besteht ein eigener Landrath. Man s. §. 222ᵃ, m.

§. 220ᵃ.

b) Theils, wie in der neuern Vorzeit, fortdauert, oder wieder hergestellt ist.

II) In einem bedeutenden Theil der monarchisch geformten Bundesstaaten, dauert entweder die während der teutschen Reichsverbindung schon bestandene landständische Verfassung fort, bald unverändert bald mit mehr oder weniger Veränderung, oder es ist dieselbe in solcher Art, nach einer während der französischen Inhabung des Landes statt gehabten Unterbrechung, wieder hergestellt worden. In diese Classe gehören: 1) Oestreich, mit seinen zu dem Bund gehörenden Staaten[a]); 2) das Königreich Sachsen, mit Inbegriff des Markgrafthums Oberlausitz [b]); 3) das Kurfürstenthum Hessen[c]); 4) und 5) die Grofsherzogthümer MecklenburgSchwerin und MecklenburgStrelitz[d]); 6) die Fürstenthümer SachsenGotha und Altenburg[e]); 7) das Fürstenthum SachsenMeiningen[f]); 8) 9) u. 10) die Fürstenthümer AnhaltBernburg, AnhaltDessau und AnhaltCöthen[g]); 11) und 12) die Fürstenthümer Reufs älterer Linie (ReufsGreitz) und Reufs jüngerer Linie (ReufsSchleitz, ReufsLobenstein, und ReufsEbersdorf)[h]); 13) das Fürstenthum Lippe[i]).

a) *Oestreich* hat, in den verschiedenen Provinzen, fortwährend Landstände, und hält PostulatenTage wie früherhin: in dem Erzherzogthum Niederöstreich oder in dem Land unter der Ens und in dem Land ob der Ens, in Steyermark und Kärnthen, in Krain (erneuert durch ein Patent v. 26. Jan. 1819), in Böhmen, in Mähren und Schlesien. Durch ein Edict v. 24. März 1816, ward in Tyrol die von Baiern 1808 aufgehobene landständische Verfassung wieder hergestellt, auf

die Grundlage der vorigen Privilegien und Freiheiten; in d. Constitutionen d. europ. Staaten, Th. II, S. 105, und in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 237 ff. — Salzburg und Vorarlberg, so wie Görz, haben die Errichtung einer landständischen Verfassung noch zu erwarten. — Von Oestreich überhaupt, s. man J. C. Bisinger's vergleichende Darstell. der Staatsverfassungen der europ. Monarchien u. Republiken (Wien 1818. 8.), S. 10 u. 467 — 472. Brendel a. (§. 214) a. O. Abth. I, S. 263 ff. — Vergl. die östreich. Erklärungen in den Protoc. der B.V. v. 1818, S. 79; v. 1819, §. 210; u. unten §. 225ᵃ, f.

b) K. *Sachsen.* Land- und AusschufstagsOrdnung v. 11. März 1728; in d. Codex Augusteus, I. Fortsetz. (v. R. C. v. Benniggsen, Leipz. 1772. Fol.), S. 31 — 44. Kursächs. Landtagsordn., herausg. v. F. C. Hausmann. Leipz. 1799. 8. (Schriften von Schreber u. Weisse, unten §. 228.) Das, in gleichem Geist abgefafste (ungedruckte), k. Decret v. 16. Oct. 1820. — Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 56. — Wegen der durch den Landesverlust v. 1815 veränderten TerritorialVerhältnisse, ward die sonst völlig getrennt gewesene landständische Verfassung der Oberlausitz, mit der alterbländischen in gewisser Art vereinigt. Man unterscheidet nämlich, seit dem Landtage v. 18 17/18, in Hinsicht auf die landständische Verfassung, zwei Landestheile: 1) die alten Erblande, eingetheilt in vier Kreise, den meifsnischen, leipziger, erzgebirgischen, und vogtländischen; 2) die Oberlausitz. Nach dieser Abtheilung sind unterschieden, die alterbländische Landschaft und die oberlausitzische, welche beide, in der Regel alle 6 Jahre, in der allgemeinen Landesversammlung sich vereinigen. Das gegenseitige QuotalVerhältnifs beider Landestheile, bei Vertheilung gemeinschaftlich bewilligter ausserordentlicher Leistungen, ward 1821 in der allgemeinen Landesversammlung provisorisch festgesetzt, für die Oberlausitz bei Geldbeiträgen auf 1/10, bei NaturalPrästationen auf 12/100 des Ganzen. Auszug aus den Verhandlungen des Landtags von 18 20/21 (1821. 8 S. in 4.) und als Beilage zu St. 20 der Gesetzsamml. von 1821. — Ueberdiefs werden in dem Markgrafthum Oberlausitz noch jetzt besondere Landtage, und in jedem der 4 Kreise der alten Erblande Kreistage gehalten. Man s. §. 222ᵃ, k. — Von der Verfassung vor 1815, s. man v. Römer's kursächs. Staatsr. III. 1 — 58 u. 59 ff. Bisinger, S. 490. Rhein.Bund. LV. 117.

c) *Kurhessen.* Von der landständ. Verfassung vor der franz. Occupation, s. C. W. Ledderhose's kl. Schriften, Bd. I (1787. 8.), N. 1, u. Moser v. der Reichsstände Landen, S. 620 ff. *Hanau* hatte keine, *Schaumburg* hatte eigene Landstände (§. 219, d.), — Früherhin hatten H. Cassel u. H. Darm-

stadt gemeinschaftliche oder allgemeine Landtage, und jedes für sich wieder besondere oder engere; jene allgemeinen sind seit 1628 nicht mehr vorgekommen. — In seinem Beitrittvertrag zu der grofsen Allianz, datirt Frankf. 2. Sept. 1813, Art. sép. et secr. 3, verpflichtete sich Kurhessen, «à rétablir les États de son pays dans les constitutions et privilèges dont ils jouissaient en 1805, sans que pour cela aucun individu puisse se soustraire aux charges communes». De Martens recueil, Supplément, V. 653. Durch e. Regier. Ausschreiben v. 29. Aug. 1814 (Europ. Annalen 1815, Cod. dipl., S. 245), ward die landständ. Verfassung bestätigt. Auch in dem Haus- u. Staatsgesetz v. 4. März 1817, §. 2, ward sie festgesetzt. In dem Protoc. der B.V. v. 1818, §. 127, erklärte der Kurfürst, dafs Er «demnächst, nach eigenem Ermessen, u. nach den individuellen Verhältnissen seiner Staaten, das Nöthige anzuordnen nicht entstehen werde». — Durch ein Edict v. 27. Dec. 1814, wurden 20 ständische Deputirte zu einer am 1. März 1815 zu eröffnenden landständischen Versammlung einberufen. So ward im J. 1815 u. 1816 wieder ein engerer Landtag gehalten, wo zum erstenmal auch Deputirte der *Bauern*, einer von jedem der fünf Ströme (Landesabtheilungen), zugelassen wurden. Es ward ein *Entwurf* zu einer neuen (vertragmäsig nicht zu errichtenden) Landesverfassung (in d. Constitutionen d. europ. Staaten, Th. II, S. 255) vorgelegt, der Landtag aber zuerst vertagt, nachher aufgelöset, weil beide Theile sich nicht vereinigen konnten. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 217. Beurkundete Darstellung der kurhessischen Landtagsverhandlungen (von d. J. 1815). Mainz 1816. 8. Nachtrag hiezu. 1816. 8. Kurhessische Landtagsverhandlungen v. 1816, Abth. I — IV. 1816. 8. Uebersicht der Verhandlungen, in dem allgem. Staatsverfafs. Archiv, Bd. I, St. 4, u. B. II, St. 1. Brendel a. a. O. Abth. II, S. 8 ff.

d) *Mecklenburg*. Die beiden Grofsherzogthümer Schwerin u. Strelitz haben eine gemeinschaftliche landständische Verfassung, eine Ritter- und Landschaft, welche begründet u. eingerichtet ist durch die Union v. 1523 u. den landesgrundgesetzl. Erbvergleich v. 1755, dieser in Faber's europ. Staatscanzley, CIX. 169, u. als Anhang zu C. G. Jargow von den Regalien (Rost. 1757. 4.), S. 1 — 151. Man s. auch Schlözer's Staatsanzeigen, IV. 495, u. Verbesserungen in der Organisation der Landstände v. 1808, in d. Rhein. Bund, LIII. 278. Im J. 1808 ward diese Verfassung ihrem Wesen nach bestätigt. Einen Zusatz erhielt dieselbe durch die oben (§. 217*, f) angef. Verordn. v. 28. Nov. 1817, betr. die Entscheidungsart

bei Streitigkeiten zwischen der Landesherrschaft u. den Landständen über Verfassungsgegenstände.

e) *Gotha* u. *Altenburg*. Jedes dieser beiden Fürstenthümer hat, unverändert bis jetzt, eine eigene landständische Verfassung, und eigene Landtage. Moser von der Reichsstände Landen, S. 468 u. 1484. Rhein. Bund, Heft 39, S. 473. — Erklärung in d. Protoc. d. B.V. v. 1818, §. 26. — Merkwürdige Erklärung des Herzogs an die altenb. Landstände, im J. 1818, u. Resultate des altenb Landtags v. 1818; in L. Lüders diplomat. Codex, zu dem statist. herald. geneal. Taschenbuch Europa, Bd. I, Abth. 2 (1820), Num. 3. Für Altenburg, ist man mit einer Erweiterung der landständischen Repräsentation beschäftigt.

f) *S. Meiningen*. Die landständische Verfassung, welche unverändert fortdauert, beruht auf Verträgen, zum Theil aus der Zeit der Grafen von Henneberg. Moser a. a. O. — Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 26.

g) *Anhalt*. Die sämmtlichen herzoglich-anhaltischen Häuser haben gemeinschaftlich eine landständische Verfassung. Eigentliche Landtage wurden seit 1698 nicht gehalten, wohl aber, von Zeit zu Zeit, von dem Senior des Hauses ausgeschriebene Deputations- u. Landrechnungstage. Moser a. a. O., S. 349, 463 u. 1447. — *AnhaltCöthen* hatte in seinem Landestheil, durch c. Decret v. 28. Dec. 1810, die Landstände aufgehoben, und dagegen neue, von neu französischer Art, eingeführt. Rhein. Bund, Heft 52, S. 99. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 260 ff. Es ward aber nach dem Tode des Herzogs, am 24. Oct. 1812, diese Constitution aufgehoben, und die alte Verfassung mit etlichen Aenderungen wieder hergestellt. Rhein. Bund, Heft 65, S. 225 ff. — In d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 127, erklärten die drei anhaltischen Häuser: «bei ihnen bestehe noch eine landständische Verfassung, aber ihre Verbesserung werde gewünscht, da der Lauf der Zeiten ihre ursprüngliche Gestalt gar sehr verändert habe; ihr Absehen hätten sie auf eine Uebereinstimmung in der Verfassung der anhaltischen Landestheile gerichtet, die ohne Beachtung mannigfacher Rücksichten und ohne vorsichtige Einleitung nicht zu erreichen sey».

h) *Reufs*. Moser von der Reichsstände Landen, S. 474, 1123 u. 1494.

i) *Lippe*. Es besteht hier, für Ritterschaft und Städte, von Zeiten her eine landständische Verfassung. Moser a. a. O. S. 474 u. 1492. Erläuternd hierüber, sind folgende bei der B.V. eingereichte Deductionen: 1) Geschichtl. u. rechtl. Darstell. der in d. f. lippe-detmold. Lande bestehenden, jedoch

dem Lande vorenthaltenen landständ. Verfass.; von den Landständen von Ritterschaft u. Städten. Frankf. 1817. Fol. 2) C. G. Closterneier's kritische Beleuchtung der von Seiten der Landstände — — des F. Lippe übergebenen Druckschrift etc. Lemgo 1817. Fol. 3) Gegenbeleuchtung, als Antwort auf die von dem Archivrath Closterneier in den Druck gegebene Beleuchtung — — —; in Auftrag der Landstände von Ritterschaft und Städten des F. Lippe, von C. Arzt. Minden u. Bielef. 1819. Fol. — Während des rhein. Bundes war die jährliche Haltung der Landtage unterblieben. Nach Auflösung dieses Bundes, verlangten die Landstände vergebens vollständige Wiederherstellung der alten Verfassung, dann aber zeitgemäse Modification derselben in dem Wege der Uebereinkunft mit ihnen. Nach mehrfacher Verhandlung, wendeten sie sich im J. 1817 beschwerend an die B.V., welches den oben angef. Deductionswechsel veranlafste. Auch SchaumburgLippe vereinigte sich mit dieser Beschwerde bei der B.V., welche hierauf eine VermittlungsCommission ernannte. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 149 u. 222. — Unterdessen gab, durch ein Decret v. 8. Jun. 1819, die Fürstin Vormünderin u. Regentin dem Lande eine *neue* « Landständische Verfassungsurkunde (Lemgo, 1819. 31 S. 4.); auch machte sie von dieser Ertheilung, als einer Erfüllung des 13. Art. der B.A., Anzeige bei der B.V. Protoc v. 1819, §. 130. Gegen diese einseitige Aufhebung der alten, und die beabsichtigte einseitige Einführung einer neuen Landesverfassung (§. 49 u. 217b, II), protestirten bei der B.V. sowohl die Landstände als auch der Fürst v. SchaumburgLippe. Es kam daselbst zu wechselseitigen Erklärungen; die B.V. gab solche an die oben genannte eine Commission, welche in der Sitzung v. 9. Sept. 1819 Vortrag (loco dict. gedruckt S. 591 — 643 der Orig. Ausg.) erstattete, und welche im J. 1820 (Protoc. §. 210) ergänzt ward. Protoc. der B.V. v. 1819, §. 182, 183 u. 194. Seitdem ist diese Angelegenheit bei der B.V., in den gedruckten Verhandlungen, nicht mehr zur Sprache gekommen. Ihrem Inhalt nach, ist die streitige Verfassungsurkunde eine der passendsten für die heutigen CulturVerhältnisse, auf jeden Fall ein dem Boden anvertrautes Saatkorn, das, zunächst im lippischen Lande, nicht ohne Früchte bleiben wird. Man findet sie abgedruckt in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. III, S. 416 — 432. Es ist zu hoffen, dafs die zeitherigen Landstände die zeitgemäsen Verbesserungen der landständischen Verfassung in andern Bundesstaaten, namentlich in S. WeimarEisenach, S. Hildburgshausen, u. S. CoburgSaalfeld (§. 219 u. 222b), nach früheren ähnlichen Ver-

hältnissen wie im lippischen, nicht unbeachtet lassen werden.

§. 220b.

c) *Theils noch zu erwarten ist.*

III) In verschiedenen Bundesstaaten, ist die Einführung oder Wiedereinführung einer landständischen Verfassung theils zu hoffen, theils schon verheissen, und hier das Werk, dem Vernehmen nach, der Vollendung nah. In diese Classe gehören: 1) Preussen[a]; 2) das Herzogthum Holstein[b]; mit Ausschluss des Herzogthums Lauenburg, wo landständische Verfassung fortwährend besteht[c]; 3) das Herzogthum Oldenburg, nebst dem Fürstenthum Eutin[d]; 4) die Fürstenthümer Schwarzburg Sondershausen[e], 5) Hohenzollern Hechingen, 6) Hohenzollern Sigmaringen[f], und 7) Hessen Homburg[g]; auch 8) etliche östreichische Provinzen (§ 220a, a).

a) *Preussen.* In einer vom wiener Congress, v. 22. Mai 1815 datirten Verordnung (in d. preuss. Gesetzsamml., 1815, St. 9, u. in d. Constitutionen der europ. Staaten, Th. II, S. 114), ward eine «Repräsentation des Volkes» verheissen; in den einzelnen Landestheilen sollen ProvinzialStände gebildet, u. aus ihnen eine Versammlung der LandesRepräsentanten gewählt werden, welche zu Berlin ihren Sitz haben soll. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr. S. 223 f. Nach vielen mühsamen Vorarbeiten, ist jetzt das Werk seiner Ausführung nah. — Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 5. Febr. 1818, §. 26. Beschluss darauf, ebendas. §. 127. — Von dem ehemaligen SchwedischPommern, s. oben §. 216, d. — G. H. M. v. Wedell, die Rechte der Landstände der teutschen Provinzen in der preuss. Monarchie zwischen d. Rhein u. d. Weichsel, durch Urk. belegt als Corpus juris publici. Leipz. 1817. 8. Zum Bach's oben §. 216a, a, angef. Geschichte. Brendel a. a. O. Abth. II, S. 68 ff.

b) *Holstein.* Dieses Herzogthum hatte, in Vereinigung mit dem weder zu dem teutschen Reich noch zu dem t. Bund gehörenden *Schleswig*, bis 1712 Landtage. Von dem Vorgang im J. 1806, s. §. 216b, c. Durch eine k. Erklärung v. 28. Jan. 1815, ward Wiederherstellung der Landstände zu-

sichert, und es hatten deſshalb Verhandlungen statt. Vergl. Klüber's angef. Uebersicht, S. 221. Polit. Journal, März 1815, S. 205 ff. Eine k. Verordn. v. 19. Aug. 1816 (in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 276) ordnete Vorbereitungen an, zu Einführung einer neuen landständ. Verfassung. Vergl. Allgem. StaatsverfassungsArchiv, Bd. II, S. 211 ff. In d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 26, erklärte Dänemark, daſs es «im Begriff stehe, die in dem H. Holstein einzuführende Verfassung zu bestimmen». Privilegien der holsteinisch. schleswigischen Ritterschaft; zum Druck befördert v. F. C. Jensen u. D. Hegewisch. Kiel 1797. 4. N. Falk's kurzer Inbegriff der schleswig-holstein. LandesPrivilegien; in den Kieler Blättern, Bd. III, Heft 1 (1816), Num. 6. F. C. Dahlmann's urkundl. Darstell. des dem schleswig-holstein. Landtage zustehenden Steuerbewilligungsrechtes. Kiel 1819. 8. — Den Prälaten und der Ritterschaft der Herzogthümer Holstein u. Schleswig, ward durch e. k. Erklärung v. 6. Oct. 1815, die ungestörte Fortdauer des zwischen ihnen bestehenden nexus socialis, nach der k. Resolution v. 27. Jun. 1732, zugesichert. Vergl. Brendel a. (§. 214) a. O. Abth. II, S. 101 ff.

c) In Absicht auf den dänischen Theil des Herzogthums *Lauenburg*, verpflichtete sich Preussen, in e. Vertrag mit Hannover v. 29. Mai 1815, u. in d. SchluſsActe des wiener Congresses, die bisherigen Rechte u. Privilegien bestehen zu lassen; eine Verpflichtung, welche nachher Dänemark, bei dem Eintausch dieses Landes, übernahm. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. IV, S. 42 u. 146, Bd. V, S. 207. K. Dänisches Patent v. 6. Dec. 1815, in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 458. — In d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 26, erklärte Dänemark, das Herzogth. Lauenburg geniesse fortwährend die landständische Verfassung, die ununterbrochen in demselben statt gefunden habe, und ihm durch besondere Staatsverträge auch für die Zukunft zugesichert worden sey.

d) *Oldenburg* u. *Eutin*. Die Grafschaften Oldenburg u. Delmenhorst wurden 1773 von Dänemark an das jetzt regierende Haus abgetreten, u. hierauf von K. Joseph II. unter dem Namen Oldenburg zu einem Herzogthum erhoben, statt dessen jetzt der Titel Groſsherzogthum geführt werden könnte, Man s. oben §. 106 u. 109. Weder in Oldenburg noch in dem Fürstenthum Eutin oder Lübeck, waren früherhin Landstände, wozu seit 1816 noch das neu erworbene Fürstenthum *Birkenfeld* kommt. — In d. Protoc der B.V. v. 1818, §. 127, erklärte Oldenburg: «Für die oldenburgischen Lande ist die landständische Verfassung durchaus neu, u. es fordert

reife Ueberlegung, um eine heilsame Einwirkung der verschiedenen Classen der Staatsbürger zweckmäsig und dauernd zu ordnen. Vieles ist bereits vorgearbeitet ».

e) *SchwarzburgSondershausen.* Von der früheren Verfassung, s. Moser von der Reichsstände Landen, S. 469 u. 379. — Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 127.

f) *HohenzollernHechingen* u. *Sigmaringen.* Beide Fürstenthümer hatten früherhin keine Landstände. Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 127.

g) *HessenHomburg*, nebst der neu erworbenen Herrschaft *Meisenheim*, hatte früherhin keine Landstände. Vergl. §. 107, e, u. die angef. Constitutionen, Th. III, S. 443.

§. 221.

Allgemeiner VertretungsGrundsatz. Wahlgesetze. Grundlagen der Landstandschaft. Verschiedenheit der Stimmführer auf dem Landtage.

I) Schon in der Natur einer Volksvertretung liegt, dafs diese unmittelbar von dem Volk ausgehen müsse (§. 214). Aber auch das Staatswohl fordert die Organisation der Landstände, nach dem Grundsatz allgemeiner Volksvertretung [a]); denn nicht zufällige, nicht individuelle und corporative Interessen, sondern die allgemeine Bildung und Einsicht, das allgemeine Rechtsverhältnifs und Bedürfnifs des Volkes, sollen vertreten werden. Daher darf namentlich der freie Bauerstand, die zahlreichste Classe der Unterthanen, mithin die Hauptmasse des Staatsvereins, nicht ausgeschlossen werden [b]). Nicht jeder einzelne Landstand, wohl aber die Gesammtheit der Landstände, vertritt die Gesammtheit des Volkes (§. 226). II) Nach der Natur der Anstalt, sollten Mitglieder einer Ständeversammlung solches nur durch Wahl von Mitbürgern werden (§. 214); doch nicht durch Wahl des Volks in Urversammlungen (assemblées primaires, wie in den drei ersten Constitutionen Frankreichs von 1791, 1793 u. 1795). Wahlgesetze bestimmen dann das Wahlrecht, die Erwählungsart, die Eigenschaften

der Wähler und Wählbaren. Der Geist des Instituts gebietet, dafs diese Gesetze das Wahlrecht, die Wahlfähigkeit und Wählbarkeit nicht zu sehr beschränken (§. 215, c). III) Doch beruht in einzelnen Bundesstaaten jetzt die Landstandschaft, entweder ausschliesend oder neben dem Rechtstitel einer Erwählung durch Mitbürger, bald auf Geburt (bei den Prinzen vom Regentenhause), bald auf landtagfähigem Gutsbesitz, verbunden zuweilen mit gewissen persönlichen Eigenschaften des Besitzers, bald entweder auf CorporationsRecht oder auf StandesclassenRecht, beides durch besondere Rechtstitel begründet, bald auf privilegirtem Grundbesitz, bald auf einer Amtswürde, einer besondern Ernennung oder Verleihung von Seite des Regenten. IV) Die auf dem Landtag erscheinenden Stimmführer, sind dann theils gebohrne oder erbliche, theils erkohrne; diese, entweder durch unmittelbare Wahl einer stimmberechtigten Gesammtheit, oder der von ihr hiezu ernannten Wahlmänner (Abgeordnete oder Deputirte §. 215, c), oder durch Bevollmächtigung von Seite eines stimmberechtigten Einzelnen (Stellvertreter oder Bevollmächtigte), oder durch Ernennung auf bestimmte Zeit (oben Num. III). V) Bei den RittergutsBesitzern werden, ausser dem landtagfähigen Gutsbesitz, zu der persönlichen Stimmfähigkeit zuweilen noch besondere persönliche Eigenschaften erfordert [c]), z. B. Erbadel, Ahnenprobe [d]), Indigenat.

a) Vergl. §. 226, II.

b) Dennoch hatte dieser, bis auf die neueste Zeit, in den wenigsten teutschen Ländern, eigene unmittelbare Vertretung auf dem Landtag. Er hatte dieselbe, als seltene Ausnahme, in Tyrol, Thorn, in dem Lande Hadeln, in der Grafschaft Hoya, in dem Stift Kempten, in Baireuth, Ostfriesland, Wirtemberg. Moser von der t. Reichsstände Landen, 458. 469. 473. Lang's Steuerverfassung, 227. Spittler's Gesch. von Wirtemberg, S. 102. Auf dem schwedisch-pommerischen Landtag, 9. Aug. 1806, erschien auch der Bauerstand. — Eigenes Vertretungsrecht auf dem Landtag, erhielt der Bauer-

stand in der neuesten Zeit: im Herzogthum Nassau im Sept. 1814; in Kurhessen im Dec. 1814 (Klüber's Uebersicht etc. S. 218); in dem GH. Luxemburg u. in dem Herzogthum Nassau, 1815; in den Fürstenthümern SchwarzburgRudolstadt, SchaumburgLippe u. Waldeck, u. in dem Großherzogthum S. WeimarEisenach 1816 (Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 69 f. u. 120, Bd. II, S. 251 u. 163); in Tyrol, 1816, abermal (ebendas. Bd. II, S. 237); seit 1817 in Baiern, Baden, Wirtemberg, GH. Hessen, in dem Herzogthum Braunschweig und Fürstenthum Blankenburg, in dem Herzogthum S. CoburgSaalfeld, in den Fürstenthümern Hildburghausen u. Liechtenstein. — E. M. Arndt über den Bauerstand u. s. Stellvertretung. Berl. 1815. 8. Ueber Repräsentation des Bauerstandes; in d. Kieler Blättern, Heft V (1815), u. in d. Allemannia, Bd. VII (1816), S. 261 f.

c) Jo. Gottl. Segers diss. de conjunctione loci et suffragii in comitiis provincialibus. Lips. 1769. 4. Car. Chr. Kohlschütter diss. de jure standi in comitiis provincialibus. Viteb. 1787. Leddershose's kleine Schriften, I. 32. Moser a. a. O. S. 500. 525. v. Römer a. a. O. III. 11. 13.

d) Noch üblich in dem Königreich Sachsen, mit Inbegriff der OberLausitz, in Oestreich, Böhmen u. Mähren. In dem ersten, nach Einigen seit 1530, nach Andern erst seit 1700. Rhein. Bund, LIII. 301.

§. 222 a.

Einheit oder Abtheilungen der Ständeversammlungen. Allgemeine oder Reichsstände und ProvinzialStände. Kreisstände. Provinzial- oder landräthliche Collegien.

I) Zufolge der allgemeinen Vertretungseinheit der Landstände (§. 221 u. 226, II), dieses Fundamental-Grundsatzes landständischer Verfassung a), bilden auf dem Landtage für Berathschlagung und Beschlüsse, in einer Reihe von Bundesstaaten b), alle Landstände zusammen eine **einzige** Versammlung, ein Plenum; welches nicht hindert, dafs in der Versammlung die Sitzordnung nach verschiedenen Ständen, Classen, Curien oder Bänken bestimmt seyn könne. II) In andern Bundesstaaten c) berathschlagen und beschliessen die Landstände, örtlich getrennt, in **zwei Abtheilungen** d), genannt **Kammern** e), **Sectionen** f),

oder Herrenbank und Versammlung der Landesdeputirten g), oder erste Classe und Landesversammlung h), überall eine Art von Ober- und Unterhaus. III) In etlichen Bundesstaaten hat man, für einzelne Landestheile, besondere oder ProvinzialStände und Landtage, für alle zusammen hingegen allgemeine, Reichs- oder NationalStände und Reichstage oder allgemeine Ständeversammlungen i), die nicht überall nothwendig aus Mitgliedern der ProvinzialStändeversammlungen zusammenzusetzen sind. IV) In dem Königreich Sachsen erscheinen jetzt in der allgemeinen Landes- oder Ständeversammlung, Landstände aus den alten Erblanden und aus dem Markgrafthum Oberlausitz. Es bestehen überdiefs, in dem letzten besondere ProvinzialStände (§. 222 b, h), und in jedem der vier alterbländischen Kreise eigene Kreisstände k). V) In verschiedenen teustchen Provinzen der linken Rheinseite bestehen, als eine Art von besondern RepräsentativCollegien, die von der französischen Regierung eingeführten DepartementalRäthe l), unter dem Namen Provinzial- oder Landrath m), eine für Vereinfachung der Staatsverwaltung nützliche und bei dem Volk beliebte Einrichtung.

a) Eine Ständeversammlung ist Vertreter einer politischen *Einheit*, des gesammten Volkes, für einen gemeinschaftlichen Zweck. Die beiden Grundkräfte, das hemmende und das antreibende, oder das bewahrende und das neuernde Princip, finden sich in dem Plenum einer Ständeversammlung beisammen, vermöge der Verschiedenheit der Ansichten und der freien Erörterung. Ein verfassungsmäsiges Recht des Regenten, die Ständeversammlung zu vertagen, oder aufzulösen, und neue Wahlen zu veranlassen, ein unbeschränktes Veto (das Recht zu freier Erklärung des verfassungsmäsig hemmenden Widerspruchs) dieser Versammlung, sind, einander gegenüber, stark genug, in einem *monarchischen* Staat mit Repräsentativ-Verfassung das Gleichgewicht zwischen der Regierung und den Ständen zu bewirken und zu erhalten. Besteht man aber auf einer Zweiheit, so erfolge die Spaltung in nationalem Sinn, nicht in dem vergänglichen des Castenthums.

b) So in Kurhessen, in den Herzogthümern S. WeimarEisenach und S. CoburgSaalfeld, in den Fürstenthümern S. Hildburghausen, Liechtenstein, SchwarzburgRudolstadt, Schaumburg Lippe, Waldeck.

c) In den Königreichen Baiern, Hannover, und Wirtemberg, in den Großherzogthümern Baden, Hessen, Luxemburg (in diesem vereinigt mit den Ständen des Königreichs der Niederlande) und MecklenburgSchwerin und Strelitz, in den Herzogthümern Braunschweig und Nassau, auch zeither in dem Fürstenthum Lippe.

d) Gründe wider eine solche Abtheilung oder Zweiheit, das ZweikammerSystem, worin gewöhnlich die erste größtentheils eine Adels-, Pair- oder MagnatenKammer, die zweite eine Kammer der Gemeinen, der Abgeordneten oder Landes-Deputirten ist, findet man in dem Entwurf des (wirtemb.) ständischen Comité über das 8. Cap. des zu erneuernden VerfassungsVertrags (1816. 8.), S. 52—66, in d. Allgem. StaatsverfassungsArchiv, Heft 1 (1816), in Gräfell's Abh. bedarf Preussen einer Constitution (1816)? in der Neuen Allemannia, Bd. II, Heft 1 (1816), S. 6—94, in M. v. Collin's Jahrbüchern der Literatur, Bd. IX (Wien 1820. 8.), S. 291—294; im Hermes oder krit. Jahrbuch der Literatur, 1820, St. 1. S. 368 f., u. in Klüber's Uebersicht etc., S. 232 ff. 195 ff. — Dafür s. (v. Wangenheim) in d. Europ. Annalen, 1814, S. 394 ff. (Ebenderselbe) Die Idee der Staatsverfassung in ihrer Anwendung auf Wirtemberg. Frankf. 1815. 8. (Ebenderselbe) Ueber die Trennung der Volksvertretung in zwei Abtheilungen, u. über die landschaftl. Ausschüsse. 1816. 8. Gedanken über die Schrift: über die Trennung u. s. w. 1816. 8. (Vertheidigt jene Schrift.) Fr. Ancillon über Staatswissenschaft (1820), S. 77 ff.

e) So in Baiern, Hannover, Wirtemberg, Baden, GH. Hessen.

f) So in Braunschweig.

g) So im Herzogthum Nassau.

h) So in dem Königreich Sachsen, wo die erste Classe der Landstände, bestehend aus den Prälaten, Fürsten, Grafen und Herren, sich streng absondert von der eigentlich so genannten Landesversammlung oder den beiden andern Classen, der Ritterschaft und den Städten, indem sie einseitig mit der Regierung communicirt. Zwar berathschlagen auch die Ritterschaft und die Städte jeder für sich, aber sie conferiren mit einander, und bringen gemeinschaftliche Beschlüsse zu Stande.

i) In dem Königreich *Hannover* hat man, seit 1819, eine allgemeine Versammlung der Stände des Königreichs, und siebenfache ProvinzialLandschaften, nämlich die calenberg-grubenhagensche mit Einschluss des Fürstenthums Göttingen, die

lüneburgische, die hoyasche, die bremen- und verdensche, die osnabrückische, die hildesheimische, die ostfriesische. K. hannover. Staatskalender auf 1822, S. 148 — 159. — Nach der *preufs.* Verordn. v. 22. Mai 1815, sollen in den einzelnen Landestheilen ProvinzialStände gebildet, und aus ihnen eine Versammlung der LandesRepräsentanten gewählt werden. — Das Grofsherzogthum *Luxemburg*, in seiner Vereinigung mit dem Königreich der Niederlande, hat, wie andere Provinzen dieses Staates, eigene États provinciaux, 60 an der Zahl, welche vier Deputirte zu der zweiten Kammer der États généraux wählen. FundamentalGesetz des Königr. der Niederlande v. 24. Aug. 1815, §. 77 ff. u. 129 — 161. Vergl. oben §. 219 f.

k) In dem Konigr. *Sachsen* bestehen *Kreisstände*, in jedem der 4 Kreise, in welche, seit der TerritorialVeränderung v. 1815, die alten Erblande eingetheilt sind. Die Stände eines jeden Kreises theilen sich in zwei Corporationen, in Ritterschaft und Städte. Zu ihrer Wirkungsbefugnifs gehören: Berathung und Bevorwortung desjenigen, was sie für das Wohl des Kreises nothwendig erachten; Besorgung der ständischen Cassen- und Rechnungsangelegenheiten, der allgemeinen des Kreises, oder der besondern Corporation, entweder der ritterschaftl. oder der städtischen; die kreisständischen Wahlen der Kreisvorsitzenden und Deputirten etc.; Besorgung der ihnen vom König aufgetragenen oder überlassenen Angelegenheiten. Die *Kreistage* sind entweder allgemeine desselben Kreises, d. h. für beide Corporationen, deren jede hier an einer besondern Tafel Platz nimmt, oder besondere, für eine derselben; die letzten also, entweder ritterschaftliche oder städtische. Nur auf landesherrliche Anordnung oder Gestattung, können Kreistage gehalten werden, ausgenommen bei einer allgemeinen Landesversammlung, für die dabei anwesenden Kreisstände. Jeder Kreis hat in der allgem. Landesversammlung eine bestimmte Zahl ritterschaftlicher Wahlstellen, welche durch Wahl der an den Kreistagen Theil nehmenden Besitzern schriftsässiger Güter aus Personen ihres Mittels besetzt werden. Die Ausschufsstände, welche der Kreis zu einem Ausschufstag des Königreichs sendet, werden auf dem Kreistag von den übrigen Ständen mit Vollmacht versehen. Allgem. KreistagsOrdnung v. 10. Aug. 1821; in d. Gesetzsamml. v. 1821, St. 16, S. 95 — 110.

l) Nach der französischen Verfassung, besteht eine dreifache Repräsentation: die beiden Kammern zu Paris für das ganze Reich, ein conseil départemental für jedes Departement, ein conseil d'arrondissement (Bezirkrath) für jeden Bezirk. Nach dem Gesetz vom 8. Pluviose J. VIII, soll in jedem Departe-

ment ein *DepartementalRath* oder conseil général durch freie Wahl der Bewohner, und nach bestimmten Normen bestehen; er soll in jedem Jahr, auf Einberufung der Regierung, sich versammeln, und länger nicht als 14 Tage versammelt bleiben. Sein Wirkungskreis ist: 1) theils *administrativ-richterlich*, indem er über Beschwerden einzelner Bezirke, Städte oder Gemeinden, wegen unrichtiger Vertheilung der Steuern, entscheidet; 2) theils *finanziell*, indem er a) die dem Departement aufgelegten directen Steuern unter die verschiedenen Bezirke desselben vertheilt, b) die für die Departemental-Casse, zu Bestreitung ihrer Ausgaben für besondere Bedürfnisse des Departements, nöthigen ZulageCentimen auf den Vorschlag der Regierung festsetzt, und c) die Rechnung der obersten DepartementalBehörde (des Präfecten) über die Verwendung dieser Fonds abhört und genehmigt. Ueberdiefs dient er 3) durch seinen Präsidenten als *Organ* des *Departements* unmittelbar bei den Ministerien, für Beschwerden, Wünsche und Bedürfnisse des Landes.

m) In dem *baierischen Rheinkreis*, unter dem Namen *Landrath*. — In der *gh. hessischen* Provinz *Rheinhessen*, unter dem Namen *ProvinzialRath*, durch Verordn. v. 7. Aug. 1818. (Vergl. Verhandlungen in der 2. Kammer der Landstände des GH. Hessen, von 1821, Heft 10, S. 105—125. — In dem sachsen-coburg-saalfeldischen Fürstenthum *Lichtenberg*, unter dem Namen *Landrath*, durch Verordn. v. 3. Sept. 1821. — Auf den baierischen Landtagen von 1819 und 1822, kam die Einführung dieser landräthlichen Collegien auch in den übrigen baierischen Provinzen in Antrag. Jul. Gr. v. Soden, der baier. Landtag v. 1819 (Nürnb. 1821. 8.), S. 19—35. Sie war von dem König durch Verordn. v. 1. Jan. 1822 vorläufig schon beschlossen, ward aber suspendirt durch eine Bekanntmachung v. 26. Jun. 1822.

§. 222 b.

Classen der Landstände.

Gewöhnlich ist die Landstandschaft, nach verschiedenem Verhältnifs, bestimmten Classen zugetheilt. Ehehin gab es in manchen Staaten, laut der landschaftlichen Matrikel, nur eine, in andern zwei, drei oder vier Classen (Curien, Collegien, Bänke) der Landstände a). Jetzt findet man in teutschen Bun-

desstaaten, nach Verschiedenheit der angenommenen Grundlage der Landstandschaft: 1) bald **zwei** Classen, bestehend z. B. aus Ritterschaft und Städten [b]), oder aus Geistlichkeit und Landmannschaft [c]); 2) bald **drei** Classen, bestehend a) entweder theils aus Fürsten, Grafen und Herren (Magnaten oder Pairs), theils aus Ritterschaft, theils aus Städten [d]), oder b) aus einem Collegium der Prälaten, Grafen und Herren (und zwar in dem Königreich Sachsen jetzt, mit Inbegriff der Universität Leipzig), aus Ritterschaft, und aus Städten [e]) oder c) aus Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Bauern, Landbezirke oder Dorfgemeinden [f]), oder aus Rittergutsbesitzern und Deputirten der Städte und Flecken und der bäuerlichen Amtsbezirke [g]); 3) bald **vier** Classen, bestehend a) aus Herren, aus Prälaten, aus Ritter- und Mannschaft, und aus Städten [h]), oder b) aus Geistlichkeit, Ritterschaft, Städten, und Bauern [i]), oder c) aus Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, der Städte, der Eingesessenen auf dem platten Lande, und des geistlichen oder Lehrstandes [k]). 4) Bei der neuen Einrichtung der landständischen Verfassung in Baiern, Hannover, Wirtemberg, Baden, Grofsherzogthum Hessen, und in dem Herzogthum Nassau, hat man, bei Vertheilung der LandesRepräsentation, auf die verschiedenen Standesclassen nicht ausschliessend Rücksicht genommen, sondern auf **auszeichnende Verhältnisse** der **Gebnrt** (bei den Prinzen des Regentenhauses), der **Familien**, einzelner **Personen**, des **Grundbesitzes**, des **Gewerbes**, des **Amtes**, der **Gemeinden**, der **Kirchen-** und **Lehranstalten** [l]).

a) Mosen a. a. O. 411. 475. Pütter's Lit. III. 278 f. Klüber's Lit. 270 ff. — Von der landschaftlichen *Matrikel*, ebendas. 641.

b) So in Mecklenburg, SachsenMeiningen, in den Fürstenthümern Altenburg, Anhalt, SchwarzburgSondershausen, Lippe, Reufs. Mosen a. a. O. 468. f. In dem ehemaligen Grofsherzogthum *Berg* waren Ritterschaft und Hauptstädte. Rhein. Bund, II. 252. Von der Lausitz s. Note h. — In Oestreichisch-

Schlesien heissen die Landstände «Fürsten u. Stände»; jene begreifen unter sich die Herzoge u. Fürsten, diese die freien Standesherren u. die dem Landesfürsten unmittelbar unterworfene Ritterschaft. Ihre allgemeinen Zusammenkünfte heissen Fürstentage.

c) In dem Fürstenthum *Liechtenstein* bildet die Geistlichkeit die erste Classe, bestehend aus drei Deputirten, welche alle geistlichen Beneficiaten u. Communitäten aus ihrem Mittel auf Lebenszeit wählen, u. aus allen geistlichen Pfründnern, die ein liegendes oder steuerbares Vermögen von wenigstens 2500 fl. Steuersatz besitzen; die Landmannschaft aus den Vorstehern und Altgeschwornen einer jeden Gemeinde, u. aus allen Unterthanen, die liegende Gründe mit einem Steuersatz von 2000 fl. besitzen.

d) Von *SachsenGotha*, s. Moser a. a. O. S. 469.

e) In dem Königr. *Sachsen*, v. Römer a. a. O. III. 7; wo jedoch, seit den 1815 veränderten TerritorialVerhältnissen, in der ersten Classe das besondere Collegium der Universitäten wegfällt, seit 1821 die Universität Leipzig dem Collegium der Prälaten, Grafen u. Herren einverleibt, auch in der allgemeinen Landesversammlung seit 1817 die oberlausitzer Landschaft mit der alterbländischen der 4 Kreise vereinigt ist. Man s. Note h. Daselbst hat die erste Classe das Recht, durch *Abgeordnete* auf dem Landtage zu erscheinen. v. Römer III. 16. Auch hat daselbst die *schriftsässige* Ritterschaft VirilStimmen; die Besitzer *amtsässiger* Rittergüter haben nur Theil an Curita-Stimmen. Ebendas. S. 16 f. Die letzten senden, aus jedem Amt, von ihnen gewählte Deputirte auf den Landtag. Allgem. KreistagsOrdn. v. 10. Aug. 1821, §. 37; in d. Gesetzsamml. v. 1821, St. 16. Im Jahr 1821 ward die Berechtigung zur Landtagfähigkeit, auf alle neuschriftsässigen Rittergüter ohne Unterschied ausgedehnt, und überdiess in jedem der 4 alterbländischen Kreise, auch in der Oberlausitz, eine Anzahl ritterschaftlicher Stellen (zusammen vierzig an der Zahl) gegründet, welche aus dem Mittel der bis dahin für ihre Person nicht landtagfähigen Rittergutsbesitzer, durch *Wahl* der ritterschaftlichen Kreisstände eines jeden der 4 Kreise, in der Oberlausitz aber durch Wahl der Stände vom Lande (Note h), zu besetzen sind, und ihren Inhabern gleiche Rechte und Pflichten, wie den altadelichen Rittergutsbesitzern, gewähren u. auflegen. Man s. den amtlich bekannt gemachten gedruckten *Auszug* aus den Verhandlungen des am 15. Oct. 1820 eröffneten, u. am 15. Jun. 1821 beschlossenen Landtags (1821. 8 S. in 4. u. als Beil. zu St. 20 der Gesetzsamml. v. 1821), S. 5 u. f. — Von

den *Kreisständen* in den 4 Kreisen der alten Erblande, oben §. 222[a].

f) So, seit 1816, in dem Grofsherzogthum *S. WeimarEisenach*, wo 211 Abgeordnete von dem Stande der Rittergutsbesitzer, 10 von dem Stande der Bauern, als Volksvertreter erwählt werden. KLÜBER's Staatsarchiv, Bd. I, S 166f. In dem Herzogthum *S. CoburgSaalfeld* besteht die Gesammtheit der Landstände aus 17 gewählten Abgeordneten, 6 aus der Ritterschaft, 2 aus den Stadtobrigkeiten zu Coburg u. Saalfeld, 3 aus den Städten Coburg, Saalfeld u. Pöfsneck, 6 aus den übrigen Städten u. Dorfgemeinden. — In dem Fürstenthum *S. Rudolstadt* besteht die VolksRepräsentation aus 18 gewählten LandesRepräsentanten, nämlich 6 Rittergutsbesitzern, 6 Einwohnerrn von Städten, 6 mit Landeigenthum angesessenen Unterthanen, die weder Rittergüter besitzen noch städtische Bürger sind. — Auch die ProvinzialStände des Grofsherzogthums *Luxemburg* bestehen, seit 1815, aus Deputirten der Ritterschaft, der 18 Städte, u. der Landbezirke (districts ruraux); jede dieser drei Classen wählt 20 Abgeordnete.

g) In dem Fürstenthum *Schaumburg*, lippischen Antheils, erscheinen auf dem Landtag die wirklichen Besitzer adelicher Güter, von den Magistraten gewählte Deputirte der Städte u. Flecken, u. aus den Besitzern der Bauergüter gewählte Deputirte der Amtsunterthanen. KLÜBER's Staatsarchiv, Bd. I, S. 69. In dem Fürstenthum *Waldeck* bestehen die Landstände aus den Rittergutsbesitzern, aus Deputirten der Städte, wozu in den drei ersten Städten der erste Burgermeister u. der Stadt-Secretair, in den übrigen der Burgermeister allein bestimmt sind, u. aus 10 Repräsentanten des Bauerstandes, zwei aus jedem OberJustizamt. Ebendas. Bd. II, S. 250 u. f.

h) So bis 1815 in der *Ober-* und *Niederlausitz*. Daselbst hiefsen die drei ersten Classen das Land. Das Land und die Städte hatten, jedes auf dem Landtag eine CuriatStimme. v. RÖMER a. a. O. III. 59. So noch jetzt in dem bei Sachsen gebliebenen Theil der *Oberlausitz*, welcher jetzt eine besondere Landschaft (Stände von Land u. Städten) hat, durch die er an der allgemeinen sächs. Landesversammlung Theil nimmt. 1821 wurden für landschaftliche Versammlungen eine Anzahl ritterschaftlicher Stellen gegründet, welche aus dem Mittel der bis dahin für ihre Person nicht landtagfähigen Rittergutsbesitzer, durch *Wahl* der Stände vom Lande zu besetzen sind. — Ueberdiefs besteht daselbst eine fortwährende *ständische Deputation*, zu Besorgung der dem Lande und den Städten gemeinschaftlichen MilitärAngelegenheiten, durch welche auch die gemeinschaftlichen CassenAngelegenheiten der Provinz besorgt

werden sollen. Mandat die neuen Verfassung- u. Verwaltungseinrichtungen in der Oberlausitz betr., v. 12. März 1821 (Gesetzsamml. 1821, St. 4), §. IV. — Für *Schwedisch Pommern* wurden, in der angef. Verordn. v. Aug. 1806, die im §. genannten vier Classen festgesetzt. — So auch in dem Herzogthum *Krain* seit 1819. Dieselben vier Classen bestehen in *Niederöstreich*, *Steyermark*, *Böhmen*, *Mähren*, *Galizien*.

i) So in *Kurhessen*, seit dem Dec. 1814, wo auch der Bauerstand das Recht eigener Vertretung erlangte. — In dem Herzogthum *Braunschweig* u. Fürstenthum *Blankenburg* sind: Prälaten, sowohl in der ersten als auch in der zweiten Section der Landstände, Ritterschaft oder die Besitzer von 78 landtagfähigen Rittergütern, alle in der ersten, 19 Deputirte von den Städten, und für den Stand der nicht zu der Ritterschaft gehörigen Grundbesitzer, ein Deputirter von jedem Kreisgericht aus der Zahl der sowohl auf dem platten Lande als auch in den Städten und Flecken ansässigen Schrift- und Freisassen, alle in der zweiten Section. — In *Tyrol* bestehen die Landstände aus Prälatenstand, Herren- u. Ritterstand, Bürgerstand, Bauerstand.

k) In dem Fürstenthum *Hildburghausen* besteht die Landschaft aus gewählten Abgeordneten von vier Ständen, 6 aus den Rittergutsbesitzern, 5 aus den 5 Städten, 6 aus den Eingesessenen der 6 Aemter, 1 aus dem geistlichen oder Lehrstande.

l) In *Baiern* besteht die Kammer der Reichsräthe aus den volljährigen Prinzen des k. Hauses, den ReichsKronbeamten, den beiden Erzbischöfen, den Häuptern der standesherrlichen Familien im Sinn der t. BundesActe, als erblichen Reichsräthen, einem vom König ernannten Bischof, dem jedesmaligen Präsidenten des protestantischen GeneralConsistoriums, und aus vom König erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern; die zweite Kammer besteht aus den Grundbesitzern, mit gutsherrlicher Gerichtbarkeit, Abgeordneten der Universitäten, Geistlichen der kathol. u. protest. Kirche, Abgeordneten der Städte und Märkte, u. den zu a nicht gehörigen Landeigenthümern. — In *Hannover* ist die *erste* Kammer zusammengesetzt aus *persönlich berechtigten* Mitgliedern, nämlich den Standesherren im Sinn der BundesActe, dem Erbmarschall, dem Grafen von Stolberg wegen der Grafschaft Hohenstein, dem GeneralErbpostmeister, 2 Aebten, einem KlosterDirector, den kathol. Bischöfen, einem angesehenen protestant. Geistlichen, den mit einem persönlichen erblichen Stimmrecht begnadigten Majoratherren, dem Präsidenten des GeneralSteuer- u. SchatzCollegii, den ritterschaftlichen auf Lebenszeit erwählten Mitgliedern des allgemeinen SchatzCollegii,

und aus 35 für die Dauer desselben Landtags *erwählten Deputirten* der sieben ProvinzialRitterschaften; die *zweite* Kammer hat zu Mitgliedern, die auf Lebenszeit gewählten nicht ritterschaftlichen Mitglieder des SchatzCollegii, sechs Deputirte von eben so viel Stiften, einen der Universität Göttingen, zwei von den Consistorien zu erwählende Deputirte für das Kirchen- u. Schulwesen, 66 Deputirte von den Städten, von der Grafschaft Hohnstein, von den hoyaischen und diepholzischen Flecken, von freien Gutsbesitzern die nicht zu der Ritterschaft gehören (20), von dem Lande Hadeln (2), und von den Flecken und Freien der Grafschaft Bentheim (1). — In *Wirtemberg* besteht die Kammer der Standesherren, aus den Prinzen des k. Hauses, aus den Häuptern der standesherrlichen Familien im Sinn der BundesActe, und aus den vom König erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern; die Kammer der Abgeordneten besteht aus 13 Mitgliedern des ritterschaftl. Adels, von ihm aus seiner Mitte erwählt, aus den 6 protestant. GeneralSuperintendenten, aus dem kathol. Landesbischof, einem von dem Domkapitel aus seiner Mitte gewählten Mitglied, u. dem ältesten kathol. Decan, aus dem UniversitätsCanzler, aus einem gewählten Abgeordneten von jeder der 7 vornehmsten Städte, aus einem gewählten Abgeordneten von jedem OberamtsBezirk. — In *Baden* besteht die erste Kammer aus den Prinzen des gh. Hauses, den Häuptern der standesherrl. Familien, dem kathol. Landesbischof u. einem von dem Grofsherzog auf Lebenszeit ernannten protestant. Geistlichen mit dem Rang eines Prälaten, acht Abgeordneten des grundherrl. Adels, zwei Abgeordneten der LandesUniversitäten, und den vom GH. ohne Rücksicht auf Stand u. Geburt ernannten Personen; die zweite Kammer besteht aus 63 Abgeordneten der Städte und Aemter. — In dem GH. *Hessen* ist die erste Kammer eben so eingerichtet wie die badische, nur dafs hier auch der Senior der freiherrl. Familie von Riedesel dazu gehört; die zweite Kammer besteht aus 6 Abgeordneten des hinlänglich angesessenen Adels, von ihm aus seiner Mitte erwählt, aus 10 gewählten Abgeordneten der 8 vornehmsten Städte (Darmstadt u. Mainz wählen jede 2), und aus 34 Abgeordneten von eben so viel aus Städten und Dorfgemeinden zusammengesetzten Wahlbezirken. — In dem Herzogthum *Nassau* ist die Landstandschaft zunächst vertheilt nach dem Unterschied zwischen Adel und Nichtadel. Es besteht die Herrenbank (Adelskammer) aus drei Classen von Mitgliedern, aus gebohrnen, den Prinzen des Regentenhauses, aus erblichen, den Häuptern drei standesherrlicher u. drei grundherrlicher Familien, und aus gewählten sechs Deputir-

ten der adelichen Gutseigenthümer; die Versammlung der Landesdeputirten (Kammer der Gemeinen) aus 22 Mitgliedern, gewählt, 3 von der Geistlichkeit, 1 von den Vorstehern der höheren Lehranstalten, 3 von bestimmten Gewerbebesitzern, 15 von und aus bestimmten Landeigenthümern, von denen die wenigstens 7 fl., u. aus denen die wenigstens 21 fl. zu jedem GrundsteuerSimplum beitragen. Verordn. v. 3. Nov. 1815, vergl. mit dem Patent v. 1. u. 2. Sept. 1814.

§. 223.

Landstandschaft der Standesherren, und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels; so auch der Geistlichkeit.

I) In Absicht auf Landstandschaft, verordnet die teutsche BundesActe: 1) dafs die Häupter der standesherrlichen Familien die ersten Standesherren in dem Staat, zu dem sie gehören, seyn, und mit ihren Familien daselbst die privilegirteste Classe bilden [a]), mithin zu den ersten Stellen unter den Landständen berechtigt seyn sollen; 2) dafs die (landtagfähig) Begüterten aus dem ehemaligen unmittelbaren Reichsadel, Antheil an der Landstandschaft haben sollen [b]). II) Dagegen fanden die auf dem wiener Congrefs gemachten Anträge, die teutschen katholischen Bischöfe und Domcapitel mit liegenden Gründen auszustatten, und in allen Bundesstaaten als Landstände, und zwar als die ersten, anzuerkennen, keinen Eingang [c]); so wenig als der Vorschlag, die katholische und evangelische Geistlichkeit, als solche, an der ständischen Verfassung Theil nehmen zu lassen [d]). Dennoch haben, seit jenem Congress, in einer Reihe von Bundestaaten, sowohl Bischöfe als auch andere höhere Geistliche beiderlei Religion, Landstandschaft erhalten (§. 222 [b]). III) Wohl aber sind, in mehreren Bundesstaaten, geistliche Stiftungen und Corporationen [e]), wohin auch Universitäten [f]) gerechnet zu werden pflegen, wegen landtagfahigen Güterbesitzes zu Landstandschaft berechtigt.

a) BundesActe, Art. 14, lit. b. — Ueber den Ausdruck «*erste Standesherren*», vergl. Klüber's Uebersicht etc., S. 291 ff. 294, 295, 298, 300, 312 u. 322. Dieser Ausdruck flofs aus östreichischen Entwürfen in die BundesActe. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. II., S. 4 u. 318. In preussischen Entwürfen stand: sie sollten «als Standesherren die *ersten Landstände* bilden». Ebendas. S. 36 u. 306. Die amtliche französische Uebersetzung der B.A. hat: «Les chefs de ces maisons forment la *première classe des Etats* dans les pays auxquels ils appartiennent». Klüber's angef. Acten etc., Bd. VII, S. 477. Vergl. unten §. 232 b. — Landstandschaft steht den Häuptern der standesherrlichen Häuser, in dieser Eigenschaft, mithin *ipso jure*, zu, nicht durch Wahl, und nicht als Deputirten oder Abgeordneten; in so fern werden sie zuweilen gebohrne oder Erblandstände genannt (§. 221).

b) BundesActe, Art. 14, gegen das Ende. Klüber's Uebersicht etc., S. 216, 242 f. u. 359 ff.

c) Klüber's Uebersicht etc., S. 216.

d) V. J. Dewora, wird es nützlich seyn, die kathol. u. protestant. Geistlichk. an der künft. ständ. Verfassung der t... Provinzen des linken Rheinufers Theil nehmen zu lassen? Mit e. Anhang v. C. G. Bruch. Cöln 1815. 8.

e) Allgemeine Grundsätze über das Vertreten der Kirche bei Ständeversammlungen, mit besond. Rücks. auf Würtemberg. Herausg. v. H. E. G. Paulus. Heidelb. 1816. 8. — Vorsteher oder Inhaber (Statthalter, Comthure) geistlicher Ritterordens Besitzungen, geniefsen oder genossen hie und da Landstandschaft.

f) In so fern haben oder hatten Universitäten, in manchen Ländern, Sitz und Stimme in der Classe der Geistlichen. R. Hausen v. d. PrälatenRechten der Universitäten. Frankf. a. d. O. 1788. 8. u. in Koppe's niedersächs. Archiv f. Jurisprud. Bd. I, Num. 6. Klüber's jurist. Biblioth, St. XX. — So fern sie weg n des Besitzes landtagfähiger *Rittergüter*, Landstandschaft geniefsen, gehören sie nicht zu den Prälaten. Leiser Sp. 664. m. 30. et 32. Sboza a. a. O. — Auch nicht, wenn sie, wie jetzt in mehreren Bundesstaaten, ohne Rücksicht auf Güterbesitz, Landstandschaft haben. — In dem Mittelalter wurden Universitäten landtagberechtigt, nicht blofs wegen ihres Grundeigenthums, sondern auch wegen vorzüglicher Geistesbildung, und wegen ihres Ansehens bei dem Volk.

§. 224.

Rechte der landständischen Corporationen:
1) nach den wiener CongreſsVerhandlungen.

I) Das Volk hat ein vertragmäsiges Interesse, nicht nur an der Verfassung des Staates, sondern auch an dessen Verwaltung durch die Staatsregierung. Die Ausübung der in dieser Hinsicht ihm zustehenden Rechte, gebührt, in der Regel, seinen Vertretern bei dem Regenten, den Landständen. II) In den Verhandlungen, welche auf dem wiener Congreſs, der Errichtung des teutschen Bundes vorausgiengen, sprachen die Stifter des Bundes, mit Ausnahme sehr weniger, ihre Ueberzeugung dahin aus a), daſs das Minimum der Rechte der landständischen Corporationen, in allen Bundesstaaten bestehen müsse: 1) in Mitwirkung bei der Gesetzgebung; 2) in der Nothwendigkeit ihrer Einwilligung zu Festsetzung und Regulirung der öffentlichen Abgaben, verbunden mit der hievon untrennbaren Mitaufsicht auf deren Verwendung, wenigstens Kenntniſs von der bevorstehenden oder geschehenen Verwendung; 3) in dem Recht der Beschwerdeführung über Mängel oder Miſsbräuche in der Landesverwaltung, insbesondere in dem Recht, gesetzmäsige Bestrafung schuldiger Staatsdiener, und zu dem Ende ihre Versetzung in den Anklagestand, zu fordern. III) Das hier angenommene RepräsentativSystem giebt die vollziehende Gewalt dem Regenten allein, die gesetzgebende ihm und den Landständen gemeinschaftlich; es bedingt die Festsetzung öffentlicher Abgaben durch voraus erfolgte landständische Einwilligung.

a) Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 201 ff. — Dasselbe that auch *Baden*, welches dem Bund erst später beitrat, in e. Note v. 9. Dec. 1814; ebendas. S. 207. — Fast eben so *Nassau*, in e. Patent v. 1. u. 2. Sept. 1814; ebendas. S. 219 f. — *Preuſsen* versprach, schon vom Congreſs, in e. Edict v.

22. Mai 1815, dafs die Wirksamkeit seiner LandesRepräsentanten sich erstrecken solle, auf Berathung über die persönl. und Eigenthumsrechte der Staatsbürger, mit Einschlufs der Besteuerung. Ebendas. S. 223 f.

§. 225[a].

2) *nach der Grundverfassung teutscher Bundesstaaten.*

I) Die nähere Bestimmung der den Landständen eines einzelnen Bundesstaates zustehenden Rechte und ihres Umfangs, ist einer der wichtigsten Gegenstände des Verfassungsrechtes desselben Landes *a*). II) Die allgemeine Grundlage teutscher landständischer Verfassung, ist: Theilnahme des Volkes durch Abgeordnete, mittelst Berathung und Einwilligung *b*) oder Zustimmung, zuweilen oder in gewissen Fällen auch mittelst blofser Berathung (Beirath), 1) an der Gesetzgebung *c*), und 2) an Bestimmung der Staatsauflagen *d*). III) Nach der besondern Landesverfassung können, jedoch nicht blofs Gesetzgebung und Abgabenwesen, sondern auch Gegenstände der Verfassung, der Rechtspflege, der Verwaltung, der Militäreinrichtung, der Nationalwirthschaft, namentlich Landwirthschaft, Handel und Gewerbe, zu landtäglicher Verhandlung kommen. Die meisten der neueren landständischen Verfassungsurkunden enthalten ausdrückliche Bestimmungen hierüber. IV) In etlichen Bundesstaaten ist, selbst nicht, oder kaum das Minimum landständischer Rechte, zu dessen Einräumung auf dem wiener Congrefs die grosse Mehrheit der Stifter des teutschen Bundes sich bereit erklärt hatte (§. 224), den Landständen in der neuen landständischen Verfassung zu Theil geworden *e*). V) In den östreichischen, zu dem teutschen Bund gehörenden Staaten, ist der frühere Umfang der ständischen Wirkungsbefugnifs *f*) geblieben oder wieder hergestellt worden (§. 220[a], a).

a) Eben so genaue als reichhaltige Bestimmungen, enthalten das FundamentalGesetz des Königr. der *Niederlande*, mit Inbegriff von *Luxemburg*, v. 24. Aug. 1815, §. 105, 197, 121, 128, 113 u. ff., das *s. weimar-eisenachische* Grundgesetz v. 5. Mai 1816, §. 5 u. 97 ff., die neuesten Verfassungsurkunden von *Schaumburg*, *Waldeck*, *S. Hildburghausen*, *S. CoburgSaalfeld*, *Baiern*, *Baden*, *GH. Hessen*.

b) Moser von der Landeshoheit in Regierungssachen, I. 361. *Ebendess.* Nebenstunden, I. 77. II. 165. C. C. A. H. v. Kamptz einige Worte über die Gemeinsamkeit des BesteuerungsRegals in Mecklenburg. Neustrel. 1798. 8.

c) Moser's Nebenst., 77 — 222. v. Cramer's wetzl. Nebenst., Th. 104, S. 198. Pütter's Lit. §. 1088. — Kaiser Heinrich's VII. Urk. v. 1231, dass ohne Mitwirkung der angesehenern und höhern Landsassen, kein Territorialherr Ordnungen und neue Rechte errichten dürfe; in J. A. v. Schultes coburg. Landesgesch. d. Mittelalters. Coburg 1814. 4.

d) Reichsabschied v. 1542, §. 53. Moser von der Landeshoheit in Steuersachen, S. 17. Pütter instit. juris publ. germ. §. 198. Abgaben sollten anders nicht als vermöge eines Gesetzes erhoben werden. In so fern ist die Steuerbewilligung unter der ständischen Mitwirkung zur Gesetzgebung begriffen.

e) Für das Fürstenthum *Liechtenstein* (Vaduz u. Schellenberg) ward, in einem aus Eisgrub datirten Edict v. 9. Nov. 1818, »die in den k. k. östreichischen teutschen Staaten bestehende landständische Verfassung (man s. Note f) in ihrer Wesenheit zum Muster genommen«. Mitwirkung bei der Gesetzgebung, sey es auch nur durch Vorschläge, ward (§. 16) den Ständen ausdrücklich versagt. Bei Einführung neuer allgemeiner Abgaben, soll ständische Berathung vorausgehen, welcher, in gerechten und billigen Fällen, die höchste Genehmigung nicht versagt werden soll (§. 15). Auf dem Landtag soll der jedesmalige Steuerbedarf durch Postulate vorgelegt werden; dann »haben die getreuen Stände nur über die »Einbringlichkeit der postulirten Steuern zu berathschlagen, »und dafür zu sorgen« (§. 11). Dagegen wird »jedem Landstand die Befugniss eingeräumt, auf dem Landtag Vorschläge zu machen, die auf das allgemeine Wohl abzielen« (§. 13); nur dürfen solche nicht das »bürgerliche, politische und peinliche (Gesetz-) Fach und die äusseren Staatsverhältnisse« (§. 16), auch nicht solche Gegenstände betreffen, die entweder zufolge der Urbarien oder althergebrachter Uebung, die fürstlichen DominialGefälle oder die Privatrenten des Landesherrn angehen, wenn sie gleich den Namen von LandesRega,

lien führen (§. 14). — In dem Königreich *Hannover* giebt das Patent v. 7. Dec. 1819, §. 6, der allgemeinen Ständeversammlung: 1) «das Recht der Verwilligung der erforderlichen Steuern, und der Mitverwaltung derselben unter verfassungsmäsiger Concurrenz und Aufsicht der Landesherrschaft; 2) das Recht auf Zuratheziehung bei neu zu erlassenden allgemeinen Landesgesetzen; 3) das Recht, über die zu ihrer Berathung gehörigen Gegenstände, Vorstellungen an die Landesherrschaft zu bringen»; Alles «im Wesentlichen Rechte, welche früherhin den einzelnen hannöverischen Provinzial-Landschaften zugestanden haben». — Das *schwarzburg-rudolstädtische* Publicandum vom 8. Jan. 1816, verordnet §. 1 blofs, dafs «die Wirksamkeit der VolksRepräsentation sich auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger, mit Einschlufs der Besteuerung betreffen, erstrecke». Aber eine spätere landesherrliche Erklärung, v. 21. Apr. 1821, erweitert jene Wirksamkeit dahin, dafs «die Landes-Repräsentanten haben: 1) das Recht der Berathung und Zustimmung bei allen neu zu erlassenden Gesetzen, welche die persönlichen Verhältnisse oder das Eigenthum sämmtlicher Unterthanen betreffen, doch dafs die Verweigerung, unter ausführlicher Anführung der Gründe, durch ⅔ der anwesenden Mitglieder statt haben kann; 2) das Recht der Berathung und Bewilligung aller zu Deckung der nothwendigen Staatsbedürfnisse auszuschreibenden Steuern, worüber in jedem Jahr die Rechnungen dem LandtagsAusschufs zur Prüfung und zu Erinnerungen dawider vorzulegen sind; 3) das Recht, alle Mängel und Gebrechen in der Landesverwaltung und Vollstreckung dem Landesfürsten anzuzeigen; 4) neue Landesschulden können, ohne ausdrückliche Einwilligung der Landesversammlung nicht gemacht werden. — Ein grofsherzogl. *hessisches* Edict v. 18. März 1820 hatte den Ständen mehrfach beschränkte Rechte zugedacht, da aber wegen Annehmung derselben sich Schwierigkeiten hervorthaten, so hatte dieses die ausgedehntere und vollständigere Verfassungsurkunde vom 17. Dec. 1820 zur Folge.

f) Die Landtage werden in der Regel durch einen landesfürstlichen Commissär eröffnet, welcher den Ständen die landesfürstlichen Ansinnungen oder *Postulate*, zur Berathschlagung mittheilt; nur im Lande unter der Ens empfängt eine landständische Deputation zu Wien, in feierlicher Audienz, die Postulate unmittelbar aus den Händen des Monarchen. — Die *Wirkungsbefugnifs* der Landstände umfafst «die Evidenthaltung und Repartirung der auf Grund und Boden gelegten

Steuern, und der damit im Zusammenhang stehenden Leistungen an Geld und Naturalien, das Creditwesen, die Verwaltung der ständischen DomesticalFonds, die Anstellung der ständischen Beamten, die Führung der ständischen Matrikel, die Vorschläge zu den Stiftungsplätzen die ihnen vorbehalten sind, u. s. w. Dabei haben sie das Recht, ihre gemeinsamen Wünsche für das Beste des Landes, durch das Organ der Landesbehörde vor den Thron bringen zu können. Das Recht der Besteuerung selbst, ist seinem ganzen Umfang nach dem Landesfürsten vorbehalten, der die beschlossene Ausschreibung der mit der Grundsteuer im Zusammenhang stehenden Anlagen an Geld und Naturalien, den Ständen jährlich in der Form eigener Postulate bekannt macht. Deputationen an das allerhöchste Hoflager, dürfen nur nach vorläufig von dem Monarchen erhaltener Genehmigung abgesandt werden». J. C. Bisinger's vergleichende Darstell. der Staatsverfafs. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), S. 469 ff.

§. 225 b.

Fortsetzung.

VI) Bei der Gesetzgebung erstreckt sich das ständische Mitwirkungsrecht, in der Regel, nicht blofs auf die Errichtung neuer, sondern auch auf Aenderung, Aufhebung, und authentische Auslegung bisheriger Gesetze a); nicht nur auf bürgerliche und peinliche, sondern auch, in der Regel, auf Polizeigesetze b), zuweilen selbst auf militärische Strafgesetze c). Aber das Recht, die zu Vollziehung und Handhabung der Gesetze erforderlichen Verordnungen und Anstalten zu errichten, auch in dringenden Fällen interimistische Verfügungen zu machen, und zur Sicherheit des Staates das Nöthige vorzukehren, steht dem Regenten ohne vorhergegangene ständische Mitwirkung zu d). VII) Bei dem Finanzwesen, kann der Begriff der Selbstbesteuerung des Volkes durch Landstände (am besten durch gewählte Abgeordnete) umfassen, nicht nur das Erkenntnifs über Nothwendigkeit oder Nützlich-

keit, Rechtmäsigkeit, Art, Summe, und Vertheilung aller directen und indirecten Staatsauflagen, in Kriegs- und Friedenszeiten (§. 317 u. f.), sondern auch das Recht der Einsicht der Rechnungen, der Gegen- oder Mitaufsicht oder Controle in der Verwendung der Staatsabgaben, wohl gar das Recht der Umlage und des Einzugs in eine abgesonderte Casse e), die landschaftliche Staats- oder SteuerCasse, unterschieden von andern StaatsCassen, namentlich von der Kammer- oder DomainenCasse, oder auch zum Theil in eine unter landständische Aufsicht gestellte StaatsschuldenzahlungsCasse f).

a) Wirtemb. StaatsverfassungsVertrag, v. 1819, §. 88. Badische Verfassungsurk. v. 1818, §. 64.

b) Die *Polizeigesetzgebung* ist, in der Regel, hievon nicht auszuschliefsen. Wirtemb. Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 91. Strube obss. juris et hist. obs. 4. §. 15. *Ebenders.* von Regier. u. Justizsachen, §. VII, Note b. v. Berg's Handbuch des Polizeir. Th. I, S. 197 ff. *Ebendefs.* Rechtsfälle, Th. III. N. 4. Decisiones imperial. in caussis Mecklenb. de a. 1724, bei Strube a. a. O. Mecklenb. Erbvergleich v. 1755, §. 191. 196 f.

c) Wirtemb. Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 100.

d) Wirtemb. Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 89.

e) Moser von der Landeshoh. in Steuersachen, S. 648. Häberlin's Handb. des t. Staatsr., Bd. II, §. 198, S. 49 ff. Verhandlungen in d. Versamml. der Landstände des Königr. Wirtemberg, Abth. IX (1815. 8.), S. 30 ff., 88 ff., 124 ff., 201 ff. Abth. X, S. 68 ff. (Fischer) Ueber das Cassenrecht der wirtembergischen Landstände. Frankf. 1816. gr. 8. — Von dem Recht der Landstände zu *geheimen Ausgaben* und einer *geheimen Truhe*, ebendas. S. 41 — 56. — In dem Königr. *Hannover* haben die Landstände die Mitverwaltung der GeneralSteuercasse, unter verfassungsmäsiger Concurrenz u. Aufsicht der Landesherrschaft. Patent v. 7. Dec. 1819, §. 6. — Von dem *braunschweigischen* LandesSteuercollegium, einer gemeinschaftlichen landesherrlich-ständischen Behörde, s. die erneuerte Landschaftordn. v. 1820, §. 19 ff. — Von dem landständischen Cassenrecht in dem Fürstenth. *Hildburghausen*, s. das dortige Grundgesesetz der landständ. Verfafs. v. 1818, §. 2, lit. e, u. §. 50; desgl. in dem Fürstenth. *Wal-*

deck, s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 261 u. 268 ff. — Von den *s. weimar-eisenachischen* landschaftlichen Cassen, und von der den Landständen eingeräumten Ernennung des Cassiers bei der HauptLandschaftcasse, s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 166, 191 ff. u. 200. — In *Baiern* wurden, in denen Provinzen, wo noch Landstände waren, 1807 die besondern landschaftlichen Steuercassen aufgehoben. Verordn. v. 8. Jun. 1807, in d. Regierungsblatt 1807, N. 25. — Auch in Schweden haben die Reichsstände eine bestimmte Aufsicht über die öffentlichen Cassen.

f) Wirtemb. Verfaſs. Vertr. v. 1819, §. 120, 188 u. 193 (vergl. unten, §. 321, b). Hildburghausische Verfass. Urk. §. 50. — In Wirtemberg. besteht überdieſs eine landständische Casse für den ständischen Aufwand. Verfaſs. Urk. §. 194.

§. 225 e.

Schluſs.

VIII) Das verfassungsmäsige Mitwirkungsrecht der Landstände kann sich erstrecken nicht nur auf Errichtung oder Prüfung des Finanzgesetzes (§. 319) für einen bestimmten Zeitraum, sondern auch auf Contrahirung und Tilgung der Staatsschulden, auf Uebernehmung neuer Lasten auf den Staat und dessen Angehörige, auf Erwerb und Veräuſserung der Staatsgerechtsame, des Staatseigenthums, insbesondere des Staatsgebietes (§. 250. 273. 274), auf Gründung, Veränderung und Aufhebung der Staatsanstalten, auf Ausübung des Vertragrechts mit Auswärtigen, insonderheit bei Händels- und SubsidienVerträgen (§. 463 a). IX) Zum Beruf der Landstände gehört überdieſs, daſs sie in Hinsicht auf Mängel oder Missbräuche bei der Staatsverwaltung, ihre Wünsche, Vorstellungen und Beschwerden dem Regenten vortragen, auch wegen verfassungswidriger Handlungen Klage anstellen *a*). X) Auch die Zahl der zu Ergänzung des stehenden Heeres jährlich erforderlichen Mannschaft, kann zu einer Vereinbarung mit den Ständen ausgesetzt seyn *b*). XI) Aenderung, bestim-

mende Erläuterung oder Auslegung, und Ergänzung der Verfassungsurkunde, kann ohne verfassungsmäsige Einwilligung der Stände nicht statt haben c). XII) Verbindlichkeiten, welche durch Grundverträge, Staatsverträge und Herkommen des teutschen Bundes (§. 55, 56 und 58) den Bundesstaaten in Hinsicht auf ihre Verfassung, Vertretung und Verwaltung, oder in Ansehung der Rechtsverhältnisse ihrer Staatsangehörigen, oder in Absicht auf Leistungen für Bundeszwecke, z. B. durch Mannschaftstellung und Geldbeiträge, aufgelegt sind oder werden (§. 71), befinden sich, ausser der Wirkungsbefugnifs der Landstände, und nur bei Festsetzung und Anwendung der Mittel zu deren Erfüllung, kann ihre verfassungsmäsige Mitwirkung eintreten d).

a) Wirtemb. Verfafs. Urk. v. 1819, §. 124. Hildburghausische v. 1818, §. 2 g.

b) Wirtemb. Verfafs. Urk., §. 99.

c) Baierische Verfafs. Urk. v. 1818, X. 7. Badische v. 1818, §. 64 u. 74. Wirtembergische v. 1819, §. 177. Gr.herz. hessische v. 1820, Art. 110. Hildburghausische v. 1818, §. 53. Schwarzburg-rudolstädtische landesherrl. Erklärung v. 21. April 1821, Num. 2.

d) Verfassungsurkunden, von S. Hildburghausen, 1818, §. 5; Baden, 1818, §. 1 u. 2; Wirtemberg, 1819, §. 3; GH. Hessen 1820, Art. 1 u. 2; CoburgSaalfeld, 1821, Art. 1 u. 2. Braunschweig- und blankenb. erneuerte Landschaftordn. v. 1820, §. 15. Schwarzburg-rudolstädtische landesherrl. Erklärung v. 21. April 1821, Num. 6. (So auch die OrganisationsUrkunde für die Landstände des Fürstenth. Neuchatel v. 26. Dec. 1814, Art. 11, in Beziehung auf das Verhältnifs zu der Eidgenossenschaft. Handb. des Schweizer. Staatsr., S. 468.) — Vergl. die wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 58.

§. 226.

Grundsätze über Art und Umfang der landständischen Rechte.

I) Das verfassungsmäsige Mitwirkungsrecht der Landstände, für Ausübung bestimmter

Hoheitsrechte, in einzelnen Staaten auf verschiedene Art gestaltet, hebt die Regierungseinheit nicht auf. Dasselbe schliefst daher weder eine Mitregentschaft in sich a), noch eine Theilung der Souverainetät oder der Regierungsgewalt zwischen dem Regenten und den Ständen, noch eine gänzliche Trennung der inneren allgemeinen Hoheitsrechte II) Ihrer ursprünglichen und wesentlichen Bestimmung nach, gebührt den Landständen, so weit ihre Befugnisse reichen, allgemeine Vertretung bei dem Regenten, in Hinsicht auf die Gesammtheit der Unterthanen, und so, dafs jedes Mitglied der Stände als Vertreter nicht blofs seines Bezirks, sondern des ganzen Landes anzusehen ist; ein Grundsatz, der in den meisten der neuern landständischen Verfassungsurkunden ausdrücklich ausgesprochen ist b). III) Ausser den oben (§. 225) angezeigten landschaftlichen FundamentalRechten, streitet die Rechtsvermuthung, gegen die rechtliche Nothwendigkeit einer landständischen Mitwirkung oder Theilnahme an der Staatsverwaltung, so fern nicht eine entgegenstehende besondere Rechtsvermuthung landesgrundgesetzlich begründet ist c). IV) Zweckgemäfs ist 1) die Festsetzung schiedsrichterlicher Entscheidung, für den Fall eines Zwiespaltes über Auslegung oder Anwendbarkeit der Verfassungsurkunde d), und 2) eine Bestimmung über die Art, wie Zusätze, Erläuterungen und Aenderungen der Verfassungsurkunde zu Stande gebracht werden können e). V) Anträge, Vorschläge, Vorstellungen, Bitten, Wünsche, Anzeigen, Erinnerungen und Beschwerden f), das Staatswohl betreffend, unaufgefordert vor die Landesherrschaft zu bringen, steht den Landständen, wie allen Unterthanen, frei. VI) Wegen Mifsbrauchs ihrer verfassungsmäsigen Rechte, sind Landstände verantwortlich.

a) Pütter's Lit. III. 1061. Klüber's Lit. 273. Moser von der Landeshoheit überhaupt, 207. *Ebenders.* von der Reichs-

stände Landen, 311. 839. SCHNAUBERT's Staatsr. der gesammten Reichslande, S. 41. 147. PET. ANT. FRANK's Etwas über die Wahlcapitulationen in d. geistl. Wahlstaaten (1778. 8.), S. 113. Lösung des StaatsProblems: ist mit dem Begriff der Souverainetät der Begriff der Landstände vereinbar? 1806. 4. Vergl. PÜTTER's Beitr. I. 179. u. C. ARBAUER über landschaftliche Verfassung und NationalRepräsentation. Landsh. 1809. 8. — Freunde des schwankenden Rechtes, vermeiden bestimmte Aeusserungen hierüber. — Ob die Landstände, als Corpus, in diesem Verhältnifs als *Unterthanen* zu betrachten seyen? s. MOSER von d. R. Stände Landen, 548. 839. 895. Oder als *privilegirte Unterthanen und Räthe*? v. ROTH's Staatsr. der Reichslande, II. 55. Oder ob sie in *verfassungsmäsig modificirter Unterordnung* zu der Landesherrschaft, oder ihr blofs zur Seite stehen?

b) Landständische Verfassungsurkunden seit 1816: weimar-eisennachische, §. 67; schwarzburg-rudolstädtische, §. 1; hildburghausische, §. 6; badische, §. 69; wirtembergische, §. 155; grofsh. hessische, Art. 88; braunschweigische erneuerte Landschaftsordnung von 1820, §. 1; coburg-saalfeldische, §. 34 u. 37. — So auch SCHWEDER introd. in jus publ. c. 13. p. 869. HÄBERLIN's Reichshistorie, II. 457 VIII. 692. (v. HENDRICH's) Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Teutschlands. Th. I (1795. 8). S. 233. PÜTTER a. a. O. — *Dawider*, BIENER de nat. et indole dominii in territoriis Germ. lib. II. c. 6. A. F. H. POSSE über das Staatseigenthum in den teutschen Reichslanden, und das StaatsRepräsentationsrecht der teutschen Landstände (Rost. u. Leipz. 1794. 8.), Abschn. II. GÖNNER v. Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 60.

c) STRUBE, Th. III. Bed. 84. BUDER obss. juris publ. p. 156. MOSER's Justizverfassung, I. 206. SCHNAUBERT's Beiträge, I. 96. — Von dem landständischen Mitwirkungsrecht bei Landes- und DomänenVeräusserungen, bei Landesvertheidigungs-Anstalten, bei Besetzung des Hofgerichtes, bei Contrahirung neuer Landesschulden, MOSER von der R. Stände Landen, 1381. 1383 — Von ihren Rechten bei Gefahr, besonders während der Abwesenheit oder Verhinderung des Landesherrn, bei der Gemüthskrankheit, oder Gefangenschaft desselben, bei Erlöschung der RegentenFamilie, ohne SuccessionsBerechtigte, bei Aenderung der Staatsverfassung, u. d. m.

d) Geschehen ist dieses in dem hildburghaus. landschaftl Grundgesetz v. 1818; §. 57. — Verordn. der Grofsherzoge von *Mecklenburg Schwerin* u. *Strelitz* v. 8. Nov. 1817, betr. eine mit ihren Landständen getroffene Vereinbarung, dafs und wie

Streitigkeiten zwischen der Landesherrschaft und den Ständen «über Landesverfassung, LandesGrundgesetze, sonstige öffentliche Verträge, die Ausübung und Anwendung derselben, so wie überhaupt wegen Ausübung der landesherrlichen Gewalt», durch beiderseits erwählte *Schiedsrichter* entschieden werden sollen, so dafs diese bei Verletzung des Besitzstandes, nach Umständen, selbst vor dem Versuch der Güte, ein Inhibitorium zu Erhaltung des vorigen Status quo, oder ein angemessenes Interimisticum erkennen können, und dafs die Landstände bei unterbleibender Folgeleistung den Recurs an die B.V. durch die Schiedsrichter nehmen können, als Beilage 87 zu d. Protoc. der B.V. v. 22. Dec. 1817, u. in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. III, S. 438. Ward *garantirt* von dem t. Bund «um alle Bestimmungen desselben, in welchen auf den Bundestag Bezug genommen worden, jederzeit aufrecht erhalten zu wollen». Protoc. der B.V. v. 1817, §. 416. v. 1818, §. 127. — Die *schwarzburg-rudolstädtische* landesherrliche Erklärung v. 21. Apr. 1821, Num. 6 bewilligt compromissarische Entscheidung der Bundesversammlung, wenn bei den Landständen Zweifel darüber entstehen, ob das Staatsbedürfnifs einer Steuerforderung der Regierung begründe. — M. s. auch die wiener Schlufs-Acte v. 1820, Art. 60, wo eine ähnliche Bestimmung für den Fall, wenn die landständische Verfassung von dem t. Bund garantirt ist.

e) Badische Verfafs.Urk. v. 1818, §. 64 u. 74. GH. hessische v. 1820, Art. 110. Schwarzb. rudolstädtische landesherrl. Erklärung v. 21. Apr. 1821, Num. 2.

f) Gravamina ordinum provincialium, Landesbeschwerden; cahiers de doléance in dem alten Frankreich. — Auch das Recht zu *gerichtlicher Klage* wider das Staatsministerium u. einzelne oberste Staatsbeamte, wegen Ungesetzmäsigkeit der Regierungshandlungen, kann den Landständen eingeräumt seyn. Vergl. §. 225[c], VI, u. 262.

§. 227.

Collegial- und DeputationsRechte.

I) Den Landständen, als einer eigenen, für sich bestehenden Corporation, steht, in der Regel, das Recht zu, unter landesherrlicher Oberaufsicht, ihre collegialischen Angelegenheiten nach

Gutfinden zu bestimmen a), und die nöthigen landschaftlichen Diener zu bestellen b). II) Willkührliche Zusammenkünfte (PrivatConvente) werden ihnen, in den meisten Staaten, nicht mehr gestattet c). III) In manchen Staaten sind für gewisse, laufende oder blofs vorbereitende, Geschäfte, landständische Commissionen, Ausschüsse oder Deputationen angeordnet, zuweilen ein weiterer oder grösserer, und ein engerer Ausschufs d), in manchen Ländern fortbestehend auch ausser der Zeit der allgemeinen Ständeversammlung e). IV) Einseitige Aufnahme neuer Mitglieder findet, in der Regel, nicht statt: wohl aber landesherrliche Erhebung eines Gutes zu einem landtagfähigen, wo und so weit Güter dieser Art bestehen.

a) Breyer diss. de potestate Augustissimi suppletoria, Sect. II. §. 11. Moser v. d. R. Stände Landen, 659. — Von *Unionen* der Stände, s. Moser a. a. O. 659—715. 1126. 1129. — Von ihren *Siegeln*, s. ebendas. 818. Moser's Rechtsmaterien, St. VII. N. 2. Von den waldeckischen Landständen, s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 256 f., 261, 265 u. 268 ff.

b) Wirtemberg. Verfass.Urk. v. 1819, §. 193 u. f.; weimarische v. 1816, §. 57 ff.; hildburghausische v. 1818, §. 24 ff.; coburg-saalfeldische v. 1821, §. 104. — Von dem *LandSyndicus* s. die braunschw. erneuerte Landschaftordn. v. 1820, §. 38. Von *Landräthen*, s. Moser v. d. R. Stände Landen, 762. M. C. Curtius hist. polit. Abhandl. 127. v. Berg's teutsches Magazin, 1796, Heft II, Num. 6. Von Landräthen in dem ehemaligen Grofsherzogthum Berg, s. Rhein. Bund, I. 120. Von *LandschaftConsulenten*, *Syndicen*, *Canzlern*, *Archivaren*, *Secretären*, *Registratoren*, *Advocaten*, u. s. w. Moser a. a. O. 802. — Von landständischen Gebäuden, Archiven, Registraturen, Kanzleien, Bibliotheken, ebendas. 816. 819.

c) S. weimar-eisenach. Verfass.Urk. v. 1816, §. 56; baierische v. 1818, VII, 31; badische v. 1818, §. 52; hildburghausische v. 1818, §. 45; fürstl. liechtensteinische v. 1818, §. 10; wirtembergische v. 1819, §. 192; grofsh. hessische v. 1820, Art. 63; braunschweig. erneuerte Landschaftordn. v. 1820, §. 35 u. f. K. F. Hausmann's Beyträge zur Kenntnifs der kursächs. Landesversammlungen, Th. II (Leipz. 1798. 8.), Num. 1. Moser a. a. O. 1519.

d) Moser a. a. O. 765. Braunschweig. erneuerte Landschaft. ordn. v. 1820, §. 35 u. f.

e) Mecklenb. Erbvergl. v. 1755, §. 176 ff., S. weimar-eisenach. Grundgesetz über die landst. Verfaſs., §. 105 u. ff. Hildburghausische Verfaſs.Urk., §. 3, 29 u. f., 43 u. f.; badische, §. 51; wirtembergische, §. 187 — 192; coburg-saalfeldische, §. 104 ff. Schwarzburg-rudolstädtische landesherrl. Erklär. v. 21. Apr. 1821, Num. 4. Waldeckischer Landesvertrag, v. 19. Apr. 1816, §. 21 u. ff. In Tyrol hat man drei Arten von landständischen Versammlungen, den groſsen offenen Landtag, den groſsen AusschuſsCongreſs, die perennirende oder perpetuirliche Activität. In Böhmen u. Mähren besteht ein permanenter LandesAusschuſs, in Niederöstreich im Lande unter der Ens, u. im Lande ob der Ens, in Steyermark und in Kärnthen, ein Collegium der Verordneten u. ein Collegium der Ausschuſsräthe.

§. 228.

Versammlungen der Landschaft. Ort u. Zeit

Nach Verschiedenheit der Landesverfassung und der Umstände, werden, unter verfassungsmäsiger Mitwirkung des Regenten, ordentliche und ausserordentliche Landtage, allgemeine Landtagsversammlungen, und engere, Ausschuſs- oder Deputationstage, gehalten a); in der landesherrlichen Residenz, oder an einem andern, bestimmten, oder beliebigen Ort b) Die Ausschreibung der ordentlichen Landtage (Convocation), geschicht von dem Regenten c), entweder zu bestimmter Zeit, z. B. jährlich, oder nach zwei, drei oder sechs Jahren, oder ausserordentlich so oft es nöthig, insonderheit nach einem Regierungswechsel, oder nach Gutfinden, allenfalls auch auf Ansuchen der Landstände d).

a) Reichardt diss. de statibus provincialibus, p. 12. Riccius spicil. juris germ. pr. v. 223. Moser v. d. R. Stände Landen, 1385. 1493. 1497. — Von *gemeinschaftlichen und besondern* Landtagen in Hessen u. Schaumburg, s. oben §. 219 u. 220, u. Moser a. a. O. 620. 1514. Ledderhose's kleine Schriften, I. 67. 124. — Von *Ausschuſs*Versammlungen, s. Moser a. a. O.

1514. D. G. Schreiber von churf. sächs. Land- u. Ausschufstagen. Halle 1754. 1769, 1793. 8. (Auch in F. C. Moser's diplomatisch-histor.-Belustigungen, Th. I, S. 185.) — C. E. Weisse's Zusätze hiezu. Leipz. 1799. 8. Von ehemaligen *Stiftstagen* in dem Königreich Sachsen, s. Römer a. a. O.

b) Moser von d. R. Stände Landen, 1500. — Von Landtagen unter freiem Himmel, ebendas. 458. Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 32, S. 411. v. Liebhaber's Beitr. zur Erörter. der Staatsverfass. der braunschw. lüneb. Churlande (Gotha 1794. 8.), S. 120.

c) Vorrecht und Schuldigkeit hiebei. Moser a. a. O. 1496. *Ebendess.* Rechtsmaterien, IV. 481. Strube obss. juris et hist. obs. IV. §. 24.

d) Moser von der R. Stände Landen, 1500.

§. 229.

Verhandlungen während der Ständeversammlung.

I) Für die Verhandlungsart in der Ständeversammlung, besteht gewöhnlich eine Geschäft- oder Verhandlungsordnung, entweder in der Verfassungsurkunde, oder abgesondert von derselben. II) Unter Beobachtung des gehörigen Ceremoniels a), erfolgen bei einer Ständeversammlung; 1) die Eröffnung des Landtags b); 2) die Ernennung oder Erwählung des Präsidenten und des VicePräsidenten, oder des LandschaftDirectors, da wo nicht ein beständiger Präsident, z. B. der Landerbmarschall oder Landmarschall, ist; 3) die landesherrlichen Propositionen c) (Postulate); 4) die Vorlegung des Finanzberichtes und Finanzplans (§. 319), so wie der Entwürfe zu neuen Gesetzen und Einrichtungen; 5) die Berathschlagung, allgemeine, oder abgesonderte nach den Abtheilungen oder Classen der Landstände d), auch, für gewisse Angelegenheiten, des Ausschusses, und zwar in oder ohne Beiseyn landesherrlicher (zu Einmischung in die Erörterung berechtigten oder nicht berechtigten) Commissarien, öffentlich oder bei verschlossenen Thüren (in geheimer Berathung oder geheimem Comité); 6) die Anordnung ständischer Commissionen, für Prü-

fung und Vorbereitung einzelner Angelegenheiten; 7) die **Abstimmung** der Einzelnen, und zwar in der Regel nach eigener Einsicht, ohne Mandat oder Instruction; 8) die Fassung der **Beschlüsse** nach Stimmenmehrheit der Einzelnen, oder der Abtheilungen (Curien) in der Landschaft, in den zu solcher qualificirten Fällen [e]); 9) die **Communication** unter den verschiedenen Abtheilungen der Ständeversammlung (§. 222); 10) die **Erklärungen** der Ständeversammlung, beifällige, einwilligende, gutachtende, abweichende, mifsbilligende (landständisches Veto, §. 225 [b]); 11) die Verabredung und Entwerfung der **Landesbeschwerden** [f]), der **Landesgebrechen**, **Erinnerungen** und **Desiderien**, der **Vorstellungen**, **Vorschläge**, **Anträge** und **Bitten**; 12) die landesherrlichen **Resolutionen**, der **LandtagsAbschied** [g]), auch der **DeputationsAbschied**; 13) zuweilen besondere landesherrliche **Entschliessung** oder Resolution auf die ständischen Beschwerden (Erledigung der Landesgebrechen); 14) die **Entlassung**, **Vertagung** [h]), oder Auflösung der Ständeversammlung, meist mit Feierlichkeit. III) **Oeffentlichkeit** der landständischen Verhandlungen (Zulassung des Publicums in den Sitzungen, und öffentliche Mittheilung des Denkwürdigen der Verhandlungen), als **Regel**, ist zweckgemäfs, theils als Sporn für Thätigkeit und Beruftreue der Mitglieder, theils als Erinnerungs- und Bildungsmittel für Staatsbeamte und Mitglieder der Ständeversammlung, und auch für Anregung eines verfassungsmäsigen Volklebens [i]). Was in Hinsicht auf öffentliche Rechte und Pflichten im Namen Aller verhandelt wird, mufs, in der Regel, auch Allen kund werden.

a) Von dem landesherrlichen Ceremoniel, s. Moser's Rechtsmaterien, St. IV, S. 481.

b) Von dem Erscheinen der Grafen und Herren durch *Abgeordnete*, der Universitäten, der Städte, der amtsässigen Rit-

terCurien, durch *Bevollmächtigte*, s. Reichardt diss. cit., p. 33. sq. Auf den Landtagen der östreichischen zu dem t. Bunde gehörenden Staaten, ist jeder Landstand der drei oberen Classen verpflichtet, persönlich zu erscheinen, und selbst in den wichtigsten Verhinderungsfällen kann er durch einen Bevollmächtigten sich nicht vertreten lassen; nur in OestreichischSchlesien zeigen sich Ausnahmen hievon. Bisinger a. a. O. S. 470 f.

c) Moser v. d. R. Stände Landen, 1503.

d) Moser a. a. O. 1504 ff.

e) Strube obss. juris et hist. 206. — Von dem Recht *in Theile zu gehen* (jus eundi in partes, itio in partes) s. E. F. Georgii, ob und in wie fern jus eundi in partes auf teutsche Landes- und Ständeversammlungen anwendbar sey? (Stuttg. 1817. 8.), S. 71 ff. u. 73 f. Woldem. Seyffarth diss. de finibus circa jus decidendi, quo vota majora in comitiis utuntur, recte regundis (Lips. 1818. 4.), p. 61 — 73. — Ob in dem Fall einer *Stimmengleichheit*, dem Landesherrn ein *Entscheidungsrecht*, oder *richterliche* Auctorität in solchen Fällen gebühre, welche sich auf die verfassungsmäsige Concurrenz der Landstände zu Ausübung eines Hoheitsrechtes, oder auf die natürliche Freiheit der Stände beziehen? Strube l. c. 207. Von Weimar s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 187. — Ob auch für Fälle des getrennten, oder ungleichartigen Interesse, namentlich bei der *Steuerbewilligung*, im Zweifel die Mehrheit der Stimmen gelte? Verneint wird es von Moser a. a. O. 1508. *Ebendess.* Rechtsmaterien, I. 158. 160. Strube l. c. 206. Wo der allgemeine Vertretungsgrundsatz (§. 221) gilt, ist das Interesse aller Stimmführer gleich, doch aber auch das besondere einzelner Beitragpflichtigen gebührend zu beachten. Jetzt entscheiden die meisten Verfassungsurkunden über die angeführte Frage.

f) Vergl §. 226, Num. V. Moser a. a. O. 1189. 1297.

g) Moser a. a. O. 1511. Reuss Staatsk. XXXVIII. 235. Von Weimar s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 190. — Von den *Kosten* des Landtags, s. Moser a. a. O., S. 1512. Die meisten der neueren Verfassungsurkunden, bewilligen den Landständen eine bestimmte Entschädigung.

h) Von *Vertagung* oder Prorogation, und von *Auflösung* der Landtage, handelt Moser von der Reichsstände Landen, S. 1510. Manche Verfassungsurkunden enthalten hierüber eigene Bestimmungen, z. B. die weimarische, §. 96; die baierische, VII, 23; die wirtembergische, §. 186; die grofsh. hessische, Art. 63 u. ff.; die hildburghausische, §. 43.

i) Bran's Minerva, 1821, Febr., S. 297 — 394. Verhandlungen

der 2. Kammer der grofsh. hessischen Landstände, 1820, Heft 1, S. 58 ff., 74 ff.; Heft 3, S. 57 ff., 79 ff., 110; Heft 5, S. 70. Jerem. Bentham's Tactik oder Theorie des Geschäftganges in deliberirenden VolksStändeversammlungen; nach dessen hinterlafs. Papieren bearbeitet v. St. Dümont. Erlangen 1817. 8. Frauen werden im englischen Parlament nicht zugelassen; man glaubte bemerkt zu haben, dafs ihre Gegenwart nicht selten nachtheilig auf die Debatten einwirke. Bentham, S. 189. — Weise Beschränkung in der wiener SchlufsActe, oben §. 217^b. Oeffentlich sind die ständischen Sitzungen in beiden Kammern, in Baden u. im GH. Hessen; nur in der zweiten Kammer, in Baiern u. Wirtemberg, auch, nach einer neuern den §. 9 des Patents vom 1. Sept. 1814 abändernden Bestimmung im Herzogthum Nassau. — In dem K. Sachsen wünschten, auf dem Landtage 1820 u. 1821, die Stände den Druck der Landtagsschriften, der König bewilligte aber blofs, dafs nach beendigter Landesversammlung, aus den zur Publicität geeigneten Verhandlungen, ein kurzer Auszug gefertigt, u. durch den Druck bekannt gemacht werden sollte. Zum erstenmal erschien ein solcher Auszug unter dem 6. Oct. 1821, auf 8 QuartSeiten, aus den Verhandlungen des jüngsten achtmonatlichen Landtags. — Die braunschweig. Landtagordn. v. 1820, §. 76, verordnet Geheimhaltung der Verhandlungen so lang, bis die Resultate derselben gefafst, u. zur Publication gelangt sind; auch ist nicht erlaubt, Meinungen u. Vota einzelner Mitglieder bekannt zu machen,

IV. Capitel.

Die Standesherren.

§. 230 a.

Begriff der Standesherren u. Standesherrschaften. Bundesstaaten, worin standesherrliche Bezirke. Unterordnung unter mehrere Bundesstaaten zugleich.

I) Standesherren [a]), im Sinn der teutschen BundesActe [b]), sind der Bundesacte gemäſs hevorrechtete Landeigenthümer vom Herrenstande [c]), vormals teutsche, fast durchgehends reichsständische [d]), Landesherren von fürstlichem oder gräflichem [e]) Stande, welche, hei dem Fall der teutschen Reichsverbindung oder späterhin [f]), der Staatshoheit teutscher Souveraine unter bestimmten Bedingungen untergeordnet wurden. Unpassend auf ihren Rechtszustand sind die Benennungen Mediatisirte und mittelhar gewordene ehemalige Reichsstände [g]). II) Ein nach Vorschrift der BundesActe standesherrlich bevorrechteter Landesbezirk, vormals ein reichsunmittelbares, den Inhaber zu teutscher Landeshoheit, meist auch zu Reichsstandschaft, berechtigendes Territorium, heiſst Standesherrschaft; es kann aher demselhen, neben dieser Benennung der Gattung, der Titel Fürstenthum, Grafschaft, oder Herrschaft zukommen, welcher durch das Beiwort «standesherrlich» sich genauer bezeichnen läſst. III) Standesherrliche Bezirke dieser Art, bestehen in folgenden neun Bundesstaaten: in den königlich-preussischen Provinzen Westphalen und Niederrhein; in den Königreichen Baiern, Hannover, und Wirtemberg, in den Groſsherzogthümern Baden und Hessen, in dem Kurfürstenthum Hessen, in dem Herzogthum Nassau, und

in dem Fürstenthum HohenzollernSigmaringen h). IV) Manche Standesherren sind, wegen standesherrlicher Besitzungen, der Souverainetät mehrerer Bundesfürsten zugleich untergeordnet i).

a) Schriften, die Standesherren betreffend, sind angezeigt, in Winkopp's rhein. Bund, XX. 180 — 194. — Gruner über die Standesherren; in Luden's Nemesis, Bd. III, St. 2 (1814), S. 273 — 293. I. P. v. Sensburg's Entwurf für e. umfassende u. gleichheitliche Bestimmung der standes- u. grundherrlichen Rechtsverhältnisse. Carlsr. 1821. 8. Archiv für standes- u. grundherrliche Rechte u. Verhältnisse, Geschichte u. Statistik, alter u. neuer Zeit. Bd. I, Heft 1. Heilbronn, 1821. Heft 2 u. 3. Carlsr. u. Baden, 1821. Bd. II, Heft 1. Ebendas. 1822. gr. 8.

b) Die BundesActe, Art. 14, lit. b, gebraucht von den *Häuptern* dieser fürstlichen und gräflichen Häuser das Wort *Standesherren*. — Wesentlich *verschieden* von diesen Standesherren, deren Rechtszustand durch die teutsche *BundesActe* bedingt ist, und die man daher am genauesten durch die Benennung *Standesherren im Sinn der t. BundesActe* bezeichnet, sind: 1) diejenigen Standesherren, die schon *vor* 1806 als ansehnlich bevorrechtete Grundeigenthümer in verschiedenen Ländern bestanden, wie in *Schlesien* (seit dem 14. Jahrhundert, freie und minderfreie Standesherren, mit Standesherrschaften und Minderherrschaften, und wo noch 1819 Thurn und Taxis — man s. §. 447, d — für sein Fürsterthum Krotoszyn Standesherrlichkeit erlangte), in der *Ober-* und *Niederlausitz*; 2) diejenigen, welche, *nach* Auflösung der t. Reichsverbindung, in etlichen Bundesstaaten Standesherrlichkeit durch *landesherrliche Verleihung* erlangt haben; eine Verleihung, durch welche weder Hoffnung zu Curiat-Stimmrecht in dem Plenum der B.V. (§. 116), noch Ebenbürtigkeit (§. 231), noch auch ein in allen Bundesstaaten nothwendig anzuerkennender hoher Adelstand (§. 231) erlangt werden kann. Vergl. §. 240b.

c) *Herrenstand*, im teutschen alt-staatsrechtlichen Sinn. Vergl. oben, §. 197, u. Klüber's isagoge in elementa juris publici quo utuntur Nobiles immediati in Imperio R. G. (Erl. 1793. 8.), §. 5. Rhein. Bund, XXIII. 194. — Die Benennung *Standesherren* in dem oben angegebenen Sinn, ist nun stylo publico fast allgemein angenommen. Andere hatten sie für *privilegirte Herren* erklärt. Behr's systemat. Darstell. des rhein. Bundes, §. 146. Zachariä's Abhandlungen zu Erläuter. des Staatsr. d. rhein. Bundesstaaten, S. 24 ff. Vergl. oben

§. 44, c. Oder gar für *Staatsbeamte*. Behr a. a. O., S. 409. Vergl. auch Gruner a. a. O., S. 172 ff.

d) Nur wenige *Ausnahmen* hat die SchlufsActe des wiener Congresses dadurch begründet, dafs sie auch Etlichen, die Reichsstandschaft *nicht* hatten, Standesherrlichkeit im Sinn der t. BundesActe angewiesen hat. Von dieser Art sind: der Fürst von *WittgensteinBerleburg* wegen der Herrschaft Homburg an der Mark, deren standesherrliche Gerechtsame im J. 1821 an die Krone Preussen veräussert worden sind (nicht auch wegen seines Antheils an der vormals reichsständischen Grafschaft Wittgenstein); der Herzog von *Croy* wegen Dülmen; die Fürsten von *BentheimSteinfurt* wegen Steinfurt (nicht auch wegen der reichständischen Grafschaft Bentheim), und von *BentheimTecklenburg* oder *BentheimRheda* wegen der Herrschaft Rheda. Acte final du congrès de Vienne, art. 43. Von der nicht reichsständischeu, nun aber standesherrlichen Grafschaft HohenLimburg, dem F. von BentheimRheda gehöreud, unten §. 240*, a. — Die in dem Königreich Wirtemberg gelegene Grafschaft Löwenstein, dem F. v. LöwensteinWertheimRosenberg gehörend, war nicht reichsständisch. — Der wirtembergische Verfassungsvertrag v. 1819, §. 129, giebt eine Stelle in der ersten Kammer der Landstände, den «Häuptern der fürstl. u. gräfl. Familien, u. den Vertretern der standesherrl. Gemeinschaften, auf deren Besitzungen vormals eine Reichs- *oder Kreis*tagsStimme geruht hat».

e) Auch die BundesActe, Art. 14, lit. a, spricht nur von *fürstlichen* und *gräflichen* Häusern. Doch findet sich eine *Ausnahme* bei dem *Freiherrn* v. Bömmelberg, dem Besitzer der vormals reichsständischen, in dem 43. Art. der wiener CongrefsActe als Standesherrschaft anerkannten Herrschaft Gehmen. Vergl. §. 231, d.

f) Die *Geschichte* dieser Art standesherrlicher Unterordnung, beginnt mit dem J. 1806. Schon kurz *vor* Auflösung des t. Reichs, entstand, durch freiwillige Unterwerfung, die standesherrliche Unterordnung der Grafen von *Fugger* unter Baiern. Baierische Declaration vom 7. Jun. 1806. Aber *in Masse* erfolgten standesherrliche Subjectionen, durch die *rheinische BundesActe*, Art. 24. Im J. 1807 subjicirte der König von Westphalen, den Fürsten von *KaunitzRietberg* wegen Rietberg; desgleichen im J. 1808 der Grofsherzog von Berg den Grafen von *BentheimTecklenburg* wegen Rheda und HohenLimburg. Im J. 1810 unterwarf, doch ohne standesherrliche Vorrechte, Napoleon theils sich selbst theils dem Grofsherzog von Berg, verschiedene ehemalige Reichsstände, die bis dahin noch frei geblieben waren, nämlich die

Fürsten von SalmSalm und SalmKyrburg und den Herzog von Arenberg (§. 32). Endlich wurden im J. 1815 auch die souverainen Fürsten von *Isenburg* und von der *Leyen*, so wie die dem ersten durch die rheinische BundesActe subjicirten Grafen von Isenburg, standesherrlich untergeordnet. Acte final du congrès de Vienne, art. 51 et 52. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 19, 81, 91, 86, 135 u. 561. *Ebendess.* Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 579 f. Bd. VIII, S. 152. Recès-général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort, du 20 juillet 1819, art. 8, 19 et 25. Ein Gesuch des F. v. der *Leyen*, um Entschädigung oder sonstige Hülfe, wegen verlorener Landeshoheit, ward von der B.V. zweimal abgewiesen, in ihren Protoc. v. 1816, §. 22, u. v. 1820, §. 221. — Dagegen ward der Landgraf von *HessenHomburg*, welcher vermöge der rheinischen BundesActe gegen den GH. von Hessen in standesherrlicher Unterordnung gestanden hatte, von derselben durch den Acte final des wiener Congresses befreit (§. 106, e). — Geschichte der sogen. Mediatisirung, in d. angef. Archiv etc. Bd. I, Heft 1, S. 122 ff., Heft 2, S. 172 ff.

g) Obgleich zu ihren Souverainen unstreitig in *unmittelbarem* SubjectionsVerhältniſs stehend, werden diese Standesherren hin und wieder *Mediatisirte* oder *mittelbar* gewordene vormalige Reichsstände genannt, selbst in der t. BundesActe, Art. 6 u. 14, u. in der wiener CongreſsActe, Art. 32, 43 u. 52, so wie in der wiener SchluſsActe von 1820, Art. 63, in manchen Staatsverträgen und landesherrlichen Edicten; durch Verwechslung von Begriffen des ehemaligen t. Staatsrechtes, und des heutigen t. öffentlichen Rechtes, welchem der Begriff vormaliger Unmittelbarkeit und Mittelbarkeit (§. 37) fremd ist. — Zur Zeit des teutschen Reichs, waren alle einer teutschen Landeshoheit oder Landesherrlichkeit (§. 36, a) zunächst untergeordneten Reichsangehörigen, *Mittelbare* oder *Media*: Unterthanen des Kaisers und Reichs oder der ReichsStaatsgewalt. Dagegen waren dieser *unmittelbar* untergeordnet, nicht nur die seit dem Fall der Reichsverbindung einer Staatshoheit als Standesherren, also mit Vorzug vor andern Staatsgenossen, untergeordneten vormaligen reichsunmittelbaren Landesherren, sondern auch alle übrigen reichsunmittelbaren Landesherren, und der niedere reichsunmittelbare Adel. Vergl. oben §. 79, b. Mediatisirte hiessen, damals, gewesene Reichsunmittelbare, die aus dem Stande der Reichsunmittelbarkeit in denjenigen der Reichsmittelbarkeit waren herabgesetzt, die aus unmittelbaren Reichsunterthanen (über diesen Ausdruck s. den Anhang zu Schmauss compend. juris publ.) in

reichsmittelbare waren verwandelt worden. Bei dem niedern reichsunmittelbaren Adel, insonderheit bei der Reichsritterschaft, fanden sich viele Beispiele solcher Mediatisirung; in der neuern Zeit seit 1796, früher bei dem vogtländischen Adel, bei dem VogteiAdel in der Pfalz am Rhein und Neckar, bei dem Adel auf dem Westerwald, u. a. Hatten Mediatisirte Reichständschaft, mithin Reichssteuerpflicht gehabt, so hiessen sie auch (aus der Reichsmatrikel) *Eximirte*. Mit dem Fall der Reichsverbindung, haben Reichshoheit, Reichsstandschaft, Reichsunmittelbarkeit und Mittelbarkeit überall aufgehört, und die Landeshoheit hat sich, bei denen welche fremder Hoheit nicht untergeordnet worden, in unabhängige Staatshoheit verwandelt. — In Schutz genommen wird die Benennung Mediatisirte, in d. angef. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 108—115; als ob eine Benennung, welche eine am höchsten bevorrechtete Standesclasse bezeichnet, weniger ehrend wäre als eine publicistisch-sinnlose, womit fortwährend eine erlittene Herabsetzung angedeutet würde. Folgerichtig wäre dann auch die Benennung *Mediatherrschaften*, statt Standesherrschaften, von Einigen Standesgebiete benannt. Durch eine Fiction wird a. a. O. die Bundesversammlung für ein *unsichtbares Oberhaupt* (vergl. auch Archiv. Bd. I, Heft 1, S. 34, Heft 2, S. 4 u. 22) mit einer «*Gesammthoheit* des t. Bundes, etwa gleichlautend mit der «ehemaligen Reichshoheit», erklärt; die Bundesglieder hätten wohl, «in Beziehung auf sich selbst, eine *Art* von Un«abhängigkeit, doch nicht in Beziehung auf *andere* unabhän«gige Mächte». Der Bund habe die höchsten, ein Bundesglied die höheren, ein Mediatisirter die niedern Regierungsrechte, von der Gerichtbarkeit habe jedoch der letzte die mittlere und niedere. Die *Obersthoheit* des Bundes sey der B.V. anvertraut; diese übe die höchsten Regierungsrechte aus, jedes Bundesglied nur die höheren, ein Standesherr die niederen, und zwar die beiden letzten *im Namen* der höchsten oder obersten Bundesbehörde, oder *aus Auftrag* des Bundes (Bd. I, Heft 1, S. 34). So könnten denn auch jetzt die subjicirten Reichsstände «*Mediatisirte* genannt, in keiner Beziehung aber zu *Unterthanen* herabgewürdigt werden». (Doch schwören sie das Homagium!) Die Einwohner in ihren Gebieten, seyen zunächst «Unterthanen des *Mediatherrn*, also *Mediat*-«Unterthanen». (Nach solcher Art zu argumentiren, wären die letzten, in Beziehung auf den Bund, *AfterMediat*Unterthanen.) Auch wird daselbst das Prädicat Mediatisirte ausschliessend den Standesherren beigelegt, da es doch eben so wohl dem vormaligen reichsunmittelbaren niedern Adel zu-

kommen müfste, dem gleiche Unterordnung widerfahren ist, und den defshalb die BundesActe, Art. 14, unter den «*mittelbar* gewordenen Reichsangehörigen» begreift. Endlich wird (Bd. I, Heft 3, S. 30 u. ff.) behauptet, dafs die Justiz- und Polizeibeamten der Standesherren, nur von diesen Befehle anzunehmen hätten, nur von ihnen abhängig, und nur ihnen verantwortlich seyen.

h) Ein *Verzeichnifs* der St. H. im Sinn der BundesActe, geordnet nach den Bundesstaaten, findet man unten im *Anhang*, Num. IV. — Von standesherrlicher Seite, ward im J. 1820 eine bei der B.V. zu haltende *Matrikel* der standesherrlichen Familien in Antrag gebracht (§. 231, d).

i) Manche haben, als Standesherren, *vier* Souveraine, wie die beiden Linien von LöwensteinWertheim. Andere haben *drei*, wie Fürstenberg, Leiningen, Thurn und Taxis, SolmsBraunfels, SolmsRödelheim, WaldbottBassenheim. Viele haben *zwei*, wie die Fürsten und die Grafen von Isenburg, beide Linien von Oettingen, SalmKrautheim, Arenberg, LoozCorswarem, BentheimSteinfurt, WittgensteinHohenstein, WiedRunkel, WiedNeuwied, SolmsLich, LeiningenWesterburg, ErbachErbach, RechterenLimpurg, Grafen von Fugger.

§. 230b.

Standesherrlichkeit. Ihre Normen. Erlöschung.

I) Die Standesherrlichkeit oder der Rechtszustand der Standesherren als solcher (§. 30 e, u. 43—45), sowohl für ihre Person und Familie, als auch für ihre standesherrlichen Besitzungen, bezeichnet den Inbegriff ihrer besondern Rechte, namentlich ihre Vorrechte vor der Person und dem Grundeigenthum, sowohl der Patrimonial- oder Grundherren, als auch der übrigen Staatsunterthanen. II) Dieser Rechtszustand der Standesherren ist theils allgemein oder für Alle, durch die Bundes-Acte, in Verbindung mit der SchlufsActe des wiener Congresses von 1815 *a*), mithin vertragweise und völkerrechtlich, festgesetzt *b*); theils ist derselbe besonders, in einzelnen Bundesstaaten, bald staatsgesetzlich, bald vertragweise, und in solchem Fall nicht selten auf verschiedene Weise, bestimmt. Von beiden Hauptarten von Bestimmungen

dieses Rechtszustandes, ist hier abgesondert zu handeln. III) Der besondere Rechtszustand einer standesherrlichen Besitzung erlischt nicht nur durch Verzichtleistung, freiwillige oder nothwendige, sondern auch, in der Regel, wenn dieselbe ganz, oder wenigstens der Inbegriff der standesherrlichen Gerechtsame, durch besondern Rechtstitel von dem Staat, zu welchem dieselbe gehört, erworben wird c).

a) Ausdrücklich verweiset auf die BundesActe, der Acte final du congrès de Vienne, art. 32, 43 et 52, auch art. 64; überdiefs wird daselbst in dem art. 24 verschiedener Standesherren erwähnt.

b) In Erwägung, dafs diese vormals reichsunmittelbaren Landesherren, ihrer in Gemäfsheit der teutschen Reichsverbindung genossenen politischen Selbstständigkeit, ohne eigene Schuld, zum Vortheil anderer vormals reichsunmittelbarer Landesherren gleicher Art, beraubt wurden, ward (selbst von Napoleon, man s. §. 30 e, 44 u. 45) für nöthig erachtet, ihre Unterordnung an bestimmte *Bedingungen* wesentlich zu binden, deren vollständige Gewährung sie zu fordern berechtigt seyn sollten. Daher dürfen die Bestandtheile dieses völkerrechtlich bedungenen Rechtszustandes, wie anomal sie auch in der jetzigen Staatsordnung erscheinen, und wie unbequem manche derselben für die Staatsverwaltung seyn mögen, ihnen einseitig weder entzogen, noch beschränkt, noch durch Staatseinrichtungen werthlos gemacht werden. Gewifs ist, dafs der durch die BundesActe festgesetzte standesherrliche Rechtszustand nicht als Verleihung, am wenigsten als wiederrufliches Privilegium oder Begünstigung, sondern nur als Rest eines früheren, grösseren und vollkommeneren Rechtsverhältnisses zu betrachten sey. Vergl. §. 236 b.

c) Beispiele liefern: die vormaligen Standesherrschaften *Gimborn-Neustadt* und *Homburg* an der Mark im preussischen, *Thengen* und *Klettgau* im badischen Staat. Man s. das Verzeichnifs der Standesherren, im Anhang. — Von Veräusserungen anderer Art, s. man §. 231, d.

§. 231.

Rechtszustand der Standesherren.

I) Nach Bestimmungen der t. BundesActe; im Verhältnifs: 1) zu dem t. Bund; 2) zu sämmtl. Bundesstaaten.

Die teutsche BundesActe a) bestimmt den künftigen Rechtszustand derjenigen Standesherren, welche vormals Reichsstände waren, auf folgende Art. I) In Absicht auf ihr unmittelbares Verhältniss zu dem teutschen Bund, ward festgesetzt, dafs die Frage: ob die vormals reichsständischen Standesherren einige CuriatStimmen, in dem Plenum (nicht auch in dem engern Rath) der Bundesversammlung, haben sollen? in Erwägung zu ziehen sey, bei Berathung der Einrichtungsgesetze des Bundes b). II) In Hinsicht auf das Verhältnifs der Standesherren zu den Bundesstaaten c), vereinigten sich die Stifter des Bundes in der BundesActe, um ihnen, in Gemäfsheit der damaligen Verhältnisse, in allen Bundesstaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtszustand zu verschaffen, dahin: dafs A) im Verhältnifs zu sämmtlichen Bundesstaaten, 1) die fürstlichen und gräflichen standesherrlichen Häuser, in Teutschland fernerhin zu dem hohen Adel gerechnet werden sollen, und dafs 2) das Recht der Ebenbürtigkeit, nach dem bisher d) damit verbundenen Begriff, ihnen bleiben e) soll (§. 240).

a) Art. 6 u. 14. — Bekräftigt in der wiener SchlufsActe von 1820, Art. 63 u. 53. — Die *wiener CongrefsVerhandlungen* über die nachfolgenden Bestimmungen, findet man im Zusammenhang, in Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des w. Congr., S. 291 ff. Man s. auch das angef. Archiv, Bd. I, Heft 2, S. 193 ff., Bd. II, Heft 1, S. 90 ff.

b) BundesActe, Art. 6. Klüber's Acten des w. Congr., Bd. II, S. 532. Vergl. oben, §. 116, g.

c) BundesActe, Art. 14. — Diese Bestimmungen gelten, als *Vertrag*, für *alle* Bundesgenossen. Vergl. oben §. 156, 230b b, u. 44 c.

d) Unter «bisher» (BundesActe, Art. 14, a), ist ohne Zweifel der Zeitraum *vor* Auflösung der teutschen Reichsverbindung zu verstehen. Man vergl. die Anmerkung in Klüber's angef. Acten etc., Bd. II, S. 437, Note * u. *Ebendess.* Uebersicht etc., S. 311 u. 322. — Die amtliche französische Uebersetzung der B.A. hat: «le droit de naissance égale *avec les maisons souveraines*». Klüber's angef. Acten, Bd. VII, S. 477. Bei solchem Sinn, und auch wenn man unter jener Ebenbürtigkeit sich, nach dem gewöhnlichen Sinn des Wortes, mehr nicht denkt als *angebohrne Genossenschaft* des *hohen* Adelstandes in allen teutschen Bundesstaaten (§. 197), wäre in dieser Stelle der BundesActe ein Erkennungsgrund standesherrlicher *Mifsheurathen* eben so wenig zu finden, als in der bekannten Stelle der kaiserlichen Wahlcapitulation. Vergl. oben §. 182, Note b. — Seit Entstehung der Standesherrlichkeit, sind Ehen zwischen Prinzen aus souverainen Regentenhäusern und Töchtern aus blofs standesherrlichen Familien, nicht vorgekommen. Auch ist das russische Manifest v. 1820 (oben §. 182, a) ihnen entgegen. — Zu der Zeit der Reichsverfassung *unterschied* man in der Genossenschaft des *hohen* Adels, alt- und neufürstliche, zuweilen auch alt- und neugräfliche Häuser. Verschiedene, jetzt standesherrliche Familien, gehörten damals zu den neufürstlichen oder neugräflichen. — Der *Freiherr* von *Bömmelberg*, Besitzer der Standesherrschaft Gehmen unter preufsischer Staatshoheit, gehörte, als er 1800 einem Grafen v. LimburgStyrum in die Reichsherrschaft Gehmen succedirte, nicht zu dem hohen Adel (§. 197); er erhielt aber dessen ungeachtet, wegen Gehmen, Theil an der gräflich-westphälischen ComitialCuriatStimme. — Bei den wiener MinisterialConferenzen im J. 1820 (28. Protoc. v. 11. Mai 1820), erfolgte von standesherrlicher Seite der Antrag: 1) dafs sämmtliche, des Rechtes der Ebenbürtigkeit jetzt theilhaftige, standesherrliche Familien in ein zu dem Ende bei der Bundescanzlei zu eröffnendes Protocoll oder *Register* (standesherrliche Matrikel) verzeichnet, und dafs in solches die in diesen Familien durch Geburt, Vermählung, oder Tod vorgehenden Veränderungen, in Folge der von den Häuptern derselben, sowohl an die B.V. als auch an die einzelnen Bundesglieder, gelangenden Anzeigen, regelmäsig und fortlaufend einzutragen wären; 2) dafs diesen ehehin reichsständischen Familien ein, ihrer Ebenbürtigkeit mit den souverainen Häusern angemessener *Rang* und *Titel* zuerkannt, und das Prä-

dicat Durchlaucht für die Fürsten, so wie das Prädicat Erlaucht für die Grafen, gesetzlich bestimmt werde. Die Versammlung verwies diesen Antrag, mit den übrigen, zur Berathung an die Bundesversammlung.

c) Standesherren, die schon früherhin diese Ebenbürtigkeit nicht hatten, ward solche durch diese Bestimmung der Bundes-Acte nicht verliehen, da in solcher nur von Fortdauer der Ebenbürtigkeit die Rede ist.

§. 232.

3) *zu denen Bundesstaaten, zu welchen sie gehören:* a) *persönliches Verhältniſs.*

B) Im Verhältniss zu denen Bundesstaaten, zu welchen die einzelnen Standesherren gehören a), sollen, so viel AA) ihren persönlichen Rechtszustand betrifft, 1) die Häupter der standesherrlichen Familien, die ersten b) Standesherren desselben Staates seyn. 2) Sie und ihre Familien c), bilden daselbst die privilegirteste d) (am meisten bevorrechtete) Classe, insbesondere in Ansehung der PersonalBesteuerung e), und genieſsen 3) nnbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt f) in jedem zu dem Bund gehörenden, oder mit demselben in Frieden lebenden Staat zu nehmen g); desgleichen 4) privilegirten Gerichtstand, und 5) Befreiung von MilitärPflichtigkeit. Jedoch sind dieselben 6) den Landesgesetzen unterworfen.

a) In *jedem* dieser Bundesstaaten, können die Standesherren die hier folgenden Rechte fordern (§. 236[b]). Dieses hindert nicht, daſs durch *Uebereinkunft* zwischen ihnen und der Landesherrschaft, einzelne Rechte dieser Art aufgehoben, abgeändert, oder modificirt werden können; wovon hin und wieder sich Beispiele finden.

b) Hievon oben §. 223, a. — Ausser dem Vorzug in der Landstandschaft, schlieſst diese Bestimmung auch jeden andern vor Standesherren anderer Art in sich, namentlich vor denen in Schlesien, in der Ober- und Niederlausitz, und vor solchen, denen in dem Zeitraum des rheinischen Bundes und seit Er-

richtung der t. BundesActe Standesherrlichkeit durch landesherrliche Verleihung zu Theil geworden ist (§. 239 u. 240[b]).

c) *Weibliche* Mitglieder eines standesherrlichen Hauses, treten durch *Verheurathung* mit einem Mann, der nicht zu derselben Familie gehört, aus jener Familie heraus, in den Stand und die Familie ihres Mannes; bei Verheurathung mit einem Mann von einem andern Zweig ihrer Familie, treten dieselben in den Stand und die Linie des Mannes; jedoch überall unbeschadet der *Successionsrechte* für sie und ihre Kinder, so weit solche in Gesetzen oder Herkommen, in rechtsgültigen Verträgen oder Verfügungen gegründet sind.

d) «Privilegia ita intelligenda, ut aliquid tribuant ultra jus commune». Grotius de J. B. et P., lib. II. c. 18. §. 4. n. 4. Eine werthlose Begünstigung, würde eine contradictio in adjecto in sich schliessen. Beil. 21 zu d. Protoc. der B.V. v. 1819, §. 101, S. 294 der Orig. Ausg.

e) Die baierische Declaration v. 1807 (§. 235) ertheilt den St.H.: 1) Zollbefreiung von allen Lebensmitteln für ihr Hausbedürfnifs (nicht auch Accisefreiheit); 2) Befreiung von Weggeld innerhalb des eigenen standesherrlichen Bezirks, für die Standesherren und ihre Familie.

f) Damit ist nicht auch die Freiheit gegeben, in *Dienste* eines andern Bundesstaates nach Gutfinden zu treten, ohne defshalb in der Verfügung über standesherrliche Einkünfte beschränkt werden zu dürfen. Vergl. rheinische BundesActe, Art. 7, u. Klüber's Staatsrecht des Rheinbundes, §. 192.

g) Wegen eines blossen auswärtigen Aufenthaltes dieser Art, darf einem Standesherrn, oder einem Mitglied seiner Familie, kein Recht entzogen oder geschmälert, namentlich keine Last aufgelegt, kein standesherrliches Einkommen mit Abgaben belegt werden. In seiner Eigenschaft als Grundherr, als Staatsdiener, als StaatsPensionär u. d., kann er dieselbe Befreiung nicht begehren.

§. 233.

b) Rechtszustand der standesherrlichen Besitzungen;

BB) In Absicht auf den Rechtszustand der standesherrlichen Bezirke, gebühren den Standesherren, als verfassungsmäsigen Unterobrigkeiten (§. 101), 1) bürgerliche und peinliche Gerichtbarkeit, in erster, und, wo die Besitzung (in demsel-

ben Lande) grofs genug ist, auch in zweiter Instanz: 2) ForstGerichtbarkeit; 3) OrtsPolizei a); 4) Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen. Jedoch sind 5) alle diese Gerechtsame auszuüben, a) nach Vorschrift der Landesgesetze, und b) unter Oberaufsicht der Regierungen b). 6) Ihre Besitzungen (die Einwohner der standesherrlichen Bezirke) sind der Militärverfassung unterworfen. 7) In Absicht auf RealBesteuerung, in Ansehung ihrer standesherrlichen Grundbesitzungen c), sind die Standesherren die privilegirteste Classe, und 8) auch in RealStreitigkeiten geniefsen sie einen privilegirten Gerichtsstand d).

a) Zu verstehen ist wohl unter *Orts*Polizei, nach dem hier obwaltenden Verhältnifs, die *niedere Polizei* in dem ganzen Umfang des standesherrlichen Bezirks, also eine *niedere* particuläre oder *Bezirk*Polizei (§. 303). Die BundesActe spricht den St. H. «*überhaupt alle* diejenigen Rechte zu, welche nicht zu «derStaatsgewalt und den *höheren* Regierungsrechten gehören». Die baierische Declaration v. 1807 (vergl. §. 275, lit. E, läfst den Standesherren die «gewöhnliche untere Polizei», im Gegensatz der «obersten Polizei im Allgemeinen», u. das baierische Edict v. 26. Mai 1818. §. 26, spricht ihnen die «Local» «und DistrictPolizei» zu. Der Ausdruck *Ort* bezieht sich ohnehin zuweilen auf einen grösseren Bezirk, als denjenigen einer einzelnen Ortschaft, z. B. ehedem der (reichsritterschaftliche) Ritterort, d. h. der (reichsunmittelbare) Rittercanton.

b) Es wird also durch die den Standesherren zustehende Ausübung mancher obrigkeitlichen Rechte, die *Einheit* der Staatsgewalt und der Unterthanschaft nicht aufgehoben.

c) Vergl. (P. J. Floret) Ueber das Recht, die Domainen der Standesherren zu besteuern; in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. III, Heft 1, Num. 3.

d) Die BundesActe, Art. 14, bewilligt ihnen *überhaupt* privilegirten Gerichtstand, ohne Ausnahme zu machen, in Ansehung einer oder der andern Art desselben. — Auch bleiben den Standesherren ihre *Grundgüter* oder Domainen (§. 252, c), und ihre *grundherrlichen* Gerechtsame, ihre Rechte auf *PatrimonialDienste* oder Frohnen (§. 382, a), nebst den statt derselben etwa zu entrichtenden Reluitions- oder *Dienstgeldern*, und

auf Grund- oder *PatrimonialAbgaben* (§. 44 u. f. u. 313), desgleichen die *LehnPrästanda* aller Art, obgleich deren, als blosser Eigenthumsrechte (§. 234, Num. 2), in der BundesActe ausdrücklich nicht erwähnt ist. Vergl. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 210.

§. 234.

c) vermischtes Verhältniſs.

CC) Ueberdieſs sollen, in persönlich-dinglicher Hinsicht, 1) nach den Grundsätzen der früheren teutschen Verfassung, a) die noch bestehenden standesherrlichen FamilienVerträge aufrecht erhalten werden, und b) die standesherrlichen Familien befugt seyn, über ihre Güter und FamilienVerhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen; doch müssen solche dem Staatsoberhaupt vorgelegt, und bei (und von) den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniſs und Nachachtung gebracht werden. c)Alle bisher dagegen (gegen die standesherrliche FamilienVerfassung) erlassenen Verordnungen, sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn. 2) Ueberhaupt sollen den standesherrlichen Häusern, in Rücksicht ihrer Personen, Familien und Besitzungen, alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugesichert werden, oder bleiben, welche a) aus ihrem Eigenthum und dessen ungestörtem Genuſs herrühren, und b) nicht zu der Staatsgewalt und den höheren Regierungsrechten[a]) gehören. 3) Deſswegen, und weil die BundesActe, in Betracht ihrer früheren Staatsverhältnisse, die Häupter der standesherrlichen Familien für die ersten Standesherren und, mit ihren Familien, für die privilegirteste Classe desjenigen Bundesstaates, zu welchem sie gehören, erklärt (§. 232), gebührt ihnen, in Hinsicht auf ihre Personen, Familien und standesherrlichen Besitzungen, vor Andern Landstandschaft, und die erste Stelle unter den Landständen (§. 223). 4) Ueber

Veräusserung standesherrlicher Vorrechte, enthält die BundesActe keine Bestimmung *b*).

a) Hievon s. man die CongrefsVerhandlungen, in Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 301 u. 312 ff. Vergl. oben §. 101, c. Weit die meisten Stimmen wollten, dafs der B.V. die Bestimmung der *Grenze* der höheren Regierungsrechte zu überlassen sey.

b) Man kann fragen: ob bei einer *Veräusserung* standesherrlicher, vorhin reichsständischer *Eigenthumsrechte* und der davon herrührenden Einkünfte, zu Uebertragung der damit verbundenen *standesherrlichen Vorrechte*, sodann zur Veräusserung der *Standesherrlichkeit* mit voller Wirkung, ausser den durch Landesgesetze, Lehnverhältnifs und Familienverfassung etwa gebotenen Förmlichkeiten, erfordert werde, dafs der neue Erwerber ebenbürtiges Mitglied der standesherrlichen Familie des Veräusserers sey? ob hinreichend sey, dafs er ebenbürtiges Mitglied einer andern standesherrlichen Familie, einer inländischen oder ausländischen, sey? ob und wie fern hiezu besondere landesherrliche Einwilligung erfordert werde? wie es nach Veräusserung der Standesherrlichkeit, mit den durch Landesgesetze begründeten persönlichen Vorrechten des Veräusserers und seiner Familie zu halten sey? Bestimmungen hierüber, enthält die unten (§. 240[a]) angef. preussische Instruction v. 30. Mai 1820, §. 63. In dem 28. Protocoll der wiener MinisterialConferenzen, vom 11. Mai 1820, kam von standesherrlicher Seite eine Vorschrift in Antrag, dafs bei Veräusserung ehehin reichsständischer Besitzungen an Nichtebenbürtige, nur die RealRechte auf diese übergehen, die PersonalVorzüge aber dem Vorbesitzer bleiben sollen. Es ward dieser Antrag zur Berathung an die Bundesversammlung verwiesen.

§. 235.

d) Grundlage zu einer künftigen näheren u. gleichförmigen Bestimmung des Rechtszustandes der Standesherren.

Ueberdiefs ist, um die in den wiener Congrefs-Verhandlungen von mehreren Seiten in Anregung gekommene Unbestimmtheit mancher Rechtsverhältnisse sofort, ganz oder theilweise, zu heben, in der teutschen BundesActe festgesetzt, dafs als Basis und

Norm, a) bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse sowohl, wie b) überhaupt, und in allen übrigen Puncten, zu weiterer Begründung und Feststellung eines in allen Bundesstaaten übereinstimmenden Rechtszustandes der mittelbar gewordenen (der, teutschen Bundesfürsten untergeordneten, vormaligen reichsständischen) Fürsten, Grafen und Herren, die in diesem Betreff erlassene königlich-baierische Verordnung von 1807 a) unterlegt werden soll b).

a) Diese ist unten §. 237, Note d, näher angezeigt. — Die wiener Erörterung *dieses* Punctes, findet man in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 452, 467, 493, 504, 511, 521, 530 u. 538. *Ebendess.* Uebersicht etc., S. 315—321. — Auf diese baierische Declaration verweisen abermal die Beschlüsse der B.V. v. 24. Mai 1819 u. 17. Oct. 1820, in den Protoc. v. 1819, §. 101, u. v. 1820, §. 178. In dem CommissionsVortrag in der Beil. 20 zu §. 101 der Protoc. v. 1819, heifst es: «Die Absicht des t. Bundes wollte und konnte es nicht seyn, inselbigen (in den wiener und sonstigen Verhandlungen) die Lage der Mediatisirten ungewisser oder schlechter, wie im rheinischen Bunde, zu stellen. Die Vorschriften desselben aber lauten auch für alle Staaten gemein; nur waren sie nicht allenthalben gehörig befolgt. Es kam also darauf an, eine Landesgesetzgebung zu finden, wo dieses *am meisten* geschehen war; und es ist in dieser Hinsicht, dafs die baierische Verordnung von 1807 als normirend aufgestellt ward; wefshalb auch die unmittelbare Beziehung auf die RheinbundActe unterbleiben konnte».

b) Eigene Verhandlungen der Bundesversammlung über diesen Gegenstand; stehen bevor. Protocolle der B. V. v. 1816, §. 31; v. 1817, §. 5. Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 87.

§. 236 a.

Rechtsverwahrung der St.H. gegen Vorstehendes. Behauptete Wiederherstellung einiger, und Unterwerfung anderer unter Preufsen.

1) Durch vorstehende Bestimmungen, fanden die Standesherren ihre Hoffnungen und Erwartungen so

wenig befriedigt [a]), dafs sie auf dem wiener Congrefs durch förmliche Rechtsverwahrung, den Umfang ihrer Rechte, wie ihn der Besitzstand von 1805 bezeichne, sich, ihren Nachkommen und Unterthanen, für ewige Zeiten vorbehielten [b]). II) Verschiedene von Napoleon, theils bei Errichtung des rheinischen Bundes, theils später, ihrer politischen Selbstständigkeit beraubte, und theils dem Grofsherzogthum Berg, theils Frankreich unterworfen gewesene Fürsten und Grafen [c]), deren Besitzungen in dem ehemaligen westphälischen Kreise gelegen sind, suchten insbesondere, wiewohl vergebens, auf dem Congrefs den Grundsatz geltend zu machen, dafs sie, nach Vertreibung der ihnen aufgedrungenen fremden Herrscher, in ihre vorigen Rechte ipso jure wieder eingetreten seyen [d]). III) Noch andere bestrebten sich auf dem Congrefs, durch freiwillige Unterwerfung unter Preufsen, Erleichterung und einen gesicherten Rechtszustand zu erlangen [e]); ein Schritt, welcher jedoch eine Absonderung ihres Schicksals von demjenigen der übrigen Standesherren, nicht zur Folge hatte. IV) Alle diese Widersprüche, Verwahrungen und Bestrebungen, haben die Bestimmungen der SchlufsActe des wiener Congresses und der BundesActe weder aufzuhalten noch zu entkräften vermocht.

a) Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr. S. 149 f. u. 326 f.

b) Klüber a. a. O. S. 149 f., 317, 321 u. 565.

c) Die Herzoge von Arenberg, LoozCorswarem, und Croy, die Fürsten von SalmSalm und SalmKyrburg, der Rheingraf (seit 1817 Fürst) von SalmHorstmar, und der Graf (seit 1817 Fürst) von BentheimSteinfurt.

d) Klüber a. a. O., S. 150 u. 328 f.

e) Klüber a. a. O., S. 150 f. u. 330 ff. Dieses thaten die Fürsten von SaynWittgenstein, WiedNeuwied und WiedRunkel, die Fürsten und Grafen von Solms, der Graf von BentheimRheda oder Tecklenburg.

§. 236 b.

Bestimmungen der wiener SchlufsActe.

Die wiener SchlufsActe vou 1820 a) sichert abermal den Rechtszustand der Standesherren, durch folgende Bestimmung. «Es liegt der Bundesversammlung ob, auf die genaue und vollständige Erfüllung derjenigen Bestimmungen zu achten, welche der vierzehnte Artikel der BundesActe in Betreff der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels enthält. Diejenigen Bundesglieder, deren Ländern die Besitzungen derselben einverleibt worden, bleiben gegen den Bund zur unverrückten Aufrechthaltung der durch jene Bestimmungen begründeten staatsrechtlichen Verhältnisse verpflichtet. Und wenn gleich die Streitigkeiten, welche über die Anwendung der in Gemäfsheit des vierzehnten Artikels der BundesActe erlassenen Verordnungen oder abgeschlossenen Verträge entstehen, in einzelnen Fällen an die competenten Behörden des Bundesstaates, in welchem die Besitzungen der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren gelegen sind, zur Entscheidung gebracht werden müssen, so bleibt denselben doch, im Fall der verweigerten gesetzlichen und verfassungsmäsigen Rechtshülfe, oder einer einseitigen zu ihrem Nachtheil erfolgten legislativen Erklärung der durch die BundesActe ihnen zugesicherten Rechte, der Recurs an die Bundesversammlung vorbehalten b); und diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, genügende Abhülfe zu bewirken».

a) Art. 63, verbunden mit der allgemeinen Bestimmung des Art. 53. — Verhandlungen über die Rechtsverhältnisse der Standesherren, in den *wiener MinisterialConferenzen*, in dem 28. Protocoll, v. 11. Mai 1820. Von standesherrlicher Seite waren damals in Wien *sechs besondere Anträge* gemacht worden, und es hatte der neunte Ausschufs einen eigenen Vortrag

über den 14. Art. der B.A. erstattet, welcher nebst jenen Anträgen von östreichischer Seite der Conferenz empfehlend vorgelegt ward. Diese beschlofs, eine Berathung bei der B.V. hierüber einzuleiten. Die B.V. nahm hierauf diesen Gegenstand in die in Note a des hier folgenden §. erwähnte Zusammenstellung auf. — Schon in den carlsbader Conferenzen (Protoc. v. 30. u. 31. Aug. 1819) war die Frage von einer bestimmenden Auslegung des 14. Art. der BundesActe zur Sprache gekommen, sie ward aber zu den damals beschlossenen wiener Conferenzen verwiesen.

b) Beschränkende Meinung über diesen Recurs, in Rudhart's Recht des d. Bundes, S. 217 u. ff.

§. 236 c.

Verhandlungen und Beschlüsse der B.V.

Ihrer Bestimmung gemäfs, hat die Bundesversammlung die Herstellung und Aufrechthaltung des gesammten standesherrlichen Rechtszustandes sich zur Pflicht gemacht. Nicht nur hat sie I) die Frage von standesherrlichen CuriatStimmen in dem Plenum der B. V. unter ihre Berathschlagungsgegenstände förmlich aufgenommen (§. 116, g), sondern sie hat auch II) dasselbe in Absicht auf Vollziehung des 14. Artikels der BundesActe gethan [a]), und für diesen Zweck, durch einen Beschlufs vom 1. Oct. 1818, eine eigene Commission aus ihrer Mitte niedergesetzt [b]). III) Diese Commission erhielt den Auftrag: 1) die angebrachten oder weiter sich ergebenden Beschwerden und Vorstellungen der subjicirten ehemaligen Reichsstände, Reichsritterschaft und Reichsangehörigen zu erörtern, und gutachtlichen Vortrag zu deren Erledigung zu erstatten; 2) eine Zusammenstellung und Anwendung derjenigen Grundsätze zu begutachten, welche zur befriedigenden Erfüllung des Art. 14 der BundesActe, sowohl in Hinsicht der Form der Behandlung als in Ansehung der Sache selbst, für angemessen erachtet werden [c]). IV) In einem Vortrag [d]), eröffnete diese Commission ihre

Ansicht über Wortlaut und Sinn des 14. Artikels der BundesActe, insbesondere im Verhältnifs zu Landesgesetzen und Einrichtungen, über den Gesichtpunct aus welchem überdiefs die baierische Declaration von 1807 als Basis und Norm zu Festsetzung eines übereinstimmenden Rechtszustandes in allen Bundesstaaten zu betrachten sey, und über diejenigen Gegenstände, welche zu befriedigender Erfüllung des 14. Artikels, durch gegenseitige Verhandlungen der einzelnen Regierungen mit ihren Standesherren zu erledigen wären, mit Vorbehalt des Erklärungs- oder Entscheidungsrechtes der B. V. für den Fall eines Zwiespaltes. Zugleich überreichte die Commission eine tabellarisch geordnete, vergleichende summarische Darstellung des Rechtszustandes der subjicirten vormaligen Reichsstände e).

a) In der Reihenfolge ihrer Agendorum, setzte die B.V. diesen Gegenstand als zur dritten Classe gehörend. Protoc. v. 1817, §. 52, Beilage 11, Num. II, u. §. 91. Wiederholt ward solcher, unter Num. 1, in die Ordnung der Berathschlagungsgegenstände gesetzt, in dem Protoc. v. 1817, §. 388, und abermal in diejenige «Zusammenstellung der zur weitern Berathung an den Bundestag zu bringenden besondern Gegenstände», welche zu der vertraulichen Sitzung v. 27. Jul. 1820 loco dictaturae gedruckt ward. — Summarische Uebersicht der Verhandlungen der B.V., die staatsrechtl. Verhältnisse der Mediatisirten betr., in d. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 137 ff., Heft 2, S. 219 ff., Heft 3, S. 181 ff.

b) Protocolle der B.V. v. 1818, §. 225; v. 1820, §. 11 u. 210; v. 1821, §. 170.

c) Protoc. v. 1818, §. 225.

d) Beilage 20 zu §. 101 des Protoc. v. 24. Mai 1819, u. in d. angef. Archiv, Bd. I, Heft 2, S. 144 ff., Heft 3, S. 137 ff. Einen früheren gutachtl. Bericht des hannöver. Gesandten, findet man in der Beil. 22 zu §. 31 der Protoc. v. 1816.

e) Beilage 24 zu §. 101, der Protoc. v. 1819; auch, u. zwar ausgedehnt auf das gh. hessische Edict v. 7. Apr. 1820 u. die preufs. Instruction v. 30. Mai 1820, in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 108 ff. Darin sind die einzelnen Gegenstände übersichtlich dargestellt, nach der baier. Declaration v. 1807, nach der wirtemb. Darstellung, nach dem badischen Edict v. 1819,

nach der grofsherzoglich-hessischen Erklärung v. 5. März 1818, nach dem baier. Edict vom 26. Mai 1818, und nach der rhein. BundesActe.

§. 236[d].

Fortsetzung.

V) Durch einen Beschlufs vom 24. Mai 1819[a]), wurden hierauf von der B. V. 1) alle Regierungen, die es angeht, «dringend aufgefordert, den Subjicirten zuvörderst alle die einzelnen Befugnisse und denjenigen gesammten Rechtszustand angedeihen zu lassen, so wie die Bestimmungen des Art. 14, zugleich mit der baierischen Verordnung vom März 1807, die Basis und Norm dazu angeben, auch sich dieserhalb nur zunächst an den Ausdruck und die Vorschrift derselben zu halten; diejenigen Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten, welche hiemit in Widerspruch ständen, oder nicht ausreichten, möchten abzuändern oder zu ergänzen seyn. Ferner möchten 2) die Regierungen über alle Puncte und streitigen Fragen, welche durch die vorgedachten Bestimmungen nicht erledigt werden, oder worüber eine verschiedene Anwendung nach der eigenthümlichen Beschaffenheit der Bundesstaaten gewünscht wird, zwar noch die Unterhandlungen mit den ihnen subjicirten vormaligen Reichsständen und Reichsadelichen ungesäumt fortsetzen und betreiben, damit ein freiwilliges Uebereinkommen noch versucht werde, in dessen Ermangelung jedoch, wären innerhalb kürzester Zeitfrist, diejenigen Puncte, welche dann noch streitig und unerledigt geblieben, nur, mittelst Vorlegung der darüber geführten Verhandlungen, an den Bundestag zu bringen, und, nach der von demselben im Sinn der BundesActe abzugebenden Erklärung, zum endlichen Abschlufs zu befördern und zu entscheiden». VI) Auf Veranlassung der in den wiener MinisterialConferenzen von

1820 versammelten Bevollmächtigten der Bundesglieder, ward abermal die Aufmerksamkeit der B. V. auf die Anträge und Beschwerden der Standesherren gerichtet (§. 236b, a). VII) In Ansehung dieser, hat dieselbe nach wie vor, sich bestrebt, ihrer amtlichen Thätigkeit einen angemessenen Erfolg zu verschaffen (§. 236c u. 236e).

a) Protocolle der B.V. v. 1819, §. 101; in Beziehung genommen in d. Protoc. v. 1820, §. 178. Nur *Wirtemberg* dissentirte bei diesem Beschlufs, unter Anführung besonderer Gründe (§. 101 des Protocolls). Auch GH. *Hessen* gab bald nachher eine abweichende Erklärung, im §. 128 der Protoc. v. 1819. — Schon in dem *Beschlufs* der B.V. v. 1. Oct. 1818 (Protoc., §. 225), wurden die «von einzelnen vormaligen Reichsständen und von den Bevollmächtigten des vormaligen unmittelbaren Reichsadels eingereichten Vorstellungen, den Regierungen, welche es angeht, im Allgemeinen zur geneigten Würdigung empfohlen». — Auch ist bemerkenswerth, der Vortrag des östreich. Gesandten, in d. Protoc. v. 1. Oct. 1818, §. 225, nebst dem ersten PräsidialVortrag in d. Protoc. v. 1816, §. 7, II, 1.

§. 236c.

Standesherrliche Beschwerden. Landesherrliche Gegenerklärungen und Anzeigen, wegen Erfüllung des 14. Artikels der B.A.

I) Zu Erlangung des ihnen zugesicherten Rechtszustandes, wendete sich ein grofser Theil der Standesherren mit Anträgen und Beschwerden an die Bundesversammlung a). Manche dieser Beschwerden waren von einer bedeutenden Anzahl von Standesherren gemeinschaftlich, wider die Regierungen verschiedener Bundesstaaten gerichtet b); andere von mehreren in Gemeinschaft, blofs wider die Regierung eines einzelnen Landes c). Andere Beschwerden wurden von einzelnen standesherrlichen Häusern, blofs gegen die Regierung desselben Landes angebracht d). II) Diejenigen Regierungen von Bundesstaaten, wider welche Beschwer-

den dieser Art namentlich gerichtet waren, wurden hiedurch zu Gegenerklärungen veranlafst *e*). III) Aber auch andere Regierungen nahmen Anlafs zu Anzeigen bei der B. V., was in ihren Ländern sie für Ordnung des standesherrlichen Rechtszustandes und zu Erfüllung des 14. Artikels der BundesActe gethan hätten *f*).

a) Von Zeit zu Zeit erschienen am Sitz der B.V. eigene *Bevollmächtigte:* etliche für eine bedeutende Anzahl von Standesherren, wie anfangs der Graf von *Waldeck* (Beil. 22 zu §. 31 des Protoc. v. 1816), nachher, an dessen Stelle, der Graf von *Bassenheim* (Protoc. v. 1819, §. 101, Beil. 20 u. 23, v. 1821, §. 45); andere für einzelne standesherrliche Häuser, z. B. für das fürstliche Gesammthaus *Hohenlohe*, dann für *Castell* und *RechterenLimpurg*, Protoc. v. 1817, §. 5; für die fürstlichen Häuser *Leiningen*, *LöwensteinWertheimRosenberg*, und *Thurn* und *Taxis*, Beil. 22 zu §. 31 des Protoc. v. 1816; für *LöwensteinWertheimFreudenberg*, Protoc. v. 1820, §. 178.

b) Beilage 22 zu §. 31 der Protoc. v. 1816. Wider *Wirtemberg*, *Baden* und GH. *Hessen*, Beil. 20 zu §. 101 der Protoc. v. 1819.

c) Wider *Wirtemberg*, Protoc. v. 1821, §. 45 u. 107. Wider *Baden*, Protoc. v. 1821, §. 178; v. 1821, §. 16 u. 107.

d) 1) Wider *Wirtemberg:* a) von dem fürsl. Hause *Thurn* und *Taxis*, Beil. 20 zu §. 101 des Protoc. v. 1819, eine Beschwerde, welche gütlich beigelegt ward, Protoc. v. 1819, §. 209, wirtemb. Regier. Blatt, 1819, Num. 156; b) von dem fürstl. Gesammthause *Hohenlohe*, Beil 20 zu §. 101 des Protoc. v. 1819, u. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 39 ff., Heft 2, S. 29 ff., Heft 3, S. 47 ff., Bd. II, Heft 1, S. 28 ff.; c) die Beschwerden der Grafen von *Waldeck-Pyrmont* und von *IsenburgMeerholz*, wurden durch Uebereinkunft beigelegt, Protoc. v. 1822, §. 38, wirtemb. Regier. Blatt, 1819, Num. 57 u. 79. — 2) Wider *Baden*, a) von dem F. von *LöwensteinWertheimFreudenberg*, Beil. 20 zu §. 101 der Protoc. v. 1819, Protoc. v. 1820, §. 178, v. 1821, §. 16, u. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 72 ff., Heft 2, S. 83 ff., Heft 3, S. 114 ff.; b) von den fürstl. Häusern *LöwensteinWertheimRosenberg* u. c) *Leiningen*, Protoc. v. 1820, §. 178, u. v. 1821, §. 16, u. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 86 ff., Heft 2, S. 89 ff., Heft 3, S. 127 ff. — 3) Wider GH. *Hessen:* a) von dem Gr. v. *Erbach-Erbach*, Protoc. v. 1821, §. 206. u. v. 1822, §. 44, die Denkschrift v. 12. Jun. 1821, mit Anmerkungen, in d. angef. Ar-

chiv, Bd. I, Heft 3, S. 1—46; b) von den fürstl. Häusern *SolmsBraunfels* und *SolmsLich*, Protoc. v. 1822, §. 180, N. 92.
e) 1) *Wirtemberg*, Protoc. v. 1818, §. 57 u. 255; v. 1819, §. 101; v. 1821, §. 45; v. 1822, §. 38. 2) *Baden*, Protoc. v. 1818, §. 107; v. 1819, §. 68; v. 1821, §. 243. 3) GH. *Hessen*, Protoc. v. 1818, §. 65, u. die dazu gehörige, loco dictaturae gedruckte «Nähere Darstell. der standesherrl. Verhältnisse in dem GH. Hessen, S. 173 der Orig. Ausg. der Protoc. v. 1819, §. 128.
f) 1) *Preussen*, Protoc. v. 1818, §. 212; v. 1820, §. 74. 2) *Baiern*, Protoc. v. 1818, §. 133; 3) *Hannover*, Protoc. v. 1818, §. 97. 4) *Nassau*, Protoc. v. 1818, §. 20.

§. 237.

II) Nach staatsgesetzlichen Bestimmungen einzelner Bundesstaaten;

1) *vor Errichtung des t. Bundes.*

I) Schon die rheinische BundesActe *a*), hatte den Rechtszustand der von ihr geschaffenen Standesherren, im Wesentlichen, vertragmäsig *b*) bestimmt (oben §. 43—45). II) Sinn, Umfang und Auslegung ihrer Bestimmungen, so wie die wichtige Frage: für Wen (den Landesherrn, oder die Standesherren,) in zweifelhaften Fällen die Rechtsvermuthung streiten müsse? waren fast nirgend ausser Streit geblieben *c*). Auch vermifste man, in derselben BundesActe, noch verschiedene nähere Bestimmungen über jenen Rechtszustand, welche zu Vermeidung aller Ungewifsheit des Rechtes, so wie zur Gleichförmigkeit der Standesherrlichkeit in allen Bundesstaaten, für nothwendig erachtet wurden. III) Durch diese zweifache Betrachtung, glaubte man in einzelnen Bundesstaaten sich veranlafst und befugt, zu eigener staatsgesetzlicher Festsetzung des Rechtszustandes der inländischen Standesherren, für ihre Personen, Familien, und standesherrlichen Besitzungen, mittelst oberlandesherrlicher Declarationen, Organisationen, Verordnungen, Edicte, Resolutionen, Erläuterungen, u. d. *d*).

a) Auch die *EinweisungsProtocolle* der Commissarien des Bundesstifters (oben §. 30, e), enthielten zum Theil ausdrückliche *Bedingungen* der Einweisung in die Oberhoheitslande.

b) Von abweichenden Meinungen, s. oben §. 44, Note e.

c) Hievon Klüber's Staatsrecht des Rheinbundes, §. 106 — 110. *Ebendess.* Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 276 f.

d) Hieher gehören: 1) Für Baiern: Declaration, die Souverainetäts- und SubjectionsVerhältnisse in den subordinirten Ländern betr., v. 19. März 1807; in d. baier. Regier. Blatt, 1807, S. 465 — 490, in Winkopp's Rhein. Bund, IV. 372, u. in d. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 194 ff., u. in den Quellen des öffentl. Rechts der t. Bundesstaaten, Bd. II, S. 239 ff. Erläuterung (v. 25. Mai 1807) der Declarationen v. 31. Dec. 1806 u. 19. März 1807, die Bestätigung der FamilienVerträge betr.; Rhein. Bund, VII. 175, u. in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 161 ff. Edict über die gutsherrlichen Rechte, v. 28. Jul. 1808; Rhein. Bund, XXII. 138. Edict, die Verhältnisse des Adels betr., v. 28. Jul. 1808; Rhein. Bund, XXIV. 436. Nachtrag dazu, v. 22. Dec. 1808. — Declaration v. 7. Jun. 1806 (*vor* Errichtung des rhein. Bundes), die Grafen von *Fugger* betr., Rhein. Bund, I. 67. II. 226. Vergl. mit der Bekanntmachung der baier. LandesDirection in Schwaben; Rhein. Bund, XII. 516. XIV. 295. Declaration über die Rechte u. Immunitäten des F. v. *Thurn* u. *Taxis* u. s. DienstPersonals in d. Stadt Regensburg, v. 27. März 1812; in d. Regier. Blatt v. 1812. Vergl. H. v. Schelhass Magazin d. baier. Staats- u. Privatr., Bd. I (1808), Num. 3. — Von der Declaration für den Grafen von *Pappenheim*, unten §. 239, b. Von der Declaration für den Prinzen Eugen, Herzog von *Leuchtenberg*, als Fürsten von *Eichstädt*, unten §. 240[b], a. — 2) Für Wirtemberg: Resolution, mehrere, die subordinirten Fürsten, Grafen u. Edelleute angehende Bestimmungen betr., v. 26. Jun. 1807; Rhein. Bund, IX. 436. Verordn. über die Obsignationen, Inventuren und Vermögenstheilungen bei den Mediatisirten, v. 14. Febr. 1807.; Rhein. Bund, V. 300. XVII. 252. Zusammenstellung der, die Verhältnisse der Fürsten, Grafen und Edelleute des Königreichs (Wirtemberg) bestimmenden Gesetze und Verordnungen. Stuttg. 1811. 4. (Erschien auch mit Anmerk. unter d. Titel: Würtembergs Souverainetäts-Missbräuche u. s. w. Teutschl. 1814. 8). Vergl. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 2, S. 173 — 192. — 3) Für Baden: Provisorische Verordn. die staatsrechtl. Verhältnisse der subordinirten Fürsten u. Grafen betr., v. 20. März 1807; Rhein. Bund, VII. 106. Verordn. (oder drittes

ConstitutionsEdict) die StandesherrlichkeitsVerfassung betr. v. 22. Jul. 1807; Rhein. Bund, XII. 321. XVII. 272. XXIV. 435. u. in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 163 ff. Verordn. die Siegel der St. H. betr., v. 8. Oct. 1807, in Oesterreicher's Archiv, Jahrg. II, St. 2, N. 8. Organisation f. d. Grofsherzogth. Baden, v. 26. Nov. 1809. Verordn. v. 14. Mai 1813, betr. die Einziehung aller «standesherrl. Obrigkeit in Criminal- u. Civil-, auch Rechts-, Kirchen- u. gemeinen Polizei-, auch Regierungssachen»; in d. Regier. Bl. 1813, St. 15. Verträge mit Frankfurt u. Wirzburg, wegen der unter mehreren Bundesfürsten zugleich angesessenen Standes- und Grundherren, v. 1811 u. 1812, u. Verordn. wegen der zugleich im Grofsherzogthum Hessen angesessenen, v. 5. Mai 1813, in d. Regier. Blatt, 1813, St. 17. Von FamilienFideicommissen, s. bad. Landr. v. 1809, Satz 577 ea ff. u. Verordn. v. 5. Jun. 1808, §. 22, in d. Rhein. Bund, XXVIII. 123. Von ihrem Gerichtstand s. Verordn. v. 8. Jun. 1810. Vergl. auch Rhein. Bund, XXXV. 303. — 4) Für das Grofsherzogthum Hessen: Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren u. ihrer Bezirke u. Gebiete betr., v. 1. Aug. 1807; Rhein. Bund, XIII. 54. Nachträge hiezu, v. 31. März, 20. Jun. u. 28. Dec. 1808, in d. Rhein. Bund, XX. 256. XVIII. 450. Anordn. einer obervormundschaftlichen Behörde über Familien vormaliger Reichsstände; Rhein. Bund, IX. 489. Vergl. auch Rhein. Bund, LXII. 241. LXIII. 64. Verordn. wegen der Siegel der Standes- und PatrimonialHerren, v. 1. Aug. 1808. Von ihrer Steuerpflicht, Verordn. v. 20. Jun. 1808, in d. Rhein. Bund, XX. 259. — 5) Für das ehemalige Grofsherzogthum Wirzburg: Verordn. v. 9. Jun. 1807; in d. Rhein. Bund, X. 3. — Vergl. auch Rhein. Bund, VIII. 295. IX. 491. XIV. 296. XX. 180.

§. 238.

Ihre Anwendung und Uebersicht.

I) Die vorhin genannten staatsgesetzlichen Bestimmungen, werden in manchen Bundesstaaten, nicht immer ohne Widerstreit mit den Vorschriften der teutschen BundesActe (§. 231 ff.), noch jetzt mehr oder weniger in Anwendung gebracht. II) Obgleich schon früher aus ihnen, als blofs particulären Bestimmungen, allgemeine Grundsätze nicht zu bilden waren, so gewährt doch eine summarische Darstel-

lung ihres Inhaltes a), namentlich ihrer wichtigsten Eigenheiten, eine Uebersicht nicht blofs der Absichten, Grundsätze und Verfahrungsweise einzelner Staatsregierungen, sondern auch desjenigen, worauf man bei der bevorstehenden Erforschung und näheren Festsetzung eines in allen Bundesstaaten übereinstimmenden staats- und privatrechtlichen Verhältnisses der Standesherren (§. 235), die Aufmerksamkeit zu richten habe.

a) Eine solche findet man, in Klüber's Staatsr. d. Rhein.Bundes, §. 189 — 218, nach folgenden Rubriken: A) *Persönliches* Verhältnifs. Huldigung. Titel und Wappen. Kirchengebet. Trauer. Canzlei- u. HofCeremoniel. Residenz und Einkünfte. Ehren- u. Schlofswache. Auswärtige Kriegsdienste. Familiengesetze. Verbindlichkeit allgemeiner Landesgesetze. Persönliche Polizeibehörde. Gerichtstand: 1) in CivilStreitigkeiten; 2) in Sachen der freiwilligen Gerichtbarkeit; 3) in peinlichen Sachen. Aeltere Privilegien und Exemtionen. Heutige Immunitäten. Auswärtiges Staatsverhältnifs B) Verhältnifs der *standesherrlichen Besitzungen*. 1) Grundeigenthum. 2) Rechte: a) Oberhoheitsrechte. b) Standesherrliche Realrechte. Gerichtbarkeit, bürgerliche und peinliche. Cent. Forst-, Lehn-, geistliche und freiwillige Gerichtbarkeit. Fiscalische Sachen. Justizbeamte und Canzleien. Appellation. Aufsicht. Taxen und Sporteln. Niedere Polizei. Finanz- und Cameralrechte. Oberlandesherrliche Reservatrechte. Patrimonialherrliche Rechte. Privilegien- und Dispensationsrecht. Aemter-, Titel- und Rangrecht. Erziehungswesen. Oeffentlicher Unterricht. Kirchensachen. Lehnsachen. Landes- und Kammerschulden. Pensionirung und Abtheilung standesherrlicher Diener. — Vergl. auch, Rhein. Bund, VII. 145. VIII. 200. XLI. 227. Brun's system. Darstell. des rhein. Bundes, §. 98 — 189.

§. 239.

Ihre Entstehungsart und Verschiedenheit. Beschwerden dagegen. Verleihung der Standesherrlichkeit.

I) Dabei wird jedoch nicht zu übersehen seyn, dafs in dem Streit über Sinn, Umfang und Auslegung

der rheinischen BundesActe, so wie über Rechtsvermuthung, die Oberhoheitsherren selbst, oft für eigenen Vortheil, zur Entscheidung geschritten seyen, und dafs in ihren staatsgesetzlichen Willenserklärungen, der Rechtszustand der Standesherren, dessen allgemeine Gleichförmigkeit selbst die rheinische BundesActe beabsichtigte, nicht selten auf ganz verschiedene Weise, hie und da sogar wider den klaren Inhalt jener BundesActe, bestimmt worden sey. Durch welches Alles II) die Standesherren zu vielfach geäusserten Beschwerden sich berechtigt hielten a). III) Endlich ward auch, in dem Zeitraum des rheinischen Bundes, in etlichen Bundesstaaten Standesherrlichkeit an ansehnliche Grundherrschaften durch Privilegien gegeben b).

a) (v. Städel's) Bemerkungen zu d. grofsherzogl. badischen OrganisationsEdict v. 26. Nov. 1809. Wertheim 1809. Fol. Leidensgeschichte der durch die RheinbundActe mediatisirten vormal. Reichsstände. Teutonien 1813. 8. Geburt, Thaten u. Ende des Rheinbundes. Germanien 1813. 8. Materialien zu Germaniens Wiedergeburt. 1814. 8. Würtembergs SouverainetätsMifsbräuche. Teutschl. 1814. 8. Vergl. auch Klüber's Uebersicht der diplom, Verhandl. des wiener Congr., S. 279 ff. — Von der Competenz der B.V. bei Beschwerden dieser Art, oben §. 236[b]. — Von den Beschwerden u. Anträgen der Standesherren, auf dem wiener Congrefs, s. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 281 ff.

b) Standesherrlichkeit erhielten: 1) in dem Grofsherzogthum *Hessen*, im J. 1808, die gräflich-görtzische Herrschaft *Schlitz*, deren Besitzer wegen solcher vorhin Mitglied der fränkischen Reichsritterschaft, und überdiefs seit 1804 Mitglied des wetterauischen GrafenCollegii gewesen war; Rhein. Bund, XXIX. 247; 2) in dem Grofsherzogthum *Baden*, im Jahr 1808, die gräflich-hochbergische, jetzt markgräflich-badische Herrschaft *Zwingenberg* am Neckar, früher zu der fränkischen Reichsritterschaft, Canton Ottenwald, später unter kurpfälzische Hoheit gehörig; 3) in dem Königreich *Baiern*, durch eine königl. Declaration v. 22. März 1807, der Graf von Pappenheim, für seine vormals reichsunmittelbare, doch nicht reichsständische Grafschaft oder Herrschaft *Pappenheim*. Es wurden ihm, eine JustizCanzlei als Gericht zweiter Instanz,

ein MediatConsistorium, die standesherrlichen Ehrenrechte u. s. w. eingeräumt. Im J. 1819, erhielt er in der baierischen Ständeversammlung Sitz und Stimme in der Kammer der Reichsräthe, unter den Standesherren; als Reichserbmarschall, hatte er auf der allgemeinen Reichsversammlung in dem Reichsfürstenrath Sitz, aber nicht Stimme. — Von *KaunitzRietberg* und *BentheimTecklenburg*, die in den J. 1807 und 1808, jener von dem König von Westphalen, dieser von dem Grofsherzog von Berg, standesherrlich untergeordnet wurden, s. oben §. 230ᵃ, Note f. Vermöge der SchlufsActe des wiener Congresses, haben beide nun Standesherrlichkeit im Sinn der t. BundesActe. — Von den *Wirkungen* einer Verleihung der Standesherrlichkeit, unten §. 240ᵇ.

§. 240ᵃ.

2) *Seit Errichtung des t. Bundes.*

I) Seit Errichtung des teutschen Bundes, ist in den meisten von denen Bundesstaaten, in welchen Standesherren sich befinden, durch landesherrliche Verordnungen und Erklärungen, zum Theil nach vorher genommener Rücksprache mit den Betheiligten, der Rechtszustand der inländischen Standesherren dergestalt festgesetzt worden, dafs die in dem 14. Artikel der BundesActe enthaltenen Bestimmungen nicht nur namentlich auf dieselben angewandt, sondern auch theils näher bestimmt, theils erweitert wurden, obgleich nicht durchgehends und nicht überall zu voller Zufriedenheit der Standesherren. II) Verordnungen dieser Art sind bekannt gemacht worden, in Preussen *a*), Baiern *b*), Wirtemberg *c*), Baden *d*), Grofsherzogthum Hessen *e*), Kurhessen *f*). Nassau hat durch Auseinandersetzung mit jedem einzelnen Standesherrn, dessen besondern Rechtszustand geordnet *g*), wie auch in verschiedenen andern Bundesstaaten, neben der daselbst erlassenen allgemeinen Verordnung, geschehen ist *h*).

a) *Preussen*: Edict v. 21. Jun. 1815, in der Gesetzsamml. für die preufs. Staaten, 1815, St. 9, in d. Protoc. der B.V. v.

1818, als Beilage 23 zu §. 212, u. in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, S. 143 ff. Vergl. auch davon die Verhandlungen der Landstände des Königr. Würtemberg, im J. 1816, Abth. XXI. — Als nähere und ergänzende Bestimmung dieses Edictes, erschien, unter dem 30. Mai 1820, eine Instruction wegen Ausführung des Edictes v. 21. Jun. 1815, in der angef. Gesetzsamml., 1820, Num. 9, und in d. Protoc. der B.V. v. 1820, als Beil. 8 zu §. 74.

b) *Baiern*: Edict, betr. die staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren, v. 26. Mai 1818, u. Edict über die Rechte des Adels, von demselben Datum; beide als Beilagen zu der Verfassungsurkunde von demselben Datum, u. in G. Döllinger's Verfass. des Königr. Baiern, Bd. I. Das erste Edict steht auch, als Beil. 20 zu §. 133, in dem Protoc. der B.V. v. 1818, u. in dem Archiv für standes- und grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 214 ff.

c) *Wirtemberg*: Declarationen, die staatsrechtl. Verhältnisse betr., a) für *Thurn* und *Taxis*, v. 8. Aug. 1819; b) für *WaldeckPyrmont*, v. 23. Aug. 1819; c) für *IsenburgMeerholz*, v. 21. Nov. 1819, alle in d. wirtemb. Regier.Blatt. — Wegen der übrigen 52 wirtemb. Standesherren, s. die wirtemb. Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 31. Jan. 1822, §. 38.

d) *Baden*: Verordn., die standesherrl. Verhältnisse betr., v. 23. April 1818, in d. bad. Regier. Blatt v. 1818, Num. 9, und in den Protocollen der B.V. v. 1818, als Beilage 27 zu §. 107. — Edict, die standes- und grundherrl. Verhältnisse betr., v. 16. April. 1819, in dem Regier. Blatt, u. in d. Protoc. der B.V. v. 1819, als Beil. 13 zu §. 68, und in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 204 ff. — Man s. auch die oben (§. 236ᵃ, e) angef. badischen Erklärungen in der B.V.

e) GH. *Hessen*: Edict, die standesherrl. Rechtsverhältnisse betr., v. 17. Febr. 1820, in d. Regier. Blatt. Man s. auch die oben (§. 236ᵃ, e) angef. Erklärungen in der B. V.

f) *Kurhessen*. Verordn. v. 1. Mai 1818, betr. den Gerichtstand der Standesherren.

g) *Nassau*: Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 20.

h) So in den preussischen Rhein- und westphälischen Provinzen, u. in Wirtemberg.

§. 240b.

Wirkungen einer Verleihung der Standesherrlichkeit.

Wird in einem Bundesstaat, einem Grundeigenthümer und dessen Familie, durch landesherrliche Verleihung, Standesherrlichkeit mit demselben, oder mit einem davon nicht sehr abweichenden Umfang von Gerechtsamen ertheilt a), wie solcher den Standesherren im Sinn der teutschen BundesActe zukommt, so beruht I) der Rechtstitel der Privilegirten einzig auf der Verleihung des inländischen Staatsoberhauptes, und es können der 6. und 14. Artikel der BundesActe, als solche, nicht als Rechtsquelle dienen. II) Es wird also durch eine solche, in ihrer Wirksamkeit auf das Staatsgebiet des Ertheilers sich beschränkende Verleihung, 1) ein Anspruch zur Theilnahme an einer standesherrlichen CuriatStimme in dem Plenum der Bundesversammlung, wenn eine solche errichtet würde (§. 116 g u. 231), eben so wenig begründet, als 2) ein in allen Bundesstaaten nothwendig anzuerkennender hoher Adelstand (§. 231), und 3) die in der BundesActe den Standesherren zugesicherte Fortdauer der Ebenbürtigkeit (§. 231); wenn gleich dem Bevorrechteten diese Vorzüge, alle oder zum Theil, aus andern Rechtsgründen zustehen können.

a) Beispiele aus der Zeit des rhein. Bundes, oben §. 239, b. — K. baierische Erklärung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Prinzen *Eugen*, Herzogs von *Leuchtenberg*, in seiner Eigenschaft als Fürst von *Eichstädt*, v. 15. Nov. 1817, in d. baier. Regier. Blatt v. 1817, S. 947 ff. — Der gräfl. (nun fürstl.) bentheim-tecklenburg- oder rhedaischen, vormals reichsunmittelbaren, aber nicht reichsständischen, Grafschaft oder Herrschaft *Hohenlimburg*, welche in der Schluſs-Acte des wiener Congresses, Art. 23, bloſs für ein preussisches Schutzland erklärt, und daher in dem Art. 43 und 24 unter den preussischen Standesherrschaften unerwähnt geblieben war, wurde, auf Bitte ihres Besitzers, des Grafen (seit 1817 Fürsten) von BentheimTecklenburg oder BentheimRheda, durch eine königlich-preussische CabinetsOrdre

v. 19. Dec. 1816 Standesherrlichkeit eingeräumt. Die letzte, im Sinn der t. BundesActe, war ihrem Besitzer, wegen der gleichfalls vorhin reichsunmittelbaren, aber nicht reichsständischen Herrschaft Rheda, in der Schlufsacte des wiener Congresses, Art. 43, schon zugesichert. — K. preussische Erhebung: 1) des f. thurn- u. taxischen Fürstenthums *Krotoszyn* zu einer schlesischen Standesherrschaft, im J. 1819, unten §. 354[b], Note b; 2) des landgräfl. hessen-rothenburgischen ratibor-raudenschen GüterComplexus und der Herrschaft Corvey, jenes unter dem Namen MediatHerzogthum *Ratibor*, dieser unter der Benennung MediatFürstenthum *Corvey*, im J. 1822. 3) der hatzfeldtischen Herrschaften *Wildenburg* u. *Schönstein* zu e. Standesherrschaf., 1821, s. den folg. §., Note b.

§. 240 c.

Mittelclasse zwischen Standesherren u Grundherren.

Als eine **Mittelclasse**, zwischen den Standesherren im Sinn der teutschen BundesActe und den vormals reichsunmittelbaren Grundherren, kann man gewisse ansehnliche Landeigenthümer betrachten, die sowohl für ihre Person und Familie, als auch für ihren Herrschaft- und Eigenthumsbezirk, mit einem Inbegriff von Vorrechten ausgestattet sind, der sie zwar auf eine höhere Stufe als die Grundherren erhebt, aber doch einen Anspruch auf alle den Standesherren durch die BundesActe zugesicherten Vorrechte nicht begründet *a*), wenn gleich manche derselben, z. B. Ebenbürtigkeit und in allen Bundestaaten anzuerkennender hoher Adelstand, in anderer Hinsicht ihnen zustehen können. Dahin gehören I) solche, die zur Zeit der teutschen Reichsverbindung, wenn gleich ohne dingliche, und nicht alle mit persönlicher Reichsunmittelbarkeit, und ohne Landeshoheit, doch zur Ausübung eines solchen Inbegriffs von Regierungsrechten ermächtigt waren, den man damals vertragmäsige, oder auch reichsmittelbar untergeordnete oder subalterne Landeshoheit, Landesherrlichkeit oder Regierungsgewalt (§. 101, a) zu nennen pflegte *b*). II) Auch diejenigen gehören da-

hin, die zwar mit einem mindern Umfang von untergeordneten Regierungsrechten als die so eben genannten, doch aber mit einem bedeutenderen als die Grundherren gewöhnlicher Art, ausgestattet sind; sey es als Rechte persönlicher und dinglicher Reichsunmittelbarkeit und Landesherrlichkeit zur Zeit des teutschen Reichs c), oder kraft landesherrlicher Verleihung neuerer Zeit d).

a) Ein ordo medioxumus, auf welchen darum mit Hommel (rhapsodia observatt., T. VI. obs. 899.) die Regel noch nicht anzuwenden seyn möchte: «comparatum in classem ejus cui comparatur, non in sequentem, esse collocandum».

b) Beispiele: 1) Das fürstliche und gräfliche, vormals reichsständische, Haus *Schönburg*, im Verhältnifs zu dem Königr. Sachsen, nach einem Recefs von 1740 (v. Römer's Staatsr. u. Statistik des Churfürstenth. Sachsen, Th. II, S. 73—83), erhielt seinen Rechtszustand durch eine königlich-sächsische Declaration v. 18. Mai 1815 bestätigt, welche für einen Bestandtheil der SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 118, erklärt ward. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 139 ff. Bd. VII, S. 155. Im Jahr 1818, machte Schönburg, in einer gedruckten Denkschrift, bei der B.V. den Antrag «auf Bestimmung seiner bei dem t. Bund auszuübenden Rechte und Vortheile, insbesondere in Betreff der «Stimmberechtigung bei demselben»; es stehe, fügt es hinzu, «mit den mediatisirten fürstlichen und gräflichen Häusern keineswegs auf einer Linie». Die Sache kam zeither in der B.V. nicht in Berathung. — 2) Das gräfliche, vormals reichsständische Haus *Stolberg*, a) wegen der Grafschaft Hohnstein im Königr. Hannover (§. 101, a), b) wegen der Grafschaften Wernigerode (§. 101, a) und c) Stolberg, beide in k. preussischem Gebiet. — 3) *HessenRheinfelsRothenburg*, wegen der so genannten rothenburgischen Quart in Kurhessen. Decisiones Hasso-Cassel., T. II. dec. 285. n. 3. — 4) *SchwarzburgRudolstadt*, wegen des Amtes Ilm unter sachsen-gothaischer Hoheit. Man s. die s. gothaische Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 20. Aehnliche Verhältnisse *Schwarzburg-Sondershausens* zu S. Weimar und Preussen (vorhin Kursachsen) sind durch Uebereinkunft aufgehoben, die ersten 1811, die andern 1816. — Die Herrschaft *Broich* an der Ruhr (1819 mit 13,811 Einw. auf mehr nicht als ⅞ QM.) eine Herrschaft, wenn gleich nicht reichsunmittelbar, doch mit sehr bedeutenden Vorrechten, ehehin unter grofsherzoglich-bergischer Ho-

heit, anfangs den Dynasten von Broich bis 1372, dann den Grafen zu Limburg aus der hohenlimburger Linie bis 1508, hierauf der Familie von Daun, Grafen zu Falkenstein, bis 1682, endlich dem gräfl. Hause Leiningen u. Dachsburg gehörend, aus welchem sie zuletzt bis 1818 eine an den Prinzen Georg von HessenDarmstadt vermählte Erbtochter besafs, von welcher dieselbe auf deren zweiten Sohn Georg übergieng. Obgleich Broich in der rhein. BundesActe, Art. 24, als Standesherrschaft dem Grofsherzog von Berg untergeordnet ward, so wurden doch von diesem standesherrliche Rechte der Besitzerin nicht eingeräumt, vielmehr alle Regierungsrechte ihr entzogen; erst seit dem 1. April 1816 erhielt sie, von Preussen, wieder die CivilGerichtbarkeit erster Instanz.

c) Als Beispiele mögen dienen: 1) das CondominatAmt *Mayscheid* (1818 mit 1456 Einw.) in dem preufs. Regierungsbezirk Coblenz, dem Fürsten von WiedRunkel u. dem Grafen von Walderdorf gehörig, ehehin Bestandtheil der nichtreichsständischen, aber zu Kreisstandschaft im kurrheinischen Kreis berechtigten Grafschaft NiederIsenburg, war reichsunmittelbar, aber weder reichs- und kreisständisch noch reichsritterschaftlich, dennoch beitragpflichtig zu Kammerzielen. — 2) Schlofs und Flecken *Schwarza* (1816 mit 934 Einw. in 159 Häusern), im preufs. Antheil der Grafschaft Henneberg, dem gräflichen Hause StolbergWernigerode gehörend, war reichsunmittelbar, aber weder reichs- und kreisständisch noch reichsritterschaftlich, auch in der neuern Zeit nicht reichs- und kreissteuerpflichtig, früher, wie es scheint, Zugehör der Grafschaft Henneberg, von welcher es 1549 durch eine Erbtochter an Stolberg kam, seit 1350 wirzburgisches aufgetragenes Erb- und PatrimonialLehn. — 3) Die Herrschaft *Schauen* (3/4 QM., im J. 1800 mit ungef. 1100 Einw.), bei Halberstadt, im preufs. Regierungsbezirk Magdeburg, der freiherrlichen, nun gräflichen Familie v. Grote gehörig, war weder reichsständisch noch reichsritterschaftlich, aber reichsunmittelbar. Die Schlufs-Acte des wiener Congresses, Art. 43, erklärte solche für einen Bestandtheil der preufs. Monarchie. — Solche ehehin reichsunmittelbare, aber weder reichsständische noch reichsritterschaftliche Besitzungen, sind auch: das fürstl. trautmannsdorfische (1812 an den geh. Rath v. Feder verkaufte) Dorf *Umpfenbach* unweit Wertheim (Brauer's Beiträge zu e. Staatsr. der rhein. Bundesstaaten, S. 57 u. 199); das v. Kanne'sche Rittergut *Liebau* bei Coburg; das freiherrl. v. Kurzrockische freie Gut *Wellingsbüttel*, im Herzogth. HolsteinGlückstadt; das FreischulzenGut *Wisch*, an der mecklenburgischen Grenze, ehehin (1791) dem Fürsten von Hessenstein gehörend. —

Die als Bestandtheil der preussischen Monarchie in der wiener Congreſsacte, Art. 43, (auch in der rhein. BundesActe, Art. 24) genannte, fürstlich- und gräflich- *hatzfeldtische* Herrschaft *Wildenburg*, an der Sieg, im J. 1816 mit 2614 Einw. auf ungef. 2 QM., bis 1418 eine Besitzung der Dynasten von Wildenberg, war reichsritterschaftlich. Vereinigt mit der angrenzenden fürstlich-hatzfeldtischen, ehehin unter Kurcöln landsässigen, Unterherrschaft *Schönstein* (1815 mit 1576 Einw.), ward dieselbe 1821 von Preussen zu einer *Standesherrschaft* erhoben, unter dem Namen *WildenburgSchönstein*.

d) Vergl. §. 239 u. 240.

V. Capitel.

Die Grundherren.

§. 241.

Grundherren. Grundherrlichkeit. Verschiedene Arten der Grundherren. Uebersicht des Capitels.

I) Die Grund-, Guts- oder Patrimonial-Herren sind Grundeigenthümer, adeliche oder nicht adeliche, physische oder moralische *a*) Personen, welche sowohl für ihre Person, als auch für ihre grundherrlichen Besitzungen *b*), besondere Rechte genieſsen; theils weniger, theils geringere, als die Standesherren *c*) II) Der Inbegriff dieser besondern Personal- und RealRechte, heiſst Grund-, Guts- oder PatrimonialHerrlichkeit *d*). III) In mehreren Bundesstaaten, findet man verschiedene Arten von Grundherren: 1) in Bundesstaaten auf der rechten Seite des Rheins, a) theils solche, die bei Auflösung der teutschen Reichsverbindung, nebst ihren Besitzungen schon landsässig oder reichsmittelbar, b) theils solche, die damals, nebst ihren Besitzungen, zwar nicht mit Reichsstandschaft versehen, aber doch reichsunmittelbar *e*) waren; 2) in

Bundesstaaten auf der linken Rheinseite, a) solche, die vor der durch den lünéviller Frieden (1801) erfolgten Abtretung an Frankreich, landsässig, und b) andere, welche damals reichsunmittelbar waren IV) Der Rechtszustand der Grundherren ist festgesetzt; theils allgemein (dieses für die vormals reichsunmittelbaren Grundherren, theils auf der rechten, theils auf der linken Rheinseite,) durch die teutsche BundesActe, theils besonders, in einzelnen Bundesstaaten staatsgesetzlich, zum Theil auch vertragmäsig, und zwar nicht selten auf verschiedene Weise. Von beiden Arten von Bestimmungen, ist hier zu handeln.

a) Auch Gemeinheiten oder Körperschaften (Corporationen), geistliche und weltliche, befinden sich hie und da unter den Grundherren. *Wirtemb.* Verfass. Vertr., 1819, § 39 ff.

b) Herrschaften, Grundherrschaften, Gebiete, Bezirke, Rittergüter, Güter, Höfe, Sattelhöfe, Orte; lehnbare und allodiale.

c) Vergl. Brauer's Beyträge zu e. allgem Staatsr der rhein. Bundesstaaten, S. 199. — Ungeachtet der stets fortschreitenden, strengeren und bestimmteren Ausbildung der teutschen Landeshoheit, befanden sich doch vielfältig, in fast allen teutschen Staaten, *landsässige Unterobrigkeiten*, sowohl ansehnliche Grundeigenthümer und Gemeinheiten, als auch wenig begüterte, adeliche und nichtadeliche Gerichtsherren, fortwährend in dem Besitz der Ausübung und Benutzung einer Reihe von niedern oder verleihbaren Regalien (§. 101). Von dieser Art sind z. B bürgerliche und peinliche Gerichtbarkeit, niedere Orts- oder BezirkPolizei, jus fisci minus, Aufnahme neuer Unterthanen, Judenschutz, IndustrieConcessionsrecht (§. 375), Forst- und Jagdgerechtigkeit, niederes Wasser- und Bergwerkregal, Nachsteuer und Abzugsgeld, überhaupt die so genannten benutzbaren oder FinanzRegalien (§. 98, b, u. 273), die man als einen *Ausfluss* oder Anhang dieser *particulären, untergeordneten obrigkeitlichen Gewalt* oder *Regierungsgewalt* betrachtete. Zahl und Umfang dieser Regierungsrechte, waren am beträchtlichsten bei denjenigen Fürsten und Grafen, städtischen und geistlichen Gemeinheiten, welchen eine vertragmäsige oder *untergeordnete Landeshoheit* oder Landesherrlichkeit (§. 101, a) zustand. Bei andern ward diese Art von Regierungsgewalt mit verschiedenen Namen bezeichnet, z. B. *Herrlichkeit*, *Vogteilichkeit*, *Gericht*, *Dorf-* und *Gemein-*

dcherrschaft, *Gebot* und *Verbot*, *Gerichts-* und *Polizeiherrschaft*, *PatrimonialGerichtbarkeit* (§. 288–290). Beispiele dieser Art finden sich noch jetzt, bei den Standesherren (§. 230) und Grundherren, bei manchen Städten, und bei denen, welchen untergeordnete Landeshoheit aus der Zeit der teutschen Reichsverfassung noch zusteht. Vergl. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 92 u. 139.

d) Bei Rittergütern, heifsen die dinglichen und vermischten Rittergutsrechte auch *Real Adel.*

e) Vergl. oben, §. 43, Num. III.

§. 242.

Rechtszustand der Grundherren.

I) Allgemein, nach der t. BundesActe, u. zwar der vormals reichsunmittelbaren Grundherren,

1) auf der rechten Rheinseite.

Die teutsche BundesActe *a*) bestimmt, allgemein, den Rechtszustand der jetzigen, vormals reichsunmittelbaren Grundherren auf der rechten Rheinseite, und zwar in der Regel nur derjenigen, welche, nebst ihren Besitzungen, der Matrikel der Reichsritterschaft einverleibt waren *b*), auf folgende Art *c*). I) In Absicht auf ihr persönliches Verhaltnifs, soll ihnen zustehen: 1) unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bund gehörenden, oder mit demselben in Frieden lebenden Staat zu nehmen (§. 232); 2) privilegirter Gerichtstand.

a) BundesActe, Art. 14, gegen das Ende. Vergl. auch wiener SchlufsActe von 1820, Art. 63.

b) Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 366 f.

c) Die wiener CongrefsVerhandlungen, s. in Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 341 ff.

§. 243.

Fortsetzung.

II) In Ansehung ihrer grundherrlichen, vormals reichsunmittelbaren Besitzungen, soll ihnen zustehen: 1) Antheil der (landtagfähig) Begüterten an Landstandschaft a); 2) PatrimonialGerichtbarkeit; 3) Forstgerichtbarkeit; 4) Orts-Polizei (§. 233, a); 5) KirchenPatronat, jedoch so, dafs alle diese Rechte nach Vorschrift der Landesgesetze auszuüben sind (§. 233); 6) privilegirter Gerichtstand, in RealStreitigkeiten b).

a) Ein Vorzug in der Landstandschaft, wie bei den Standesherren (§. 223), ist in der BundesActe nicht gegeben. Ob und wie weit sie VirilStimmrecht, und in welcher Abtheilung der Landstände, auszuüben haben, hängt von der landständischen Verfassung des Landes ab. Vergl. Klüber's angef. Uebersicht, S. 364.

b) Auch ihre *Privatgüter*, und ihre Rechte auf *PatrimonialDienste* und *Abgaben*, bleiben ihnen, wie den Standesherren (§. 233, a), als Eigenthumsrechte.

§. 244.

Schlufs.

Endlich sollen, III) in Absicht auf ihre vermischten Verhältnisse, nach den Grundsätzen der frühern teutschen Verfassung, 1) ihre noch bestehenden FamilienVerträge aufrecht erhalten werden. Auch soll 2) ihren Familien die Befugnifs zustehen, über ihre Güter verbindliche Verfügungen zu treffen; doch müssen solche dem Staatsoberhaupt vorgelegt, und bei (und von) den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntnifs und Nachachtung gebracht werden. 3) Alle bisher dagegen (gegen die vormalige reichsadeliche FamilienVerfassung) erlassenen Verordnungen a), sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn. IV) In

Absicht auf den Recurs an die Bundesversammlung, wegen Nichterfüllung des 14. Artikels der BundesActe, treten auch hier die oben (§. 236 b u. 236 d) angeführten Grundsätze ein [b]).

a) Hievon Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 221, u. unten §. 246, Note a.

b) Dafs die Hinweisung auf die baierische Verordnung von 1807, als Basis und Norm u. s. w. (§. 235), in dem 14. Art. der BundesActe, auch auf den vormaligen unmittelbaren Reichsadel anwendbar, und dafs bei diesem unter jener Verordnung nicht nur die Declaration v. 19. März 1807, die baierischen Standesherren betr. (§. 237, d), so weit solche auf jenen Adel passe, sondern auch die baierische Verordn. v. 31. Dec. 1806, die Ritterschaft und ihre Hintersassen betr. (§ 246, a); zu verstehen sey, wird behauptet, in d. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. II, Heft 1, S. 81—89. Dawider s. man, ausser dem Inhalt und der Ordnung des 14. Art., die Entstehungsgeschichte jener Hinweisung in den Acten des wiener Congr., angeführt oben §. 235, a.

§. 245 a.

2) *Auf der linken Rheinseite.*

I) Die Anwendung vorstehender Grundsätze, auf denjenigen ehemaligen (nichtreichsständischen) reichsunmittelbaren (reichsritterschaftlichen) Adel (§. 36, a), welcher auf der linken Rheinseite, von jener Eigenschaft her, noch begütert ist, und welcher nach der durch den lüneviller Frieden von 1801 erfolgten Abtretung teutscher Länder an Frankreich, nach französischen Gesetzen war behandelt worden, verordnet die BundesActe [a]) nur in gewisser Art. Sie setzt fest, dafs hiebei 1) Beschränkungen statt finden sollen, und zwar 2) diejenigen, welche die dort bestehenden besondern Verhältnisse [b]) nothwendig machen [c]). Zugleich 3) erkennt sie hiedurch, stillschweigend, an, die Wiederherstellung des, durch französische Gesetze vernichtet gewesenen, niedern Adelstandes, für

jene Gutsbesitzer und deren Familien d). II) Diese Vorschrift der BundesActe, setzt nachfolgende nähere Bestimmungen des Rechtszustandes der genannten Gutsbesitzer voraus, welche, da sie der Bundesversammlung nicht vorbehalten worden, den neuen Landesherren überlassen sind e).

a) BundesActe, Art. 14, am Schlufs. — Die salm-reifferscheid-dyckische Herrschaft *Dyck*, bei Neufs, war reichsunmittelbar, aber weder reichständisch noch reichsritterschaftlich.

b) Dieser auf der linken Rheinseite begüterte Adel, war nicht nur durch die Abtretung jener Länder an Frankreich, seiner persönlichen und dinglichen Reichsunmittelbarkeit und seiner reichsunmittelbaren Landesherrlichkeit oder TerritorialGerechtigkeit (§. 36, a, u. 37) beraubt worden; ihm hatten die französischen Gesetze auch den Adelstand, und das was die Franzosen droits seigneuriaux et féodaux, die Teutschen Guts-, Grund- oder PatrimonialHerrlichkeit und Lehngerechtsame nennen, nebst den Zehnt- und Patronatrechten, genommen, und seine vormaligen FideicommifsRechte und PassivLehnverhältnisse vernichtet.

c) Die wiener CongrefsVerhandlungen, s. in Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 368 ff. u. 556 ff.

d) Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 374. Vergl. §. 197, f.

e) Gleich den näheren Bestimmungen für die *Standesherren*, welche derselbe 14. Artikel ebenfalls den Landesherren überläfst, nur unter Verweisung auf die baierische Declaration von 1807 (§. 235). — Es findet *Recurs* an die *Bundesversammlung* statt, wenn Gutsbesitzer behaupten, dafs die von den neuen Landesherrschaften gemachten Beschränkungen, das Maas der Nothwendigkeit überschreiten. Wiener SchlufsActe von 1820, Art. 63. Die BundesActe hatte dieses unbestimmt gelassen. Klüber's angef. Uebersicht, S. 373. — Bei Bestimmung der *Grenze* dieser Nothwendigkeit, möchte politische Rücksicht nicht weniger als juristische eintreten, und daher als leitender Grundsatz anzunehmen seyn: dafs kein Vorrecht (§ 242—244) einzuräumen sey, welches mit der auf der linken Rheinseite seit dem Anfang der französischen Einrichtung bestandenen Rechts-, Gerichts-, Polizei- und Steuerverfassung, und mit der daselbst in demselben Zeitraum ausgebildeten und eingewurzelten Volkstimmung für unvereinbar zu achten ist. Vergl. jedoch die gedruckte *Bittschrift* des überrheinischen, vormals unmittelbaren Adels, an die Bundesversammlung v. 15. Dec. 1817, worin die B.V. um Bestimmung des Rechtszu-

standes dieses Adels gebeten wird. — Die oben (§. 242) erwähnte *Aufenthaltsfreiheit* möchte am wenigsten einem Anstand unterworfen seyn.

§. 245 b.

Verhandlungen u. Beschlüsse der B.V. Erklärungen und Beschwerden bei derselben.

I) Die Bundesversammlung hat der Herstellung und Handhabung des Rechtszustandes, welcher in der BundesActe dem vormaligen unmittelbaren Reichsadel zugesichert ist, ihre pflichtmäsige (§. 236 b) Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht nur hat sie zu Vollziehung des 14. Artikels der BundesActe, «den Rechtszustand des vormaligen Reichsadels» ausdrücklich in die Ordnung ihrer Berathschlagungsgegenstände gesetzt a), sondern auch, auf die von Bevollmächtigten dieses Adels bei ihr gemachten Anträge b), die oben (§. 236 c) erwähnte Commission, und den (§. 236 d) angeführten Beschlufs vom 24. Mai 1819, namentlich auch auf diesen Gegenstand erstreckt. II) In ihrem Vortrag vom 24. Mai 1819 c), erachtete diese Commission, dafs die von der vormaligen Reichsritterschaft erhobenen Beschwerden noch auf sich beruhen könnten, bis zu Einlangung eines Resultates der von ihr unmittelbar an die Höfe von Baiern, Wirtemberg und Baden gerichteten Vorstellungen. Durch einen zweiten Vortrag vom 5. Oct 1820 d), veranlafste die Commission, auf wiederholte Beschwerde des genannten Reichsadels, eine von der B. V. an die erwähnten drei Höfe erlassene Aufforderung zu baldigster Erklärung. III) Erklärungen nicht nur dieser drei, sondern auch anderer Höfe, sind theils früher schon, theils später bei der B. V. erfolgt e); es sind aber die Beschwerden dadurch noch nicht überall erledigt f).

a) Unter Num. 2, in d. Protoc. v. 1817, §. 388. Man s. auch den PräsidialVortrag in dem Protoc. v. 11. Nov. 1816. — Summa-

rische Uebersicht der Verhandlungen d. B.V. über diesen Gegenstand, in d. Archiv für standes- und grundherrliche Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 166—170.

b) Darstellung, Erklärung u Bitte des vormal. Reichsadels, datirt Frankf. a M. den 12. Febr. 1817, u. unterzeichnet von dessen Bevollmächtigten, den Frhrn. v. *Zobel* zu Darstadt u. *Rüdt* v. Collenbach. Fol. Auch in d. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 1, S. 94 ff, Heft 2, S. 116 ff.

c) Protoc. v. 1819. Beil 20, lit. A, e, zu §. 101.

d) Protoc. v. 1820, §. 162.

e) Erklärungen gaben bei der B.B.: 1) *Wirtemberg*, in d. Protoc. v. 1821, §. 252; v. 1822, §. 10. 2) *Baden*, in d. Protoc. v. 1820, §. 162; v. 1821, §. 243. 3) GH. *Hessen*, in d. Protoc. v. 1818, §. 65. 4) Die *grofsherzogl.* und *herzogl. sächsischen Häuser*, in d. Protoc. v. 1818, §. 20. 5) *Nassau*, in d. Protoc. v. 1818, §. 20.

f) Selbst im GH. *Baden* nicht, obgleich die mitbetheiligten Frhrn. von Zobel und Rüdt von Collenbach im Mai 1819 bei der B.V. angezeigt hatten, dafs das badische Edict v. 16. Apr. 1819, betr. die grundherrl. Rechtsverhältnisse, von dem vormals unmittelbaren Adel des Grofsherzogthums, mit Ausnahme weniger Einzelner, angenommen worden sey. — *Wirtemberg* erklärte in d. Protoc. v. 1822, §. 10, dafs die grosse Mehrheit des ritterschaftlichen Adels, die königliche Festsetzung seines Rechtszustandes angenommen habe.

§. 246.

II) Nach staatsgesetzlichen u. vertragmäsigen Bestimmungen einzelner Bundesstaaten.

I) Der Rechtszustand der Grundherren, der ehehin landsässigen und reichsunmittelbaren, ist überdiefs in einigen Bundesstaaten **staatsgesetzlich**, hie und da zum Theil auch **vertragmäsig**, und zwar nicht selten auf verschiedene Weise bestimmt [a]). II) Zu staatsgesetzlichen Bestimmungen, in Ansehung der, bei Auflösung der teutschen Reichsverbindung, einzelnen Bundesfürsten untergeordneten, vormaligen reichsunmittelbaren Güter und deren Besitzungen, hatte die rheinische BundesActe diesen Bundesfürsten freiere Hände, als bei den Standesherren, gelassen [b]).

a) I) Von *ältern* Reebtsquellen, so weit diese noch gelten, von landesherrlichen Privilegien, Declarationen, Asseeurationen, von Landes- und Erbvergleichen, LandtagsRecessen u. d., s. oben §. 73 ff. A. Kopp's Grundherrlichkeit in den ältern Bestandtheilen des Konigr. Baiern. Landsh. 1809. 8. — II) Von *neuern* Rechtsquellen gehören hieher: 1) für Baiern: Verordn., die Ritterschaft und ihre Hintersassen betr., v. 31. Dec. 1806, in d. Rhein. Bund, V. 218. u. in d. Archiv für standes- u. grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 3, S. 224 ff., u. Bd. II, Heft 1, S. 153 ff. Erläuterung hiezu, die Bestätigung der FamilienVerträge betr., v. 25. Mai 1807, ebendas. VII. 175, u. in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 161 ff. Edict über die gutsherrlichen Rechte, v. 28. Jul. 1808, in d. Rhein. Bund, XXII. 138. Edict über die künft. Verhältnisse des Adels, v. 28. Jul. 1808, ebendas. XXIV. 436. Nachtrag dazu, v. 22. Dec. 1808. Edict wegen Aufhebung der EdelmannsFreiheit, v. 20. Apr. 1808, in d. Rhein. Bund, XXIX. 325. Edict wegen Aufhebung der Siegelmäsigkeit, v. 20. Apr. 1808, in d. Regierungsbl. 1809, Num. 6. Edict wegen Aufhebung der FamilienFideicommisse, u. Einführung der Majorate, v. 22. Dec. 1811, in d. Rhein. Bund, LXIII. 333, u. in d. Regier. Blatt, 1812, Num. 1. Erklärende Verordn. hiezu, v. 24. Aug. 1812, ebendas. 1812. Drei Edicte vom 26. Mai 1818, a) über den Adel, b) über die gutsherrlichen Rechte u. die gutsherrliche Gerichtbarkeit, c) über die FamilienFideicommisse; beide vom 26. Mai 1818, u. als Beilagen 6 u. 7 bei der baier. Verfassungsurkunde von demselben Datum; auch in Dollinger's Verfassung des Königr. Baiern, Bd. I. Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Grafen von *Pappenheim* betr. v. 22. März 1807. — 2) Für Wirtemberg: Resolution v. 26. Jun. 1807, in d. Rhein Bund, IX. 436. Provisorische Instruction für die PatrimonialBeamten, v. 10. März 1807, ebendas. X. 59. Resolution, die Obsignationen, Inventuren und VermögensTheilungen betr., v. 14. Febr. 1807, ebendas. V. 300. Aufforderung an sämmtl. Vassallen und Unterthanen, ihren Wohnsitz in die königl. Staaten zu verlegen, v. 26. Oct. 1806 u. 11. Sept. 1807, in d. Rhein. Bund, VII. 132. X. 154. Die oben, §. 237, Note d, Num. 2, angef. Zusammenstellung etc. Stuttg. 1811. 4. Entwurf e. wirtemb. AdelsStatuts, v. J. 1817, Anhang II, u. in d. angef. Archiv, Bd. I, Heft 2, S. 227 ff. Verfass. Vertr., 1819, §. 39 ff. Verordn. v. 8. Dec. 1821, wodurch e. bleibender Rechtszustand für die Mehrzahl des vormals unmittelbaren reichsrittersch. Adels festgesetzt wird; in d. angef. Archiv, Bd. I, Heft 3, S. 195 ff., u. als Beilage bei d. Protoc. der B.V, v. 13. Dec. 1821. Wirtemb. Erklär. in dies. Protoc., §. 252, u.

in d. Prot. v. 1822, §. 10. — 3) Für Baden: Verordn., die Eintheilung der Ritterorte betr., nebst provisorischer Bestimmung ihrer Rechte, v. 25. Nov. 1806; berichtigter Abdruck vom 23. Dec. 1806, in d. bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 29 u. 33, u. in d. Rhein. Bund, IV. 87. Verordn., die Grundherrlichkeits-Verfassung betr., v. 22. Jul. 1807, in d. bad. Regier. Blatt, 1807, Num. 31, in d. Rhein. Bund, XIV. 190, u. in d. angef. Archiv, Bd. II, Heft 1, S. 185 ff. Organisation des Grofsherzogthums, v. 26. Nov. 1809. Die oben, §. 237, Note d, Num. 3, angef. Verordn. v. 14. Mai 1813. Verordn. die Rechtsverhältnisse der vormal. Reichsstände u. Reichsangehörigen betr., v 23. April 1818, §. 38—52; als Beil. 17 zu § 107 der Protoc. der B.V. v. 1818. Edict, die standes- u. grundherrl. Rechtsverhältnisse betr, v. 16. Apr. 1819, als Beil. 13 zu §. 68 der Protoc. der B.V. v. 1819, u. in d. angef. Archiv, Bd II, Heft 1, S. 204 ff. Badische Erklär. in d. Protoc. der B.V. v. 1820, §. 162; v. 1821, §. 243. Von FamilienFideicommissen, s. bad. Landr. v. 1809, Satz 577 can. ff., u. Verordn. v. 5. Jun. 1808, §. 22, in d. Rhein. Bund, XXVIII. 123. Verträge u. Verordn. v. 5. Mai 1813, oben §. 237, Note d, Num. 3. Verhandlungen der bad. Regierung mit dem vormal. unmittelb. Reichsadel, im Jan. 1822; in d. angef. Archiv, Bd. I, Heft 2. S. 224, Heft 3, S. 165. — 4) Für das Grofsherzogthum Hessen: Resolution, wegen des Gerichtstandes der vormaligen Reichsstände u. Reichsritter, in dem Rhein. Bund, VI. 465. Vergl. auch ebendas. VIII. 295. IX. 491. Verordn., die staatsrechtl. Verhältnisse der adelichen Gerichtsherren betr., v. 1. Dec. 1807, in dem Rhein. Bund, XIV 213. Verordn. die Siegel der Standes- u Patrimonialherren betr, v. 1. Aug 1808. Hessische Erklär. in d Protoc d. B.V. v. 1818, §. 65. — 5) Für das ehemalige Grofsherzogthum Wirzburg: Verordn., die Rechte und Verbindlichkeiten der adel. Gutsbesitzer und ihrer Unterthanen betr., v. 9. Jun. 1807, in dem Rhein. Bund, X. 3. — 6) Für die *grofsherzoglich-* und *herzoglich-sachsischen* Länder, s. die Erklärung in d. Protoc. der B.V. v. 1818. §. 20. — 7) Von Nassau, s. die nassauische Erklär. in d. Protoc. der B.V. v. 1818, §. 20.

b) Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 99—101.

§. 247.

Uebersicht derselben; und Ausnahmen.

I) Eine summarische Uebersicht der wichtigsten Bestimmungen, welche in einzelnen Bundesstaa-

ten für die Grundherren bestehen a), mit Andeutung der vorzüglichsten Abweichungen, ist in mehr als einer Hinsicht belehrend; wiewohl auch hier jede Schlufsfolge von dem Besondern auf das Allgemeine, sorgfältig zu vermeiden ist. II) Dabei ist als Ausnahme von der Regel zu betrachten, wenn etlichen Grundherrschaften, Gerichts- und OrtsPolizeiherrschaften, welche ehehin zwar in gewisser Art zu der unmittelbaren Reichsritterschaft gehörten, aber doch zugleich einen höhern Standpunct hatten, als die reichsritterschaftlichen Ortsherrschaften (§. 239, b), oder deren Besitzungen ehehin reichsunmittelbar, aber weder reichsständisch noch reichsritterschaftlich waren, oder die erst seit Auflösung der teutschen Reichsverbindung ansehnliche Grundbesitzungen erworben haben, (§. 230 a b, u. 240 b a), von dem Staatsoberhaupt entweder inländische Standesherrlichkeit, oder eine Art von Mittelstand zwischen Standesherren und Grundherren verliehen worden, oder denen aus der frühern Zeit ihr höherer Rechtszustand geblieben ist b).

a) Eine solche findet man in Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 220 — 231, nach folgenden Rubriken: A) *Persönliches* Verhältnifs. Gerichtstand. Wohnsitz. ConscriptionsFreiheit. Staatsdienste. FamilienStatuten u. FamilienFideicommisse. Prädicat Herr. Kirchengebet. Trauer. Persönliche Dienste. Verschiedene Immunitäten u. Pflichten. Ehemalige ritterschaftliche CorporationsVerhältnisse. B) *Realrechte.* Verhältnifs in Absicht auf Steuer- und MilitärRealLasten. Gerichtbarkeit, bürgerliche, peinliche und freiwillige. Niedere Polizei. Fiscalrecht. Landtagfähigkeit. Kammer- und Finanzrechte. Grundherrliche Rechte. Rechte und Pflichten der Gutsunterthanen. Kirchensachen. Verhältnifs zu Standesherren, vormaligen Landesherren. Vergl. auch Neff's Abhandl., in d. Rhein. Bund, XX. 199; u. Behr's Darstell. des Rhein. Bundes, §. 189 — 198.

b) Wie den Standesherren in Schlesien, und in der Ober- u. Niederlausitz (§. 230a, b).

VI. Capitel.

Oberherrschaft und Staatseigenthumsrecht. Rechtsverhaltniss in Hinsicht auf Staats- und Privatvermögen, herrenlose Sachen, und Staatsschulden.

§. 248.

Recht der Oberherrschaft. Staatseigenthumsrecht, in Beziehung auf Staatsvermögen, Privatvermögen, und herrenlose Sachen.

I) Jeder Staat hat nicht nur das Recht der Oberherrschaft (imperium s potestas publica), den Inbegriff der oberherrlichen Rechte zu dem Zweck des Staates [a]), sondern er ist auch fähig, Eigenthum zu erwerben und zu besitzen (capax dominii). II) Staatseigenthumsrecht (jus in patrimonium reip.) ist die Befugnifs des Staates, alle Auswärtigen (Staaten und Einzelne) von der Zueignung und dem Gebrauch des Staatsgebietes und der darin befindlichen Sachen auszuschliefsen [b]). Gegenstände dieses Staatseigenthumsrechtes sind: nicht nur 1) das Vermögen der staatsbürgerlichen Gesammtheit, das Staatsvermögen oder Staatsgut in dem eigentlichen Sinn [c]) (patrimonium reip. publicum), ein Inbegriff von Sachen, deren Eigenthum dem Staat zusteht, so dafs ihr eigenthümlicher Gebrauch, nach Art des Privateigenthums, ausschliefsend für den Staatszweck bestimmt ist; sondern auch 2) das Vermögen der Privatpersonen, als solcher, das Privatvermögen (patrimonium privatum), welches als mögliches Mittel für den Staatszweck, unter dem Schutz des Staates, auch gegen Auswärtige, steht [d]); und selbst 3) die

innerhalb des Staatsgebietes befindlichen herrenlosen Sachen (adespota). Die letzten sind als nicht occupirt anzusehen, nur in Ansehung des Staates und seiner Bürger: in Hinsicht auf alle Auswärtigen, sind sie fremd oder occupirt [c].

a) Das Recht der *Oberherrschaft* erstreckt sich über alle *Personen* und *Sachen*, die der oberherrlichen Gewalt des Staates unterworfen sind. — Dahin gehört auch das unter dem äussersten Recht des Staates begriffene so genannte *Obereigenthumsrecht* (dominium eminens), wovon unten Cap. XIX. — Auch sind die Rechte des Staates über das so genannte *mittelbare* Staatsvermögen (§. 254), anders nichts, als Rechte der Oberherrschaft.

b) *Auswärtigem* Staats- oder Privatgut kann, in dem Staatsgebiet, eine bedingte *Exterritorialität* zustehen. Auch Grundeigenthum, innerhalb der Grenzen des Staatsgebietes (inclavirt) kann sich hierunter befinden.

c) Auch *öffentliches* oder *unmittelbares Vermögen* des *Staates* benannt. (Einige nennen es StaatsPrivateigenthum.) — Es ist theils *bewegliches* (Fahrnifs), theils *unbewegliches*, z. B. öffenliche Flüsse, Canäle, Strassen, Forsten, Bergwerke, Staatsgebäude, überhaupt Domänen oder Kammergüter. Vergl. §. 249 — 253. — Namentlich gehört dahin, das so genannte *Fiscusgut* (§. 258), bewegliches und unbewegliches. — Einige begreifen das *gesammte* öffentliche Vermögen des Staates, unter dem Wort Domänen oder Kammergüter, oder auch unter dem Wort FiscusGut, ohne Rücksicht auf die besondern Behörden, durch welche es verwaltet wird, oder auf die Verwendung. — Vergl. C. A. ab Uffel de hereditate mobiliari illustrium. Jen. 1740. 4. W. Burchardi diss. de hereditate quadruplici (Marb. 1754. 4.), c. 2. §. 22. Ludolf de jure feminar. illustr., Sect. II. membr. I. §. 16. — Errichtung und Fortführung eines *StaatsInventars* oder Vermögensverzeichnisses.

d) Vergl. 254. Auch das *Privat*- oder *SchatullGut* und das *FamilienGut* des Regenten gehört dahin, s. §. 252.

e) Unten §. 256 u. f. 274. In diesem Sinn, spricht Grotius de J. B. et P, lib. II. c. 4. §. 14. von einem domino populi *generali*.

§. 249.

Natur des Staatseigenthumsrechtes.

Das Staatseigenthumsrecht, in dem oben angegebenen Sinn, ist, 1) kein Grund- und Bodeneigenthum des regierenden Subjectes oder seiner Familie, an dem ihm unterworfenen Staatsgebiet [a]). Auch besteht dasselbe 2) nicht in der Staatsgewalt selbst, etwa als Eigenthum einer IndividualPerson oder Familie [b]), wie in so genannten PatrimonialStaaten. Es ist vielmehr 3) ein Ausfluss der Staatshoheit, doch wesentlich unterschieden von der Oberherrschaft über Personen [c]). 4) Obgleich keine Quelle von Hoheitsrechten, wirkt es doch, dafs Auswärtige (Alle, welche Mitglieder dieses Staates nicht sind) das Staatsgebiet nach allen seinen Theilen, und alle darin befindlichen Sachen, gleichviel ob solche Privat- oder Staatsvermögen, oder Adespota sind, als schon occupirt, mithin als fremd ansehen müssen, und in Hinsicht auf solche, ohne Erlaubnifs des Staates, keine Art des Gebrauchs sich erlauben dürfen.

a) «Ad reges potestas omnium, ad singulos proprietas». Seneca, orat. 31. — Anders, Kant in d. Rechtslehre, 180 f. C. L. Scheid de juris publici et privati convenientia et differentiis, p. 7. (wo es heifst: «imperans *res* in *dominio* habet, *personas* autem *jussu* dirigit»). Ficher's Lehrbegriff sämmtl. Kameral- und Polizeirechte, II. 388. C. G. Biener de natura et indole dominii in territoriis Germaniae (Hal. 1780. 8.), lib. 1. §. 10. p. 40., wo die Worte: «Germania tota — — regitur jure *patrimoniali* et herili. — — Superioritas territorialis — — cum ipsis territoriis in *patrimonio* est, ut *patrimonialem* et *herilem* haud inepte dixeris». Danz Handb. des t. Privatr. I. §. 101[b]. Schnaubert's Lehrb. des t. Staatsr., Bd. I, §. 41 u. 149. — Wider Biener s. A. F. H. Posse über das Staatseigenthum in den teutschen R. Landen (Rost. 1794. 8.), S. 33 ff. und in Koppe's Almanach der Rechtsgel. (1795. 8.), S. 165 — 177.

b) Anders, J. C. Majer in d. Einleit. in das Privatfürstenrecht überhaupt, §. 40, S. 80. Schnaubert in d. Staatsr. der ge-

sammten R. Lande, §. 165. — Dawider s Posse a. a. O. §. 3 u. 4, S. 15 ff.

c) So heifst die Befugnifs, die Handlungen der Staatsgenossen dem Staatszweck gemäfs zu leiten. Der *Mensch* kann Gegenstand der Oberherrschaft, nicht des Eigenthums, seyn. Die Oberherrschaft hat zwei Gegenstände, *Personen* und *Sachen*. Ueber die Sachen erstreckt sich, ausser der Oberherrschaft, auch das Staatseigenthumsrecht (§. 248). — Da auch unkorperliche Sachen (Befugnisse) Gegenstand des Eigenthums seyn können (dominium rerum incorporalium), so wäre das *Recht* zu der Oberherrschaft (zu der Staatsregierung, zu Ausübung der Staatsgewalt) in einem PatrimonialStaat, *Eigenthum*; nicht die Oberherrschaft. Dieses Eigenthum oder eigenthümliche Recht, wäre aber nicht Staatseigenthum. Vergl. Grotius de J. B. et P. lib. 2. c. 3. §. 4. lib. 3. c. 20. §. 51. Rousseau contrat. social, p. 33. J. F. Kayser de diverso dominii et imperii jure. Giess. 1728. Jac. Rave über den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums (Jena 1766. 8.), 30 u. 50. G. F. Zentner diss. de differentiis jurium imperii ac dominii eorumque effectibus in regimine territoriali (Heidelb. 1793. 4.), §. 35. Posse a. a. O. §. 6 ff. Majer's Antonomie, §. I. 22. 40 ff. 53. *Ebendess.* Einleit. in d. Privatfürstenr., 120. 25. 79. Vergl. Fischer's Kameral- und Polizeirechte, II. 324. 388.

§. 250.

Staatserwerbungen. Veräusserung des Staatsgebietes, u. der Staatshoheit.

I) Was der Regent, durch irgend einen Rechtstitel, von Staatswegen erwirbt, wird sofort Eigenthum des Staates, und gehört zu dem Staatsvermögen a) Sind es Landesbezirke mit Souverainetät, so erfolgt ihre Vereinigung mit dem Staatsgebiet in der Regel ipso jure, und sie treten dann mit solchem, im Zweifel, in volle Rechtsgemeinschaft (§. 253, Note c). II) Da durch den UnterwerfungsVertrag der Regent nur die Vertretung und Regierung des Staates, nach Erfordernifs des Staatszweckes, erhalten hat, auch sein Recht, wie nach dem Naturrecht jedes Vertragrecht, blofs persönlich, und er nur dazu be-

fugt ist, wozu er zugleich auch verpflichtet ist; so steht ihm, den nicht zu vermuthenden Fall eines PatrimonialStaates ausgenommen, wie eine willkührliche Veräusserung der Staatsvertretung und Staatsregierung (§. 177. 191), also auch eine willkührliche Veräusserung des Staatsgebietes *b*) und der auf demselben haftenden Staatshoheit (§. 176), ganz oder zum Theil, nicht zu *c*). Es ist vielmehr das Einwilligungsrecht der Unterthanen, oder ihrer Repräsentanten, in Veräusserungsfällen dieser Art gegründet *d*). Auch kann freiwillige Abtretung auf einem zu dem teutschen Bund gehörenden Gebiet haftender SouverainetätsRechte, ohne Zustimmung der Gesammtheit der Bundesglieder, nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen *e*).

a) Wirtemb. Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 2 u. 87. Hildburghaus. Haus- u. Grundgesetz, über Staatsgüter u. Staatsschulden v. 26. Apr. 1820, §. 1. — G. M. de Ludolf de jure feminarum illustrium, Sect. II. membr. I. §. 15. et 16.

b) Schriften in Klüber's Lit. §. 1565[b]. Erblichheit des Rechtes zur Thron- oder Regierungsfolge, ist nicht gleichgeltend mit Eigenthum des Staatsgebietes.

c) *Badisches* Haus- u, FamilienStatut v. 4. Oct. 1817, §. 1. *Kurhessisches* Haus- und Staatsgesetz v. 4. März 1817, §. 1. Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 6. §. 3. sqq. *Ejusd.* annales et historiae de rebus Belgicis (Amst. 1657. Fol.), lib. VII. Pufendorf de jure nat. et gent. lib. VIII. c. 5. §. 9. sqq. *Vattel* droit des gens, liv. I, ch 21, §. 257 et suiv. Rave a. a. O. 63. Strube obs. jur. et hist. germ. obs. 4. §. 17. Hoepfner's Naturr. §. 201 Zentner diss. cit. §. 10. Klüber's kl. jur. Bibl. X. 223. Barthol. de las Casas utrum reges vel principes cives ac subditos alienare possint? Tub. 1625. 4. rec. ib. 1678. 4. — Anders (nur nicht bei Wahlstaaten) Theod. H. A. Schmalz diss. de jure alienandi territoria, absque consensu statuum provincialium, principibus Germaniae competente (Rint. 1786 8), §. 4 — 10. Man vergl. im übrigen, als practisch merkwürdige Fälle, die Erklärungen der Stände in dem *Elsafs*, als dieses an Frankreich abgetreten werden sollte. *Pommerische* Erklärung auf dem westphäl. Fr. Congrefs 1646, bei Pfanner hist. Pacis Westphal. lib. 3. §. 17. Erklärungen des *norwegischen* Volks- und Reichstags, als

Dänemark, in dem kieler Fr. v. 14. Jan 1814, Norwegen an Schweden abgetreten hatte. Allgem. Zeitung 1814, Beil. Num. 50 ff. Erklärungen deſshalb, in der Sitzung des engl. Parlaments v. 10. Mai 1814. Allgem. Zeit. 1814, Beil. 64. Journal de Francfort 1814. u. 147. 148. 149 (art. de Brême). 215. 218. Carlsr. Zeit. 1814, N. 145. Anrede der norwegischen VolksRepräsentanten an ihren neuen König, in der Audienz v. 14. Dec. 1814, in dem Journal de Francf. 1815, n° 4. *Fürstenschluſs* von 1216, in Hundii metrop. Salisb. II. 407. Andere Beispiele bei *Bignon* du congrès de Troppau (Paris 1821. 8.), ch. V, p. 115 et suiv. — Von Veräusserung einzelner Hoheitsrechte, §. 274; desgl. der Staatsdomänen, §. 253.

d) So auch das Grundgesetz der landschaftl. Verfaſs. des F. *Hildburghausen*, v. 19. März 1818, §. 2, lit. a, u. §. 46. *Wirtemb.* Verfaſs. Vertr. v. 1819, §. 85. Von *Baiern*, aus dem J. 1778, s. C. W. v. Dohm's Denkwürdigkeiten seiner Zeit, Bd. II, S. 55 ff. — Daſs Einwilligung der *Landstände*, oder der *Unterthanen*, in Ermanglung einer besondern Bestimmung, *nicht* nöthig sey, behaupten Strube obss. juris et hist. germ. obs. IV. 14. Moser von der Reichsstände Landen, 215, 278 f. 311. Strube's Nebenst. II. 423. Biener l. c. 221. sqq. Schnaubert's Staatsr. der gesammten Reichslande, §. 81. Schmalz l. c. §. 19 — 22. — Dawider s. A. F. H. Posse a. a. O. §. 14 f. *Ebenders.* über das Einwilligungsrecht teutscher Unterthanen in Landesveräusserungen Jena 1786. 8. (Auch in C. F. Häberlin's Nachrichten etc. VII. 542 ff.). Erläuter. verschied. wicht. Gegenstände für d. Staatsmann und Gelehrten. Schmalk. 1786. Klüber's kl. jur. Bibl. X. 233 ff. — Das *LehnObereigenthum* kann, in der Regel, ohne Einwilligung des Vassallen, nicht veräussert werden. Möller distinct. feud. c. 20. dist. 1. Wulfler in Zepernick's Samml. zu d. Lehnr., II. Num. 21. Mascov de jure feudor. p. 220. A Globig de rebus dubiis in jure feud. p. 112. Anders Böhmer princ. juris feud. §. 209. Martini in Zepernick's Samml. II. Num. 20, 22, 23. Schilter ad jus feud. alemann. 268.

e) Wiener SchluſsActe v. 1820, Art. 6.

§. 251.

Fortsetzung.

So fern ein teutscher Bundesstaat ein Patrimo-nialStaat wäre a), könnte dem Regenten die Befugnifs, sein Recht auf die Rechtsvertretung und Regierung des Staates zu veräussern, nach den Bedürfnissen des Staates nicht abgesprochen werden b); vorbehalten jedoch die Einwilligung derer, welchen ein vertragmäsiges SuccessionsRecht zusteht c)

a) Welches von den teutschen Erbstaaten behauptet, J. C. Majer in d. Einl. in das Privatfürstenr., §. 40, S. 80. Schnaubert in d. Staatsr. der gesammten Reichslande, S. 165 f. Vergl. Grotius l. c. lib. I. c. 3. §. 11. 12. 13. Vattel droit des gens, I. 5. 68. Möser's osnabrück. Gesch. I. Vorrede. Zentner diss. cit. §. 12—18. Posse a. a. O., S. 26. — Doch unterscheidet sich auch ein PatrimonialStaat wesentlich von einem so genannten *haus*- oder *dienstherrlichen* Staat (regnum herile, rechtlich eine Chimäre); wie bürgerliche Oberherrschaft von haus- oder dienstherrlicher Gewalt (imperium herile), wie Staatspflicht von Gutspflicht. Pütter's Beitr. Th. I, Num. 8. De Ludolf symphorem. consult. for. T. I. cons. 10. p. 326. Vergl. Majer's Autonomie, 188. Rave a. a. O. 50.

b) Grotius de J. B. et P. l. c. 3. §. 12. II. c. 6. §. 3. et lib. III. c. 20. §. 5. Zentner l. c. §. 7. Schlettwein's Recht der Menschheit, 292.

c) Schnaubert a. a. O. §. 173. v. Roth's Staatsr. t. Reichslande, II. 25. Leist's t. Staatsr. §. 38. C. G. Gmelin diss. de limitibus juris alienandi territoria secularia imperii Germ. Tub. 1795. 4.

§. 252.

Domänen oder Kammergüter.

Ein wichtiger Bestandtheil des Staatsvermögens, sind die StaaatsDomänen a), Kron-, Staats- oder Kammergüter, Grundeigenthum des Staates, zum Theil verbunden mit grundherrlichen nutzbaren Gerechtsamen b), dessen Ertrag zu dem Staatsaufwand

bestimmt ist c). Sie unterscheiden sich wesentlich, nicht nur von Privat- oder SchatullGütern des Regenten d), sondern auch von Hoheitsrechten, auch den einträglichen, und von dem FiscusGut e) (§. 258). Die Einkünfte der Domänen, gehören zu dem Staatseinkommen f).

a) Schriften in Pütter's Lit. III. §. 1052 ff Klüber's Lit., S. 267. Cph. Frisii jus domaniale. Francof. 1701. fol. Jos. Claud. Destouches Beurtheilung der Domänenrechte in Deutschland. München 1768. 8. Nachtrag hiezu, ebendas. 1768. Fortsetzung, ebendas. 1768. 8. Dan. Gottfr. Schreber's Abh. von Kammergütern und Einkünften. Leipz. 1743. 2. Aufl. 1754. 4. (W. F. Chassot de Florencourt) Etwas über die Natur, die Veräusserung und Verschuldung der Kammergüter. Helmst. 1795 8. Moser von der Reichsstände Landen, 205. De Selchow elem. juris publ. 416. v. Roth's Staatsr. t. Reichslande, II. 16. 29. Fischer's Kameral- und Polizeirechte, II. 479 — 499. Böhmer princ. juris feud. §. 60. Schnaubert's Erläut. des Lehnr., 118. C. C. A. H, v. Kamptz Erörter. der Verbindlichkeit des weltl. Reichsfürsten aus d. Handl. seines Vorfahren, 14 — 35. Strube, II. Bed. 1. v. Berg's Beobacht. u. Rechtsf. I. Num. 1. J. P. Harl's Handb. der Staatswirthschaft und Finanz (Erl. 1811. 8.), §. 886 ff. Von der *Etymologie*, s. v. Göbel's Abhandl. aus dem Staatsr., II. 74. — Einige *unterscheiden* Domänen und Kammergüter. In Bestimmung des Unterschieds, weichen sie jedoch sehr von einander ab. Vergl. Grotius am unten a. O. Pufendorf de jure nat. et gent lib. 8. c. 5. §. 8 et 11. Behmer jur. nov. controv. obs. 11. Püttmann elem. juris feud. §. 65. v. Roth a. a. O. Scheidemantel a. unten a. O.

b) Es giebt DomänenHerrschaften, Aemter, Städte, Dörfer, Höfe, Mühlen, Forste, Aecker, Gärten, Wiesen, Bergwerke, u. d. Die heutige FinanzPraxis rechnet oft zu den Domänen auch diejenigen *grundherrlichen Gerechtsame*, welche für sich bestehen, das heifst, wenigstens jetzt nicht mehr als Gerechtsame eines DomänenGuts bestehen, nämlich: isolirte Rechte auf PatrimonialDienste oder Frohnen (§. 382, a), und auf guts- oder grundherrliche oder PatrimonialAbgaben (§. 313).

c) Sam. Cocceji jus civ. controv., P. II. lib. 49. tit. 14. Mascov princ. juris publ. p. 787. Strube a. a. O. §. 5 u. 7. Göbel a. a. O., S. 8. u. 74. Destouches a. a. O., S. 4. *Preuſs.* allgem. Landr. Th. II, Tit. 14. §. 11 f. Klüber's Staats-

archiv, Bd. I, S. 485. Vergl. auch die ehemalige Constitution du royaume de Westphalie, art. 9. — Abweichende Begriffe, s. bei Moser a. a. O. 207 f. Göbel a. a. O. 75. Grotius de J. B. et P. lib. II. c 6. §. 11. L. C. Schröder elem. juris nat., socialis et gent. (Groning. 1775. 8.), §. 902. II. Kant's Rechtslehre, 183. v. Roth a. a. O. Schneidemantel's Repertor. I. 711. Püttmann l. c. — Von den *Tafel-Gütern* (bonis mensalibus) in geistl. Staaten, s. Strube und Schnaubert a. a. O. C. G. Biener de natura et indole dominii in territoriis Germ. (Hal. 1780. 8.), 43.

d) In dem preufsischen Staat, ward dieser Unterschied aufgehoben. Boehmer jur. nov. controv. T. I. obs. 11. Fischer a. a. O. II. 493. Vergl. §. 255, a.

e) Die ehemaligen Domänen oder Kammergüter der jetzigen *Standesherren*, führen meist diesen Namen noch fort, obgleich sie jetzt, in der Regel, wie Privatgut behandelt werden, und der Name *standesherrliche Grundgüter* ihrem jetzigen Verhältnifs angemessener seyn möchte.

f) C. F. Häberlin's Handb. des t. Staatsr. II. §. 191. Moser v. d. Landeshoheit in Steuersachen, 535 ff. Pütter's Beitr., I. 127. v. Kamptz a. a. O. §. 12. S. 22 — 33. Strube, Th. II, Bed. I, §. 5. u. 7.

§. 253.

Eigenthumsverhältnifs, Veräusserung und Belastung derselben.

I) In der Regel, ist die Substanz der Domänen Staatseigenthum und unveräusserlich a); wenigstens wird bei einer RepräsentativVerfassung, Einwilligung der Ständeversammlung zu der Veräufserung erfordert b). II) Wo sie aber, kraft des particulären Staatsrechtes, oder eines besondern Rechtstitels, Eigenthum des Regenten c), oder fideicommissarisches Haus- oder FamilienEigenthum des RegentenHauses d) sind, gesetzt auch, dafs etwa, aus andern Gründen, einem Dritten SuccessionsRechte darauf gebühren, steht der Veräusserung kein Hindernifs im Weg e), so bald dieselbe dem Staatszweck nicht entgegen ist, und überdiefs in dem Fall der Eigenschaft eines Fa-

milienEigenthums, Einwilligung der SuccessionsBerechtigten hinzukommt f). III) Wider unrechtmäsige Veräusserung, steht dem Nachfolger in der Regierung die RevocationsBefugnifs zu g). IV) Das Wort Veräusserung, wird hier im weitern Sinn genommen, so dafs auch Verpfändung, Belastung mit Servituten, und Infeudation, überhaupt jede Uebertragung eines dinglichen Rechtes, darunter begriffen sind h). V) In Absicht auf Verwaltnng der Domänen und auf Verwendung ihres Ertrags (§. 394), ist den Ständen in manchen Staaten ein bestimmtes Mitwirkungsrecht eingeräumt i).

a) Sam. Cocceji l. c. E. J. Tenzel diss. de domaniis principum inalienabilibus. Erf. 1728. Von dem wirtemb. Kammergut, s. den wirtemb. Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 102 u. 103. Landtagsabsch. v. 1629, in der Würtemb. Grundverfassung, S. 466 f. Erbvergleich v. 1770, Cl. IV. §. 2. Paulus Haupturkunden der würtemb. Landesgrundverfafs., St. I, S. 129. — Von dieser sehr streitigen Frage, s. Etwas vom Befugnisse der Fürsten in Veräusserung der Domänen. Münster u. Hannov. 1786. 8. Moser a. a. O. 222 ff. Leyser Spec. 50. med. 6. sqq. Fischer a. a. O. II. 481 ff. 493 ff. Destouches a. a. O., S. 8. Grotius l. c. Puffendorf de jure nat. et gent. lib. 8. c. 5. §. 8. et 11. Schröder l. c. §. 905. Höpfners Naturr., §. 196. J. C. Hoffbauer's Naturr., §. 446. F. G. v. Hertlein's Versuch über die wesentl. Rechte der Majestät, §. 69. Fleischer instit. juris feud. 330. Schnidemantel's allgemein. Staatsr. II. §. 246. — Von der Veräusserung in *Nothfällen*, s. J. A. Schlettwein's Rechte der Menschheit, §. 284.

b) Von der Nothwendigkeit der Einwilligung der *Landstände*, oder *Unterthanen*, s. Grundgesetz für d. landsch. Verfafs. des F. *Hildburgh.* v. 1818, §. 2, lit. f, u. §. 5. S. *Hildburgh.* Haus- u. Grundgesetz v. 26. Apr. 1820, §. 4, 5 u. 10. *Wirtemb.* Verfafs.Urk. v. 1819, §. 85, 102, 103, 107. *Badische* v. 1818, §. 58. S. *CoburgSaalfeldische* v. 1821, §. 76 u. 119. Hertius, T. I. resp. 23. De Ludewig consil. Halens. T. II. lib. 2. cons. 34. n. 14. 15. Florencourt a. a. O., S. 9. 56 ff. Dawider, s. Struve an dem unten (Note d) a. O. Moser von d. R. Stände Landen, 224. Wernher P. V. obs. 161. P. X. obs. 377. 469. Gönner über Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 60. — Die *kurpfalzbaierische* Staats- und Fideicommifs-

Pragmatik v. 20. Oct. 1804, §. 10 u. 11, verbietet alle und jede Veräusserung, Verpfändung, Infeudation, Reinfeudation und Expectanzen der Staats- und Kammergüter, Staats. und Kammergefälle. Vergl. auch *Badisches* Haus- u. FamilienStatut v. 4. Oct. 1817, §. 1. *Kurhess*. Haus- u. Staats. gesetz v. 4. März 1817, §. 1. — Für veräusserlich, nach dem Bedürfniss des Staates, erklärt die Domänen, das *preussische* Edict v. 17. Dec. 1808, in Harl's Handb. d. Staatswirthschaft (1811. 8.), S. 107 ff.

c) Dieses behaupten von den teutschen Erbstaaten überhaupt, Selchow, Böhmer a. a. O., Florencourt, 63. Schmalz natürl. Staatsr., §. 166. Man s. aber A. H. Göckel diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798.) §. 13.

d) So Pütter in princ. juris publ., §. 191. Schnaubert's Staatsr. der ges. Reichslande, §. 143. Leist's t. Staatsr., §. 22. *Wirtembergisches* KammerschreibereiGut, ein FamilienFideicommiss, nach Eberhards III. Codicill v. 1674, § 8, u. Carl Alexanders Testament §. 3 u. 4, u. nach dem Verfass.Vertr. v. 1819, §. 102 u. 108. Jetzt heisst es HofDomainenKammergut, unterschieden von dem oben Note a, erwähnten Kammergut. *Badische* Verfass.Urk. 1818, §. 59, verglichen jedoch mit §. 58. Das oben, Note b, angef. *hildburgh.* Haus- und Grundgesetz v. 1820, §. 1. Für landesherrl. FamilienEigenthum erklärt ⅓ der Domainen, die grossherzogl.*hessische* Verfass.Urk. v. 1820, Art. 6 u. ff., das Ganze das Gesetz für die ständ. Verfass. des Herzogth. *S. CoburgSaalfeld* v. 1821, §. 76 u. 119. — Nach manchen Hausgesetzen, sind auch die *neu*erworbenen Güter dem Familien-Fideicommiss ipso jure einverleibt. Selchow l. c. S. 416. n. 6. Florencourt a. a. O. 59. Strube Obss. juris et hist. 193. sq. — Von dem *baierischen* Haus- u. StaatsFideicommissVermögen, s. baier. FideicommissPragmatik v. 20. Oct. 1804, §. 2; baier. Constitution v. 1. Mai 1808, Tit. 2, §. 11; baier. Familiengesetz v. 28. Jul. 1810, Art. 55. Andere Haus u. Staatsgesetze s. unten §. 259, Note f.

e) Strube de statuum provincialium origine et praecipuis juribus, §. 18; in dessen Obss. jur. et hist. 192. Moser a. a. O. 224. 312. v Justi's Staatswirthschaft, Th. II, §. 75.

f) Moser a. a. O. 224. 226. 312. J. A. Hellfeld diss. de restricta illustrium alienandi facultate (Jen. 1747), c. 2. §. 21. 22. c. 3. §. 41. sqq. — Das Gesetz für ständ. Verfass. des Herz. *CoburgSaalfeld* v. 1821, §. 76 u. 119, ernennt die Stände zu Garants wider Verminderung u. Veräusserung der Domänen. — Von Veräusserung der Domänen in ehemali-

gen reichsunmittelbaren Stiftlanden oder *geistlichen* Wahlstaaten, s. G. L. Böhmer princ. juris canon. §. 504. sq. Schnaubert a. a. O. §. 203 f. Fischer's Kameral- und Polizeir., II. 486. Moser a. a. O. 217. Gönner von Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 59. Vergl. oben §. 176, d.

g) Jo. Ge. Lamm de bonis cameralibus alienatis, praesertim emtitiis et in feudum concessis, a successore revocandis. Vinar. 1753. — Von der Gültigkeit älterer, in dem Mittelalter geschehener, Veräusserungen und Lehnreichungen, F. J. Löwe diss. de e. q. j. c. principi successori circa revocanda avulsa. Lips. 1717. Fischer a. a. O. II. 494 f. 496. Mecklenb. Erblandesvergl. §. 96 — 98, bei Jargow v. d. Regalien, append. p. 31. — Ueber die Gültigkeit der von e. Zwischenherrscher, während der feindl. Inhabung des Landes, geschehenen Veräusserungen, s. Klüber's europ. Völkerrecht, §. 258 u. f.

h) Vergl. G. L. Böhmer princ. juris can. §. 620. Janus a Costa in Decretales Gregorii IX., lib. I. tit. 41. et lib. III. tit. 21.

i) Gesetz für die ständ. Verfafs. des Herz. S. *CoburgSaalf.* 1821, §. 76 u. 119.

§. 254.

Privatgut Mittelbares Staatsvermögen.

I) **Privatgut** ist Alles, dessen Eigenthum Privatpersonen, als solchen, zusteht. Dahin gehört in dem Staatsgebiet das Vermögen, welches Eigenthum physischer oder moralischer Privatpersonen ist; namentlich das Kirchen- und fromme Stiftungsgut, auch das Privat-, Patrimonial- oder Schatullvermögen des Regenten. II) **Mittelbares** Staatsvermögen, nennen Einige das Vermögen der Stadt-, Flecken- und Dorfgemeinden (§. 194), auch dasjenige der milden oder frommen Stiftungen für Religion, geistige Ausbildung, oder Wohlthätigkeit gegen Hülfbedürftige a); so dafs, bei zweckmäsiger Verwaltung, das Vermögen der ersten zu den Kosten der örtlichen obrigkeitlichen Bedürfnisse, der Rechts- und Polizeipflege, dasjenige der letzten, welches stets als heilig und unantastbar sollte behandelt werden, zu Lehr-

Erziehungs- und UnterrichtAnstalten, mitverwendet zu werden pflegt. In Absicht auf Gemeinde- und Stiftungsvermögen, ist jedoch keine Staatsbehörde, in der Regel, zu eigenmächtiger oder einseitiger Verfügung und Verwaltung befugt (§. 436 ff. 456).

a) Einige betrachten Corporationen dieser Art wie *Staatsgesellschaften* (die des Staates wegen existiren). Sie legen daher dem Staat an ihrem Vermögen ein *Miteigenthumsrecht* bei, so, dafs der Staatsgesellschaft der *geniefsende* und *vollziehende* Theil des Eigenthums, dem Staat der *dirigirende* Theil zukomme, jedoch unter *gemeinschaftlicher* Mitwirkung bei Ausübung dieser getheilten Eigenthumsrechte. Vergl. Grotius de J. B. et P. II. 3. 19. v. Steck's Ausführungen einiger gemeinnütz. Materien (Halle 1784. 8.), S. 22. Brauer's Abhandlungen zur Erläut. des westph. Friedens, II. 10 ff. Jargow von den Regalien, 467. Seb. Brendel, das Recht u. die Verwendung der milden Stiftungen. Leipz. 1814. 8. Abh. was ist der Staat den frommen Stiftungen schuldig? in Bauer's, Behr's und Schott's allgem. StaatsCorrespondenz, Bd. I (1814), Num. 13. Von dem Recht zu *secularisiren*, unten §. 436 u. ff. — Von der *CommunalVerwaltung* s. *baierische* Anordn. einer GeneralVerwaltung des Stiftung- u. CommunalVermögens, in d. baier. Regier.Blatt 1808, St. 5. Dawider ergieng e. *baier.* Verordn. v. 6. März 1817, betr. die Verwaltung des Stiftung- u. CommunalVermögens. *Baier.* Edict über das Gemeindewesen, in d. baier. Regier. Blatt, 1808, St. 61. Gemeindeordnungen, oben §. 194. — Als *Staatsgut* betrachtet das Vermögen der Klöster, der Bildungs- und WohlthätigkeitAnstalten, Gönner, in s. teutschen Staatsr., §. 415. VIII.

§. 255.

Privat- oder Schatull- und FamilienGut des Regenten.

I) Landesherrliches Privat-, Patrimonial- oder SchatullGut *a*), denkbar auch in einer erblichen Monarchie, heifst das Privateigenthum des Regenten. Dieser hat defshalb, der Regel nach, Eigenschaft und Rechte eines Privatmannes *b*). Zu Veräusserung, auch Lehnreichung der SchatullGüter,

bedarf er reichs- oder landständischer Einwilligung nicht[c]); der agnatischen, und auch der lehnherrlichen, nur dann, wenn sie FamilienFideicommifs, oder lehnbar sind[d]). Die landesherrliche Schatulle (principis ratio) geniefst, nach Vorschrift der römischen Gesetze, und nach teutschem Gerichtsgebrauch, jura fisci[e]). So auch die Schatulle der landesherrlichen Gemahlin und des Thronfolgers[f]) (Augustae et Caesaris ratio). Das Privatgut des Regenten, ist bei seinem Ableben als PrivatNachlafs zu behandeln (§. 180). II) Auch die RegentenFamilie kann eigene FamilienGüter besitzen[g]), mit oder ohne Fideicommifs- oder Lehnverbindung, abgesondert von den StaatsDomänen und von dem Privatvermögen des Regenten.

a) Von andern auch Chatoulle- und ScatulGut, desgleichen KabinetGut, Cassette particulière du prince, genannt. Jargow von den Regalien, 458. Jo. Tob. Hofmann diss. de patrimonio principis privato, quod die Chatoulle vocant. Jen. 1727. A. F. Rivinus diss. de bonis principis patrimonialibus. Lips. 1737. Moser von der Reichsstände Landen, 212 ff. *Ebenders.* von der Landesboh. in Cameralsachen. 4. F. C. J. Fischer's Lehrbegr. der Kameral- und Polizeirechte, II. 479 ff. *Baier.* Familiengesetz v. 1808, Art. 55 ff. Rhein. Bund, XLIX. 13. — Einige unterscheiden Patrimonial- und SchatullGut. Roth's Staatsr. t. Reichslande, II. 39. v. Göbel's Abhandlungen aus dem Staatsr. St. 2, S. 231. C. C. A. H. v. Kamptz Erörter. der Verbindlichk. des weltl. Reichsfürsten aus den Handl. s. Vorfahren, 36. — Einige *unterscheiden* Patrimonial- und SchatullGüter, schreiben jedoch an beiden dem Regenten das volle Eigenthum zu. v. Roth a. a. O. — In dem *preussischen* Staat, ist der Unterschied zwischen *Domänen*- und (liegenden) *Schatull*Gütern aufgehoben, und beide sind für unveräusserlich erklärt. *Preuss. allgem. Landrecht.* II. 14 u. 15. Fischer a. a. O. II. 493 f.

b) Oestreich. Gesetzbuch, Th. I, Hauptst. 1, §. 20.

c) Püttmann elem. juris feud. §. 65. not. c. Florencourt a. a. O. 64. Ringler de domaniis Germaniae, lib. I. §. 16.

d) Neumann medit. juris priv. princ. T. IV. lib. 1. tit. 4. §. 31. sq. p. 31. sq. Püttmann elem. juris feud. §. 65. not. c.

e) L. 3. C. de quadrienn. praescr. Brissonius de V. S. voc.

ratio. Struv U. M. lib. 42. tit. 5. §. 3. Leyser Sp. 458. m. 3. Gmelin's Ordn. d. Gläubiger, IV. 21. Anders, wie es scheint, Moser a. a. O. 213. — Die römischen Gesetze fordern zu *Verjährung* dieser Güter, einen 40jährigen Zeitraum. L. 4. C. de praescript. 30 vel 40 annor. L. ult. C. de fund. patrim.

f) L. 6. §. 1. D. de jure fisci. Pufendorf, T. IV. obs. 261. Hellfeld diss. de hypotheca fisci, §. 34. Pütter prim. lin. juris priv. princ. §. 8. not. a. Gmelin a. a. O.

g) Berühmt und sehr bedeutend sind die östreichischen Patrimonial Familienherrschaften, in Oestreich unter der Ens, in Böhmen, Mähren und Ungarn.

§. 256.

Adespota. Res nullius. Bona vacantia.

I) Das Staatsgebiet und jede Sache, welche sich darin befindet, sind, wegen des darauf sich beziehenden Staatseigenthumsrechtes (§. 248, 249), in Ansehung aller Auswärtigen *a*) als fremd oder occupirt zu betrachten. Das Meiste hievon ist entweder Privateigenthum (§. 254, 255), oder Staatsvermögen (§, 248, 252). Was keines von beiden ist, heifst herrenloses Gut (ἀδέσποτον) *b*). Adespota sind also Sachen, innerhalb eines Staatsgebietes, die weder zu dem Privateigenthum, noch zu dem Staatsvermögen gehören. Sie sind als nicht occupirt anzusehen, nur in Ansehung des Staates und seiner Bürger, nicht in Hinsicht auf Auswärtige. II) Sie unterscheiden sich von Niemand gehörigen Dingen (rebus nullius), als nicht occupirten Sachen ausserhalb eines Staatsgebietes; und III) von so genanntem erblosem oder vacantem Gut oder Nachlafs (ledig Gut, bona vacantia), welches der Staat, kraft eines positiven subsidiarischen Erbrechtes, sich zueignet.

a) In diesem Sinn, spricht Grotius de J. B. et P. lib. 2. c. 4. §. 19. von einem dominio populi *generali*.

b) Auch *derelinquirte* Sachen innerhalb des Staatsgebietes gehören dahin. Vergl. §. 258, Num. VI.

§. 257.

Recht auf Adespota.

I) Adespota, die als Zuwachs (jure accessionis) zu dem Privateigenthum, oder zu dem Staatsvermögen im eigentlichen Sinn, kommen, sind, als der Hauptsache einverleibt, als Bestandtheil derselben zu betrachten; es findet also forthin ein Occupations-Recht deſshalb nicht statt. II) Gleiche Befugniſs zur Occupation der Adespoten, haben, wenn das particuläre Staatsrecht keine andere Bestimmung giebt a), die einzelnen Bürger, und der Staat b); dieser, weil er des Erwerbs auf gleiche Art, wie jene, fähig ist, beide, weil eine besondere Zueignung dieser Sachen, innerhalb des Staatsgebietes, noch nicht erfolgt ist. III) Auswärtige sind nicht befugt, Adespota sich zuzueignen c) (§. 256).

a) Wie meist in Ansehung der gefundenen *Schätze* und der *derelinquirten* Sachen. Pütter's Lit. III. 623. Klüber's Lit. §. 1386. Held's reichsprälat. Staatsr. II. 619. Selchow elem. juris germ. priv. §. 534. Runde's t. Privatr., §. 183. Danz Handb. I. 183. Jargow von den Regalien, 504. Vergl. *Preuss.* allgem. Landr. I. 9. 74 — 106. Code civil français, Art. 713. — Von *Schätzen* s. ebendas. art. 716. — Von *Bergwerken* unten, in dem Cap. von der Finanzhoheit. — Von *öden Plätzen*, *Bergen*, *Hügeln*, *Thälern*, *Waldungen*, *Gebüschen* u. d., s. Schnaubert's Staatsr. d. gesammten Reichslande, §. 170. — *Wüstes Land*, innerhalb einer *Dorfmarkung*, sprechen dem Landesherrn zu, Struben, Th. IV, Bed. 109. v. Bülow u. Hagemann in d. pract. Erörterungen, Th. II, Num. 27. — Andere der Dorfherrschaft, nicht der Dorfgemeinde. Chr. Ern. Weise, s. resp. Ed. Platner, diss. de dominio agrorum incultorum intra confinia pagorum Germaniae sitorum (Lips. 1805), §. 2 — 5.

b) Die Prävention findet statt.

c) Diese Theorie der Adespoten, ward von dem Verf. zuerst vorgetragen, in s. kl. jur. Biblioth. XIX. 373 f. und aus dieser, doch nicht ganz richtig, von Danz in d. Handb. des t. Privatr., I. §. 101 b u. 182. — Vergl. übrigens Pütter's Lit. III. §. 1375 ff. Klüber's Lit. S. 473. Biener l. c. p. 82.

90 sq. J. A. L. Seidensticker comm. de fundamentis juris supremae potestatis circa adespota. Goet. 1789. 4. (Klüber's kl. jur. Bibl. XIX. 357.) Zentner l. c. §. 45 — 54. Runde a. a. O. §. 182.

§. 258.

Auf res nullius, bona vacantia und res derelictas. Fiscus Gut.

IV) In Absicht auf Niemand gehörige Sachen (res nullius), hat jeder Staat, jedes physische oder moralische Individuum, gleiches OccupationsRecht. Es entscheidet also das Zuvorkommen (res cedit primo occupanti). V) Auf lediges oder vacantes Gut (bona vacantia), insbesondere oder so genannten erblosen Nachlafs, wozu ein ordentlicher Erbe (Intestat-, Testament- oder Vertragerbe) nicht vorhanden ist, eignen die heutigen Staaten dem Fiscus ein subsidiarisches oder ausserordentliches Erbrecht zu a), so wie VI) ein ausschliefsendes Occupations-Recht in Hinsicht auf verlassene Sachen b) (res derelictas). VII) Alles, was das particuläre Staatsrecht dem Fiscus zueignet, heifst FiscusGut c) (bona fiscalia), z. B. lediges, verlassenes, verwirktes Gut (bona vacantia, derelicta, ereptitia), Schätze, gefundene Sachen, was das Meer auswirft, Bernstein, schiffbrüchige Güter (wo das Straudrecht, die Grundruhr, gilt), Perlen und Goldsand in Privatwasser, u. d. d). Es gehört, gleich den Domänen, zu dem Staatsvermögen, und verwandelt sich in Domäne, sobald es dem Inbegriff derselben einverleibt wird.

a) Pütter's Lit. III. §. 1376 ff. Klüber's Lit. 473. Berger jur. nov. controv. T. I. obs. 52. Struve, Th. II, Bed. 74.

b) Leyser Sp. 443. Sp. 658. m. 17. et 18. Günther's Völkerrecht, II. 64. 70. Jo. Henr. Felzii diss. excerpta controversiarum illustrium de rebus pro derelicto habitis. Argent. 1708. 4. Greg. Majansii disp. de jure rei derelictae; in Ejus Dissert. T. I. n. 16. Runde's t. Privatr., §. 182. Oben §. 257, Note a.

c) E. J. Tenzel diss. de domaniis principum inalienabilibus, §. 5 — 7.

d) J. E. Rossmann von dem *Mulifenrecht* (droit d'épave), in d. Erlang. gel. Anz. 1750, S. 7 ff. v. Tröltsch Anmerkungen, II. 162. Haltaus gloss. v. Mulfibe. S. L. Lerber praelectio de fontibus juris patrii (Bernae 1788. 8), p. 21.

§. 259.

Staatsschulden.

I) Der reine Bestand des Staatsvermögens ergiebt sich, nach Abzug der Staatsschulden. Eigentlich so genannte Landesschulden a), Kammerschulden b), Landschaftschulden, da wo Landstände sind, subsidiarisch auch Schulden, welche StaatsInstitute unter Garantie des Staates contrahirt haben, gehören in die Classe der Staatsschulden c); nicht so Privat- und Familienschulden des Regenten d), auch nicht Aemter- und Gemeindeschulden. II) Staatsschulden werden, vermöge der Regentenpflicht, gültigerweise contrahirt, aus rechtfertigender Ursache e), mit Beobachtung der in der StaatsverfassungsUrkunde, oder in den Hausgesetzen des Regenten vorgeschriebenen Förmlichkeit f), insbesondere mit Einwilligung der Landstände (§. 225). Rechtfertigende Ursache ist jedes wahre, unmittelbare Staatsbedürfnifs. Dahin gehören: 1) unzweifelhafte, bleibende Landesverbesserung, und rechtliche Folge neuer vortheilhafter Ländererwerbung; 2) Tilgung rechtmäsiger Staatsschulden; 3) Rettung des Staates, des Regenten, oder seines vermuthlichen Nachfolgers, aus unabwendbarer grofser Gefahr oder Beschädigung. III) Staatsschulden werden errichtet, bald auf blofsen StaatsverwaltungsCredit (d. h. unversicherte, schwebende, oder unfundirte Staatsschulden, Staatscasse- und AdministrationsSchulden, floating debt, dette flottante, untadelhaft, wenn dadurch etatsmäsige Einnahmen zu etatsmäsigen Ausgaben nur anticipirt werden, oder

wenn unabwendbare ausserordentliche Bedürfnisse eintreten), bald mit General- oder SpecialHypothek, auf bestimmte Staatsgüter, Provinzen, Aemter, Cassen oder Staatseinkünfte, die den Staatsgläubigern zu sicherer Bezahlung des Capitals und der Zinsen dienen sollen g) (fundirte Staatsschulden).

a) Moser von der t. R. Landen, 1357 ff.

b) Moser's Staatsr. XXIII. 459 ff. XXIV. 1 ff. *Ebenders.* von der Landeshoh. in Cameralsachen, 61 ff. *Ebenders.* persönl. Staatsr. II. 117. 120. 582. (Chassot de Florencourt) Etwas u. s. w. (oben, §. 252, Note a).

c) Moser von dem reichsständischen Schuldenwesen, Th. I. u. II. Frf. u. Leipz. 1774. 1775. 4. J. N. Bischoff orat. de aere principum alieno. Helmst. 1794. 8. Ueber die Natur u. die Abtragung der Staatsschulden u. ihrer Zinsen. Frankf. a. M. 1801. 8. F. C. v. Moser's Hofrecht, I. 145, und in der Vorrede zu dem II. Band. Ueber das öffentliche Schuldenwesen. Leipz. 1810. 8.

d) Diese fallen auf seinen PrivatNachlafs. Moser's persönl. Staatsr. II. 582.

e) Dabei sollte nie die Betrachtung fehlen, dafs Staatsschuldenmachen nicht weniger sey, als die Mittel der Zukunft den Bedürfnissen der Gegenwart opfern.

f) *Haus-* und *Staatsgesetze*, betreffend die Staatsschulden, die Privat- und Familienschulden des Souverains, die Schulden der Mitglieder seiner Familie, u. die Staatsveräusserungen: 1) *Einseitige* Verordnungen, z. B. Testamente, in Braunschweig, Wirtemberg u. a. Moser's braunschw. lüneburg. Staatsr. 71. Schmidt's Anmerkungen u. Zusätze dazu, 61. Moser's Staatsr. XXXIII. 568, und persönl. Staatsr. II. 151. 177 ff. — 2) *Haus-* oder *Familienverträge*: in Braunschweig v. 1535 u. 1592; — von SachsenWeimar u. Eisenach. Moser's braunschw. lüneb. St. R. 71. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 129. 137; — in dem Hause Nassau der Erbverein v. 30. Jun. 1783, §. 10 - 18, in Reuss Staatsk. XVI. 92, u. De Martens Recueil, II. 405; u. Vertrag v. 18. Apr. 1805; — in *Baiern*, v. 12. Oct. 1796, u. Haus- u. Staatsfideicommifs-, dann SchuldenPragmatik v. 20. Oct. 1804, in dem baier. Regier. Blatt, in v. Aretin's Genius von Baiern. Bd. I. Heft 1 (1803), S. 15, und in der Allgem. Zeit., 1805, Num. 20 ff.; bestätigt in d. Constitution des Königr. Baiern v. 1. Mai 1808, Tit. II, §. 11, in d. baier. Regier. Bl. 1808, St. 22; — in SachsenCoburgSaalfeld, v. 1. Apr. 1802, in Klüber's Rheinischen StaatsAnzeigen, Heft I,

1802, S. 44; — in MecklenburgSchwerin, Staats- und Haus-Fundamentalgesetz. v. 11. Mai 1805, in d. mecklenb. schwer. Staatskalender v. 1806, S. 189; — in Baden, v. 5. Oct. 1820, in dem bad. Regier. Blatt, 1820, N. 15. — 3) *Landesgrundverträge*: Wirtembergische LandtagsAbschiede v. 1629 u. 1652. (Moser's persönl. Staatsr. II. 151), und Erbvergleich v. 1771, ad Class. IV. S. 93; braunschweig-wolfenbüttelischer Vertrag mit der Landschaft v. 1. Mai 1794, bei Florencourt a. a. O.; s. hildburghausisches Haus- und Grundgesetz v. 26. Apr. 1820.

g) Nie sollte man eine Sicherheit anbieten, die der Unterrichtete für angemessen nicht gelten läſst. — Von den verschiedenen *Methoden*, Staatsschulden zu machen, s. Lüder's National-Industrie (Braunschw. 1808), Cap. 11. Ueber das öffentliche Schuldenwesen. Leipz. 1810. 8. Ideen über Staatsschulden-Tilgung, vom Grafen von *Soden*. Wien 1814. 8.

§. 260.

Fortsetzung.

IV) Bei Staatsschulden, lautet die Verbriefung (Staatsobligation, Staatspapier, Banknote), entweder auf einen namentlich darin angegebenen Gläubiger, oder auf jeden Inhaber (au porteur, Papiergeld). V) Die Zahlung [a] wird gestellt, auf Sicht; auf bestimmte Zeit nach Sicht; auf Capitalfuſs (nach Ablauf der stipulirten Zeit, nach Maas und Münze, wie die Anleihe geschah); auf Anticipationen oder Abtragung des ganzen Capitals nebst Zinsen, von einem bestimmten Einkommen des Staates, binnen kurzer Frist; auf Jahrgefälle (Annuitäten, Zeitrenten, Renten, die nur während einer bestimmten Reihe von Jahren bezahlt werden, ohne Rückzahlung des Capitals); auf Leibrenten; auf Tontinen; auf Lotterie, u. d. [d]). VI) Der Staat hat, in der Regel, dieselben Rechte und Pflichten wie ein Privatgläubiger. VII) Von der Verbindlichkeit des Regierungsfolgers, die Schulden seiner Vorfahren zu bezahlen, wird oben gehandelt (§. 189).

a) Zu Regulirung und Tilgung des Staatsschuldenwesens, sind in manchen Ländern eigene *SchuldentilgungsCommissionen*

und *AmortisationsCassen* verordnet (§. 321 b). — Von den *Rechtswohlthaten*, Moratorien, Competenz u. a., s. die angef. Abhandl. über die Natur und Abtragung u. s. w., §. 8 ff. Moser v. d. reichsständ. Schuldenwesen, I. 637 ff. — Von dem *StaatsBankerott*, s. die Abh. über die Natur der Staatsschulden, S. 69 ff.

b) v. Oeder, in Schlözer's Staatsanzeigen, LIX. 306. C. Sartorius Handb. d. Staatswirthschaft, §. 132 ff.

VII. Capitel.

Staatsverwaltungsform.

§. 261.

Staatsform. Staatsverwaltung. Verwaltungsform.

I) Die Staatsform (forma civitatis s. reipublicae, §. 97) ist in den Erbstaaten des teutschen Bundes monarchisch (monokratisch), in den freien Städten republikanisch (§. 177—179). II) Die Staatsverwaltung (administratio reip.) besteht in rechtmäsiger und zweckgemäser Ausübung der Hoheits- und Eigenthumsrechte des Staates, nach seinem innern und äussern Verhältnifs. III) Die Verwaltungsform (forma administrationis), die Art der Staatsverwaltung (Verwaltungsordnung, Administration), ist nicht überall dieselbe. Wie sie aber auch beschaffen sey, so müsse in der Verwaltung ächter National- oder Gemeingeist walten. IV) Wo Landstände sind, gebührt diesen eine verfassungsmäsige Mitwirkung bei Ausübung bestimmter Hoheitsrechte (§. 226).

§. 262.

Verantwortlichkeit der StaatsMinister.

In jeder durch Volksvertretung unterstützten, also verfassungsmäsig eingeschränkten Monarchie, sollte, wie in England, das StaatsMinisterium, und, so viel seinen besondern Wirkungskreis betrifft, jeder Einzelne von den obersten Staatsbeamten, jeder Vorsteher einer obersten Staatsverwaltungsbehörde, hier als erstes Organ und oberster Diener der vollziehenden Gewalt, nicht blofs der Person des Regenten, sondern auch den Stellvertretern des Volkes, gesetzmäsig verantwortlich seyn; sowohl für Zweckmäsigkeit, als auch, und zwar vor einer richtenden Behörde, für Gesetzmäsigkeit oder Uebereinstimmung der Regierungshandlungen (sowohl Begehungs- als auch Unterlassungshandlungen), mit der Verfassung und den Gesetzen des Staates *a*). Mit Hülfe dessen, und da hier rechtwidrige, wirkliche oder angebliche, Befehle des Regenten nicht zur Entschuldigung eines Mifsbrauchs der Staatsgewalt dienen können, auch seine Verfügungen zu ihrer Gültigkeit der Unterzeichnung eines oder mehrerer Mitglieder der gehörigen Staatsbehörde bedürfen, befindet sich dann der verfassungsmäsige Monarch, der Mittelpunct der Macht und Majestät der Nation, in eine Art von Allerheiligstem versetzt, unerreichbar für den Stofs politischer Bewegungen. Auch steht dann ein würdiger Minister, zugleich geschützt gegen ungeziemende und beleidigende Angriffe, fester als bei einer Staatsordnung, wo nur Hofgunst ihm die Dauer seiner Stelle verbürgt und Engel der Finsternifs ihn umschweben. In solchem Geist, bestehen jetzt in verschiedenen Bundesstaaten Gesetze über Verantwortlichkeit der Minister und andern obersten Staatsbeamten *b*).

a) Jeder der obersten Staatsbeamten sey verantwortlich, sowohl für den Inhalt der von ihm contrasignirten,

von dem Regenten ausgehenden Verfügungen, als auch für dasjenige, was er für sich verfügt, oder was ihm innerhalb seines Geschäftkreises zu thun obliegt. Das Letze gelte auch von den übrigen Staatsdienern und Behorden insbesondere haben diese die von höheren Behörden an sie ergangenen Anweisungen bei eigener Verantwortlichkeit zu befolgen, wenn ihnen solche von der geeigneten Stelle und in gehöriger Form zukommen, und nicht wider die Grundverfassung oder die Gesetze des Staates anstossen. — Protocoll der *wir emb.* Ständeversamml. v. 23. April 1817. Verhandlungen der ersten Kammer der Ständeversamml. des GH. *Baden*, 1820, Heft 4. S. 616 — 691. Heft 5, S. 707 u. 749, u. Verhandlungen von 1822. Verhandl. der zweiten Kammer des GH. *Hessen*, 1820, Heft 2, S. 36; Heft 6, S. 67 ff. 118 ff. u. Beilagen S. 5 ff. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. d. wiener Congr., S. 215 u. 356. Réflexions sur les constitutions, la distribution des pouvoirs et les garanties dans une monarchie constitutionnelle; par Benjamin Constant. Paris 1814. 8. Jh. Rey de la responsabilité des agents du pouvoir. Paris 1818. 8. Ueber die Verantwortlichkeit der Minister; aus dem Franz. des Hrn. Benj. de Constant; in den *Miscellen* der neuesten ausländ. Literatur, St. VII. (Leipz. 1815. 8), Num. 5. Vergl. auch Entwürfe franz. Gesetze wegen Verantwortlichkeit der Minister, vom Dec. 1814, u. v. 24. Dec. 1816, in dem Journal de Francfort, 1815, n° 11 u. 12, u. 1817, n° 4; v. 28. Jan. 1819, in d. Allgem. Zeit. 1819, N. 36. Vorträge in den pariser Kammern, 1816 vom Gr. Lally-Tolendal, u. 1817 vom Minister Deserre.

b) *S. weimar-eisenach.* Grundgesetz über die landst. Verfafs. 1816, §. 5 u. 111 ff. S. *hildburghausisches*, 1818, §. 2, 52 u. 55. *Baier.* Verfafs Urk. v. 1818, X. 4 — 6. *Badische* 1818, §. 67. *Badisches* Gesetz v. 5. Oct. 1820. *Wirtemb.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 51 ff. u. 184. GH. *hessische* Verfafs. Urk. v. 1820, Art. 109. S. *coburg-saalfeldische* v. 1821, §. 78. *Waldeckischer* Landesvertr. über die landst. Verfafs., 1816, §. 25.

§. 263.

Uebertragung der Staatsgeschäfte an Staatsbeamte; auf verschiedene Art.

I) Die oberste Leitung der Staatsverwaltung, liegt in der Hand des Souverains, dessen Subjec-

tivität hier vorzüglich in Betrachtung kommt a). II) Er ernennt Staatsbeamte (§. 401); denen, bald einzeln, bald in StaatsCollegien vereinigt (Administration durch Einzelne, und CollegialAdministration durch Haupt-, Neben- und FilialCollegien), die Staatsgeschäfte, inländische und auswärtige, nach bestimmter Einrichtung der Staatsverwaltung, übertragen werden. III) In der Art, wie die Besorgung der Staatsgeschäfte den Staatsbehörden obliegt, unterscheidet man: 1) CollegialSystem, das heifst, Behandlung der Staatsgeschäfte durch Collegien, in welchen die Beschlüsse, nach gemeinschaftlicher Berathung, durch Stimmenmehrheit gebildet werden; 2) Einheit- oder BüreauSystem, das heifst, Behandlung der Staatsgeschäfte nach dem Willen Einzelner (en bureau), deren Gehülfen blofs berathende Stimmen eingeräumt sind b); 3) Mittelweg oder zweckmäsige Vereinigung beider Systeme, indem manche Arten von Staatsgeschäften durch collegialisch berathende und bestimmende, andere durch einzeln ausführende Staatsdiener behandelt werden, damit Reife und Sicherheit der Beurtheilung mit zweckmäsiger Beschleunigung der Geschäfte verbunden werde c).

a) Ganz entziehen darf sich der Regent, weder der unmittelbaren Theilnahme an der Staatsverwaltung, noch der Aufsicht über die Staatsdiener. — Schriften in Pütter's Lit. III. 285. u. Klüber's Lit. 275. Vormalige Erinnerungen des Kaisers an Landesherren zu dem Selbstregieren, in Moser's persönl. Staatsr. II. 73 f. *Ebenders.* von Regierungssachen, 4.

b) Dawider und von der Büreaucratie, vergl. Beherzigungen vor d. wiener Congrefs (1814. 8.), S. 30 — 34. Allgem. Anzeiger der Deutschen, 1814, Num. 85. — Gesetzgebung und Justizsachen, sind in jedem Fall collegialisch zu behandeln. A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung teutscher Länder, §. 4. G. H. v. Berg in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. II, Heft 1, Num. 3. Jenaische allgem. Lit. Zeit. 1808, Num. 83.

c) Beispiele in d. *baierischen* Instruction für die GeneralKreis-Commissäre, v. 17. Jul. 1808, §. 45 ff., u. in d. grofsherzogl. *frankfurtischen* Verwaltungsordn. v. 27. Oct. 1810; in d.

Rhein. Bund, L. 242. 337. Vergl. J. F. FRIES vom deutschen Bund (1816. 8.), S. 122.

§. 264.

Abtheilung der Staatsbehörden.

In einem größsern Staat, kann folgende Abtheilung der Staatsbehörden statt finden.

Der SOUVERAIN a),
umgeben von
Ministern StaatsSecretären b).
Unter
Seinem Vorsitz
versammelt sich, zu Berathschlagung über die wichtigsten Staatsangelegenheiten,
der Staatsrath c).

a) Wie dem Steuermann die glückliche Fahrt, die Genesung dem Arzt, dem Feldherrn der Sieg, also liege diesem Regenten das Wohl der Staatsbürger am Herzen, auf dafs ihr Leben durch Kraft gesichert, reich an Glücksgütern, durch Ruhm ansehnlich, achtbar durch Tugend sey. Ein solches Werk, das gröfste unter Menschen, und das beste, müsse Ihm gelingen! SCIPIO ap. CIC. ad Attic. VIII. 11. Beherzigungen vor dem wiener Congrefs (1814. 8.), S. 34 — 37. J. J. ENGEL's Fürstenspiegel. 2. verb. Ausg. Berlin 1802. 8.

b) Von CabinetsRäthen und GeneralAdjutanten (Civil- und MilitärCabinet); mit ostensibler Verantwortlichkeit. « Ein Jeder, der dem *Regenten* vorträgt, mufs ein Mann von Einflufs in den Sachen seines Vortrags seyn, oder er ist ein unnützes Geschöpf, oder die Personen neben, über ihm, lähmen ihn, aus niedriger, verderblicher Eifersucht. Der Vortragende bei einem Landesherrn, ist Minister bei dessen Person, wie auch sein Titel laute. Sollen und können die DepartementsMinister in der Wirklichkeit nur Departements Chefs bleiben, so mufs der CabinetsRath nicht nur Minister seyn, sondern auch so heifsen ». Die Ursachen von *Preussens* Fall (1807. 8.), S. 28. MinisterGemälde; in den angef. Beherzigungen, S. 37 — 42.

c) Seiner Hauptbestimmung nach, eine blofs *berathende* Behörde; ausnahmweise, für bestimmte Fälle, auch wohl eine

entscheidende oder verfügende; in manchen Ländern GeheimerRath genannt. *Wirtemb.* Verfass. Vertr. v. 1819. §. 54 ff.

§. 265.

Fortsetzung.

I) Die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung sind: 1) die auswärtigen, 2) die innern Staatsverhältnisse. Zu den ersten gehören alle Verhandlungen mit andern Staaten, in friedlichen und kriegerischen Verhältnissen. Zu den letzten gehören: Gesetzgebung, Staatswirthschaft mit Inbegriff der Finanzen, innere Sicherheit und Wohlfahrt, bürgerliche und peinliche Rechtspflege, Lehn- und ReligionsSachen. Demnach sind die ordentlichen Staatsbehörden c), folgende:

A) Staatsbehörde der auswärtigen Staatsverhältnisse.

B) Staatsbehörden für die innern Staatsverhältnisse:

I) bestimmende und dirigirende oder RegiminalBehörden, für 1) Gesetzgebung, 2) Finanzen, nebst der RechnungsControle, 3) Polizei, 4) Justiz, 5) Lehnsachen, 6) Geistliche-, und 7) KriegsAngelegenheiten:

II) ausführende oder VollzichungsBehörden: 1) gerichtliche oder JustizBehörden, oberste oder centrale, provinciale, und örtliche; 2) Verwaltungs- oder administrirende Behörden (für alle StaatsVerwaltungsgegenstände ausser der Justiz und dem Kriegswesen), centrale, provinciale, und örtliche; 3) MilitärBehörden, generale oder centrale und particuläre.

II) In gröfsern Staaten, bisweilen auch in verhältnifsmäsig kleinern, sind für die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung, als oberste Staatsbehörden folgende StaatsMinisterien angeordnet b):

1) der auswärtigen Angelegenheiten; 2) der Justiz; 3) der Finanzen; 4) des Innern (der innern Verwaltung, im eingeschränkten Sinn); 5) des Kriegs. Hiezu kommen, in manchen Staaten, noch eigene StaatsMinisterien für die Polizei und für die Kirchen- oder CultAngelegenheiten; das letzte etwa mit Inbegriff des öffentlichen Unterrichtes und Erziehungswesens, welche ausserdem entweder dem PolizeiMinisterium oder dem Ministerium des Innern, so wie die Lehnsachen demjenigen der Justiz, anvertraut werden. III) Ein StaatsMinisterium besteht gewöhnlich, aus einem StaatsMinister, einem GeneralDirector, mehreren MinisterialRäthen, einem GeneralSecretär, u. s w.

a) Schriften über die Einrichtung oder Organisation der Staatsverwaltung, in Pütter's Lit. III. 260. u. Klüber's Lit. 285. — Vergl. Moser v. d. Landesh. überhaupt, 317, u. v. d. Landeshoh. in Regierungss., 7. 24 ff. Westphal's Staatsr., Num. 8. Fischer's Lehrbegriff d. Kameral- und Polizeirechte, II. 1 ff. Joach. v. Schwarzkopf über Staats- u. AdrefsKalender. Berl. 1792. 8. Ideen zu einer Staatsverfassung und Regierung, 1801. 8. Skizze einer LandesOrganisation; in d. Rhein. Bund, XLIII. 47. Vergleichende Schilderung der Organisation der französ. Staatsverwaltung, in Bezieh. auf d. Königr. Westphalen u. a. teutsche Staaten. Frankf. u. Leipz. 1808. 8. K. F. v. Wiebeking's Vorschläge zur Einrichtung e. Staatsverwaltung. München 1815. 8. — Die Staats- und AdrefsKalender einzelner t. Staaten. Genealog. StaatsHandbuch (Frankf. a. M. bei Varrentrapp u. Wenner, seit 1742 bis 1805 jährlich, dann wieder 1811. 8.), im 2. Band. Gr. Hassel's allgem. europ. Staats- u. AdrefsHandbuch für 1809. Weimar Th. I. 1809. Th. II, die RheinbundStaaten, von G. Schorch. 1811. Neue Aufl. für 1812 u. 1813. Für 1816 bearbeitet v. G. Hassel, wo des I. Bds. 1. Abth. (1816) u. des II. Bds. 2 Abth. (1817) den sämmtl. t. Bundesstaaten gewidmet sind.

b) OrganisationsGesetze teutscher Staaten. 1) Preussen: Verordnungen v. 16. Dec. 1808, 1. Nov. 1810, 24. Apr. 1812, 30. Jun. 1814, 30. Apr. u. 16. Dec. 1815; in d. GesetzSamml. für die preuss. Staaten, u. in d. Polit. Journal. Vergl. J. D. F Rumpf, der preuss. Secretär. 2 Theile Berl. 2. Aufl. 1816. *Ebendess.* Nachträge zu den I. Th. Berl. 1816. K. L. Woltmann's Geist der neuen preuss. StaatsOrganisation (v. 1810). Leipz. 1810. 8. Die neue Staatsverfassung

der preuss. Monarchie, in tabellar. Uebersicht. Berlin 1811. Häberlin's Staatsarchiv, Heft 39, S. 246 ff. (J. G. Boltz's) Anleit. z. Kenntnifs des öffentl. Geschäftsganges in den preuss. Staaten. Berl. 1804. 8. Fr. v. Raumer über die Verfass. der Behörden im preufs. Staate; in (Manso's) Geschichte des preufs. Staates, vom hubertsburger Fr. an, etc. Th III (Frankf. 1820. 8.). — 2) Sachsen: Königl. Rescript v. Sept. 1817, die Errichtung e. Staatsraths betr. — 3) Baiern: Organisation der LandesCollegien; in Reuss Staatskanzlei, 1799, VI. 1. Constitution des Königreichs, v. 1. Mai 1808, Tit. 3; in d. Rhein. Bund, XIX. 3. 157. Instruction f. d. GeneralKreisCommissäre, v. 17. Jul. 1808; in d. Rhein. Bund, L. 225. Verordn. v. 2. Febr. 1817, wegen Bildung u. Einrichtung der obersten Stellen des Staates; in d. Regier. Blatt, Num. IV. Handbuch der Staatsverfassung u. Staatsverwaltung des Königr. Baiern. 7 Bände. München 1807 — 1813. 8. — 4) Wirtemberg: OrganisationsPatent v. 18. März 1806. Rescr. v. 1. Jul. 1811, wegen Einführ. des BüreauSystems in d. Ministerien des Innern u. d. Finanzen. Rhein. Bund, XXXIX. 394. LVI. 285. 288. 300. Desgl. v. 8. Nov. 1816, für d. Geh. RathsCollegium; desgl. v. . . Sept. 1817, betr. die Organisation der höchsten Gerichte; desgl. v. 18. Nov. 1817, die StaatsverwaltungsFormen u. die RessortVerhältnisse der obersten Staatsbehörden betr. G. Knapp's Repertor. über d. k. wirtemb. Gesetzgebung v. 1797 — 1809, Th. III, Abth. 2 (Stuttg. 1814. 8.). — 5) Baden: Organisation der bad. Lande, in 13 Edicten. 2 Theile. Mannh. 1803. 8. Fünf Constitutions-Edicte. v. 1807 u. 1808, in d. Reg. Blatt, u. besonders zusammengedruckt, Carlsr. 1808. 8. Neueste Organisation der Geschäftsverwalt. d. obersten Staatsbehörden, v. 5. Jul. 1808, in d. Reg. Blatt, 1808, N. 21 u. 22, u besonders abgedruckt, Carlsr. 1808. 8. Rhein. Bund, XX. 312. OrganisationsEdict v. 26. Nov. 1809, mit Beil. A — F; in d. Regier. Blatt v. 1809, Num. 49 ff. Auch besonders abgedruckt. Carlsr. 1810. 8. Neue Aufl. 1813. 8. u. in d. Rhein. Bund, Heft XL — XLIV. PersonalOrganisation v. 31. Dec. 1810, in d. Reg. Blatt, u. besonders abgedruckt; Carls. 1810. 8. Verordn. v. 21. Sept. 1811, wegen Wiedereinführung eines Staatsraths u. e. Cabinetsraths; in d. Reg. Blatt, 1811, Num. 24. Verordn. v. 1821, die Einricht. des Staatsministerii betr. — 6) Kurhessen: Verordn. über die Einricht. der Staatsverwaltung, v. 29. Jun. 1821. — 7) Grofsherzogthum Hessen: HauptOrganisationsPatent v. 12. Oct 1803; in Häberlin's Staatsarchiv, L. 115 — 166. — Verordn. v. 1821, die Erricht. e. Staatsraths betr. — 8) S. Weimar: Verordn. v. 1. Dec.

1815, wegen Einricht. e. StaatsMinisterii, in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 75. — 9) Nassau: Verordn. über die Organisation der Staatsverwaltung, v. 9. u. 11. Sept. 1815, u. v. 5. u. 6. Jan. 1816; in d. nassau. VerordnungsBlatt. — 10) S. Coburg: Verordn. vom 4. Jun. 1808, die neue Einrichtung des LandesMinisterii betr.; in d. Rhein. Bund, XXI. 473. Dergl. v. 1. Mai 1802; in (Klüber's) Rheinischen Staatsanzeigen Heft 2, S. 124 ff. — 11) AnhaltCöthen: Verordn. v. 28. Dec. 1810 u. 19. Febr. 1811; in d. Rhein. Bund, LII, LIV u. LXV.

§. 266.

Vereinigung mehrerer Behörden.

Ausserordentliche und provisorische Behörden.

I) Einheit und Uebersicht, Zeit- und Kostenersparnifs fordern, dafs die Staatsverwaltung gerade nur in so viel Abtheilungen getrennt, und unter so viel Collegien und Einzelne vertheilt werde, als zu ordentlicher und schleuniger Bearbeitung nöthig sind [a]). Zu grofse Vervielfältigung der Staatsbehörden, vermehrt die Verwickelung der Verhältnisse in der Staatsverwaltung. Uebertriebene Centralisirung, hindert oder erschwert die Aufsicht über die Unterbehörden. Zu weit getriebene Trennung und Abgrenzung der einzelnen Verwaltungszweige, vervielfältigt ohne Noth die Mittheilungen, folglich die Geschäfte. II) In kleinern Staaten, oft auch in gröfsern, können, müssen daher mehrere, höhere und niedere Staatsbehörden vereinigt seyn [b]) (vermischte oder cumulative Behörden). Doch ist nicht rathsam, Justizbehörden mit Verwaltungs- oder Regierungs-, Polizei- und Finanzbehörden zu vereinigen. Selbst die Verwaltung der Gerichtbarkeit in nicht streitigen Sachen (§. 299), ist nicht selten getrennt von derjenigen der Gerichtbarkeit in streitigen Sachen. Reine Absonderung, findet sich am allgemeinsten bei Militärbehörden. III) Auch können, ausser den permanenten Behörden, für einzelne Auf-

träge oder Geschäftzweige, ausserordentliche und provisorische Behörden verordnet seyn.

a) Den Charakter einer Staatsregierung, erkennt man aus ihren Grundsätzen und ihrer Handlungsweise, in dem Innern und Aeussern, aus der Organisation der Verwaltungsbehörden, aus ihrem Geschäftgang und den dabei herrschenden Grundsätzen. Ueberall sind zu meiden: Ueberlastung mit Beamten, Uebertreibung der Gegenaufsicht (§. 270), Mehrung des Schreibwerkes, Viel- und Breitregieren. — Von solchen Gegenständen der höhern Staatskunde, s. (Kriegsr. Scheffner's in Königsb.) Gedanken und Meinungen über Manches im Dienst. Zweite Aufl. 1804. II. Bändchen. Königsb. 1806. II. Bds. 2. Abschn. 1812. 3. Abschn. 1821. 8. (Gött. gel. Anz. 1805, 55. 1807, 143.) Klüber's Staatsr. des Rheinb., §. 248, Note a. A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung deutscher Länder, und die Dienerschaft der Regenten. Hannover 1807. 8. Friedr. v. Bülow's Bemerkungen (zu Rehbergs Abh.). Berl. 1808. 8. Einige Erläuterungen zu v. Bülow's Bemerkungen etc.; v. Wackerhagen. Hannover 1808. 8. — Von dem politischen *Tabellen- u. Rechnungswesen*, und von der *Conjectural Politik*, s. Rössig's Politik, 295 ff. Ueber moralische Statistik, u. von Ueberschätzung der Zahlen Statistik, s. Minerva, April 1814, S. 71—77. H. W. Heerwagen's Anleit. zur richt. Kenntniss d. preuss. Staatswirthschaft. Berl. 1808. 8.

b) Moser von d. Landeshoh. in Regierungssachen, 38. — Zur Probe, doch nicht als Muster, vergl. man das angef. S. coburgische Organisations Patent von 1802, in (Klüber's) Rhein. Staatsanzeigen, II. 124, u. das Patent über die Organisation der Landesbehörden des Fürstenthums Leiningen, d. d. Amorbach den 1. Dec. 1804. Nachtrag dazu, vom 10. Jun. 1805. Fol.

§. 267.

Neben Collegien. Commissionen.

Für manche Staatsangelegenheiten, werden zuweilen, ein für allemal, beständige Commissionen, auch Neben- oder Filial Collegien, angeordnet. Für einzelne, vorübergehende Angelegenheiten, werden Commissionen in dem eigentlichen inn, ernannt a), mit oder ohne Subdelegations-Recht. Die Commissionen sind bestimmt, bald für

Justizsachen, bald für andere Gegenstände der Staatsverwaltung; in dem ersten Fall, entweder von Amtswegen, oder auf Begehren einer, oder beider Parteien; es sey für die ganze Sache, oder für einzelne Verhandlungen. Auch unterscheidet man, hin und wieder, Hof- und LocalCommissionen. Mehrere Commissarien für denselben Gegenstand, werden entweder als gemeinschaftlich bestellt, oder mit der Clausel: sammt und sonders, oder: sammt oder sonders.

a) Schriften in Pütter's Lit. III. §. 1102. Klüber's Lit. 296. G. C. F. Seiler diss. vindiciae potestatis camerae imperialis supremae decernendi commissiones ad integram caussam (Erlang. 1793. 4.), §. 6. sq. Grolman's Theorie des gerichtl. Verfahrens, §. 137. — *Unterthanen*, selbst der höchsten Classe, senden an den Regenten oder dessen Staatsbehörden, keine Commissarien, sondern Bevollmächtigte, Abgeordnete, Deputirte.

§. 268.

Archive und Registraturen. Archivrecht.

I) Wichtig für die öffentliche Geschäftführung, sind die Staats**Archive** a) (chartophylacea, tabularia s. chartaria publica), unter Auctorität des Staates errichtete Gebäude oder Gemächer, für Aufbewahrung der Urkunden und Acten, unter Aufsicht verpflichteter Archivare. II) Dem Regenten allein steht das **Archivrecht** b) (jus archivi) zu, die Befugniss, öffentliche Archive zu haben, ihnen öffentliches Ansehen zu verleihen, und für die darin aufbewahrten, an sich unverdächtigen Urkunden, die Rechtsvermuthung der **Aechtheit** zu verordnen c). III) Auch landständischen und andern Corporationen, Stadt- und Grundobrigkeiten, kann dieses Recht, untergeordnet, in bestimmter Art verliehen werden d).

a) Pütter's Lit. III. 204. Klüber's Lit. §. 990. Huch's Literatur der Diplomatik, 425 ff. H W. Lawätz Handb. für Bücherfreunde u. Bibliothekare, Th. II, Bd. 2, Abth. 2 (Halle 1795. 8.),

S. 71 — 94. J. M. v. Abele über die Geschichte des Kanzlei- u. Archivwesens. Kempten 1798. 4.

b) Jo. Eisenhart de jure diplomatum. Hal. 1736. 4. auct. a G. St. Wiesand. Lips. 1757. 4. J. P. Behlen diss. de probatione per documenta archivalia. Mog. 1760. 4. F. W. A. Layriz obss. de auctoritate diplomatum ex archivo depromtorum. Baruthi 1796. 8. Westphal's Staatsr., 92. Jargow von d. Regalien, 263. — Beweiskraft der archivalischen Staats- u. PrivatOriginalUrkunden. Leyser Sp. 266. m. 7. 2. 3. 5. Brokes sel. obs. for., obs. 450. Canz de probabilitate jurid., §. 182. sqq. G. L. Boehmer in Gensler's etc. Archiv für die civilist. Praxis, B. II, Heft 1 (1819), Num. VIII. G. L. Boehmer princ. juris canon., §. 804, Note c. — Beweiskraft der archivalischen *Copialbücher* und *Abschriften*. J. W. Waldschmidt diss. de probatione per diplomataria. Marb. 1726. u. in Baring's clave diplom. p. 391. Westphal a. a. O. 98. J. C. C. Schröter's verm. Abhandl. II. 192. Layriz l. c. §. 12. sqq.

c) Westphal a. a. O. 92 ff. Layriz l. c. §. 8. sqq.

d) Hertius T. I. resp. XX. n. 17. Westphal's Privatr., I. 126. — Ob sie dieses Recht auch ohne Verleihung haben? Leyser Spec. 268. 683. m. 9. Schröter a. a. O. Layriz, l. c. §. 6. sqq. Müller obss. ad Leyser. T. III. obs. 471. Struben's Nebenst. VI. 422.

§. 269.

Fortsetzung.

IV) Meist hat ein Staat mehrere Archive, ein General- oder HauptArchiv, und mehrere Particulär- oder NebenArchive, Provinzial-, Kreis-, Regierungs-, Kammer- u. d. Archive. Für alle hat man hie und da eigene ArchivOrdnungen a), worin der ArchivPlan, die äussere und innere Einrichtung b), die Obliegenheit der Archivare, u. d. bestimmt sind c). V) Zuweilen haben abgetheilte Linien eines Regentenhauses ein gemeinschaftliches Archiv d). VI) Von den Archiven unterscheiden sich die öffentlichen Registraturen oder Reposituren (ältere, und laufende oder currente) der LandesCollegien und LocalBehörden, auch der städtischen, der Landschaften, Universitäten, Standes- und Grundherren, u. a. e). Unei-

gentlich werden solche zuweilen Archiv genannt, z. B. Amts-, Kloster- u. d. Archiv.

a) Markgräfl. badische ArchivOrdnung und Instruction. Carlsr. 1802. 8.

b) Hauptregel: jede Urkunde ist wichtig, für eine *Person*, einen *Ort*, eine *Sache*. — Schriften, von Spiess, Eckartshausen u. a. bei Pütter u. Klüber a. a. O. K. G. Günther über die Einrichtung der Hauptarchive. Altenb. 1783. 8. Gatterer's pract. Diplomatik, Th. I, Abschn. 6. G. A. Bachmann über die Archive. Amb. 1801. 8. J. A. Oegg's Archivwissenschaft. Gotha 1804. 8. J. F. X. v. Epplen's Anleit. zu Einrichtung der Archive und Registraturen. Erf. 1805. 8. Pütter's jur. Praxis, I. 266.

c) Zweckmäsige Einrichtung der Archive, äussere und innere. Repertorien. Vorsichtregeln und Mittel wider das Verderben der Urkunden und Siegel, wider Moder und Insecten.

d) So die sämmtlichen sächsischen Häuser albertinischer u. ernestinischer Linie, ehehin zu Wittenberg, v. Römer's Staatsr. u. Statistik des Churfürstenth. Sachsen, I. 521. Eben so die gesammten sächsischen Häuser ernestinischer Linie, wegen ihrer Antheile an der gefürsteten Grafschaft Henneberg, zu Weimar, vermöge des hennebergischen Theilungs-Recesses v. 1660, in Glafey's Kern der sächs. Geschichte, S. 1098.

e) Schriften von Claproth, Fladt, Buchhorn u. a., in Pütter's u. Klüber's Lit. §. 990. J. M. Madtmayr's RegistraturPlan. Wien 1789. 8. J. C. F. Stuss von Archiven (eigentlich, Registraturen). Leipz. 1790. 8. E. F. Kulenkamp's Anleit. zu Anordnung u. Erhaltung der Amts-, Renterey-, Stadt-, Familien-, Gerichts- u. KirchenRepositurен. Marb. 1805. 8. G. F. J. Sedelmayer's Anleit. zur Systematik und Führung der Registraturen. Bamb. 1807. 8. Carl Hecht's Theorie der Registraturlehre. Heidelb. 1808. 8. Friedr. Gutscher's Registraturwissenschaft. Stuttg. 1811. 8. Ge. Ferd. Döllinger über die zweckmäsigste Einrichtung der Registraturen. München 1811. 8. E. Daubert über das Registraturwesen. Braunschw. 1812. 8.

§. 270.

GeschäftBezirkordnung. Instruction. Aufsicht. Verantwörtlichkeit u. Unverletzlichkeit der Staatsdiener. Recurs.

I) Eine Wirkungs- oder GeschäftBezirkordnung (Abgrenzung des Geschäftkreises, Competenz- oder RessortReglement) bestimmt den Dienstkreis, das heifst, den Umfang der amtlichen Wirkungsbefugnifs der höhern Staatsbehörden, in Ansehung sowohl der Gegenstände [a]), als auch der Amtsuntergebenen. II) Einzelne Staatsbeamte und niedere Behörden, erhalten eine Dienstordnung oder VerwaltungsVorschrift (Instruction); wobei der Kleinigkeitsgeist, welcher in regierungsreichen Zeiten und bei Regierungssüchtigen leicht überhand nimmt, zu vermeiden ist, damit die Selbstthätigkeit, das freie, nützliche Wirken des Geistes, bei dem Staatsdiener nicht gehindert werde. III) Alle Staatsdiener sind der Aufsicht des Souverains unterworfen, in Hinsicht auf Erfüllung der Amtspflicht, auch auf Privatleben, so fern dieses auf Amtsansehen und Amtstreue nachtheilig wirken könnte. Bestimmte Amtsgeschäfte, können fortwährend einer Gegenaufsicht oder Controle unterworfen werden [b]). Diese, so wie die periodische Revision und Visitation, ist so einzurichten, dafs wechselseitiges Vertrauen und Ehrgefühl dabei bestehen können. Militärische Behandlung, verträgt sich nicht mit dem intellectuellen Staatsdienst, und pedantische Uebertreibung der formalen Pünctlichkeit schadet der Sache. IV) Auf das heiligste und einfachste, selbst wider den Regenten, sey gesichert, die Verantwortlichkeit pflichtvergessener (§. 262), und die Unverletzlichkeit pflichtgetreuer Staatsbeamten. V) Wider Mifsbräuche und Bedrückungen der Staatsbeamten, dient der Recurs an die ihnen vorgesetzten höhern Staatsbehörden, auch an den Regenten.

a) DepartementsConflicte, Competenz- oder RessortStreitigkeiten, wegen Unbestimmtheit der Grenzen (z. B. bei einem so genannten Departement des Innern); auch je nachdem Herrschsucht oder Arbeitscheue, die Hand zu dem Nehmen oder Zurückschieben ausstreckt.

b) F. A. v. Zwanziger über Zweck, Begriff u. Bestimmung jeder Controle; in Häberlin's Staatsarchiv, Heft 32, S. 415.

§. 271.

CanzleiCeremoniel. Staatssprache.

In der Staatsgewalt ist begriffen, die Befugnifs, nicht nur I) das Ceremoniel und Titulaturwesen in dem öffentlichen Geschäftgang zu bestimmen (s. 112,) sondern auch II) über den Gebrauch einer bestimmten Sprache oder Sprachform, in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen zu verfügen a) (SprachenRegal, jus idiomatis, jus principis circa linguam). Dahin gehören Verordnungen über die Sprache, welche in Staatsverhandlungen, von oder bei Staatsbehörden, bei dem öffentlichen Unterricht, bei der öffentlichen Gottesverehrung, an dem Hof, in Handelsbüchern u. d. gebraucht werden soll b), Entscheidung erheblicher Streitigkeiten der Sprachlehrer und Sprachforscher, u. d.

a) Pütter's Lit. III. 205. Klüber's Lit. 219. Huch's Lit. der Diplomatik, 29. 376. Stauber's Nebenstunden, VI. 416. Jargow v. d. Regalien, S. 266. J. L. E. Püttmann pr. de usu linguae latinae in vita civili causisque maxime publicis. Lips. 1793. 4. Arth. Duck de usu et auctoritate juris civ. Rom., p. 150. sqq. C. F. Walch de lingua latina, lingua legitima; in dessen Opusc. I. 402. C. H. Pudor de palma linguae latinae ab Europae civitatibus de pace, foederibus etc. publice agentibus optimo jure retribuenda. Vratislaviae 1817. 4. v. Martens Einl. in das europ. Völkerr. §. 174 u. 328, Note a. Sur l'universalité de la langue française; in dem Journal: Le Nord physique, politique et moral; 1798, n. IV. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 537 ff. Ebendess. droit des gens moderne de l'Europe, §. 113 et suiv. Von der Sprache der t. Bundesversammlung, s. oben §. 136.

b) Daher Staats-, Canzlei- u. Gerichtsprache, Kirchen- u. Schulsprache, Hof- u. Gemeinsprache (idioma publicum, judiciale, sacrum, scholasticum, aulicum, vulgare). (Die polnische Constitution v. 27. Nov. 1815 ist, im Original, französisch, aber sie verordnet, §. 28, den ausschliessenden Gebrauch der polnischen Sprache in allen öffentlichen Verwaltungs-, gerichtlichen u. militärischen Angelegenheiten. Die norwegische Constitution v. 4. Nov. 1814, §. 81, verordnet, dafs alle Gesetze in norwegischer Sprache ausgefertigt werden sollen.)

§. 272.

Eintheilungen des Staatsgebietes.

Zu dem Zweck der Staatsverwaltung, dienen eigene TerritorialEintheilungen oder geographisch-politische Abtheilungen des Staatsgebietes, z. B. in Provinzen, Kreise, Regierungsbezirke, Oberämter, Ober- oder Landvogteien, Landgerichte, Bezirke, Cantone, Burgermeistereien, Aemter, Gerichte, Städte, Flecken, Dörfer, Bauerschaften, Stadt-, Flecken- und Dorfgemeinden, Sammtgemeinden (§ 194), Amtskörperschaften u. d.; oder in Departemente, Districte, Cantone und Municipalitäten a); desgleichen in Immediat- und MediatBezirke, z. B. standesherrliche und grundherrliche; auch in Städte und plattes Land b).

a) *Baierische* Verordn. v. 21. Jun. 1808, wegen Eintheilung des Königreichs in 15 Kreise; Rhein. Bund, XX. 242. Neue Eintheilung desselben in 9 Kreise u. 2 Stadtbezirke (Augsburg u. Nürnberg), nach e. Verordn. v. 26. Sept. 1810; ebendas. XLVIII. 440. Verordn. v. 2. u. 20. Febr. 1817, wegen Eintheil. in 8 Kreise, mit Einverleibung der LocalCommissariate etc.; Regier. Blatt, Num. IV. Verordn. wegen Bildung der Stadt-, Flecken- u. Dorfgemeinden, v. Jun. 1818. — *Wirtemberg.* Verordn. v. Nov. 1810, die Eintheilung des Königreichs in 12 Landvogteien betr.; ebendas. LI. 314. Edict v. 18. Nov. 1817, betr. die Eintheil. des Königr. in 4 Verwaltungsbezirke. — *Badische* Verordn. v. 15. Nov. 1810, die Eintheilung des Grofsherzogthums in 9 Kreise; ebendas. LI. 445; u. Veränderungen seiner AemterEintheilung, in d. bad. Regier. Blatt, 1813, Num. 22, u. 1814. Num. 2.

b) Von Forst- und JagdRevieren, und von Marken. — Von kirchlichen Provinzen, Diöcesen, Pfarreien und Kirchspielen.

VIII. Capitel.

Verhältniss zwischen StaatsHoheitsrechten und Eigenthumsrechten.

§. 273.

Grenze der StaatsHoheitsrechte.

Der Grund der StaatsHoheitsrechte, als der Mittel zu dem Zweck, ist die unabhängige Staatsgewalt [a]) (§. 97 ff.). Durch diese wird der wesentliche Charakter der StaatsHoheitsrechte bestimmt, und der Umfang derselben begrenzt. Wenn man aber, in teutschen Staaten, unter den so genannten benutzbaren, lucrativen, Finanz- oder Kammer-Regalien (§. 98, b) verschiedene bemerkt, die eigentlich nur PatrimonialRechte sind, und ursprünglich blofs Ausflüsse des Eigenthumsrechtes waren, so haben sie den Namen Regalien, so fern sie in den Händen einer Staatsregierung sich befinden, durch Mifsbrauch, oder durch Verwechslung der Begriffe erhalten, und verjährter Gebrauch, selbst der Regierungen, hat den Besitzstand des unpassenden Wortes gesichert. Wiewohl man solche Rechte, in dem System eines positiven Staatsrechtes, nunmehr in der Reihe der Hoheitsrechte nicht vermissen darf, so ist doch, vorzüglich bei ihnen, eine richtige Bestimmung der Grenze zwischen StaatsHoheit und PrivatEigenthum wichtig [b]).

a) Nach Biener (de natura et indole dominii in territ. Germ. 20. sqq.), das *Eigenthum* des Staates an dem Lande. Von dem *Staatseigenthum*, in dem wahren Sinn des Wortes, oben, §. 248 f.

b) Z. B. bei Flüssen, bei dem Forst- und Jagdwesen, bei Bergwerken, Mineralwasser, Salzquellen, herrenlosen Sachen. Runde's teutsches Privatr., §. 102 ff. Danz Handb. d. t. Privatr., I. §. 101 b. ff. Nettelbladt von den wahren Kennzeichen der TerritorialRechte oder Regalien; in dessen Erörterungen, Num. 11. Pütter's Beiträge, Th. I, Num. XII. G. F. Zentner diss. de differentiis jurium imperii ac dominii eorumque effectibus in regimine territoriali (Heidelb. 1793. 4.), §. 19. sqq. de Selchow elem. juris publ. §. 423. Leyser de assentationib. JCtorum, p. 100. sqq. Vergl. *baier.* Edict v. 26. Mai 1818, betr. die Verhältnisse der Standesherren, §. 49.

§. 274.

Fortsetzung.

I) Alle wahren Hoheitsrechte fliefsen aus der Staatsgewalt (§. 97 u 273), nie aus dem Grundeigenthum a). II) Die Herrenlosigkeit einer Sache, begründet, an sich, nicht die Regalität derselben b). III) Da der Name die Sache zu ändern nicht vermag, so treten Privatrechte, die bei Verleihung oder Vertheilung des Privateigenthums, von dem Staat vorbehalten wurden c), darum nicht in die Classe der Regalien. IV) Die Hoheitsrechte erstrecken sich über das ganze Staatsgebiet, über alle darin befindlichen Personen und Sachen, auch die Privatgüter des Regenten (§. 255). V) In Ansehung der unverleihbaren Hoheitsrechte, ist der Regent allein an die Grundsätze des Staatsrechtes gebunden. VI) Alle Einkünfte von Hoheitsrechten, gehören zu dem Staatseinkommen. VII) Unbedingte Verleihung oder Veräusserung einzelner Hoheitsrechte, findet, in der Regel, nicht statt (§. 101. 250).

a) In einem PatrimonialStaat, wäre das *Recht* zu der Oberherrschaft, Eigenthum; nicht die Oberherrschaft. Vergl. oben, §. 249, Note c.

b) Von Adespoten, oben §. 256 f.

c) Z. B. der Bergzehnte, wo und so weit nicht blofs die Berghoheit, sondern auch die BergwerkGerechtigkeit Regal ist. Vergl. §. 363, Note c.

§. 275.

Eigenthumsrechte;

1) *der Unterthanen.*

I) Die aus dem Grundeigenthum fliessenden Rechte, unterscheiden sich wesentlich von der Einwirkung der Staatshoheit auf dieselben, und von den darauf haftenden öffentlichen Abgaben und Diensten, welche der Staatszweck nöthig macht *a*). II) Die Rechtsvermuthung streitet wider den Regenten und den Fiscus, und es liegt diesem der Beweis ob, wenn derselbe wahre Ausflüsse des Privateigenthums, oder Gerechtsame, welche in die natürliche Freiheit der Staatsbürger eingreifen, als StaatsHoheitsrecht, als Staatsvermögen, oder als landesherrliches Privateigenthum in Anspruch nimmt *b*).

a) Z. B. bei Veräusserung und Benutzung des Grundeigenthums, Oberaufsicht auf Privatwaldung, Jagd, Berg- und Salzwerke, Einschränkung des Baurechtes, Besteuerung, das äusserste Recht auf Sachen. — Das Recht der *TerritorialLosung* (Marklosung im weitern Sinn) ist, als Näherrecht bei Veräusserung inländischen Eigenthums, den Inländern gegen Ausländer hie und da durch Landesgesetze gegeben. C. F. Walch's Näherrecht (3. Aufl. 1795), §. 31. C. Weishaar's würtemb. Privatr., S. 144. W. A. Schopff diss. de retractu territoriali. Tub. 1748. 4. — Ob dem *Landesherrn*, als solchem, der Retract, selbst gegen Inländer, gebühre? L. F. E. Jan diss. de retractu territoriali dominorum territorialium in Germania. Altorf. 1774. 4. Dem Landsherrn spricht solchen ab, «nisi jus provinciale vel consuetudo contraria legitime doceatur», W. A. Schopff diss. decas quaestionum de jure retractus (Tub. 1737. 4.), quaest. VII. — Der *Zweck* des Eigenthums, ist ganz verschieden von dem der Oberherrschaft. Jac. Rave über den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums (Jen. 1760. 8.), S. 31 ff. — Die Staatsregierung darf mündige Unter-

thanen nie so behandeln, wie ein Hausvater seine Hausgenossen.

b) Dem Staatsbürger können, ohne Ungerechtigkeit, Befugnisse nicht entzogen werden, von welchen es nicht evident ist, dafs deren Besitz, in ihrer Hand, dem Staatszweck wesentlich und nothwendig widerspreche. Vergl. Fichte's Grundlage des Naturrechts, Th. II, S. 20.

§. 276.

Fortsetzung.

III) Anzeige des Rechtstitels oder Beweisführung, kann der Regent, oder in seinem Namen der Fiscus, von jedem Staatsbürger fordern, wenn die Rede ist von einem unverleihbaren Staats-Hoheitsrecht [a] (§. 101). IV) Nicht so bei verleihbaren Regalien (§. 101), oder an sich zulässigen Immunitäten, und den unten (Num. VI) angeführten Abgaben und Diensten, in deren ruhigem und untadelhaftem Besitz ein Staatsbürger sich befindet [b]. Vielmehr kann dieser defshalb, in dem Fall einer Besitzstörung, gegen den Fiscus, die Kammer, die PrivatgüterVerwaltung (die Schatulle), sich aller possessorischen Rechtsmittel bedienen [c]. V) Verleihbare Regalien und Immunitäten können durch unvordenkliche Verjährung erworben werden [d]. VI) Wenn die neuere und neueste StaatsFinanzpraxis die Regalität solcher Rechte durchsetzt, welche ehehin für blofse Ausflüsse des Privateigenthums galten (§. 273), so sollte sie doch ihrer Behauptung keine rückwirkende Kraft beilegen, auf ältere Abgaben und Dienste, welche in der Vorzeit der Eigenthümer für Benutzung seines Eigenthums sich rechtsgültig hat versprechen lassen [e].

a) A. H. Göckel diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798. 4.) §. 24.

b) Göckel diss. cit. §. 22. 23. Vergl. C. A. v. Braun in Siebenkees jur. Magaz. II. 183. — Der Besitzstand mufs respectirt

werden, so lang ihm der offenbare Rechtsstand nicht widerspricht. Ausserdem würde kein wohlerworbenes Recht der Staatsbürger sicher seyn. — Die Anzeige des Rechtstitels halten für nothwendig, so bald nur die *Regalität* des Rechtes überhaupt ausser Zweifel ist, C. F. Häberlin, Handb. des t. Staatsr. III. 190. J. F. Döhler von d. Regalien, §. 33. Himmelstoss Entwickel. des Begriff der Regalität, §. 27.

c) Göckel l. c. §. 19. sqq. et 23. — Andere gestatten zwar das Possessorium summariissimum gegen den Regenten, fordern aber zugleich die Edition und den Beweis des Rechtstitels. A. G. Petermann diss. de valore possessorii summariissimi adversus principem regalia vindicantem a subdito instituti (Lips. 1731), §. 7. seqq. J. A. v. Ickstadt's Abh. v. d. Jagdrechten, III. 297. 337. Sam. Stryck diss. de necessitate edendi titulum possessionis, c. 3. Wernher, P. II. obs. 366. Kind quaest. for. I. 188. Klein's Rechtssprüche, Bd. I, Num. 19. E. F. Pfotenhauer über das gerichtl. Verfahren, in Sachen, welche den neuesten Besitz betreff n (Leipz. 1797. 8.), §. 14.

d) Cocceji diss. de praescriptione immemoriali, c. IV. th. 4. sqq. F. C. Harpprecht diss. de praescriptione immunitatis a collectis, c. 2. th. 40. n. 184. sqq. G. D. Hofmann diss. de munere et immunitate metatorum militarium (Tub. 1751), §. 24. Wernher, P. IV. obs. 5. n. 87. sqq. Böhmer decis. et consult. T. III. P. 3. cons. 658. n. 5. et cons. 661. n. 8. Hofacker princ. juris civ., T. II. §. 868. Leyser Sp. 441. m. 7. et 8. Spec. 458. m. 1—6. *Idem* de assentationibus JCtorum, c. 3. Sect. 2. §. 23. p. 100. Westphal's Staatsr. 159 f. Böhmer princ. juris feud. §. 204. Göckel l. c. §. 18, Anders, Chr. Thomasius diss. de praescriptione regalium ad jura subditorum non pertinente (Hal. 1696), c. 3. und in Frisii jure domaniali, III. 177. — Vierzigjährige Verjährung halten für hinreichend, Gönner von Staatsdienstbarkeiten, §. 70—77. Himmelstoss a. a. O., §. 28. — Von Verjährung der *fiscalischen* und *Domänen*Güter, unten, §. 389 u. 396.

e) Z. B. Wasserzins, wovon §. 371.

§. 277.

2) *des Staates und des Regenten.*

I) Die **Eigenthums**Verhältnisse des Staatsvermögens, so wie des Privateigenthums des Regenten und seiner Familie (§. 255), sind, in der Regel, nach dem gemeinen **Privatrecht** des Staates zu beurthei-

len. II) Streitigkeiten darüber gehören, als Privatsachen, vor die competenten LandesJustizbehörden. III) Ist die Verwaltung jenes Eigenthums, derselben Behörde übertragen, welche StaatsHoheitsrechte zu verwalten hat, so ist dieselbe, bei der Mehrheit ihrer Repräsentation, in jedem einzelnen Fall nur nach demjenigen ihrer Verhältnisse zu beurtheilen, oder zu behandeln, in welchem sie handelt, oder in Anspruch genommen wird. IV) Alle grundherrlichen Berechtigungen des Staates, so auch des Regenten und seiner Familie, nach ihren Privatverhältnissen, insbesondere PatrimonialDienste und PatrimonialAbgaben, sind Privatrechte.

IX. Capitel.

Aufsehende, gesetzgebende, vollziehende Gewalt.

---

§. 278.

A) Aufsehende Gewalt.

Begriff.

Höchste Oberaufsicht des Staates[a]), die oberaufsehende Gewalt (potestas inspiciendi suprema, jus supremae inspectionis), ist das Recht fortwährender wirksamer Aufmerksamkeit auf Alles, was auf den Zweck des Staates Einfluſs haben kann[b]). Beobachtend, muſs sie jeder Anordnung und Vorschrift vorausgehen, und deren Vollziehung und Erfolg begleiten.

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 300ff. Car. Aug. Tittmann de ambitu juris supremae inspectionis. Gött. 1797. 4. H. G. Scheidemantel's Repertor. des Staats- und Lehnr., I. 238. *Ebendess.* Staatsr. nach d Vernunft, I. 249ff.

b) Von den Gegenständen, s. C. G. Rössig's Politik (Leipz. 1805. 8.), S. 158.

§. 279.

Bestandtheile.

Begriffen ist darunter: 1) das Recht, dem Zweck gemäſs, von Allem Kenntniſs zu nehmen, was in Absicht auf Erreichung des Staatszweckes wichtig ist a) Diesem Recht entspricht die Pflicht der Unterthanen, zu Mittheilung der in jener Hinsicht nöthigen Nachrichten, aufgefordert oder nicht. 2) Das Recht zu billigen, zu genehmigen, zu bestätigen b), was dem Staatszweck gemäſs, 3) zu miſsbilligen, aufzuschieben, zu hintertreiben, zu untersagen, zu vernichten, was ihm zuwider befunden wird, besonders das, was die Sicherheit Aller, oder Einzelner bedroht. 4) Zu veranlassen, was mittelbar oder unmittelbar zu Erreichung des Staatszweckes dienen kann c).

a) Von *Entdeckungsmitteln*, Scheidemantel's Repertor. a. a. O. §. 8—11. *Ebendess.* allgem. Staatsr., S. 85ff. Klüber's Kryptographik, §. 16ff. u. S. 292ff.

b) Pütter's Lit. III. 301. Jo. Lud. Uhl pr. de jure principis circa actus privatos. Francof. ad Viadr. 1744. J. C. K. Schröter's vermischte Abhandlungen, Th. I, S. 437 ff.

c) Jede Aenderung in der Verwaltungsform, geschehe von *Oben*. «Das *Volk* gewöhnt sich zu ändern, und verlernt zu gehorchen». Aristoteles. Alles geschehe durch *Reform*, nichts durch Revolution. Nicht leicht werde etwas gänzlich niedergerissen, um es auf einmal wieder neu zu erbauen. Mounier's Betrachtungen über die Staatsverfassungen, übers. von Hufeland, 208 f.

§. 280.

Grenzen.

I) Nur da, wo sie Pflicht dazu hat, ist die Regierung zu Ausübung dieses allgemeinen Hoheitsrechtes befugt [a]). II) Ueber Gebühr darf, durch Ausübung desselben, die natürliche Freiheit der Bürger nicht beschränkt werden, besonders in Privat- und FamilienAngelegenheiten [b]), in Religionssachen, in Sachen der Autonomie [c]). III) Auch Gesellschaften, öffentliche [d]), private, geheime [e]), gleichviel ob diese nur ihren Zweck, oder auch ihr Daseyn verheimlichen, auch religiöse [f]), und milde StiftungsSocietäten [g]), dürfen der Aufsicht und Prüfung des Staates sich nicht entziehen, wenn sie auf Duldung und Schutz Anspruch machen.

a) Die Regierung, innerhalb ihrer Grenzen, fordert nicht Nachrichten ein, die des Bürgers Freiheit fährden', und dem Despotismus fröhnen. Glück zu mehren, Elend zu mindern, sey der Canon der aufsehenden Gewalt: nicht die Sucht, Alles wissen zu wollen. Der Staat habe die Augen auf Alles, nicht die Hände in Allem.

b) J. J. Moser's Lebensbeschreib. IV. 105 ff. Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 54, S. 218, Heft 62, S. 120 ff. 141 ff. Ueber das Geheimnifs der Posten. Frankf. u. Leipz. 1788. 8. Klüber's Kryptographik, S. 30 ff.

c) Vergl. §. 282. H. B. Jaup diss. de valore pactorum familiae etc. (Giess. 1792. 4.) p. 10. Pütter's Lit. III. 302. Selchow's Rechtsf. II. 197. Struck U. M, lib. 50. tit. 8. §. 2.

d) Moser von der t. Unterthanen Rechten, 261 ff. Nettelbladt's Erörter. 362. — AsseeuranzGesellschaften.

e) Preuss. allgem. Landrecht, Th. II, Tit. 20, Abschn. 4, §. 184 ff. Kant's Rechtslehre, 186. J. J. Moser von Geduldung der FreimaurerGesellschaften. Frankf. 1776. 8 J. A. O. Gehler diss. de inspectione suprema in societates occultas. Lips. 1786. v. Römer's kursächs. Staatsr. II. 462. Bielfeld institutions politiques, I. 115. Fessler's sämmtl. Schriften über Freymaurerey, Th. I. (Freyberg 1805. 8. Steht auch in dem Signatstern, Th. VIII. Berl. 1811. 8.) Abhandl. Num 3. Lotz über den Begriff der Polizei (1807), S. 129 ff. Klüber's kl. jur. Biblioth. VIII. 396. *Ebendess.* Lit. 285. — Verordnungen wider ge-

heime Gesellschaften, *päpstliche* (Bullen wider die Freimaurer) v. 27. Apr. 1738 u. 17. Mai 1751, u. (wider die Carbonari) v. 13. Sept. 1821; *kurpfalzbaierische* v. 4. Nov. 1799 u. 5. März 1804, *baierische* v. 13. Sept. 1814, in d. Allg. Zeit. 1814, N. 273; *preussische* v. 20. Oct. 1798, 16. Dec. 1808 u. 6. Jan. 1816; *östreichische* v. 1800, in Niemann's Blättern für Polizei u. Cultur (Tüb. 1801), Heft VII. Polit. Journal 1802, S. 273; *schuedische, italiänische, ligurische*, v 1803, in dem Polit. Journal, 1803, S. 343 ff.; *englische*, ebendas. 1799, S. 497 ff.; *badische*, v. 16. Febr. 1813, in dem bad. Regier. Blatt 1813, Num. V; *spanische* vom 24. Mai 1814 u. Jan. 1815; *sardinische* v. . . Jun. 1814 u. 5. Oct. 1821 (Journal de Francf. du 7 nov. 1821); *östreichische* für *Mailand*, v. 27. Aug. 1814; *päpstliche* v. . . Oct. 1815, in dem Journal de Francf. 1815, n. 299; *neapolitanische* v. 8. Aug. 1816, ibid. 1816, n. 250; *russische* v. 12. Aug. 1822. Statut des Domkapitels zu *Augsburg* wider geh. Gesellsch., in v. Berg's Staatsmagazin, Bd. III (1800), Num. 16. — Urtheile von Eingeweihten: G. E. Lessing's Ernst u. Falk; in dessen verm. Schriften, VII. 222 — 322. Mirabeau sur la monarchie Prussienne, T. V. p. 58 — 110. v. Knigge über den Umgang mit Menschen, Th. III, Cap. 8. *Ebenders.* in Pott's pragmat. Gesch. der deutschen Union oder der XXIIger. (Leipz. 1789), S. 165, 242. (Frh. v. Gleichen's) Metaphysische Ketzereien (1796. 8.), 380. (*Ebendess.*) Schöpfung durch Zahlen u. Worte (1792. 8.), S. 27 f. Neue Feuerbrände, Heft XI (1808), S. 102 ff. Die Wünsche eines Deutschen, nach dem Friedensschlusse von Schönbrunn (Nürnb. 1810. 8.), S. 289 ff. Graf v. Windischgrätz über geheime Gesellschaften. Frankf. u. Leipz. 1788. 8. Das Ganze aller geheimen Ordensverbindungen. Leipz. 1805. 8. E. Brandes Betrachtungen über den Zeitgeist in Deutschl., in d. letzten Decennien des vor. Jahrh. Hannov. 1808. 8. *Ebenders.* über geheime Gesellschaften, in Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 31, S. 278 — 293. — *Oestreich, Baiern, Wirtemberg* und *Baden*, dulden keine geheimen Orden. — Wo nicht alle, doch mehrere zu dulden, unter Aufsicht, ist oft ein gutes Mittel, keine fürchten zu dürfen.

f) Leyser Spec. 559. m. 1. sqq. Frid. Platner diss. de sacris clandestinis. Lips. 1766. 4. Lotz Begriff der Polizei, 132.

g) Kant's Rechtslehre, 184 f. Schmalz natürl. Staatsr. §. 120. Pütter's Lit. 696 ff. Klüber's Lit. §. 1079 ff.

§. 281.

B) Gesetzgebende Gewalt.

Der zweite allgemeine Bestandtheil der Staatsgewalt, ist die gesetzgebende Gewalt [a]) (potestas leges ferendi), die Befugnifs, Normen dem Staatszweck gemäfs festzusetzen, für Alles, was der Staatsgewalt unterworfen ist [b]). Bestimmungen dieser Art, heifsen Gesetze [c]). Sie sind so mannigfaltig, als die innern besondern Gegenstände der Staatsgewalt. Ihr verbindender Grund, liegt in dem von Staatswegen erklärten Gebot des Staatszweckes [d]). Auch stillschweigend, kann diese Erklärung geschehen; in welchem Fall die durch die That als verbindlich angenommene Norm, Rechtsgewohnheit (consuetudo), und das daraus entspringende Recht, Gewohnheitsrecht (jus consuetudinarium) heifst [e]).

a) Pütter's Lit. III. 302. Klüber's Lit. §. 1084 ff. Schmidtmantel's Staatsrecht nach der Vernunft, I. 164 ff.

b) Auch die Aenderung, Aufhebung, u. bestimmende Erklärung (§. 282) bestehender Gesetze, ist hierunter begriffen.

c) Von den verschiedenen Benennungen: Gesetz, Landrecht, Ordnung (z.B. Landes-, Polizei-, Procefs-, CriminalOrdnung), Constitution, Verordnung, Edict, Patent, Mandat, Weisung, Präcept, Publicandum, Bekanntmachung, Declaration, Rescript, Decret, Statut, u. d.

d) Daher die *Gerechtigkeit* der Gesetze, ohne welche der Ausspruch des Richters, seinem Inhalt nach, gerecht nicht seyn kann.

e) Pütter's Lit. III. 306. Klüber's Lit. §. 1039. J. N. C. Guillaume von der Gewohnheit. Osnabr. 1801. 8. K. Th. Gutjahr's Gewohnheitsrecht. Leipz. 1801. 8. K. H. L. Volkmar's Beiträge zu der Theorie des Gewohnheitrechtes. Helmst. 1806 Leipz. 1801. 8. Maurer's jur. Abhandl. Samml. I. N. 4. Pütter's Beitr. Th. II. N. 21. C. C. W. Klötzer's Versuch eines Beitrags zur Revision der Theorie vom Gewohnheitsrecht. Jena 1812. 8.

§. 282.

Fortsetzung.

Die Kraft der positiven Gesetze, ist eingeschränkt auf die Grenze des Staatsgebietes a); doch können sie, unter gewissen Voraussetzungen b), auch in fremdem Gebiet wirksam seyn, so fern dort nicht verbietende Gesetze entgegenstehen. Aber die von dem Regenten erklärte Aufnahme fremder Gesetze (leges peregrinae receptae), gilt für eigene Gesetzgebung c). Die Verbindlichkeit der Gesetze fängt an, mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung d) (Promulgation), und dauert, bis eine Aufhebung oder Abänderung e), ausdrücklich oder stillschweigend, erklärt wird. Bestimmende (authentische) Auslegung der Gesetze, gebührt, da sie im Grunde eine gesetzartige Bestimmung enthält f), allein dem Gesetzgeber g). Unbeschadet der Befugnisse und der Rechte Dritter, können Corporationen und Einzelne, durch Willenserklärung, in Absicht auf Personen und Eigenthum, rechtsgültige Bestimmungen machen h) (Autonomie). Ob und wie weit Landstände, bei der Gesetzgebung mitzuwirken haben? bestimmt die LandesGrundverfassung (§. 226). Durch den Zweck und die ConventionalGesetze des teutschen Bundes, ist in den Bundesstaaten die gesetzgebende Gewalt mehrfach beschränkt (§. 156 u. f., u. 164 bis 175). Es ist aber zu Beschlüssen des Bundes, welche Gegenstände der Landesgesetzgebung betreffen, eine Staatsregierung nur innerhalb der durch die LandesGrundverfassung ihr gesetzten Grenzen mitzuwirken befugt i), und es bedürfen solche Beschlüsse, um in einem Bundesstaat die Behörden und Unterthanen zur Nachachtung zu verpflichten, einer landesverfassungsmäsigen Bekanntmachung (§. 164).

a) Hauptsatz, bei der Lehre von der *Collision der Gesetze* verschiedener Staaten. Pütter's Lit. III. 814. Klüber's Lit. §. 1603.

b) Diese sind angegeben, in Klüber's europ. Völkerrecht, §. 55.

c) Während des rheinischen Bundes, ward in verschiedenen teutschen Staaten der Code Napoléon als Landrecht angenommen. In dem souverainen Fürstenthum Liechtenstein, wurden 1817 die östreichischen, bürgerlichen und peinlichen Gesetze, nebst der Gerichtsordnung, aufgenommen.

d) Soll die Unwissenheit des Gesetzes nicht entschuldigen, so ist eine bestimmte *Art der Promulgation* festzusetzen. Bernh. van Essen de promulgatione legum. Bruxell. 1712. Jos. Herr über die Bekanntmachung der Gesetze. Freib. 1783. Glück's Erläuter. der Pandecten, Th. I. §. 19. 20.

e) H. E. Rumpel von der nothwendigen Veränderung der Gesetze. Frankf. 1792. 4. Bonosovsky v. d. Rechte des Regenten, Gesetze oder bürgerliche Rechtsverhältnisse abzuändern. Landsh. 1803. Pütter's Lit. III. §. 1086.

f) v. Zeiller's Commentar über das bürgerl. Gesetzbuch für die östreich. Monarchie, Th. I (Wien 1811), S. 75. Daher kann eine authentische Erklärung auf schon entschiedene Fälle nicht zurückwirken; wohl aber ist sie anwendbar auf alle später entstandenen Rechtsverhältnisse. Ebendas. S. 73. Das östreichische Gesetzbuch, §. 8, will sie auf *alle* noch zu entscheidenden Rechtsfälle angewendet wissen, auch solche, die *vor* der Erklärung entstandene Rechtsverhältnisse zum Gegenstand haben, wenn der Gesetzgeber nicht ausdrücklich hinzugefügt hat, dafs sie auf diese nicht zu beziehen sey.

g) *Wissenschaftliche* oder doctrinale Auslegung, die, grammatisch oder logisch, blofs nach den Regeln der Wissenschaft zu machen ist, kann bei Entscheidung der Rechtstreitigkeiten jeder gehörige Richter, und, ausserhalb solcher, jeder Sachverständige machen.

h) *Autonomie*, Befugnifs der Staatsbürger zu Selbstgesetzgebung, so weit die Staatsgesetze und die Rechte Dritter, Privatverfügung zulassen. Krause's Abhandl. aus d. Staatsr. 90 ff. Pütter's Lit. III. 302. Stryck tr. de successione ab intestato, diss. 8. c. 5. §. 22. Riccius von Stadtgesetzen, 429. Eisenhardt's Grunds. d. teutschen Rechte in Sprichwörtern, 1 ff. Selchow elem. juris germ. priv., §. 55. C. H. Geisler sciagraphia juris germ. privati, §. 65. Vergl. §. 51 u. 280 c.

i) Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 56. Vergl. die baier. Bekanntmachung v. 16. Oct. 1819, unten §. 417[b], Note d.

§. 283.

Schlufs.

Allgemeinheit der Gesetze *a*), gleiche Berechtigung und gleiche Verpflichtung aller Unterthanen in

gleicher Lage, ist Regel b). So weit der Grund der positiven Privatgesetze auf den Regenten Anwendung findet, ist auch er zu deren Beobachtung verpflichtet c), und seine DispensationsBefugnifs berechtigt ihn persönlich nicht zu unbedingter Gesetzlosigkeit. Eine solche, kann nicht Mittel seyn zu Erreichung des Staatszweckes; wofür im Gegentheil der Regent selbst, die positiven Privatgesetze erklärt.

a) Auszeichnen müssen Gesetze sich, durch Weisheit, Gerechtigkeit und Billigkeit, durch zweckmäsige Vollständigkeit und Allgemeinheit, durch leichte Uebersicht, Kürze, Klarheit, Bestimmtheit, und einfachen Schmuck der Rede; nicht durch Kleinigkeitsgeist und schleppende Unbeholfenheit, oft das sprechende Symbol der Staatsverwaltung; auch nicht durch Vielheit (manie réglémentaire). Selbstthätigkeit des Richters, durch Vielheit gesetzlicher Bestimmungen überflüssig, oder unmöglich zu machen, übersteigt das Maas menschlicher Einsicht und Erfahrung. — Vorschläge zu Einführung eines allgemeinen Gesetzbuches für die teutschen Bundesstaaten. A. F. J. Thibaut über die Nothwendigkeit eines allgem. bürgerl. Gesetzbuchs für Teutschland. Heidelb. 1814. 8. F. C. v. Savigny vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung u. Rechtswissenschaft. Heidelb. 1814. 8.

b) Von der Theorie der Gesetzgebung, s. De l'esprit des loix (par M. de Montesquieu). T. I. et II. à Leyde 1749. 4. Auch Genève 1749. 2 Vol. 8. Verm. in des Verf. Oeuvres. Édition-Touquet, la seule où l'on trouve, rapprochées du texte, les objections des critiques de l'auteur, ses notes et les observations *d'Helvétius, Voltaire* et *Condorcet*. Paris 1821. 2 vol. in 12. Teutsch, Altenb. 1782. 3 Bde. 8. Mit Anmerk. v. A. W. Hauswald, Görlitz 1804. 3 Bände, 8. Commentaire zu Montesquieu; par le c^te^ Destutt de Tracy. Paris 1821. 8. Is. Iselin's Versuch über die Gesetzgebung. Basel 1759. u. in s. verm. Schriften. 1770. 8. Catharina's II. Instruction zu Verfertigung eines neuen Gesetzbuchs. Riga 1768. 8. Joh. Heumanns von Teutschenbrunn Geist der Gesetze der Teutschen. Nürnb. 1761. 8. Frankf. u. Leipz. 1779. 8. De la législation ou principes des lois, par M. Mably. à Paris. 1768. 8. Teutsch, Naumb. 1779. 2 Theile. 8. Principes de la législation universelle. à Amsterd. 1776. 2 Vol. 8. La scienza della legislazione, per Gaetano Filangieri. Napol. 1780 — 1788. T. I — VIII. 8. (In dem achten Band steht die Gedächtnifsschrift auf den Verfasser, von Donato Tomasi,) Teutsch, v. Ch. G. C. Link, Th. I — VII. Ansbach

1785 — 1790. 8. Eine andere Uebersetzung, Wien 1784 u. ff. 8. Eine scharfe Critik dieses Werkes: La scienza della legislazione vindicata, per Giuseppe Grippa. 1782 u. 1784. Dagegen erschien eine Widerlegung, zu Constanz 1785. Commentaire sur l'ouvrage de Filangieri; par Benjamin Constant. Paris 1822. 8. Th. G. v. Hippel über Gesetzgebung u. Staatenwohl. Berl. 1804. 8. K. S. Zachariä Wissenschaft d. Gesetzgebung. Lpz. 1806. 8. J. S. Beck's Grundsätze der Gesetzgebung. Lpz. 1806. 8. Scip. Bexon théorie de la législation pénale. Paris 1807. Fol. H. E. v. Globig's System einer vollständ. Criminal-, Polizei- u. CivilGesetzgebung. Bd. I — III. Dresd. 1809. 8. *Ebendess.* System für das gerichtl. Verfahren. Leipz. 1809. 8. C. G. Rössig's Politik, S. 163 — 184. Pastoret, histoire de la législation, Vol. I — IV. Paris 1817. 8.

c) Die fürstliche Nothwendigkeit, das Gesetz, muſs über den Fürsten seyn. «Quod *nobis* licere non patimur, *aliis* (per leges) indicamus». Impp. Theod. et Valent. in L. 4. C. de LL. J. T. Gronov. in not. ad Grotii J. B. et P. lib. II. c. 4. §. 12. 14. c. 20. §. 24. Hommel, obs. 480. A. J. Schnaubert diss. de principe legibus suis obligato (Jen. 1793. 4.), §. 1 — 13. (auch teutsch mit Anmerk. u. Zusätzen, von E. F. Hagemeister. Rost. u. Leipz. 1795. 8.) Gr. Jordens oratio de interna legum civilium obligatione, etiam principem, qua civem, tenente (Devent. 1747. 4.), p. 38. sqq. Beherzigungen vor dem wiener Congreſs (1814. 8.), S. 34 — 37. Preuſs. allgem. Landrecht, Einl. §. 87. — Anders, Pütter princ. juris publ germ. §. 227. K. H. Gros Naturr., §. 341. W. J. Behr in Bauer's etc. allgem. StaatsCorrespondenz, Bd. II. (1814), Num. 11. — Schriften in Pütter's Lit. III. 310. Klüber's Lit. 288. — Von *Privatgeschäften* des Regenten, s. Pütter's Erörterungen, II. 177. Majer's Einl. in d. Privatfürstenr., 139. Schnaubert l. c. p. 14. n. 11. — Bloſs historisch ist die Frage: ob bei den *Römern* der princeps legibus solutus gewesen sey? Dionys. Gothofredus in not. ad Nov. 105. c. 2. §. 4. Ger. Noodt obss. l. I. c. 3. Glück a. a. O. I. §. 43. Pütter's Lit. III. 310. Klüber's Lit. 288.

§. 284.

C) *Vollziehende Gewalt.*

I) Die Befugniſs, zu Ausführung und Anwendung der, dem Staatszweck gemäſs, festgesetzten Normen, die nöthige Anordnung zu machen, heiſst **höchste vollziehende Gewalt** *a*) (vollziehende Gewalt in dem weitern Sinn, ausführende, vollstreckende,

zwingende Gewalt, potestas exequendi suprema, sublimis s. generaliter definita, pouvoir exécutif). II) Die höchste ExecutivGewalt beschränkt sich auf die allgemeine Veranstaltung und Sorge, dafs fortwährend die Bestimmungen der gesetzgebenden Gewalt zur Ausführung kommen, namentlich dafs in einzelnen Fällen nicht nur das Verhältnifs derselben zu dem Gesetz rechtsgültig bestimmt werde, sondern auch in den einzelnen Fällen dasjenige geschehe, was auf solche Art festgesetzt ist. Die Politik räth, selbst in monarchischen Staaten, eine bestimmte Trennung der vollziehenden Gewalt von der gesetzgebenden b), unbeschadet der Einheit der Staatsverbindung (§. 99).

a) L. C. Schröder elem. juris nat., socialis, et gent., §. 829. 901. Dan. Nettelbladt syst. jurispr. nat. §. 1243. sqq. Scheidemantel a. a. O. I. 269 ff.

b) J. J. Wagner über die Trennung der legislativen und executiven Gewalt. München 1804. 8. Réflexions sur les constitutions, la distribution des pouvoirs, et les garanties dans une monarchie constitutionnelle; par Benj. Constant. à Paris 1814. 8. Vergl. auch §. 266.

§. 285.

Fortsetzung.

In Hinsicht auf einzelne Fälle, wird den hiezu bestimmten Staatsbehörden, die Vollziehungs- oder ExecutionsBefugnifs (vollziehende Gewalt in dem engern Sinn, untergeordnete vollziehende Gewalt; potestas exequendi subordinata s. specialiter definita) innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises übertragen. Durch diesen Theil der RegentenGewalt, wird das Ansehen der Gesetze (auctoritas legum) erlangt. Demselben entspricht, die Pflicht der Unterthanen zu staatsbürgerlichem oder verfassungsmäsigem Gehorsam (obsequium civile, §. 41, 192 u. 194).

X. Capitel.

Justizhoheit.

§. 286.

Begriff und Umfang.

I) In allen ihren Verhältnissen, soll die Staatsregierung Gerechtigkeit üben und handhaben. Nach ihren verschiedeneu Beziehungen, ist diese Gerechtigkeit entweder öffentlich-rechtliche, (völkerrechtliche, oder staatsrechtliche), oder privatrechtliche. Die staatsrechtliche, ist bald gesetzgebende, bald administrative a). II) Zu Verhütung der Eigenmacht und Selbsthülfe (der Störung des Rechtsfriedens), zu Untersuchung der Rechtsbändel und Verbrechen, zu Bestimmnng des streitigen Rechtes, und zu Bestrafung der Verbrechen, auch zu Verhütung möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten, überhaupt um die Herrschaft der Gesetze und des Rechtes gegen Willkühr aufrecht zu erhalten, die nöthigen Anstalten, Verfügungen und Vorkehrungen zu machen, ist die Befugnifs der Justizhoheit b) (potestas judiciaria suprema seu sublimis). III) In dem weitern Sinn, wird auch das Recht, Gesetze für Rechtssachen zu geben, darunter begriffen. In diesem Sinu, heifst bürgerliche oder Civil-Justizhoheit das Recht, CivilGesetze zu geben, und die Rechtspflege in Sachen der bürgerlichen, sowohl contentiosen als auch freiwilligen, Gerichtbarkeit anzuordnen und zu verwalten: heifst Strafrechts- oder CriminalHoheit (CriminalGewalt) das Recht, peinliche Strafgesetze zu geben, und die Strafgerechtigkeitspflege anzuordnen und auszuüben. IV) Die Ausübung der Justizhoheit, ist eingeschränkt

auf das **Inland** c). Aber die Wirksamkeit **rechtskräftiger** Erkenntnisse des **gehörigen** Richters, sollte, wie diejenige rechtsgültiger Verträge, **allenthalben**, wo nicht klare Gesetze das Gegentheil verordnen, anerkannt werden d). V) Den Fall einer nothwendigen Prorogation, oder auswärtiger, fortwährender oder vorübergehender, Unterthanverhältnisse abgerechnet, ist ein Staat nicht schuldig zu leiden, dafs seine Unterthanen, als Beklagte, vor **auswärtige** Gerichte gezogen werden (jus de non evocando).

a) Auch von der administrativen, gebrauchen die Franzosen das Wort *Juridiction* und *Jurisprudence*; z. B. um Attributionen und Grundsätze des Staatsraths und der beiden Kammern zu bezeichnen.

b) Pütter's Lit. III. 384 ff. 470 ff. Klüber's Lit. §. 1158. 1228 F. Bergmann's corpus juris judiciarii civilis academicum. Hannov. 1820. 8. J. J. Moser von der Landeshoheit in Justizsachen. Frankf. u. Leipz. 1774. 4. Schridemantel's Staatsr. nach d. Vernunft, III. 4 ff. J. J. Malblanc conspectus rei judiciariae romano-germanicae. Norimb. 1797. 8. J. G. Sieber's gerichtl. Procefs. Th. I, S. 153 — 222. C. G. Rössig's Politik, 184.

c) Konigl. baier. Verordn. v. 9. Oct. 1807, die Gerichtbarkeit fremder Staaten betr. Rhein. Bund, XIII. 151.

d) Für die Rechtskraft eines von einem *auswärtigen* competenten Gericht gesprochenen Urtheils, s. Jo. Alo. Ferd. Haas diss. de effectu exceptionis rei judicatae in territorio alieno. Gött. 1791. 4. Pütter's Rechtsf., Bd. III, Th. 1, Num. 247 — 249. v. Martens précis du droit des gens moderne de l'Europe (Goett. 1821.), §. 94. v. Kamptz Abh. in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. III, Num. X. J. P. A. Feuerbach's Themis oder Beiträge zur Gesetzgebung (Landshut 1812. 8.), Num. II. Grofsh. wirzburg. Verordn. v. 6. Jul. 1811. Erklärung des Card. Consalvi, als päpstl. Staats-Secretärs, v. 11. März 1820. v. Kamptz Beiträge zum Staats- u. Völkerrecht, Bd. I (Berlin 1815. 8.), S. 113. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 153 f. — Dawider s. Zachariä, in der angef. Germanien, Bd. II, Num. X, S. 229 ff. — Vergl. *Code civil* des Français, art. 2123. 2128. 11. Code de procédure civ., art. 546. K. französische Ordonnance de 1629, art. 21. Merlin recueil alphabétique des questions de droit,

T. III, voc. *Jugement*, §. 14 — 19. *Ebendess.* Répertoire universel et raisonné de jurisprudence, T. VI, voc. *Jugement*, §. 8. Klüber droit des gens etc., §. 59 et 65. Königl. *baier.* Verordn. v. 9. Oct. 1807 (in dem Rhein. Bund, XIII. 151.), welche aufgehoben ward durch eine Verordn. v. 2. Jun. 1811. Königl. *westphäl.* Staatsraths-Gutachten, in d. Rhein. Bund, Heft LVII. Num. 40. *Badische* Verordn. v. 5. Mai 1813, §. 11, in dem Bad. RegierungsBlatt 1813, St. XVII. — Dieser Gegenstand verdient, unter den t. Bundesstaaten gleichförmig, durch allseitige Uebereinkunft bestimmt zu werden.

§. 287.

Befugniss u. Haupttheile der Justizhoheit. Privilegirter Gerichtstand.

I) Zu der Justizhoheit gehören: die Anordnung der Gerichte, in mehrern Instanzen oder Gerichtstufen a); die Aufsicht über die Gerichte, sowohl über die dabei angestellten Personen, als auch über die gesetzmäsige Rechts- und Geschäftpflege (Gericht-Visitationen); die Bestimmung der untergeordneten richterlichen Gewalt oder der Gerichtbarkeit b) (potestas judiciaria subordinata s. subalterna, jurisdictio). II) Alles dieses, in bürgerlichen streitigen Rechtssachen c) (CivilGerichte und Civil-Gerichtbarkeit, jurisdictio civilis contentiosa); in peinlichen Sachen (Straf- oder CriminalGerichte und Gerichtbarkeit, jurisdictio criminalis); in nicht streitigen Sachen, in Sachen der so genannten freiwilligen Gerichtbarkeit (Rechtspolizei, Rechtsfürsorge, jurisdictio civilis voluntaria), zu Verhütung möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten (§. 299). III) Privilegirter oder eximirter Gerichtstand (privilegium fori s. forum exemtum), gilt noch hin und wieder, für bestimmte Personen oder Sachen. In der Regel, widerstreitet er dem heutigen Bildungszustand und dem Rechtsgefühl der Teutschen. IV) Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen.

Niemand anders als gesetzmäsig verhaftet und bestraft werden (§. 194).

a) Von den *Instanzen*, von der *Subordination*, *Concurrenz* und *Prävention* der Gerichte. Sieber a. a. O. §. 148. 222 ff. 269 — 296. *Baierisches* Edict über die Gerichtsverfassung, v. 24. Jul. 1808, in d. Rhein. Bund, XXIII. 206.

b) Pütter's Lit. III. 388. Klüber's Lit. §. 1159. Fr. Es. Puffendorf de jurisdictione germanica. Lemg. 1740. rec. 1787. 8. F. G. Lobethan's system. Entwickel. der ganzen Lehre von der weltl. sowohl, als kirchl. Gerichtbark. Halle 1775 8. J. D. Meyer, esprit, origine et progrés des institutions judiciaires des principaux pays de l'Europe. T. I — IV. à la Haye 1819 — 1821. 8.

c) Aus der blofsen bürgerlichen Gerichtbarkeit, entwickelte sich ehehin in Teutschland die *Landeshoheit*. Struve's Nebenst. IV. 1. J. J. Reinhard's kl. Ausführungen, I. 18. (v. Tröltsch) Gedanken von der Unmittelbarkeit und Territorial-Gerechtigkeit (1786. 8.), §. 7 — 13. Klüber's Geschichte der Gerichtslehen. Erl. 1785. 8. Daher betrachtete man den Besitz der CivilGerichtbarkeit, als das sicherste Merkmal der Oberbotmäsigkeit. Moser v. d. Landeshoheit in Justizsachen, 67. Cramer obs. 1. p. 246. *Ebendefs.* Nebenst., Th. 68. Abh. 1.

§. 288.

Administratorische und PatrimonialGerichtbarkeit.

Die Gerichtbarkeit wird verwaltet a): 1) entweder vermöge eines von dem Regenten erhaltenen Auftrags, als Amtspflicht, von landesherrlichen JustizCollegien oder Justizbeamten (jurisdictio administratoria); 2) oder kraft landesherrlicher Verleihung, ausdrücklicher oder stillschweigender, als eigenthümliches immerwährendes Vorrecht, von ansehnlichen Grundeigenthümern, theils physischen Individuen, theils Gemeinheiten (Erbgerichtbarkeit, Hofmarkgerechtigkeit, jurisdictio patrimonialis, praediatoria, in gewissen Fällen auch dotalis). Diese wird jederzeit als einer Realität anklebend betrachtet b). Der Gerichtsherr verwaltet sie in eigenem

Namen; entweder, bei gehöriger Qualification, in Person c), oder durch einen Gerichtshalter d) oder Justitiar (jurisdictio mandata).

a) Grofser Gewinn ist die Aufhebung oder Vermeidung *concurrirender* Jurisdictionen, und die Beschränkung der *besondern* Gerichtsstände. — *Sporteln* werden erhoben, nicht als einzige Quelle des Unterhaltes der Gerichte, sondern als ein mäsiger Beitrag dazu.

b) Eine seltene Ausnahme ist es, wenn dieselbe *sine* praedio verliehen ist.

c) J. G. SiebER von d. Macht d. Reichsstände u. Gerichtsherren, selbst Recht zu sprechen, §. 256 ff. J. H. Grams diss. de femina jurisdictionem patrimonialem exercente. Arg. 1706. 4.

d) Er wird als mittelbarer Staatsdiener betrachtet. Runde's Beiträge, Th. II. Num. 1, §. 7 ff.

§. 289.

Fortsetzung.

Die Patrimonial Gerichtbarkeit a) ist jetzt eine dingliche Befugnifs, das Richteramt (das bürgerliche allein, oder auch das peinliche) durch gehörig qualificirte Personen, nach den Gesetzen des Staates b), unter dessen Oberaufsicht, in erster Instanz, innerhalb eines bestimmten Bezirkes c) zu verwalten. Begrenzt wird sie, durch die höchste Aufsicht, die gesetzgebende und höchste ExecutivGewalt des Regenten, so auch durch eine höhere landesherrliche JurisdictionsBefugnifs. Es wird dazu ein besonderer Rechtstitel erfordert, und, als Ausnahme von der Regel, ist sie einschränkend zu erklären. Wegen Mifsbrauchs, kann die Privation verfügt werden d). Derjenigen Gerichtbarkeit, welche den Mitgliedern des Regentenhauses auf ihren Paragien, und den Standesherren in ihren standesherrlichen Bezirken zusteht, sind meist minder enge Grenzen gesetzt, als der gemeinen PatrimonialGerichtbarkeit. In der neuern Zeit, besonders seit Auflösung der teutschen

Reichsverbindung, wurden, in verschiedenen teutschen Staaten, der PatrimonialGerichtbarkeit engere Grenzen gesetzt; in etlichen ward sie ganz aufgehoben [e]).

a) Pütter's Lit. III. 273. Klüber's Lit. §. 1055. G. L. Holler's Geschichte u. Würdigung der teutschen PatrimonialGerichtsbarkeit, mit besonderer Rücksicht auf Baiern. Landshut 1804. 8. B. W. Pfeiffer über die Grenzen der CivilPatrimonialJurisdiction. Gött. 1806. 8. E. H. Wachsmuth's Versuch e. system. Darstellung der PatrimonialGerichtsverfassung der Rittergüter, nach gemeinen u. sächs. Rechten. Leipz. 1808. 8. 2. verm. Aufl. 1809. Rhein. Bund, XXXIX. 450. XLIII. 109. XLVII. 209. Glück's Erläut. d. Pandecten, III. 60. Malblanc l. c. §. 75. — Von dem *jure fisci* adelicher Erbgerichte, Pütter's Rechtsf. III. 599.

b) Merkwürdige Verordnungen: Königl. *baierische* Verordn., die PatrimonialGerichtspflege in Altbaiern, Kurpfalz u. Neuburg betr., v. 6. Jan. 1807, in dem baier. Regierungsbl. 1807, Num. 26. *Baier.* Edict, die PatrimonialGerichtbarkeit betr., v. 8. Sept. 1808, in d. Rhein. Bund, XXIV. 350. *Baier.* Edict über die Ausüb. der gutsherrl. Gerichtbarkeit, v. 16. Aug. 1812; in d. Reg. Bl. 1812, N. 48. *Baier.* Edict über die gutsherrl. Gerichtbarkeit, v. 26. Mai 1818, als Beil. 6 zu der Verfass.Urk. v. 1818. *Baier.* Gesetz wegen Aufheb. der so gen. Edelmannsfreiheit, v. 20. Apr. 1808, in d. Regier. Blatt des folg. Jahres, Num. 6. *Preuss.* allgem. Landr. II. 17. 41 ff. *Preuss.* allgem. Gerichtsordn. I. 2. 105. I. 41. 58 ff.

c) Zuweilen ist diese Gerichtbarkeit eingeschränkt auf einzelne Höfe, Hofreiten, u. d.; Jurisdictio *circumsepta*, *palaris*, *Zaun-* oder *Pfahlgericht*, *Vogteilichkeit inner Etters* oder *Etters*, *mit Thür und Angel beschlossene*, oder mit Pfählen bestrickte Vogtei, *Beifang* oder Bifang. J. J. Beck tr. de jurisdictione vogtejica immediata, p. 34. Sam. Stryck de jurisdictione circumsepta. Francof. 1670. Henr. Hildebrand de jurisdictione emphyteusi Germaniae annexa. Alt. 1720. J. J. Reinhard's kl. Ausführungen, I. 16. Eston's kl. Schriften, III, 393. Puffendorf de jurisdict. germ., p. 503. 596. 685. Von dem Wort *Etter* s. Zauner's corp. juris publ. Salisb. (1792. 8.), S. 160. Fulda's IdiotikenSammlung, S. 82. Haltaus glossar. germ. v. *Bifang*.

d) G. H. Mylius diss. de privatione jurisdictionis ob ejus abusum. Lips. 1755. 4. Cramer, T. I. obs. 316. §. 15.

c) Aufgehoben ward die P. G. im Königr. *Wirtemberg*, durch e. GeneralRescript v. 10. Mai 1809, in d. wirtemb. Regier. Bl. 1809, S. 189; im *AnhaltCöthenschen*, durch d. Organisat. Edict v. 28. Dec. 1810, in d. Rhein. Bund, LII. 98 LIV. 383; im Grofsherzogth. *Baden*, durch Verordn. v. 1. Jun. 1813, in d. bad. Regier. Blatt 1813, Num. 15. Auch im Grofsherzogth. *Berg*, durch Decret v. 18. Jan. 1812, in d. Moniteur universel, 1812, n. 19; u. in d. ehemal. Königr. *Westphalen*. — In dem Königr. *Hannover* ward sie, nach einem LandtagsBeschlufs v. 1821, wieder hergestellt, doch mit Ausnahme der peinlichen Gerichtbarkeit, die nur den mit P.Gerichtbarkeit versehenen Städten gelassen ward. *Hannöv.* Patrim. Gerichtsordn. v. 13. März 1821.

§. 290.

Gericht. Vogteilichkeit. Dorf- und Gemeindeherrschaft

Ehehin a), so wie noch jetzt hie und da, ward unter örtlichem Gerichtzwang, Gericht oder Vogteilichkeit, meist etwas mehr verstanden als die Ausübung der Gerichtbarkeit in dem eigentlichen Sinn. Mit Ausschlufs der peinlichen Gerichtbarkeit, verstand man darunter eine locale obrigkeitliche Gewalt, eine untergeordnete Regierungsgewalt (Gebot und Verbot, Herrlichkeit), bürgerliche Ordnung zu erhalten, und die höhern Befehle auszuführen (§. 241, c). Den PatrimonialGerichthalter betrachtete man wie eine Orts- oder Unterobrigkeit, für bürgerliche Rechtshändel, Gerichtbarkeit in nicht streitigen Sachen und örtliche Polizei, seine Dienstherrschaft als Gerichts- und OrtsPolizeiherrschaft. Vorzüglich war dieses der Fall bei der Dorf- und Gemeindeherrschaft, insbesondere in Condominat- oder vermischten Orten b)

a) Früher noch, vor Entstehung der teutschen Landeshoheit, war die P. G. ein in der Gutsherrschaft, oft auch in der Stadtverfassung, begründetes Recht.

b) Gisler de landsassiatu, lib. I. 37. Puffendorf de jurisdict. germ. p. 293. sqq. J. J. Reinhard's Ausführungen, I. 53 ff. G. F. Deinlin diss. de singulari custodiendorum ignium cura

et inspectione, Sect. 2. §. 5 — 8. SIEBENKEES Beitr. I. 209. RÖDER von Erbgerichten und Lehnvogteien, 221. LOBETHAN a. a. O., S. 50 ff. v. BÜLOW's u. HAGEMANN's pract. Erörter. Th. I. Num. 43. ERTEL's praxis aurea, I. 376. 1295. J. J. BECK tr. de jurisdictione vogtejica immediata, 414. 657. ESTOR's kleine Schriften, III. 394. C. G. TEUFFEL diss. de jurisdictione communitatis. Alt. 1719. 4. — In Absicht auf den *Umfang* dieser Dorf- und Gemeindeherrschaft, so auch der *Vogteilichkeit*, ist in einzelnen Fällen auf Gesetze, Verträge, unbestrittenes Herkommen und Besitzstand Rücksicht zu nehmen, nach der Regel: tantum possessum, quantum praescriptum, vel lege, consuetudine aut pacto acquisitum. LINCK diss. de jurisdict. Vogtheiae, c. 3. §. 3. E. THOMAS Entw. d. fuld. Gerichtsverfass. (Frkf. 1784. 8.), §. 23. *Preuss.* Publicandum v. 18. Jun. 1798, die Dorf- u Gemeindeherrschaft (in den Fürstenthüm. Ansbach u. Baireuth) betr. *Preuss.* Declaration an die Ritterschaft d s Fürstenth. Baireuth v. 10. Aug. 1801, §. 119 — 140. *Baierische* Verordn. v. 25. Dec. 1807, die Dorf- u. Gemeindeherrschaft in vermischten Orten betr. Rhein. Bund, XIV. 295.

§. 291.

Ausserordentliche und particuläre Gerichtbarkeit.

Neben der ordentlichen Gerichtbarkeit, wird hie und da die Gerichtbarkeit über besondere Classen von Personen oder Sachen, durch ausserordentliche Gerichte verwaltet a). Dahin gehören: die Lehn-, Militär-, Universitäts-, Hofmarschallamts-, Juden-, Gast-, Handels-, Wechsel-, Markt-, Zunft-, Holz-, Forst- und Jagd-, Bergwerk-, Wasser-, Fischer-, Gemeinheits- und Märker-, Erbzins-, Feld-, Go- und RügeGerichte, siedeste Gerichte b) u. d; auch die so genannten Bauergerichte c), welche der Aufsicht des Staates unterworfen, und deren Sentenzen, in der Regel, appellabel sind d). Die Competenz dieser Gerichte, ist nicht von gleichem Umfang. Einige dürfen sich nur mit gewissen, ausgenommenen und befreiten Rechtssachen beschäftigen; andere mit allen bürgerlichen, wohl auch peinlichen Rechtssachen ihrer GerichtsUntergebenen.

a) Pütter's Lit. III. §. 1240 — 45. Klüber's Lit. 384 ff. Siebers gerichtl Procefs, I. 141. 151. 181 — 194. Selchow elem. juris germ. priv. §. 668. 676. sqq. Puffendorf de jurisdict. germ. P. III. p. 616. sqq. *Ejusd.* Obss. T. I. obs. 45. Malblanc conspectus rei judiciariae, §. 105 — 131.

b) Puffendorf l. c. p. 713.

c) Z. B. Meierding, Propstding, Lafsgericht (Laetbank), Dinghof, Hubengericht, Hagengericht, Zeidelgericht, Herbstrecht oder Ehehaft, Schulzengericht, Helfgericht, Bützengericht, Andreasgericht, höfiges Gericht, Kohlengericht, blauer Montag, Botding, Friede-, Dorf- und Landgericht, Narrengericht (zu Gosselfingen in dem Fürstenthum Hechingen (Siebenkees neues jurist. Magazin, I. 548.) u. d. m. Gebiken's *Schottelius* illustr. et contin. c. 3. §. 4. Selchow l. c.

d) Strube's rechtl. Bed. I. 264. Selchow's Rechtsf. Bd. IV (1785), Num. 138, S. 20 — 308. Das Gegentheil behauptet *Ebenders.* in s. Neuen Rechtsf. Bd. I (1787), Num 2, S. 133 — 314.

§. 292.

Insbesondere geistliche Gerichtbarkeit.

I) Auch gehört in diese Classe die **geistliche** oder kirchliche Gerichtbarkeit, in dem heutigen engern Sinn a), die Rechtspflege in geistlichen Sachen b). II) Das kirchliche Gesellschaftrecht, allgemein betrachtet, begründet in dem Staat für die Kirchengesellschaft eine eigene Gerichtbarkeit nicht: wohl aber die Hierarchie der **römisch-katholischen** Kirche, sich stützend auf göttliche Einsetzung c). III) Wiewohl der Lehrbegriff der **Evangelischen**, sowohl der augsburgischen ConfessionsVerwandten als auch der Reformirten, eine eigene kirchliche Gerichtbarkeit nicht in Anspruch nimmt d), so wird eine solche doch noch oft, gemäfs den frühern Ideen von ihrer Begründung durch die Kirchengewalt, eigenen Gerichtshöfen, den **Consistorien**, übertragen e). Doch sind diese nicht nothwendig. In jedem Fall, sind sie der Justizhoheit des weltlichen Regenten unterworfen, und bedürfen nicht geistlicher Mitglieder f).

IV) Ehegerichtsachen der Evangelischen, betreffend das Bestehen oder die Auflösung des Ehevertrags, die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit des ehelichen Bandes, sind heutzutage oft den Civil- oder bürgerlichen (also weltlichen) Gerichten übertragen g), sie werden dann zu den Kirchensachen nicht gerechnet. Bei denjenigen der Katholiken, überläfst man die Verhandlung und Entscheidung, so weit sie nicht blofs den bürgerlichen Vertrag und dessen Wirkungen betreffen, fast durchgehends noch dem geistlichen Richter h).

a) Das System der römisch-katholischen Hierarchie, begreift allgemein unter der geistlichen Gerichtbarkeit die ganze Kirchengewalt, unterscheidet aber, in dem engern Sinn, bei einem katholischen Bischof, die lex *dioecesana* und lex *jurisdictionis*; die letzte schliefst auch die Rechtspflege in geistlichen Sachen in sich. Eybel's kathol. Kirchenr., Th. IV, Bd. 3. §. 471. v. Sartori's Staatsr. der t. Erz-, Hoch- und Ritterstifter, Bd. II, Th. 2., Abschn. 1, §. 121¼.

b) Noch fehlt eine feste Bestimmung des *Begriffs* der geistlichen Rechtssachen. Schnaubert's Beitr. I. 22 ff. Glück's Erläut. d. Pandecten, III. §. 196. Eichmann's Erklärungen des bürgerl. Rechtes, Th. V, S. 87 — 318. Michl's Kirchenr., §. 99. — Vergl. *baier.* Concordat v. 1717, Art XII, lit. c, u. *baier.* Edict über die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner, in Beziehung auf Religion u. kirchl. Gesellschaften, v. 26. Mai 1818 (als Beilage 2 zu der Verfafs. Urk.), §. 62 ff.

c) Riegger instit. jurisprud. eccles. P. II. lib. 2. §. 503. J. C. Majer's geistl. Staatsr., II. 331 ff.

d) Augsb. Confession, Art. 716 u. 28. Articuli Schmalcaldici, tit. de potest. et jurisdict. episc. G. L. Böhmer princ. Juris can. §. 239. Majer a. a. O.

e) Pütter's Lit. III. 708. Klüber's Lit. p. 1494. Sieber's gerichtl. Procefs, 135 ff. Pütter's Erörter., Bd. II. Majer a. a. O. II. 342.

f) J. H. Böhmer J. E. P. T. I. §. 630.sqq. Mevius P. IV. dec. 1. Schaumburg princ. prax. judic. I. 19. Selchow elem. juris germ. priv. §. 672. Pütter's Rechtsf. I. 215.

g) Baier. Regier. Blatt, 1808, N. 10. Doch nicht überall. Wiese's Handb. des Kirchenr., Bd. III, S. 429.

h) Einige schlagen vor, sie ihm noch ferner, aber nicht als solchem, sondern als judici a *principe* delegato, zu lassen,

und die Appellation an die landesherrlichen Gerichte zu ziehen. Michl's Kirchenr., §. 86. Gönner's Rechtsfälle, Th. I. Num. 13. — Joseph II. vindicirte die Rechte des Staats auch in dieser Hinsicht, in dem Ehepatent v. 16. Jan. 1783. — Paternitäts-, Alimentations- u. SatisfactionsKlagen, gehören vor den weltlichen Richter, überhaupt alle Streitigkeiten, welche den bürgerlichen Vertrag und dessen Wirkungen betreffen. *Baier.* Edict v. 26. Mai 1818, betr. die äussern Verhältnisse der Einwohner, in Bezieh. auf Religion u. kirchl. Gesellschaften (als Beilage 2 zu der Verfafs. Urk.), §. 64. Dagegen s. das *baier.* Concordat v. 1817, unten §. 420[b].

§. 293.

Rechtsgang. Ungebührliche Einmischung. Cabinets-Instanz. Trennung der Justiz von Verwaltung. Oeffentliches Verfahren. GeschwornenGerichte.

Der competente Richter ist befugt und verpflichtet, zu ordnungsmäsiger Untersuchung und Entscheidung der Rechtshändel in allen Instanzen (§. 287); meist auch zu Vollziehung der rechtskräftigen Urtheile (jus cognoscendi, decidendi et exequendi) Einmischung einer andern Staatsbehörde in den Rechtsgang einer Sache *a*), findet nur statt, so fern solche von Oberrichter Amtswegen, nach Vorschrift der Gesetze, oder blofs zu Beförderung der Rechtshülfe, auf Beschwerde wegen versagter oder verzögerter Justiz, von der gehörigen Stelle geschieht *b*). In diesem Sinn, ist die Unabhängigkeit des bürgerlichen und peinlichen Richteramtes, innerhalb der Grenzen seines Berufs, zu verstehen *c*). Wahrheit und Gerechtigkeit müssen überall, von dem gehörigen Richter, mit Beobachtung der gehörigen Form, gehandhabt werden. Darum wären, in einzelnen Justizsachen, Verfügungen oder Rechtspflege von Cabinetswegen (Cabinets-Instanz), unzulässig *d*). Die Rechtspflege sollte überall getrennt seyn von der Verwaltung. Noch ist die Vorzüglichkeit des öffentlichen mündli-

chen Verfahrens, in bürgerlichen und peinlichen Rechtsachen, nicht überall anerkannt, so wenig als diejenige der Jury oder Geschwornen Gerichte zu Aussprechung des Schuldig oder Nichtschuldig, in Criminal- und Injuriensachen, und bei Prefsvergehen (§. 417[a] u. f.).

a) Von *Machtsprüchen*, unten §. 458.

b) In dem entgegengesetzten Fall, ist es *Mifsbrauch* der Justiz.

c) *Baierische* Verfafs. Urk. v. 1818, VIII. 3. *Wirtembergische* v. 1819, §. 93.

d) CabinetsJustiz ist Unjustiz. Pütter's Lit. III. 483. Klüber's Lit. 383. Klüber's kl. jur. Bibl. XVI. 194. Principe fondamental des droits des Souverains (à Genève 1788. gr. 8.), T. I. p. 126 et suiv. v. Roth's Staatsr. d. t. R. Lande, I. 96. II. 112. 121. Siebers gerichtl. Procefs, I. 212 ff. *Ebenders.* von der Macht der Reichsstände u. Gerichtsherren, selbst Recht zu sprechen (Gott. 1773. 2. Aufl. 1783. 8.), §. 130 — 148. Hoscher's Rechtsf. am R. K. G. III. 155. M. J. Schick über das reichsständische Instanzenrecht, deren unerlaubte Vervielfältigung, u. insbes. v. der so genannten Cabinets-Instanz. Giessen. 1802. 8. Rhein. Bund, XII. 402. H. E. G. Paulus Sophronizon, Heft I (Frankf. 1819), Num. V u. VI. Wider Gönner (s. dessen Handb. des Processes, I. 1.) s. Grolmann's Theorie des gerichtl. Verfahrens (3. Ausg. 1810), §. 35.

§. 294.

Rechtsmittel. Nichtigkeitbeschwerde. Recurs.

Wer durch das Verfahren, oder die Entscheidung des Richters sich beschwert glaubt, kann durch gesetzliche, suspensive und devolutive, oder blofs suspensive Rechtsmittel, durch NichtigkeitBeschwerde, auch in gewissen Fällen durch Recurs (CassationsGesuch) an die gesetzgebende Gewalt, oder an eine von ihr delegirte Behörde, gesetzmäsige Prüfung und Erledigung gegründeter Beschwerden veranlassen a).

a) Pütter's Lit. 470 ff. 513 ff. Klüber's Lit. §. 1228 ff. 1277.

§. 295.

Regierungssachen. Justizsachen des Regenten.

I) Angelegenheiten, welche die Staatsregierung, insonderheit die Ausübung unverleihbarer Hoheitsrechte, unmittelbar betreffen (RegierungsSachen), sind kein Gegenstand gerichtlicher Erörterung und Entscheidung a). II) Justizsache hingegen ist es, wenn die Rede ist von Verletzung wohlerworbener Privatrechte eines Staatsgenossen; namentlich von streitiger Ausübung verleihbarer Regalien, von streitigen persönlichen oder dinglichen Privatrechten des Staates oder des StaatsFiscus, von contentiosen Privatsachen des Regenten b) (§. 259). Der Begriff einer Justizsache, ist unabhängig von allen übrigen Verhältnissen des Gegenstandes.

a) D. G. Strube von Regierungs- und Justizsachen. Hildesh. 1733. 4. auch als Anhang, in dem V. Theil seiner rechtl. Bedenken, III. 304. Mevius, P. V. dec. 186. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörter. Bd. II, N. 12.

b) Klage über verletztes Privatrecht, ist die einzige wesentliche Eigenschaft, der wahre Charakter, wodurch eine Sache, ihrem Gegenstand nach, zu einer Justizsache sich eignet. Gönner's Handb. des gemeinen Processes, Bd. II, Abh. XXVI. Strube a. a. O. §. 7 ff. *Ebendess.* rechtl. Bed. II. 518. Pufendorf T. II. obs. 37. §. 8. sq. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erorter. Bd. I, N. 46. F. K. Gavard, welches sind Justizsachen? Th. I. Nürnb. 1795. 8. — Von dem *Gerichtstand* zwischen Regenten und Unterthanen. Vergl. §. 157. 276. 388. Pütter's Lit. III. 499. Klüber's Lit. §. 1360.

§. 296.

Peinliche Gerichtbarkeit.

I) Die peinliche Gerichtbarkeit a) (Strafrechtspflege, hohe oder Obergerichtbarkeit, Halsgericht, Malefizobrigkeit, jurisdictio criminalis s alta), die Strafgerechtigkeitspflege gegen Verbrecher, ist ein

Theil der Justizhoheit — in dieser Hinsicht auch Criminalhoheit [b]) genannt, wovon §. 286 —, da das Strafrecht des Staates durch den Staatszweck begründet wird. II) Die Grenzen der hohen Gerichtbarkeit, insonderheit welche Straffälle, als geringe Frevel oder gemeine Vergehen, zu der Civil-, Unter- oder Niedergerichtbarkeit (jurisdictio bassa) zu rechnen seyen, bestimmt das particuläre Recht [c]). Ausserdem pflegt man die peinlichen Fälle nach der Quantität der Strafen zu bestimmen, indem man dahin alle Verbrechen rechnet, auf welche Lebens-, Leibes-, oder diesen gleich geachtete Strafen gesetzt sind [d]) (poena in thesi). Der Gegensatz sind die Civil-, Polizei- und fiscalischen Straffälle [e]). III) Die peinliche Gerichtbarkeit wird oft zugleich durch die ordentlichen Civilgerichte, mit Zuziehung von Schöppen, nicht selten aber durch eigene beständige Criminalgerichte verwaltet.

a) G. J. F. Meister princ. juris crim. §. 83 — 87. F. G. Meister's Abh. des peinl. Processes, Th. I, Abschn. 2, Hauptst. 2 u. 10 — 13. G. A. Kleinschrod's Lehre von der peinl. Gerichtsbarkeit u. d. peinl. Gerichtsstande, mit Rücksicht auf die rhein. BundesActe. Frankf. 1811. gr. 8. *Ebendess.* u. Klein's u. Konopak's fortges. Archiv des Criminalrechts, Bd. VII, St. 3 (1810). Geschichte derselben in Teutschland, in Klüber's Geschichte der Gerichtslehen, 20. 22. 26. 39. — 47 — 52. 55 — 62. 64 — 82. 101. 110. 129.

b) Pütter's Lit. III. §. 1281 ff. Klüber's Lit. 409 ff.

c) Landesgesetze, Rechtsgewohnheit, Verträge, Rechtssprüche, ImmemorialPräscription.

d) Quistorp's peinl. Recht, II. §. 535. Püttmann elem. juris crim. §. 698. sq. Dorn's Commentar über d. peinl. Recht, Bd. II, §. 285. Pufendorf l. c. p. 157. (Koch) Ueber Civil- und CriminalStrafen und Verbrechen. Giessen 1785. 8. Glück a. a. O. §. 195.

e) E. F. Klein's peinl. Recht, §. 43. Quistorp a. a. O. §. 30, 536, 564.

§. 297.

Cent.

I) Nicht selten ist die peinliche Gerichtbarkeit, mit oder ohne die bürgerliche, Grundobrigkeiten verliehen (§. 288 f.), untergeordnet der Criminalgewalt des Staates. Seltener steht oder stand sie einem fremden Staat als Staatsdienstbarkeit zu *a*), oder einer inländischen Gerichtsherrschaft in einem fremden JurisdictionsBezirk desselben Staates. In beiden Fällen, führt sie oft den Namen Cent, Fraifs, Fraifslichkeit, Fraisch, fraifsliche oder malefizische Obrigkeit *b*). II) Diese ist entweder uneingeschränkt (centena illimitata, omnimoda, universalis), oder eingeschränkt (limitata, specialis), z. B. auf die vier hohen Verbrechen *c*) (hohen Wrogen, Rügen oder Wände), oder auf geringere Verbrechen, oder auf das Recht der Vollziehung schwerer peinlicher Strafen *d*) (Blutbann), oder auf die peinliche Gerichtbarkeit mit Ausschlufs dieses Vollziehungsrechtes (hohe Gerichtbarkeit oder Halsgericht in dem engern Sinn). III) In keinem Fall ist die Staatshoheit darunter begriffen (§. 210).

a) Vergl. oben §. 210. Pütter's Lit. III. 530 ff. Klüber's Lit. §. 1291 ff. Puffendorf l. c. p. 178. 183. 269. *Ebendefs.* animadvers. I. 16. Engelbrecht de servit. juris publ., 102. 238. 244. 246. 289. Westphal's Staatsr. 536. Estor's bürgerl. Rechtsgel., II. §. 4955. — Der Gegensatz der Cent, heifst oft *Vogtei* oder *Vogteilichkeit*, *Erbgericht*, u. d. Beck a. unten a. O. 34. 400. Westphal a. a. O. 538.

b) Moser von der Landeshoh. in Justizsachen, 60. J. J. Beck von d. Obergerichtbarkeit, Centgerichten, hohen Malefiz oder fraisl. Obrigkeit und Blutbann. Nürnb. 1715. 1720. 4. Von den *alten* Centgerichten, Wenck's hess. Landesgesch. I. 77. Puffendorf de jurisdict. p. 656. Grupen's Obss. 427. — Vergl. Rhein. Bund, XXII. 229.

c) Koch juris crim., §. 659. J. P. Kress de variis jurisdictionis crim. generibus, c. 2. obs. 5. in Plitt's analect. juris crim, p. 456.

d) Von dem *Blutbann*, Puffendorf de jurisdict. 187 J. S. F. Böhmer ad Carpzov qu. 109. obs. 11. Klüber's Gesch. der Gerichtslehen, S. 40. 90. 91. 117. C. G. Buder in praef. ad C. J. Engelbrecht de servitutibus juris publ. (1739. 4.), p. 14. sq. 102. sq. H. A. Spittler in Mader's reichsritterschaftl. Magazin, III. 1 ff. Eisenhart's Stadt- und Bürgerrecht, 116. — Die vormaligen ReichsBlutbannlehen, waren nicht selten feuda *sine* praedio concessa. Moser von d. t. Reichsständen, 1286. Pütter's Rechtsf., Bd. II, Th. 1, S. 94.

§. 298.

Begnadigungs-, Abolitions-, Asylrecht, u. d. Bestätigungsrecht. Kosten der Peinlichkeit. Zuchthäuser.

I) Das Recht der Strafverwandlung, der Begnadigung *a*), der Niederschlagung der Untersuchung *b*) (Abolition), der Restitution, und der Asyle *c*) (Recht der Freiung, Freistätte), bleibt heut zu Tage der Staatshoheit vorbehalten *d*). II) So auch das Bestätigungsrecht bei Todesurtheilen, der Recurs, die Nichtigkeitbeschwerde, die Supplication, die Berufung *e*). III) Die Kosten der Peinlichkeit, insbesondere des StrafApparates *f*), hat meist der Gerichtsherr zu tragen. Von den Gerichtsuntergebenen können solche nur aus einem besondern Rechtsgrund, ganz oder zum Theil, erhoben werden *g*), z. B. das Henkergeld, Zuchthausbeitrag, u. d. IV) Hingegen das Recht und die Pflicht, Zuchthäuser zu errichten und zu erhalten, ist, in der Regel, mit der höchsten Staatspolizei verbunden *h*).

a) «Wo das Gewissen losspricht, während das Gesetz verdammt». Manuscrit venu de Ste-Hélène.

b) *Baier.* Verfass. Urk. v. 1818, VIII. 4. *Wirtembergische*, 1819, §. 97 u. 205. *Hildburghausische*, 1818, §. 53.

c) Pütter's Lit. III. §. 1288. Klüber's Lit. S. 413. Moser's Staatsr. V. 286. *Ebenders.* von Gnadensachen, 84. Pfeffinger Vitriar. illustr. III. 1254 — 1271. De Selchow elem. juris publ., §. 370. J. Th. B. Helfrecht von den Asylen.

Hof 1801. 4. — Die Asyle sind aufgehoben, durch Verordnungen, in *Ansbach* und *Baireuth*, v. 13. Mai u. 4. Jun. 1799, in *Baden* durch das vierte OrganisationsEdict v. 14. Febr. 1803, §. 14, in *Wirtemberg* durch Verordn. v. 28. Mai 1804.

d) Die Ausübung dieser Rechte setzt, in jedem Fall, staatserhebliche Ursachen voraus. Moser von Gnadensachen, 63. 67. 70. G. B. Beckmann diss. de aequitate privilegii odiosi (Goett. 1750), §. 3, not. p. 10. Klüber's kl. jur. Biblioth. XVII. 90. Rössig's Politik, 193. Michl's Kirchenr., §. 50. Jos. Ohmeyer v. d. Begnadigungsrechte. Wien 1799. 8. Vergl. Kant's Rechtslehre, S. 206. Pütter's Lit. III. 521 ff. Klüber's Lit. §. 1282 ff. — Vergl. oben §. 131, u. ebendas. Note a.

e) G. M. Weber diss. de appellatione in causis criminalibus (Bamb. 1803), §. 12. C. L. Baurittel's Bemerkungen über die Berufung in Strafsachen. Mannh. 1806. 8. Feuerbach's Lehrb. des peinl. Rechts, §. 643. Gönner's Handb. des Processes, Bd. III, N. 40.

f) Das Recht, peinliche Richtplätze, Rabenstein, Galgen und Rad, Schandpfahl u. d. zu errichten und zu unterhalten, ist mit der vollen peinlichen Gerichtbarkeit, auch mit dem Blutbann, verbunden. Böhmer ad Carpzov. qu. 109. obs. 7. Quistorp a. a. O. II. §. 788. Dorn a. a. O. II. §. 300. Jo. Paul. Endter diss. de symbolica possessione jurisdictionis crim. Altd. 1712. 4.

g) Quistorp a. a. O. §. 566. J. F. G. Emmerich über die Proceſskosten, Th. II. S. 135. 140. 151 ff. Pütter's Rechtsf. Bd. III, Th. 3, S. 637. *Ebendess.* Lit. III. 532. Klüber's Lit. §. 1294.

h) Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen, 114. v. Cramer's wetzlar. Nebenst. Th. 13, S. 1. G. J. F. Meister's pract. Bemerkungen, I. 34. Pütter's Lit. III. 334. Klüber's Lit. §. 1114.

§. 299.

Freiwillige Gerichtbarkeit.

Nicht nur für gegenwärtige Streitigkeiten, sondern auch zu Verhütung möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten, ist der Regent berechtigt, Verfügungen zu machen; Verfügungen für die Vollziehungsart mancher Rechtsgeschäfte unter obrig-

keitlicher Mitwirkung, und für Vormundschaften. Die Befugniſs zu der gesetzlichen Verfahrungsweise in Angelegenheiten dieser Art, bald mit, bald ohne Prüfung der Umstände (causae cognitio), heiſst freiwillige Gerichtbarkeit a) (Gerichtbarkeit in nicht streitigen Sachen, Rechtspolizei, Rechtsfürsorge, jurisdictio civilis voluntaria), in dem Gegensatz der contentiosen. Meist ist sie den ordentlichen Civilgerichten übertragen b). Doch sind zu Verwaltung der Obervormundschaft c) (tutela regia, sublimis s. suprema), hie und da eigene Behörden, Pupillen-, Tutelar- oder WaisenCollegien oder Deputationen, bestellt d). So auch für das Hypothekenwesen. Aus dem Recht der Obervormundschaft, flieſst die Befugniſs des Staatsoberhauptes, den Mangel der in Rechtsgeschäften gesetzmäsig erforderlichen Einwilligung der Pflegbefohlenen und derjenigen, welche widerrechtlich ihre Einwilligung versagen, ihrem und des StaatsInteresse gemäſs, durch Staatseinwilligung zu ersetzen e) (potestas suppletoria).

a) C. G. Hofmann diss. de origine jurisdictionis voluntariae, ex principiis jurisprud. rom. et usu Germaniae. Francof. 1727. Hofacker princ. juris civ. III. §. 4206. Glück's Erläut. der Pandecten, III. §. 193 f. J. Claproth von freiwill. Gerichtshandlungen. Gött. 1789. 8. (v. Trützschler's) Anweis. zu Abfass. rechtl. Aufsätze, insonderheit über Handl. der willkührl. Gerichtbarkeit. Th. I. u. II. Leipz. 1783. 1784. 8. Vierte Aufl. 1801. 8. Gönner's Handb. des Processes, Bd. II, Num. XXVI, §. 10 u. 22. Krüll's Prüfungen einzelner Theile des bürgerl. Rechts, Bd. I (1802), Num. 1. J. P. v. Sensburg über die Verwalt. der willkührl. Gerichtsbarkeit. Carlsr. 1821. 8.

b) Pufendorf de jurisdict. Germ. p. 523. Ertel's praxis aurea, c. 20. obs. 1. — Einer der wichtigsten Gegenstände, ist das *Depositen-*, *Credit-* und *Hypothekenwesen*. Fischer's Cameral- u. Polizeirecht, III. 317. 365 u. 368.

c) S. F. Willenberg de supremo orphanorum tutore. Gedan. 1722, und in dessen Exerc. II. 377. J. G. Heineccius de suprema principum magistratuumque tutela. Hal. 1730. und in dessen Oper. II. 713.

d) Selchow elem. juris germ. priv., §. 504.

e) Vergl. J. Chr. Breyer diss. de potestate Augustissimi suppletoria. Tub. 1772. 4.

XI. Capitel.

Polizeigewalt.

§. 300.

Begriff.

In den Staatsbefugnissen liegt die **Polizeigewalt** a), das Recht der besondern Sorge für Sicherheit, für bürgerliche Ordnung, Cultur und Wohlstand der Staatsgenossen, ausserhalb der zu andern besondern Hoheitsrechten gehörigen Fälle b). Die **Polizei** (πολιτεία), sich beziehend auf alle Zweige der Staatsregierung, ist von eben so grofsem **Umfang**, als **Einflufs** auf den Staatszweck und das Wohlseyn der Staatsgenossen c).

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 535 ff. Klüber's Lit. §. 1297 ff. C. G. Rössig's Literatur der Polizei und Kameralistik. Th. I u. II. Leipz. 1802. 8. (auch Chemnitz 1812. 8.) Traité de la police, par M. Delamare. Edit. 2. Amsterd. 1729. 4 Vol. Fol. Dictionnaire universel de police, par M. des Essarts. Paris 1786 — 1790. 8 Vol. 4. Dictionnaire de police, par Alletz. Paris 1820. 4 Vol. 8. Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen. Frankf. u. Lpz. 1773. 4. Jo. Heumann initia juris politiae Germanorum. Norimb. 1757. 8. J. C. C. Rüdiger's systemat. Theorie der Kameralwissenschaften. Halle 1777. 8. *Ebendess.* Anfangsgr. der allgem. Staatslehre, mit einem Lehrbegriff der ökonomischen Polizei. Halle 1795. 8. v. Justi's Polizeiwissenschaft. 3. Ausg. v. J. Beckmann. Gött. 1782. 8. C. G. Rössig's Lehrb. der Polizeiwissenschaft. Jena. 1786. J. H. Jung's Lehrb. der StaatsPolizeiwissenschaft. Leipz. 1788.

A. Niemann's Grundsätze d. Staatswirthschaft. Th. I. Altona 1790. 8 v. Sonnenfels Grundsätze der Handlung, Polizei und Finanz. Siebente verb. Aufl. Bd. I. Wien 1804. 8. H. Bensen's Versuch eines Grundrisses der reinen und angewandten Staatslehre, Abth. II. Erl. 1799. 8. G. H. v. Berg's Handb. des teutschen Polizeyrechts. Hannov. Th. I u. II. 1799. (2. Aufl. 1802.) III. 1800. (2. Aufl. 1803). IV. 1804. V. 1806. VI, Bd. 1, 1806. Bd. 2 u. 3. 1808. VII. 1809. 8. (Th. V — VII, auch unter dem Titel: Sammlung teutscher Polizeigesetze.) Butte's Leitfaden der EinwohnerOrdnungslehre. Landshut 1807. 8. Butte's Versuch der Begründung e. neuen Systems der Polizeiwissenschaft. Th. I u. II. Landsh. 1807 u. 1808. 8. J. P. Harl's Handb. der Polizeiwissenschaft. Erl. 1808. 8. *Ebendess.* Handb. d Kriegs. Polizeiwissenschaft (SicherheitsPolizei während e. Kriegs). Th. I u. II. Erl. 1812. 8. J. A. D. Höck's Grundlinien der Polizeiwissenschaft. Nürnb. 1809. 8. G. Henrici Grundzüge zu e. Theorie der Polizeiwissenschaft. Lüneb. 1808. 8. Nachtrag dazu; ebendas. 1810. 8. F. A. Pfannenberg's Handb. des königl. sächs. Polizeirechts. Leipz. Th. I. 1812. 8. A new system of police; by H. A. Merewether. Lond. 1817. 8.

b) Logikalische Verzweiflung, über einen untadelhaften Gattungsbegriff der Polizei. Leyser, Spec. 684. medit. 34. sq. Nettelbladt's Samml. kl. jurist. Abhandl. (1792. 8.), S. 157. v. Zwierlein's Beiträge, I. 95. II. 92. Schlözer's Staatsgelahrth. I. 25. Hugo's jur. Encycl. §. 146. — Sammlungen und literarische Notizen von dem Begriff: Bensen a. a. O. II. §. 219. Hartleben in der Justiz- und Polizeifama, 1803, Bd. II. v. Berg a. a. O. I. 4 ff. u. IV. 19 ff. v. Drais in den Blättern für Polizei und Kultur, 1803, St. 7, S. 5-6. Lotz a. unten a. O. S. 18 — 37. v. Zangen a. unten a. O. S. 8—11. Henrici a. a. O., S. 1—68, 82 u. 141. Allgem. KameralCorrespondent, 1808, Num. 61. Scherf's allgem. Archiv der GesundheitsPolizei, Bd. I, S. 44.

c) J. F. E. Lotz über den Begriff der Polizei und den Umfang der Staatspolizeigewalt. Hildburgh. 1807. 8. Ueber das Princip, die Grenzen u. d. Umfang der Polizei. Leipz. 1808. 8. C. G. Rössig's Politik, 211 ff. Niemann a. a. O. I. 11 ff. 38—47. Delamare a. a. O. I. 4. Heumann l. c. §. 44. W. J. Behr's Verfassung und Verwaltung des Staats, Bd. I, Heft 2 (Nürnb. 1812. 8.), Num. II. Hartleben's allgem. Justiz- u. PolizeiBlätter, Sept. 1811, Num. 101. — Wie überhaupt in dem Regieren, also giebt es auch in Absicht auf die Thätigkeit der Polizei, ein *Zuviel.* J. L. Schwarz System der unvernünftigen Polizei. Basel 1797. 8. Von dem Mifsbrauch der *FremdenPolizei*, s. Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 130, Note *.

§. 301.

Hauptgegenstände der Staatspolizei.

Die **Staatspolizei**, entgegengesetzt der **PrivatConventionalPolizei** für Privatgesellschaften, hat zwei Hauptgegenstände [a]: **Sicherheit** und **Wohlfahrt** oder Vervollkommnung der Staatsgenossen. Die **SicherheitPolizei** [b] dient, wider Rechtsverletzungen und schädliche Ereignisse, die von der Natur, oder sonst veranlafst werden [c]). Die Bestimmung der **Wohlfahrt**- oder Vervollkommnungs Polizei ist, Erlangung und Erhöhung des physischen, sittlichen und geistigen Gesellschaftwohls. Die erste ist, **StaatsPolizei** in dem **engern** Sinn, wegen ihrer unmittelbaren Beziehung auf den Staatszweck: die andere ist, **StaatsgesellschaftPolizei**, wegen ihres mittelbaren Verhältnisses zu dem Staatszweck, und ihrer unmittelbaren Beziehung auf das Wohl der allgemeinen Gesellschaft der Einwohner in dem Staat (des gemeinen Wesens oder der Gesammtheit der Landeseinwohner), wobei der Regent indirect, als Uebernehmer der GesellschaftDirection, zu handeln befugt und verpflichtet ist [d]).

a) Die Schriftsteller weichen in der *Abtheilung* der Polizei sehr ab. Einige unterscheiden Sicherheit-, Vormundschaft-, Gesundheit-, Grenz-, Bevölkerungs-, Gewerb- und Handlungs-, Strafsen- u. Flufs-, Jagd- und ForstPolizei, u. d. m. Vergl. Note d.

b) Noch in dem XVI. Jahrhundert, auf dem teutschen Reichstage *Rumorsachen*, der Polizeidirector *Rumormeister* genannt.

c) Diese Art der Polizei ist entweder *öffentliche*, oder *geheime*, diese auch allgemeine (police générale) genannt. — Zu dem mifslichen Versuch der Allwissenheit, wird die geheime Polizei da verleitet, wo man sich nichts Gutes bewufst ist. Von der geheimen Polizei, in der Allg. Polizei- und Justizfama, Mai 1806, Num. 57—59. Beherzigungen vor dem wiener Congrefs (1814. 8.), S. 27—29. C. F. W. Grävell über höhere, geheime u. SicherheitsPolizei. Ilmenau 1820. 8. Die allgemeine (geheime) Polizei des französischen Reichs unter Napoleon; in den Dépêches et lettres interceptées etc. Première Partie. Au mois de février

1814, u. in e. Auszug in C. D. Voss Zeiten, Jahrg. 1814, St. 3, S. 361 ff. St. 4, S. 76 ff. Von derselben s. auch Delaunay de Boisélucas, in der Minerva, April 1815, S. 55—97. Vergl. auch, Die entlarvte hohe u. geheime Polizei des zerstörten Königreichs Westphalen. 1814. 8. — Geheime Polizeischrift, in Klüber's Kryptographik, S. 292.

d) Vergl. Kant's Rechtslehre, 186. C. Schlözer's Staatsgelahrtheit, 18 ff. — Für die verschiedenen Gegenstände der Polizeithätigkeit, wählen Andere die Eintheilung in *Zwang-* u. *Hülf-*Polizei. Lotz a. a. O. 89 f. Oder in *Sicherheit-* und *Vollkommenheit*Polizei. Henrici a. a. O., S. 297 f. — In anderer Hinsicht, unterscheidet man *Personal-* und *Eigenthums*Polizei.

§. 302.

Abtheilungen der WohlfahrtPolizei.

Die Wohlfahrt- oder Staatsgesellschaft-Polizei, hat drei Abtheilungen: 1) Bevölkerungs- und GesundheitPolizei, zu Vermehrung und Erhaltung der Einwohner, und zu Abwehrung der physischen Hindernisse ihres Wohlseyns a). 2) Die Sitten-, Erziehungs- und UnterrichtPolizei, zu Beförderung der sittlichen, geistigen und artistischen Cultur b). 3) Gewerb- und IndustriePolizei (Polizei der StaatsNationalWirthschaft), zu Erleichterung und Vermehrung der Erwerbmittel. Dahin gehört: die ökonomische Polizei, zu Beförderung aller hervorbringenden Gewerbe c) (Polizei der Landwirthschaft oder UrProduction); die Manufactur-Polizei, zu Beförderung aller verarbeitenden oder formgebenden Gewerbe (Polizei der Fabriken, Manufacturen und Handwerke, oder der industriellen Production); die HandlungsPolizei, zu Beförderung des Umsatzes und Vertriebs der einheimischen und verarbeiteten Erzeugnisse, und zu Leitung der Lieferung fremder Waaren, zu dem gemeinen Besten.

a) Staatsanstalten für Gesundheitpflege, Behörden u. Beamte, Vorkehrungen wider Seuchen, Hungersnoth u. d. — Frucht- oder Getreidesperre.

b) G. H. Ayrer diss. de S. R. I. principe politiam circa studia et commercia civium rite adornante. Gött. 1745. Heumann's Geist der Gesetze der Teutschen, 64 f.

c) J. P. Frank's System der landwirthschaftlichen Polizei. Th. I—III. Lpz. 1789 u. 1791. 8. Schlözer's Staatsgelahrth. Th. I, S. 19 f.

§. 303.

Politische und geographische Abtheilung der Polizei.

I) Die höchste, hohe oder höhere Staats-Polizei (Polizeihoheit, OberPolizei, jus politiae sublimis), ist überall dem Souverain vorbehalten, die niedere oder untergeordnete (Polizeigerechtigkeit, UnterPolizei, jus politiae subordinatae) oft Grundobrigkeiten, Standes- oder Grundherren, auch städtischen Corporationen a) bleibend verliehen, sonst aber, in der Regel, Staatsbeamten von dem Regenten unmittelbar zur Verwaltung übertragen. II) Die Staats-Polizei erstreckt sich bald über das ganze Staatsgebiet (allgemeine), bald nur über einen Theil desselben (particuläre), z. B. Provinzial-, Kreis-, Departement-, Bezirk- oder District-, Standesherrschaft- und AmtPolizei, Stadt-, Dorf- oder OrtsPolizei, u. d. b). III) Viele Gegenstände gehören der StaatsPolizei ausschliefsend (privative) an: andere schlagen zugleich, mehr oder weniger, in andere Hoheitsrechte ein (cumulative, vermischte), z. B. in die CriminalPolizei, welche die Wirksamkeit der Criminalgewalt unterstützt, KirchenPolizei, RechtsPolizei (§. 299), u. a. IV) Was von Polizeigegenständen, ohne Nachtheil des Ganzen, den Gemeinden und andern Gesellschaften im Staat überlassen seyn kann, sollte nie in den unmittelbaren Kreis der StaatsPolizei gezogen werden.

a) J. D. Nettelbladt's erste Gründe von dem Polizeirechte mittelbarer Städte; in dessen Sammlung kleiner jurist. Abhandl. (1792), Num. VII. Mevius, P. I. dec. 55. Moser a. a. O. 5. Steiger u. v. Berg über d. Unterschied zwischen *hoher* u. *nie-*

derer Polizei; in d. Rheln. Bund, I. 78ff. V. 213. 229. VI. 380. X. 22 — 30. XVI. 69. XIX. 47.
b) Weber's Handb. der Staatswirthsch., Th. I, S. 75 f.

§. 304.

Polizeigesetze und Verfügungen.

I) Die höhere PolizeiGesetzgebung a), ist Sache der gesetzgebenden Gewalt b). Einzelne Verfügungen, zumal provisorische, zu erlassen, gehört meist zu der Befugnifs der provinzialen und localen Polizeibehörden. II) Gewöhnlich sind Städte c) und andere Corporationen d), Standes- und Grundherren, denen die niedere Polizei verliehen ist, befugt, innerhalb der Grenzen ihres Geschäftkreises, Polizei-Verordnungen von bestimmter Art zu erlassen, insonderheit solche vorschreibende und vollziehende, welche, zumal in eilenden Fällen, der Zweck ihres obrigkeitlichen Berufs unzweifelhaft gebietet.

a) v. Berg a. a. O. Th. I, Buch I, Abschn. 5. Moser a. a. O. S. 12ff. Heumann l. c. §. 37. — Den ältern Polizeiordnungen wurden, da man unter der Landespolizei die ganze Staatsregierung begriff, oft Gesetze über Gegenstände des *Privatrechtes* eingemischt. Selchow elem. juris germ., §. 49. Runde's t. Privatr. §. 46. — Verzeichnisse von *Polizeiordnungen*, bei Heumann l. c. 10 — 44. u. in J. B. Hoffer's Beiträgen zu dem Polizeirecht (1764. 8.), 135 — 202. Sammlungen: J. H. L. Bergius Samml. teutscher Landesgesetze, welche das Polizei- und Cameralwesen zum Gegenstande haben. Th. I — IX. Gött. 1781 — 1792. 4. *Ebendess.* Polizei- u. CameralMagazin. Th. 1 — 9. Frkf. a. M. 1767 — 74. u. neues P. u. C. Magazin. Th. 1 u. 2. Leipz. 1775. 1776. 4. v. Berg a. a. O. Th. V. u. VI (auch unter dem Titel: Sammlung teutscher Polizeigesetze) C. H. L. W. Spiller's v. Mitterberg's Sammlung neuerer Polizeigesetze. Cob. 1793. 4. A. H. Hofheim's Magazin der Polizei u. innern Staatswirthschaft. Hamb. u. Mainz. 1. u. 2. Heft. 1804. 8. Th. K. Hartleben's allgem. Justiz- u. Polizeifama. Tüb. (seit 1803. *Ebendess.* Allgem. Polizeiblätter. Tüb. 1808. Gruner's u. Hartleben's allgem. Archiv für Sicherheits- und Armenpflege. A. Niemann's Blätter für Polizei und Kultur. Tüb. (seit 1802) 8. *Baierische* PolizeiOrganisationsEdicte u. In-

structionen von 1808, in d. baier. Regier. Blatt, u. im Auszug in Höck's angef. Grundlinien, S. 211 ff.

b) L. H. Jacob's Grundsätze der Polizeigesetzgebung u. der PolizeiAnstalten. 2 Bände. Halle 1809. 8. Scheidemantel a. a. O. II. 69 f. Heumann l. c. §. 38. Fichte's Grundlage des Naturrechtes, II. 144. Tittmann's Strafrechtswissenschaft, §. 12. Hufeland's Beiträge, II. 14. Lotz a. a. O. S. 40 ff. Anders, v. Berg a. a. O. I. 15. — Benutzung der Intelligenzblätter zu Polizeiverfügungen. — Von der Concurrenz der *Landstände* bei der Polizeigesetzgebung, oben §. 224 ff. u. Moser a. a. O. §. 7. v. Berg's Rechtsfälle, Th. III, Num. 4.

c) Riccius von Stadtgesetzen, II. 382 — 402. Nettelbladt a. a. O. Leyser Sp. 8. m. 2. Wernher P. IX. obs. 144. Struve's Nebenst. I. 477. Schreiber diss. infra cit., Sect. II. §. 4.

d) Heumann l. c. §. 40. Estel's praxis aurea. c. 11. obs. 3. — Von der Dorf- und Gemeindeherrschaft, s. oben, §. 290.

§. 305.

Insbesondere der SicherheitPolizei. PolizeiVerbrechen und Strafen.

Es ist Pflicht der SicherheitPolizei, durch Gesetze und Anstalten auf Erschwerung der Verbrechen, Entdeckung der Verbrecher, Vermeidung solcher Gelegenheiten, und Unterlassung solcher Handlungen hinzuarbeiten, die leicht zu Rechtsverletzungen führen. Handlungen, welche bloſs durch Polizeigesetze bei Strafe verboten sind, heiſsen PolizeiVergehen, und die von der Polizei, den Gesetzen und Vorschriften gemäſs, zu verfügenden Strafen, PolizeiStrafen a).

a) Meist Geldstrafen, öffentliche Arbeit, Arrest, Privatzüchtigung, auch wohl Ausstellung, Zucht- und Arbeithaus. Scheidemantel a. a. O. II. 67. 69. Heumann l. c. §. 300. J. E. F. Lotz über öffentliche Arbeitshäuser. Hildburgh. 1810. 8. — Von *Erlassung* der Polizeistrafen, Rössig a. a. O. 213. — Man unterscheidet, *Civil-* und *PolizeiVergehen* und *CriminalVerbrechen*. Vergl. Lotz a. a. O. S. 56, Note.

§. 306.

Grenzen der Polizeigewalt.

I) Natürliche Freiheit und wohlerworbene Rechte der Einwohner, sind einer Einschränkung, durch Gebot oder Verbot der Polizeigewalt, nur so weit unterworfen, als bei der SicherheitPolizei der Staatszweck, bei der WohlfahrtPolizei die im Voraus, oder gleichzeitig ertheilte, ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung der StaatsgesellschaftGenossen es gestattet [a]. II) Unter gewissen Umständen, kann bei PolizeiVerfügungen Pflicht zur Entschädigung, gegen den Einzelnen eintreten [b]. III) Alle Einwohner, auch temporäre Unterthanen [c], sind den Staats- und LocalPolizeigesetzen unterworfen. Berufung auf den privilegirten Gerichtstand, findet in Polizeisachen nicht statt [d]. IV) Eingriffe der Polizei in andere Hoheitsrechte, sind rechtswidrig [e].

a) Vergl. Lotz a. a. O. 85 ff. Ueber das Princip u. s. w. (s. oben §. 300. Note c).

b) Scheidemantel, II. 68. Neurath l. infra cit. obs. 14. sqq. Pufendorf, T. I. obs. 133.

c) Moser's nachbarl. Staatsr. 21.

d) v. Zangen, wird in Polizeisachen auf einen vorzüglichen Gerichtstand gesehen? Giessen, 1794. 8. Klüber's kl. jur. Biblioth. XXVI. 225. v. Hohenthal l. c. §. 121. n. p. Vetter's Unterr. von der Polizei (1753), 470. 477. v. Justi's Polizeiwissenschaft (Gött. 1782), 366. Bodmann in Siebenkees Beitr. I. 118. Kopp's Nachr. v. hess. Gerichten, II. 44. Bielfeld l. c. I. 101.

e) Bielfeld l. c. I. 102. Vergl. unten, §. 311 f.

§. 307.

Polizeibehörden.

Zu Verwaltung der Polizei, werden eigene Polizeibehörden angeordnet, centrale, provinciale

und locale, höhere und niedere; PolizeiMinister, PolizeiCollegien, Magistrate, Landräthe, Intendanten, Directoren [a]), Beamte, Assessoren, Polizeimeister, Quartiermeister, Strassen- oder PolizeiAusreiter, Polizeidiener. Bisweilen sind, für die Ortspolizei in Städten, eigene PolizeiCommissionen oder Deputationen [b]) aus mehrern LocalBehörden zusammengesetzt, um alle Stände und Einwohner einem gemeinschaftlichen PolizeiForum zu unterwerfen, weil Einheit des Willens, Leichtigkeit in der Ausführung, die Seele guter Polizei ist [c]). Nicht selten ist die höhere Polizei einer höhern LandesAdministrativBehörde, die niedere irgend einer LocalBehörde, z. B. dem Stadtmagistrat, Justiz- oder Kammeramt, Gerichthalter, Dorfschultheissen, u. d. mitübertragen [d]).

a) Von dem ehemaligen pariser Lieutenant-général de police, s. Delamare, I. 122. 186.

b) Von Dresden, s. Schmieder's sächs. Polizeiverfass. I. 668 ff. Von Berlin, s. Corp. Constit. Marchicar. cont. II. 55. V. 122. — Selchow elem. juris germ. priv. §. 304. n. 4. Willebrand von den Pflichten einer städtischen Polizei. 1760 fol.

c) J. B. Schwarz angef. System (oben §. 300, Note c).

d) (J. F. Vetter's) Gedanken von Einrichtung eines PolizeiCollegii. Frankf. u. Leipz. 1748. Heumann l. c. §. 291 sq. v. Justi Polizeiwissensch. II. §. 661 f. v. Hohenthal l. c. §. 120. sqq. Bergius PolizeiMagazin, VII. 94.

§. 308.

Polizeirecht. Polizeigerichtbarkeit. Verfahren.

I) Das Polizeirecht, unterschieden von der Polizeiwissenschaft, einem Haupttheil der Cameralwissenschaften, ist der Inbegriff der gesetzlich feststehenden PolizeiBestimmungen [a]). II) Zu Untersuchung, Beurtheilung, und Ahndung polizeiwidriger Handlungen, auch unaufgefordert, ist die Polizeigerichtbarkeit bestimmt [b]); wefshalb bisweilen die aufsehenden und verwaltenden Polizeibehörden

von den richtenden getrennt sind c). III) Summarische, oft schleunige Erörterung und Vollziehung, mit practischer Gewandheit, Menschenkenntnifs, Consequenz und Energie, Vermeidung unnützer Förmlichkeiten, zumal in geringfügigen, oder dringenden Sachen, ist dem Zweck der Polizei gemäfs.

a) Heumann l. c. §. 6. F. C. J. Fischer's Lehrbegriff sämmtlicher Kameral- und Polizeirechte. Th. I. II. III. Frf. a. d. Oder 1785. 1786. 8. v. Berg a. a. O. Th. IV, Abth. I. A. F. Schott's jur. Encycl., §. 206. G. H. Stockhausen de scientiarum cameralium finibus regundis. — Dawider s. Gönner's teutsch. Staatsr., §. 328, Note a. Henrici a. a. O., S. 133 ff.

b) Vergl. jedoch Lotz a. a. O. S. 54 ff. — Wertheimische PolizeiGerichtsordnung, in Hoffer's Beitr. I. 203. Rhein. Bund, L. 207.

c) Vergl. E. F. Kulenkamp über die gerichtl. Polizei, u. das Verfahren der MunicipalCorrectionsTribunale; nach franz. u. westphäl. Gesetzen. Braunschw. 1810. 8.

§. 309.

Verhältnifs der Polizeigewalt zu der Justizgewalt.

Ist das Verhältnifs der Polizeigewalt zu der Justizgewalt a), durch positive Gesetze anders nicht bestimmt b), so ist I) Einmischung des Richters unzulässig, in eigentlichen Polizeisachen, so fern blofs von Nothwendigkeit oder Zweckmäsigkeit polizeilicher Anordnungen die Rede ist, der Gegenstand sey mehr oder weniger erheblich c). II) Blofser Widerspruch eines Unterthans, und dessen Einrede gegen Zweck und Mittel, kann die PolizeiEigenschaft einer Sache nicht ändern.

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 545. Klüber's Lit. §. 1305. G. C. Schneider (eigentlich T. J. Reinharth) diss. de causarum politiae et earum, quae justitiae dicuntur, conflictu et differentia. Goett. 1739. Scheidemantel a. a. O. II. 65 f. Hofstetter l. c. §. 124 sqq. Sieber's gerichtl. Procefs, I. §. 134 ff. Reinharth ad Christin. vol. II. obs. 9. et 99. Engelbrecht, obs. 5. Leyser Sp. 634. m. 25. Hommel obs. 502. Cramer's wezlar. Ne-

benst., Th. I, S. 88. Th. 2, S. 88. Th. 35, S. 143. Th. 44, S. 109. Strube's Unterr. von Regier. u. Justizsachen, c. 2. §. 7. c. 4. § 26. v. Berg a. a. O. Th. I, Buch 2, Abschn. 4, S. 131 ff. Lotz a. a. O. S. 16 f. 50 ff. Henrici a. a. O., S. 115 ff Gönner's Handb. des gemeinen Processes, Bd. II, Num. XXVI. Wider diesen, s. W. J. Behr's Verfassung u. Verwaltung des Staats, Bd. II, Heft 1 (Nürnb. 1812 8), Num 2

b) Wie in der preufs. Constitution v. 25. Apr. 1715, in Mylii C. C. Marchic. T. II. P. 1. p. 563. Hohenthal l. c. §. 128.

c) Selchow elem. juris publ. germ., §. 279. Anders, Pütter instit. juris publ. german., §. 334.

§. 310.

Fortsetzung.

III) Das Wesentliche des Unterschiedes zwischen Justiz- und Polizeisachen, liegt darin, dafs jene das unmittelbare Interesse einzelner Unterthanen, diese auch das unmittelbare Interesse des Staates, oder der allgemeinen Gesellschaft der Einwohner in dem Staat (§. 301) angehen. IV) Es kann daher dieselbe Sache, in verschiedener Beziehung, Justiz- und Polizeisache seyn a), auch aus einer Polizeisache in Justizsache sich verwandeln (§. 311). V) In dem Fall unvermeidlicher Collision zwischen Privat- und dringendem StaatsInteresse, wird in einer vermischten Sache, der Arm des Richters durch die Regierung zuweilen gelähmt b); doch Entschädigung vorbehalten, für den, der um des gemeinen Besten willen leidet (§. 306).

a) Scheidemantel a. a. O. II. 63. 65. Allgemeine deutsche Biblioth. Bd. 79, St. 2, S. 599. — Die Entscheidung der *Vorfrage*, über die *Justiz-*, oder *PolizeiEigenschaft* einer Sache, gebührt in zweifelhaften Fällen dem Richter. Neurath l. c. obs. 25. Cramer's wezlar. Nebenst. I 88. Strube a. a. O. 61. Mevius P. I. dec. 42. — Die *Prävention*, quasi in re *mixti* fori, behauptet Hommel, obs 502 Reg. 2. — Im Zweifel, ist eine Sache für *Justizsache* zu halten. Hommel l. c. Reg. 1.

b) Neurath l. c. obs. 25. Strube, V. Bd 273. *Ebendess.* Unterricht, §. 15.

§. 311.

Schlufs.

VI) Zu gerichtlicher Erörterung qualificirt sich eine Polizeisache, wenn sie durch die vorgebrachte Einrede einer Rechtsverletzung, oder durch Klage über Verletzung wohlerworbener Rechte, durch Anfechtung eines Polizeigesetzes aus dem Grund wohlerworbener Rechte, durch Klage über unrichtige Anwendung der Polizeigesetze, über Verstofs einer Polizeibehörde gegen unzweifelhafte Bestimmung der Gesetze, oder Ueberschreitung der Amtsgewalt, oder durch gerichtlich verfolgte Befugnisse eines Dritten, in Justizsache sich verwandelt hat *a*). Doch hat dieses, in Absicht auf den PolizeiPunct, in der Regel, nur devolutive Wirkung *b*). VII) Daher findet auch in Polizeisachen, weder Appellation, noch ein anderes suspensives Rechtsmittel, gegen die Verfügungen oder das Verfahren der Polizei statt *c*); doch Beschwerde, und selbst gerichtliche Klage, wenn die Sache, wie vorhin erwähnt, zu dem Rechtsweg geeignet ist *d*).

a) Pütter l. c. Schreiber diss. cit. Sect. III. §. 1. 3. Vergl. den Auszug aus einem reichskammergerichtlichen SenatsProtocoll, in Bergsträsser's Briefen über das Studium eines Practicanten am R. Kammergericht (1788. 8.), S. 78 f. *Preufs.* Verordn. wegen verbess. Einricht. der ProvinzialPolizei- u. Finanzbehörden, v. 26. Dec. 1808, §. 38 ff. J. F. A. C. Neurath diss. de cognitione et potestate judiciaria, in causis quae politiae nomine veniunt (Erlang. 1780. 4. rec. Wetzl. 1791.), obs. 3. sqq. 20. 21. 23. 25. v. Zwierlein's Beitr., II. 90. Gönner's Handb. des Processes, II. 40. Grolman's Theorie des gericht. Verfahrens, §. 71. — Von dem *Verfahren* in dergleichen Sachen, Neurath l. c. §. 7.

b) Pütter l. c. Neurath l. c. §. 2. not. 1.

c) Heumann l. c. 433. Neurath l. c. obs. 1. et 2. v. Zwierlein's Beiträge, II. 109. *Ebendess.* vermischte Briefe, 145. Reuss Staatskanzlei, XXVIII. 89. v. Zangen a. a. O. S. 19 ff. Imman. Weber diss. de appellat. irregulari, ut et de eo quod justum

vel injustum est circa appellat. in causis politiae (Giess. 1725), Sect. II. p. 23. Chr. Trumbach diss. de non recipienda appellatione in causis politiae. Marb. 1763. 4. Parömie: in Polizeisachen gilt keine Appellation. Hertius paroem. 38., in s. Opusc. vol. II. Eisenhart's Grunds. teutscher Rechte in Sprichwörtern, 510. — Andere halten Polizeisachen nicht schlechthin für inappellabel. Mevius, P. III. dec. 154. Selchow l. c. Westphal's t. Staatsr. 356. Schreiber l. c. Sect. III. §. 6. — Ist eine Sache schon *gerichtlich* verhandelt worden, so kann die *Appellation*, unter dem Vorwand einer Polizei-Eigenschaft derselben, nicht gehindert werden. Decisiones Hasso-Cass. II. 632. Cramer's wetzlar. Nebenst. I. 88. Neurath l. c. obs. 22. — Schriften in Klüber's Lit. §. 1231.

d) Auch kann nur in diesem Fall, Beschwerde über Justizverweigerung bei der Bundesversammlung statt haben. Vergl. §. 148*.

§. 312.

Insonderheit zu der Criminalgewalt.

Die Polizeigewalt unterstützt die Criminalgewalt, mittelbar durch Beförderung der geistigen und sittlichen Cultur, unmittelbar durch SicherheitsAnstalten, zu Verhütung der Verbrechen, auch zu schleuniger Entdeckung und Herbeischaffung der Uebelthäter. Beide unterscheiden sich, in Hinsicht auf Gegenstände, Wirkungsart, Mittel zu ihren Zwecken, Anwendung dieser Mittel, und Verfahrungsweise *a*).

a) Scheidemantel a. a. O. II. 66. Pancr. Jos. Haus diss. de potestatis polititiae et criminalis nexu et differentia, praecipue in causis criminalibus, plena criminis probatione deficiente, vel poena legali ad securitatem reip. haud sufficiente. Wirceb. 1799. 4. Vergl. auch Lotz a. a. O. S. 63 ff. — Unterschied zwischen der *aufsehenden* u. Polizeigewalt, ebendas. S. 78 ff. — Der, theoretisch vielleicht nie ganz zu beendigende, Streit über das Verhältnifs zwischen Criminal-, Justiz und Polizei, ist in Frankreich, so wie ehedem in dem Königreich Westphalen, practisch geschlichtet durch ein Hülfmittel der neuen Gesetzgebung, die *Corrections-* oder *Zuchtpolizei*. Vergl. Kulenkamp angef. oben §. 308. K. westphäl. Gesetze v. 1809 u. 1810, in dem Bulletin des

lois du royaume de Westphalie, 1809, n° 44, u. 1810, n° 23. Code de procédure criminelle et correctionnelle du royaume de Westphalie. Cassel 1809.

XII. Capitel.

Finanzhoheit.

§. 313.

Ueberhaupt.

Begriff u. Bestimmung der Finanzhoheit. Recht zu der Finanzverwaltung. Staatsauflagen, unterschieden von Lehn- u PatrimonialAbgaben.

I) Das Staatseinkommen, gröſstentheils ei Theil des NationalEinkommens a), flieſst aus Sachen, Rechten, und Diensten b). II) Der Inbegriff der Staatsbefugnisse auf zweckmäsige Festsetzung, Vertheilung, Erhebung, Verwaltung und Verwendung des Staatseinkommens, heiſst Finanzhoheit c) (Cameralhoheit d), Staatsökonomie- oder Staatswirthschaft-Hoheit e), potestas cameralis). III) Die Nation muſs jährlich aufbringen, was die Staatsanstalt nothwendig kostet, so weit die Kosten aus andern rechtmäsigen Finanzquellen, namentlich aus den Domainen (§. 252), nicht erlangt werden können. Mehr darf dem NationalVermögen durch Auflagen nicht entzogen werden; denn diese sind nur ein nothwendiges Mittel zu Erreichung desjenigen Zweckes, weſshalb die Menschen in bürgerlicher Gesellschaft leben IV) Aus jener Pflicht entspringt das Recht des Staates, die Finanzverwaltung anzuordnen (jus ordinandi et admini-

strandi aerarium reip.), und die **Staatsauflagen**, ordentliche und ausserordentliche, zu bestimmen (Recht der Staatsauflagen oder Staatslasten, jus onerum s. tributorum reip., jus collectandi, droit d'impôt). V) Die **öffentlichen** oder Staatsabgaben, auch **obrigkeitliche** genannt, sind wesentlich unterschieden von Abgaben, welche vermöge der **Lehnherrlichkeit** und der **PatrimonialHerrlichkeit** erhoben werden. Diese sind privatrechtlich, und heifsen theils **Lehnabgaben** f), theils **Patrimonial-**, auch **guts-** oder **grundherrliche Abgaben** g) (§. 44, 233 a, 243 a). VI) Zu den obrigkeitlichen oder Staatsabgaben im **weitern** Sinn, gehören nicht nur die **Steuern** aller Art, sondern auch **alle andern** Abgaben, wozu die **Staatshoheit** berechtigt, die also vermöge eines (eigenen, oder verliehenen) Regierungsrechtes erhoben werden).

a) F. C. Fulda über NationalEinkommen. Tüb. 1805. 8. Rössig's Politik, S. 223. — Die Quellen des *National*Einkommens sind: Ackerbau, Manufactur, Handel. — *Staatswirthschaft-Systeme*: 1) das physiokratische (ökonomische, landwirthschaftliche oder AgriculturSystem); 2) das Industrie- (Merkantil- oder Handels- und Fabrik-) System; 3) das Oekonomie-IndustrieSystem (von Adam Smith); 4) das System der natürlichen Freiheit aller Gewerbe und der gleichen Vertheilung aller Staatslasten. Vergl. von den verschiedenen Systemen, C. D. Voss Handb. d. allgem. Staatswissensch., in d. 3. Th. (1798. 8.) A. F. Lüder über NationalIndustrie u. Staatswissenschaft. Th. I. II. III. Berl. 1800 — 1804. 8. Des systêmes d'économie politique; par Ch. Ganilh. T. I et II. Paris 1809. 8. — Hauptwerke sind: Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. By Adam Smith. 2 vol. Lond. 1774. IX. edit. 3 vol. ibid. 1799. Neue Ausg. von Playfair, mit 4 grofsen HandelsCharten u. vielen Anmerk. Lond. 1805. *Teutsch* übers. v. Garve u. Dörrien, in 4 Bänden. Bresl. 1799. Dritte Aufl. Berl. 1810. 3 Bände 8. *Französisch* übers., mit vielen Zusätzen v. Germain Garnier. Paris 1802. 5 Bände 8. Teutsche Auszüge daraus, v. G. Sartorius, Gött. 1806, u. F. v. Cölln, Berl. 1812. An inquiry into the nature and origin of public wealth and into the causes of its increase. By the Earl of Lauderdale. Edinb. 1804. 8. *Teutsch*.

übers. Berl. 1808. 8. H. Storch's Handb. der NationalWirthschaftslehre. Aus d. Franz. mit Zusätzen v. K. H. Rau. 3 Bände. Hamb. 1819. 8. K. H. Rau's Zusätze zu Storch's Cours d'économie politique. Aus der t. Uebersetz. besonders abgedruckt. Hamb. 1820. 8. Simonde de Sismondi nouveaux principes d'économie politique. T. I et II. Paris 1819. 8. (Nach Smith's System.) T. R. Malthus, the principles of political Economy. Lond. 1820. 8. A new Edition, corrected and enlarged. Ibid. 1820. 8. Traduit en français, par Constantio. Paris 1820 8. David Ricardo, on the Principles of political Economy and Taxation. A third Edition, corrected. Lond. 1820. 8. Auch teutsch: D. Ricardo's Grundsätze der polit. Oekonomie, oder der Staatswirthsch. u. der Besteuerung. Nebst erläut. u. krit. Anmerk. v. I. B. Say. Aus d. Engl., u. in Bezieh. auf die Anmerk. aus d. Franz., v. C. A. Schmidt. Weimar 1812. 8. Die Staatswirthschaft nach Naturgesetzen. Leipz. 1819. 8. J. F. E. Lotz Handb. der Staatswirthschaftlehre. Bd. I — III. Erl. 1821 u. 1822. 8. — Andere Lehr- und Handbücher über Staatswirthschaft, sind oben §. 13, Note h, genannt.

b) Jedem Unterthan weiset der Herrscher seinen *Reihedienst* an. Wenn die Dienste mit Geld vergütet werden, fordert er *Abgaben* (engl., er taxirt, Taxen- oder Taxirhoheit). Schlözer's Staatsgelahrth. I. 23. 101. — Die Quellen des *Staats*einkommens finden Einige in *Fonds* (liegenden Gründen und GeldCapitalen), und in *Beiträgen* von dem reinen Einkommen der Bürger. G Sartorius Handb. der Staatswirthsch. Berl. 1796. 8.), §. 99. Andere in *Arbeitslohn*, *Capitalgewinn* und *Landrente*. Lauderdale a. a. O. u. Lüder in s. National-Industrie (1808), §. 382. Noch Andere theils in dem *Staatsvermögen*, theils in so genannten lucrativen *Regalien*, insbesondere Steuern.

c) Andere nehmen das fremdartige, für sich bestehende Fach der *Polizeigewalt*, in den Begriff der Finanzhoheit auf. Andere *unterscheiden* Finanz- u. Cameralhoheit. C. G. Rössig's Literatur der Polizei und Kameralistik, Th. I u. II. Leipz. 1802. 8. J. W. Placidus Literatur der Staatslehre. Abth. I. Strasb. 1798. 8. C. D. Voss Einl. in die Gesch. u. Literatur der Staatswissenschaft, Th. I u. II. Leipz. 1800 u. 1802. 8. (oder des oben angef. Handbuchs V. und VI. Th.)

d) Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Namens *Cameralwissenschaften*. Schlözer a. a. O. I. 23. 26. Niemann's Grunds. der Staatswirthsch., I. 13. 17. J. C. Rüdiger's systemat. Theorie der Kameralwissenschaften. Halle 1777. 8. Sonderbare Definition, in J. H. K. Bönner's sämmtl. Kameralwissenschaf-

ten (Halle 1773. 8.), S. 189. — *Staatswirthschaft* im weitern Sinn, begreift NationalOekonomie, StaatsFinanz- und Polizeiwissenschaft unter sich.

e) Schmidtmantel's Staatsr. nach d. Vernunft, II. 319.

f) Z. B. Lehnzins (census feudalis), Lehndienstgeld, Laudemium.

g) Z. B. Grund- u. Bodenzinse (Zinse, census, nicht Zinsen oder CapitalZinsen, usurae), Renten, Gülten, Handlohn, Bekenntnifsgelder, manche Zehnten, Frohnablösungs-, Dienst- oder ReluitionsGelder (§. 382 b), auch die aus ehemaliger Leibeigenschaft herrührenden Abgaben, z. B. Besthaupt, Gewandtheil, Bedemund oder HeurathConsensgeld, maritagium.

h) Sowohl Sporteln als auch GerichtStrafgelder, die Polizeiabgaben und PolizeiStrafgelder, die FiscalGefälle, die Receptions-, Schutz-, Concessions-, Recognitions- u. DispensationsGelder.

§. 314.

StaatsFinanzverwaltung.

I) Das Staatseinkommen, so weit es aus dem NationalEinkommen fliefst, mufs, in dem Verhältnifs zu diesem, so bestimmt und behandelt werden, dafs ein Gleichgewicht entsteht zwischen rechtmäsiger Einnahme und nothwendiger Ausgabe des Staates. Wegen dieser wesentlichen Bedingung seiner Erhaltung und seines Wohlstandes, ist, in einer weisen Staats-Organisation, die StaatsFinanzverwaltung, weder ein isolirter Appendix, noch die Magd der übrigen Verwaltungszweige a), sondern wahrer Mittelpunct der ganzen Staatsverwaltung b). Das Recht, dieselbe anzuordnen, ist daher eines der wichtigsten Hoheitsrechte, die Aufgabe, eine der schwersten, die Handhabung, das allernothwendigste. II) In der Finanzverwaltung wird die Masse des Staatseinkommens, nach Verschiedenheit des Grundes seiner Erhebung, des Zwecks, oder der Verwendung, in verschiedene Abtheilungen getrennt, z. B. SteuerFonds, Kam-

mer- und DomänenFonds, JustizFonds, Polizei- oder VerwaltungsFonds, KriegsFonds, u. d.

a) Ihr liegt ob, die Sorge für *Staatseinnahme* (aus Domänen, Steuern, Regalien, u. s. w.) und *Ausgabe* (CivilListe, Civil- und MilitärEtat, Schuldentilgung, Landesverbesserung, Ersparung für Nothfälle), für *Staatsrechnungs-* und *Cassewesen*. — Das FinanzMinisterium; in Luden's Nemesis, Bd. XI, S. 48.

b) Von dem Zeitalter vor Des Cartes, urtheilt Condorcet (Entwurf eines histor. Gemäldes der Fortschritte des menschl. Geistes, teutsch durch E. L. Posselt, Tüb. 1796, S. 178): «Noch gab es keine Wissenschaft der *StaatsOekonomie*: die Fürsten zählten nicht die Zahl der Menschen, sondern die der Soldaten; die *FinanzWissenschaft* war nichts, als die Kunst, die Völker zu plündern, ohne sie zum Aufruhr zu drängen, und die Regierungen beschäftigten sich mit dem *Handel* nur, um ihn durch Taxen zu brandschatzen, durch Privilegien zu hemmen, oder sich dessen Monopol streitig zu machen».

§. 315.

Finanzwissenschaft. Grenzen der Finanzhoheit.

I) Die StaatsFinanzwissenschaft lehrt die Art und Weise, wie die zu Bestreitung des Staatsaufwandes nöthigen Gütermassen, auf eine dem allgemeinen Wohlstand möglichst angemessene Weise aufzubringen, zu verwalten, und zu verwenden sind. II) Die Grenzen, welche die Finanzhoheit nicht überschreiten darf, sind: das wahre Bedürfniss des Staates, die Kräfte des Volkes, und die moralische Scheu, Mittel zu ergreifen, welche auf irgend eine Art die guten Sitten gefährden, die Ordnung im häuslichen Leben stören, und den stillen Gang der Natur unterbrechen a).

a) Nicht in Zahlen und todtem Metall, liegt das Geheimniss der Finanzkunst, sondern in Erweckung und Unterhaltung der Lebenswärme emsiger Thätigkeit. Nicht die Frage: wieviel Dienste und Abgaben *kann* der Unterthan tragen? ist die höchste Aufgabe, deren Lösung ihr obliegt. — K. D. Hüll-

HAHN's deutsche Finanzgeschichte des Mittelalters. Berlin 1805. 8. *Ebendess.* Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland. Frankf a. d. O. 1806. 8. Rhein. Bund, LXI. 1 — 22.

§. 316.

Staatsauflagen.

Staatsauflagen machen nöthig, die Würde, die Selbstständigkeit, und das wahre Bedürfniss des Staates, mithin theils der Unterhalt des Regenten und seiner Familie (§. 188), theils die allgemeinen und besondern, ordentlichen und ausserordentlichen Kosten der Staatsverwaltung a), insonderheit der Rechts- und Polizeipflege, des Erziehungs- und UnterrichtRegals, des Verkehrs mit auswärtigen Staaten, der Schutz- und Vertheidigungs-Anstalten gegen Auswärtige, der Finanzverwaltung selbst, auch die Staatsschulden (§. 259 f. u. 321), die nöthigen Pensionen, subsidiarisch die öffentliche Gottesverehrung (cultus), die Errichtung und Unterhaltung einer DispositionsCasse b), aus den Bestandgeldern der Central- oder GeneralCasse, und die Sammlung eines verhältnissmäsigen Schatzes c), als Nothpfennigs, eines eisernen oder ReserveFonds, des reinen oder NettoErtrags der Staatsanstalt, gemäss der StaatsrechnungsBilanz.

a) CivilListe (§. 188), Civil- und MilitärStaatsausgaben.
b) Aus ihr bildet sich ein *MeliorationsFonds*, für diesen ein *MeliorationsPlan.*
c) G. SARTORIUS Handb. der Staatswirthschaft, §. 131. D. H. ESCHENMAYER's StaatsökonomieRecht, §. 1054.

§. 317.

Rechtlichkeit der Auflagen. AbgabenSystem.

I) Zu jeder Staatsauflage gehören: Rechtmässigkeit, in Absicht auf die Art der Festsetzung;

Nothwendigkeit, in Hinsicht auf wahres Staatsbedürfnifs; Gerechtigkeit, in Anschung der besteuerten Sache oder Person, auch der Art, Gröfse, Vertheilung und Erhebungsform der Auflage, ihrer Entrichtungszeit und ihrer möglichen, wahrscheinlichen, oder wirklichen Einwirkung auf Sittlichkeit der Einwohner und auf die Bestandtheile des NationalVermögens (§. 318, a). II) Das AbgabenSystem sey berechnet auf das Einkommen, in seiner wahren und eigentlichen Gestalt, nicht auf das Vermögen der Abgabepflichtigen a). Nur der reine Ertrag von den Elementen des NationalEinkommens (von Land, Arbeit oder Gewerbe, Geldcapital), ist der wahre Gegenstand der Besteuerung b); nur die Producenten sind die wahren unmittelbar Steuerpflichtigen.

a) Nicht auf das Besitzthum, nicht auf seinen Kaufpreis, sondern auf dessen reinen Ertrag. In der Regel nehme der Staat nur da, wo auch der Staatsbürger nimmt. In so fern sind nur Einkommentheile, nicht auch Vermögentheile, steuerfähige Objecte. Die Grundrente belege nur die Bodenrente, nicht auch die CulturRente, weder Gewerbe, noch Arbeitslohn; und bei keiner Abgabe verlange man *eidliche* Angabe des Einkommens. « Il n'y a rien que la sagesse et la prudence doivent plus régler que cette portion qu'on *ôte*, et cette portion qu'on *laisse* aux sujets ». MONTESQUIEU, liv. XIII, ch. 1. — Von *SteuerSystemen*, s. H. ESCHENMAYER's Vorschlag zu einem einfachen SteuerSystem. Heidelb. 1808. 4. *Ebenders.* über die ConsumtionsSteuer. Heidelb. 1813. 8. JUL Gr v. SODEN's NationalOekonomie, Th. III u. V. D. F. SERGER's Versuch über das vorzüglichste AbgabenSystem. Heidelb. 1811. gr. 8. (Vergl. Allgem. KameralKorrespondent 1811, Num. 118 — 123). JUL. Gr. v. SODEN's Staats-Finanzwirthschaft (oder dessen NationalOekonomie, Bd. V). Leipz. 1811. 8. Darstellung der zeitherigen SteuerSysteme und Empfehlung einer allgem. VermögenSteuer, in. d. allgem. KameralKorespondenten, 1808, St. 41 f. Jenaische allgem. Lit. Zeit., 1807. u. 9 u. 10. 1809. u. 286 — 288. Von dem ehemaligen königl. *westphälischen* AbgabenSystem, ebendas. 1810, n. 51 f. *Baier.* SteuerEdict v. 13. Mai 1808. Königl. *sächs.* Mandat, betr. die Einführung eines neuen Abgaben-

Systems, u. e. neuen Grundabgabe, insbes., vom 9. Jul. 1812, in d. Rhein. Bund, LXV. 237. *Würtemb.* Edict v. 18. Nov. 1817. — Das einfachste AbgabenSystem ist das *nassauische*. Es hat nur vier Arten der directen Steuer: Grundsteuer, Gewerbsteuer, Stempel- u. ConfirmationsTaxen, Erbschaftsteuer. *Nassauisches* Edict. v. 10. u. 14. Mai 1809. Fol., u. in d. Rhein. Bund, XXXIII u. XXXIV. Sitzungs-Protocolle der landständ. DeputirtenVersamml. des Herzogth. Nassau (Wiesb. 1818. fol.), S. 100 ff.

b) Daher Landrente oder Grundsteuer, Gewerb- oder Patent-Steuer, und CapitalSteuer. — Vergl. *badische* Grundsteuer-Ordnung. Carlsr. 1810. 8. *Badische* HäusersteuerOrdnung. Carlsr. 1811. 8. *Badische* AcciseOrdnung. Carlsr. 1812. 4. *Preussische* Zoll- u. VerbrauchsteuerOrdn. v. 26. Mai 1818, in d. Gesetzsamml. für die preuſs. Staaten, 1818, S. 482 ff.; u. Erhebungsrolle für 18²²/₂₄, ebendas. 1821, S. 165.

§. 318.

Fortsetzung.

III) Von allen Arten der Production (der UrProduction, der industriellen und der commerziellen) werde, so viel möglich, nur das reine oder Netto-Einkommen besteuert. IV) Die bloſsen Consumenten seyen unmittelbar steuerfrei, weil sie den steuerpflichtigen GewerbClassen die vorgeschossene Steuer in dem Preis der Producte wieder erstatten, also mittelbar steuern. Bei einer allgemeinen EinkommenSteuer, würden sie doppelt in die Steuer gezogen; unmittelbar durch die eigene Anlegung, mittelbar durch Erstattung der von Andern bezahlten Steuer in dem Preis der Producte. Mathematisch scharf und gleich, läſst sich keine Steuer für den concreten Fall bestimmen, aber grobe, den National-Wohlstand auffallend störende Fehler, lassen sich, auch ohne gehässige, inquisitorische Formen und lästige Förmlichkeiten, vermeiden. V) Ein Abgaben-System, welches als Mittel dient zu Beförderung der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit, der Wohlthätigkeit, und zu möglichster Entwickelung der menschlichen

Kräfte, ist eines der edelsten Ideale des menschlichen Geistes a). VI) Verwerflich, in sittlicher und politischer Hinsicht, sind die meisten so genannten indirecten (§. 322) Abgaben b), aber von Vielen wenigstens als Nebensteuer in Schutz genommen, da wo die Grund- und Gewerbsteuer nicht jeden Steuerpflichtigen treffen kann, oder doch nicht so, wie es dem Besten des Staates am gemäsesten wäre. Bei Zoll und Accise, trifft der Vorwurf am häufigsten, theils die Erstreckung auf Gegenstände, deren Befreiung das wahre Staatsinteresse gebietet, theils die Uebertreibung und schlechte Erhebungsart, so wie die grofse Anzahl von demoralisirten und demoralisirenden, für Erhebung und Aufsicht Angestellten.

a) Quelle influence ont les diverses espèces d'impôts sur la moralité, l'activité et l'industrie des peuples? par M. de Montyon. Paris. 1808. 8. Teutsch mit Anmerk. von Wilh. v. Zimmermann. Görlitz 1811. 8. Des impositions et de leur influence sur l'industrie agricole, manufacturière et commerciale, et sur la prospérité publique; par M. Christian. Paris 1814. 8. F. C. Fulda's Preisschrift über denselben Gegenstand, in dem *hannöverischen Magazin* v. 1807, St. 58 — 66. *Götting.* gel. Anz. 1805, St. 199, u. 1807, St. 115 u. 118.

b) Montyon l. c. p. 46. 56 ff. 75. 83. 123 — 262. 300 ff. Considérations sur les impositions indirectes; par C. H. Schattmann. Paris 1816. 4. Die Nachtheile der Accise für den NationalWohlstand. Berl. 1808. 8. Allgem. Zeitung 1817, Num. 33, S. 132. FinanzProben aus teutschen Ländern; in Voss Zeiten, 1816, St. 4. — Nur die, welche offenbare, blofse LuxusArtikel treffen, scheinen eine unzweideutige Ausnahme zu machen. Die meisten *indirecten* Abgaben treffen nur die Consumenten. Bei den meisten ist unvermeidlich, dafs viele Abgabepflichtigen sich ihnen ingeheim entziehen, oder dafs viele Personen, welche über das Gesetz wachen sollen, durch wiederholte Versuchungen, käufliche Mittel werden, das Gesetz zu umgehen; die B stechlichkeit dieser verdorbenen Classe, wirkt dann zurück auf die Sittlichkeit der übrigen Unterthanen. Die meisten indirecten Steuern lassen keine andere Controle zu, als eine drückende, der Betriebsamkeit, der natürlichen Freiheit, dem Verkehr und der

Sittlichkeit gefährliche. Sie veranlassen, neben directen Steuern angewandt, eine mehrfache Besteuerung derselben Gegenstände, und auf eine hinlänglich bestimmte Summe des Ertrags, läfst sich bei ihnen nicht rechnen.

§. 319.

Finanzgesetz. Finanzanstalten. Oeffentlichkeit der Finanzverwaltung.

I) Die zweckmäsige Festsetzung, Bestimmung, Vertheilung, Erhebung und Verwendung der Staatsauflagen, erfordert die Errichtung eines für einen bestimmten Zeitraum geltenden Finanzgesetzes, eines Haupt- oder GeneralFinanzPlans, Etats oder Voranschlags der in dem nächsten Finanz-, Dienst- oder Verwaltungszeitraum, theils bestimmt, theils vermuthlich zu erwartenden Staatseinnahme und Ausgabe a) (Budget). Durch dasselbe wird jede, für den folgenden RechnungsZeitraum (Finanzjahr, BudgetPeriode, exercice), in dem Staatshaushalt als gewisse oder wahrscheinlich denkbare, ordentliche und ausserordentliche Einnahme und Ausgabe, nach Willen, Erfahrung und Wahrscheinlichkeit, zum Theil sogar für unvorhergesehene Fälle, möglichst genau und systematisch im Voraus bestimmt. Dasselbe wird jedesmal zu gesetzter Zeit, vor dem Anfang des RechnungsZeitraums, unter Beilegung eines erläuternden allgemeinen Finanzberichtes, neu errichtet, mit Bestimmungen, wie solche die jedesmalige Lage des Staates nothwendig macht. II) Die Pflicht, für genaue Befolgung des Finanzgesetzes zu wachen, macht, ausser den nöthigen besondern oder SpecialEtats, nicht nur zweckmäsige Anstalten nothwendig, für Erhebung und Verwendung der Staatseinkünfte, namentlich eine EtatsCuratel und eine Rechnungskammer, sondern erfordert auch bestimmte Instruction für Geschäftordnung, insbesondere Casse- und Rechnungswesen, und Einrichtung der nö-

thigen und nützlichen Special- und GeneralFinanz-Gegenaufsicht oder **Controle** *b*). III) **Oeffentlichkeit** in Finanzsachen, zu Gewinnung des höchst nöthigen Vertrauens, ist mit Verstand zu üben *c*). Aber es gebe keine Abgabe, welche die Stellvertreter des Volkes nicht bewilligt haben, welche nicht unvermeidliche Ausgabe zum Gegenstand hat, nicht von denen allein getragen wird, denen sie vortheilhaft ist, und in dem möglichst richtigen Verhältniſs ihres Betrags zu diesem Vortheil. Die Abgabepflichtigen müssen bestimmt erfahren, **wieviel, wovon** und **wann** sie zu bezahlen haben.

a) Auch Staatsfinanz- oder Oeconomieplan genannt, bestehend aus einer allgemeinen ZollEinnahme- und ZollAusgabe- oder ExigenzVorschrift, in zweckmäsig geordneter Uebersicht; loi des finances, état provisionnel, état estimatif ou approximatif des recettes et dépenses; unterschieden von dem, von Zeit zu Zeit zu fertigenden *SituationsEtat*, einer Uebersicht der augenblicklichen Lage der Staatsfinanzen. Vergl. die ehemalige Constitution du royaume de Westphalie, art. 22. Ehehin in Frankreich, *l'état du Roi* (l'état des recettes et dépenses qu'il avait à faire). Encyclopédie méthodique; Finances. T. II (Paris 1785. 4.), p. 85 sq. Rhein. Bund, L. 202. LXI. 1. — Der *Etat* sey *vollständig* und *solid*, d. h. in seinen Ansätzen, nach Gründen der Erfahrung, Klugheit, und Wahrscheinlichkeit, haltbar, weder zu niedrig, noch überspannt, kein bloſses RechnungsExempel; auch sey darin für EtatsAusfälle hinlänglich gesorgt. Nicht angefüllt mit alten Mängeln, aber auch nicht mit Luftschlössern für die Zukunft, ist er höchst nothwendig, aber allein nicht hinreichend, zumal wenn etwa die Verfertiger und Prüfer bloſser Rechen- und OberrechenMaschinen, Rechenknechte, nicht ächte Staatswirthe wären. Fr. v. Schuckmann's Ideen über Finanzverbesserungen (Tüb. 1808.), S. 47. I. G. H. Feder's Lehrb. über Etats und Rechnungen. Tüb. 1819. 4.

b) Ohne Controlir- und Tabellensucht, ohne Schreiberei-Chaos und GeschäftPedantismus, ohne lästige Plackereien. *Einfach* sey die *Hebungs-* und *BerechnungsMethode*. Unräthlich ist meist die *Verpachtung*. Mit Vorsicht und Nutzen kann, bei solchen Abgaben, zu deren gehöriger Einziehung mehr als bloſse *Einnahme* erfordert wird, mit Vermeidung kostbarer Erhebungs- und ControleAnstalten, das Interesse

der Einnehmer durch Antheile oder Procentgelder (Tantième, régie intéressée, im Gegensatz der régie comptable), wo möglich von der *Netto*Einnahme, um zugleich zu Ersparung an Ausgaben zu ermuntern, mit dem Staatsinteresse verknüpft werden, dafs Erhöhung des Ertrags durch vermehrte Aufmerksamkeit bewirkt werde, die dann eher, als von PflichtenHeroismus, sich erwarten läfst. — Bei gewissen Einrichtungen, frifst das Heer von Einnehmern, Controleuren und Wächtern, ungefähr die Hälfte der verrechneten Einnahme, und die ganze unverrechnete. Hier würden bei einfachen und mäsigen Zoll- und AcciseAnsätzen, bei Steuererhebung durch die Gemeinden, und bei *SelbstTaxirung* der Abgabepflichtigen, diese und der Staat gewinnen. — Wirtemb. Edict v. 18. Nov. 1817, wegen Errichtung einer StaatsControle u. OberrechnungsKammer. P. G Wöhner's Handb. über das Cassen- u. Rechnungswesen, für preufs. Beamte. Berl. 1797. 8. Borowky's oben §. 100 angef. Werk. (Frhrn. v. Malchus) Darstell. der innern Staatsverwaltung, u. der Formen für die Geschäftsbehandlung derselben. Heidelb. 1829. 8. *Ebendefs.* Organismus der Behörden für die Staatsverwaltung. Bd. I u. II. Heidelb. 1821. 8.

c) Unnöthige Publicität ist an sich schon nachtheilig. Sie erregt Mifstrauen, statt Zutrauen einzuflöfsen. Das englische Budget ist das wahre Muster. Was darüber hinausgeht, ist vom Uebel.

§. 320.

Finanz Operationen.

Das Mifsverhältnifs zwischen Ausgabe und Einnahme, der Ausfall (Deficit), mufs in dem Finanzgesetz gründlich, d. h. nach Rechtsgesetzen und mit Erhaltung des Staatscredits, gedeckt werden *a*), am besten durch MinderAusgabe, ausserdem durch MehrEinnahme *b*), oder durch beide; nicht durch Vorausnahme des Staatseinkommens (Anticipation), nicht durch Auflagen, die der Sittlichkeit der Unterthanen, oder ihrer Betriebsamkeit, ihrem Wohlstand, der sichersten Grundlage der StaatsFinanzen, gefährlich werden *c*) (RuinAnstalten), und durch ein Heer von Einnehmern und Aufpassern zu kostspieliger Verwaltung nöthigen, zumal wenn der Staat eine sehr

ausgedehnte Grenze und schmales oder zerstückeltes Binnenland besitzt, nicht durch Lotto, Papiergeld, u. d. Die Gerechtigkeit fordert ein einfaches, zweckmäsiges, gerechtes SteuerSystem (§. 317 f.), folglich allgemeine SteuerRevision, Errichtung eines Lagerbuchs oder Catasters, und, zu möglichst gleichmäsiger Vertheilung der Abgaben, billige Ausgleichung d), grofse Vorsicht bei SteuerErhöhungen und neuen Grundabgaben, ein gründliches ErsparungsSystem e), und Vermeidung des Finanztrugs durch chimärische und poetische Finanz-Projecte, unweise Experimente, eitle Plusmacherei, Künstelei, und Täuschung der Abgabepflichtigen. PrivatGewerbe, so lang es an PrivatUnternehmern nicht fehlt, treibe der Staat selbst nicht, da er in der Regel, sie schlecht treibt, und durch seine Concurrenz den Privatfleifs drückt f).

a) D. H. Eschenmayer über Staatsaufwand und die Bedeckung desselben. Heidelb. 1806. 8. F. Nebenius der öffentliche Credit. Carlsr. 1821. 8.

b) *Vermehrung* der Einnahme bewirken: verbesserte Ordnung und Controle, Beförderung des NationalReichthums, zweckmäsige Erhöhung der Abgaben.

c) Nicht lucri bonus odor e re qualibet. Der ächte Staatswirth gönnt jedem Bauer Sonntags sein Huhn im Topf. — Der Staat wolle nicht dem Bürger in den Beutel gucken. — Unablosliche *Zehnten* empören das Gefühl des Grundeigenthümers, weil der Zehntherr die Früchte, selbst die Früchte erhöhter Industrie mit ihm theilt, weil die Abgabe nicht blofs den reinen Ertrag trifft, weil sie unverändert bleibt, die Ernte falle aus wie sie wolle, und weil sie so ungleich ist, dafs sie hier ein Fünftheil, dort die Hälfte der Rente hinwegnehmen kann. Unschädlicher für die Cultur, und minder gehässig wird sie, durch Uebereinkunft auf eine fixe NaturalAbgabe für eine bestimmte Reihe von Jahren, oder auf eine Grundabgabe in Geld, die von etwa 20 zu 20 Jahren, nach dem jedesmaligen Durchschnittpreis der Erzeugnisse zu bestimmen wäre. Vergl. Verhandlungen der 2. Kammer der Landstände des GH. Hessen, 1820, Heft 4, S. 3, 75 ff., 93 f.

d) Herkulisch, zögernd und kostbar, aber nothwendig, so

bald in der alten Steuervertheilung bedeutende Ungleichheiten liegen. Was absolut unrecht ist, kann nie wahrhaft nützlich seyn. Weisheit und vertheilende Gerechtigkeit, müssen hier vorwalten. Immer bleiben *richtige Steuerrollen*, selbst bei grofsen Kenntnissen und sehr durchgreifenden Maasregeln, die schwierigste Aufgabe in der ganzen Staatshaushaltung. Wie die Ausgleichung vorzunehmen sey? v. Schuckmann a. a. O. S. 29 ff. G. v. Arftin's Grunds. über die Natur der öffentlichen Abgaben; in dem Genius v. Baiern, Bd. I, Heft 3 (1803), S. 1 — 126. J. P. Frank's System der landwirthschaftl. Polizei, Th. III, S. 270 ff. G. Sartorius Handb. der Staatswirthsch., §. 103 ff. Leonh. Späth über die pract. Aufnahme der Grundsteuer. Nürnb. 1809. 8. (Vergl. Heidelberger Jahrbücher 1810, Heft 12, S. 85.) *Ebenders.* über GüterClassification zum Behuf des SteuerRegulirungsGeschäftes. Stuttg. 1810. 8. Kröncke's Anleit. zu Regulirung der Steuern. Giessen 1810. 8. Davon u. dawider s. Gott. gel. Anz. 1813, St. 114. *Ebenders.* über die Grundsätze einer gerechten Besteuerung. Heidelb. 1819. 8. J. P. Harl's Handb. d. gesammten SteuerRegulirung. 2 Bände. Erl. 1817. 8. — Von der Errichtungsart des neuen französischen *Lagerbuchs* oder *Catasters*, nach dem Vorgang und Muster des mailändischen, Europ. Annalen, 1810, VI. 275, Jenaische Allg. Lit. Zeit. 1807, u. 9 u. 10, 1809, u. 286 — 288, und Harl's Handb. d. Staatswirthschaft u. Finanz, §. 1041. Cadastre perpétuel, ou demonstration des procédés convenables à la formation de cet important ouvrage; par Audiffred. Paris 1789. 8. *Ebendefs.* Cadastre général de la France. Paris 1790. 8. Collection des lois, décrets, instructions etc. relatifs au Cadastre; par J. B. Oton. Ie, II, III et IV. Parties. Paris 1804 — 1808. 8. Manuel du cadastre; par J. G. Dulaurens. Lyon an XIII. 8. K. Thum's systemat. Handb. des Katasters. Mainz 1813. 8. Benzenberg über das Cataster. 2 Theile. Bonn. 1819. 8.

e) Nicht das englische AnleiheSystem. Von diesem s. Götting. gel. Anzeigen, 1812, S. 960 ff.

f) G. Sartorius a. a. O. §. 100. 101. Harl a. a. O. §. 1026 ff. — Von Staatsbanken. Vergl. §. 133.

§. 321.

Verzinsung u. gerechte Tilgung der Staatsschulden. Gezwungene Anleihe.

Minderung der Zinsen von Staatsschulden, wird gerechterweise nur durch Uebereinkunft erlangt; wozu strenges Worthalten, und allgemein verbreitete Ueberzeugung von der Sicherheit des Capitals, den Weg bahnen. Tilgung des Capitals wird rechtlich und solid *a*) bewirkt, in der stipulirten Art (§. 259 u. f.), durch richtige Verwendung des zu Capital- und Zinsenzahlung verschriebenen Staatseinkommens, durch zweckmäsig veranlafsten, oder zufälligen Ueberschufs der StaatsCassen, durch Veräusserung entbehrlicher, dem Staat in der Verwaltung vielleicht lästiger Realitäten und Mobilien, durch richtigen SchuldenEtat, durch feste Einhaltung eines consequenten SchuldenTilgungsplans, und einen diesem angemessenen TilgungsFonds *b*), mit einer eigenen Schuldentilgungs- oder AmortisationsCasse: nicht durch Vorausnahme des Staaseinkommens (Anticipation), durch Veräusserung des nöthigen oder nützlichen Staatsvermögens, durch Lottogewinn, durch eigenmächtige Herabsetzung der Zinsen, Capitalisirung der ZinsenRückstände, Herabsetzung der Staatsschulden auf eine Quote ihres wahren NominalBetrags, veranlafstes Sinken und Einhandeln der StaatsObligationen, Prägung geringhaltiger Münze, Einführung von Papiermünze *c*), Verrufung des Papiergeldes und des selbstgeprägten schlechten Metallgeldes, u. d. Gezwungene Anleihe, auch Sistirung der Zinsenzahlung, ist nur erlaubt, wenn der Staat in Gefahr der Auflösung kommt *d*). Eine liberale nnd gerechte Regiernng verschmäht Finanzkünste, welche nicht bestehen können mit Rechtsgesetzen, mit wechselseitiger Achtung zwischen Regierung und Unterthanen.

a) Die Kur sey radical. Palliative helfen nicht; Ausflüchte und Kunstgriffe, die der wahre Staatswirth nicht kennt,

oder kennt und verachtet, auch nicht. Es giebt in der Staatsverwaltung, wie in der Privathaushaltung, gegen Schulden keinen andern Rath, als *zahlen*, — den Anfang, wenn die Schuldenlast zu grofs ist, mit unverfänglichen Versuren zu machen, die vorerst Luft, und zu dienlichen Maasregeln Zeit schaffen, sodann ohne Verzug zu diesen Maasregeln mit Klugheit und Standhaftigkeit zu schreiten, sich einzuschränken, und zu sparen; nicht zu Maasregeln, die das Signal geben zu dem verderblichen Agiotiren, zu der gaunerartigen StockJobbery, zu Vernichtung des Staatscredits in dem In- und Ausland. Klüber über den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes (Tüb. 1805. 8.), S. 16. 30 f. G. C. Oeder in Schlözer's Staatsanz. I. IX. 299. Scheidemantel's Staatsr. nach der Vernunft, II. 401 ff. v. Bülow über die Quellen zum Abtrag u. zur Tilgung von Staatsschulden. Rostock 1811. gr. 8.

b) Nunquam de republica desperandum. — *Badische* AmortisationsCasse, laut Rescriptes v. 27. Sept. 1808, in d. bad. Regier Blatt 1808, Num. 30. *Baierische*, gestiftet durch e. Decret v. Sept. 1811. *Wirtembergische*, errichtet durch e. Statut v. 6. Jun 1816, in Klüber's Staatsarchiv. Bd. I, S. 257 ff. *Wirtemb.* Edict v. 18. Nov. 1817, betr. die Verstärkung des StaatsschuldenTilgungsFonds. *Wirtemb.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 120. Ehemalige königl. *westphälische* SchuldentilgungsCasse, nach e. Decret v. 17. Nov. 1808, in d. Bulletin des lois du royaume de Westphalie, 1808, n° 149.

c) «Metalliser le papier», nach Canzler's Ausdruck. Vergl. unten §. 342. — Widerlegung der Behauptung, dafs durch StaatsschuldenPapiere ein neues Capital geschaffen werde, und den Staatsbürgern daraus ein Vortheil erwachse, indem statt *eines* Capitals, nun *zwei* vorhanden seyen. Sartorius a. a. O. §. 134.

d) Vergl. §. 456. Moser von der Landeshoh. in Cameralsachen, 103.

I. Abschnitt.

Steuer Regal.

---

§. 322.

Begriff. Verschiedene Arten der Steuer.

Steuer a), ein Beitrag der Einzelnen zu dem Staatseinkommen, wird auf verschiedene Art entrichtet, gefordert, bewilligt, benannt. I) Ordentliche oder bleibende Steuer ist, nach Quantität und Erhebungszeit, ein für allemal bestimmt b): ausserordentliche oder vorübergehende wird entrichtet in ungewöhnlichen Fällen, nach jedesmaliger Bestimmung der Quantität und Erhebungszeit c). II) Bei der directen Steuer ist die Quantität bestimmt, welche von jedem steuerpflichtigen Individuum, Person oder Sache, innerhalb eines gewissen Zeitraums erwartet wird d): bei der indirecten Steuer e) ist die Quantität unbestimmbar, welche von den Steuerpflichtigen, binnen einem angenommenen Zeitraum, eingehen mufs f). III) Man könnte auch, in mehreren Ländern, die Staatsabgaben in Haupt- und Nebensteuern abtheilen; ausserdem in Personal- und Gewerbsteuer, Grund-, Vermögen- und Einkommensteuer, Vieh- und Verbrauch- oder ConsumtionSteuer.

a) Staatsauflage, Taxe. — Schriften in Pütter's Lit. III. §. 1137 ff. Klüber's Lit. 316. H. W. Lawätz Handb. für Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II, Bd. I, Abth. 1 (Halle 1794. 8), S. 1 — 75. (voc. Abgaben), und S. 113 — 131 (voc. Accise). Lang a. unten angef. Orte, S. 5 — 14. Moser v. d. Landeshoheit in Steuersachen. 1773. 4. Westphal's t. Staatsr. 190. v. Sartori's Staatsr. der Erz- und Hochstifter, B. II, Th. II, Abschn. 2, S. 622 ff. C. F. Willisch diss. de jure collectandi

in territoriis Germ. Viteb. 1785. 4. C. H. LANG's hist Entwickel. der t. Staatsverfassungen. Berlin 1793. 8. F W. v. ULMENSTEIN's Einleit in die Lehre von Steuern und Abgaben. Erl. 1794. 8. J. B. MAYER's Versuch einer Abhandl. über Steuer und Abgaben im Allgemeinen, dann vorzüglich im Hochstifte Bamberg. Bamb. 1795. 8 ANDR. STÜNDECK's hist. jurist. Abh. über die Steuerverfassung in deutschen Reichslanden Duisb 1794. 8. Ueber Besteuerung im Grofsherzogthum Hessen. (Darmst.) 1814. 8. — Geschichte der Steuern. LANG a. a. O. HÜLLMANN a. (§. 315) a. O. Rhein. Bund, LV. 3.

b) Grundsteuer (von Grundstücken u. Häusern, die eigentl. so genannte Steuer, Schatzung, Landtaxe, oder allgemeine Landessteuer), Erwerb-, Vermögen u. Einkommensteuer, CapitalienSteuer, Gewerbsteuer (PatentSteuer), Kopf- oder PersonalSteuer, Vieh- oder Klauensteuer.

c) Kriegssteuer, Prinzessinsteuer, Debitsteuer. MOSER von Steuersachen, 532. 555. 566. 569. 581. STRUBE's rechtl. Bed. III. 278. WESTPHAL's Staatsr., 209. MOSER's FamilienStaatsr. II. 279. 296. KRAUSE's Abh. aus d. Staatsr., 194 ff. Rhein. Bund., XIX. 89. PÜTTER's Lit. III. 362. KLÜBER's Lit. §. 1140. *Ebendess.* Anmerk. zu *SaintePalaye* von dem Ritterwesen, I. 116. II. 177 ff. — Ehebin der gemeine Pfennig, die Türkenhülfe, die Beden. PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 388.

d) Bei der *ordentlichen* Steuer ist dieses jedesmal der Fall. Die *directe* Steuer (von Einigen *unmittelbare* benannt) wird berechnet, weder nach der jedesmaligen Production, noch nach dem Verbrauch, der Nachfrage, dem Preis. Beispiele sind, die Grundsteuer, die Gewerb- oder PatentSteuer, die PersonalSteuer (Kopfgeld u. d.). — Die *Abtheilung* der Steuer in *directe* und *indirecte*, ist nicht zweckmäsig, und Wenige gehen dabei von einem klaren Begriff aus Es fehlt an einem richtigen Theilungsgrund. Denn auch der Producent und der Fabrikant suchen in dem Preis ihrer Producte und Fabricate, bei dem Abnehmer Entschädigung für die bezahlte Grund- und Gewerbsteuer, die daher eben so wohl *indirecte* Steuer heifsen könnten, wie die Verbrauchsteuer, die Accise, etc. Die Franzosen sagen: «les contributions directes sont établies *directement* sur les biens, sur les facultés, et sur les personnes». (Vergl. auch nassauische Steuerverordn. v. 10. Febr. 1809, §. 6). Sind nicht auch die Zölle, die Accise, die ConsumtionSteuer, *directement* gelegt auf die Waare, welche transportirt, gekauft oder vertauscht, verbraucht u. s. w. wird? — Anlafs zu dieser Eintheilung, scheint die Finanzmaasregel gegeben zu haben, das Staatseinkommen dadurch zu vermehren, dafs man auch

von Steuerfreien, mittelbar oder indirect Steuer zu erheben suchte. Daher bezog sich die Benennung *indirect* ursprünglich nicht auf die mit Steuer belegte Sache, sondern auf *Personen*, denen man auf indirectem Wege Steuer abnehmen wollte. — Die FinanzPraxis einzelner Staaten begnügt sich damit, die einzelnen Arten von Steuern, welche *sie* zu der directen, und diejenigen, welche *sie* zu der indirecten rechnet, blofs *aufzuzählen*, ohne dabei von einem bestimmten Sachbegriff oder Unterscheidungsmerkmal auszugehen.

e) *Indirect* heifst sie, weil sie meist der Verzehrer (eigentlich Jeder, der die Sache titulo oneroso erwirbt) mittelbar, in dem Erwerbpreis, und nur der Veräusserer, der Fabrikant, oder der Producent, unmittelbar entrichtet. Einige nennen sie daher *mittelbare* Steuer. — Die *indirecte* Steuer — ursprünglich nur ausserordentliche Steuer, und meist zu Tilgung öffentlicher Schulden bestimmt — steht immer im Verhältnifs theils mit dem Einkauf, theils mit dem Verbrauch. Die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse abgerechnet, die defswegen in England ganz accisefrei sind, steht es in der Willkühr eines jeden Steuerpflichtigen, durch gröfsern oder geringern Einkauf oder Verbrauch, mehr oder weniger Abgabe zu entrichten, und den Verbrauch, mithin auch die Steuer, mit dem Einkommen in Gleichgewicht zu setzen; den Fall ausgenommen, wenn man als *Surrogat* der Steuer, eine bestimmte Abfindungs- oder AversionalSumme entrichtet. Nach dem AcciseSystem mancher Länder, sind *alle* Waaren und Sachen, von A bis Z, indirect besteuert. — Von dem Werth der indirecten Steuer, s. oben §. 318, u. Eschenmayer a. unten a. O.

f) Beispiele: Verzehrung-, Verbrauch- oder ConsumtionSteuer (von Victualien, v. Ulmenstein a. a. O. 162. Mayer a. a. O. 74 — 84. F. Eschenmayer über die ConsumtionsSteuer. Heidelb. 1813. 8. Rhein. Bund, XLIX. 29. *Badische* Accise-Ordnung 1812. 4. *Preufs.* VerbrauchsteuerOrdn. v. 26. Mai 1818.); namentlich Licent (§. 324, b), Accise, Tranksteuer, Ohmgeld (eigentlich Ungeld. G. A. Will's nürnb. Münzbelustigungen, 314. G E. Waldau's verm. Beiträge zur Gesch. der Stadt Nürnberg, 456. v. Tröltsch Anmerk., I. 221. Spiess Aufklärungen, 88. Lang a. a. O. 105.), Maaspfennig, Wein-, Bier- und BranntweinAccise, (eine ursprünglich städtische und gutsherrliche Abgabe, Rhein. Bund, VII. 152. Brauer's Beitr. 158.), Mehlsteuer, Mehlaccise oder Mahlgroschen, Fleischsteuer oder Fleischpfennig, Pfundzoll, Salzsteuer, Tabak-, Puder- u. Kleidersteuer, Siegel- u. Stempelpapier-Taxe, Zeitung-, Kalender- u. SpielkartenStempel (West-

thal's Staatsr. 218. Leyser, Spec. 262,); Zoll-, Wohnung- oder Logissteuer; Sporteln; Musiksteuer; Erbschaftsteuer (CollateralErbenbeitrag, Lacherbengeld, Abzugsgeld oder Abschofs), Nachsteuer, Nachschofs, Abfahrtgeld, Gabelle, zehnter Pfennig (v. Eppler's Princip. der t. Territorialverfafs. §. 213. Lang a. a. O. 116); Luxussteuer (v. Artikeln des Luxus, v. Ulmenstein, S. 229). — Von dem Diensthandel- oder der DienstErwerbsteuer, s. Mayer, S. 97.

§. 323.

Fortsetzung.

IV) Nothwendig sind diejenigen Steuern, deren Entrichtung den Unterthanen zur Pflicht gemacht wird: freiwillig bringen gutgesinnte Staatsbürger, insbesondere unter ausserordentlichen Umständen, ein Opfer auf den Altar des Vaterlandes[a]). V) Die meisten Steuern sind heut zu Tage allgemein, für das ganze Land; doch giebt es zu Zeiten, oder hie und da, auch particuläre, die nur in einzelnen Bezirken des Staatsgebietes entrichtet werden. VI) Benannt werden die Steuern, bald von dem besteuerten Gegenstand[b]) (Person oder Sache), bald von der Ursache, dem Zweck, der Verwendung[c]). Am einfachsten unterscheidet man, Personal-, Grund- uud Gewerbsteuer.

a) Lang a. a. O. 52. Anders, v. Ulmenstein a. a. O. 161.
b) *Steuergegenstände* sind: Grund und Boden, Gebäude, nutzbare Rechte (auf dem Boden haftend oder nicht), Gewerbe (im ausgedehntesten Sinn, d. h. jede Anwendung menschlicher Kraft), die umlaufenden, d. h. in Gewerben u. in dem Handel angelegten Capitale, Fahrnifs, Renten aller Art, Personen, Luxus, Erbschaften, u. a. m. — *Beispiele*: Real- oder Grundsteuer, Vermögensteuer, Personal- oder Kopfsteuer, etwa classificirt mit Rücksicht auf den Vermögensstand, FamilienSchutzgeld (in Baiern seit 28. Nov. 1808), EinkommenSteuer, Apanage-, Besoldung- u. PensionSteuer, Verbrauch- oder ConsumtionSteuer, z. B. Fleisch-, Trank- u. Salzsteuer oder Accise, Bier- u. Weinaufschlag, Pferdesteuer, Vieh- oder Klauensteuer, Obstbaumsteuer,

Patent- oder Gewerbsteuer, Handelssteuer, Capitaliensteuer, Mobiliensteuer, Häusersteuer (nach der Grundfläche, dem Capitalwerth, dem MiethzinsErtrag u. d.), Thür- u. Fenstersteuer, Kutschensteuer, Erbschaftsteuer, Stufen- oder Gradations- u. Classensteuer, Rang-, Titel- u. Charaktersteuer, Pudersteuer. — Wider die *Capitalien*Steuer, s. KRONCKE's Anleit. zu Regulirung der Steuern, §. 21—44. — Für die *Einkommensteuer* s. LEUPERT in v. ARCHENHOLZ, Minerva, Jul. 1810, S. 38 ff. v. SCHUCKMANN in der neuen berliner Monatschrift, Febr. 1810, Num. 2. ALEX. LIPS über die Einkommensteuer u. ihre Ausführbarkeit. Erl. 1812. 8. Dawider s. Allgem. Anzeiger der Deutschen, 1814, Num. 14 u. 15. F. v. RAUMER, das brittische BesteuerungsSystem, insbes. die Einkommensteuer. Berlin. 1810. 8. — Wider die *Personal*Steuer, s. MONTHION in d. angef. Abhandl., quelle influence etc., p. 112 sqq. Rhein. Bund, LII 157.

c) Beispiele: Kriegs- und Militärsteuer, Garnisongelder, FestungsBaukosten, Service, Prinzessinsteuer, Prinzen- oder Heimführungsteuer, Campagnegelder, Debit- oder Kammersteuer, Residenzbaukosten, Landtrauer- oder Beerdigungskosten, Besoldungsteuer, Lohnsteuer, Hofstaat-, Leibgarde- und Schlofswachsteuer, Bergwerksteuer, Wasser- und Deichbaukosten.

§. 324.

Insbesondere Zoll.

I) Eine Art der Steuer ist der Zoll a) (Mauth, Aufschlag, Land- und Wasserzoll, vectigal, jetzt auch Licent, Impost), eine Abgabe an den Staat, oder die von ihm hiezu Berechtigten, von ein-, aus-, oder durchgehenden b) Waaren, sowohl Producten als auch Manufacturen. II) Man unterscheidet, meist in der Quantität der Abgabe, bisweilen auch in der Benennung, oder in anderer Hinsicht, die Abgabe von Einfuhr (Importations- oder ConsumoZoll), Ausfuhr (Exportations- oder EsitoZoll), und Durchfuhr (TransitoZoll). Unter den ersten, ist meist eine Verzehrung- oder ConsumtionSteuer, nicht selten eine LuxusSteuer, begriffen. III) Nicht blofs als Quelle der Staatseinkünfte ist der Zoll zu be-

trachten c), sondern vorzüglich als Mittel der Aufmunterung, die dem Handel und dem Gewerbfleiſs des Volkes gebührt. Indem die Einfuhr fremder Producte und Waaren theils verboten, theils beschränkt wird, muſs der Grundsatz vorwalten, daſs auf der einen Seite die inländische Industrie sich erheben könne, auf der andern immer noch die zu Belebung der Gewerbe nöthige Concurrenz und Nacheiferung übrig bleibe. Auch kann die Erschwerung der Ausfuhr roher inländischer Producte, indem sie für die Fabrication nützlich ist, für die Production so nachtheilig seyn, daſs jener Nutzen durch diesen Nachtheil weit überwogen wird d).

a) Pütter's Lit. III. 557. Klüber's Lit. §. 1318 ff. Pfeffinger Vitriar. illustr. III. 492. v. Olenschlager's Erläut. der goldn. Bulle, 198 ff. Bouquet droit public de France, 218. Moser von Steuersachen, 723. Biener de nat. et indole dominii in territ. Germ., 106. Fischer's Cameral- und Polizeir., II. 415 ff. Schreber's Sammlung verschied. Schriften, I. 1—30. Hunger's Denkwürdigkeiten der Finanzgesch. in Sachsen (1790. 8.), S. 3—57. F. W. v. Ulmenstein's Gesch. der Zölle in Teutschl. Halle 1798. 8. — Vergl. *baierische* Zoll u. Mauthordn. v. 1807. 2. Aufl. 1808. 4. *Baierische* Zollordn. v. 23. Sept. 1811, in d. Regier. Blatt 1811, St. 61. *Wirzburgische* Mauthordn. v. 1812. *Wirtembergische* Zollordn. v. 1811. *Badische* Zollordn. 1812. 4. Nachträge dazu, in d. Regier. Blatt, 1812. Num. 15. *Preuſs.* Zollordn. v. 26. Mai 1818 u. 25. Oct. 1821.

b) Manche beschränken den Begriff des Zolles auf die Abgabe von *durchgehenden* Waaren. — Von dem *Impost*, s. Moser's Steuersachen, 778. — Von dem *Licent*, s. Moser's nachbarl. Staatsr. 367. *Ebenders.* v. Steuersachen, 712. v. Günderode's sämmtl. Werke, II. 116. Materialien zu der Statistik des niederrhein. u. westphäl. Kreises, II. Jahrg. 1. Bd. (1783) Num. 1. Eichhoff's Darstell. des Rheins (1814. 4.), S. 69. Ockhart's Darstell. der Gesetzgeb. über Zölle u. Handelsschiffahrt des Rheins, S. 248. Pütter's Rechtsfälle, Bd. II, Th. 2, S. 391.

c) Sonnenfel's (Grunds. der StaatsPolizei, Handlung u. Finanzwissenschaft, von F. E. v. Mosham, 2. Aufl. München 1801, S. 460) sagt sogar: «das Mauth- und MünzRegal sind diejenigen, bei denen die geläuterten Grundsätze nicht gestatten, sie als Quellen der öffentlichen Einkünfte anzusehen». Man s. auch Ad. Smith über die Natur u. Ursachen des Nationalreich-

thums, Bd. IV, S. 59 ff. Ch. D. Voss Handb. der allgem. Staatswissensch., Th. III, S. 461 ff. A. F. Lueder über NationalIndustrie und Staatswirthschaft, Bd. III, S. 48 ff. A. F. Stocker v. Neuforn Handb. der Finanzwissensch., S. 448 ff.
d) Mostesios a. a. O. p. 244.

§. 325.

Fortsetzung.

IV) Der Hauptzoll (vectigal principale s. primarium) wird auf den Zollstätten der gewöhnlichen Strafsen entrichtet, der Wehrzoll a) (vectigal subsidiarium, s. secundarium) auf einer Nebenstrafse, hauptsächlich zu Verhütung des Unterschleifs b). V) PersonalZölle kommen, seit Aufhebung des JudenLeibzolles, nicht leicht vor. VI) Zollbefreiung c) wird jetzt selten ertheilt. Verleihung, Erhöhung, Verlegung des Zolles steht, in der Regel, dem Regenten zu. VII) Selten ist jetzt der Zoll, als Staats-Servitut, eine Berechtigung in fremdem Gebiet d). VIII) Bisweilen wird mit der WasserZollgerechtigkeit, das Kranrecht (jus geranii) verbunden e).

a) Ant. Hofmann diss. de vectigalibus subsidiariis. Mog. 1787. 4. Klüber's kl. jur. Bibl, XII. 435. Moser a. a. O. Cap. XV. §. 39. Schlettwein's Staatsmaterialien, I. 4.
b) Von ZollDefraudationen. G. C. Klügel pr. de commissis fraudatorum vectigalium causa. Viteb. 1785. 4. Klüber's kl. jur. Bibl., III. 358.
c) Pütter's u. Klüber's Lit. §. 1320. E. St. Melchiors diss. de immunitate a vectigalibus. Mog. 1792. — Auswärtigem *Staats-* und *Fürstengut* wird, zumal auf erfolgte Requisition, die Zollfreiheit nicht leicht versagt; nöthigen Falls werden zu dem Ende *Freipässe* ertheilt. Moser's Staatsr., Th. XXXVI, S. 317 f. Pfeffinger's Vitriar. illustr. III. 1043. J. G. Neureuter diss. de e. q. j. e. circa exemtionem rerum principum a vectigalibus. Mogunt. 1748. u. in Hartleben's Thesauro dissert. Moguntinar, Vol. I. P. 1. n. 6. v. Berg's Anfrage bei der Bundesversamml., in der vertraul. Sitzung v. 4. März 1819. Preussen u. Sachsen stipulirten solche in dem Frieden v. 1745, Art. 10. — Vom *Gesandtengut* s. Klüber droit des gens moderne de l'Europe,

§. 205 u. f. J. F. Reitemeier über Zollfreiheit der Gesandten. v. Martens Völkerr., §. 224.

d) Moser's nachbarl. Staatsr., 349.

e) Moser von Steuersachen, 776 Eisenhart's Stadt- und Bürgerrecht, 293. Windscheid comm. de stapula, §. 30. sqq. Estor's bürgerl. Rechtsgel., I. 2286 f. Klüber's Lit. 428. — Von dem Wasserzoll auf dem Main, s. J. R. v. Roth's Abhandlungen a. dem t. Staats- u. Völkerrecht (Bamb. 1804. 8.), S. 191.

§. 326.

Rechtmäsigkeit und gleiche Vertheilung der Steuer. SteuerCapital.

I) Nur was das wahre Staatsbedürfnifs unvermeidlich erfordert, darf den Unterthanen aufgelegt werden (§. 313). II) Die Staatspflicht ist bei allen Unterthanen, als solchen, dieselbe. Daher gilt, bei Vertheilung der Steuer, das Princip der Gleichheit a), ohne Unterschied ob die Rede ist von Auflegung neuer Steuern, von Erhöhung oder Ausgleichung der ältern (§. 320), von ordentlichen oder ausserordentlichen. III) Für jeden Steuerpflichtigen ist ein richtiges SteuerCapital festzusetzen, d. h. eine Verhältnifszahl, nach welcher er von seinem steuerpflichtigen Vermögen zu denjenigen Summen beizutragen hat, die nach dem Steuerfufs unter die Staatsbürger vertheilt werden b).

a) (Fr. J. v. Hendrich's) Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Teutschlands, Th. III (1796. 8.), S. 63 ff. G. Sartorius Handb. der Staatswirthsch., §. 92. 103 ff. Rhein. Bund, XLVII. 258. In der Constitution du royaume de Westphalie, art. 16, hiefs es: «Le système d'imposition sera le même pour toutes les parties du royaume. L'imposition foncière (Grundsteuer) ne pourra dépasser le *cinquième* du revenu».

b) Bei jedem Steuerausschlag wird bestimmt, wieviel Groschen, Kreuzer oder Pfennige von jedem Thaler oder Gulden SteuerCapital, monatlich, vierteljährig, oder jährlich zu entrichten seyen.

§. 327.

Steuerfreiheit. Verwendung der Steuer. Landständische Concurrenz.

I) Steuerfreiheit [a]), ganz oder zum Theil, ist, nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, unverträglich mit der Gleichheit der Ansprüche auf Schutz und andere Vortheile der Staatsverbindung, folglich nur dann zulässig, wenn der Staatszweck solche gebietet [b]). II) Ob und wie fern Steuerfreiheit der Staats-Domänen [c]), der standesherrlichen Personen und Grundgüter (§. 232), der Rittergüter [d]), der Stadt-kämmereiGüter [e]), der geistlichen Güter [f]), der Güter frommer oder milder Stiftungen, so weit sie als Erleichterungs- oder UnterstützungsCassen für den Staat zu betrachten sind [g]), der Forensen [h]), statt finde? ist aus der Verfassung eines jeden Landes, zum Theil aus Individual- und LocalVerhältnissen, zu beurtheilen. III) Die wichtige Frage von EntschädigungsBerechtigung, bei Aufhebung der Steuerfreiheit, ist jetzt mehr theoretisch [i]), als practisch. In den meisten Staaten des teutschen Bundes, ist die ehemalige Steuerfreiheit aufgehoben, ganz oder theilweise [k]). IV) Verwendung der Staatsauflagen zu einem andern als dem Staatszweck, wäre widerrechtlich. V) Concurrenz der Landstände, bei Auflegung, auch wohl Erhebung und Verwendung der Steuern, kann nach der Staatsverfassung nothwendig seyn (§. 224 ff.).

a) Pütter's Lit. III. §. 1148. Klüber's Lit. 319 ff. — Von Gesetzen, Verträgen, unvordenklicher Verjährung, in Absicht auf Steuerfreiheit. Pütter a. a. O. §. 1149. Klüber a. a. O. Leyser, Spec. 670. m. 30. sqq. Moser a. a. O. 472 ff. 479. Westphal's Staatsr., 159. Pütter's Rechtsf., Bd. IV, Th. 1, Resp. 352. Leddersose's kleine Schriften, Bd. I, Anh. 2. Rhein. Bund, XXXVII. 70. 154. XLI. 161. XLIII. 3. 131. XLVIII. 344. 395.

b) Z. B. persönliche Steuerfreiheit, für Dienste, welche der Staat belohnen mufs. Räthlich ist sie selten. Kurze Entwi-

ckelung derselben, von ihrer politischen und rechtlichen, heutigen Seite, in der Jen. Allg. Lit. Zeitung 1809, Num. 130. — Vergl. übrigens Pütter's Lit. III. 368. Klüber's Lit. §. 1148. Westphal's Staatsr, 159. Pütter instit. juris publ. germ., §. 258. — Von einem *pactirten Pausch-* oder *AversionalQuantum*, s. v. Römer's kursächs. StR. II. 661 ff. Pütter's Erört. III. 96. — *Geistesgüter*, Fähigkeiten und Fertigkeiten, sind noch steuerfrei.

c) Gründe *für* ihre Besteuerung liefern, Fr. J. v. Hendrich, in Luden's Nemesis, Bd. III, St. 2 (Weimar 1814), S. 267. Ueber Besteuerung in dem Grofsherzogthum Hessen (1814. 8), S. 12 f.

d) Pütter's Lit. III. §. 1150. Moser a. a. O. 463. Häberlin's Staatsarchiv, Heft X, S. 122. F. K. Hausmann's Beitr. zur Kenntnifs der kursächs. Landesversamml., Th. I, Num. 4. Die für nöthig befundene Aufhebung der Steuerfreiheit der Rittergüter und Unterthansfrohne. Stockholm (Leipz.) 1808, 8. Gründe für und wider, in der Jenaischen Allg. Lit Zeit. 1809. N. 130 f. Hall. A. L. Z. 1812. E. B. N. 43. — In manchen Ländern ist auf die grundherrlichen Renten eine verhältnifsmäsig geringere Steuer, als auf die Landrente anderer Grundeigenthümer, gelegt, hie und da *Dominical*Steuer genannt.

e) Maier's weltl. Staatsr., III 159.

f) Pütter's Lit. III. 1151. Klüber's Lit. 319. Moser a. a. O. 454. Westphal a. a. O. 231 ff. Michl's Kirchenr., §. 29. C. Grund über die Steuerpflichtigkeit des christl. Clerus. Regensb. 1799. 8.

g) Bauer's, Behr's u. Schott's allg. StaatsCorrespondenz, Bd. I (1814), Num. 13.

h) Pütter's Lit. III. 373. Mevius P. II. dec. 72. 372. Moser a. a. O. 485. Cramer's wetzlar. Nebenst., XVII. 78. Mynsinger cent. 2. obs. 22.

i) Einige sprechen für vollkommene Entschädigung. Rhein. Bund, XVII. Num. 26, §. 25. Andere verwerfen alle Entschädigung. Behr's systemat. Darstellung des rhein. Bundes, S. 350. Noch Andere erklären Entschädigung für nothwendig, als Ausnahme von der Regel, in gewissen Fällen. Ein Ungenannter (P. J. Floret), in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. III, Heft 1, Num. 2, S. 39—83. Abhandl v. Schuz, in d. Rhein. Bund, XLIX. 18. wider Rullmann, ebendas. XLVII. 270.

k) *Aufhebung* aller Steuerfreiheit, auch der Domänen: in dem Grofsherzogthum *Hessen*, durch Verordnung v. 1. Oct. 1806; in dem Königreich *Baiern*, durch Verordn. v. 8. Jun. 1807, in dem baier. Regier. Blatt, 1807. Num 25; in dem Herzogthum *Nassau*, durch Verordn. v. 6. Mai 1807, in d. Rhein Bund, XX. 259. Nachträge dazu, v. 6. Oct. 1809 u. 9. Oct. 1813; in d.

Fürstenthum *SachsenCoburg*, 1810, Rhein. Bund, XLII. 341. Allgem. Anzeiger der Deutschen, 1810, Num. 52 f.; in dem *Wirtembergischen*, durch e. Rescr. v. 13. Dec. 1812, in d. Rhein. Bund, LXIV. 154; in S. *WeimarEisenach*, gegen Entschädigung, in der Verfass.Urk. v. 1816; in dem *Mecklenburgischen*, seit 1808, hörte die Steuerfreiheit der Ritterschaft auf. Von d. Königr. *Sachsen*, s. Rhein. Bund, XLV. 431. Von *Baden*, s. Allgem. Anzeiger d. Deutschen, 1810, Num. 141. Aufgehoben ward alle Steuerfreiheit, auch in dem ehemaligen Grossherzogthum *Berg*, im Sept. 1806. Rhein. Bund, II. 255. Auch in dem ehemaligen Königreich *Westphalen*, durch Decrete v. 8. Januar 1808 u. 2. Mai 1810, in d. Bulletin des lois etc. 1810, n. 55. — *Freiwillige Entsagung* der *altenburg*. Ritterschaft auf ihre Steuerfreiheit, in Ansehung der Grundsteuer (nicht auch der Landsteuer), im Nov. 1818; desgl. der Rittergutsbesitzer im Fürstenth. Lippe, auf Grundsteuerfreiheit, im Oct. 1819.

II. Abschnitt.

Strafsen- und GeleiteRegal.

---

§. 328.

StrafsenRegal.

I) Das Strafsen- oder WegeRegal a) (jus viarum regium s. sublime), das Recht der Oberherrschaft über alle Wege in dem Staatsgebiet, gebührt dem Staat; namentlich das Recht der höchsten Aufsicht, der Gesetzgebung, der Gerichtbarkeit und Polizei. II) Weder die Eigenthumverhältnisse der verschiedenen Arten von Wegen, noch die Eigenschaft eines Kunstwegs, einer Chaussée, Kunst- oder Dammstrafse, eines Strafsendammes, welche allen Arten der Landwege beigelegt werden kann,

ändern oder beschränken diese Rechte der Oberherrschaft.

a) Klüber's Lit. 426. J. A. Reuss de viarum publicarum munitione, vulgo Chausséebau. Stuttg. 1782. 4. Leyser, Sp. 501. Strube, Th. IV, Bed. 19 u. 121. Westphal's Staatsr., 377. Fischer's Cameral- u. Polizeir., II. 393. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 807 ff.

§. 329.

Fortsetzung.

III) Die neue Anlegung öffentlicher Wege a), der Strafsenbau, die Verlegung derselben, so fern solches mit dem wohlerworbenen Recht eines Dritten vereinbar ist b), auch die Wegebesserung c), und die Bestimmung einer Vergütung für den Gebrauch der Wege, des Weg-, Pflaster- oder Chauséegeldes d), auch des Brückengeldes e), und des Fährgeldes f) bei öffentlichen Wasserstrafsen, hängt von der Staatsregierung ab. IV) So auch die Strafsengerichtbarkeit g), die Bestimmung des Wegmaases oder der Meilen h), und die Einrichtung der Weg- und ChausséeOrdnungen. V) Die Strafsengerechtigkeit kann einem fremden Staat, als Staatsdienstbarkeit zustehen i).

a) G. T. Müller diss. de eo q. j. c. circa vias publicas et militares (Giess. 1776), p. 53. Vergl. Reuss l. c. §. 26. sqq. — Beiträge der Unterthanen zu dem Strassenbau, durch Geld, Hand- und Spanndienste. Repartition derselben.

b) Moser's Zusätze zu s. neuen Staatsr., II. 1200 III. 1152. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr., 438.

c) Reuss l. c.

d) Reuss l. c. §. 44. Westphal a. a. O. J. C. L. de Schellwitz diss. de exactione pecuniae pro viis publicis pontibusque solvendae. Frf. et Lips. 1777. Klein's Rechtsprüche, Bd. IV, Num. 22. Von städtischem Weg- und Pflastergeld, J. H. Böhmer consult., T. I. P. 2. resp. 28.

e) Schellwitz l. c.

f) F. L. Cancrin's Abh. von dem Wasserrecht (Halle 1789. 4.), S. 63 ff.

g) C. G. de Winckler pr. I. et II. de jurisdictione criminali in via regia. Lips. 1786. (Oder corollarium juris crim. 19 et 20.) Puffendorf de jurisdict. germ., 609. 610.
h) Fischer's Cameral- u. Polizeirecht, II. 396.
i) Beispiele unten Cap. XXI. Ein neueres Beispiel liefert die nun wieder aufgehobene Convention zwischen Preussen u. Sachsen, vom 13. Oct. 1807. Rhein. Bund, XVI. 37. Journal politique de Mannheim, 1808, n. 55. 56

§. 330.

Arten und Eigenthumverhältnisse der Wege.

I) In Ansehung des Eigenthums der Wege, sind heut zu Tage zu unterscheiden a): 1) Landstrassen, worunter die Heerstrafsen (für regelmäsige Durchzüge der Kriegsheere und ihres Zugehörs), die Haupt-, Handels- oder CommerzialStrafsen, die Poststrafsen, und die Geleitestrafsen, die Haupt- und Neben- oder Verbindungsstrafsen (viae publicae, regiae, militares, communes, ordinariae) begriffen sind; 2) Communal-, d. h. Stadt- und Dorfwege (viae urbicae et vicanae, Communications-, Neben- oder Richtwege), welche zunächst für den Verkehr zwischen Städten und Dörfern, oder mit den Landstrafsen, bestimmt sind; 3) Flur- oder Feldwege (viae agrariae), für landwirthschaftliche Zwecke innerhalb einer Stadt- oder Dorfmarkung, für die Genossen derselben zunächst bestimmt; 4) Nachbarwege (viae vicinales), bestimmt blofs für einzelne Haus-, Hof-, Garten- oder Feldnachbarn, entweder unter sich, oder auch zu ihren wechselseitigen Grundbesitzungen; 5) Gutswege (viae praediales), bestimmt für den Alleingebrauch eines Grundeigenthümers; 6) Waldwege, blofs für Benutzung der Wälder bestimmt. II) Die Landstrafsen, so wie in der Regel auch die Wasserstrafsen, die natürlichen auf Flüssen und Seen, und die künstlichen auf Canälen, sind Staatseigenthum; die Kosten ihrer Erbauung und Unterhaltung lasten auf der Staatscasse, mit

verhältnifsmäsigem Zuschufs von einzelnen Landestheilen, für welche daraus besondere Vortheile entstehen. Die CommunalWege sind nicht immer Staatseigenthum, sondern oft GemeinheitEigenthum. Die Flur- oder Feldwege sind entweder GemeinheitEigenthum, oder Gesammteigenthum derjenigen Mark-, Flur- oder Feldgenossen, zu deren Grundbesitzungen sie führen. Die Nachbarwege sind, in der Regel, entweder Gesammt- oder Alleineigenthum der Haus- oder Feldnachbarn. Die Gutswege sind Alleineigenthum des Grundbesitzers Die Waldwege gehören, in der Regel, zu dem Waldeigenthum.

a) Die altrömische Eintheilung der Wege und ihr römischer Sachbegriff (L. 2. § 22. 23. et 24 L. 3. D. de locis et itiner. publ. Brissonius de V. S., voc. *via.*) passen auf die heutigen teutschen Verhältnisse nicht mehr. Dessen ungeachtet sind solche, selbst den Germanisten noch nicht ganz entfremdet. Vergl. Danz Handb. d. t. Privatr., Th. I, § 124 ff. Fischer's Cameral- u. Polizeirecht, II. 521 ff. — In *Frankreich* unterscheidet man jetzt: 1) grandes routes; 2) routes départementales, *a*) de 1ère classe, die auf Kosten des ganzen Departements, *b*) de 2de classe, die auf Kosten eines oder mehrerer Bezirke zu bauen und zu unterhalten sind; 3) chemins vicinaux.

b) Jo. Schack diss. de jure in platea, DorfstrassenGerechtigkeit. Jen. 1744 4.

§. 331.

Geleiterecht.

Das Geleiterecht *a*) (jus conducendi), die Befugnifs, den Reisenden und dem WaarenTransport auf der Geleitestrafse, gegen eine Abgabe (Geleitegeld), Sicherheit zu verschaffen, ist ein Regal; ehehin nicht selten eine Staatsdienstbarkeit *b*). In dem letzten Fall hat der Geleiteherr, im Zweifel, keinen Anspruch auf das übrige WegeRegal *c*). Lebendiges Geleite zu nehmen, hängt ab, in der Regel, von der Willkühr der Interessenten: todtes oder schrift-

liches (Geleitepaſs oder Zeichen) sind die Geleitepflichtigen zu lösen schuldig, bei Strafe [d]. In verschiedenen Ländern ist jetzt das Geleite abgeschafft [e].

a) Pütter's Lit. III. 557. Klüber's Lit. §. 1317. Haltaus glossar. h. v. Datt de pace publ., lib. I. tit. 26. u. 56. sqq. Orth v. d. frankf. Reichsmessen, S. 75 f. Fischer's Gesch. des t. Handels, II. 6. *Ebendess.* Kameral- und Polizeirechte, II. 438. Westphal's Staatsr., 401. Danz Handb. d. t. Privatr., I. §. 130.

b) Ahasv. Fritsch de viis publicis, c. 12. Moser's nachbarl. Staatsr., 490. C. L. W. Buff diss. de conducendi jure per Wetteraviam. Giess. 1771.

c) Reuss l. c. p. 89. Anders, Buff l. c.

d) Ob und wie weit Beraubung auf der Geleitestrasse, den Geleitepflichtigen berechtigt, *Entschädigung* von dem Geleiteherrn zu fordern? Westphal a. a. O. Jaegow von d. Regalien. 294. Leiser jur. georgic., lib. III. c. 32 n. 7. sq.

e) Befreit ward der *frankfurter* Handel von allen Geleiterechten, in d. Reichsdeput. Hauptschl. v. 25. Febr. 1803, § 27. — Abgeschafft ward das Geleitegeld: in d. Herzogth. *Nassau*, durch Verordn. v. 3. Mai 1810, Rhein. Bund, XLIV. 236; in d. Groſsherzogth. *Hessen*, durch Verordn. v. 25. Nov. 1810, Rhein. Bund, LII. 467; in dem Groſsherzogth. *Wirzburg*, durch Verordn. v. 23. Febr. 1811; in dem ehemal. Departement *Aschaffenburg*, durch Bekanntmachung v. 30. März 1811.

III. Abschnitt.

C o m m e r z R e g a l.

§. 332.

CommerzRegal.

Eines der wichtigsten Hoheitsrechte, in Absicht auf innern Wohlstand und StaatsFinanzen, ist das CommerzRegal (jus commerciorum regium), das

Recht des Staates auf Leitung und Benutzung aller Arten des Handels zu dem Staatszweck *a*). Nicht nur die **Oberaufsicht** und **Gesetzgebung** über das gesammte Handelsgewerbe, zu Wasser und zu Lande, ist darunter begriffen, sondern auch die **Leitung** und **Beförderung** des Handels, auch des ausländischen, so dafs bei diesem, wo möglich, die Handels-Bilanz stets zu dem Vortheil des Inlandes ausfalle *b*). Zu diesem Zweck dient, unter anderem, die Schliessung vortheilhafter **Handels-** und **SchiffahrtVerträge** mit andern Staaten *c*).

a) Pütter's Lit. III. 548. Klüber's Lit. §. 1307. Jargow von den Regalien, 270. Moser von Gnadensachen, 223. *Ebendess.* Versuch des europ. Volkerrechts, VII. 283 ff. — Von dem teutschen Handel, s. Meusel's Lehrb. der Statistik (3. Ausg. 1804), S. 48. — Der wiener Congrefs machte Bestimmungen für Erleichterung der *Handelsschiffahrt* auf Flüssen (unten Cap. XXII). Die teutsche BundesActe, Art. 19, verheifst Berathschlagungen der Bundesversammlung über den *Handel*. Oben §. 175. Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 117, 131, 143 u. 268.

b) Von dem *Mifsbrauch* des CommerzRegals s. Rhein. Bund, XXII. 37 ff. — Engherzige Beschränkung des Staates auf seine eigenen Mittel, wirkt desto nachtheiliger, je kleiner das Staatsgebiet ist. Beschränkung der Handels- und Gewerbfreiheit, wie auch der Kunst und Wissenschaftpflege, Abzugsgeld u. Nachsteuer, Indigenat u. d., verdienen in dieser Hinsicht Erwägung. *Handelsfreiheit* bringt Betriebsamkeit und Wohlstand. Production und Handel, sind Hauptquellen der politischen Macht. Sie schaffen Reichthum, und «Reichthum ist Macht», schrieb Hobbes. Sehr liberale Grundsätze hierüber enthält die *preussische* Instruction für die k. Regierungen, v. 26. Dec. 1808, §. 50. Daselbst heifst es: «Es ist nicht nöthig, den Handel zu begünstigen, er mufs nur nicht erschwert werden. Es ist dem Staat und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen, und keine derselben vorzugweise durch besondere Unterstützung zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betrieb und Ausbreiten zu beschränken, in so fern das RechtsPrincip dabei nicht verletzt wird, oder sie nicht gegen Religion, gute Sitten und Staatsverfassung anstossen».

c) v. Steck's Versuch über Handels- und SchifffahrtVerträge, S. 12 f. Moser's nachbarl. Staatsr., 610. — Verschiedene teutscheStaaten haben in der neuern Zeit theils unter sich, theils mit andern als teutschen Staaten, z. B. mit der Schweiz, Rufsland u. a., *Handelsverträge* geschlossen, z. B. Baiern, Wirtemberg und Baden.

§. 333.

Messen und Märkte. HandelsPrivilegien.

Zu den Gegenständen des CommerzRegals gehören auch: die Anlegung der Messen, Jahr- und Wochenmärkte a), mit Mefs- und Marktfreiheit; die Ertheilung der HandelsPrivilegien b) (jus emporii) für Gemeinheiten, Societäten und Einzelne, der Vorkauf (jus propolii), die Lagerhaus- oder Niederlagegerechtigkeit, die Wagegerechtigkeit, das Kranrecht (§. 325), die Stapelgerechtigkeit, zu gezwungener temporärer Feilbietung aller, oder bestimmter Waaren, das Recht des gezwungenen Umschlags oder der Umladung (StationenRecht, §. 471 u. 481), der Strafsenzwang, das Recht des Alleinhandels c) (Monopol), die Errichtung der Kaufmannsgilden und Krämerinnungen, der Giro-, Deposital- oder UmsatzBanken, der Zettel-, Wechsel- oder CirculationsBanken d), der CreditCassen, der Pfand- oder Leihhäuser e) (Lombards), u. d.

a) Pütter's Lit. III. 590. Klüber's Lit. 450 ff. Moser von d. Landeshoh. in Gnadens., 73. 76. Fischer's Cameral- und Polizeir., III. 215. Runde's t. Privatr., §. 463. Lobethan's Grunds. des Handlungsr., §. 99. 103 f. Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 167. G. H. Ayrer diss. princeps politiam circa commercia et studia civium suorum rite adornans (Gött. 1746), p. 74. sqq. — Manche Städte erhielten ehehin Privilegien, dafs, innerhalb eines bestimmten Bezirks, keinem andern Orte Mefsgerechtigkeit sollte ertheilt werden. Ayrer l. c. p. 78. 80. — Von der *Marktfahne*, Schröter's verm. Abhandl., I. 306. — Von den Mefsfreiheiten, v. Martens Handelsr., §. 31.

b) Pütter u. Klüber a. a. O. Jargow von d. Regalien, 288. Windscheid de stapula, §. 9. sqq. Ayrer l. c. p. 76. 124. Ei-

senhart's Stadt- und Bürgerr., 288 ff. Fischer a. a. O. II. 415. III. 34. 205. 208. *Ebendess.* Gesch. des t. Handels, II. 292, Büsch Darstell. der Handl., I. 196. Ockhart's Dar tell. der Gesetzgeb. über Zölle u. Handelsschiffahrt des Rheins, S. 230 ff. Vergl. unten, §. 481.

c) Moser v.' Gnadensachen, 262. v. Roth's Staatsr. d. Reichslande, II. 138. Klüber's Lit. §. 1345 *a.* — *Freie Concurrenz* befordert Handel, Fabriken und Production. *Verbote* erregen Gefühl des Unrechtes, und reizen zu Schleichhandel und Defraudation, mithin zu Unsittlichkeit. Heilsame Beschränkung in Ertheilung ausschliessender Handels- u. GewerbePrivilegien, enthält der *wirtemb.* Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 31. — Ein wichtiger, noch wenig berücksichtigter Gegenstand, ist die Anordnung von *WechslungsTypen.* (F. Cleynmann's) Gedanken über den Typus zur Wechslungsweise zwischen zweien Handelsplätzen; veranlafst durch einen Aufsatz in v. Fahnenberg's Magazin für die Handlung, Handelsgesetzgebung u. Finanzverwaltung, Jahrg. 1812, Heft 6, S. 212 — 220. Frankf. a. M. (1812.) 8.

d) J. G. Büsch sämmtl. Schriften über Banken u. Münzwesen. Hamb. 1801. 8. Stewart's Staatswirthschaft, B. IV, Th. 2. Bd. V, Cap. 13, Th. 2. Jung's Handlungswissensch., §. 825 — 850. H. W. Lawätz Handb. für Bücherfreunde, Th. II, Bd. 2, Abth. 2, S. 269 — 328.

e) P. J. Marperger montes pietatis Romanenses. Lips. 1715. 8. rec. c. J. H. G. de Justi, ib. 1760. 8. L. J. Meyer diss. de montibus pietatis. Giess. 1743. C. G. Heindel diss. super monte pietatis. Lips. 1762. J. G. Krünitz Encycl., voc. Leihhäuser.

§. 334.

Handelspolizei. Handel der Fremden. Handelsgerichte.

Ferner gehört dahin: die Anordnung zweckmässiger Handelspolizei *a*), die Beförderung der inländischen Gewerbe, zu Vermehrung, Veredlung und Verarbeitung der LandesProducte, Bestimmungen für Maas, Elle und Gewicht *b*), auch Waarenpreise, die Verhütung des Schleichhandels bei unbedingtem oder bedingtem Verbot der Ein-, Aus-, oder Durchfuhr gewisser Waaren *c*); die Aufsicht und Gesetzgebung über das Assecuranz-, Bodmerei- und Grofs-

AventüreWesen; Bestimmung des Verhältnisses der Fremden, in Hinsicht auf den inländischen Handel d); Errichtung eigener Handels- und Wechselgerichte, zu Erlangung schleuniger Rechtshülfe e), u. d. m.

a) Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen, 223 ff. Ayrer diss. cit., Sect. II. §. 10. Lobethan's Handlungsr., §. 7 ff. — Die *niedere Marktpolizei* wird gemeiniglich den städtischen Magistraten, und andern niedern oder mittlern Polizeibehörden überlassen. Ayrer l. c. p. 113. 117. Fischer a. a. O. III. 214. Eisenhart a. a. O. 289. Lobethan a. a. O. §. 106. — Die *Luxus-Polizei*, für Ostentations- u. BequemlichkeitLuxus, ist ein Theil der Handelspolizei.

b) Schriften von Gerhardt, Nelckenbrecher, Liebhold, Buse u. A., unten §. 337 b, u. 338 b. Ueber Maas, Elle u. Gewicht, *baierische* Verordn. v. 28. Febr. 1809, in d. Regier. Blatt, 1809, St. 20; *badische* von 1810 u. 1811. — Zu wünschen wäre ein *allgemeines MaasSystem* für alle Bundesstaaten, für Werthmaas (Münzfuſs), Raummaas (Gewicht- u. Stück- oder Zahlmaas) und Zeitmaas. Vorschläge dazu, in G. H. Buse's ComptoirBuch, Th. I (Brünn 1822), Vorrede.

c) Verordnungen der meisten ehemal. rhein. Bundesstaaten, vom Oct. u. Nov. 1810, wodurch Einfuhr und Verbrauch der *ColonialWaaren* theils verboten, theils eingeschränkt, auch das Verbrennen der *englischen* Fabrik*waaren* befohlen ward. Rhein. Bund, XLIX. 34. 99. 136. L. 161. 310. Polit. Journal, Nov. 1810, S. 1075 ff.

d) G. L. Böhmer diss. de jure principis libertatem commerciorum restringendi in utilitatem subditorum, §. 24. sq. (in dessen Electis, III. 194). — Vormalige kaiserl. französische und königl. sächsische *Staatsdienstbarkeit*, wegen des Transitohandels, in Preussisch Schlesien, und preussische in dem Königreich Sachsen. Rhein. Bund, XVI. 37.

e) Moser von der Landeshoheit in Justizsachen, Cap. 3. Siebers's gerichtl. Process, I. 192. Selchow elem. juris germ. priv., §. 219. 668. v. Martens Handelsr., §. 35. Vergl. Büsch u. Ebeling's HandlungsBibliothek, Bd. I (Hamb. 1785), S. 253.

IV. Abschnitt.

M ü n z R e g a l.

§. 335.

Das Münzwesen, eine Welt- u. Staatsanstalt. Verhältniſs des MünzRegals in den teutschen Bundesstaaten, im Allgemeinen.

I) Wie Licht und Wärme sich verhalten zu dem thierischen Leben, so die Schreib- und Buchdruckerkunst, das Geld und die Post, zu dem geselligen Leben der Menschen, in dem Stande der Cultur. Begriffen unter den vier groſsen CulturMitteln, ist daher das Münzwesen als Welt- und Staatsanstalt zu betrachten, und als einer der wichtigsten Gegenstände der Staatsweisheit und NationalOekonomie, der Finanzkunst, und des öffentlichen Rechtes. Diese alle vereinigt, gebieten, wie überall also auch in Teustchland, und zwar gemeinschaftlich für alle Bundesstaaten, die Annahme und Handhabung eines festen Münzsystems, das nicht mehr Geldsorten als nöthig zuläſst, für jede derselben ein bestimmtes Schrot und Korn (§. 338) vorschreibt, und kein Remedium (§. 347 b), Schlagschatz (§. 347 b) aber nur so weit gestattet, als sein Ertrag hinreichend ist die nöthigen Münzkosten zu decken, aufrichtig entsagend jedem directen Finanzgewinn von der Ausmünzung. II) Jeder teutsche Bundesfürst ist, als Souverain, zu Ausübung des MünzRegals a), nach dessen ganzem Umfang, innerhalb seines Staatsgebietes, ausschlieſsend b) berechtigt. III) Weit der gröſste Theil des Geldes, welches jetzt in den teutschen Bundesstaaten in Umlauf ist, ward vor Auflösung der teutschen Reichsverbindung geprägt; er

ist also nach der gleichzeitigen teutschen ReichsMünzverfassung zu beurtheilen. Aber auch seit Aufhebung der teutschen Reichsverfassung, betrachtete man zeither, wo nicht in allen, doch in den meisten teutschen Staaten, jene ältern Normen grofsentheils, als solche, zu deren fortwährender Befolgung jetzt noch eigenes Interesse nöthige. Daher ist eine zwar gedrängte, aber doch möglichst vollständige Abhandlung dieser so wichtigen und practischen Materie, nach der vormaligen ReichsMünzverfassung, historisch-politisch wichtig, und publicistisch nöthig.

a) Schriften in Pütter's Lit. III. 562 ff. Klüber's Lit. §. 1322 ff. J. Cph. Hirsch teutsches Münzarchiv, Th. I—IX. Nürnb. 1756—1769 fol. Le Blanc traité historique des monnoyes. Paris 1690. 4. Nouv. édit. augm. ibid. 1705. J. Boizard traité des monnoyes. T. I et II. Paris et à la Haye 1714. 12. Abot de Bazinghen traité des monnoies. Paris 1764. 2 Theile. 4. Ge. Andr. Sept. v. Praun's gründl. Nachricht von dem Münzwesen insgemein, insbesondere von dem teutschen Münzwesen älterer und neuerer Zeiten. Gött. 1739. 2. Aufl. Helmst. 1741. Dritte verb. u. verm. Aufl. (von J. F. Klotzsch) Leipz. 1784. 8. J. C. Beuther's MünzLexicon. Augsb. 1774. 8. C. C. Schmieder's Handwörterbuch der gesammten Münzkunde. Halle 1811. 8 *Ebendess.* Nachtrag hiezu. Halle 1815. 8. F. X. Wellmayr's allgem. numismat. Lexicon od. Münzwörterbuch. Th. I u. II. Salzb. 1817. 8. Mit Kupf. H. G. Flörke's Münzkunst u. Münzwissenschaft. Mit 19 Kupfert. Berlin 1805. 8. Auch unter folg. Titel: J. G. Krünitz ökonom. techn. Encyclopädie, fortges. von H. G. Flörke, Bd. 97, Art. Münze; überdiefs handelt auch der 98. Band von der Münze.

b) Erloschen ist das ehemalige Münzrecht der *subjicirten* und *supprimirten* teutschen reichsständischen Landesherren, und anderer münzberechtigter, unmittelbarer oder mittelbarer, *Reichsangehörigen*, welche, bei Auflösung der teutschen Reichsverbindung, die Souverainetät nicht erlangt haben.

§. 336.

Das MünzRegal war, in dem teutschen Reich, kaiserliches Reservat.

I) Die Münzgerechtigkeit, das Recht Geld zu prägen, war noch in der neuesten Zeit der teutschen Reichsverfassung, kein Bestandtheil der Landeshoheit, sondern kaiserliches Reservat [a]. Jeder Münzherr bedurfte kaiserlicher Verleihung, oder unvordenklicher Verjährung [b]. II) Der Kaiser unmittelbar, pflegte das MünzRegal nicht mehr auszuüben [c], obgleich er ursprünglich dieses ausschliessend gethan hatte [d]. III) Münzprivilegien konnte der Kaiser, in neuern Zeiten, nicht ertheilen, ohne Einwilligung der Kurfürsten, und ohne vorher den Kreis zu hören, worin der Münzstand gesessen war. Dasselbe galt von der Münzverleihung an Mittelbare; wobei überdiess die Mitbetheiligten zu vernehmen waren [e]. IV) Schon in der frühern Periode des Mittelalters, erfolgten etliche kaiserliche Münzverleihungen [f]; dann andere an die Kurfürsten [g], nach und nach häufiger auch an andere Reichsstände [h], vorzüglich geistliche; sogar an landsässige Reichsstände, an nichtreichsständische Reichsunmittelbare [i], an mittelbare Fürsten, Bischöfe, Aebte, Grafen, Edelleute und Städte [k], jedoch vielfältig mit Einschränkung [l], und reichslehnbar. V) Die Reichsvicarien, waren zu Ertheilung des Münzrechtes nicht befugt [m].

a) Reichsmünzordn. v. 1559, §. 30. 176. Reichsabsch. 1570, §. 132. Wahlcap. IX. 6. 7. 11. Myler ab Ehrenbach de principib. et stat. imp. 628. Leyser, Sp. 529. Moser v. Reichstagsgeschäften, 1377 f. v. Beust sciagraphia juris monetandi (1745. 4.), 132. — Wider klare Reichsgesetze, behaupteten das Gegentheil: Ludewig, Spener, Rossmann, J. T. Cabrach, u. F. C. J. Fischer in d. Kameral- u. Polizeir., III. 376 ff.

b) *Wahlcap.* (1663 u. 1711) IX. 7.

c) Ausnahmen machten Franz I., seit 1748, u. Joseph II. 1765.

Grellmann's Staatskunde v. Teutschl., I. 104. Heinrich's Gesch. d. t. Reichs, VIII. 266.

d) De Bünau de jure circa rem monetar. in Germania, c. 2. §. 22. sqq. Fleischer's instit. juris feud., 374 ff. Schöpflin's kleine hist. Schriften, I. 340. Rössig's Alterthümer d. Teutschen, 503.

e) Wahle. IX. 6. 11.

f) Die älteste 873, nach Schöpflin Alsat. illustr., II. 319. Ein älteres Beispiel von 833, für die Aebte zu Corvey u. Prüm, s. in Gebhardi's geneal. Gesch. der erbl. Reichsstände, I. 150. Ein Beispiel von 1056 für St. Maximin, in Calmet hist. de Lorraine, I. 447. Beispiele für Dynasten, aus dem 12. u. 13. Jahrh. bei Gebhardi a. a. O. 166. 220. 269. u. in (Fritz) Beitr. z. d. henneberg. Bergwerks- u. Münzwesen, in Meusel's Geschichtforscher, VI. 1—30. De Bünau l. c. c. 2. §. 25. sqq. Köhler's Münzbelustigungen, I. 159. II. 220. Flörke's Münzkunst, S. 221.

g) Aurea Bulla, X. 1. 3. Gerstlacher IV. 498.

h) Pfeffinger, III. 459. Olenschlager's Erläut. der G. B., 204. Köhler's Münzbelust., XXI. 41.

i) Moser v. Reichstagsgeschäften, 1382. Mader's reichsrittersch. Magaz., VIII. 337.

k) Pfeffinger, III. 481. Moser a. a. O. 1383. Beust, 134. Bünau c. 2. §. 46. Gebhardi a. a. O. I. 597. Merkau's Miscell., I. 83. Hessel diss. de jurib. civitatum imperial. (Alt. 1789.), p. 34. C. F. Evers mecklenburg. Münzverfassung (1798. 8.), II. 38. Münzen der *Domcapitel*, während einer Sedisvacanz. Moser a. a. O. 1383. Klüber's kl. jur. Bibl., XIX. 326. C. F. Zepernick, die Capitels- u. SedisvacanzMünzen u. Medaillen der t. Erz-, Hoch- u. unmittelb. Reichsstifter. Mit Kupf. Halle 1822. 4. Schwäbische *Kreismünzen* von 1694 u. 1737, Moser a. a. O., 1385. In Städten waren zuweilen *Münzjunker*, *Münzbürger* u. *Hausgenossen* auf das Münzrecht privilegirt. De Bünau l. c. c. 2. §. 23. 47. Fleischer l. c. 381. C. G. Buder diss. de monetariis principum ac civitatum Germaniae, dictis Hausgenossen. Jen. 1751. 4. Von dem Münzrecht der Stadt *Rostock*, s. d. grundgesetzl. Erbvertrag v. 1788, §. 9; in Reuss Staatskanzley, Th. XXII, S. 29.

l) Z. B. auf Wiederruf, auf silberne Münzen, auf Heller und Pfennige, u. d. Beispiele v. 1393 u. 1398, in Meusel's Geschichtforscher, I. 150 ff. II. 290. Kaiserliche *Verpfändung* des Münzrechtes v. 1431, in Beyschlag's Beitr. zu d. Kunstgeschichte der Reichsstadt Nördlingen, St. IV u. V (1800), 50 ff.

m) Limnaeus ad capit. Matthiae, art. 34 n. 6. p. 569. Anderer Meinung sind, de Bünau l. c. c. 3. §. 4. u. Beust, 100. — Die R.

Vicarien bedienten sich, auf ihren eigenen Münzen, des Vicariatwappens u. Titels. Moser v. röm. Kaiser, 794. Flfl. scher l. c. 383. sq. Köhler's Münzbelust., XIII. 73. 79. XIX. 321.

§. 337.

Geld. Münze, reelle, nominale und fingirte.

I) Geld, in dem weitern Sinn, bezeichnet eine Masse von Gütern oder Genufsmitteln. Geld, in dem engern Sinn (was allgemein gilt, pecunia), ist eine Sache, deren Tauschwerth allgemein als Maasstab des Werthes und Preises der übrigen Sachen dient; als Tauschmittel, als Mittel der VermögensAusgleichung und als Schätzungsmittel (Werth- oder Vorstellungszeichen, repräsentirendes Medium, signe représentatif). II) Münze (moneta) ist eine Sache, mit einem von der Staatsgewalt beglaubigten Maasstab für den Tauschwerth der Dinge[a]). Reelle Münze, Realgeld (numéraire effectif), ist ein unter Staatsberechtigung geprägtes, d. h. mit Zeichen seines wahren Tauschwerthes versehenes Geldstück; gewöhnlich von Metall (klingende Münze, aus Silber, Gold oder Kupfer, Metallgeld), sonst auch von Waaren anderer Art (Waarenmünze). Nominale oder symbolische Münze ist eine Staatsurkunde, welche, für jeden Inhaber, eine Anweisung auf reelle Münze enthält, z. B. Papiermünze (§. 342), ehehin Ledermünze. Fingirte, idealische oder Rechnungsmünzen, Idealgeld, monnoies de compte [b]), sind ein unkörperlicher Maasstab für den Tauschwerth der Dinge, mithin auch der reellen Münzen [c]), z. B. Reichs- oder rheinische, fränkische und meifsnische Gulden, teutsche Reichsthaler, Mark, u. d.

a) Also jedes öffentlich eingeführte, jedem Inhaber (au porteur) dienende Zahlungsmittel. K. Murhard über Geld u. Münze u. s. w. Cassel 1809. 8. *Ebendess.* Theorie des Geldes u. der Münze. Altenb. 1817. 8. A. Müller's Versuch e. neuen Theorie des Geldes. 1817. 8. Chr. v. SchmidtPhiseldeck über den Begriff vom Gelde, u. den Geldverkehr im Staate. Coppenh.

1818. 8. G. Hufeland's Staatswirthschaftskunst, Th. I, S. 128, J. F. E. Lotz Revision der Grundbegriffe der NationalWirthschaftlehre, Th. I, S. 9—171. H. Storch cours d'économie politique, T. III et IV. (à St. Pétersb 1815. 8.)

b) Stewart's Staatswirthschaft, Buch III, Cap. 1. Montesquieu, esprit des lois, liv. 22., ch. 3. Ad. Smith's Untersuchungen über die Natur u. die Ursachen des Nationalreichthums (Breslau 1794), Bd. I, Buch I, Cap. 4, S. 38 ff. J. B. Say, traité d'économie politique (Paris 1803. 8.), T. I, liv. 2. Flörke's Münzkunst, S. 809 ff — Die *Rechnungsmünzen* sind theils *allgemeine*, wonach jeder Ort desselben Münzbezirks im gemeinen Handel rechnet, z. B. rheinische Gulden; theils *besondere*, wonach man in einem bestimmten Ort oder Bezirk nur bei besondern Gelegenheiten rechnet, z. B. bei dem Wechselhandel. Ihr *Zahlwerth* ist doppelt: 1) *Ortswerth*, d. h. Valuta, wonach die Münze an demselben Ort bezahlt wird, z. B. nach *Banco* oder *Currentgeld* (über Banco, Courant u. Münze, von Oeder, in Schlözer's Staatsanz., XLVII. 310.); 2) *fremder* Werth, den die Münze an einem andern Ort hat, und der aus des Ortes Münzfuss hergeleitet ist. — Werden Wechsel an dem Ort A auf den Ort B eingehandelt oder verkauft, so ist ein Stück oder eine bestimmte Anzahl von Stücken aus den Münzsorten des einen von beiden Orten, die beständige Grösse, wofür der Preis des Wechsels in der Münzsorte des andern bedungen wird; er ist bald höher bald niedriger, also veränderlich. Die beiderseitigen *reellen* Geldsorten bilden daher, in der Regel, das gegenseitige *Wechselgeld*. Um noch sicherer zu gehen, hat Hamburg Silberbarren zu seinem Wechselgeld gewählt. Der zwischen beiden Orten bald steigende bald fallende Preis des Wechsels, heisst *Wechselpreis*, *Wechselcurs*, oder schlechthin *Curs*. Man ersieht ihn aus den *Curszetteln*. J. F. Lorenz Grundriss der reinen und angew. Mathematik, Th. I (1798), S. 129. (F. Cleynmann's) Materialien für Münzgesetzgebung (Frankf. 1822. 8.), S. 323 ff. *Ebendess.* unten (§. 339) angef. Aphorismen, S. 85. v. Fahnenberg's Magazin für die Handlung, Jahrg. 1812, Heft 6, S. 508—520. Die, in der neuesten Zeit nicht selten abgeänderten, *WechslungsTypen* (§. 334, c), nach welchen auf den verschiedenen Handelsplätzen die Wechselpreise bestimmt werden, findet man in J. C. Nelkenbrecher's Taschenbuch der Münz-, Maas- u. Gewichtkunde. 9. Aufl. verm. u. verb. von M. R. B. Gerhardt. Berl. 1805. 8. 12. Aufl. verm. u. verb. von J. S. G. Otto. Berlin 1817. 13. Aufl. v. J. P. Schellenberg. 1820. 8., in J. E. Liebhold's Comptoir-Handbuch. 4. Aufl. Frankf. 1821. 8., in der Neuesten Geld, Münz-, Maas- u. Gewichtkunde. 4. Aufl. Nürnb. 1821. 4., u.

zum Theil für frühere Zeit, in den Anweisungen und Tabellen von Kruse, Gerhardt, Aub, Flügel, Kampke, Lenz, Euler, Wagner, J. F. Lange u. Mos. Israel, u. a., J. G. Büsch über Geld- und Wechselcurs, Münzen, Pari u. s. w. Hamb. 1801. 8.
c) Busr's. Handb. der Geldkunde, theoret. Theil, S. 108ff.

§. 338.

Form und Materie der reellen Münze. Schrot und Korn. Valvation. Ihr Einfluſs auf den Wechselcurs.

I) Bei reellen Münzen, kommt in Betrachtung: 1) die Form, insonderheit das Gepräge, welches den Zahlwerth (Valuta, eigentlich mit Angabe, wieviel Stücke aus der Mark fein geprägt sind), Jahrzahl, Namen, Titel und Wappen, auch wohl das Bildniſs des Münzherrn a), enthält, wo die Wappenseite die Kehr- oder Rückseite (Revers), die andere die Hauptseite (Avers), heiſst; 2) die Materie, jetzt die drei Münzmetalle, Gold, Silber, Kupfer. Die beiden edlen Metalle in ihrer Feinheit, erhalten meist einen Zusatz von anderem Metall (eine Legirung); Silber wird mit Kupfer, Gold mit Silber, oder Kupfer, oder beiden legirt oder beschickt (vermischt, d. h. mit solcher Zuthat zusammengeschmolzen). II) Was diese Mischung oder zusammengeschmolzene Masse, dieses legirte Silber oder Gold, an edlem Metall enthält, nennt man ihren Gehalt, Feinheit, Feingehalt, und wenn Münzen daraus geprägt sind, das Korn der Münze. Schrot der Münze hingegen, heiſst das Gewicht (Metallgewicht), welches sich aus ihrem edlen Metall und aus der Zuthat zusammen ergiebt b). III) Der Werth der Münze wird geschätzt c), nach dem Korn und Schrot (nach dem quali et quanto). Bei der Fabrication, muſs daher nicht nur für Richtigkeit des Gehaltes gesorgt werden, sondern auch für Gleichheit in dem Gewicht der individuellen Stücke einer Münzsorte. IV) Der Werth der Münzen, als eines manufacturirten Metalls oder Fabricats, hat unvermeidlichen Einfluſs auf den Gang des im Groſshandel entscheidenden Wechsel-

curses d), wo das Geld als Waare betrachtet wird (§. 340), folglich schlechte Münze nicht auf höhere Geltung steigen kann, als ihr Metallwerth mit sich bringt; welches die MünzPolitik e) zu beachten hat.

a) Gerstlacher's Handb. d. Reichsgesetze, IX. 1677 f. Nach der ReichsMünzordn. v. 1558, §. 10, sollte auf der Hauptseite das *Reichswappen* stehen. Köhler's Münzbelust., I. 157 ff. Dawider, s. in Ansehung der kurfürstlichen Münzen, v. Ludewig's Erläut. der G. B., I. 901. Es war aber dieses nachher willkührlich geworden. Köhler's Vorrede zu v. Praun' Nachr. von d. Münzwesen, XX. ff.

b) *Fein* Gold oder Silber, ist rein, d. h. ohne Zusatz. Vermischt mit anderem Münzmetall, heifst es *legirt* oder *beschickt*. Silber wird mit Kupfer, Gold entweder mit Silber oder mit Kupfer, oder mit beiden legirt. Daher die Benennungen: weifse, rothe, gemischte Legirung oder Karatirung. — Von den *Münzmetallen*, s. Flörke's Münzkunst, S. 290—316. Von *Schrot* und *Korn*, ebendas. S. 344 ff. — Zu dem *Gewicht* bedient man sich, in Teutschland, des *cölnischen Markgewichtes*. Dieses teutsche Markgewicht wird *eingetheilt*, wie folgt.

Mark	Unzen	Loth	Quintlein	Pfennige	Heller
1	8	16	64	256	512
	1	2	8	32	64
		1	4	16	32
			1	4	8
				1	2

Gewogen wird aber gewöhnlich, bei dem Verkauf des Goldes und Silbers, nur nach *Mark* und *Lothen*, nach ½, ¼, ⅛, 1/16, 1/32, u. 1/64 Lothen. In ValvationsEdicten wird, seit der östreichbaierischen Münzconvention von 1753 (§. 346), die cölnische Mark, welche 4864 holländische Asse wiegt, eingetheilt in 4020 Asse, deren 60 das Gewicht eines Ducaten ausmachen. (Die Eintheilung der Mark in 4352 Asse, Eschen oder Grains — v. *Praun*, 19 ff. —, ist nicht mehr üblich.) Ueberdiefs wird in dem Münzwesen zu Berechnungen, welche die Stückelung der Geldsorten und deren Valvation betreffen, der *Richtpfennig* gebraucht, welcher aus einer Mark besteht, und in

65,536 Theile getheilt wird. — Die höchste Feinheit des *Goldes*, wird in Teutschland bezeichnet durch 24 Karate. So viele machen eine Mark, und jedes Karat wird getheilt in 12 Grän. Die höchste Feinheit des *Silbers*, wird bezeichnet durch 16 Lothe. So viele machen eine Mark, und jedes Loth wird getheilt in 18 Grän. Demnach hat, bei Gold und bei Silber, die feine Mark 288 Grän. (Cleynmann's) unten (§. 339b) angef. Aphorismen, S. 4 u. f. — Eine Mark feines Gold oder Silber, heifst eine *feine* Mark; wenn es beschickt (legirt oder vermischt) ist mit andern Metallen, eine *rauhe* Mark. — Zu genauer *Prüfung* des Goldes, und des Silbers, in Barren und in Münzen, bedienen sich Münzwardeine einer sehr feinen Wage, der *Probirwage*, und eines eigenen verjüngten Gewichtes, *des Probirgewichtes*. Wie bei geometrischen Arbeiten der verjüngte Maasstab in beliebiger Grösse sich annehmen läfst, so kann man auch in dem Münzwesen das Probirgewicht, welches die ganze Mark darstellen soll, nach Gefallen leicht machen; wenn es nur so abgetheilt wird, dafs es bei Goldproben in Karate und Gräne, bei Silberproben in Lothe und Gräne richtig zerfällt. Denn der Zweck ist, dafs der feine Gehalt des in Probe genommenen Metalls, nachdem eine ganze ProbirMark desselben von dem Zusatz befreit worden, bei dem Wiegen des gereinigten Restes richtig an den Tag komme. Bestände z. B. die eine Mark schwere Masse zur Hälfte aus Zusatz, so müsste dieser reine Rest, an Gold 12 Karate, an Silber 8 Loth wiegen, und wenn der Zusatz ein Drittheil der Masse betrüge, wäre der Rest, an Gold 16 Karate, an Silber 10 Loth u. 12 Grän. Dann würde man sagen, dafs jede Mark der in Probe genommenen Masse so viel an feinem Metall enthalte. — *ProbirSteine* und *Probir*- oder *Streichnadeln*, d. h. dünne, aus einer verschiedenen Zusammensetzung der edlen Metalle gefertigte Stifte, wenn gleich richtig legirt, liefern eine nur oberflächliche Probe. Flörke's Münzkunst, S. 337 ff. — Aus Eigennutz oder Geheimnifskrämerei, möchten manche Münzbeamte der Münzkunst, besonders der Probirkunst, in den Augen unkundiger Staatsmänner das Ansehen einer Art von Zauberei oder geheimer Wissenschaft, wenigstens einer höchst tiefsinnigen und schwer zu erlernenden, verschaffen, um von genauer Erforschung des Münzwesens abzuschrecken. — G. C. Crelius über die wahre cölnische Mark. Frankf. 1820. 8. Von der Mark *löthigen* Goldes und Silbers, s. die angef. Materialien (von Cleynmann), S. 2 ff. — Von *Justirung* der Münzen, s. Flörke's Münzkunst, S. 885 – 892. (Cleynmann's) angef. Materialien, S. 235 ff. (O. J. Finck) Etwas über das

richtige Ajustiren der Münze. Mehr über die Vortheile der Wipper. Altona 1788. 8. — Von dem Gehalt der bekannten *Gold-* und *Silbersorten*, s. F. G. Busk's Kenntnisse und Betrachtungen des neueren Münzwesens für Deutsche. 2 Theile. Leipz. 1795. 8. M. R. B. Gerhardt's Handb. der t. Münz-Maas- und Gewichtkunde. Berl. 1788. 8. G. H. Busk's vollständ. Handb. der Geldkunde. Theoret. Theil. Erf. 1803. Pract. Theil in 2 Bänden. Erf. 1800 u. 1802. 8. *Ebendess.* ComptoirBuch; I. Th. erläuterte und ergänzte Darstell. der in den ComptoirTafeln verglichenen europ. Münz-, Maas- und Gewichtverhältnisse. Brünn 1822 8. Andr. Wagner's Münz- und Wechseltabellen (Leipz 1804. 4. 2. verm. Aufl. 1812.), S. 293 ff. *Ebendess.* Münz-, Maas- und Gewichtkunde. Leipz, 1816 gr. 8. J. C. Nelkenbrecher's oben (§. 337) angef. Taschenbuch. Bestimmung des Werthes der bekanntesten in- u. ausländischen Gold-, Silber-, Kupfer- u. fingirten oder Rechnungsmünzen in der Welt, nach ihrer Würdigung in Schrot und Korn, u. nach Maasgabe ihres Courses, auf vierfache Weise reducirt. Leipz. 1786. 78 S. in kl. 4. Geld- und Münzwissenschaft. Nürnb. 1807. 4. Beckmann's Technologie, Cap. 32. Hildebrandt's Anfangsgr. der Chemie, II. §. 1710. 1767. Gren's Handb. der Chemie, §. 2538. 2549. J. Barth. Trommsdorff's Handb. d. gesammten Chemie, Bd. VII, §. 1221 — 1245. Lorenz a. a. O. I. 131 ff. — Von dem Werth der *ehemaligen* Münzen, s. Pütter's Lit. III. 570. Klüber's Lit. 436.

c) Von der *Valvation* oder Werthschätzung der Münzen, als der Bestimmung des Geldnamens, der ihnen ihres innern Werthes wegen, nach einem bestimmten Münzfuſs zukommt, s. man Flörke's Münzkunst, S. 598 ff.

d) J. G. Büsch sämmtl. Schriften über Banken u. Münzwesen (Hamb. 1801. 8.), S. 664 ff. §. 21 u. ff. Flörke a. a. O. 622 ff.

e) Von der *MünzPolitik*, nach Büsch über Bankgeld, Münze u. Münzverwirrung, in dessen angef. Sämmtl. Schriften, S. 561 ff., verglichen mit den Bemerkungen in der Allg. Lit. Zeitung v. 1791, Num 137 u. 322, handelt Flörke a. a. O., S. 789 — 839.

§. 339 a.

Münzfuſs. Jetzige Arten desselben: 1) in Silber.

Der Münzfuſs, ist eine Bestimmung für Korn, Schrot und Kaufwerth einer Münze; er setzt fest,

wieviel Zusatz von geringerem Metall eine bestimmte Münzsorte haben darf, wieviel Stücke derselben Sorte aus einer Mark geschlagen werden dürfen, das heifst, wie schwer jedes Stück seyn mufs, und welchen Nennwerth jedes Stück haben soll. I) In Silber, sind jetzt in den teutschen Bundesstaaten, hoffentlich nur provisorisch bis zu einer völligen Gleichförmigkeit oder andern Bestimmung, vorzüglich gangbar, vier verschiedene Münzfüfse [a]: 1) der Achtzehngulden- oder Leipziger Fufs von 1690 [b]; 2) der Zwanziggulden- oder ConventionsFufs seit 1753 [c]; 3) der Einundzwanziggulden- (kurbrandenburgische, preufsische oder graumannische) Fufs, seit 1750, und verbessert seit 1764 [d]; und 4) der VierundzwanzigguldenFufs [e]), dieser eigentlich kein Münzfufs, sondern nur eine abweichende Zählungsart des ZwanzigGuldenfufses.

a) Es giebt noch mehrere, und sogar *locale* Münzfüsse; z. B. 1) den *lübischen* (die Mark fein, in GrobCourant zu 11⅓ Thaler = 34 Mark, also ein 17 Guldenfufs, in Stücken von 2 Mark, 1 Mark, 8 Schilling, 4 Schilling u. 2 Schilling, v. Praun, 118. (Cleynmann's) Materialien, S. 464), dem ausser *Lübeck*, auch *Mecklenburg-Schwerin* und *Hamburg* folgen, das letzte so, dafs dieses Geld dort CourantGeld heifst, zum Unterschied von dortigem Bankgeld (§. 337, b); 2) den neuen *dänisch-holsteinischen*, welcher aber durch ein Edict vom 6. Jan. 1813 so verändert ward, dafs aus einer feinen Mark cölnisch, 18½ neue dänische ReichsBankthaler sollen geprägt werden; 3) den *Zwei und zwanzig Guldenfufs*, bei gewissen Zahlungen zu Frankfurt a. M. (Cleynmann's) Materialien, S. 319 u. 327 — 330. — *Neunzehn* teutsche Münzfüsse in Silber, die jedoch nicht alle im täglichen Verkehr, sondern zum Theil nur bei alten Grundrenten u. Geldcapitalen, in Verträgen u. d. gebraucht werden, zum Theil nur besondere Zählungsarten sind, verzeichnet M. R. B. Gerhardt, in d. allgemeinen Contoristen (Berl. 1791, 2 Theile in 4.), Art. Deutschland, I. 104. Mans. auch Flörke's Münzkunst, S. 433—445. — Der Geldfufs der *hamburger* Bank, oder die *hamburger BancoValuta* bestimmt die cölnische Mark fein Silber auf 9¹⁄₁₂ Rthlr. oder 27¼ Mark Banco; sie ist also von GrobCourant unterschieden um 23⅓ pro Cent, oder

13 Mark Banco kommen genau überein mit 16 Mark hamburg. Courant, doch so, dafs die Nachfrage diesen Werth auch Veränderungen unterwirft. Der *altonaer* BancoFufs von 1777, ist von dem hamburger nur um 2 Schillinge Banco unterschieden; er bestimmt die cöln. Mark zu 9¼ Rthlr. oder 27¼ MarkB. v. Praun, 193. J. G. Büsch über Münzen (1801. 8.), S. 9 ff. Sieveking über den hamburgischen Münzfufs. Hamb. 1789. 8. — Von der ehemaligen Reichs-*Kammergerichtswährung* (einen Kammergulden zu 78 Kreutzer u. 2 u. 10/21 Heller), s. v. Praun, S. 113.

b) Bis 1817 nur noch *hannöverisches*, so genanntes *Cassengeld* oder Cassenmünze (Flörke's Münzkunst, S. 831 f.), auch bis 1814 *schwedisch-pommerisches Courant*, den alten Louisd'or zu 4 Rthlr. 16 ggr. v. Praun, 185. Die Mark fein ward im Grob-Courant, bis auf 1 gute GroschenStücke, zu 12 Rthlr., in den feinen hannöverischen ⅔ Stücken aber nur zu 11 11/12 Thaler ausgebracht. Vergl. §. 345.— Seit dem 1. Nov. 1817, münzt *Hannover* nach dem 20 Guldenfufs. Verordn. v. 1. Oct. 1817, in (Cleynmann's) Materialien, S. 474. Doch werden wenigstens ⅔ Thalerstücke aus ganz feinem Silber gemünzt, nicht aus 13⅓ löthigem, welches letzte das ConventionsMünzsystem vorschreibt. (Cleynmann's) Materialien, S. 478. — In dem Herzogthum *Pommern* u. Fürstenthum *Rügen*, wurden alle fremden Münzsorten von den öffentlichen Cassen ausgeschlossen, durch e. preufs. CabinetsOrdre v. 25. Oct. 1821, in den angef. Materialien, S. 443.

c) Vergl. §. 346. v. Praun, 156. 184. 189. Pütter über den Werth der Conventionsmünze. Gött. 1784. 8. — In Oestreich und in den Münzen K. Franz I. schon seit 1748. Daher heifst er auch *Kaisergulden*, desgleichen *Wiener Währung*, (worunter aber jetzt gewöhnlich östreichisches Papiergeld verstanden wird, im Gegensatz der *klingenden* ConventionsMünze). Heinrich's Gesch. des t. Reichs, VIII. 266 f. v. Praun, 153. (Cleynmann's) Materialien, S. 181 — 277. 461 ff. 474.

d) Preufsisches Courant, v. Praun, 154 f. Vergl. §. 346.

e) v. Praun, 160. 180. 191. Im Grunde ist es, meist sogar in dem Gepräge, der 20 Fl. Fufs, nur mit Erhöhung des Zahlwerthes um 20 pro Cent. Flörke's Münzkunst, S. 430 ff.

§. 339 b.

2) *In Gold*; 3) *in Kupfer*. *Staats Interesse.*

II) In Gold, sind jetzt in den teutschen Bundesstaaten vier Münzfüfse üblich: 1) der rheinische

Goldguldenfuſs *a*), der älteste; 2) der Ducaten-Fuſs *b*); 3) der teutsche Pistolen-, Louisd'or- oder Friedrichd'orFuſs *c*); 4) der Severinen- oder Souveraind'orFuſs *d*). III) In Kupfer, werden nur hie und da geringe Scheidemünzen geprägt *e*). IV) In dem vormaligen Königreich Westphalen, war das neufranzösische Münz-, Maas- und GewichtSystem eingeführt *f*). V) Da kein Fehler der MünzPolitik straflos bleibt, so gebietet das Staatsinteresse, in dem ganzen Umfang aller teutschen Bundesstaaten, so viel möglich, Einheit in Münzform und Münzfuſs, Errichtung umfassender Münzvereine, Aufstellung gemeinschaftlicher GeneralMünzwardeine, regelmäsige MünzConvente, Verhütung der in quali et quanto überspannten Scheidemünzen, u. d. m. *g*).

a) In der ReichsMünzordn. v. 1559, ist die rauhe cöln. Mark zu 18 Karat, 6 Grän fein, und 72 Stück *Goldgulden* auf die rauhe cölnische Mark, bestimmt. Flörke's Münzkunst, S. 436. — Später wurden Carolinen zu 24 Stücken aus der rauhen Mark, eines Gehaltes von 18 Karat 6 Grän feinen Goldes und 6 Grän feinen Silbers, gemünzt; sie zählten für 3 Goldgulden, gewannen aber höheren Curs, bis zu 10 pro Cent. v. Praun, I. 144. — Auch wurden so genannte Maxd'or, zu 36 Stücken aus der rauhen Mark des erwähnten Gold- und Silbergehaltes der Carolinen, geprägt; sie hatten also den Werth von 2 Goldgulden. Man s. ValvationsProject von allen im heil. röm. Reich dermalen cursirenden u. richtig waradirten Gold- u. SilberGeldsorten. Frankfurt a. M. 1760. — Alle diese Goldsorten werden jetzt nicht mehr geprägt; auch nicht der *hannöverische* Goldgulden, dessen Werth verschieden ist von dem rheinischen.

b) 67 Stück *Ducaten* auf die rauhe Mark des Feingehaltes von 23⅔ Karat, werden reichsgesetzmäsig seit 1559 ausgemünzt. Davon enthalten also 67⁶⁷/₇₁ Stück eine feine Mark Goldes. Flörke's Münzkunst, S. 437.

c) *Pistolen*, gesetzmäsig ausgemünzt zu 35 Stücken aus der rauhen Mark des Feingehaltes von 260 Grän, d. h. 21⅔ Karat, wovon also 38¹⁰/₁₃ Stücke eine feine Mark Goldes enthalten; zufolge des preuſs. Münzgesetzes v. 30. Sept. 1821, §. 1 u. 2, in (Cleinmann's) angef. Materialien, S. 421.

Dieser Münzfuſs, nach welchem hannöverische Georgd'or, sächsische Augustd'or, preussische Friedrich- u. Friedrich-Wilhelmd'or, braunschweigische Carld'or, u. s. w. ausgeprägt wurden oder werden, kam auf, als 1726 in Frankreich die alten Louisd'or abgesetzt u. in die Münzhäuser verwiesen wurden Flörke's Münzkunst, S. 437 ff.

d) Der *Severin-* oder *Souveraind'or*Gehalt ist: 22 Kar. ¼ Gr. fein, und 21$\frac{1}{12}$ doppelte Stücke auf die cöln. Mark. Diese Goldmünze wird zu Wien, ebenhin auch in den östreichischen Niederlanden, geprägt, und im gemeinen Verkehr gewöhnlich zu 3 Ducaten gerechnet.

e) Vergl. §. 341. v. Praun, 174. Flörke a. a. O., S. 300 ff. 595 ff.

f) Constitution du royaume de Westphalie, 1807, art. 17 et 18. Königl. westphäl. Münzdecret v. 11. Jan. 1808, in d. westphäl. Moniteur, 1808, n. 9. — Von diesem *neufranzösischen* System, nach welchem das Verhältniſs des Goldes zu dem Silber ist, wie 1 zu 15½, s. Meusel's Statistik (3. Ausg. 1804), S. 257. J. E. Memmert's Uebersicht des neuen französ. Kalenderwesens, der Maase, Münzen u. Gewichte, ingl. der neuen Landeseintheilung in Departemente, u. s. w. Erl. 1802. 8. Rapport des nouveaux poids et mesures avec ceux de tous les pays, par Soulet d'Uzeroche. Paris 1807. 8. Das französische Münz-, Maas- u. GewichtSystem, v. Rosenthal. 2 Hefte. Nordhausen 1808. 8.

g) Vergl. Flörke's Münzkunst, S. 797 ff. (F. Cleynmann's) Aphorismen aus dem Fache der Münzgesetzgebung und des Münzwesens aus d. vergang. u. gegenw. Zeit (Frankf. 1817. 8.), insbes. S. 204 ff. *Ebendess.* (oben §. 337 angef.) Materialien, S. 75 ff., 83, 244, 461 ff. 467. J. G. Büsch über Bankgeld, Münze u. Münzverwirrung; in dessen Sämmtl. Schriften über Banken u. Münzwesen. Hamb. 1801. 8. Winkopp's rhein. Bund, XXII. 34.

§. 340.

Geldcurs. Agio. Währung.

I) Das gegenseitige Verhältniſs in dem Werth der Münzmetalle, ist nicht unveränderlich; mithin eben so wenig der äuſsere Werth des Goldgeldes, bei nothwendiger Festhaltung des SilberMünzfuſses a). II) Aus der Veränderlichkeit des Preises

der Münzmetalle, dann aus der Seltenheit, aus der vermehrten Ein- und Ausfuhr, aus der augenblicklichen, mehrern oder mindern Brauchbarkeit gewisser Geldsorten, aus der übertriebenen Erhöhung des Nenn- oder NominalWerthes mancher Münzen über ihren innern oder reellen, u. d. m., erklärt und rechtfertigt sich der kaufmännische Geldcurs (unterschieden von dem Wechselcurs und dem Curs der Staatspapiere); ein besonderer Werth der Münzen, gemeiniglich von dem Münzfufs abweichend, wobei der freie Handelswerth der Münze, wie bei Gold- und Silberbarren oder Stangen, mithin das Geld als Waare, nicht als Staats- oder Nationalgeld, sondern als Weltgeld betrachtet wird *b*). Dasselbe gilt von dem Agio oder Aufgeld *c*). III) Die n dem Lande übliche Rechnungsart in dem Geldverkehr, heifst Währung (valor), z. B. rheinische, sächsische, preufsische, wiener, fränkische, lübische, u. d. *d*).

a) Faber's europ. StaatsCanzley, LXX. 549. G. H. Buse's Handb. der Geldkunde, I. 50 ff. Encyclopédie par Diderot et d'Alembert, voc. *monnoie*. Encyclopédie méthodique; Arts et Métiers, T. V (Paris 1788. 4.), p. 130 et suiv. Bemerkungen über die Gelderhöhung in Frankreich und Oestreich. Augsb. 1786. J. G. Büsch über e. in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfufs; in Büsch u. Ebeling's Handl. Biblioth. II. 505 ff. (F. Cleynmann) Ueber das Münzwesen (Frankf. a. M. 1802. 8.), S. 25 ff. *Ebendess.* angef. Materialien, S. 197 — 201. — Der Zahlwerth des *Silbergeldes*, als des eigentlichen Richtgeldes von Teutschland, mufs *feststehen*; derjenige des Goldes mag dann steigen oder fallen. Flörke's Münzkunst, S. 633 f. u. 795. (Cleynmann's) Materialien, S. 197 — 201.

b) Vergl. §. 337 u. 338. G. H. Buse a. a. O. I. 80. Hufeland a. a. O. II. 37. 298 ff. 411 ff. Theod. Olbers diss. de valore monetae mercatorum auctoritate mutato. Gött. 1776. — Dawider, s. Selchow elem. juris germ. priv., §. 594. — Von dem Verhältnifs des Goldes zu dem Silber, s. Büsch über Münzen etc., S. 44 ff.

b) Jac. Gothofredi opusc. var. n. III. 14. sqq. Dissertationen von Estor (Marb. 1754) u. Pestel (Rint. 1757). Fischer's Kameral- u. Polizeir., III. 385. Buse a. a. O. I. 123. Berg-

haus Encycl. der Handl. Wissensch., II. 22. 27. — (Clementmann's Aphorismen, S. 76 u f. — Von dem Aufgeldspiel oder *Agiotiren*, von der *Stock-Jobbery*, und von Verträgen über *Lieferung* von Staatspapieren. Die Stock-Jobbery u. der Handel mit Staatspapieren. München 1820. 8. J. v. Wayna's Antwort auf die Stock-Jobbery. Wien 1821. Beleuchtung der Schrift über Stock-Jobbery. Wien 1821. 8. Rechtl. Ansicht über Lieferungsverträge in Staatspapieren. München 1820. 8. Ehrmann's rechtl. Ansicht über den Handel mit Staatspapieren. Frankf. 1820. 8. Beweis, dafs die Rothschilder Loose zu 100 fl. wahre LotterieLoose sind. München 1820. 8.

d) Buse a. a. O. I. 118 ff.

§. 341.

Land- und Scheidemünze.

Von den eigentlichen, so auch von den allgemeinern Münzen, sind zu unterscheiden, die so genannten Landmünzen, in Silber oder Kupfer, welche blofs zu inländischem Umlauf in einem einzelnen Staatsgebiet bestimmt sind a). Schon während der teutschen Reichsverbindung. durfte nur ein Münzberechtigter sie prägen; doch mehr nicht, als zu dem inländischen Verkehr erforderlich war. Auch dabei waren, in Scheidemünzen, in Münzen vom geringsten Werth, die zunächst zur Ausscheidung oder Ausgleichung bei Zahlungen, die mit gröberen Geldsorten vollständig nicht geleistet werden können, dann zu Beförderung des Kleinhandels und des übrigen geringen Verkehrs, bestimmt sind, wie in groben Sorten, für Schrot und Korn die Reichsgesetze und MünzConventionen zu beobachten b). Ein verhältnifsmäsig stärkerer Zusatz von Kupfer oder härterem Metall, als in den groben Münzsorten, wird hier bei den Silbermünzen in redlicher Absicht gewählt. Diese Absicht ist, dem allzustarken Abreiben oder Abschleifen, dem allmähligen Abnehmen des Gepräges und Gewichtes, und dem zu leichten Verlorengehen möglichst vorzubeugen, und so eine, dem Zweck angemessene, gröfsere Ausdehnung und

Festigkeit derjenigen Münzsorte zu geben, die für den häufigsten und schonungslosesten Wandel von Hand zu Hand bestimmt ist; ein Vortheil, der mit Münzsorten aus feinerer Silbergattung, die zu klein und dünn ausfallen würden, nicht zu erlangen wäre c). Dennoch sollten überall auch bei diesen Münzsorten, wie bei den groben, die Gesetze des Münzfufses uneigennützig befolgt, und nicht nur in der Menge der in Umlauf gesetzten Scheidemünze, sondern auch in dem Betrag, wofür damit die Mark fein Silber ausgebracht wird, Maas und Ziel gehalten, und die Pflicht, sie anzunehmen, nur auf solche Zahlungen beschränkt werden, die durch ein gröfseres Münzstück sich nicht leisten lassen; damit eines Theils dem grofsen Nachtheil einer übermäsigen Menge von kleinen Münzen ausgewichen, und andern Theils das Rothwerden der Münzstücke verhütet werde, welches allen Volksclassen, die in die Münzkunst und das Münzrecht nicht eingeweiht sind, ein immerwährendes Mifstrauen in die Redlichkeit und Wohlmeinung der Münzregierung um so gewisser und dauernder einflöfst, als sie den vollgültigsten Grund dazu jeden Augenblick augenfällig in Händen zu haben vermeinen.

a) Jeder Regent kann den Curs fremder Landmünzen in seinem Lande untersagen. Ludewig ad A. B. I. 901. — Beispiele von Landmünzen, von 1251 und 1343 bis 1389, s. bei Rossmann l. c. c. 2. §. 9. — Zu Landmünzen pflegt man nur Geldsorten der kleinern Art zu wählen. Doch hat man aus dem J. 1821 kurhessische ganze Thalerstücke, mit der Umschrift auf dem Rand: «Kurhessische Landmünze». Ein Stück ward 6200 Richtpfennige schwer gefunden, also 12 Richtpf. oder 1 As weniger, als 1 preussisches Thalerstück mit Abzug des Remediums wiegen mufs.

b) Von dergl. Münzsorten handeln: R. A. v. 1566, §. 154. 162. R. G. A. v. 10. Sept. 1738, §. 2. bei Gerstlacher, IX. 1516 ff. 1524 f. u. 1681 f. Münzverein v. 1763, zw. Mainz, Trier, Pfalz, Darmstadt u. Frankfurt, §. 10. Münzverein v. 1766, zwischen Ebendenselben, §. 6. Oestreich-baierische Münz-Convention v. 1753, §. 15. (Cleynmann's) Materialien, S. 223,

238 ff., 310 ff., 388, 434 ff., 441, 34 f. Casp. Ziegler de jurib. majest., p. 817. v. Zech's gegenw. Verfass. d. kais. Regierung, 84. v. Praun, 118, §. 19 u. 173 f. Faber's europ. St. C., LXXII. 140. 159. Beust, 262. Moser von Reichstags. geschäften, 1429. — Anderer Meinung sind, A. E. Rossmann diss. de moneta symbolica et provinciali (Erl. 1762), c. 2. §. 10. sqq. v. Ludewig ad A. B. I. 901. *Ebendess.* Einl. zu d. t. Münzwesen, 54. Rhetius instit. juris publ., lib. II. tit. 16. §. 12. Europ. Herold, I. 954. — Seit 1821 prägt Preussen ganze *Silbergroschen*, 30 auf 1 Thaler, und halbe, beide aus der 3⅕ löthigen Silbergattung, die Mark fein zu 16 Thaler. Man s. unten §. 346. — Die Scheidemünze (z. B. Kreuzer, einzelne Groschen, Centimes) wird gewöhnlich aus *Billon* geprägt, d. h. aus einer Mischung von Silber und Kupfer, worin das letzte der Hauptbestandtheil ist. (Clevemann's) Materialien, S. 434. Auch *Gold*Billon, worin ebenfalls das Kupfer vorherrscht, hat es gegeben, wiewohl höchst selten; ein Beispiel aus Rufsland, seit 1763, in Schlözer's Münz-, Geld-, und BergwerksGeschichte des rufs. Kaisertb. (Gött. 1791), S. 160. Flörke's Münzkunst, S. 595 f.

c) Von der *Abnutzung* der Gold-, Silber- u. Kupfermünzen, und den defshalb in London gemachten Versuchen, s. Expériences et observations sur les différens alliages de l'or, leur pésanteur spécifique, et leurs propriétés comparées par rapport au frai comme monnaie; par Charles Hatchett; traduites de l'anglais par F. C. Lebat (Paris 1804. 4.), p. 102 — 171. Flörke's Münzkunst, S. 733 — 745. — Den silbernen Scheide- und andern niederhaltigen Münzen, wird gewöhnlich durch so genanntes *Weifssieden* ein silberartigeres Ansehen gegeben. Diese künstlich hervorgebrachte feine Oberfläche, auf welcher durch Minderung der KupferLegirung das feine Silber hervorgehoben wird, vermehrt nicht nur die FabricationsKosten, sondern es wird auch die Münze, bei der Verfeinerung ihrer Oberfläche, einer Minderung ihres Werthes durch Abnutzen mehr ausgesetzt. Daher der Vorschlag, den Scheidemünzen gleiche Legirung mit den hochhaltig legirten Geldsorten zu geben.

§. 342.

Symbolische Münze; insonderheit 1) Papiergeld.

I) Die **symbolische** Münze (Staatsgeldzeichen), insonderheit das **Papiergeld** (papier-monnoie, Papiermünze, Surrogat des Metallgeldes, meist eine Art

von Nothgeld), enthält nur eine Anweisung auf reelle Münze, für jeden Inhaber (§. 337). Sie ist eine Staatsurkunde, eine Art von StaatsSchuldscheinen oder Verbriefungen, mit oder ohne Zinsen, (bisweilen zu Beförderung des inländischen Verkehrs) auf den Staatscredit, unter dem Versprechen der Entschädigung, als gangbare Münzzeichen für Jedermann errichtet, mithin lautend auf jeden Inhaber (payable au porteur); z. B. StaatsBanknoten, CassenBillets, Tresor- oder Steuerscheine, Staatspapiere, Bons, Pfandbriefe, Transportzettel, u. d. a). II) Mit der Gerechtigkeit steht das Papiergeld nicht in Widerspruch, wenn und so weit eine gewaltsame Finanz-Operation darunter nicht verborgen, und eine sichere Anweisung auf reelle Münze darin enthalten ist; so, dafs der Staat dasselbe zu gehöriger Zeit, in wahrer, vollgültiger Münze, oder deren Werth, al Pari realisirt, auch ihm bei allen Zahlungen an StaatsCassen, völlig gleichen Werth mit baarem Geld einräumt, oder hinreichende AuswechslungsAnstalten errichtet, oder dessen nothwendige Annahme auf den wechselseitigen Verkehr zwischen Regierung und Unterthanen beschränkt. III) Staatswirthschaftlich betrachtet, kann die Einführung der Papiermünze nur dann räthlich seyn, wenn und so weit sie ohne Zweideutigkeit als Wohlthat für die Unterthanen erkanut wird b). Gewöhnlich aber ist sie ein eben so gefährliches als leichtes Mittel, womit man der StaatsCasse auf kurze Zeit aus der Noth hilft, und auf lange empfindlich schadet. Ihr gangbarer Werth beruht einzig auf dem Grad von Zutrauen, welchen das Publicum auf die Zusage des Ausstellers setzt, jeden Inhaber vollständig zu entschädigen. IV) Von einem Münzfufs kann dabei die Rede nicht seyn. Eben so wenig V) von einem Zwangrecht gegen andere Staaten, das diesseitige Papiergeld anzunehmen, oder frei cursiren zu lassen. VI) Aber dessen Ausfertigung, wird mit Recht als Ausflufs des Münz-Regals betrachtet.

44 *

a) J. L. Klüber über den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes. Tübingen 1805. 8. (auch in den Europ. Annalen, 1805, III. 201) Ideen über die reelle Grundlage eines nothwendigen Papiergeldes. Regensb. 1806. 8. Versuch zu einer verbesserten Circulation des Papiergeldes in dem kais. österreichischen Staat. Regensb. 1806. 8. J. H. Jacob's kurze Belehr. über d. Papiergeld. Halle 1806. 8. Joh. Friedr. Reitemeier's neues System des Papiergeldes, u. des Geldwesens beym Gebrauch des Papiergeldes. Kiel 1814. 8. J. L. Seidensticker de jure monetae chartaceae. Jen. 1807. 8. Joh. Isaac Berghaus über das repräsentative GeldSystem. Leipz. 1818. 4. SchmidtPhiseldeck u. Storch angef. oben §. 337. Die Staatswirthschaft nach Naturgesetzen (Leipz. 1819. 8.), Hauptst. IV, Abschn. 2. Busz's Geldkunde, I. 171 ff. Schlözer's Staatsanzeigen, XLIII. 369. LIX. 278—311. Büsch über Münzen etc., S. 51 ff. J. B. Say traité d'économie politique, T. I. (Paris 1803. 8.) liv. 2. v. Martens Völkerr., §. 105. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 775. Moser v. d. Landeshoh. in Polizeisachen, 402. Büsch Welthändel, 269. 276 Gr. Jul. v. Soden, in Häberlein's allgem. Justiz- u. PolizeiBlättern, 1810, Num. 5. — Von dem Papiergeld in Frankreich, während der Revolution (Assignaten, Rescriptionen u. Mandaten), s. Posselt's europ. Annalen, 1801, XI. 144 — 154. — Andere halten Landmünze und symbolische Münze für gleichbedeutend. Rossmann l. c. c. 2. §. 3. et 9. — Die *Materie* der symbolischen Münze, kann nicht nur Metall, z. B. Bankmarquen, Bankmünze, sondern auch Leder, Papier, Baumrinde u. d. seyn.

b) Mit weiser Beschränkung, gewöhnlich nur in einem blühenden Zustand des Staates; und nie in gröfserer Menge, in der Regel aber in weit geringerer, als zu den gewöhnlichen Zahlungen in die StaatsCassen nöthig ist. Das sicherste Merkmal seiner Unschädlichkeit ist, wenn es fortwährend in vollem Nennwerth ungezwungen von Hand zu Hand geht, und den Gang des Wechselcurses nicht stört. Mifslich ist der inländische erzwungene Curs. — Immer ist Papiergeld ein gegebenes National- oder landesherrliches Wort, dessen Werth zuletzt darauf beruht, dafs das Wort gehalten werde. In der Regel ist es entbehrlich, und daher meist schädlich. Gefährlich ist es immer, wegen seiner leichten und willkührlichen Schöpfung; und Vermehrung der Ausgleichungsmittel, ist noch nicht Schöpfung vermehrter Industrie u. vermehrten Verkehrs. Bei allen cultivirten Völkern, ist *Metallität* der Grundcharakter des Geldes: Papier ist aber nicht Metall. Die Unsummen des Papiergeldes, stören allen

Verkehr und alle Verhältnisse, wie die Münzverwirrung. — Von der Frage: ob bei Aenderung des Münzfufses, das Papiergeld in seinem ursprünglichen, oder in seinem jetzigen Werth gegen das neue Geld zu schätzen, und anzunehmen sey? handelt, nach Büsch, Flörke, in d. Münzkunst, S. 827 ff. — Von dem *östreichischen* Papiergeld, s. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 203, 228 ff.

§. 343.

Und 2) Nothmünzen. Medaillen u. Spielpfennige.

I) Nothmünzen oder Nothklippen, die als blofse MünzSymbole für Nothfälle, z. B. in Kriegsgefahr, während einer Belagerung (moneta obsidionalis), auf Kriegsschiffen, u. d. geprägt werden, gelten, meist als gezwungene, unverzinsliche Staatsanleihe, nur für die Zeit der Noth, und mit Vorbehalt der Eigenthums- und Entschädigungsrechte a). Auch dürfen sie, in der Regel, unter dem Stempel eines fremden Münzherrn nicht geprägt werden b). II) Medaillen, Schau-, Preis-, Denk- oder Gedächtnifsmünzen, Jetons, Zahl-, Spiel- und Rechenpfennige, haben keinen bestimmten Münzwerth, und sind nicht bestimmt für den Verkehr; sie werden auch nicht durchgehends aus Gold oder Silber geprägt. Ihre Fabrication kann bürgerliches Gewerbe seyn, unter landesherrlicher Concession, Censur und polizeimäsiger Einschränkung. Nicht leicht wird dazu, einem Medailleur, der Gebrauch eines Streckwerks, Schneidewerks und Anwurfs erlaubt c), sondern nur das Prägen auf dem Prägestock mit dem Hammer.

a) Hubertsb. Friede v. 1763, Art. 7. u. art. sép. 2. in v. Martens Recueil, I. 75. 77. Knipschild de jurih. et privil. civit. imperial., lib. II. c. 16. §. 37. u. 112. Flörke's Münzkunst, S. 831 f. Köhler's Münzbelust., Register voc. Nothmünzen. — Nothmünzen in dem *siebenjährigen Krieg* (Ephraimiten), unter kursächsischem, preussischem, anhalt-bernburgischem etc. Stempel. v. Praun, 163 ff. Klotzsch Versuch e. kursächs. Münzgeschichte, Th. II (1780), S. 840. — 914. Allgem. deutsche Biblioth., Bd. 105, S. 137. 139. v. Struben-

ser's Abhandlungen über wicht. Gegenstände d. Staatswirthsch., Bd. III, S. 565 u. 572 f. Grellmann's Staatskunde von Teutschl., I. 91. 105. Moser v. Reichstagsgesch., 1411. 1419. (Klotzsch) Kursächs. Münzgesch., 840 — 914. — Potemkin's Nothmünzen, aus zu Jassy erorbertem Geschütz. Flörke's Münzkunst, S. 597. — *Schwedische Mynttecken* (Münzzeichen, les Dieux de Görtz) unter Karl XII. 1715 — 1718. v. Praun, 372. Köhler, VI. 233. Büsch Welthändel, 269. F. Schlichtegroll's Annalen der gesammten Numismatik, Bd. II, Heft 1 (1806), S. 41 — 47. — Das französische papierne *Revolutionsgeld*.

b) Vergl. C. C. C. (Halsgerichtsordn. Carls V.) Art. 111. Gerstlacher, IX. 1589. Kaiserl. MünzEdict v. 13. Aug. 1759, §. 3; ebendas. 1589. Streit deſshalb in dem siebenjährigen Krieg, gegen Preussen. Moser's Versuch des neuesten europ. Völkerr., VIII. 46.

c) Moser von Reichstagsgeschäften, 1386. De Bünau diss. cit. c. c. 3. §. 13. — Krönungs-, Jubiläums-, Vermählungs-, Sieges- u. d. Schaumünzen.

§. 344.

Ehemaliger ReichsMünzfuſs.

I) Die dritte und letzte eigentliche Reichs-Münzordnung, von 1559 *a*), bestimmte das Verhältniſs zwischen Gold und Silber, wie 1 zu 11½ *b*), so daſs die Mark fein in Silber zu 10 Fl. 13½ Kr. in den groben Sorten ausgeprägt werden sollte; welches jetzt der alte Reichsfuſs heiſst. II) Man bemerkte bald, daſs jenes Verhältniſs nicht ganz angemessen sey. Es entstand mannigfaltige Münzveränderung *c*) und Verwirrung *d*). Endlich ward, nach vielfachen ComitialVerhandlungen *e*) und Reichsgesetzen *f*), insbesondere von 1566 bis 1576, und 1667 bis 1689, III) durch die Reichsschlüsse vom 15. April 1737 und 1. Sept. 1738 *g*) der Achtzehngulden- oder Leipziger Münzfuſs (s. folg. §.), mit Bestimmung des äuſsern Werths des Ducaten zu vier Gulden, zu einem allgemeinen ReichsMünzfuſs provisorisch erhoben; doch so, daſs unter die groben Silbersorten auch die halben, die Achtel-,

Viertel- und ZwölftelThalerstücke gehören sollten. Alle diese Anordnungen waren aber, ungefähr vier Jahre nach ihrer Entstehung, völlig kraftlos geworden, besonders dadurch, dafs etliche andere, zu reichsgesetzlicher Bestimmung ausgesetzte Puncte, namentlich derjenige des Scheidemünzwesens, unerledigt blieben [h]). Daher hielt kein Münzherr sich verpflichtet, nach dem leipziger Münzfufs zu münzen; und eine übernommene Verbindlichkeit, in reichsconstitutionsmäsigen Münzsorten zu zahlen, war im Zweifel auf den leipziger Fufs nicht einzuschränken [i]). IV) Die, während des siebenjährigen Kriegs (1756—1763), überhand genommene Münzverwirrung (§. 343, a), veranlafste ein kaiserliches Münz-Edict vom 13. August 1759; eine compendiarische Wiederholung und Erneuerung der bisherigen Reichsmünzgesetze [k]), gröfstentheils ohne Erfolg. V) Auch ein MünzProbationsTag, welchen die drei correspondirenden Reichskreise, Franken, Schwaben und Baiern, nebst Oestreich, vom 23. Februar 1760 bis zu dem 18. April 1761 zu Augsburg hielten, hatte, aufser dem, dafs die meisten Stände dieser Kreise sich zur Annahme des ZwanzigGuldenfufses geneigt erklärten, nicht die beabsichtigte Wirkung [l]). Doch ward durch seine Bestimmungen der Grund gelegt, zu dem nachher im gröfsten Theil von Teutschland angenommenen ConventionsMünzSystem [m]).

a) Steht in der Neuen Sammlung der ReichsAbsch., III. 186. Hirsch M. A. I. 383. Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, IX. 1477 ff. u. bei Schmauss. — Die *MünzProbirordnung*, ebenfalls von 1559, s. bei Hirsch, I. 405. Gerstlacher, IX. 1574 ff. u. Schmauss. — Man hat noch *zwei ältere* eigentliche ReichsMünzordnungen, v. 1524 u. 1551. v. Praun, 81 u. 90. Nach Gerstlacher (corp. juris publ., I. 375.), wäre die von 1551 nicht publicirt worden; es erhellet aber das Gegentheil aus einem vor mir liegenden «Extract aus der Kay. Mt. münz-«ordnung Anno etc. LI. im Reich publiciert»; welchen die Stadt Strasburg vor 1559 auf einer Quartseite hat drucken lassen.

h) v. Praun, 96 ff. Eigentlich circa 11 $^{43}/_{100}$.

c) Pütter's Lit. III. 570. Klüber's Lit. 436. v. Praun, 108. Brodhagen's Abh. in d. histor. Portefeuille 1787, St. III, 1265 ff. — Nach dem Schlufs der *obern Kreise* v. 1665, sollte das *Verhältnifs* seyn, wie 1 zu 14¼. Hirsch, IV. 349, 362. v. Praun, 120. — Nach dem *Zinnaischen* Fufs (so benannt von einem sächsisch-brandenburg- und braunschweig-lüneburgischen, im Kloster Zinna geschlossenen Verein von 1667), ist Gold zu Silber, wie 1 zu 13⅘ oder circa 14 15/100. Der zinnaische ist ein 10½ Thaler- oder 15¾ GuldenFufs, weil die Mark feinen Silbers so hoch sollte ausgebracht werden. Ganze Thaler wurden nicht geprägt, wohl aber ⅔ Thaler- oder Guldenstücke. Dieser Fufs artete bald in einen 16 Guldenfufs aus; er verbreitete sich fast allgemein. Hirsch, V. 24. Moser von Reichstagsgesch., 1396. v. Praun, 121. 184. Pütter's Lit. III. 571.

d) Von der *Kipper-* und *Wipperzeit* 1603 — 1623, s. Köhler, II. 231. v. Praun, 110. Pufendorf, T. II, obs. 25. Klotzsch Versuch e. chursächs. Münzgeschichte, Th. II, S. 463 u. f. Pütter's Lit. III. 571. Klüber's Lit. 437.

e) Davon s. H. G. Franke's Vorr. zu Göbel's Abhandlungen aus d. Staatsr. (1737. 8.), 17 ff. v. Praun, 129. Moser v. Reichstagsgesch., 1389 ff.

f) Gerstlacher, IX. 1487 ff. v. Praun, 129, Note r.

g) Gerstlacher, IX. 1512. 1514. Auch bei Schmauss. — Die *Reduction* nach diesen Reichsschlüssen, s. bei Gerstlacher, IX. 1514 ff. v. Praun, 149. Pütter instit. juris publ. germ., §. 343. sq.

h) (Cleynmann's angef. Materialien, S. 292 — 294. Kaiserliche *Wahlcap.* v. 1742 u 1792, IX. 4. Gerstlacher's corp. juris publ., I. 418. Gerstlacher's Handb., IX. 1511, Note ***, 1523, 1527. Moser a. a. O. 1402. — Doch wird in dem kaiserl. MünzEdict v. 1759, §. 1, die *Beobachtung des Reichsschlusses* v. 15. Apr. 1737 *eingeschärft*. Die *rückständigen* BerathschlagungsPuncte wurden von dem Kaiser in Erinnerung gebracht, durch CommissionsDecrete v. 16. Oct. 1745, 4. Nov. 1766 u. 1767. Gerstlacher, IX. 1526. Moser v. Reichstagsgesch., 1405, 1422. — Der Reichsschl. v. 1738 nahm den leipziger Münzfufs an, ohne Beachtung dafs seit 1690 das Verhältnifs zwischen Gold und Silber sich merklich geändert hatte; in Spanien, Holland und Frankreich stand es wie 1 zu 14. Nicht ohne bedeutenden Nachtheil für Teutschland, kamen seitdem besonders die franz. Louisd'or daselbst häufig in Umlauf.

i) *Reichsschl.* v. 16. Dec. 1775, §. 34. Moser's Rechtsmat., XIX, 506 ff.

k) Faber's neue St. C., II. 107 ff. Moser a. a. O. 1412, v. Praun, 166 ff. Gerstlacher, IX. 1529. — Dieses MünzEdictes ward in Josephs II. Wahlcap. IX, 2, erwähnt, dieselbe Stelle aber

1790, als gegen die Stimmenmehrheit eingeschoben, weggestrichen. *Kurf. Wahlprotoc.* v. 1790, I. 478. — Von der *Münz-Anarchie* in d. *siebenjährigen Kriege*, s. oben §. 343, Note a.

l) Gerstlacher, IX. 547 ff. Die Protocolle stehen in Hirsch Münzarchiv, VIII. 283—336. MünzPatent der 3 obern Kreise, Franken, Baiern u. Schwaben, v. 21. März 1761. Mit Kupf. gr. Fol.

m) Hirsch, VIII. 336. (Cleynmann's) Materialien, S. 187 f. Vergl. unten, §. 346*, Note e.

§. 345.

Kreis- und TerritorialMünzfüfse.

1) *Leipziger Münzfufs.*

Durch Kreis- und TerritorialMünzConventionen a) und Verordnungen, wurden verschiedene von der ReichsMünzordnung abweichende Münzfüfse eingeführt. Die merkwürdigsten sind: I) der leipziger Münzfufs von 1690, ein SilberMünzfufs, durch einen Recefs zwischen den Häusern Kursachsen, Kurbrandenburg und BraunschweigLüneburg festgesetzt b); dem nachher Schweden wegen seiner teutschen Lande c), und gewissermasen auch Kurmainz, Kurtrier, Kurpfalz und Frankfurt beitraten. Er sollte sogar ReichsMünzfufs seyn (§. 344). Aber selbst die ursprünglichen Paciscenten befolgten ihn schon in der letzten Zeit der teutschen Reichsverbindung nicht mehr durchgehends, und er ist seit 1817 ganz aufser Gebrauch gekommen (§. 339 a, b). Es ist ein AchtzehnguldenFufs, zu 12 Thaler oder 18 Gulden auf die feine Mark, die Scheidemünzen hingegen zu 13 Thaler, den Thaler zu 2 Gulden oder 120 Kreuzer gerechnet d). Der Goldwerth erhielt, bei Gründung dieses Münzfufses, keine Bestimmung e).

a) Verschiedene hier nicht genannte, s. in Moser's nachbarl. Staatsr., 382 f.

b) MünzRecefs zu Leipzig, 16. Jan. 1690, bei Hirsch, V. 260. Lünig's R. A., P. spec., Sachsen, 235. — Darauf folgte so-

gleich der *Torgauer* MünzRecefs, v. 28. Febr. 1690, die Scheidemünze betr., in (Klotzsch) kursächs. Münzgesch., II. 696, in Faber's St.C. LXXII. 227, und auszugweise ebendas. LXIX. 610. Daher wird der leipziger Münzfufs zuweilen der «leipziger und torgauer» genannt. — Für Scheidemünze, nimmt der torgauer Recefs einen eigenen Fufs an.

c) MünzRecefs zwischen Schweden und Brandenburg, v. 4. Jul. 1690, bei Hirsch, V. 282. v. Praun, 135.

d) v. Praun, 131 ff. 185. Klotzsch a. a. O. II. 668 ff. Flörke's Münzkunst, S. 399 ff.

e) Graumann (Vernünft. Vertheidigung des Schreibens, die deutsche u. anderer Völker Münzverfafs. betr., 1752, S. 11) behauptete, man habe bei dem leipziger Münzfufs stillschweigend den Ducaten zwei SpeciesThaler gelten lassen, und dadurch das Verhältnifs zwischen Gold und Silber angenommen, wie 1 Gold gleich $15\frac{1}{10}$ Silber; eigentlich aber berechnet sich, nach jener Angabe, das Verhältnifs zu 1 Gold gleich $15\frac{5}{71}$ Silber.

§. 346 a.

2) *Conventions- oder ZwanzigguldenFufs.*

II) Der eigentlich so genannte Conventions-Fufs ward festgesetzt, durch eine MünzConvention von 1753, zwischen Oestreich und Baiern *a*). Es ist ein ZwanzigguldenFufs. Die Ausmünzung der feinen Mark Silbers, ward festgesetzt, in allen Sorten, von dem SpeciesThaler bis zu und mit dem Groschen oder DreikreuzerStück herab, zu 20 Gulden oder $13\frac{1}{3}$ Reichsthaler; die Ausbringung der cölnischen Mark feinen Goldes, aber zu 283 Fl. 5 Kr. $3\frac{47}{71}$ Pf. Hiedurch erhielt der Ducat den äufsern Werth von 4 Gulden 10 Kreuzer, und der ConventionsSpeciesThaler denjenigen von 2 Gulden; womit sich das Verhältnifs zwischen Gold und Silber bestimmte, netto zu 1 Gold für $14\frac{11}{71}$ Silber. Auch Salzburg trat dieser Convention bei *b*). Aber Baiern kündigte dieselbe schon 1754, Salzburg 1755, förmlich auf *c*). Dagegen erklärte der schwäbische Kreis sich beifällig *d*). Auch die drei Kreise, Franken, Baiern

und Schwaben e) vereinigten sich 1761, mit Verwerfung des leipziger Fuſses, zu dem ConventionsFuſs; jedoch, in Ansehung des äuſsern Werthes oder der Zählungsart, provisorisch mit dem Unterschied wie 5 zu 6, daſs nämlich dem ConventionsThaler der äussere Werth zu 2 Fl. 24 Kr., dem Ducaten zu 5 Fl., und so nach Verhältniſs bei den übrigen Gold- und Silbersorten, beigelegt werden sollte. — Früher schon hatte der kurrheinische Kreis, zuerst provisorisch, durch Beschluſs vom 8. Oct. 1759, den ConventionsFuſs angenommen, definitiv aber durch Beschluſs vom 9. Jan. 1760, mit Festsetzung der Art und Weise, und zwar ohne Erwähnung einer Zählungsart nach dem 24Guldenfuſs f). — Fünf im Münzwesen correspondirende Reichsstände, Kurmainz, Kurtrier, Kurpfalz, HessenDarmstadt und Frankfurt, überzeugt von der groſsen Schädlichkeit der Isolirung und Verwirrung in dem Münzwesen, errichteten zu Frankfurt am 22. Febr. 1765 einen Münzverein, daſs sie den ConventionsMünzfuſs als Richtsatz künftiger Vermünzungen und Valvirungen beobachten wollten g); welches sie durch einen zweiten Verein vom 9. Jan. 1766 zu Worms bestätigten, nur mit Zulassung des 24Guldenfuſses als bloſser Zählungsart im Handel und Wandel, auſserhalb der herrschaftlichen Abgaben und künftiger Capital- und Wechselzahlungen h). Endlich genehmigten auch Kaiser und Reich (die ReichsStaatsgewalt) im J. 1775 dieses Conventions-MünzSystem, indem sie die Entrichtung der Kammerziele im 20Guldenfuſs geboten i). Nunmehr, seit dem 1. Nov. 1817, münzt auch Hannover nach demselben (§. 339 a, b). — Nach dem ConventionsMünzsystem, ist in Silber der conventionsmäsige SpeciesThaler oder ConventionsThaler die NormalMünze, das heiſst, diejenige Münze, nach welcher, in Hinsicht auf Gewicht und Feingehalt (Schrot und Korn), alle übrigen SilberGeldsorten zu schätzen sind. Wesentlich ist zwar nicht, daſs alle Sorten von gleich hoher Feinheit seyen; sie sind aus verschiedenartig legirtem Silber (aus den §. 341

angegebenen Gründen) geprägt, z. B. die ganzen, halben und ViertelConventionsThaler aus 13⅓ löthigem Silber, zu beziehungsweise 8⅓, 16⅔ und 33⅓ Stück auf die rauhe Mark, die so genannten Kopfstücke (20 oder 24 Kr. Stücke) aus 9⅓ löthigem Silber, die halben Kopfstücke (10 oder 12 Kr. Stücke) aus 8löthigem Silber, wovon beziehungsweise 35 und 60 eine cölnische Mark wiegen. Aber eine Hauptbestimmung dieses Systems ist, dafs in allen Sorten gleichviel feines Silber gegeben werde, nämlich eine Mark cölnisch ganz feinen Silbers in jeder Zahlung von 20 Gulden, gleichviel in welcher Geldsorte dieselbe geleistet wird [k]); es mag also, nach dem Ausdruck des 10. Art. der Convention, «Jedermann gleichgültig seyn, mit was für Silbermünze er bezahlt wird».

a) Die Convention v. 21. Sept. 1753, bei Hirsch, VI. 398. Gerstlacher, IX. 1531. Moser v. Reichstagsgesch., 1409. — v. Praun, 156. 184. 189. (Cleynmann's) Materialien, S. 181 — 271. Flörke's Münzkunst, S. 414—430. Vergl. oben §. 339. — Von dem Schlagschatz, den Münzkosten, u. dem so genannten MünzRegal (Gewinn bei der Ausmünzung) bei der ConventionsMünze, s. Flörke, S. 637 ff. Busse Kenntnisse u. Betracht. des neuern Münzwesens, Th. I, S. 194 ff.

b) Hirsch, VIII. 480.

c) Hirsch, VI. 436. v. Praun, 159. 169. 180 f. Gerstlacher, IX. 1531. Note *). — *Baiern* bestätigte vorläufig den ConventionsMünzfufs, durch ein Edict v. 28. Febr. 1809.

d) Hirsch, VI. 389.

e) Münzabschied der 3 Kreise zu Augsburg, 6. Mai 1761, bei Hirsch, VIII. 336. Gerstlacher, IX. 1547. Vergl. §. 344, V.

f) Hirsch, VIII. 131 u. 257, verglichen mit VII. 517. v. Praun a. a. O. S. 181, nennt diesen kurrheinischen Kreisschlufs einen kur- und oberrheinischen. Vergl. auch Gerstlacher, IX. 1547, Note *.

g) Bei Hirsch, Th. VIII, u. mit Bemerkungen, in (Cleynmann's) Materialien, S. 190 ff.

h) Bei Hirsch a. a. O., u. in den angef. Materialien, S. 303 ff. — Eine Uebersicht der allmähligen *Verbreitung* des ConventionsMünzsystems, findet man ebendas. S. 461 — 463 u. 474. — Ein

Verzeichnifs der *ConventionsGeldsorten*, mit ihrem Schrot und Korn, ebendas. S 225.

i) Reichsschlufs v. 16. Dec. 1775, §. 34. Moser's Rechtsmaterien, XIX. 514 f. Vergl. v Cramer's wetzlar. Nebenst., LII. 9. — Von *Kammergulden*, s. oben §. 339°, Note a.

k) So auch, übereinstimmend mit der östreich-baierischen Convention, der angef. Münzverein v. 1765, Art. 6 u. 7. (Cleysmann's) Aphorismen, S. 10 u. f.

§. 346b.

3) *Kurbrandenburgischer* 21 *GuldenFufs.*

III) Die Voraussetzung, dafs zu Verhinderung der Ausfuhr des Goldgeldes, ein niedrigeres Verhältnifs zwischen Gold und Silber, als 1 zu 14, anzunehmen sey, und die Meinung, dafs zu Verhütung der Ausfuhr des Silbergeldes, dasselbe nicht aus einer höheren als der zwölflöthigen Silbergattung zu münzen sey, führten König Friedrich II. von Preufsen zu der Annahme des Verhältnisses von 1 Gold für $13^{11}/_{12}$ Silber. Sie begründeten, seit 1750 und (verbessert) 1764, den kurbrandenburgischen (d. h. anfangs blofs für Brandenburg eingerichteten) Münzfufs, jetzt bekannt unter dem Namen des preufsischen Courant, und nach dem damaligen Münzdirector Graumann zuweilen der graumannische genannt a). Derselbe ist ein Ein und zwanzig GuldenFufs, die feine cölnische Mark Silber zu 14 Thaler b), in ganzen Thalerstücken, und in $^1/_2$, $^1/_3$, $^1/_6$ und $^1/_{12}$, auch, in den 1790ger Jahren, in den Fürstenthümern Ansbach und Baireuth, in $^2/_3$ Thalerstücken. Durch neuere Gesetze c), hat dieses Münzsystem gröfsere Entwickelung, und Zusätze von Scheidemünzen von anderem Schrot und Korn d) erhalten.

a) Königl. preufs. Edict. v. 29. März 1764, wo jedoch dieser Münzfufs vom Jahr 1750 datirt wird, bei Hirsch, VIII. 428. v. Praun, 154 ff. Flörke's Münzkunst, S. 401—414. Klotzsch kursächs. Münzgeschichte, Th. II, S. 823. Gerhardt's Handb. der Münz-, Maas u. Gewichtkunde (1788), §. 152. Joh. Phil.

Graumann († 1762) war der Urheber. Pütter's Lit. II. 169. III. 572. Pütter's hist. Entwick., III. 70. (Cleynmann's) Materialien, S 182ff. u. 429—431.

b) Der *Thaler* preufs. Courant, in seiner vollkommenen Ausmünzung, und ohne Abzug des ursprünglich gestatteten Remediums am Schrot, wird auf höchstens 1 Gulden 42 6/7 Kreuzer des 24 Guldenfusses geschätzt, in (J. E. Liebhold's) Nachweisung einiger der neuern auffallendsten MünzValvationsDivergenzen (Sine l. et a., aber Frankf. a.M. 1821. 8), S. 4. Aber bei dem Anschlag der feinen Mark Silber zu 24½ Gulden des Conv. Fusses, berechnet sich der Thaler zu 1 Gulden 45 Kr. — Nassau hat ihn 1821 valvirt auf 1 Gulden 45 Kr. HessenDarmstadt 1819 auf eben so hoch, nachher (1820) aber den ganzen Thaler auf 1 Fl. 42 Kr., das ⅓ Thalerstück auf 34 Kr., das ⅙ Thalerstück auf 17 Kr., das 1/12 Thalerstück auf 8½ Kr. Ebendas. S 5—7. In der königl. sächsischen ValvationsTabelle v. 16. Sept. 1819, wurden die preufs. Thalerstücke nach den verschiedenen AusmünzungsPerioden verschieden geschätzt: 1) v. 1764 bis und mit 1769, 2) v. 1770 bis und mit 1779, 3) v. 1800 bis u. mit 1809 excl. 1804, 4) v. 1780 bis und mit 1799, dann 1810 bis u. mit 1818; in dieser letzten Periode, nach dem 24 Guldenfufs berechnet, auf 1 Gulden 41¼ Kreuzer. — Nach dem in dem preufs. Edict v. 1764 angenommenen Verhältnifs zwischen Gold und Silber, ist der *Friedrich-d'or*, als die eigenthümliche Goldmünze des Staates, zu 5 Thaler gerechnet, einerlei mit 4 Bankpfund Pr. Bis auf das Gesetz v. 30 Sept. 1821, ward seine gesetzmäsige Beschaffenheit angegeben auf 35 Stücke aus der rauhen cöln. Mark, des Gehaltes von 21 Karat 9 Grän (21¾ Karat), d. i. 261 Grän feinen Goldes Gerhardt's Münz-, Maas- u. Gewichtkunde (Berlin 1788), S. 144 f. Aber durch das angef. Gesetz, §. 1, ist festgesetzt, dafs derselbe, «wie bisher», zu 35 Stücken aus der rauhen Mark geprägt, und in dieser Mark 260 Grän feinen Goldes enthalten seyn sollen, d.i. 21 Karat 8 Grän (21⅔ Karat), also 1 Grän weniger, als oben.

c) Neuere Münzgesetze für die preufs. Staaten, v. 13. Dec. 1811, 28. Febr. 1816, u. 30. Sept. 1821; in der Gesetzsamml. für die preufs. Staaten, 1811, S. 373; 1816, S. 118; 1821, S. 159; auch in (Cleynmann's) Materialien, S. 389, 401 u. 420. CabinetsOrdre v. 25. Oct. 1821, in d. Gesetzsamml., 1821, S. 184, u. in den Materialien, S. 443. Bekanntmachung wegen des Werths *fremder* Geldsorten gegen preufs. Geld, mit e. VergleichungsTabelle, v. 27. Nov. 1821, in d. Gesetzsamml. 1821, S. 190, u. in den Materialien, S. 444.

d) Durch das Gesetz v. 30. Sept. 1821, ward die Ausmünzung von

$^{1}/_{12}$, $^{1}/_{3}$ u. $^{1}/_{2}$ Thalerstücken eingestellt, und eine neue Münzsorte als Scheidemünze eingeführt, *Silbergroschen* genannt, 30 ganze und 60 halbe auf einen Thaler, aus der $3^{5}/_{6}$ löthigen Silbergattung (3 Loth 10 Grän), so dafs darin die Masse aus 2 Theilen Silber und 7 Theilen Kupfer besteht, und die Mark fein zu 16 Thaler ausgemünzt wird, sonach in 30 Stücken ein Loth feines Silber sich befindet, statt dafs in einem Thaler preussischer grober Münze $1^{1}/_{7}$ Loth feines Silber enthalten sind. Gegen preussisches CourantGeld, hat also diese neue Scheidemünze einen mindern Werth von $12^{1}/_{2}$ pro Cent. Beabsichtigt ward damit, eine neue *MünzBerechnungsart*, zunächst für die öffentlichen Cassen, und mit der Zeit auch für die Einwohner, denen im Privatverkehr jede bisher erlaubte Berechnungsart, durch das Gesetz ausdrücklich auch fernerhin gestattet ward. Vergl. die Bemerkungen in den angef. Materialien, S. 427 ff.

§. 346.

4) Der ober- u. kurrheinischen Kreise $24^{1}/_{2}$ Guldenfufs. 5) 24 Guldenfufs. 6) Verbreitung des Conventions-Systems.

IV) Im Widerspruch mit der gesunden MünzPolitik, und mit den eigenen, vorlängst angenommenen Grundsätzen des ConventionsSystems, billigte der oberrheinische Kreis, durch ein Edict vom 29. April 1793, einen $24^{54}/_{100}$ Guldenfufs, indem er, auf östreichisches Ansinnen in dem damaligen Reichskrieg, dem brabanter Thaler oder niederländischen Kronenthaler für 2 Gulden 42 Kreuzer des 24Guldenfusses Umlauf gestattete [a]); während demselben, selbst in seiner vollkommenen niederländisch-gesetzmäsigen Beschaffenheit, nur ein Zahlwerth von 2 Gulden $38^{2}/_{5}$ Kreuzer des 24Guldenfufses zukommt, und er darum auch in den östreichischen Staaten nur auf so hoch, auf 2 Gulden 12 Kreuzer des 20Guldenfufses, tarifirt ist. Doch ward bei jener Werthbestimmung des Kronenthalers, die Beibehaltung des Conventions-Fufses im Uebrigen, ausdrücklich für unabänderlich, mithin jene nur für eine Ausnahme von der Regel

erklärt. Durch ein Edict vom 14. Mai 1793, erklärte auch der kurrheinische Kreis seine Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des oberrheinischen. In der neueren Zeit prägte auch Baiern Kronenthaler, die, bei einem äussern Werth von 2 Gulden 42 Kreuzer, einen 24½ Guldenfuſs bilden (unten §. 347 [b], Note c). Auch ist Baden, in Guldenstücken, diesem Münzfuſs gefolgt [b]). V) Der so genannte Vierundzwanzig Guldenfuſs ist bloſs eine abweichende Zählungsart des ZwanzigGuldenfuſses (§. 339), kein eigener Münzfuſs. Er ward seit der um die Mitte des 18. Jahrhunderts eingetretenen Münzverwirrung, im gemeinen Verkehr, statt des reichsgesetzlich vorgeschriebenen 18 Guldenfuſses, hauptsächlich in oberteutschen Ländern, zu Frankfurt a. M., am Niederrhein, und in einem Theil von Westphalen [c]), auch da üblich, wo man nach dem 20Guldenfuſs münzte, indem man die nach diesem geprägten Münzen, im Verkehr nach dem 24Guldenfuſs zählte (§. 346 [a]), und neben dem letzten hie und da auch den 20Guldenfuſs, besonders bei Wechselpreisen, gebrauchte. VI) Am weitesten verbreitete sich in Teutschland, auch in der Ausmünzung, der Conventions- oder 20 Guldenfuſs, theils in der eigenen, theils in der Zählungsart von 24 Gulden [d]). Nicht bloſs darum, auch wegen der Aechtheit, Bestimmtheit, Zweckmäsigkeit und Abgeschlossenheit seiner Grundsätze, wäre allgemeine, vollständige Annahme und gewissenhafte Beobachtung desselben zu wünschen [e]).

a) (F. Cleynmann) Ueber das Münzwesen (Frankf. a. M. 1802. 8.), S. 20 ff. *Ebendess.* angef. Aphorismen, S. 176, 183 ff. 377 ff. u. 382 ff. *Ebendess.* Materialien, S. 377. — In der königl. sächs. ValvationsTabelle v. 27. Apr. 1816, ward der brabanter Thaler gesetzt auf 1 Thaler 11 Gr. des 20 Guldenfusses, d. i. 2 Gulden 37½ Kr. rheinisch oder des 24 Guldenfusses. Aphorismen, S. 38 u. 183 ff. In der preuſs. Verordn. v. 28. Febr. 1816, ist er valvirt auf 1½ Thaler preuſs. Cour., mithin, 24 Thaler für 24 Gulden gerechnet, auf 2 Gulden 34 2/7 Kr. des 24 Guldenfusses;

hingegen in der VergleichungsTabelle bei der preufs. Bekanntmachung v. 27. Nov. 1821, auf 1 Thaler 15 Silbergroschen 2 Pf. (1 ½ Thlr. Cour. u. 2 Pf.)

b) Ungefähr nach dem oben angegebenen 24⁵⁴/₁₀₀ Fufs, sind grofsherzoglich-*badische* Guldenstücke von 1821 gemünzt, die für 1 Gulden des 24 Guldenfusses umlaufen. Denn 1 Stück ward 3562 Richtpfennige schwer, und 12 Loth fein gefunden, also die feine Mark cölnisch zu 24 ⁸/₁₅ Gulden ausgebracht. Diese Geldsorte, in dem erwähnten Zahlwerth angenommen, giebt einen Verlust von 2⁴/₂₃ pro Cent. — Früher schon hatte der badische Münzrath J. G. Dieze den Vorschlag gethan, den circa 24 ½ Guldenfufs als NormalMünzfufs anzunehmen, jedoch zugleich den Kronenthaler auf den äussern Werth von 2 Fl. 38½ Kr. herabzusetzen. Man s. dessen Geschichtl. Darstellung des alten u. neuen teutschen Münzwesens, u. Vorschläge zu Gründung e. dauerhaften Münzverfass. in den t. Bundesstaaten. Weimar 1817. 101 S. 8. (Auch in Luden's Nemesis, Bd. IX, St. 3.) *Ebendess.* Vertheidigung dieser Schrift, nebst e. Anhang. Mannh. 1822. 8. Dawider s. man jedoch die Recensionen in der Hallischen allgem. LiteraturZeitung, 1818, S. 625 — 640, u. 1822, Num. 77.

c) Dieser Münzfufs, bekannt auch unter dem Namen der *rheinischen Währung*, war im J. 1758 schon im Gang, in den Ländern der fünf (im Münzwesen) correspondirenden Reichs- und Kreisstände, Kurmainz, Kurpfalz, Kurtrier, HessenDarmstadt, Frankfurt. (Cleynmann's) Materialien, S. 187. — *Frankfurt* ist, durch sein merkantilisches Uebergewicht, in weitem Umkreis tongebend für kaufmännische Werthbestimmung der umlaufenden Münzen.

d) Verzeichnifs der Länder, welche das ConventionsMünzsystem angenommen haben, in (Cleynmann's) Materialien, S. 461 ff. v. Praun, S. 189 u. f.

e) Aber so, dafs nicht nur die Mark feinen Silbers für den durch die Convention bestimmten Zahlwerth geprägt, sondern auch die verschiedenen Geldsorten nach dem vorgeschriebenen Gewicht und Feingehalt (Schrot und Korn) gemünzt werden. Zugleich möchte entweder durchaus gleichförmige conventionsmäsige Werthbestimmung des Kronenthalers, oder gänzlicher Verruf desselben nöthig seyn, um die MünzAnomalie gründlich zu heben, die durch dessen Umlauf nach verschiedenartiger Werthbestimmung zeither verursacht worden ist. — Von der Verbreitung des ConventionsMünzsystems, und von den Mitteln zu Herstellung der Ordnung in dem Münzwesen Teutschlands, s. man die angef. Materialien, S. 461—478.

§. 347 a.

Staatsbefugnisse in Ansehung des Münzwesens.

Jedem Souverain des teutschen Bundes gebührt, auch in Münzsachen: I) die Oberpolizei [a]) und Gesetzgebung, die sich wirksam zeigt, in Münz-Edicten und Patenten, iu Bestimmung des Münzfufses, und der Geldsorten, auch ihrer Abstufungen (coupures), damit bequeme Ausgleichung im Verkehr statt haben könne [b]), in dem Verbot des Aufgeldspiels (Agiotage), des Einschmelzens der Münzen, des Eingangs fremder, und der Ausfuhr guter Münzsorten, in Festsetzung, Erhöhung, oder Herabsetzung (Abwürdigung) ihres Zahlwerthes (Valvations- und Devalvations-Tabellen), in Handhabung der Münzordnung durch fleifsiges Wardiren (Probiren) des umlaufenden Geldes durch verpflichtete, sachkundige und gewissenhafte Münzwardeine, in Verrufung und Einrufung schlechter oder dem geltenden Münzsystem nicht angemessener Münzsorten, in Verfügung ihrer Ummünzung, in Beschränkung des Gold- und Silberverkaufs, in Bestimmung, wie es bei Bezahlung der Geldschulden, nach einer Münzveränderung, soll gehalten werden [c]), u. d. m. II) Die richterliche Gewalt, in bürgerlichen und peinlichen Sachen der bei dem Münzwesen angestellten Personen, in Münzstreitigkeiten und Münzverbrechen [d]). III) Auch steht in dem durch das eigene Staatsinteresse bestimmten Willen des Souverains, ausländischen Münzen, Staatspapieren und Papiergeld, auch Land- und Scheidemünzen, in seinem Lande Curs, mit oder ohne Selbstbestimmnng ihres Zahlwerthes, zu gestatten, oder zu versagen [e]).

a) Brust, 137. Moser von Reichstagsgesch., 1435. *Ebenders.* von d. Landeshoheit in Polizeisachen, 396 ff. v. Berg's Polizeirecht, III. 541.

b) (Cleynmann's) Materialien, S. 227, 431 ff., 258 u. 340.

c) Beispiele, s. in Faber's StaatsCanzley, LXX. 543. 569. 592.

610. 615. u. in Faber's neuer St. C., X. 376. XVI 410. XVII. 282 ff. 303. 366 ff. XXIV. 274. XXVII. 455. Von dem Königreich Sachsen, s. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 767. Von Kurbraunschweig, s. Strube, Th. III, Bed. 2. Oesterreich. Münzverordnung v. 1. Sept. 1783, wodurch der Zahlwerth gewisser Geldsorten, sogar über den ConventionsFufs erhöht wird, in Reuss Staatsk., IV. 192. — *Aechte* und *falsche*, *gangbare* und *ungangbare*, *verrufene* und *unverrufene*, auch *herabgesetzte* oder *gefallene* Münzsorten. Bei eingerissener Unordnung im Münzwesen, ist das Uebel selten anders gründlich zu heilen, als durch allgemeine, jedoch behutsame, Verrufung und Ummünzung des alten Geldes. Flörke's Münzkunst, S. 630 ff. 801 ff. 837.

d) Schriften in Klüber's Lit. §. 1332. Moser's Justizverf., I. 704. de Bünau diss. cit. c. 3. §. 26. — Die teutschen Reichsgesetze eiferten wider alle Arten von *Münzverbrechern*, wider unberechtigte Münzer, Münzmeister, die pflichtwidrig münzen, Münzfälscher, Granalirer, Seigerer, Ringerer, Beschneider, Schwächer, Wäscher, Schmelzer, Abgiesser, Auswieger, Auszieher, Aufwechsler, Ausführer, u. d. Beust, S. 304 — 362. Moser a. a. O. 1413. — Durch genaues *Justiren* (§. 338, b) wird dem *Wippen* (Abwägen, Einschmelzen und Verhandeln der zu schweren Münzstücke), durch kunstvolles Gepräge dem *Kippen* (Beschneiden) vorgebeugt, so wie auch der *falschen* Münze. Schlözer's Staatsanz., XLVII. 315 f.

e) Oben §. 341, a. Moser's nachbarl. Staatsr., 383—388. Moser's Versuch des neuesten europäischen Völkerr., VIII. 15 ff. Rousset recueil de mémoires, X. 56 f. Klüber droit des gens moderne de l'Europe, §. 73.

§. 347 b.

Das MünzRegal, kein lucratives. Schlagschatz.

I) Da die Hauptmasse des Geldes bestimmt ist, im Welthandel zu gelten (§. 335), so sollte diese Bestimmung Hauptgesichtpunct seyn bei der Gesetzgebung und Ausmünzung, als Waffe gegen Gewinnsucht, Münzfehler und IsolirungsLust. Namentlich sollte das Münzwesen zu einem lucrativen Regal, zu einer Quelle von directem Finanzgewinn (Mercanzei a), nirgend gemacht werden; denn nichts ist wirksamer als schlechte Münze, den Glauben an die

Rechtlichkeit einer Staatsregierung im In- und Ausland allgemein, bis in die untersten Volksclassen, zu schwächen oder zu vernichten. II) Untadelhaft ist, und zugleich nützlich zu Verhütung gewinnsüchtiger Einschmelzung der Münzen, der Präge- oder Schlagschatz a), eine bloſse Vergütung der Münzkosten durch die Betriebart der MünzFabrication b). Verwerflich hingegen wäre ein mit Absicht gesuchter merklicher Ueberschuſs von dem Schlagschatz, als reiner, wohl gar etatsmäsiger FabrikGewinn für die Staatscasse c), von Einigen übel und mit Unrecht MünzRegal benannt.

a) Klüber's neue Lit. des Staatsr., S. 440. J. G. Büsch über den Schlagschatz; in dessen Sämmtl. Schriften über Banken und Münzwesen, S. 66½ ff. Flörke's Münzkunst, S. 302 u. f. 611 — 658. (Cleynmann's) Materialien, S. 244 — 256 u. 795. Schlözer a. a. O. 315 f. v. Praun, S. 9 ff. Moser von ReichstagsGeschäften, 1431. G. H. Buse's Handb. der Geldkunde, I. 69. Say traité d'économie politique, liv. II, ch. 4, u. in der teutsch. Uebersetzung e. Anmerk. v. L. H. Jakob, Th. II, S. 468—490. — Die beste Auskunft über die Kosten der Ausmünzung (den Schlagschatz) — bei Hirsch, VIII. 277ff. — hat Teutschland Oestreich zu verdanken. *Zwanzig* Kreuzer des 24 Guldenfusses für die cöln. Mark feinen Silbers, sind hinreichend, diese Kosten sicher zu decken. Anerkannt ist solches in der Convention v. 1753, und noch jetzt in der Praxis. Zu Wien bietet fortwährend das Münzamt, laut öffentlichen Anschlags, Jedem, der eine feine wiener Mark Silber, in einer Silbergattung von 13 Loth 6 Grän und darüber, *liefert*, eben so viel feines Silber, durch *Zahlung* mit *ConventionsThalern* oder 20 *Kreuzerstücken*, mit einem Abzug von mehr nicht als 24 Kreuzer für jede feine wiener Mark, welches gleichviel ist mit 20 Kreuzer des 20 Guldenfusses für die feine cölnische Mark. Vergl. (Cleynmann's) Aphorismen, S. 62—68. *Ebendess.* Materialien, S. 244 u. 254 u. f.

b) Den *Schlagschatz* verschaffen manche Münzverwaltungen sich durch verhältnismäsigen Mindergehalt der Münzen, also durch Ueberschuſs des Zahlwerthes der Münzen, über den in diesem Werth berechneten Preis der dazu verwendeten Metalle. Aechten Grundsätzen folgend, thun andere es dadurch, daſs sie für die Mark des zum Verkauf dargebotenen edlen Metalles nur den Preis bewilligen, der sich ergiebt, wenn man an dem Betrag desjenigen, wofür die Münzstätten in gemünz-

ten Geldsorten die Mark dem Publicum liefern, so viel, aber auch nur so viel, abzicht, als erfordert wird, die Münzkosten sicher zu decken. Man s. oben Note a. Vergl. Protoc. der Bundesversamml. v. 1821, §. 126. — Die Münzgesetze von *Grofsbritannien* erkannten, bis in das J. 1816, keinen Schlagschatz, sondern die Regierung bestritt aus der Staatscasse die FabricationsKosten der Münze, unter Verbietung der Ausfuhr aller Münzen, nicht aber der rohen Metalle. Büsch a. a. O. Flörke a. a. O. S. 615 ff. Aber eine königl. Verordn. v. 22. Jun. 1816 verfügt, dafs, nach einem bekannt zu machenden Tag, Silbermünzen und Stangensilber in die Münze gebracht werden können, um nach dem Fufs von 66 Schillingen per Pfund TroyGewicht («Pound Troy») gesetzmäsigen Silbers, 11 Unzen 2 Pennyweights fein (teutsch: 14 $^4/_9$ Loth fein), geprägt zu werden, wovon 62 Schill. per Pfund dem der das Silber bringt, und 4 Schill. für Legirung, Abgang und Prägekosten zurückbehalten werden sollen, die zu den Prägekosten zu verwenden, der etwa sich ergebende Ueberschufs aber dem consolidirten Fonds zuzuwenden sey. Ein unverhältnifsmäsiger Schlagschatz, von 6 $^2/_{31}$ pro Cent, von den ausgemünzt werdenden Summen! während Frankreich bei Silbermünzen mehr nicht als 1 $^1/_2$ %, bei Gold nicht völlig $^1/_3$ % gestattet. (Clevemann's) Aphorismen, S. 62 u. 94. Zugleich ein neuer Beweis, dafs England, der Klugheit gemäfs, das Ausmünzen in Silber nicht zu befördern trachte, während Teutschland solchem den Vorzug vor dem Goldprägen giebt, weil hier Silber durch die Bergwerke, dort Gold durch den Handel zum HauptMünzmetall wird. Jene Verordnung erklärt (Art. 11) bei Zahlungen, die 40 Schillinge übersteigen, die Goldmünzen für das einzige rechtmäsige Zahlungsmittel, die Silbermünzen aber (Art. 12) nur bis zu dem Belauf von 40 Schillingen, so dafs Niemand schuldig ist, bei Zahlungen mehr als 40 Schillinge in Silber anzunehmen.

c) In dem FinanzEtat von *Baiern* für 18$^{19}/_{20}$, kamen 8000 Fl. als *Münzgewinn* in Ansatz. Man prägte dort Kronenthaler, die, bei einem äussern Werth von 2 Fl. 42 Kr., einen 24 $^1/_2$ Guldenfufs ausmachen, und zog von 180$^5/_6$ bis 18$^{15}/_{16}$, bei einer Ausmünzung von mehr als 30 Millionen Gulden im Nominalwerth, im Durchschnitt einen jährlichen reinen Münzgewinn von 80,187 Fl. Jul. Gr. v. Soden, der baier. Landtag v. 1819 (Nürnb. 1821. 8.), S. 332 ff. — Schon dann, wenn Kronenthaler nach der gesetzlichen Vorschrift der ehemaligen niederländischen Münzherrschaft ausgemünzt werden, d. h. 9 $^1/_2$ Stücke aus der wiener Mark des Feingehaltes von 13 Loth 17 Grän, wird, so bald man sie zu 2 Fl. 42 Kr. ausgiebt, an inne-

rem Werth über 2 pro Cent weniger gegeben, als bei Zahlung mit ConventionsGeld, dargezählt nach dem 24 Guldenfuſs. Vergl. §. 346 c. — In den *badischen* Budgets für 1820 u. 1821, ist der Ertrag der Münze angesetzt auf 3000 Gulden.

§. 347 c.

Remedium. Münzverein der Bundesstaaten.

I) An sich schon, zumal bei dem heutigen Grad von Vollkommenheit der Münzkunst, unzulässig, und darum in älteren und neueren Münzgesetzen verboten, ist das Remedium a) in dem Schrot und Korn (la tolérance de poids et de titre de la monnaie), oder in einem von beiden; ein bestimmter, dem Münzmeister bewilligter, Nachlaſs an dem vorgeschriebenen Gewicht und Feingehalt einzelner Münzstücke, oder Nachsicht eines bestimmten Mehr- oder Mindergehaltes einzelner Münzen an Schrot, oder an Korn, oder an beiden, wegen kleiner Unrichtigkeiten in der Legirung und in der Ausstückelung der Münzen. II) Dagegen ist nicht zu besorgen, daſs zuverlässiges, ohne Uebertreibung des Schlagschatzes, ohne Remedium, und ohne merkliche FabricationsFehler gemünztes Geld, wohlfeiler werde, als die rohen Münzmetalle b). III) Vertragmäsige Vereinigung aller teutschen Bundesstaaten, zu Gleichförmigkeit in Schrot und Korn, im Nennwerth und Aeussern ihrer Münzen, wäre dem allseitigen StaatsInteresse gemäſs, und im Sinn des 19. Artikels der BundesActe c).

a) Flörke a.a.O. S. 632. — Die ReichsmünzProbirordnung v. 1559, Art. 18, lieſs ein *Remedium* am *Schrot*, nur bei kleinen Münzen zu, unter 5 Kreuzern äussern Werths; doch unter der Bedingung, daſs das Mangelnde bei künftiger Ausmünzung eingebracht werde, dadurch, daſs diese desto reicher ausfalle. Hirsch, I. 409. — *Verboten* ward das Remedium, auch das durch die erwähnte Probirordnung am *Korn* noch geduldete, in dem Reichsabschied von 1570, §. 136, dann bei dem zinnaischen Münzfuſs v. 1667, u. bei dem leipziger Münzfuſs v. 1690, endlich in der östreich-baierischen MünzConvention

v. 1753. Hirsch, Münzarchiv, Th. II, S. 72. Th. V, S. 24, 246 u. 260. v. Praun a. a. O. Th. I, Cap. 1, §. 10. (F. Cleynmann's) angef. Aphorismen, S. 52–56, u. S. 73 ff. Auch ist es verboten, in dem (§. 346, h) angef. preufs. Gesetz v. 30. Sept. 1821, §. 17. Dafs gleichwohl nach eben diesem Gesetz, §. 18, 19 u. 20, bei Goldmünzen $1/4$ pro Cent, bei ganzen Thalern nahe an 1, bei $1/6$ Thalerstücken nahe an 2 pro Cent Remedium zulässig seyen, wird behauptet in (Cleynmann's) Materialien, S. 438 – 442. — Warnende Beleuchtung des Remedienwesens, in den angef. Materialien, S. 137 ff., 185, 203 u. 438 f.

b) Der Preis des rohen Metalls rückt, natürlich, immer demjenigen nah bei, der dafür in seinem nach ächten Grundsätzen gemünzten Zustand zu erhalten ist. Man s. Hirsch, V. 196 f. Hannoverische gel. Anzeigen v. 1754, St. 55. (Pariser) Moniteur universel, 1803, p. 843. — Von dem Preis der Münzmetalle, s. Flörke's Münzkunst, S. 309 ff. — Von den Ursachen des gewinnsüchtigen Einschmelzens der Münzen, indem das rohe Gold oder Silber theurer wird, als das gemünzte, folglich Gewinn entsteht, wenn man dieses als Tiegelgut ansieht, und wieder in rohes verwandelt, s. Büsch a. a. O. Flörke, S. 617 ff u. 631.

c) Vergl. oben §. 335, 339[b], V, und 346[c] VI. — In einem Beschlufs vom 17. Mai 1821 (Protoc. §. 126), erklärte die Bundesversammlung ihren Wunsch, «dafs einer oder der andern Regierung eines Bundesstaates gefällig seyn möge, den Antrag auf ein vorläufiges Bundesgesetz zu machen, durch welches Schrot und Korn der im Bereich des Bundes circulirenden Münzen und der Höhe des Schlagschatzes zu bestimmen sey». Bis ein solcher Verein zu Stande kommt, sollte wenigstens auf jeder in einem Bundesstaat ausgeprägten Gold- oder Silbermünze der *Münzfufs*, nach welchem sie geprägt ist, ehrlich *angezeigt* seyn, wie z. B. bei den nach dem ConventionsMünzfufs geprägten Silbermünzen auf folgende Art zu geschehen pflegt: «240 eine feine Mark», oder «60 eine feine Mark», oder «zehn eine feine Mark», oder «ConventionsMünze», oder «ad normam conventionis». Münzen, auf welchen eine Angabe des Münzfusses fehlt, sind oft an sich schon verdächtig, welches ein Verbot derselben veranlassen kann.

V. Abschnitt.

P o s t R e g a l.

§. 348.

Postwesen überhaupt. Oeffentliche und Privatpost. Landkutschen. Regalität des Postwesens. Privatpost.

I) Post a), in dem allgemeinen Sinn, ist eine Anstalt, schriftliche Nachrichten, Personen, oder Sachen, regelmäsig von einem bestimmten Ort (Station) nach einem andern zu bringen. Station heifst ein Ort, wo die Postpferde vorschriftmäsig gewechselt werden, Personen postmäsige Beförderung ihrer Reise erhalten, schriftliche und andere Sachen für den Ort ihrer Bestimmung postmäsig auf- und abgegeben, und die aufgegebenen weiter befördert werden. II) Man unterscheidet, öffentliche und PrivatPost b). Eine Art der öffentlichen Post, ist die Staatspost, welche ausschliefsend zu dem unmittelbaren Gebrauch des Staates bestimmt ist; wohin meist auch die Fernschreiber oder Telegraphen gehören. III) Ordentliche Landkutschen sind privilegirte Fuhrwerke, die zu dem Transport der Personen, Effecten und Waaren, von einem bestimmten Ort zu einem andern, fortwährend bestimmt sind c). In der Regel befinden sich für sie, zwischen den beiden Endpuncten ihrer ReiseRoute, keine Stationen. Auch ist gemeiniglich für sie ein eigenes Boten- oder Kutschenamt (Botenmeister, Schaffner, Botenschreiber etc.) bestellt. IV) Das öffentliche Postwesen war in Teutschland von jeher Regal d), doch verleihbar; so, dafs unter dem PostRegal lange Zeit nur das Recht der Concession zu Errichtung und Betreibung einer öffentlichen Postanstalt verstanden

ward, bis die Finanzkunst mancher Staaten Anlafs gab, die öffentliche Post in **eigene Verwaltung** zu nehmen. Selbst Landkutschen, obgleich vielfältig nur Privatgewerbe, bedürfen oberherrlicher Concession. **Privatpost**, blofs zu eigenem Gebrauch, ohne sie als Gewerbe (Nebenpostiren) und zu unerlaubten Zwecken zu benutzen, kann Jeder errichten.

a) Geld, Schreibkunst, Buchdruckerkunst, und Post, sind die wichtigsten Verkehr- und CulturMittel. Vergl. §. 335. — Schriften in Pütter's Lit., III. 576. Klüber's Lit., 440. u. bei Vischer a. unten §.349, a, angef. O. S. 41—59. Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 207. Moser's Staatsr., V. 1—172. Das Postwesen in Teutschland, wie es war, ist und seyn könnte. Von J. L. Klüber. Erl. 1811. gr. 8. Patriotische Wünsche, das Postwesen in Teutschland betreffend. Weimar 1814. gr. 8.

b) Ausserdem unterscheidet man noch: 1) *fahrende* (Postwagen und ExtrapostFuhren), dann *reitende* und *Fufsposten* oder Fufsboten (die beiden letzten heifsen auch *Brief*posten, wohin auch die *kleine* Briefpost in manchen grofsen Städten gehört); 2) *ordentliche* (ordinäre) Posten, die zu bestimmter Zeit abgehen und ankommen; *ausserordentliche* (Extraposten), und zwar entweder *fahrende* für Reisende, oder *reitende*, die bald *Extraritte* für Couriere oder andere Reisende sind, bald *Estafetten*, d. h. Postknechte, die mit Briefen oder Packeten, ausser der Ordnung abgeschickt werden, versehen mit einem Pafs oder Stundenzettel. 3) Auch hat man *Hofpost*, *Feldpost*, *Wasser*-, insbesondere *Seepost* (Markt- und Postschiffe, Packetboote, Gallioten).

c) Schriften in Klüber's Lit. 1351[i]. Moser a. a. O. V. 175. Unterschieden von ausserordentlichen *Lohnfuhren* oder *Miethkutschen*. Diese sind, in manchen Ländern, zu einer Abgabe an die Post (*Stationgeld*) verpflichtet. v. Berg's Polizeir., III. 560.

d) Vergl. Reichsabschied v. 1641, §. 93. Kurfürstl. CollegialGutachten v. 1570. Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, IX. 1698. 1707. 1712. Häberlin's Handb. des t. Staatsr., III. 65. Danz Handb. des t. Privatr., I. §. 132. v. Beust Erklär. des Postregals, I. 21. II. 27. Oerel de regali postar. jure, X, 10.

§. 349.

I) Postwesen während der teutschen Reichsverfassung.

1) Reichsposten; ein ReichsRegal u. Reichslehn. Geschichte und Protection des R. Postwesens.

Vor Errichtung des rheinischen Bundes, unterschied man Reichs- und TerritorialPosten. I) Das ReichsPostRegal war dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis, seit 1615 als Reichsmannlehn, seit 1621 als Mann- und subsidiarisches Weiberlehn, unter dem Titel eines kaiserlichen ReichsGeneralErbPostmeisteramtes über die Posten in dem Reich, anvertraut. II) Zwar beginnt die Geschichte des ReichsPostwesens schon mit dem Jahre 1563, aber erst in dem Jahr 1595 wurden eigene Reichsposten errichtet, und in dem Jahr 1615 ward das ReichsPostgeneralat erblich und reichslehnbar [a]). III) Das ReichsGeneralErbpostamt, stand unter dem besondern Schutz des Kaisers [b]). Ueberdiefs war das Reichspostwesen, der Protection und Direction des ReichsErzkanzlers vorlängst empfohlen. IV) Zuletzt garantirte noch der ReichsdeputationsHauptschlufs vom 25. Febr. 1803, §. 13, den Status quo des thurn und taxischen Reichspostwesens, in seiner ganzen Vollständigkeit, so wie es, der Ausübung und Ausdehnung nach, in dem Zeitpunct des lüneviller Friedens (als Entscheidungstags) constituirt gewesen war. Zugleich übergab derselbe diese Reichsanstalt, um sie desto mehr zu sichern, dem besondern Schutz des Kaisers und des kurfürstlichen Collegiums. Sonach ward der vielseitige practisch wichtige Streit, über Eigenschaft und Umfang des Reichspostwesens, gesetzlich beseitigt. V) Ueberdiefs hatte der Fürst von Thurn und Taxis seine Rechtsverhältnisse gesichert, durch Postverträge, Vergleiche und CombinationsRecesse mit einzelnen teutschen [c]), und selbst mit auswärtigen [d]) Staaten.

a) *Geschichte* der Posten, nach Stadien: I) *Aelteste*; bei den Persern, Griechen, Römern, Franken etc. II) In dem *Mittelalter*; hauptsächlich in Frankreich (insonderheit unter Ludwig XI.) und Teutschland. Hier, ausser dem *städtischen Botenwesen*: 1) *burgundisch-niederländische* Post, seit 1516 u. 1543, angelegt und besorgt durch niederländische Postmeister, aus der Familie von Taxis. — 2) Erste Spuren des *Reichs*Postwesens, in den Reichsabschieden von 1522, §. 5, und von 1542, §. 45; in Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, IX. 1698 f. — In den Jahren 1543 und 1563 *spanisch-niederländische* Posten in dem Reich, aus den Niederlanden, durch Lüttich, Trier, Speier, das Wirtembergische, Augsburg, Tyrol, bis in Italien, unter *kaiserlicher* Auctorität und Bestätigung. Ferdinands II. Patent, v. 21. Aug. 1563, bei Gerstlacher, IX. 1700. — Kurfürstl. CollegialGutachten v. 1570: dafs die Post «*eines römischen Kaisers sondere Hoheit und Regal*» sey, und der Kaiser solche in *fremde* (spanische) Hände nicht könne kommen lassen. Gerstlacher, IX. 1698. — Vorgang von 1579. Pfeffinger, III. 208. not. b. — Eigene *Reichs*posten, seit 1595 Leonhard v. Taxis ward von K. Rudolph II. als *kaiserl.* General-Postmeister in dem *Reich* patentirt, 16. Jun. 1595 u. 6. Nov. 1597. Lünig's Reichsarchiv, Part. gen. 443. Gerstlacher, IX. 1703. Reuss Staatskanzlei, XVI. 330 ff. Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 218. sqq. Pütter's Erörter., I. 36. — 3) Seit 1615 *reichslehnbare*, *erbliche* Verleihung des «*GeneralPostmeisteramtes* über die Posten in dem *Reich*», an die freiherrliche, seit 1615 gräfliche, seit 1686 fürstliche Familie von Thurn und Taxis. Der Lehnbrief und die taxischen Reversalien, stehen bei Schmauss corp. juris publ., u. Gerstlacher, IX. 1705. Ferdinand II. erklärte 1621 das taxische Reichs-Postlehn für ein *subsidiarisches Weiberlehn*. — 4) Erhebung jenes Amtes zu einem Reichs*thronlehn* 1744, unter dem Titel: *Erbgeneral-* und *ObristHofpostmeister*. Erste Thronbelehnung 1747. Merkw. ReichshofrathsGutachten, II. 159 f. — 5) Reichspost von *Venedig* nach *Trient*; v. Berg's Staatsmagazin, II. 292. — Schriften von der Geschichte der Posten, in Pütter's Lit., III. 588 u. Klüber's Lit., 446. Moser's Staatsr., V. 1 ff. Posselt's kl. Schriften, 305. 341. Klüber's angef. Postwesen, S. 7 ff. Rhein. Bund, LVII. 427. C. G. Vischer's allgem. geschichtliche Zeittafel des Postwesens; nebst einer allgemeinen Literatur desselben. Tüb. 1820. 4.

b) Von seinen Rechten u. Pflichten, s. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 327.

c) Pütter's Erörter., I. 114. Vertrag mit *HessenCassel* v. 1719, in

d. teutschen Kriegskanzley v. 1759, I. 193; mit *Kurbraunschweig* v. 1748, in d. Churbraunschweig. Beweis der Nichtigkeit aller taxischen Scheingründe (1769. Fol.) Beil. J. S. 67. Die Convention mit *BadenDurlach* von 1765, steht in Moser's Rechtsmaterien, III. 264. Der Vergleich mit *Frankfurt* v. 1789, in Jäger's Magazin für d. Reichsstädte, II. 47. Taxischer Pachtvertrag wegen der Post in den *vorderöstreichischen* Staaten. Vertrag mit *S. CoburgSaalfeld*, bei Moser, V. 189, mit *Kurpfalz* v. 1748, mit *Pfalzbaiern* v. 1784 u. 1799. Verträge von 1804 mit *Kurbrandenburg*, *Nassau*, *HessenDarmstadt*, v. 1805 u. 1806, *mit Baden*, *Wirtemberg*, *Pfalzbaiern*, *Wirzburg*, *S. Coburg* u. *S. Weimar*, Rhein. Bund, VII. 31. Von *Kursachsen*, s. Römer's kursächs. Staatsr., II. 814.

d) Mit Frankreich, Dänemark, Schweden, Preussen, Königreich Italien, dem Papst, der helvetischen, und den ehemal. batavischen u. ligurischen Republiken, u. a.

§. 350.

2) *TerritorialPosten.*

Ungeachtet vielen Landesherren anfangs die Einführung der Reichsposten in ihren Ländern nicht unangenehm gewesen war, manche von ihnen dieselbe sogar gesucht und begünstigt hatten, und Einheit der Postanstalt für das teutsche Publicum sehr erspriefslich wäre: so reizte doch der bemerkte Postertrag hie und da zu Einführnng eigener TerritorialPosten. I) Der Kaiser selbst gab, in dem gröfsten Theil seiner teutschen Erbstaaten, das erste Beispiel *a*). II) Die nächsten folgenden Versuche dieser Art machten, schon in dem letzten Viertheil des XVI. Jahrhunderts, Kursachsen, Braunschweig und Wirtemberg *b*), deren Posten jedoch zum Theil während des dreifsigjährigen Krieges wieder eingiengen. III) Aber seit dem westphälischen Frieden, wurden noch mehr TerritorialPosten, zum Theil in Ländern von minderem Umfang, eingeführt, z. B. in kurbrandenburgischen, kursächsischen, kurbraunschweigischen, salzburgischen, hessencasselischen und darmstädtischen, mecklenburgischen, vorpommerischen, holsteinischen

und oldenburgischen, osnabrückischen, münsterischen, gothaischen und altenburgischen, herzoglich-braunschweigischen u. a. Staaten c). IV) Etliche dieser TerritorialPosten erstreckten sich sogar, kraft besonderer Uebereinkunft, als StaatsServituten, über oder durch benachbarte Territorien d), widerruflich oder unwiderruflich, ohne oder neben Reichsoder inländischen TerritorialPosten; ja es bestanden zuweilen, sogar im Inland, neben ihnen noch Reichsposten. V) Die Einführung dieser TerritorialPosten, veranlafste nicht selten Widersprüche des Reichspost-Generalats e).

a) Ferdinand II. ertheilte 1624 dem Freiherrn von *Paar* das schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts erlangte Erbland-Postmeisteramt in Ungarn, Böhmen und Oestreich unter und ob der Ens, als östreichisches Mannlehn. Auch gab es schon unter Rudolph II. einen niederöstreichischen Landpostmeister, dann einen in Tyrol, und auch einen in Steyermark. Pfeffinger, III. 209. 220. Beck spec. juris publ. Austr., 156. Schrötter's östreich. Staatsr., IV. 164. Pütter's Erörter., I. 34. 46. Moser's Staatsr., V. 38. VI. 238. *Ebenders.* v. d. röm. Kaiser, 463 ff. *Ebenders.* v. kaiserl. Regierungsr., 691. Gerstlacher's Anmerk. zu Josephs II. Wahlcap., 156. Waldberger, ob das Postwesen ein kaiserl. Reservat sey? Wien 1795. §. 48 ff. — In den vorderöstreichischen Landen, in dem Breisgau, in den DonauStädten, in dem Innviertel, und in den östreichischen Niederlanden, liefs Oestreich dem Fürsten von Thurn u. Taxis die Postverwaltung, so lang es im Besitz dieser Länder und Städte war.

b) Pütter's Erörter., I. 33. 54. 117. Klüber's Postwesen etc., S. 23 ff. — Von *Braunschweig*, 1569 bis 1589, n. 1640, s. Pütter, I. 117. — Von *Kurbrandenburg*, s. das kurfürstl. Schreiben v. 26. Apr. 1660, bei Pfeffinger, III. 209. Moser, V. 69. — In *Kursachsen*, ward 1681 das Post- und Botenwesen für ein landesherrliches Regal erklärt. Römer's kursächs. Staatsr., II. 310. Lünig's corp. juris saxon., II. 1002. Aber schon 1574 war ein landesherrlicher Postmeister angestellt. Pütter's Erörter., I. 34. — Von *Wirtemberg*, 1581, Moser, V. 15 ff.

c) Pütter's Erörter., I. 45. 66. 111. 121. — Von *Salzburg*, schon vor 1665, s. Nachrichten von Juvavia (Salzb. 1784. fol.) 475. 478. — Von *Mecklenburg*, Moser v. kaiserl. Re-

gierungsr., 689. — Von dem weiberlehnbaren, jetzt von den Vassallen (der Familie Herzog) an Thurn und Taxis, nun an dessen Rechtsnachfolger (Baden) bis 1843, für den Genufs der Zinsen eines Capitals von 17,000 Fl., verpachteten TerritorialPostwagen im *Badischen*, von Heidelberg u. Mannheim nach Strasburg, s. Moser v. Polizeisachen, 426. — Vereitelter Versuch von 1691, in *Baiern* TerritorialPost einzuführen, ebend. 424. — Von *Wirtemberg*, Moser's Staatsr., V. 15, 24. 28. 34. 49. 96. 147. 183. 189. 217. 219. Pütter a. a. O. 34. — Von Territorial*Postlehen*, s. Boehmer princ. juris feud., §. 70.

d) Moser's nachbarl. Staatsr., 339 ff. Reuss Staatsk., XVI. 328.

e) Schriften in Pütter's Lit., III. 584. Klüber's Lit., 441. Moser's Staatsr., V. 121. 141. — Von dem Recht, TerritorialPosten zu errichten, s. Häberlin's pragmat. Gesch. d. Wahlcap. Leopolds II., S. 320 ff. Pütter a. a. O. 46 — 76. Danz Handb. des t. Privatr., I. §. 131. Dafs die TerritorialPosten blofs Wirkungen einer kaiserl. *Connivenz* gewesen seyen, behauptet Humler. Schott's unpart. Critik, II. 622.

§. 351.

3) *PostRegal u. Botenwesen in Reichsstädten.* 4) *Landboten und Landkutschen.*

I) In Reichsstädten waren Reichsposten *a*), hie und da, namentlich zu Hamburg, Frankfurt und Bremen, auch fremde TerritorialPosten, eingeführt. Indefs galten bei Reichsstädten in Ansehung des PostRegals, in der Regel, dieselben Grundsätze, wie bei andern Landesherrschaften. II) Ordentliche, gehende, reitende oder fahrende Boten in entfernte Gegenden zu senden, war manchen Reichsstädten, meist schon seit dem Mittelalter, durch Herkommen oder Verträge gestattet *b*). III) Diese Boten, so auch die gemeinen ordentlichen Landboten und Landkutscher, sollten jedoch unterwegs weder Briefe und Packete, noch Personen mitnehmen oder absetzen, auch keine Pferde wechseln *c*). Mifsbräuche und Collision dieser städtischen und andern Boten mit den Reichsposten, veranlafsten Streitigkeiten *d*), Verordnungen *e*) und Visitationen *f*).

a) In manchen nach langer Weigerung. De Meiern, Acta Pacis Westph., V. 446. 448.

b) Schriften in Pütter's Lit., III. 578 u. 587. Pfeffinger, III. 213. not. c. Moser's Staatsr., Th. V, passim. Repertor. des Staats- u. Lehnr. Art. Boten- u. Postwesen, §. 7. Danz Handb. des t. Privatr., I. §. 138. v. Beust, III. 393. Pütter's Erörter., I. 43. Klüber's Postwesen etc., S. 11 — 14.

c) *Wahlcap.* (1742) XXIX. 3. Von Landkutschen u. Miethkutschen, s. oben §. 348.

d) Schon seit 1636. Pütter's Lit., III. 576. 578. Klüber's Lit., 441 ff. Schwerder's theatr. praetens., T. II. 529. 543. v. Holzschuher's Deduct. Bibl., I. 87. Moser's R. H. R. Conclusa, VIII. 244. 247.

e) Kaiserliches Patent gegen die Neben- und Winkelposten, v. 27. Oct. 1706, in Gerstlacher's Corp. juris publ., IV. 417. *Wahlcap.* a. a. O.

f) Faber's neue Staatscanzley, XXI. 371. Moser's Reichs-Staatshandb. v. 1768, I. 150.

§. 352.

II) PostRegal seit Aufhebung der teutschen Reichsverfassung.

1) *Während des rheinischen Bundes.*

In diesem Zustand befand sich in Teutschland das Postwesen, diese für das Publicum und das öffentliche Wohl so wichtige Staatsanstalt, als der presburger Friede (1805) drei Reichsständen (Baiern, Wirtemberg und Baden) eine relative Souverainetät ertheilte, auch bald nachher die teutsche Reichsverbindung, und mit ihr die ReichsPostverfassung, aufgelöset ward. Mit der Souverainetät, erlangten die rheinischen Bundesfürsten auch das PostRegal, nach seinem ganzen Umfang *a*) Es erfolgten nun mannigfaltige Veränderungen; wobei nicht überall der bei manchen andern ReichsLehnverhältnissen anerkannte Rechtsgrundsatz bestätigt ward, dafs bei den Postgerechtsamen des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis, nur die Reichslehnbarkeit als durch den Fall der Reichsverbindung erloschen zu betrach-

ten, und die Lehnherrlichkeit nunmehr auf denjenigen Bundesstaat übergegangen sey, unter dessen Staatshoheit der Gegenstand der Lehnverbindung jetzt ausschliefsend sich befand (§. 443 u. 445). I) Die schon vorhin eigene TerritorialPosten gehabt hatten, liefsen solche fortdauern b), jetzt ohne fernern Widerspruch von Seite des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis. II) Andere, unbekümmert um die Vorschrift des ReichsdeputationsHauptschlusses von 1803 (§. 349), errichteten, ganz für eigene Rechnung in Selbstverwaltung, neue Landesposten, mit Aufhebung der bisherigen fürstlichen thurn- und taxischen Posten, z. B. Wirtemberg c), der König von Westphalen d), der Grofsherzog von Berg e); auch Baiern, seit 1808 f), und Baden seit dem 1. Aug. 1811 g).

a) Rhein. Bund, VII. 31. Klüber's Postwesen etc., S. 47 ff.

b) z. B. der König von *Sachsen*, die Herzoge von *Mecklenburg*, *HolsteinOldenburg*, *SachsenGotha*.

c) *Wirtemberg* führte eigene Landesposten ein, schon vor Errichtung des rheinischen Bundes, im Dec. 1805, als es kaum, durch den presburger Frieden, eine relative Souverainetät erlangt hatte.

d) Rhein. Bund, XLVI. 140.

e) Der neue Grofsherzog von *Berg*, hob die taxischen Posten schon vor Errichtung des rheinischen Bundes auf. Er errichtete auch *ausserhalb Landes* eigene PostBureaux, z. B. in *Hamburg* und *Bremen*. Bergische PostConventionen, mit Hamburg, v. 8. Dec. 1807, in d. Rhein. Bund, XVI. 44; mit Bremen, v. 4. Jun. 1808.

f) Note a des folg. §.

g) Note b des folg. §.

§. 353.

Fortsetzung.

III) Die meisten, welche vorhin eigene Landesposten nicht gehabt hatten, verwandelten die bisherigen taxischen Reichsposten in Landesposten, und gaben dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis

das ErblandPostmeisteramt zu Lehn, zum Theil mit der Verpflichtung, einen jährlichen Canon zu entrichten, und eine inländische, von einer auswärtigen taxischen Postbehörde (möglichst) unabhängige Post-Direction anzuordnen. Dieses thaten: Baiern [a]), doch nur bis 1808, der Fürst Primas, nachher Großherzog von Frankfurt, Baden [b]), bis zu dem 1. Aug. 1811, der Großherzog von Hessen [c]), der Großherzog von Wirzburg [d]), Nassau, die Herzoge von Sachsen [e]), die Fürsten von Reuſs und Schwarzburg. Der Fürst Primas hob die hessencasselsche Post auf, welche zu Frankfurt am Main bestanden hatte [f]). IV) Einige gestatteten, vertragweise, auswärtige Posten in ihrem Lande [g]), zum Theil unentgeldlich. V) Etliche hatten, wie vorhin, weder taxische noch andere Post [h]). VI) Das Königreich Sachsen hatte 1807 von Preuſsen eine eigene TransitoPostroute durch Schlesien, von und nach dem Herzogthum Warschau, als Staatsdienstbarkeit erhalten [i]). VII) Einzelne Bundesstaaten schlossen, theils unter sich, theils mit auswärtigen Staaten, Postverträge, insonderheit CombinationsRecesse [k]). VIII) In demjenigen Theil des nördlichen Teutschlandes, welchen Napoleon im Dec. 1810 mit Frankreich vereinigt hatte (§. 32), ward französische Postverwaltung eingeführt.

a) *Baiern*, bald nach dem presburger Frieden. Das taxische ErblandPostmeisteramt schränkte sich nun ein, auf die altbaierischen, und auf die durch den Friedensschluſs von Presburg erlangten Staaten, worin damals eigene oder besondere Postanstalten nicht eingeführt waren. K. baier. Patent v. 14. Febr. 1806, in dem baier. Reg. Blatt v. 1806, N. 9. Häberlin's Staatsarchiv, Heft 58, S. 187. Rhein. Bund, VII. 32. und Schwäb. Merkur, 1806, N. 46. — Allein durch e. Patent v. 1. März 1808, hob Baiern die taxische Postverwaltung auf, u. führte eigene ein. Reg. Blatt, 1808, S. 1281.

b) *Badische* Verordnung v. 25. Sept. 1806, in dem bad. Regier. Blatt, 1806, N. 31, u. in d. Rhein. Bund, VII. 35. Wozu, als Relatum, gehört die PostConvention zwischen Baden und Taxis, v. 11. Mai 1805. Vertrag zwischen Baden u. Taxis,

v. 28. Nov. 1808, wodurch dieses als ErblandPostmeister die Postverwaltung zu Lehn erhielt. — Allein am 1. Aug. 1811, nahm Baden die Post in eigene Verwaltung. Reg. Blatt, 1811, St. 21.

c) Grofsherzogl. *hessische* Verordn. v. 28. Jun. 1807.

d) *Wirzburgische* Verordn. v. 22. Nov. 1806, in dem wirzb. Reg. Blatt v. 27. Dec. 1806, N. 22, u. in d. Rhein. Bund, VII. 41.

e) S. *Coburgische* Verordn. v. 29. Sept. 1807, in Oesterreicher's Archiv, II. Jahrg. St. 2, Num. 1.

f) Fürstl. *primatische* Verordnung v. 21. Nov. 1807. Rhein. Bund, XIII. 159.

g) So verstanden sich die drei *anhaltischen* Regenten zu der Aufnahme königlich-westphälischer Post; durch Verträge (Dessau) v. 3. Jun. 1808, (Cöthen) v. 5. Jun. 1808, u. (Bernburg) v. 16. Jun. 1808. Rhein. Bund, XX. 307. XXIV. 425. Dasselbe thaten *Lippe* u. *SchaumburgLippe*, 1808, desgleichen *Arenberg*. — *HohenzollernHechingen* verpachtete die Post, auf seiner einzigen Station Hechingen, an Wirtemberg, auf acht Jahre.

h) Die Fürsten von HohenzollernSigmaringen und Liechtenstein; auch die, seit 1815 nicht mehr souverainen Fürsten von Isenburg u. von der Leyen. HohenzollernSigmaringen hat Post, erst seit ungefähr 1810, anfangs wirtembergische, seit 1819 taxische.

i) Convention, geschlossen zwischen Frankreich, Preussen und Sachsen, zu Elbing den 13. Oct. 1807, gemäfs dem franz. preuss. Frieden von Tilsit. Rhein. Bund, XVI. 40. W. H. Matthias Darstell. des Postwesens in den preufs. Staaten. Berl. 1812. 8.

k) Baden mit Baiern, am 22. Oct. 1810, u. mit dem Canton Aargau, am 17. Sept. 1808, Art. 9, in d. bad. Regier. Blatt, 1809, Num. 35. — Oldenburg u. Westphalen, im Febr. 1809.

§. 354a.

2) *Seit Errichtung des teutschen Bundes.*

IsolirungsSystem. Sicherung der fürstl. taxischen Gerechtsame, a) durch die BundesActe.

I) Durch das, zum gröfsten Nachtheil des Publicums, auch in dem Postwesen eingerissene TerritorialIsolirungsSystem, war es so weit ge-

kommen, daſs am 1. Dec. 1810, auf der Grundfläche des ehemaligen teutschen Reichs, weniger nicht als drei und vierzig verschiedene TerritorialPostanstalten gleichzeitig arbeiteten; sieben kleinere abgesonderte nicht gerechnet a). Fast eben so verhielt es sich, als die teutsche BundesActe errichtet ward b), nachdem an die Stelle der eingegangenen französischen, königlich-westphälischen und groſsherzoglich-bergischen Posten, wieder andere TerritorialPosten getreten waren. II) Die teutsche BundesActe lieſs den Mangel einer für Gemeinwohl höchst wünschenswerthen Einheit der Postanstalt, wenn nicht in allen, doch in dem gröſsten Theil der Bundesstaaten, unbeachtet; und eben so die Nachtheile, welche aus einer unbeschränkten Trennung in der technischen und finanziellen Verwaltung der verschiedenen Landesposten, für die Gesammtheit der Bundesstaaten unvermeidlich und fortwährend erwachsen. III) Sie beschränkte sich auf bestätigende Anerkennung der Rechtsansprüche des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis. Ihr zufolge, soll dieses Haus in dem durch den ReichsdeputationsHauptschluſs von 1803 (oben §. 174 u. 349), oder in späteren Verträgen bestätigten Besitz und Genuſs der Posten bleiben, so lang nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweite Verträge abgeschlossen werden. In jedem Fall wurden demselben, in Folge des §. 13 jenes Hauptschlusses, seine auf «Belassung der Posten, oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert». Zugleich ward bestimmt, daſs «dieses auch da statt finden solle, wo die Aufhebung der Posten seit 1803, gegen den Inhalt des ReichsdeputationsHauptschlusses, bereits geschehen wäre, in so fern diese Entschädigung durch Verträge nicht schon definitiv festgesetzt ist» c).

a) Man s. die angef. Patriotischen Wünsche, S. 32 — 35.
b) Ebendaselbst.

c) BundesActe, Art. 17. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 363 f., 438 f., 535 u. 455 f. *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 231, 142, 148 f, 258 u. 268.

§. 354 b.

b) Und durch Verträge.

I) Zufolge dieser Bestimmung der BundesActe, haben 1) Entschädigung, für die nicht zurückgegebene Postverwaltung, dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis vertragweise bewilligt: Oestreich a), Preufsen b), Baiern c), Baden d). 2) In andern Bundesstaaten, hat Thurn und Taxis die Postverwaltung entweder behalten oder wieder erhalten, und es sind über das wechselseitige Rechtsverhältnifs Verträge e) geschlossen worden, meist f) Lehnverträge, durch welche das Recht zur inländischen Postverwaltung, und zugleich die Würde eines ErbLandpostmeisters, als Erb-, Mann- und Thronlehn verliehen ist. II) In etlichen kleinern Bundesstaaten oder Bestandtheilen von Bundesstaaten, wo im Jahr 1803 Thurn und Taxis keine Postverwaltung hatte, hat es solche nun durch Verträge, zum Theil mit Zeitbestimmung, neu erworben g). III) In dem gröfsern Theil der vorhin genannten Postverträge, ist Entrichtung eines bestimmten jährlichen PostCanons an die Staatscasse, in allen die Ausübung der Staatshoheit, insbesondere die landesherrliche Oberaufsicht (§. 355 u. f.), über die inländische Postverwaltung ausdrücklich vorbehalten.

a) *Oestreich* für die Postverwaltung im Innviertel, durch Uebereinkunft vom März 1822.

b) Für die Postverwaltung in den neuerworbenen *preussischen* Staaten auf der rechten Rheinseite, und in dem Herzogthum Westphalen, ward zuerst das Quantum der, mittelst einer Jahrrente zu gebenden Entschädigung festgesetzt, durch Vertrag v 4. Jun. 1816. Hierauf ward an dessen Stelle, durch Vertrag v. 11. Mai 1819, das nutzbare Eigenthum

eines vierfachen DomainenComplexus, in dem Grofsherzogthum Posen an der schlesischen Grenze, abgetreten. Das Ganze ward, unter der Benennung *Fürstenthum Krotoszyn*, zu einer *schlesischen Standesherrschaft* erhoben, und als *ThronMannlehn* dem Fürsten und seiner männlichen Nachkommenschaft verliehen; für den Fall ihres Abganges ward dem Oheim des Fürsten, dem Prinzen Maximilian und dessen männlicher Nachkommenschaft, durch Mitbelehnung die Nachfolge zugesichert.

c) *Baiern.* Durch Grundgüter und Gefälle in der Stadt Regensburg, in deren Umgebung, und in dem UnterMainkreis, mit Verleihung standesherrlicher Vorrechte, durch Uebereinkunft von 1809. Vergl. §. 237, d. Zugleich bekleidet Thurn u. Taxis in Baiern fortwährend, als lehnbares Reichs-Kronamt, die Würde eines OberstPostmeisters.

d) *Baden.* Durch Uebereinkunft ward im J. 1811 eine Jahrrente für Taxis festgesetzt, welche in Grundgüter verwandelt werden soll.

e) *Verträge* dieser Art, haben die Staatregierungen folgender Bundesstaaten mit dem fürstl. Hause Thurn und Taxis geschlossen. 1) *Wirtemberg*, am 27. Jul. 1819, wodurch das nutzbare Eigenthum sämmtlicher Posten im ganzen Umfang des Königreichs, mit der Würde eines ErbLandpostmeisters, als ThronErbmannlehn verliehen, zugleich aber die Entrichtung eines jährlichen Canons festgesetzt wird. Wirtemb. Verordn. v. 9. Sept. 1819, in dem Regier. Blatt, v. 1819, Num. 64. 2) *Kurhessen*, am 11. Jun. 1816, und 3) *Grofsherzog von Hessen*, am 31. Dec. 1817 (ratificirt am 31. März 1818?), in der darmstädter Zeit. v. 9. Apr. 1818; beide Hessen wie Wirtemberg. 4) *Nassau*, am 19. Dec. 1806. 5) *S. Weimar-Eisenach*, am 8. Dec. 1816. 6) *S. Gotha*, am 24. Febr. 1817. Für das Fürstenthum *Altenburg*, besteht ein besonderer Vertrag, v. 26. Oct. 1817, mit vierjähriger Zeitbestimmung, dessen Erneuerung jetzt unterhandelt wird. 7) *S. Coburg-Saalfeld*, am 16. Sept. 1807; auch ward die Postverwaltung in dem Fürsterthum *Lichtenberg*, im J. 1816 dem fürstl. Hause Th. u. Taxis übergeben. 8) *S. CoburgMeiningen*, am 2. Mai 1807. 9) *S. Hildburghausen*, am 4. Apr. 1808. 10) *HolsteinOldenburg*, am 1. Oct. 1817, wegen des Fürstenthums *Birkenfeld*. 11) *SchwarzburgSondershausen*, am 8. Jun. 1812 u. 19. Jun. 1819, wegen der Postverwaltung in der Herrschaft oder dem Amt *Arnstadt*; sodann wegen des Postcurses zwischen Arnstadt u. Gotha, am 1. Nov. 1819. (In den übrigen schw. sondershausischen Laudestheilen ist preussische Postverwaltung.) 12) *SchwarzburgRudolstadt*,

am 23. Aug. 1817, als ThronErbmannlehn. 13) *Hohenzollern-Hechingen*, am 24. Oct. 1821. 14) *HohenzollernSigmaringen*, hat erst seit ungefähr 1810 Post im Lande, die seit 1819 Thurn und Taxis verwaltet, vorhin Wirtemberg. 15) *Waldeck* und *Pyrmont*, am 17. März 1814. 16) *Reufs*, ältere Linie (Greitz), am 21. März 1809. 17) *Reufs*, jüngere Linie: a) *Schleitz*, am 18. März 1809 u. 1. März 1816; b) *Lobenstein*, am 17. März 1809; c) *Schleitz*, *Lobenstein* u. *Ebersdorf*, wegen der gemeinschaftlichen Herrschaft Gera, am 1. März 1817. 18) *SchaumburgLippe*, am 15. Febr. 1814. 19) *Lippe* (Detmold), am 10. Febr. 1814. 20) *HessenHomburg*, am 22. Sept. 1817, auch wegen Meisenheim, als ThronErbmannlehn. 21) *Lübeck*, am 21. Sept. 1819. 22) *Frankfurt* a M., am 31. Dec. 1821. 23) *Bremen*, am 15. Jul. 1816.

f) Lehnverbindung ist *nicht* festgesetzt, in den Verträgen mit SachsenCoburg, SchwarzburgSondershausen, Hohenzollern, Hechingen, HohenzollernSigmaringen, SchaumburgLippe, Lippe, und den freien Städten.

g) So in dem Kurfürstenthum Hessen, in dem Fürstenthum HohenzollernSigmaringen seit 1819, in dem sachsen-coburgischen Fürstenthum Lichtenberg, in dem holstein-oldenburgischen Fürstenthum Birckenfeld, in der hessen-homburgischen Herrschaft Meisenheim, in dem Fürstenthum Altenburg, in dem letzten seit dem 26. Oct. 1817, mit Zeitbestimmung.

§. 355.

Unbeschränktheit der Posthoheit. Verschiedenheit der Postverwaltung in den Bundesstaaten.

I) Die (§. 354 a) angeführten Bestimmungen der BundesActe abgerechnet, ist, nach dem Grundsatz der für die innere Staatsverwaltung in der Regel geltenden Unbeschränktheit, kein **Bundesstaat** in der Ausübung der **Posthoheit** von Aussen her positiv **beschränkt**. Jeder Bundesstaat übt dieselbe aus; auch dann, wenn er die Post nicht unmittelbar für eigene Rechnung verwalten läfst, oder, wegen Beschränktheit seiner Gebietverhältnisse, in seinem Gebiet keine Postanstalt besteht, sondern nur die Post des angrenzenden Auslandes für den eigenen Post-

verkehr benutzt wird (§. 353, V, u. Note h). II) Die Postverwaltung, abgesondert von der Posthoheit, läfst 1) der dem geographischen Umfang nach bedeutendste Theil der Bundesstaaten, für eigene Rechnung führen a). 2) Andere Bundesstaaten, haben solche Andern für deren Rechnung überlassen; und zwar a) entweder andern Bundesstaaten, durch besondere Uebereinkunft, gegen bedungene Vortheile b); b) oder dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis, theils vermöge der durch den ReichsdeputationsHauptschlufs und die BundesActe, zum Theil auch durch neu hinzugekommene Verträge begründeten Rechte desselben, theils durch freie Uebereinkunft c). 3) In etlichen Bundesstaaten ist mehrfache Postverwaltung neben einander (cumulativ); entweder theils für eigene theils für fremde Rechnung d), oder blofs für fremde e). 4) Auch haben etliche Postverwaltungen durch Uebereinkunft gegen fremde Postverwaltungen sich verpflichtet, zur Durchfuhr (Transito) verschlossener BriefPackete (Packetschlüsse) mittelst der inländischen Postanstalt, auf einer bestimmten Route, gegen festgesetzte Entschädigung nach dem Gewicht.

a) Namentlich Oestreich, Preussen, Sachsen (Königreich), Baiern, Hannover, (Wirtemberg bis 1819), Baden, Holstein, Luxemburg, Braunschweig, MecklenburgSchwerin und MecklenburgStrelitz, HolsteinOldenburg, im Herzogthum Oldenburg. Früher auch SachsenGotha im Altenburgischen, bis 1817, wo fürstl. thurn- und taxische Postverwaltung eintrat; so wie, um dieselbe Zeit, im Gothaischen die neben der taxischen Post bestandene herzogliche Postverwaltung aufhörte.

b) Z. B. die drei Herzoge von Anhalt, und der Fürst von SchwarzburgSondershausen (doch mit Ausnahme von Arnstadt), an Preussen; auch Hamburg und Lübeck an Preussen und an verschiedene Andere, neben einer eigenen Stadt-Postanstalt, wovon und von Bremen, unten Note d. So auch HohenzollernHechingen bis 1819 an Wirtemberg.

c) Man sehe §. 354[b].

d) So in den drei freien Hansestädten. *Lübeck* hat: 1) eigene Stadtpost, reitende und fahrende nach Hamburg, 2) fürstl.

thurn- u. taxische Briefpost, 3) k. hannöverische, reitende u. fahrende. — *Hamburg* hat: 1) eigene Stadtpost, reitende nach Bremen, Lübeck, Mecklenburg u. Pommern, und fahrende nach Lübeck, auch Fufspost in der Stadt u. deren Vorstädten; 2) fürstl. thurn- u. taxische Briefpost; 3) k. dänische, reitende u. Frachtpost, auch Fufspost nach Altona; 4) k. schwedische, reitende durch Dänemark nach Schweden; 5) k. preussische, reitende u. fahrende; 6) k. hannöverische, reitende u. fahrende; 7) k. hannöverische u. herzogl. braunschweig-lüneburgische CommunionPost, fahrende; 8) hannöverische u. Hansestadt-Hamburg-Bremer CommunionPost, fahrende; 9) grofsh. mecklenburgische, fahrende; 10) amerikanische privilegir'e PostExpedition, für die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Schiffgelegenheit von Hamburg, Bremen, oder Amsterdam. — *Bremen* hat: 1) eigene Stadtpost, nur Briefpost, nach Hamburg und Holland, 2) hannöverische Brief- und fahrende Post, 3) preussische Briefpost, 4) thurn- und taxische Briefpost, mit welcher die preussische in der Verwaltung vereinigt ist. — Auch Gotha, im Fürstenthum Gotha, bis 1817, und Braunschweig bis 1790, hatten mehrfache Postverwaltung neben einander, theils eigene theils fremde.

e) *Mehrfache* Postverwaltung, neben einander, blofs für *fremde* Rechnung, haben: Lippe und SchaumburgLippe, wo preussische und taxische Post ist. So ehehin auch die Reichsstadt Frankfurt, wo taxische oder Reichspost und hessen-casselische Post war (§. 353).

§. 356.

Oberaufsicht, Polizei, Gerichtbarkeit, Postordnungen, u. s. w.

Die StaatsPostanstalt steht jetzt unter der staatsoberhauptlichen Leitung jedes teutschen Bundesstaates. Dieser ist, jedoch mit Hinsicht auf die Bestimmungen der BundesActe (§. 349 u. 354), befugt und verpflichtet, durch **Aufsicht, Polizei** a) und **Gerichtbarkeit** b), insbesondere durch **Postordnungen** c), das Institut zu dem gemeinen Besten zu leiten, zu vervollkommnen, und zu schützen, auch gegen Eingriffe fremder Staaten. Insbesondere gehören dahin: die nöthigen Bestimmungen über Präsentation

oder Ernennung, über Bestellung oder Bestätigung, und über Verpflichtung der Postbeamten, über Postwappen und Siegel, über PostUniform und Livrée, über Privilegien für die Posthäuser und PostOfficianten, über Befreiung der ordentlichen, reitenden und fahrenden Posten von Chaussée-, Wege-, Pflaster-, Brücken-, Fähr- und Sperrgeld, über PostTarif und Postfreithum, über das Verfahren bei Beschwerden der Reisenden, über Controlirung der LocalPostbeamten durch die OrtsPolizeibehörden, u. d m.

a) v. Berg's Handb. des Polizeir., III. 557. Fischer's Kameral- und Polizeir., II. 447. Moser v. der Landesh. in Polizeisachen, 423. Moser's Staatsr., V. 268. Mevius, P. I. dec. 102. Gönner's Rechtsf., I. N. 3 u. 6. Danz Handb. d. teutschen Privatr., I. §. 136. — Plackereien, Erpressungen, Veruntreuung, Unterschleife einzelner Postbeamten.

b) Wo ein wirklicher *ErblandPostmeister* sich befindet, da ist diesem gemeiniglich über die PostOfficianten die *Gerichtbarkeit* in *Dienstsachen*, und eine bestimmte *DisciplinarGerichtbarkeit*, auch Concurrenz bei *Obsignaturen*, eingeräumt. Rhein. Bund, VII. — Von dem *PostPrivatrecht*, s. Danz a. a. O. 131 ff. v. Berg a. a. O. III. 553. Runde's Privatr., §. 131 ff. Rössig's t. Privatr., 423 ff. Engau elem. juris germ., lib. II. §. 287. sqq. Strelin's Wörterb. für Kameralisten, Bd. VI (Nördl. 1791. 8.), voc. Post. *Preufs.* allg. Landr., II. 15. 4. 141. ff., u. Berichtigungen hiezu, vom 12. Jun. 1804.

c) Verschiedene Postordnungen, z. B. die *preussische* von 1782, in Joh. Beckmann's Samml. auserles. Landesgesetze, Th. II — VI. Frankf. 1786 — 1788. (Man s. auch die preufs. Instruction für die Regierungen, v. 26. Dec. 1808, §. 57); desgl. (z. B. die *schleswig-holsteinische*) in Niemann's Blättern für Polizei und Kultur, Heft 2 u. 3 (Tüb. 1801. 8), die *kurbraunschweigische* v. 4. Sept. 1755, in F. C. Willich's br. lüneb. Landesgesetz., II. 911. u. Supplem., I. 265. II. 180. *Wirtemb.* Extrapostordn. v. 19. Jun. 1815; in d. National-Zeit. 1815, St. 41. *Badische* BriefPostgesetze, in v. Berg's Handb. d. Polizeir., Th. VII. Taxordn. v. 9. Febr. 1812, in dem Regier. Blatt, 1812, N. 9. *Badische* ExtraPostordn. v. 23. Jul. 1818, im Reg. Bl. N. 25. *S.weimar-eisenach.* Postordn. v. 1. Jan. 1820. Ehemal. *westphälische* Postordn. v. 1808, nebst Decret v. 30. Sept. 1810, in d. Allgem. Anzeiger d. Teutschen, 1809, N. 11 u. 12, u. 1810, N. 296 — 300.

Rhein. Bund, LII. 50. Ehemal. grofsherz. *bergische* P. O. v. 1809, in d. Allgem. Anzeiger, 1809, N. 344, u. Rhein. Bund, XXXVIII. 245. XXXIX. 491. Vrgl. auch Häberlin's Repertor., Art. Postwesen, §. 2. Klüber's systemat. Entwurf d. kaiserl. Wahlcap., S. 57. u. (Hoffmann's) Abh. wie weit ist der Successor singularis ex pacto et provid. majorum zu Anerkennung der Verträge des Vorfahrers verpflichtet? (1797. 8.) §. 91.

§. 357.

Post Organisation.

I) Die Ausübung der Posthoheit, geschieht durch eine inländische oberste Staatsbehörde. Dieser ist, in den gröfsern Bundesstaaten, unmittelbar untergeordnet eine inländische PostVerwaltungsbehörde, welche die Benennung General- oder Oberdirection der Posten, Haupt-, General-, oder OberPostamt u. d. führt [a]). II) Die General-Postverwaltung hat zwei Hauptzweige: das Brief- und ExtraPostwesen, und das fahrende Postwesen (Postwagen). 1) Für jenes sind theils Ober-Postämter, theils diesen coordinirte, dirigirende Postämter (die letzten für kleinere Bezirke) angeordnet; welchen, jedem in seinem Bezirk, (Unter-) Postämter, Postverwaltungen, Postwärtereien, (Briefpost-) Expeditionen, PostSecretäre, PostStallmeister und Post(Pferde)haltereien untergeordnet sind, in Official-, Jurisdictional-, Rechnungs- und Polizeisachen. 2) Das fahrende Post(wagen)wesen wird durch die OberPostämter, oder durch eigene Ober-PostCommissariate dirigirt, welchen die Haupt-Expeditionen und übrigen Expeditionen fahrender Posten, die Posthalter, Conducteure und Postpacker, in Ansehung der ordinären Fahrtgebühren und ihrer Amtsverrichtungen, untergeordnet sind. 3) Oft ist jedoch, an kleinern Orten, nicht nur das Brief- und Extrapostwesen, sondern auch das fahrende Postwesen, einer Person anvertraut [b]).

a) Der Fürst von Thurn und Taxis hat seit 1811 die, seiner *Geheimen Kanzlei* zu Regensburg nachgeordnete, *General-PostDirection* zu *Frankfurt* zur Centralbehörde seiner Postverwaltungs Angelegenheiten bestimmt. — Vergl. im Uebrigen: Neue Organisation des teutschen Postwesens. Mannh. 1803. P. F. C. Reinhold über das Postwesen und die Art der Einrichtung desselben. Gött. 1803. 8. Herrfeld's System der Posteinrichtung. Frankf. 1808. (auch 1810) 8.

b) Von der PostStatistik u. von Postkarten. Vergl. Klüber's Postwesen, S. 49 u. ff. Die angef. Patriotischen Wünsche S. 29 u. 32 ff. — Von der Geschäftordnung, Beschleunigung u. Finanzirung in dem Postwesen, s. F. W. Heidemann's pract. Bemerkungen über das Postwesen, mit besond. Rücksicht auf das preussische. Weimar 1820. 8.; auch in der Sammlung: Vorwärts, S. 559 — 656.

§. 358.

Pflichten der Bundesstaaten, in Hinsicht auf die Postanstalt. Briefgeheimniſs. Einwirkung der Bundesversammlung.

I) Das Publicum hat gegen die Postanstalt gerechten Anspruch auf Treue, Verschwiegenheit, Rechtlichkeit, Billigkeit (billige Preise) und Geschwindigkeit. Da Einheit der Postanstalt in Teutschland, und Verwaltung derselben durch Privatunternehmer unter strenger Staatsaufsicht, wahrscheinlich frommer Wunsch bleiben wird; so sollten wenigstens alle Bundesstaaten sich verpflichtet halten, durch Uebereinkunft feste Bestimmungen zu errichten über Gleichförmigkeit in der Verwaltungsart sämmtlicher LandesPostanstalten, insbesondere in Absicht auf gehörigen Zusammenhang und zweckmäsige Richtung der PostRouten, ununterbrochenen Lauf und dem Verkehr angemessene Anzahl der reitenden und fahrenden Posten, und billigen Tarif a). Auch ist jeder Staat verpflichtet, die Unverletzbarkeit der, der Post anvertrauten Briefe und Effecten (das Briefgeheimniſs, im Gegensatz des so genannten Postgeheimnisses, secret de la poste,

oder des willkührlichen Manipulirens der der Post anvertrauten Briefe), staatsverbrecherischen Verkehr ausgenommen, zu handhaben und zu achten[b]). Ueberhaupt sollte eine für Staats- und Privatverkehr, für Cultur (§. 335) und Handel so höchst wichtige Anstalt, von den Staaten stets nach gerechten und liberalen Grundsätzen behandelt, auch überall und immerhin zu etwas Besserem benutzt werden, als für unmittelbaren Finanzgewinn und geheime Polizei oder unbefugte Neugier[c]). II) Auf einen Antrag der freien Städte, mittelst einer Vereinigung der Bundesstaaten, den Zustand des Postwesens in Teutschland zu verbessern, insbesondere den Klagen über übermäsige Theurung des Porto und Verlängerung der PostRouten abzuhelfen, und zu dem Ende am Bundestag eine Commission anzuordnen, beschlofs die Bundesversammlung, am 5. Aug. 1819, dafs dieser Gegenstand (von den einzelnen Gesandschaften) den Regierungen empfehlend vorzutragen, und Instructionen von ihnen zu erbitten seyen, in der Hoffnung, dafs solche die B V. in den Stand setzen werden, der hiernächst zu erwählenden Commission einen sichern Leitfaden ihres Gutachtens an die Hand zu geben[d]).

a) Möge es nicht auch hier heifsen: «l'excès du mal amène le remède»!

b) An *Gesetzen* wider Eröffnung der Briefe auf der Post, fehlt es nicht. Vergl. königl. *westphäl.* Postordnung v. 31. Oct. 1808, Art. 3. 13. 18. 101. 146. Königl. *baier.* PflichtFormel für die Postbeamten, in d. baier. Regier. Blatt, 1806. Num. 34. *Baier.* Strafgesetzbuch v. 1813, Th. I, Art. 396, S. 152. Königl. *wirtemb.* Verordn. v. 18. Nov. 1816, in dem Journal de Francf. 1816, n° 359. S. *weimar-eisenach.* Postordn. v. 1. Jan. 1820, §. 19. — *Schriften* über unbefugte Brieferöffnung: Die Postgeheimnisse. Leipz. 1803. 8. Ueber das Geheimnifs der Posten. Frkf. u. Leipz. 1788. 8. Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 42, S. 229. Hörn's BetrugsLexicon, voc. Postmeister, S. 288. Moser's Lebensbeschreib., IV §. 105, v. Martens Völkerr., §. 106. Danz a. a. O. §. 155, n. IV. Jo. Jod. Beck diss. de resignatione, avulsione, et turbatione sigillorum (Alt. 1742), §. 25. J. B. Friesen diss. de eo q.

j. e. circa litteras resignatas (Jen. 1752), c. 2. Patriotische Wünsche etc., S. 6 f. Niemann's Abh. in den Kieler Blättern, Bd. V, Heft 1 (1817), N. 4. Girardin's Rede in der Sitzung der DeputirtenKammer zu Paris v. 12. Apr. 1822, in den polit. Tagblättern. Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des Völkerrechts, S. 96. — Beispiele von so genannten *Interceptén*, in Flassan's histoire de la diplomatie française, T. IV, p. 295, T. V, p. 47, T. VII, p. 119 et suiv. (nach der 2. Ausg.), u. in Mes découvertes, par le prince Louis de Rohan, pièce secrète etc., in (Favier's) Politique de tous les cabinets de l'Europe etc. (édit. de Paris, 1793. 8.), p. 463 — 475. — *Verwahrungsmittel* gegen das unmerkliche Brieferbrechen, in Klüber's Kryptographik (Tüb. 1809. 8.), §. 17 — 29. Gegen die Entdeckung des Inhaltes erbrochener Briefe, dient das *Chiffriren* nach sicherer Methode, wovon ebendaselbst.

e) Klüber's Postwesen, S. 129 ff. *Ebendess.* Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 131, 148 f. u. 268. Die angef. Patriotischen Wünsche, S. 43 ff. Rhein. Bund, XXII. 11 ff. 32 ff. Hartleben's Justiz-, Cameral- u. Polizei-Fama, 1817, St. 45. A. F. W. Crome, Deutschlands u. Europens Staats- u. NationalInteresse (Giessen 1817. 8.), S. 96 ff. (Alex. Frhr. v. Imhof) Ueber Postanstalten, nach ihrem FinanzPrincip etc. Halle 1817. 8. Der unten, Note d, angef. Antrag der freien Städte, in dem Protoc. der t. B.V. v. 29. Jul. 1819. F. W. Heidemann am oben (§. 357, b) a. O. — Für das GH. *Baden* (mit 1 Mill. Einw.), wo unter allen Bundesstaaten auf der Post das strengste Gewichtsystem eingeführt ist, ward in den den Ständen vorgelegten Budgets für 1820 u. 1821, der einjährige Postertrag angesetzt auf 205,000 Gulden; in dem Königr. *Wirtemberg* (mit 1,400,000 E.) in dem HauptFinanzEtat für 1820 bis 1823 auf 70,000 Gulden (vermuthlich der taxische PostCanon); in *Baiern* (mit 3,560,000 E.) in dem den Ständen vorgelegten Budget für 1819, auf 344,000 Gulden netto (man s. die Ständeverhandlungen von 1819 über das baierische Postwesen, in J. Gr. v. Soden's baier. Landtag v. 1819, Nürnb. 1821. 8., S. 329 — 332); in der *preussischen* Monarchie (mit nah an 11 Mill. E.), in dem Budget für 1821 auf 800,000 Thlr. (1,400,000 Gulden); in *Frankreich* (mit ungefähr 29½ Mill. E.) in dem Budget für 1823 auf 23,900,000 Francs (10,091,093 Gulden); in dem Königreich der *Niederlande* (in Europa mit 5¼ Mill. E.), in dem Budget für 1821, auf 2,030,000 Gulden; in *Grofsbrittanien* (mit 17,200,000 E.), in dem Budget für 1822, auf 1,355,000 Pf. Sterling. — Wenige wissen, dafs eine erhöhete Taxe fast nie eine erhöhete Posteinnahme, oft eine Minderung

derselben, zur Folge hatte. Welch ein engherziger, einer Staatsregierung unwürdiger Kleinhandel, wenn man fortfährt, das Porto nach französischer Sitte, das heifst, fast nach der möglichen Zahl der in dem Brief enthaltenen Buchstaben, mit einer Goldwage nach Grän und Eschen zu bestimmen, statt dem Publicum, um des allgemeinen Besten willen, den Gebrauch der Post durch *Wohlfeilheit*, *Sicherheit* und *Geschwindigkeit* zuzunöthigen! Die Urheber des PostTarifs sind portofrei.

d) Protoc. der B.V. v. 29. Jul. u. 5. Aug. 1819, §. 159 u. 170.

§. 359.

Boten, Landkutscher, Hauderer, Frachtfuhrleute.

Auch in Ansehung der ordentlichen, gehenden, reitenden und fahrenden Boten, aus nahen oder entfernten Gegenden, der gemeinen Landboten, Landkutschen, Hauderer und Frachtfuhrleute, ist jeder Bundesstaat befugt, die nöthigen Bestimmungen zu machen a).

a) Königl. *wirtemb.* Verordn. v. 27. Jan. u. 24. Aug. 1807, u. v. 4. Sept. 1810, in d. wirtemb. Regier. Blatt. Königl. *baierische* Verordn. v. 15. Jul. 1808, in d. baier. Regier. Blatt, 1808, Num. 35, u. v. 1. Dec. 1807, St. 54. K. *baier.* Verordn., das Botenwesen betr., v. 28. Apr. 1815, in d. Allgem. Handlungszeitung, 1815, Num. 97 — 99. — Von *Landkutschern*, Schröter's verm. Abhandlungen II. 201. Fr. Philippi diss. de rhedis meritoriis. Lips. 1685. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 814 f. 818. — Von dem Botenwesen in d. *Wirzburgischen*; in d. Journal v. u. für Franken, Bd. II, Heft 5. (Nürnberg 1791.)

VI. Abschnitt.

Bergwerk Regal.

---

§. 360.

Regalität des Bergbaues.

In den SouverainStaaten des teutschen Bundes, gilt die Regalität des Bergbaues a). Warum?

und wie weit? ist eine Aufgabe, jetzt [b]) mehr für Gelehrte [c]), als für die Staatsregierung [d]) I) Jene suchen die Regalität zu begründen, theils durch die Voraussetzung einer Begrenzung des PrivatGrundeigenthums mit der Oberfläche der Erde, und einer Theorie von Adespoten [e]), theils durch die Polizei-Absicht einer Sicherung des Publicums gegen Münzbetrügerei [f]), theils durch die Betrachtung, daſs vollständiger Betrieb des Bergbaues unmöglich wäre, sollte er von der Oberfläche des Grundes und Bodens abhängig seyn [g]).

a) Pütter's Lit., III. 621 ff. Klüber's Lit., §. 1382 ff. H. W. Lawätz Handb. für Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II, Bd. 2, Abth. 2 (1795. 8.), S. 520—1156. Jargow v. d. Regalien, 496. Westphal's Staatsr., 467 ff. Danz Handb. d. t. Privatr., II. §. 161—163. v. Berg's Rechtsfälle, Bd. II, Num. 28. Chr. Hertwig's Bergbuch. Dresd. u. Leipz. 1710. fol. J. J. Moser von d. Landeshoh. in Ansch. Erde u. Wassers. Frkf. 1773. 4. Adolf Beyer's BergStaatsrechtslehre, mit Berichtig. und Zusätzen von F. L. v. Cancrin. Halle 1790. 8. F. L. v. Cancrin's Grundsätze des teutschen Berg- und Salzrechtes. Frankfurt 1790 8.

b) Vergl. §. 273—276. — Nach dem Staatsrecht des *teutschen Reichs*, war allgemein die Berghoheit (§. 364) kein Bestandtheil der Landeshoheit; nicht aber die BergwerkGerechtigkeit, d. h. das Eigenthum der Bergwerke, die Anlegung, der Betrieb und die vollständige ausschliessende Benutzung derselben, in der Regel, ein Ausfluſs des Grundeigenthums. Die Regalität gebührte einem Landesherrn nur auf diejenigen Metalle, Mineralien und Fossilien, auf welche er solche durch besondern Rechtstitel erlangt hatte, durch rechtmäsige kaiserliche Verleihung, durch Verträge, Herkommen, oder unvordenkliche Verjährung.

c) Th. v. Wagner über den Beweis der Regalität des teutschen Bergbaues. Freyb. u. Annab. 1791. 8. J. H. Eßler über die Bergwerke in Teutschland. Herb. u. Giessen 1803. 8. K. D. Hüllmann's Gesch. des Ursprungs der Regalien (Frf. a. d. O. 1806), 62. v. Eppler über das Princip d. t. TerritorialVerfassung (1803), 116. H. Bensen's Grundriſs e. Staatslehre, Abth. III, §. 796. Ueber das Bergregal, in d. Rhein. Bund, XVI. 57.

d) Julianus in L. non omnium 20. D. de LL. Rössig's Gesch. des t. Privatr., 188. Thom. Wagner's corpus juris metallici

recentissimi et antiquioris. Lips. 1791. fol. J. G. v. Lori's Samml. des baier. Bergrechtes. München 1764. fol. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 670—770. Danz a. a. O. §. 161 f.

e) Pütter instit. juris publ. germ., §. 371. v. Cancrin a. a. O. §. 27. 42. 44. — Als Quelle aller Regalien, geben Einige das landesherrliche *Eigenthum* an dem *Land-* und *LuftRevier* des Staatsgebietes an, da den Unterthanen nur die Oberfläche des Landes zum Behuf der Landwirthschaft zugetheilt worden sey; woraus die Regalität sowohl der Bergwerke, als auch der Windmühlen folge. C. G. Biener de natura et indole dominii in territ. Germ. §. 20. 25. Fischer's Kameral- und Polizeirecht, II. 388 ff. 877.

f) Geisler pr. de analogia juris publ., §. 10.

g) F. v. Schuckmann's Ideen über Finanzverbesserungen (Tüb. 1808. 8.), S. 25. Gönner's Rechtsfälle, Bd. II, Num. XVII. L. Himmelstoss Entwickel. des Begriffs der Regalität, §. 13, 14, 25 u. 26. S. 64 ff., 90 f. u. 92 f. Fichte's Grundlage des Naturrechtes, Th. II, S. 41.

§. 361.

Umfang.

II) Wie weit die Regalität des Bergbaues sich erstrecke a)? und welche Metalle, Mineralien und Fossilien, als dem PrivatGrundeigenthum angehörig zu betrachten seyen? ist in den einzelnen teutschen Staaten auf verschiedene Weise bestimmt b). Gold- und Silberbergwerke, die Gewinnung der vornehmsten Münzmetalle bezweckend, sind jetzt überall Regal c). Rechtsgelehrte und Kameralisten rechnen nicht selten dahin, auch alle unedlen Metalle d), Kupfer-, Zinn-, Blei- und Eisen-, auch Arsenik-, Spiefsglas oder Antimonial-, Wismuth-, Zink-, Quecksilber- und Kobolt- oder FarbeBergwerke, ja alle Fossilien, Seen und Quellen, die wegen ihres medicinischen, technologischen, oder merkantilischen Nutzens, Gewinn geben, oder hoffen lassen.

a) (v. Benckendorf's) Grab der Chikane, Th. II, Bd. 3, §. 33 — 35.

b) Die Gesetze aus fast allen teutschen Staaten, das Königreich Sachsen ausgenommen, stehen in Wagner's corp. juris metallici.

c) Beyer's BergStaatsrechtslehre, Cap. VIII, §. 10.

d) Hertwig's Bergbuch, 277. — Nach Gönner (Rechtsfälle, Bd. II, S. 1 — 74), gehören nur diejenigen Gegenstände aus dem Mineralreich zu den Regalien, welche durch Kunst der Bergleute, also durch regulären Bergbau, erzielt werden.

§. 362.

Fortsetzung.

Insbesondere rechnet man hie und da, doch nicht immer ohne Widerspruch, zu dem BergwerkRegal: Steinkohlen a), Torf b), Salpeter c), Edelsteine, Marmor d), Alabaster, Achatstein, Schiefer, Feuersteine, gemeine Steinbrüche e), namentlich auf Mühlsteine, gebrannte Steine und Kalk f), die Halbmetalle, Alaun, Schwefel und Vitriol; ferner, Salzquellen, Salzseen und Salzbergwerke g), Sauer- und Gesundbrunnen, Badquellen h), Bernstein i), Perlen k), Goldsand l) (Waschgold, Goldwäsche), Schwefel, Zinnober, Farberde, Thon oder Töpfer-, Walker- und PorzellanErde, Mergel, Kreide, Lehm, Streusand, wohl auch gemeinen Sand m), fossile Knochen. Schätze gehören nicht zu dem BergRegal n).

a) Klüber's Lit., §. 1384. v. Cancrin a. a. O. §. 421. J. J. Dornfeld diss. de juribus circa lithanthraces (Lips. 1742), §. 12 — 14. Beyer's BergStaatsrechtslehre, S. 69. Hommel, obs. 607. Preufs. allgem. Landr., Th. II, Tit. 10, §. 29 u. 71. — Anders, Hertwig in d. Bergbuch, 241. C. H. Horn diss. de regali metallifodinarum jure, §. 17. Hertius, T. I. resp. 336. Horn class. XII. cent. 4. Strube, Th. II, Bed. 77, §. 3. Grab der Chikane, Bed. III. §. 36. Kress de ligno et lapide, p. 478. Gönner's Rechtsfälle, Bd. II, Num. XVII.

b) Klüber's Lit., §. 1384 b. Pütter's Erörter., Bd. III, Heft I, S. 51 ff. Breuning in Siebenkees Magaz., I. 121. — Anders, Ch. T. Koch diss. de jure fodiendi Turfam lutosam inter regalia principis haud referendo. Lips. 1803. 8. v. Cancrin a. a. O. §. 8.

c) Pütter's Erörter., Bd. III., Heft 1, S. 27. Beyer a. a. O. S. 67. v. Cramer's wetzlar. Nebenst., XXI. 106. Mader's

Samml. reichsger. Erkenntnisse in reichsrittersch. Sachen, V. 247. 295. Pütter's Lit., III. 623.

d) Pütter's Lit. III. §. 1383. G. D. Hoffmann de regali marmoris jure. Tüb. 1757. v. Cancrin, S. 44.

e) Hommel, obs. 607. Strube, Th. II, Bed. 77. v. Cancrin's rechtl. Bedenken über die Regalität der Steinbrüche. Riga 1786 u. 1797, und in dessen vermischten Schriften.

f) Hommel, obs. 607. Grab der Chikane, Bd. III, Th. 2, §. 37. — *Ziegel-* und *Kalkbrennereien* sind, als Gewerbe, an landesherrliche Concession gebunden. v. Cancrin a. a. O. §. 43. Held's reichsprälat. Staatsr., II. 617. Ludewig's gel. Anz., II. 702. F. U. Pestel diss. de jure circa lateraria, von Ziegelbrennereien. Rint. 1746. Pütter's Rechtsf., Bd. II, Th. 4, S. 991. — So auch *Eisenwerke*, *Hammerwerke*, *Schmelzhütten*, *Vitriol-* und *Alaunwerke*, u. d. Moser v. d. Landeshoh. in Ans. Erde u. Wassers, 268. Desgl. das *Potaschensieden*. K. J. Seyffert's u. K. L. Kress Jahrbuch für teutsche Rechtsgelehrte, Heft V (Wezl. 1792), S. 407.

g) Pütter's Lit., III. 480. Klüber's Lit., §. 1387. Jargow v. d. Regalien, 503. Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 1444. v. Cancrin a. a. O. §. 872 ff. Danz a. a. O. §. 175 ff. J. G. S. Rodbeck diss. de jure regio salinarum earumque infeudatione. Lips. 1791. — Anders, J. H. Jung de jure salinarum (Goett. 1793), c. 1. §. 6. sqq. Vergl. den folg. §. Note b.

h) Moser von d. Landeshoheit, in Ansch. Erde u. Wassers, 211.

i) P. R. Schröter diss. de jure succini in regno Borussiae. Regiom. 1722. Danz Hand. des t. Privatr., I. §. 111.

k) Moser a. a. O. 256. Danz a. a. Ort. J. H. Tauben's Beitr. zur Naturkunde des Herzogth. Zelle, B. I, S. 77.

l) Badisches standesherrl. Verfass. Edict, Art. 45. Desgl. grundherrliches, Art. 18. Jul. Lampadius Beitr. zur Vaterlandsgeschichte (1811. 8.), S. 16 — 41. — Schöpflin Alsatia illustrata, I. 29 — 32. Schilter thesaur. antiquit. germ., I. 23. B. G. Struv diss. de auro fluviatili, s. Waschgold. Jen. 1698. J. C. Cron's oryctographia Neostadiensis, nebst Nachrichten von den pfälz. Goldwäschen. Speyer 1740. Die Zigeuner, von H. M. G. Grellmann (1783. 8.), S. 27 — 84. (Salzmann) Von d. Rheingold, in Meusel's Geschichtforscher, VI. 246 — 256. F. L. Treitlinger diss. de aurilegio, praecipue in Rheno. Argent. 1776. 4. Moser a. a. O., 254. J. F. Gmelin's Gesch. des t. Bergbaues, §. 38. v. Römer's kurs. Staatsr., II. 806. Krünitz Encycl. v. Gold. Corp. Constit. Culmbac., T. II. vol. 2. p. 319. Kindlinger über das Alter des Flufsgoldes, in d. Allgem. lit. Anzeiger, 1800, Num. 92. 162. 163. 171.

m) Alle *Tagwerke* (die nicht in der Tiefe, sondern in der Oberfläche der Erde gefunden werden) schliessen von der Regalität aus. Fischer in d. Lehrbegriff des Kameral- u. Polizeir., II. §. 1351. v. Cancrin a. a. O. §. 8. 43.

n) Davon oben, §. 257, Note a.

§. 363.

Verleihung des Bergbaues und der Salinen.

I) Der regale Bergbau, wie weit er sich erstrecken mag, gehört zu den verleihbaren (§. 101) Regalien a); auch die Salinen b). Bei der Verleihung wird dem Staat meist vorbehalten, das Recht des Bergzehnten c) und des Vorkaufs d) bei der Ausbeute, nebst einer RecognitionsAbgabe e) (Quatember- oder Recefsgeld). II) Das Recht, unter gewissen Einschränkungen nach Erz zu schürfen und zu Tage einzuschlagen, wird durch Schürfscheine verliehen f). Die Findung eines Ganges, giebt das Alter (Seniorat) in dem Felde oder den Vorzug in der Muthung der Zeche, zu deren Bau der Muther durch den Muthzettel berechtigt wird, nicht nur bei dem Bau der Eigenlehner oder Einspännigen, sondern auch bei dem Gesellenbau und der Gewerkschaft g). Ueberall ist der Bergbau zu treiben, mit gehöriger Sorgfalt und Entschädigung der Grundeigenthümer.

a) Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 1460. sq. Danz a. a. O. 164 f. v. Cancrin, §. 41. — In dem Königreich Sachsen, unterscheidet man *hohes* und *niederes* BergRegal. Zu jenen gehören, Gold, Silber, Edelsteine, Salz, u. a. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 683. 691. Danz a. a. O. §. 163.

b) Die *Salinen*, wenn sie Privatpersonen, meist als Erbleihe überlassen sind (v. Cancrin a. a. O. §. 891 ff.), werden gewöhnlich in gewisse intellectuelle Theile, *Kuxe*, *Koten*, *Stühle*, *Sieden* oder *Siedrechte* getheilt, wovon ein jährlicher Canon zu entrichten ist. — Manche Salinen sind *Bann-* oder *Zwang-Salinen*, weil die Unterthanen eines bestimmten Bezirks ihr Salzbedürfniss daselbst zu nehmen schuldig sind. Landesge-

setze in SELCHOW's elem. juris germ. priv., §.546 u. 571. — Auch ist, in den meisten Staaten, der *Salzhandel* ein landesherrliches Monopol. J. W. LANGSDORF von den Rechten des Landesherrn auf Salzquellen und den Alleinhandel des Salzes; hinter dessen Einl. zu Anlegung, Verbesserung und Verwaltung der Salzwerke. Giessen 1781. 4. v. RÖMER's kursächs. Staatsr., II. 806. v. CANCRIN a. a. O. §. 884 ff.

c) J. C. KNÖTSCHKER epist. grat. de decimis metallicis. Lips. 1795. v. ROHR's Haushaltungsr., Buch X, Cap. 2, §. 9 f. BEYER a. a. O. 55. KÖHLER's Anleit. zu den Rechten u. der Verfassung bei dem Bergbau, S. 18. — Die Zehntbefugnifs bei der Ausbeute der Bergwerke, ist ihrer Natur nach eben so wenig Regal, als die Bergwerkgerechtigkeit. Im Zweifel ist sie PrivatGerechtsame, auch in den Händen des Staates. Vergl. §. 274, III.

d) B. C. MOLLENBECK diss. de regali protimiseos metallicae jure. Giess. 1691. DE SELCHOW elem. juris publ., §. 462. v. CANCRIN, §. 164. BEYER, S. 137. Rhein. Bund, XVI. 65.

e) HERTWIG's Bergbuch, 309. v. CANCRIN, §. 145 ff. Von dem Schlägeschatz, ebendas. §. 161 ff.

f) J. G. BAUER's Einl. zu d. Bergrechten, I. 93. CHR. BÖSEN's HaushaltsPrincipia vom Berg-, Hütten-, SalzForstwesen, II, 46. v. CANCRIN a. a. O. §. 70 ff. 101 ff. DANZ, §. 166.

g) v. CANCRIN a. a. O. 112 ff. HEUMANN initia juris politiae, 333. DANZ, §. 167 ff. D. G. DIEZ diss. de jure senioratus metallici. Erf. 1727. EISENHART's Sprichwörter, 203. F. L. v. CANCRIN von der Natur und Einrichtung einer Bergbelehnung. Giess. 1788. 8.

§. 364.

Berghoheit.

Die Berghoheit des Staates (jus metallifodinarum et salinarum sublime), welche das Recht der Oberaufsicht, der Gesetzgebung, der OberPolizei und der Gerichtbarkeit in Bergwerksachen in sich begreift, erstreckt sich über jede Art des Bergbaues, auch die, welche einem Unterthan aus irgend einem Rechtsgrund zusteht a). Abhängig von ihr ist die Verleihung der Bergfreiheiten, Bergpatente und Privilegien, die Errichtung der Berggesetze, der Berg-, Hütten-, Hammer-, Haal-, Thal-, Beute-,

Salz- und Pfännerordnungen [b]), die Verleihung der BergGerichtbarkeit [c]) und OberBergpolizei [d]).

a) Rodebeck l. c. v. Cancrin a. a. O. §. 49 ff.

b) v. Cancrin a. a. O. §. 24. 868. 916. Beyer a. a. O. S. 33. 176. Danz, §. 171 f. Eine reichhaltige Sammlung solcher Ordnungen, liefert Wagner a. a. O.

c) Gr. Engelbrecht de judiciis metallicis. Helmst. 1705, J. G. Siegel diss. de jurisdictione metallica. Lips. 1754. Decis. Hasso-Cass., I. 75. Pufendorf animadvers., I. 7. Sieber's gerichtl. Procefs, I. 188. v. Cancrin a. a. O. §. 720—864. 56 ff.

d) v. Cancrin, §. 53. 178.

VII. Abschnitt.

Jagd- und ForstRegal.

---

§. 365.

ForstRegal.

ForstRegal oder Forsthoheit [a]) (forstliche Herrlichkeit oder Obrigkeit, superioritas forestalis), ist der Inbegriff der aus der Staatsgewalt fliefsenden Befugnisse, über die in dem Staatsgebiet befindlichen Forsten [b]). Es ist darunter begriffen, das Recht der höchsten Aufsicht über das gesammte Forstwesen [c]), der ForstGesetzgebung [d]), der ForstPolizei [e]) und ForstGerichtbarkeit [f]). Es erstreckt sich über die Staats- oder Domanial-, und alle PrivatWaldungen, die CommunWaldungen unter diesen mitbegriffen. Wesentlich von solchem, als Staatsbefugnifs, unterscheiden sich die Rechte des Forst- oder Waldeigenthums [g]).

a) Pütter's Lit., III. 639. Klüber's Lit., §. 1399 ff. Nettelbladt von der Forsthoheit, in s. Samml. kl. jur. Abh. (1792. 8.), S. 204. P. H. Krebs de ligno et lapide. Aug. Vind. 1690. 1700. 1756. 4. Jo. Jac. Reinhard tr. de jure forestali Germanorum. Francof. 1749. 8. Jo. Jod. Beck von der forstl. Obrigkeit, Forstgerechtigkeit und Wildbahn. Nürnb. 1737. verm. v. J. G. Klingner. Frf. u. Leipz. 1748. u. 1767. 4. J. G. Pietsch Grunds. des Forst- u. Jagdrechtes. Leipz. 1779. 8. F. A. Georg instit. juris forestalis Germ. Frf. 1802. 8. H. C. Moser's Forstrecht. Baireuth 1806. 8. F. K. Hartig's Forst- und JagdStaatsrecht. Leipz. 1809. 8. D. L. Böttger's Beiträge zu Erläut. des Forstrechts. Giessen 1802. 8. C. G. Biener de nat. et indole dominii in territ. Germ., §. 24. p. 131. Held's reichsprälat. Staatsr., II. 643. Fischer's Kameral- und Polizeirechte, II. 792 ff. Danz Handb. d. t. Privatr., II. §. 139 ff. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 786 ff. Rhein. Bund, XVII. 312 ff. *Preufs*. Verordn. v. 24. Dec. 1816.

b) Moser von d. Landeshoh. in Anseh. Erde und Wassers, 67 ff. Georg l. c. §. 48. sqq. v. Moser's Forstarchiv, X. 33. Von dem Worte *Forst*, F. U. Stisser's Forst- und Jagdhistorie (1754. 8.), S. 5.

c) C. G. Biener de suprema principis in silvas inspectione. Lips. 1796. 4.

d) A. Fritsch corpus juris venatorio-forestalis. Rudolst. 1675. auct. Lips. 1702. fol. F. D. F. Müllenkampf's Samml. der Forstordnungen verschiedener Länder. Fortgesetzt von K. E. Frhrn. v. Moll. Th. I. Mainz 1791. Th. II. Salzb. 1796. Codex Augusteus (saxonicus) venatorio-forestalis. Leipz. 1792. 8. Preufs. allg. Landr., I. 8. 83 ff. I. 22. 170 ff. Fischer a. a. O. II. 787.

e) T. J. Reinharth de jure privatorum circa silvas inprimis caeduas, admodum restricto. Erf. 1732. v. Cramer's wetzl. Nebenst., V. 37. Landesgesetze, in Selchow's elem. juris germ. priv., §. 287.

f) Pütter's Lit., III. 486. Klüber's Lit., §. 1243. Pietsch a. a. O. §. 15 ff.

g) Stisser a. a. O. 174. Reinhard l. c. 79. sqq. 87. Biener l. c. 141. Rhein. Bund, XVII. 315 ff. Dahin gehören: das Beholzungsrecht, das Recht der Mastung u. Eichellese, der Weide, das Recht, Laub, Gras, Harz und Waldbienen sich zuzueignen. Fischer a. a. O. §. 1270 — 1303. Pietsch a. a. O. §. 58 ff. Runde's t. Privatr., §. 144 ff. — Von dem *Waldrecht* als Servitut, Danz a. a. O. §. 145.

§. 366.

Verleihung der Forstgerechtigkeit. Forstgerichtbarkeit.

Die niedere Forstgerechtigkeit, die Handhabung der Forstpolizei, die Holzanweisung unter Führung eigener Waldaxt [a]), die Bestellung der niedern Forstbeamten [b]), auch die Ausübung der Forstgerichtbarkeit (gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der Waldfrevel) und Beziehung der Forststrafen [c]), alles untergeordnet der Staatsgewalt, ist ein verleihbares (§ 101) Regal, nicht nur für Waldeigenthümer, sondern auch für andere Unterthanen [d]). So fern eigene Forst- und Holzgerichte [e]), landesherrliche, patrimonialherrliche, oder Märkerdinge, nicht angeordnet sind, gehört die Gerichtbarkeit in Forstsachen dem ordentlichen LocalRichter [f]). Den Standesherren, ist die Forstgerechtigkeit und Forstgerichtbarkeit geblichen (§ 233).

a) v. Cramer's wetzlar. Nebenstunden, Th. 98. S. 128. v. Moser's Forstarchiv, IX. 101.
b) v. Moser a. a. O. IX. 96. 142. XIV. 296. Forstmagazin, VIII. 130.
c) v. Moser a a. O. 135.
d) Vergl. §. 273—276.
e) Puffendorf de jurisdict. germ., 638. Selchow l. c. §. 518.
f) Strube, Th. II, Bed. 102, §. 5, S. 385. Bed. 136. Stisser a. a. O. 181. Pietsch a. a. O. §. 21.

§. 367.

Jagdhoheit. Jagdgerechtigkeit.

I) Ein unstreitiges Regal ist die Jagdhoheit [a]), das Recht der Oberherrschaft in Jagdsachen. Oberaufsicht, Gesetzgebung [b]) und OberPolizei, über alle Jagdberechtigungen in dem Staatsgebiet, nebst der Gerichtbarkeit in Jagdsachen, sind darunter begriffen. II) Die Regalität der Jagdgerechtigkeit, der Befugniſs, jagdbare wilde Thiere aufzusuchen und sich zuzueignen, — obgleich nicht gegründet in

dem allgemeinen Staatsrecht c), nicht in der Natur der Jagd und des Grundeigenthums, nicht in dem ältesten, gröſstentheils auch in dem mittlern teutschen Staatsrecht d), wie in dem römischen, — ist jetzt in allen teutschen Bundesstaaten ein geltender Grundsatz des positiven Staatsrechtes. In einigen wird alle Jagd in dem ganzen Staatsgebiet e), in andern, auf grundherrlichen JagdRevieren, auch wohl auf städtischen, nur die hohe Jagd f), oder bloſs die Mitjagd g), als Regal, doch als verleihbares (§. 101), angesehen. Den Standesherren ist, in ihren standesherrlichen Bezirken, die hohe und niedere Jagd geblieben. Auch den Grundherren sind die vormaligen Jagdberechtigungen meist geblieben.

a) Pütter's Lit., III. 626 ff. Klüber's Lit., §. 1389 ff. Moser von d. Landeshoh. in Ansch. Erde und Wassers, 74 ff. Jargow v. d. Regalien, 506.

b) Note d zu dem ehevorigen §.

c) Anders, J. C. Lübbe, Joh. Ad. v. Ickstadt, J. U. v. Cramer, F. C. Buri, C. F. Hommel (oblectam. juris feud., 48.). Georg a. a. O. § 365. Die Gründe, s. bei J. A. L. Seidensticker de fundamentis juris supremae potestatis circa adespota (Goett. 1789.), §. 19. *Widerlegt* von Strube in d. Nebenst., I. 182. II. 584. *Ebendess.* vindiciae juris venandi nobilitatis germ., Hildesh. 1739. L. C. Bilderbeck's Deduction gegen die vermeintl. Regalität der Jagd. Celle 1723. 1741. fol. C. G. Riccius Entwurf v. d. in Teutschl. übl. Jagdgerechtigkeit. Nürnb. 1736. verb. Frankf. 1772. 4. Pütter's Rechtsf., Bd. I, Th. 2, S. 416. Runde's teutsches Privatr., §. 149 ff. Vergl. oben §. 273 f. — Ihrer Natur nach, ist die Jagdgerechtigkeit ein Ausfluſs des Grundeigenthums, sie kann aber einem Andern als Servitut zustehen. Auch das östreichische Gesetzbuch betrachtet sie als Privatrecht. Vergl. auch die Verhandlungen in der 2. Kammer der Landstände des GH. Hessen, 1820, Heft 9, S. 40 ff.

d) Stisser a. a. O. 13. 106. 160.

e) Von dem Königreich Sachsen, s. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 778.

f) Particuläre Rechtsquellen, s. bei Selchow elem. juris germ. priv., §. 284. sq. Preuss. allg. Landr., II. 9. 41. 127. XVI. Abschn. 3.

g) De Selchow l. c. §. 286.

§. 368.

Ausübung und Verleihung der Jagdgerechtigkeit.

I) Die Ausübung der Jagdgerechtigkeit, ganz oder zum Theil, gebührt bald dem Staat, bald einem Privatberechtigten, auf eigenem, oder fremdem Wald- und Grundeigenthum, auch wohl einem fremden Staat als StaatsServitut a). Freie Pürsch ist, wo sie in neuern Zeiten noch galt, jetzt fast überall abgeschafft b). II) Eine Jagdverleihung giebt, im Zweifel, unwiderrufliche und private c) Berechtigung. Daher wird bloſse Revers- oder Gnadenjagd d), oder ein Recht des Verleihers zu der Vorjagd oder Vorhatze, zu der Mit- und KoppelJagd, nicht vermuthet e). III) Seit Einführung der Regalität, und der Eintheilung in hohe und niedere Jagd, ist, bei neuern Jagdverleihungen, nur für die niedere Jagd zu präsumiren f).

a) J. C. Bonhöffer de jure venandi per modum servitutis juris publ. in territorio alieno. Alt. 1748.

b) Held's reichsprälat. Staatsr., II. 661. 698. Selchow l. c. §. 539. *Baier.* Verordn. v. 12. Jan. 1803. u. . . Febr. 1807. *Badische* Verordn. v. 15. Jun. 1807, in d. bad. Reg. Blatt, N. 22.

c) Von dem *Wildbann*, s. Held a. a. O. II. 659. 661. ff. Reinhard l. c. 11. 48. 65. 97. Pietsch a. a. O. §. 64.

d) Pütter's Lit., III. 637. Klüber's Lit., §. 1394. J. A. Hübener de venatione precaria. Lips. 1778.

e) Selchow l. c. §. 286. Schnaubert's Erläut. des Lehnr., §. 68. Pietsch a. a. O. 93 ff.

f) Verschiedene Meinungen, bei Böhmer princ. juris feud., §. 67 sq. Selchow l. c. §. 285.

§. 369.

Fortsetzung.

IV) Forstgerechtigkeit und Waldeigenthum, sind unter einer Jagdverleihung nie zu verstehen. Auch, im Zweifel, nicht die Gerichtbarkeit in Jagdsachen. V) Die Grenzen der hohen (auf

Hochwild) und niedern Jagd a), wozu in einigen Ländern noch die mittlere kommt b), sind in den einzelnen Staaten verschieden bestimmt. VI) Eben so die Frage: ob der Jagdherr, bei Verminderung des Wildes, berechtigt sey, von den Grundeigenthümern des JagdReviers, Entschädigung zu fordern c)? VII) Die Verbindlichkeit der Unterthanen zu Jagdfolgen, fliefst aus der Staatspflicht, zu Jagdfrohnen aus der Patrimonialpflicht d). VIII) Zu Erhaltung, Aufstockung oder Atzung der Jagdhunde, können Unterthanen nur durch besondern Rechtstitel verpflichtet seyn e). IX) Die Wildfolge, Verfolgung des angeschossenen Wildes in fremdes Gebiet oder JagdRevier, kann nur durch Verträge gerechtfertigt werden f). X) Die Staatsregierung ist verpflichtet, dem Mifsbrauch der Jagdgerechtigkeit, namentlich der zu grofsen Vermehrung des Wildes, entgegenzuarbeiten g), und die Duldung des Hochwildes, insonderheit des Schwarzwildes, auf Bezirke zu beschränken, wo es nur auf Kosten des Jagdberechtigten sich nähren kann, z. B. auf sehr ausgedehnte, ihm gehörende Waldbezirke, eingefriedigte Parks, u. d. Sie kann verordnen, dafs Verpachtung der Jagd, nur auf verhältnifsmäsig kleinen Bezirken, oder nur an die betreffenden Gemeinden geschehen dürfe, und bei den letzten unter der Bedingung, dieselbe durch besondere Schützen auszuüben.

a) Von der Erfindung und dem Alter dieser Eintheilung. Leyser de assentat. ICtor. 102. Heumann's Geist der Gesetze, c. 25. §. 8. Bilderbeck a. a. O. S. 302. Hervé théorie des matières féodales et censuelles, T. II. p. 118—358. — Von dem zu der Jagd gehörigen *Vogelfang*, Pütter's Lit., III. 642. Danz a. a. O. III. §. 158.

b) v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 780. Preufs. allgem. Landr., II. 16. Abschn. 3. §. 37 ff.

c) G. M. Weber über die Einführung der Wildsteuer. Nürnb. 1794. 8. Beleuchtung dieser Schrift. Nürnb. 1795. Weber's Nachtrag zu s. Abh. u. s. w. Nürnb. 1798. 8. Vergl. Neue allgem. t. Bibliothek, Bd. 18, Heft 6, Bd. 28, S. 277, Bd. 44, St. 1, S. 262. Staatswissensch. u. jur. Lit. 1794, Jun., 291. Danz

a. a. O. §. 160. — Von der Pflicht des Jagdherrn zu dem Ersatz des Wildpretschadens. J. M. Seuffert pr. de damno per ferarum incursus dato resarciendo. Wirceb. 1788. 8. Klüber's kl. jur. Bibl., XVI. 405. Danz a. a. O. § 160. GHerz. *hessische* Verordn. v. 6. Aug. 1810. Verhandlungen der zweiten Kammer des GH. Hessen, 1820, Heft 4, S. 25 f., 63 ff., 92 ff.

d) Hiervon unten in dem XI. Abschnitt dieses Cap.

e) Fischer's Kameral- u. Polizeirechte, II. 868.

f) Pütter's Lit., III. §. 1610. J. A. Nipper diss. de sequela venatoria. Goett. 1789. Straube, Th. II. Bed. 140. Fischer a. a. O. II. 866. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 785. Reichsanzeiger, 1794, Num. 76. 78.

g) CommunWildschützenAnstalt im Wirtembergischen. Herzogl. Rescript v. 17. März 1798. Wiederhergestellt im J. 1816; Regier. Blatt, N. 40.

VIII. Abschnitt.

W a s s e r R e g a l.

§. 370.

WasserRegal.

Das W a s s e r R e g a l a) oder die W a s s e r h o h e i t, besteht in dem Recht der Oberherrschaft, über das in dem Staatsgebiet befindliche Wasser und dessen Zugehör. Es erstreckt sich nicht nur über alles öffentliche, oder zu dem öffentlichen Vermögen des Staates (§. 248) gehörige Wasser, wohin fast alle gröfsern Flüsse und Seen gehören, sondern auch über alles Privatwasser und dessen Zugehör b); über Meerbusen c), Seen, Teiche, Lachen, Feldwasser, Quellen, Ströme, Flüsse, Bäche, Canäle, mit ihren Betten, Ufern, Inseln (Werdern), Anlagen, u. d. d). Ueberall sind hiebei, die aus dem P r i v a t e i g e n-

thum und aus der natürlichen Freiheit fliefsenden Rechte, von den Rechten der Staatsgewalt sorgfältig zu unterscheiden (§. 273—276), so weit nicht auch jene, ganz oder zum Theil, durch das positive Staatsrecht erweislich e) zu den Regalien gezogen sind. Eben so unterscheidet sich davon das Verhältnifs des Staates zu andern Staaten, in Ansehung der GrenzStröme, Seen und Accessionen, der Anspülung, des Anwurfs, der Inseln, der schwimmenden Inseln, u. d. f).

a) Pütters Lit., III. 554 ff. Klüber's Lit., 1312 ff. F. L. v. Cancrin's Abhandlungen von dem Wasserrechte, B. I u. II. Halle 1789 u. 1790. 4. C. G. Rössig's WasserPolizei. Leipz. 1789. fol. Oftinger de jure limitum, lib. I. c. 12. Jargow v. d. Regalien, 468. Moser v. d. Landeshoh. in Anseh. Erde u. Wassers, 200—275. C. G. Biener de natura et indole dominii in territ. Germ., §. 22. sq. p. 112. (v. Benkendorf's) Grab der Chikane, Bd. III, Th. 2, §. 21. Fischer's Cameral- und Polizeirechte, III. 3 ff. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 794 ff. — *Parömie:* Sand und Land gehört der Herrschaft. — *Teutsche Flufsgebiete* in teutschen QuadratMeilen: Rhein 3,598, Elbe 2,800, Weser 874, Oder 2,072½, Donau 14,423. Hydrographia Germaniae, e. Charte v. Zollmann. Nürnb. 1735. Eine Charte der teutschen Stromgebiete, in J. v. Xylander's Strategie. München 1818. 8. Berg- u. GewässerCharte von Teutschl.; in J. M. F. Schmidt's u. C. Klöden's politisch-physikal. Atlas (Berl. 1819), N. 6. A. Stieler's Flufs- u. BergCharte von Teutschl. Gotha 1820. FlufsCharte von Teutschl. Weimar 1821. — Von der schiffbaren Verbindung der teutschen Meere, Flüsse u. Handelsstaaten, s. Eichhoff's topogr. statist. Darstell. des Rheins. Cöln 1814. 4. Ockhart, der Rhein etc. Mainz 1816. 8. D. Reinhold u. J. Oltmanns, der deutsche HandelsCanal. Leer 1817. 8. — F. W. Otto's System e. allgem. Hydrographie des Erdbodens.

b) G. L. Böhmer diss. de jure principis circa loca et opera publica, c. 3. §. 3. sq.; in dessen Elect. jur. civ., I. 623.

c) Von dem Staatseigenthum des Meeres, Günther's Völkerr., II. 25 ff.

d) Von Bädern, Sauer- und Gesundbrunnen, oben §. 362.

e) v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörter., B. I. Num. 3.

f) Günther a. a. O. II. 18. 25. 55. 57. v. Römer's Völkerr. der Teutschen, S. 250. v. Cancrin a. a. O. I. 60. Moser's nach-

barl. Staatsr., 440—462. 699—706. *Ebendess.* Grunds. des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, 476. — Von dem *Rhein*, oben §. 87 ff. u. unten §. 472 ff.

§. 371.

Gegenstände des WasserRegals.

Das WasserRegal bezieht sich, nach Erfordernifs des Staatszweckes, I) auf den Gebrauch des Wassers a). Dahin gehören: Wasserstrafsen und Schifffahrt b), Canäle, Schleussen c), Brücken d), Fähren e), Flöfsen f), Mühlen und andere GewerbAnstalten an oder auf dem Wasser g), Wässerung h), Brunnen i). Das Recht, Wasserzins oder Wasserlauf, als Vergütung für Benutzung des Wassers zu erheben, ist im Zweifel ein Ausflufs des Wassereigenthums, und es mufs der in der Vorzeit entstandene Wasserzins dafür auch dann noch gelten, wenn Abgaben dieser Art späterhin für benutzbare Regalien erklärt worden sind (§. 276, VI).

a) Biener l. c. 119.
b) Pütter's Lit., III. 550. Klüber's Lit., §. 1308. Moser v. d. Landeshoh. in Anseh. Erde und Wassers, 230.
c) Pütter's Lit., III. 556. v. Cancrin a. a. O. II. 231. Fischer, III. 13.
d) Pütter's Lit., III. 556. Moser a. a. O. 227. Danz Handb. des t. Privatr., I. §. 109. v. Cancrin, II. 1.
e) Jus trajectus. v. Cancrin, II. 63. Moser, 228. Danz, I. §. 108. — Von fliegenden Brücken, v. Cancrin, II. 70.
f) Pütter's Lit., III. 556. Klüber's Lit., §. 1316[b]. Moser, 223. Danz, I. §. 107. v. Cancrin, II. 93. Fischer, III. 112. Leyser jus georg. I. 35.
g) Pütter's Lit., III. 643. Klüber's Lit., §. 1403. Jargow a. a. O. 494. Westphal's Privatr., II. 158. Biener l. c. §. 23. p. 122. Moser, 256. 268. Fischer, III. 48. Selchow elem. juris germ. priv., §. 529. Danz, I. §. 103 ff. Quistorp's rechtl. Bemerk., I. 39. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörter., Th. I. N. 4. — Von Windmühlen, Runde's P. R., §. 105. Danz, I. §. 105.
h) v. Cancrin a. a. O. II. 137. Fischer, III. 11.
i) v. Cancrin, II. 169. Fischer, III. 7.

§. 372.

Fortsetzung.

Das WasserRegal bezieht sich II) auf die, in und unter dem Wasser befindlichen Sachen, lebendige und leblose. Dahin gehören: die Fische und die Fischereigerechtigkeit [a]), welche, in der Regel, kein Regal, sondern Wirkung des Wasser- oder Flufseigenthums ist [b]); die Wassergewächse, Sand [c]) und Steine, Salz, Perlen (§. 362), Bernstein (§. 362), das Strandrecht [d]) (Grundruhr, jus littoris), welches zeither nur noch gegen Seeräuber, Schleichhändler, Schiffer auf verbotenen Flufs-, oder Seegegenden, an den dänischen Ufern der Elbe [e]), und retorsionsweise ausgeübt ward, nun aber durch die ElbschiffahrtConvention von 1821, Art. 29, abgeschafft ist (§. 385 b).

a) Pütter's Lit., III. 642. Klüber's Lit., §. 1402. Moser, 240. Jargow a. a. O. 493. Danz, I. §. 110.

b) Strube, Th. II, Bed. 87. Th. V, Bed. 17. Leyser, Sp. 503. Moser a. a. O. Pufendorf, T. I. obs. 227. *Ebendess.* animadvers., I. 73. Biener l. c. 115. — In dem Mittelalter betrachtete man die Fischerei als einen Theil der Jagd. Stisser's Forst- und Jagdhist., 283. 300. — *Biber* und *Fischottern* gehören noch jetzt zu der Jagd. Leiser jus georg., III. 14. C. G. Winkler diss. de jure circa flumina (Kil. 1758), §. 23. sq.

c) Moser a. a. O. 256. — Von der Goldwäsche, oben §. 362.

d) Pütter's Lit., III. 615. Klüber's Lit., §. 1374. Moser a. a. O. 270. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr., 705. Jargow a. a. O. 471—489. Selchow elem. juris germ. priv., §. 533. Pfeffinger Vitriar. illustr., III. 1471. Fischer's Gesch. des t. Handels, I. 425. v. Martens Einleit. in d. Völkerr., §. 150 f. Klüber droit des gens moderne de l'Europe, §. 77. Dänische Strandordn. von 1803, in Häberlin's Staatsarchiv, Heft 45, S. 1 ff.

e) J. G. Büsch Darstell. der Handlung (1792. 8.), II. 113. *Ebendess.* Darstell. des in den nördl. Gewässern üblichen, besonders des schleswig-holstein. Strandrechtes. Hamb. 1798. 8.

§. 373.

Schlufs.

Das WasserRegal bezieht sich III) auf den **Grund und Boden**, welchen das Wasser zu seinem Bett hat, oder umschliefst, oder zunächst berührt. Dahin gehören: das Flufsbett *a*), das Ufer oder Gestade *b*), die Inseln (Werder) und Anlagen *c*) (Anspülung, Anwurf, Alluvionen), die Dämme oder Deiche *d*), die Häfen *e*), Landungs-, Aus- und Einladplätze, Buchten und Ankerplätze, der Kai (quai), die Leinpfade, Treppelwege oder Trödel *f*).

a) Jargow a. a. O. 493. Moser a. a. O. 225. v. Cancrin, 119 ff. Puffendorf, T. IV. obs. 238.

b) Fischer, III. 15. 20. 35. v. Cancrin, I. 101. Danz, §. 102. IV.

c) Pütter's Lit., III. 619. Klüber's Lit., §. 1380 f. Jargow a. a. O. 490. 492. Moser, 219. 221. *Ebendess.* Nebenst., 400. Biener l. c. 116. Danz a. a. O. I. §. 106. v. Cancrin, I. 167. 184. Günther a. a. O. II. 63. — Von den Inseln in d. Main. s. J. R. v. Roth's Abhandlungen aus d. teut. Staats- u. Völkerr., S. 186. Von Rheininseln, oben §. 28, n. 90.

d) Moser a. a. O. 215. Danz a. a. O. §. 113—123. v. Cancrin, I. 111. 145. 162. Runde's t. Privatr., §. 113 ff. Rössig's t. Privatr., S. 435 ff. Dreyer's Miscellaneen, Num. I, S. 1—37. v. Berg's Polizeir., III. 95—132.

e) Jargow a. a. O. 496. Moser, 226.

f) Moser a. a. O. 214. Klüber's kl. jur. Bibl., XV, 310.

§. 374.

Umfang des WasserRegals.

Ueber alle diese Gegenstände, gebührt dem Staat die höchste Aufsicht, Gesetzgebung, Polizei, Gerichtbarkeit und Finanzhoheit; das Recht, Wasser-, Schiffahrt-, Ufer-, Deich-, Damm-, Dünen-, Fischer-, Brunnen-, Strand- u. d. Ordnungen zu errichten; das Recht zu Anstalten *a*) gegen Hindernisse der Schiffahrt, Wasserschaden, Mifsbrauch des Wassers und der Schiffahrt, das Rang- und Marktschiffwesen,

das Schiffer- und FischerZunftwesen, die Schiffbarmachung der Flüsse, Anlegung der Canäle u. d.; die Errichtung eigener Wasser-, Deich-, Mühlen- und Fischergerichte *b*), in deren Ermangelung Wassersachen vor den ordentlichen Richter gehören; die Bestimmung der Abgaben für die Verleihung oder den Gebrauch des öffentlichen Wassers, der Schiffahrt und Wasseranstalten, z. B. Wasser- und Mühlenzins (§. 371), Wasserzoll, Flufs-, Damm- und Uferbaugeld, Hafen-, Fähr-, Flofs-, Schleussen- und Brückengeld, u. d. *c*).

a) Moser a. a. O. 107. 112. 231. J. K. Rössig's Wasserpolizey. Leipz. 1798. 8.

b) Beispiele, bei Pufendorf de jurisdict. germ., 613. Moser a. a. O. 203. v. Cramer's wetzl. Nebenst., XXIII. 34. XXX. 85. LXXV. Num. 1. Fischer a. a. O. III. 31. Lang's diplomat. Blumenlese, Num. 145, in Meusel's Geschichtforscher, VII. 27. J. B. Fischer's Beschreib. des Burggrafth. Nürnberg unterhalb Gebürgs (Ansb. 1790. 8.), II. 5. Estor's bürgerl. Rechtsgel., I. §. 2204 f. III. 2205. v. Cancrin v. d. Rechte des Eich- oder Sicherpfahls (Giessen 1788. 8.), §. 45 ff. K. sächs. Elbestrom-Uferordn. v. 1819.

c) Von der OctroiGebühr auf dem Rhein, unten §. 474.

IX. Abschnitt.

IndustrieConcessionsRegal.

---

§. 375.

IndustrieConcession.

I) Die Staatsregierung ist — vermöge der Pflicht, die Gewerbe dem Staatszweck gemäfs zu leiten und den Erwerbzweigen gehörige Aufsicht zu widmen —

befugt, Bewilligung oder Concession, oder auch Empfehlung zu ertheilen, für nützliche Unternehmungen, Gewerbe, Handlungen und Befugnisse, vorübergehende und fortwährende, welche eine Quelle des Privateinkommens sind, aber wegen des Staatsinteresse, der Willkühr eines Jeden nicht überlassen werden a). II) Diese Gegenstände werden oft zugleich als Quelle des Staatseinkommens betrachtet, indem davon bestimmte ConcessionsEmolumente, ConcessionsGelder, Pachtgelder, Bekenn- oder Bekenntnifsgelder oder GewerbeRecognitionen b), ein für allemal, oder fortdauernd zu gesetzter Frist (Gewerbsteuer), erhoben werden. III) Manche Concessionen dieser Art, beziehen sich auf PolizeiEinschränkungen, zu dem Besten des Ganzen oder eines Theils desselben. Diese sind, nebst dem Ertrag, nicht selten den mit der niedern Polizei versehenen Grundobrigkeiten und städtischen Gemeinheiten überlassen c). IV) Untergeordnet sey die Ausübung dieses Regals, der Pflicht der Staatsregierung zu Beförderung freier Kraftäusserung der Staatsbürger.

a) Pütter's Lit., III 644. Klüber's Lit., §. 1404. Moser v. der Landeshoh. in Steuersachen, 783 ff 791. Pütter instit juris publ., §. 376. Reinhard's Samml. jurist. philos. u. krit. Aufsätze, St. III, Num. 6. Vergl. Himmelstoss Entwickel. des Begriffs der Regalität, §. 23, S. 86 ff. *Preufs.* Edict v. 2. Nov. 1810 u. Gesetz v. 7. Sept. 1811; in d. preufs. Gesetzsamml. v. 1810 u. 1811, S. 79 ff. u. 263 ff.

b) Moser a. a. O. 805.

c) Königl. preufs. Declaration an die Ritterschaft des Fürstenthums Baireuth, v. 10. Aug. 1801, §. 123, 125, 126, 132—137.

§. 376.

ConcessionsGegenstände.

Hieher wird gerechnet, theils in allen, theils in mehreren Staaten, die Concession für Gesellschaften a),

insbesondere der Octroi für grofse Assecuranz- und Handelsgesellschaften *b*), kaufmännisches Gewerbe, Alleinhandel *c*), Patentwaaren, Marktverkauf, Hausiren *d*), Pferdverkauf *e*), Kalender- und Spielkarten-Verkauf *f*), Apotheken *g*), Arzneimittel, chirurgische Werkzeuge und Operationen (AugenOperateure, Bandagisten, Zahnärzte), Arcana *h*), Buchdruckereien, Fabriken, Manufacturen, chemische Bereitung von Apotheken- und FabrikBedürfnissen, Pottaschensiedereien, Kalk- und Ziegelbrennereien (§. 362, Note f), Seidenwürmer und MaulbeerPlantagen *i*), Mühlengerechtigkeit (§ 371), Bierbrauerei *k*), Branntweinbrennerei *l*) (wovon der Blasenzins), Gastwirthschaft, Garküchen- und Schankgerechtigkeit, Kaffeeschenken, Billard *m*), Zünfte und Freimeisterschaft *n*), Heurathen (HeurathConsensgelder).

a) Zunft- oder InnungsPrivilegien. — Von Schützengesellschaften, Voigt's gemeinnützige Abhandlungen (1792), Num. 3, S. 180ff. Hannöver. Magazin, 1784, St. 52, 60, 61.

b) Oben, §. 333. Moser's Versuch des europ. Völkerr., Bd. VII. S. 113 ff.

c) Vergl. §. 333. Klüber's Lit., §. 1355^b. S. 451.

d) Moser v. d. Landeshoh. in Polizeisachen, 234.

e) Moser v. d. Landeshoh. in Steuersachen, 797.

f) Moser ebend. 798.

g) Chr. Thomasius diss. de jure circa pharmocopolia civitatum. Hal. 1697. rec. 1752. Westphal's t. Privatr., I. 186. Riccius spicil. juris germ., 381.

h) C. F. Harpprecht diss. de jure principis circa artes subditorum singulares et arcanas. Tüb. 1753.

i) H. D. Hoffmann diss. de juribus circa bombyces, moros et sericum. Tub. 1756.

k) Moser von der Landeshoh. in Steuersachen, 789 f. Putonei enunciata jur., II. 593. v. Cramer's wetzl. Nebenst., XVII, Num. 9. Pütter's Lit., III. 544. F. A. Fischer de jure coquendi et vendendi cerevisiam. Viteb. 1765. F. X. v. Moshamm über das Bierbraurecht in Baiern. Ingolst. 1791. 8.

l) Pütter's Lit., III. 544. Hommel de jure vini adusti. Lips. 1753. Hommel, obs. 97. Pufendorf, T. III. ob. 89. 164. Putonei enunciata juris, T. VI. cons. 270.

m) Pütter's Rechtsf., Bd. II, S. 1060 f. Westphal's t. Privatr., I. 155 f.

n) Mevius, P. I. dec. 55. J. D. H. Musäus Beitr. zu dem deutschen Recht (Frf. 1801. 8.), S. 163—215. Overbeck's Meditationen, Bd. I, Num. 11. J. A. Ortloff's Recht der Handwerker, §. 87 f. — In dem Königreich *Westphalen* war der Zunftzwang aufgehoben; blofs ein Staats*Patent* ward zu Ausübung der sonst zünftigen oder unzünftigen Gewerbe erfordert. So auch im Herzogth. *Nassau*, seit 1819.

§. 377.

Fortsetzung.

Auch gehört in diese Classe, die Concession für Glückshäfen a), Zahlen- und ClassenLotterien b) und WettComtoire oder WinkelLotterien c), Hazardspiele, öffentliche Lustbarkeiten d) (Musikpacht, Musik- und Tanzzettel, TanzAnlage), Schauspiele, gymnastische, auch Taschenspieler- u. d. Künste, Vorzeigung sehenswürdiger Dinge, seltener Menschen, Thiere, Natur- und Kunstproducte, Scharfrichterei, Wasenmeisterei e) (Abdeckerei, Cavillerei), Caminfegen, Schweinschneiden (Viehschnitt), Scheerschleifen, Zinngiefsen, Pfannen- und Kesselflicken f), Haarschneiden, Rofshaar-, Aschen-, Knochen- und Lumpensammeln, u. d. Auch manche Zwang- oder Bannrechte werden hieher gezogen g).

a) Moser von der Landeshoh. in Polizeisachen, 437. 490 f.

b) Pütter's Lit., III. 366. Klüber's Lit., §. 1144. Moser a. a. O. 484, *Ebenders.* v. d Landeshoh. in Steuersachen, 796. Schlözer's Briefwechsel, Bd. X, Heft 59. S. 297. Pütter's Erörter., Bd. I, Heft 4, Num. 11. v. Berg's Handb. des Polizeir., Th. II, S. 253. Danz Handb. des t. Privatr., Bd II, §. 212, S. 309. Häberlin's Staatsarchiv, Heft X, S. 186. Büsch v. d. Geldumlauf (1—80), I. 506. Der Kosmopolit, St. V (1798), Mai, S. 389. Jenisch Geist und Charakter des 18. Jahrhunderts, Th. I (Berl. 1800), I. 159. Rud. Bosse Uebersicht der französ. Staatswirthschaft bis zum Finanzplan für 1806, Th. II (1807. 8.), S. 50. Montbion quelle influence etc. (s. oben §. 318, Note a), p. 79. 212 sq. Landtagsverhandlungen darüber in Baiern, wo 1818 das Lotto einen reinen Ertrag von 1,267,000 Gulden lieferte; in J. Gr. v. Soden's der baier. Landtag v. 1819, S. 336 ff. Ein

Verzeichnifs gesetzlicher Verbote der Lotti u. Lotterien, wenigstens des Einsetzens in ausländische, in d. ReichsAnzeiger, 1794, Bd. I, Num. 41, Bd. II, Num. 76. *Badische* Verordn. dagegen v. 3. Oct. 1811, in d. bad. Reg. Blatt 1811, Num. 26. *Baierische* v. 31. März 1817.

c) Schlözer's Briefwechsel, XXXV. 315.

d) Moser von d. Landeshoh. in Steuersachen, 802. v. Ulmenstein's Einl. in die Lehre von Steuern, 230. — Festlichkeit ist ein Erholungsleben, wo der Mensch der Gegenwart froh wird. Wahre Volksfreude macht froh und gut.

e) Nettelbladt's Sammlung kl. jurist. Abhandlungen, Num. X, S. 242. Strube, Th. II, Bed. 72. Jargow v. d. Regalien, 223.

f) Von dem ehemaligen *Kefsler*- und *Kaltschmidtschutz*, Pütter's Lit., 127. Klüber's Lit., §. 918.

g) Vergl. unten §. 400 f.

X. Abschnitt.

Landesschutz Regal.

---

§. 378.

Aufnahme neuer Landesunterthanen.

Die Ertheilung des Landesschutzes, ist ein Regal, welches bald unmittelbar von der höchsten Landesbehörde, bald mittelbar durch landesherrliche Unterbehörden, oder durch Standesherren, städtische oder grundherrliche Unterobrigkeiten, auch wohl durch Gemeinden, ausgeübt wird. Es gehört dahin: I) Die Aufnahme neuer Landesunterthanen und Staatsgenossen jeder Art, verbürgerter und schutzverwandter, namentlich der Bürger, Bauern, Colonisten, Burg- und Freisassen, Beiwohner, Beisassen, Schutzverwandten, Zettelleute, Permissionisten, Unter- oder Hintersassen und Erbgeses-

senen a). Wenn gleich den Gemeinden die Aufnahme der Gemeindebürger und Beisassen, unter Vorbehalt der Entscheidung der Staatsbehörden in streitigen Fällen, zusteht (§. 194), so ist doch frühere oder gleichzeitige Erwerbung des Staatsbürgerrechtes (§. 381) nöthig.

a) Vergl. §. 167. Pütter's Lit., III. 607. Klüber's Lit., §. 1366. Moser von der Landeshoh. in Anseh. der Unterthanen, Personen u. Vermögens, 34. Pufendorf, T. I. obs. 80. Jo. Theoph. Segee diss. de coloniis mercatorum in Germania. Lips. 1781. 4. Von dem Grofsherzogth. *Hessen*, s. Rhein. Bund, XIX. 74.

§. 379.

Judenschutz. Rechte und bürgerliche Verbesserung der Juden.

Ferner gehört dahin, II) die Ertheilung des Judenschutzes a), die Aufnahme der Juden, und die Festsetzung ihrer bürgerlichen Rechte b). Vermöge der teutschen BundesActe (Art. 16), wird die Bundesversammlung in Berathung ziehen, wie, auf möglichst übereinstimmende Weise, die bürgerliche Verbesserung der Juden in Teutschland zu bewirken, und ihnen der Vollgenufs der bürgerlichen Rechte zu gestatten sey (§. 171). Zu dem Judenschutz können Standesherren, Grundherren und städtische Gemeinheiten, durch Privilegien, Verträge, oder unvordenkliche Verjährung berechtigt seyn c).

a) Pütter's Lit., III 605. Klüber's Lit., §. 1365.

b) Vergl. §. 171, 424 f. u. 432. Neue Stätigkeits- u. Schutzordn. der Judenschaft zu *Frankfurt* a. M. v. 30. Nov. 1807. Frankf. 1808. Rhein. Bund, XIV. 303. LIV. 461. LXIV. 73. Verordnungen über die bürgerlichen Rechte der Juden: *Badische* v. 13. Jan. 1809 u. 25. Jan. 1817; *sachsen-meiningische* v. 5. Jan. 1811, Rhein. Bund, LV. 91; *mecklenburgische* v. 22. Febr. 1812, Rhein. Bund, LIV. 450, u. v. 11. Sept 1817; *preussische* v. 11. März 1812, Rhein. Bund, LXIV. 73; *baierische* v. 21. Nov. 1815; *wirtembergische*, Rhein. Bund, XLV.

321. GH. *hessische* Verfass. Urk. v. 1820, Art. 15. ConstitutionsErgänzungsActe der freien Stadt *Frankfurt*, v. 1816, Art. 7. — K. E. Schmid's Zeitschrift, der deutsche Bund, Bd. I (1816).

c) Estor's bürgerl. Rechtsgel., I. 43. Westphal's Staatsr., 442. Struve, Th. III, Bed. 70, §. 4 ff. Decisiones Hasso-Cassel. T. II. dec. 188. Wolr. Burchardi diss. de regali judaeis incolatum largiendi jure. Frf. et Herb. 1766. — Andere halten den Judenschutz für ein verleihbares Regal. Ziegler de juribus majest., lib. I. c. 3. §. 28. Hertius diss. de superioritate territ., §. 14. G. H. Ayrer diss. de jure recipiendi judaeos (Gött. 1741), c. 1. c. 5. §. 14. Pufendorf, T. II. obs. 1. §. 23.

§. 380.

Forensen. Fremde. Exterritorialität der Gesandten.

III) Auswärtige Besitzer inländischen Grundeigenthums (forenses), geniefsen nicht nur, für ihr in dem Staatsgebiet befindliches Grundeigenthum, den dinglichen, sondern auch, in dem Fall ihres Aufenthaltes in dem Lande, den persönlichen Staatsschutz a). IV) Fremde, durchreisende und andere, die sich für bestimmte, oder unbestimmte Zeit, erlaubterweise in dem Staatsgebiet aufhalten, erlangen, für die Zeit ihres Aufenthaltes, den temporären Landesschutz, ausdrücklich oder stillschweigend b). V) Angenommene Gesandte eines fremden Staates, geniessen, für die Dauer ihrer Gesandschaft, nicht nur auszeichnenden Landesschutz (Unverletzbarkeit), sondern auch für sich, ihr Gefolge und das Gesandschaft-Quartier, die Exterritorialität und Quartierfreiheit c).

a) Vergl. oben §. 204, u. BundesActe, Art. 18, lit. a. J. C. Limbach diss. de forensibus. Giess. 1669. Königl. *baier.* Erklärung, das Verhältnifs der Forensen zu der Staatsgewalt betr., in dem Rhein. Bund, VIII. 295. *Baier.* Edict über Indigenat, Rechte der Forensen etc., v. 6. Jan. 1812, in dem Rhein. Bund, LXIII. 3.

b) Pütter's Lit., III. 608. Klüber's Lit., §. 1368. A. F. Schott diss. de vi legum civilium in subditos temporarios. Lips.

1772. 4. Jo. Schilter de jure peregrinor. Jen. 1676. C. F. Hommel, s. resp. Frid. Platner de usu hodierno divisionis hominum inter cives et peregrinos. Lips. 1750. F. W. Pestel justitia et benignitas legum german. erga peregrinos. Rint. 1754. Schröter's verm. Abhandl., I. 258. Von *Gutsgerichten*. Schottel de jurib. quibusd. singularib. germ., p. 362. Selchow elem. juris germ. priv., §. 219. 668. *Badisches* Edict, die Grundverfassung der verschied. Stände betr. v. 1808, §. 1—6, in dem Rhein. Bund, XXII. 64.

c) v. Ompteda's Lit. des Völkerr., §. 252 ff. De Vattel droit des gens, vol. III. liv. 3. ch. 7. §. 80. et suiv. De Real science du gouvernement, T. V. ch. 1. Sect. 7. 8. 9. C. H. v. Römer's Einl. in die Grundsätze über die Gesandtschaften, 313 ff. v. Martens Einl. in d. Völkerr., §. 212 ff. Klüber droit des gens de l'Europe, §. 49, 54, 203, 204 et 207.

§. 381.

Indigenat. Ertrag des SchutzRegals. Schutzlose. Landstreicher. Auswanderung. Entlassung.

VI) Die Ertheilung des Indigenats a), des Staats- oder Landesbürgerrechtes im weiteren Sinn (Heim- oder Heimathrechtes, Einwohner-, Insassen- oder Einzöglingsrechtes, Incolats), des vollständigen oder unvollständigen, mit den davon abhängenden Rechten b), durch ausdrückliche oder stillschweigende Erklärung, unbeschadet der LocalRechte, gebührt dem Souverain. VII) Der Ertrag des Landesschutz-Regals, das Receptions-, Ein- und Ueberzugsgeld, das Schutz- und Schirmgeld, Beisitzergeld, u. d., gehört, in der Regel, der Landesherrschaft c). VIII) Die Aufsuchung, Verfolgung, Aufgreifung und Vertreibung der Schutzlosen, der Landstreicher (Vagabunden), Gauner, Zigeuner d), u. d., liegt den Polizeibehörden ob. IX) Wegen wechselseitiger Auslieferung und Uebernahme der Vaganten (des so genannten Schubwesens), ist bei der Bundesversammlung eine allgemeine Uebereinkunft der Bundesstaaten in Berathung, aber nicht zu Stande gekommen e). Dagegen sind deſshalb unter einzelnen

Bundesstaaten mehrfache Verträge geschlossen worden *f*). X) Die Auswanderung oder das freie Wegziehen, in schuldloser Absicht, aus einem Bundesstaat in den andern, der erweislich sie zu Unterthanen annehmen will, ist eine Befugnifs, welche die BundesActe allen Unterthanen der teutschen Bundesstaaten beilegt *g*); es mufs jedoch Anzeige der Auswanderung bei der Landesregierung erfolgen, mit Bescheinigung der auswärtigen Annahme. Die Entlassung der Unterthanen in das Ausland, steht der Landesherrschaft zu.

a) Pütter's Lit., III. 607. Klüber's Lit., §. 1366 ff. Jo. Strauch de indigenatu Germanorum. Lips. 1650. u. in dessen Opusc., I. 1 — 19. F. W. Hermann diss. de indigenatu in terris hereditariis principis electoris Saxoniae recepto. Viteb. 1804. 4. Moser von der t. Unterthanen Rechten, 508 ff. Danz Handb. des Privatr., III. 312 ff. Krünitz Encyclopädie, v. Indigenat, Staatsbürgerrecht, Rechte der Forensen u. Fremden; in d. Rhein. Bund, LXIII. 3 — Von *Ehrenbürgern*, in (J. M. Hasov's) Preussischer Lieferung alter u. neuer Urk., Th. I (Leipz. 1755), S. 137. C. F. Walch Opusc., II. 71. Danz Handb. des t. Privatr., IV. §. 452. — Von dem *Local*Indigenat oder Ortsassenrecht.

b) Moser a. a. O. 512. *Ebenders.* v. d. Landeshoh. in Regierungssachen, S. 91. P. A. Franck's Etwas über die Wahlcapitulationen in d. geistl. Wahlstaaten, 114 ff. Elsässer's verm. Bemerkungen, 6. Zauner's corp. juris germ. priv., §. 217, Note 3. Schröter's verm. Abhandl., I. 235. *Badisches* Edict v. 1808, über die Grundverfassung der verschied. Stände, §. 7, in d. Rhein. Bund, XXII. 72.

c) Moser von der Landeshoh. in Steuers., 804. Von dem chemaligen *Leibzoll* der Juden, s. Schröter's verm. Abhandl., Th. I, S. 213 ff. U. F. Kopp's Bruchstücke zu Erläut. der t. Gesch. u. Rechte (Cassel 1799. 4.), S. 97. — 154. J. F. K. Scheppler über die Aufhebung des JudenLeibzolles. Hanau 1805. 8.

d) Ahasv. Fritsch Opusc., T. II. P. IV. n. 15. Jac. Thomasius diss. de cingaris. Lips. . . . . J. F. Mögling diss. de circularibus edictis contra personas palantes. Tüb. 1746. F. J. Kortholt diss. Giess. 1751. und in Pleitt's analect. juris crim., I. 87. sqq. Malblanc progr. Alt. 1775. u. bei Pleitt l. c. I. 67.

Die Zigeuner; von H. M. G. Grellmann. Dessau 1783. 8. Eston's bürgerl. Rechtsgel., I. 428. Danz a. a. O. III. §. 310.

e) Beschlufs der B.V., die Sache zur Berichterstattung zu nehmen, und den Regierungen anheim zu geben, ob eine solche Uebereinkunft allgemein eingegangen werden wolle, in d. Protoc. v. 1819, §. 118; dann Ernennung einer Commission für diesen Zweck in d. Protoc. v. 1820, §. 36. Vergl. auch die Anträge, Anzeigen und Abstimmungen, in den Protoc v. 1819, §. 118, 171, 199, 206; v. 1820, §. 101 u. 139; v. 1821, §. 258.

f) Verträge defshalb, von 1808, bis in das J. 1818, in Martens recueil, Supplém. VIII. 252 et suiv. Verträge zw. *Baiern*, *Wirtemberg* und *Baden*, v. 7. März 1816; Beil. zu d. Protoc. der B.V. v. 14. Jun. 1819, §. 118; zw. *Baiern* u. *Reufs* jüng. Linie, im J. 1821, Protoc. der B.V. v. 1821, §. 258; des Königs v. *Sachsen*: mit *Preussen*, 21. Jan. 1820; mit *Baiern*, 25. Jun. 1820, als Beilage bei d. Protoc. der B.V. v. 3. Aug. 1820, §. 101; mit *S. WeimarEisenach*, v. 12. Oct. u. 14. Nov. 1821 u. *S. Gotha* v. 17. Dec. 1821, Protoc. der B.V. 1822, §. 14 u. 35, desgl. mit den beiden Linien von *Reufs*, laut k. Verordn. v. 2. Jan. 1821. Verträge *Preussens*: mit *Baiern*, v. 9. Mai 1818, Beil. zu dem Protoc. der B.V. v. 2. Sept. 1819, §. 199; mit GH. *Hessen* u. mit *Nassau*, Protoc. der B.V. v. 1819, §. 199; mit dem König v. *Sachsen* (s. oben); mit *Reufs*, jüngerer Linie, v. 5. April 1821, in der preufs. Gesetzsamml. 1821, Num. 6.

g) Oben §. 167. — *Wirtemb.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 24 u. 32 — 35. Vergl. Luden's Nemesis, Bd. IX, St. 1, Num. 1. Günther's Völkerr., II. 306 ff. Vattel, droit des gens. liv. I, ch. 19, §. 220 — 226. Schriften in Pütter's Lit., III. 715. Klüber's Lit., 595 f. v. Kamptz neue Lit. des Völkerr., §. 122 f.

XI. Abschnitt.

Landesdienst Regal.

---

§. 382.

Staatsdienste. Verpflichtung dazu.

I) Auch Dienstleistung, positive Handlungen, **Staatsdienste** a) (Landfolgen, functiones publicas, s. regales, operas territoriales, ursprünglich den Reihedienst), ist der Staat von seinen Unterthanen, dem Staatszweck gemäfs, zu fordern befugt b). II) Diese Dienste, Geldeswerth, gehören zu dem Staatseinkommen c). III) Die Verpflichtung dazu, findet sich bei **allen** Unterthanen, und bei allen, in der Regel, unter gleichen Umständen, auf **gleiche Art** d). IV) Sie haftet auf der **Person**, auf dem **Grundeigenthum**, oder auf **beiden** (persönliche, dingliche, vermischte Dienste). V) Die **nothwendigen** Staatsdienste, sind zum Theil eingeschränkt auf eine bestimmte Quantität oder Qualität, und, in so fern sind es gemessene Dienste. Ungemessen sind sie, so weit dringendes Staatsbedürfnifs solches fordert e).

a) Wesentlich unterschieden von den, nicht in der Staatspflicht, sondern in der Patrimonial- oder Gutspflicht gegründeten *Patrimonial-* oder *Frohndiensten* (operis patrimonialibus), z. B. von Hand- und Spanndiensten, von Jagd- und Botendiensten, Wäsch- und Gesindediensten. Desgleichen von *Stadt-* und *Gemeindediensten*, und von *Lehndiensten*. — Von *Angariis* und *parangariis*, Bucher a. unten a. O. §. 1. Abr. Kästner pr. de angariis et parangariis. Lips. 1741.

b) Klüber's Lit., §. 1374[b]. Danz Handb. des teutschen Privatr., §. 491 u. 493. C. H. de Berger diss. de jure ordinum imperii territoriali circa operas subditorum. Jen. 1724. J. Petr. Bucher pr. de functionum publicarum seu operarum territorialium indole, finibusque earum recte regundis. Rint. 1785. Klüber's kl. jur. Bibl., V. 17. Hertius de supe-

rioritate territoriali, §. 57. M. D. Grollmann diss. de operarum debitarum mutatione (Giess. 1707. 1714. 1715. rec. c. praef. Estoris, ib. 1734), c. 1. §. 8. Ludolf, T. I. obs. 105. Strube de jure villicorum, c. 5. §. 2. — 8. Ebenders., Th. II, Bed. 8. *Badisches* Edict v. 1808, die Grundverfassung der verschied. Stände betr., §. 16 f., in d. Rhein. Bund, XXII. 83.

c) Büsch von d. Geldumlauf, III. §. 78 f.

d) F. A. H. Weckherlin's Darstell. der Grundsätze, nach welchen Frohndienste, und insonderh. Landesfrohnen zuzutheilen und auszugleichen sind. 1798. 8.

e) Ludolf l. c. — Doch sind auch ungemessene Dienste, von *übermäsigen* und *unbilligen* unterschieden. Strube, Th. I, Bed. 82. Decis. Hasso-Cassel., T. II. dec. 283. Mevius, P. IV. dec. 133. Ludolf, T. I. obs. 105. §. 2. num. IV. et not. 7. Cramer's wetzl. Nebenstunden, XII. 130. Bucher l. c. §. 4.

§. 383.

Persönliche Dienste.

Zu dem persönlichen Staatsdienst gehören, ausser den intellectuellen Diensten: die Kriegs- oder MilitärDienste, die Heerfahrt, Reifs, oder Heerfolge [a] (sequela armata), zu der wirklichen [b]), oder vorsorglichen Landesvertheidigung als Wehren oder Wehrleute, in der Gestalt von stehenden oder LinienTruppen, von Landwehrmännern und von Landsturm, so wie von PolizeiSoldaten (§. 451 u. f.); zu welchem Ende die Conscription oder RecrutenAushebung, die CantonEintheilung, Landesmusterung oder Heerschau veranstaltet, Verfügung gegen die Militär- oder Waffenscheuen (réfractaires) und Ausreisser getroffen, ein Cordon gezogen wird, u. d.; die Nacheile [c]) oder eilende Folge, zu Verfolgung derer, welche gegen die öffentliche Sicherheit gefrevelt haben; die Gericht- und Centfolge, Einziehung und Bewachung der Verbrecher, Centwacht [d]); das Streifen [e]) auf heimath- und gewerbloses, herumschweifendes Gesindel (§ 381), u. d.; die Jagdfolge [f]), welche sich wesentlich unterschei-

det von Jagdfrohnen *g*) (§. 369), **Fufsdienste** oder Botengehen.

a) Hievon unten, §. 452. — Ueber die persönliche Leistung des Waffendienstes der *katholischen Geistlichkeit*, in d. Archiv für das kathol. Kirchen- u. Schulwesen, Bd. III, St. 2 (Frank. 1815. 8.), S. 39 — 59. *Baierische* Verordn. v. 1814, betr. die Exemtion der *Geistlichen* von d. persönl. Militär-Dienst u. von Reluition desselben; ebendas. S. 157 ff.

b) In dem Mittelalter die Landschreye, Landhude, Landwere, cri d'armes. Klüber's Anmerk zu *Sainte-Palaye* von dem Ritterwesen, II. 150 ff. Von dem heutigen *Landsturm*, unten §. 452.

c) Pütter's Lit., III. 819. Klüber's Lit., §. 1609. Mynsinger, cent. 2. obs. 28. Ertel prax. aurea, p. 437. Quistorp's peinl. Recht, II. §. 824. v. Cramer's wetzl. Nebenst., I. 1. Moser's nachbarl. Staatsr., 551.

d) Bisweilen hat ein *Gerichtsherr* das Recht zu diesen Diensten, durch besondern Rechtstitel. Struve de jure villicor. c. V. §. 3. sqq. Oeconomia forensis, T. V. §. 579. Westphal's Privatr., I. 338. Estor's bürgerl Rechtsgel., III. §. 397. Selchow elem. juris priv. germ., §. 349.

e) Moser's nachbarl. Staatsr., 397. 552.

f) Zu Verfolgung und Ausrottung gefährlicher Thiere. J. M. Seuffert pr. operae venatoriae ad territoriales quatenus referendae sint. Wirceb. 1790. 8. Klüber's kl. jur. Bibl., XVII. 45. Grollmann diss. cit. I. c. 2. §. 3. Stisser's Forst- und Jagdhistorie, 340. v. Cramer's wetzl. Nebenst., Th. 99, S. 87. Held's reichsprälat. Staatsr., II. 686. Fischer's Kameral- und Polizeirechte, II. 867. — Von der *Wolfsjagd*, Pet. Müller de persequutione luporum. Jen. 1679. Stisser a. a. O., S. 37. 340. Oecon. forens, V. §. 161. Spittler's Gesch. des Fürstenth. Hannover, II. 112. v. Moser's Forstarchiv, II. 342.

g) Dienste zu landesherrlichen Lustjagden, sind, *Jagdfrohnen*, Patrimonialdienste. Grollmann diss. cit. l. c. 2. §. 3. Fischer a. a. O. II. 867. J. A. Reichardt de operis venaticis. Jen. 1770. — Für Staatsdienste hält sie, C. G. de Winckler diss. superioritas territorialis fons operarum venaticarum. Lips. 1786. Klüber's kl. jur. Bibl., IX. 53. — Sowohl die Jagdfolgen, als auch die Jagdfrohnen, unterscheiden sich von *Wildfolge*, wovon oben §. 369.

§. 384.

Dingliche und vermischte Dienste.

Zu den dinglichen Diensten gehören: Spanndienste, Vorspann, Militär- und Kriegerfuhren a), Burgfesten b), zu Erbauung, Unterhaltung oder Herstellung der Festungen, Burgdienste, zu dem Vortheil landesherrlicher Schlösser oder Burgen c), Dienste zu landesherrlichen Dicasterial-, Canzlei- und Amtsgebäuden d), Hofdienste oder Hoffolgen, Hoffuhren e), zu Fortbringung landesherrlicher Effecten und Victualien, und des Hofstaates, Dienste zu dem Deich-, Damm-, Strafsen- und Brückenbau, zu Wegräumung des Schuttes und Ausbesserung, bei Verheerungen durch Feuer, Erdbeben, Erdfälle, Ueberschwemmungen, u. d. f). Zu den vermischten Diensten gehören manche Hand- und Fufsdienste, Schanzarbeit, Feuerreiten u. a.

a) Moser von der Landeshoh. in Militärschen, 188. Strube, Th. II, Bed. 9. Th. III, Bed. 143. Pufendorf, T. III. obs. 190.

b) Strube de jure villicorum, c. V. §. 6. *Ebenders.*, IV, Bed. 71. v. Cramer's wetzl. Nebenst., Th. 144, S. 198. 209 f. Pufendorf animadvers., T. I. 43. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörter., Bd. I, Num. 40.

c) Strube, Th. III, Bed. 143. Gylmann symphor. T. III. fol. 327. J. C. L. de Schellwitz pr. de impensis ad arcium extructionem et refectionem necessariis. Jen. 1779.

d) Cramer, T. I. obs. 53.

e) Strube de jure villicorum, c. V. §. 7.

f) Bucher l. c. §. 4.

§. 385.

Substitution. Vergütung der Dienste.

I) Sowohl der intellectuelle, als auch der mechanische Staatsdienst, setzt Fähigkeiten oder Fertigkeiten voraus, die nicht bei Jedem sich finden. Daher mufs der, welchen die Dienstpflicht trifft, wenn ihm jene fehlen, oder rechtmäfsige Hindernisse ihn ab-

halten, und die Natur des Dienstes, oder das Staatsinteresse einen Stellvertreter nicht gestattet a), statt des Naturaldienstes Vergütung leisten. II) Aber in der Regel kann, statt des Dienstes, Geld weder gefordert, noch aufgedrungen werden b). III) Hingegen gebührt Entschädigung (Besoldung, Honorar, Lohn) dem, dessen Staatsdienst seinen individuellen Pflichttheil übersteigt. IV) Bei Verrichtung mancher mechanischer Staatsdienste, wird jedesmal ein bestimmtes Quantum Lebensmittel verabreicht c); doch ist eine Verpflichtung hiezu, im Zweifel nicht zu vermuthen d).

a) Nicht der Fall, in der Regel, bei RealDiensten. Moser von d. t. Unterthanen Rechten und Pflichten, 464. Bucher l. c. §. 3. 6.

b) Bucher l. c. §. 6. Moser von der Landeshoh. in Steuersachen, 193.

c) Estor's bürgerl. Rechtsgel., I. §. 416. II. §. 417. Bucher l. c. §. 4.

d) v. Cramer's wetzlar. Nebenst., XII. 136. Vergl. Pufendorf, T. I. obs. 121. §. 15.

§. 386.

Immunität. CollisionsFall. Auflegung neuer Dienste. Nichtgebrauch.

I) Unentgeldliche Befreiung Einzelner von dem Staatsdienst, mit Vermehrung der Last für Andere, wäre widerrechtlich a). II) In CollisionsFällen, gehen die Staatsdienste allen andern Arten von Diensten vor b). III) Zu Auflegung neuer Staatsdienste, kann, den Nothfall ausgenommen, die Einwilligung der Landstände nöthig seyn c). IV) Durch bloſsen Nichtgebrauch, erlischt das Recht zu irgend einer Art von rechtmäsigen Staatsdiensten nicht d).

a) Riccius spicileg. juris germ., 149. v. Bülow u. Hagemann a. a. O. I. 124.

b) Ludolf, T. I. obs. 105. §. 1.
c) Strube de jure villicor., c. 5. §. 10. *Ebendess.* Obss. jur. et hist., obs. 1. §. 1. sq. *Ebendess.* Nebenst., I. 455. II. 388.
d) Mevius, P. IV. obs 104. Buri's Erläuter. des Lehnr., 735.

XII. Abschnitt.

F i s c a l G e w a l t.

---

§. 387.

Fiscus. Differenzen.

I) Die FiscalGewalt a) oder FiscalGerechtigkeit (jus fisci), ein Ausfluſs der Staatsgewalt, nicht bloſs der Justizhoheit b), bezweckt nicht nur Wahrung und Verfolgung der Rechte des Staates gegen Einzelne, sondern sie verschafft auch mehrere, verschiedenartige c) Quellen des Staatseinkommens. II) Wie weit, oder wie eng man auch den Begriff des Staats-Fiscus fassen mag d), so darf solcher doch auf andere StaatsCassen nicht ausgedehnt werden, z. B. auf das Aerar e), die Steuer- oder LandschaftCasse, die Kriegs-Casse, u. d., auch nicht auf die DomänenCasse. Diesen gebühren daher auch nicht, in Ermangelung besonderer gesetzlicher Bestimmungen, die Rechte oder Privilegien des StaatsFiscus f) (jura fisci). III) Noch weniger gehören das landesherrliche Privat- oder SchatullVermögen, obgleich in dem römischen Recht versehen mit den Vorrechten des Fiscus (§. 255), das Gemeinde- und Stiftungsvermögen oder das so genannte mittelbare Staatsvermögen (§. 254), und der LehnFiscus (fiscus feudalis), zu dem Staats- oder TerritorialFiscus.

a) Schriften in Pütter's Lit., III. §. 343. Klüber's Lit., §. 1123 ff. Leyser, Sp. 657. 658. Moser von der Landeshoh. in Cameralsachen, 106. Jargow von den Regalien, 456 ff. Jaup über das Fiscusrecht; in Crome's u. Jaup's Germanien, Heft II (1808. 8.). J. G. B. Härlin über die Rechte des Fiscus, vorzüglich nach baierischen Gesetzen. Ulm 1810. 8.

b) G. L. Mencken de jure fisci mero adhaerente imperio (Viteb. 1735), §. 9. Cramer, T. V. obs. 1357.

c) Vermifst wird darum ein durchgreifender, generischer Sachbegriff des Fiscus.

d) Beispiele, bei Huch in Siebenkees jurist. Magaz., I. 163 ff., in Gmelin's u. Elsässer's gemeinnütz. jur. Beobachtungen, V. 145. 148. Mader's reichsrittersch. Magaz., VIII. 183. 185. v. Kreitmayer's allgem. u. baier. St. R., 27. H. G. Francke notitia domaniorum, maxime litteraria (hinter Leyser de assentat. JCtor.) §. 3. p. 163. sqq. Hofacker princ. juris civ., §. 4627. F. W. Grimm, in d. Anmerk. zu des Gr. v. Hohenthal's Uebersetz. von Pütter's instit. juris publ. germ., §. 246. *Preuss.* allgem. Landr., Th. II, Tit. 14.

e) Unterschied, bei den *Römern*, zwischen Aerarium und Fiscus, nach verschiedenen Perioden. Heineccii commentar. ad L. Jul. et Pap. Popp. lib. 3. c. 1. §. 1. p. 273. (edit. Lips. 1778. 4.). *Ebendess.* elem. juris civ. sec. ord. Pand., P. VII. §. 288. Huber digression. lib. 3. c. 21. Leyser, Sp. 557. m. 1. sqq. Struve a. a. O. Gmelin u. Elsässer a. a. O. 144 f.

f) Struve, Th. IV, Bed. 16. Cocceji juris publ. prudentia, p. 207. Behmer jur. nov. controv., I. obs. 11 G. L. Winckler diss. de jure aerarii militaris, romani ac hodierni. Lips. 1788. Klüber's kl. jur. Biblioth., XIV. 158.

§. 388.

Grundbestimmungen der FiscalGewalt.

Zu Vermeidung des, durch Uebertreibung der FiscalGerechtigkeit entstehenden Unrechtes *a*), dienen folgende Grundsätze. I) Der Fiscus ist nur solche Sachen sich zuzueignen befugt, zu deren Zueignung entweder die Staatsgewalt überhaupt, oder klare Gesetze oder Herkommen den Souverain verpflichten und berechtigen *b*). II) Die FiscalAngelegenheiten sind, in der Regel, nach dem gemeinen Privatrecht des Staates zu beurtheilen *c*) (§. 157. 276 u. f.). III) Der

Fiscus kann, in eigener Sache, nicht Richter seyn, er mufs in allen PrivatRechtstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten Recht geben und nehmen d); und es finden in Confiscations- und andern fiscalischen Sachen, die gewöhnlichen Rechtsmittel statt e).

a) FiscalUmfng: 1) bei den *Römern*. Jul. Cäsar. Juvenalis Sat. IV. Bulenger de tributis ac vectigalibus pop. rom., c. 45. 49. 52. 74. 79. — 2) in der Lombardei, K. Fri.dr. I. RegalienVerordnung oder (nach Cujas) constitutio de juribus fisci, v. 1158, II. F. 56. P. E. Bertram in Zepernick's Samml. zu d. Lehnr., I. 129. Scip. Gentilis opera. Neap. 1768. Histoire des républiques italiennes du moyen âge, par J. C. L. Simonde Sismondi, T. II (Zuric. 1807. 8.), p. 70 ff. — 3) in Teutschland u. andern europ. Reichen, Leyser de assentationib. JCtorum, c. 3. §. 24. p. 100 sqq. Horn jurispr. feud., c. 8. §. 53. Jargow a. a. O. 460 f. J. F. Scharff diss. de his quae jurib. ac privilegiis fisci perperam accensentur. Giess. 1711. 4. Von Königsfischen, s. de Steck essais (1790 8.), Num. 8.

b) Moser a. a. O. 111 f. — Nicht blofs nothwendige, sondern auch manche *zufällige* Rechte werden dem Fiscus beigelegt. Nach der Landesverfassung, kann hiebei ein Einwilligungsrecht der *Landstände* statt finden. Struve, Th. II. Bed. 79.

c) Jo. Mich. Dahm diss. de vero sensu illius: fiscus in dubio utitur jure communi. Mog. 1751. Leyser, Sp. 557. m. 17. sq. 23. sq. 28. sq. — Auch das Possessorium summariissimum, findet wider den Fiscus statt. Leyser, Sp. 557. m. 28. 59. A. H. Göckel diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798. 4.) §. 19. sqq. Nur petitorische Klagen, gestattet gegen den Fiscus, eine *preufs.* Verordn. v. 26. Dec. 1808. — *Nassau-ussingische* Verordn. v. 11. Mai 1805, dafs in dubio *gegen* den Fiscus zu sprechen sey. Rhein. Bund, VII. 121.

d) Vergl. Cramer in d. wetzl. Nebenst., LV. 66 ff. Oben §. 157. *Baier.* Verfafs. Urk. v. 1818, VIII. 5. *Wirtembergische* v. 1819, §. 94. *Nassauische* Gerichtsordn. v. Nov. 1816, in d. Rhein. Bund, III. 476.

e) Moser a. a. O. 110 f.

§. 389.

Fortsetzung.

IV) Das römische jus fisci, hauptsächlich zu dem römischen Staatsrecht gehörig, ein Inbegriff von Vorzugsrechten und Privilegien des Fiscus [a]), ist in teutschen Staaten nur so weit anwendbar, als dessen Annahme oder rechtmäsiger Gebrauch keinem gegründeten Zweifel unterworfen ist [b]). V) Nicht immer sind Unterthanen schuldig, dem Fiscus ihren Rechtstitel anzuzeigen (§. 276). VI) FiscusSachen, können durch vierzigjährige Verjährung erworben werden [c]). VII) Unächte, von Privatgelehrten ersonnene Vorrechte des Fiscus (privilegia fisci spuria), sind verwerflich (§. 391).

a) Pütter's Lit., III, §. 1124. M. A. Peregrinus de juribus et privilegiis fisci. Colon. 1588 8. 1726. 4. J. H. Berger enarratio Legis X. D. de jure fisci, qua, quo, jure fiscus in dubiis quaestionibus utatur, expenditur. Lips. 1705. 4. Hofacker princ. juris civ., §. 4627. sqq. Voëtius ad Dig. lib. 49. tit. 14. §. 2. 3. Huber praelect. juris rom., lib. 49. tit. 14. §. 2. sq. Lauterbach colleg. theor pract., lib. 49. tit. 14. §. 2. sqq.
b) Nettelbladt's Erörterungen aus dem teut. Staatsr., S. 267 ff.
c) Andr. Ockel tr. de praescriptione immemoriali (Hal. 1707. 4.), cap. 3. th. 23. Kress diss. de natura et indole vetustatis s. praescriptionis immemorialis (Helmst. 1734), cap. 3. §. 13. Leyser, Sp. 458. m. 1 — 6. Idem de assentat. JCtor., p. 100. — Anders, Lyncker Respons. lib. I. n. 2. — Vergl. §. 276, Note d.

§. 390.

FiscalGüter, Einkünfte und Vorrechte.

I) Als Berechtigungen und Bestandtheile des Fiscus, auf jeden Fall als zu den verleihbaren oder niedern Regalien (§. 101) gehörig, sind anzusehen: die gewöhnlichen Strafnutzungen [a]), insonderheit der ConfiscationsErtrag [b]), bei Defraudation der Staatsauflagen oder bei andern Verbrechen (verwirktes Gut),

und diejenigen Güter, welche ausser jenen, vermöge der Gesetze dem Fiscus heimfallen, sowohl ledige, insbesondere erblose c), vermöge des fiscalischen Occupations- oder Heimfallrechtes (droit d'épave), als auch andere, z. B. Bastarderbe, Schätze d), der Ertrag des Heimfallrechtes im engern Sinn e) (juris albinagii, droit d'aubaine), des Wildfangrechtes f), des Abzug- oder Abschofs- und Nachsteuerrechtes g), des Hagestolzenrechtes h), des Vorkaufrechtes bei der Ausbeute der Bergwerke (§. 363), schiffbrüchige Güter (bona naufragorum) vermöge des Strandrechtes (§. 372), die Gerade bei ermangelnder GeradeErbin i), oder wegen Retorsion k), u. a. d., so fern diese Rechte noch üblich sind.

a) Moser a. a. O. 115. 120.

b) Jargow a. a. O. 553. Chr. Schlözer diss. de bonorum confiscatione. Gött. 1796. Kön. *baier.* Edict über die Confiscationen, v. 1808, in d. Regier. Blatt 1801, St. 51. — In verschiedenen Staaten sind die Confiscationen des ganzen Vermögens *abgeschafft*, z. B. in den Verfafs. Urkunden von *Baiern*, 1818, VIII. 6; von *Wirtemberg*, 1819, §. 9; von GH. *Hessen*, 1820, Art. 100; von *Baden*, 1818, §. 16. u. durch e. Gesetz v. 5. Oct. 1820 Vergl. die Verhandlungen der ersten Ständeversamml. des GH. Baden, Heft 5 (1820), S. 707 ff. u. 754. Auch in *Bremen*, durch e. Rath- und Bürgerschlufs v. 13. Oct. 1820; in d. Samml. der Verordnungen des Senats der freien Hansestadt Bremen, v. 1820, S. 93

c) Pütter's Lit., III. 617. Klüber's Lit., §. 1376. Jargow a. a. O. 521. — Von rebus nullius, bonis vacantibus u. Adespoten, oben §. 257 ff. — Lediges, verlassenes und verwirktes Gut, eignet sich der Fiscus in den meisten Staaten ausschliessend zu. Glück's Erläuter. der Pandecten, II. §. 169. Danz Handb. des t. Privatr., II. §. 182. Es heifst daher *Fiscusgut* in dem eigentlichen Sinn.

d) Oben, §. 257, Note a.

e) So heifst das Recht, nach welchem der ganze inländische Nachlafs der im Lande verstorbenen *Fremden*, dem Staats-Fiscus heimfällt, mit Ausschlufs aller Testament- und Vertragerben, und der auswärtigen (nicht der inländischen) IntestatErben. — Schriften in Pütter's Lit., III. 610. Klüber's Lit., §. 1369. — Behmer jus nov. controv., I. obs. 52. Selchow

elem. juris germ., §. 222. Rundе's t. Privatr., §. 320. Klüber's droit des gens moderne de l'Europe, §. 82.

f) Pütter's Lit., III. 617. Westphal's Staatsr., 444.

g) Pütter's Lit., III. 648. Klüber's Lit., §. 1370. — Die verschiedenen Meinungen von dem Rechtsgrunde der Nachsteuer, s. in L. Himmelstoss Entwickel. des Begriffs der Regalität etc. (Landsh. 1804), S. 51 ff. u. 87. Von der Freizügigkeit unter den t. Bundesstaaten, oben §. 168. Von Verträgen teutscher Staaten mit europäischen, über Freizügigkeit, s. Klüber's droit des gens, §. 83.

h) Pütter's Lit., III. 617. Klüber's Lit., §. 1377. Behmer l. c. Selchow l. c. §. 410.

i) G. Barth's Bericht v. der Gerade, S. 40. J. F. Rivinus diss. de successione fisci in Geradam. Lips. 1775.

k) Eisenhart's Sprichwörter, 208. C. T. Gründler diss. de retorsione, speciatim quoad geradam. Viteb. 1805. 4.

§. 391.

Fortsetzung.

II) Ein Rott-, Neu-, Neubruch- oder Noval-Zehntrecht *a*), in Bezirken, wo der Fiscus nicht UniversalZehntberechtigter ist, und ein Successions-Recht, bei Privatlehen, oder inländischen Activlehen auswärtiger Staaten, in das nutzbare Eigenthum, namentlich der Erblehen, bei dem Mangel lehnfähiger SuccessionsBerechtigten *b*), oder in das allodiale Obereigenthum, in dem Fall einer Erlöschung der lehnherrlichen Familie *c*), gebührt dem StaatsFiscus, in der Regel, nicht. III) Vorrechte, welche der Fiscus anspricht, müssen gesetzlich bestimmt seyn (§. 390). IV) Hat der StaatsFiscus zu Evictionsleistung allgemein genug sich verpflichtet, so liegt ihm solche auch dann ob, wenn der Gegenstand durch Maasnehmungen oder Verfügungen zurückgenommen, aufgehoben oder verändert worden ist, wozu die Staatsgewalt durch das StaatsInteresse oder durch die Macht der Umstände sich veranlaſst gesehen hat. War dieselbe nicht schuldig, hievon durch fiscalische Verpflichtungen jener Art sich ab-

halten zu lassen, so konnte sie dagegen den Fiscus von der Schuldigkeit nicht entbinden, Verpflichtungen zu erfüllen, die ihm privatrechtlich obliegen.

a) Pütter's Lit., III. 618. Klüber's Lit., §. 1379. Schnaubert's Erläut. des Lehnr., S. 165. Estor's bürgerl. Rechtsgel., I. §. 483. Böhmer, I. E. P. lib. 3. tit. 30. §. 62. sq. J. J. Reinhard de jure forestali Germanor., Sect. II. §. 10. G. M. Weber diss. de decimis novalibus. Bamb. 1793. — Anders, Pütter instit. juris publ., §. 375. Hertius de superioritate territ., §. 50. Fischer's Cameral- und Polizeir., III. 359 ff. Pfeffinger Vitriar. illustr., lib. 3. tit. 18. §. 75. — In dem im §. ausgedrückten Fall, kann dieses Recht auch Standesherren und Andern zustehen. Rhein. Bund, X. 48. XII. 335. XIII. 72. XIV. 230.

b) G. F. Deinlin diss. de exclusione fisci a successione in feuda mere hereditaria. Alt. 1741. u. in Jenichen's thes. juris feud, T. II. n. 34. Möller usu pract. distinct. feud., c. 16. dist. 9.

c) Förster von d. Lehnstamm, Cap. 8, §. 3. Klüber's kl. jur. Bibl., XIII. 13. Anders, Struve de success. ab intest., Diss. V. c. 2. §. 7. Möller l. c. cap. 16. dist. 9. Böhmer princ. juris feud, §. 371.

§. 392.

Verwendung der FiscalGefälle. FiscalBeamte. Verfahrungsweise in fiscalischen Sachen. Verleihung der FiscalGerechtigkeit.

I) Die Verwendung der FiscalGefälle, als eines Theils des Staatseinkommens, mufs zu dem Vortheil der Staatsbedürfnisse geschehen a). II) Zu Wahrung und Verfolgung der FiscalRechte, zu Verwaltung der FiscalEinkünfte, werden fiscalische Staatsbeamte angestellt, Fiscale, Staats- oder FiscalAnwälte, KammerProcuratoren, Provisoren des Fiscus u. d. b). III) Den Gerichten ist zuweilen eine eigene Verfahrungsweise, in fiscalischen Sachen, gesetzlich vorgeschrieben c). IV) Mit eigener Gerichtbarkeit versehenen Unterobrigkeiten, Standesherren, Grundherren, städtischen Magistraten u. d., ist oft eine unvollständige und eingeschränkte FiscalGerechtigkeit

überlassen [d]), deren Umfang in jedem Fall besonders auszumitteln ist

a) Moser a. a. O. 119.
b) Kurze Geschichte der Fiscäle; in d. Rhein. Bund, LVI. 279.
c) F. M. Bachmann de judice causarum fiscalium. Erf. 1788. Klüber's kl. jur. Bibl., XVIII. 146. Preuſs. allgem. Gerichtsordn., I. 35.
d) Pütter's Lit., III. 346. Klüber's Lit., §. 1125. Leyser, Sp. 558. Stryk U. M. tit. de jure fisci, §. 4. Wehner obss. pract. v. Vogtey; v. Cramer's wetzl. Nebenst., CIV. 410. — Die bloſse Bewidmung mit dem *lübischen* Recht, schlieſst eine solche Verleihung nicht in sich. G. L. Böhmer elect. juris civ., T. II. n. 10.

XIII. Abschnitt.

D o m ä n e n R e c h t.

---

§. 393.

Bestandtheile der Domänen.

Der Begriff und die Eigenthumverhältnisse der Domänen oder Kammergüter, eines Bestandtheils des Staatsvermögens, und einer wichtigen Quelle des Staatseinkommens, sind oben (§. 252 u. f.) angegeben [a]). Die Domänen können bestehen [b]) aus Herrschaften, Aemtern, Städten, Flecken, Dörfern, Weilern, Landgütern, Vorwerken, Bauerhöfen, Mühlen, Gebäuden, Fabriken, Waldungen oder Forsten, Gärten, Aeckern, Weinbergen, Wiesen, Weiden oder Triften, Quellen, Flüssen, Bächen, Seen, Fischteichen, Hütten-, Hammer-, Berg- und Salzwerken, Stein- und Marmorbrüchen, u. d., auch aus Grundgerechtigkeiten, Zehnten, Gutspachten, Gülten, Zinsen, Frohndiensten, Jagdnutzungen, u. d.

a) Ehemaliger Mifsbrauch des ältern französischen, und des römischen DomanialRechtes. Fischer's Cameral- u. Polizeirechte, II. 481 ff. J. C. Destouches Beurtheil. v. d. Domänenrechte (München 1768. 8.), S. 8. — Ren. Choppin de domanio Franciae, in C. Frisii jure domaniali, p. 1 — 416. Jean Bacquet des droits du domaine de la couronne de France. Paris 1621. u. in dessen Oeuvres, T. I et II. Le Fevre de la Planche mémoires sur les matières domaniales, ou traité du domaine. T. I — III. Paris 1767. 4. Encyclopédie, par Diderot et d'Alembert, v. Domaine. Encyclopédie méthodique; Finances, T. I. (Paris 1784. 4.), p. 537 — 622.

b) Vergl. ein Verzeichnifs von MecklenburgSchwerin, in Büsching's Magazin, III. 71.

§. 394.

Erwerb. Ertrag u. Verwendung. Verwaltung.

I) Der Erwerb der Domänen, ist theils ursprünglich, theils derivativ, durch verschiedene Rechtstitel, auch Heimfall und Confiscation a). II) Der Ertrag derselben ist Staatseinkommen, und bestimmt, nicht blofs zu dem persönlichen Aufwand des Regenten, sondern vorzüglich auch zu dem Staatsaufwand (§. 252). III) Die Verwaltung der Domänen, und der lucrativen oder so genannten KammerRegalien, wenigstens die Aufsicht über diese Verwaltung, ist eigenen Collegien übertragen, Kammern, Rent- oder DomänenKammern b).

a) Struve, Th. II. Bed. 1.

b) Moser v. d. Landeshoh. in Criminalsachen, 54. *Ebenders.* v. d. Landeshoh. in Regierungssachen, 65. J. L. F. v. Leipziger von Kammer- u. JustizCollegien. Tüb. 1770. 4. — Von dem Alter der KammerCollegien, Spittler's Geschichte v. Hannover, I. 270. Klüber's kl. jur. Bibliothek, I. 370.

§. 395.

Benutzungsart. Steuerfreiheit.

I) Die Benutzung der Domänen a) geschieht theils durch eigene Bewirthschaftung oder

Selbstverwaltung *b*), theils durch Zeitpacht *c*), oft aber auch, da beides eigenthümliche Gebrechen hat, durch Zerschlagung und Veräufserung zu Erbzins oder Erbpacht. Die letzte Art ist bei Landgütern meist vorzuziehen *d*), mit Ausnahme der Forsten *e*) bis zu einem gewissen Quantum. II) Nicht in allen teutschen Bundesstaaten, sind die Domänen steuerfrei (§. 327).

a) K. D. Hüllmann's Geschichte der DomänenBenutzung in Teutschland. Preisschrift. Frankf. a. d. O. 1807. 8. G. F. W. Frensdorf über Benutzung u. Verpachtung der DomänenGüter. Giessen 1815. 8. Fischer's Cameral- u. Polizeir., II. 497. Wehnert's vermischte Abhandlungen, Bd. I (Berl. 1814. 8.), Num. II.

b) Frensdorf a. a. O. §. 4 — 29.

c) Indem man sie z. B. in kleinere Güter verwandelt. Verwandlung der Domänen in Bauergüter. Strasburg 1767. Pfeiffer's Finanzwissensch., Hauptst. III. S. 69. 73. v. Justi's Staatswirthschaft, II. 124. Frensdorf a. a. O., §. 52 — 153. Jurist. ökon. Grundsätze von der Generalverpachtung der Domänen in d. preufs. Staaten. Berl. 1785. — Bei *Zehnten* ist der Zeitpacht am gewöhnlichsten. — Von der *Halbpacht* (champart), s. Frensdorf a. a. O., §. 53 f.

d) *Thaer's* Grundsätze der rationellen Landwirthschaft, Bd. I. Frensdorf a. a. O., §. 30 — 51. J. P. Frank's System der landwirthschaftl. Polizei, Th. II, S. 227. 248 — 253. Suckow's Kameralwissenschaft, S. 269. G. Sartorius Handbuch der Staatswirthschaft, §. 101. Geschichte von der verbesserten Einrichtung der Domänen im Preussischen, S. 26 ff. J. J. Cella von Zerschlagung der Domänen und Bauergüter. Anb. 1783. K. G. Fürstenau Zweifel dagegen, in den hessischen Beitr., 1786, St. 7. — *Tertialisten* oder Drittelgüter in Vorpommern. Engelbrecht, obs. 17. Greifswald. Wochenbl. 1743, S. 299. 308. 317. 321. 362. 372. 377. Chr. Nic. Schlichtkrull diss. de praediis tertialibus; cum progr. de obligatione tertialistarum ad solvendum debita ab ipsis contracta. Gryph. 1777.

e) In Frankreich wurden diese sorgfältig aufbewahrt, bei Veräusserung der NationalDomänen.

§. 396.

Rechtsverhältniſs der DomänenVerwaltung.

I) Die landesherrliche Domänenverwaltung wird, in ihren streitigen Rechtsachen, in der Regel, nach dem gemeinen Privatrecht des Staates beurtheilt a). Daher kann II) nicht nur das Possessorium summariissimum, selbst von Unterthanen, gegen dieselbe mit Erfolg gebraucht werden (§. 276), sondern es findet auch III) nach Grundsätzen des gemeinen Rechtes, vierzigjährige Verjährung gegen dieselbe statt, so fern die Veräusserung und der Erwerb der Kammergüter nicht gesetzlich verboten ist b). IV) Auch ist dieselbe nicht befugt, wegen ihrer verjährbaren Rechte und Güter, von dem Besitzer derselben die Anzeige seines Rechtstitels zu begehren (§. 276).

a) Aug. a Leyseri meditationes de assentationibus ICtorum et doctrina de domaniis (Viteb. 1712. edit. 2. Helmst. 1726. edit. 3. cura H. G. Francke, ibid. 1741. 4.), cap. 3. Sect. 2. §. 25. p. 107.

b) Leyser l. c. c. 3. Sect. 2. §. 23. p. 96. sq. et 100. — ImmemorialPraescription fordert, Andr. Ockel de praescriptione immemoriali, c. 3. th. 23. — Vergl. oben, §. 276 u. 389.

XIII. Capitel.

Privilegien Regal.

§. 397.

Begriff und Arten der Privilegien. Dispensationen.

I) Aus dem allgemeinen Hoheitsrecht der Gesetzgebung, fliefst das Privilegien Regal *a*), die Befugnifs des Gesetzgebers, dem Staatszweck gemäfs, Ausnahmen von allgemeinen Rechten zu verfügen, theils für einzelne Personen (physische oder moralische), oder Sachen, theils für gewisse Classen derselben *b*). II) In dem letzten Fall, heifsen sie besondere Rechte (jura singularia, beneficia legis), uneigentliche Privilegien In dem ersten Fall, heifsen sie Privilegien in dem eigentlichen Sinn, wenn sie für alle oder mehrere gleichartige Fälle, hingegen Dispensationen oder Freisprechungen von einem einzelnen Gesetz, wenn sie für einen einzelnen Fall ertheilt werden *c*) III) Man unterscheidet persönliche und dingliche, affirmative und negative, auch ausschliefsende und cumulative Privilegien *d*). IV) Nicht selten sind Privilegien und Dispensationen, eine Quelle von Staatseinkommen *e*).

a) Pütter's Lit., III. 312. Klüber's Lit., §. 1093 ff. Moser von der Landeshoh. in Gnadensachen, 38. Jargow von den Regalien, 185 ff.

b) Vergl. Hartleben medit. ad Pandect., Spec. XII. m. 1. Gottl. Hufeland praecognita juris Pandectar. hod. (Jen. 1795. 8.), §. 28. et 83. C. D. Erhard's Critik des allgem. Gesetzbuchs für die preufs. Staaten, I. 184. — Auch durch *stillschweigende* Verleihung (sprechende Handlungen) des Regenten, kann ein Privilegium erworben werden, z. B. durch öffentliche, unvordenkliche Zeit hindurch statt gehabte Ausübung eines Rechtes, das nur durch Privilegium kann erworben wer-

den. Leyser l. c., Spec. 441. med. 7. Reinhardt ad *Christinaei* observ., IV. 50. Anders Sam. Stryck in usu moderno Pandectar., lib. XLIV. tit. 3. §. 4.

c) Vergl. §. 298. Pütter's Lit., III. 312. Klüber's Lit., §. 1092. J. H. Böhmer diss. de sublimi principum evangelicorum dispensandi jure in causis et negotiis tam sacris quam profanis. Hal. 1722. Jargow a. a. O. 206. Rössig's Politik, 196.

d) Von der Eintheilung der Privilegien in *conventionelle* und *gratiose*, in *günstige* und *odiose*. Gellius, N. A. X. 20. L. C. de Wölcker de privilegiis odiosis. Alt. 1718. G. B. Beckmann de aequitate privilegii odiosi, et potestate imperantis circa illud. Goett. 1750. — Dauer der Privilegien. Glück's Erläut. der Pandecten, I. §. 100. S. 566. Moser a. a. O., 46. J. G. F. Wasmuth diss. de privilegiorum natura generatim, et in specie de modis quibus finiuntur vel amittuntur (Goett. 1787. 4.), §. 20. sq.

e) Der Ausspruch der tridentinischen Kirchenversammlung «*raro et gratis*», sollte auch bei weltlichen Dispensationen gelten.

§. 398.

Gültigkeit und Wirksamkeit der Privilegien.

I) Die Rechtmäsigkeit eines Privilegii hängt ab, von der Befugnifs des Ertheilers, von der Erwerbfähigkeit des Privilegirten, und von gefährdeloser Erlangung desselben a). II) Die heutige Gültigkeit älterer Privilegien wird beurtheilt, in der Regel, nach den, der Ertheilung gleichzeitigen staatsrechtlichen Grundsätzen b). III) Die Wirksamkeit der Privilegien schränkt sich ein, auf das Staatsgebiet des Ertheilers c), wo auch Ausländer solche anerkennen müssen d), und in der Regel auf die Folgezeit (Zukunft). IV) Ein Privilegium enthält zugleich eine HandlungsNorm für andere Unterthanen e), wefshalb verhältnifsmäsige Bekanntmachung desselben nöthig oder nützlich seyn kann. V) Unwirksam ist es gegen das wohlerworbene Recht eines Dritten f): überhaupt, so oft es die Staatspflicht der Nichtprivilegirten überschreitet. Daher kann, vor Ertheilung mancher Privilegien, Vernehmung der Interessenten rathsam seyn.

a) Von dem vitio sub- et obreptionis. Böhmer jur. eccles. protestant., T. I. lib. 1. tit. 3. §. 9. sq. C. O. Gräbe pr. de exceptionibus sub- et obreptionis earumque probatione. Rint. 1788. Klüber's kl. jur. Bibl., XIV. 249.

b) Pütter's Lit., III. 315. Klüber's Lit., §. 1095. G. E. Kobe diss. de effectu hodierno privilegiorum aevi antiquioris. Alt. 1760. 4. Pütter's Rechtsf., Bd. II, Th. 3, S. 803. Moser von kaiserl. Regierungsrechten, 524. — Von der Verbindlichkeit der von *Regierungsvorfahren* ertheilten Privilegien, oben §. 189. Overbeck's Meditationen, Bd. VII, Med. 366. Moser von d. Reichsstände Landen, 1151. 1158. Wasmuth l. c., §. 29. sq.

c) Mit fiscalischer Strafe kann daher nur wider den verfahren werden, welcher in dem Staatsbezirk des Ertheilers dem Privilegium zuwider handelt. Selchow elem. juris publ., §. 366. — Wirkung der VolljährigkeitErklärung ausserhalb Landes. Puffendorf animadversion. juris, T. I. p. 187. sq. — Wirkung der an *Ausländer* ertheilten Privilegien. Moser's nachbarl. Staatsr., 671. Wasmuth l. c. §. 9.

d) Pütter's Beiträge, I. 229.

e) L. C. Schröder elem. juris nat., soc., et gent., §. 878.

f) Mevius, P. VI. dec. 240. n. 2. Wasmuth l. c. §. 18. sq. Jargow a. a. O. 209. Von *Moratorien*, §. 400. — Ein Privilegium derselben Art kann nicht bloſs Einem, sondern auch *Mehreren* verliehen werden, wenn nicht seine Natur oder die Verleihung demselben die Eigenschaft eines ausschliessenden (privil. exclusivum) beilegt. Hartleben l. c. Spec. XII. med. 4. Leyser, Spec. 10. m. 4. Wasmuth l. c. §. 10.

§. 399.

VertragEigenschaft, Widerruf, Minderung, Veränderung, Auslegung der Privilegien. Landständische Concurrenz. PrivilegienRecht landsässiger Obrigkeiten.

I) Privilegien in dem eigentlichen Sinn, auch Dispensationen, haben die Kraft eines Vertrags zwischen dem Ertheiler und Privilegirten; gleichviel ob sie auf Widerruf, oder für immer, unentgeldlich oder gegen Vergeltung (privil. gratuita vel onerosa), ertheilt sind a). II) Daher darf, in der Regel, Widerruf b), Minderung c), Veränderung d), authentische Auslegung e), einseitig nicht

geschehen. III) In der Regel, sind die Privilegien **einschränkend** zu erklären, können nicht vermuthet, und nicht ad exemplum gezogen, auch kann, in der Regel, kein Privilegirter zu deren Ausübung genöthigt werden *f*). **Landständische Concurrenz**, kann bei Ertheilung solcher Privilegien nöthig seyn, welche in Hoheitsrechte einschlagen, bei deren Ausübung landständische Mitwirkung durch die Staatsverfassung begründet ist *g*). IV) Bei **Standesherren, Grundherren und städtischen Magistraten**, wird das Recht, Privilegien, auch geringere, zu ertheilen, nicht vermuthet, sondern es ist, für jede Art von Privilegien, zu erweisen. Zuweilen ist ihnen ein eingeschränktes Verleihungsrecht (jus privilegiorum minus vel minimum) eingeräumt.

a) Einige machen einen Unterschied zwischen Privilegiis *gratiosis* et *conventionalibus*. J. G. Schaumburg diss. de natura privilegiorum, tam gratiosorum quam conventionalium. Jen. 1736. 4.

b) Obss. Halenses, T. III. obs. 15—17. Strube, Th. II, Bed. 80. Moser von der t. Reichsstände Landen, 1155. Overbeck's Meditationen, Bd. VII, Med. 366. Gebauer de privil., §. 19. Wasmuth l. c. §. 22. sq. Kuhn diss. de privilegii conventionalis irrevocabilitate. Heidelb. 1760. 4. — Von dem Widerruf ex ratione salutis publicae, s. Böhmer consult. et decis., T. I. P. 2. resp. 12. Eine eigene Theorie hat Gönner in s. teutsch. Staatsr., §. 293. — Aufhebung oder Minderung, vermöge des äussersten Rechtes, verpflichtet zu verhältnifsmäsiger Entschädigung. Hommel, obs. 469. Schmalz natürl. Staatsr., §. 118. 120. — Von dem *Ende* der Privilegien überhaupt, s. Günther princ. juris rom. priv., T. I. §. 25.

c) Von der clausula minuendi. Hommel l. c. Strube, Th. IV, Bed. 21. — Einschränkung der Privilegien durch Gesetze. Strube, Th. III, Bed. 139.

d) J. Guil. Gadendam diss. de legibus, praesertim specialibus, seu privilegiis, quatenus mutari aut revocari jure possint. Erl. 1743. 4.

e) Westphal's Staatsr., 168. Wasmuth l. c. §. 13.

f) Glück a. a. O., I. §. 99, S. 560. — Authentische Auslegung hat nur subsidiarisch statt, und jede Auslegung mufs, wenn gleich streng, doch so beschaffen seyn, dafs der Wille des Erthei-

lers vollständig in Erfüllung gehe. C. A. Günther l. c. T. I. §. 24. Pütter pr. de jure et officio judicis circa interpretationem privilegiorum. Goett. 1758. Ebendess. Rechtsfälle, Th. I, Bd. 2. Resp. 25 — Von Erlöschung der Privilegien durch Nichtgebrauch. Moser a. a. O. 49. Wasmuth l. c. §. 26.

g) Oben §. 222. Moser a. a. O. 40.

§. 400.

Verschiedene Arten der Privilegien.

Zu den Privilegien gehören, unter andern: Stadt- a), Schlofs- und Marktrecht, Handelsprivilegien (§. 333), insbesondere Monopolien und BücherPrivilegien, akademische Privilegien, Moratorien b) (doch nur Gnadenindulte), Titel-, Adels- und WappenErtheilung (§. 401. 409 ff.), Asylrecht (§. 298), VolljährigkeitErklärung c) (venia aetatis), Legitimation unehelicher Kinder d), Salvegarde e), Bannrechte oder Zwanggerechtigkeiten f), u. a. m., auch Verleihung solcher Rechte, deren Ausübung der Privatwillkühr nicht überlassen zu werden pflegt (§. 375 ff.).

a) Pütter's Lit., III. 590. Klüber's Lit., §. 1353. Moser von Gnadensachen, 80. Pfeffinger, III. 146. 168 sqq. 390. Corn. van Bynkershoek quaest. juris publ. (Lugd. 1754), p. 283. Strube's Nebenst., IV. 50. 100. Preufs. Städteordnung v. 19. Nov. 1808.

b) Pütter's Lit., III. §. 1360. Klüber's Lit., 460. Pütter's Beitr., I. 224. Moser von kais. Regier. Rechten, 358. Ebenders. von Gnadensachen, 56. Ebendess. Rechtsmaterien, VIII. 824. Jargow a. a. O. 212 f. v. Roth's Staatsr. d. R. Lande, II. 136 ff. C. C. Dabelow's Entwick. der Lehre vom Concurse der Gläubiger (Halle 1801. 4.), 151. 173. 501. Gmelin's u. Elsässer's gemeinnütz. jur. Beobacht., Bd. II, Num. 12. J. H. Böhmer diss. de litteris respirationis; in dessen Exerc. ad Pandect., III. 173.

c) Klüber's Lit., 462. Moser a. a. O. 30. Ebendess. persönl. Staatsr., I. 588. de Cramer Opusc., Vol. II. n. 28. Pufendorf animadvers., I. 187.

d) Moser von Gnadensachen, 6 u. 11. Klüber's kl. jur. Bibl., X. 189.

e) Gr. Engelbrecht de salva guardia. Jen. 1743. (Mader's reichsrittersch. Magaz., VIII. 666.) Vattel droit des gens, liv. 3. ch. 9. §. 171. v. Martens Einl. in d. europ. Völkerr., §. 287.

f) Selchow elem. juris germ. priv., §. 567. sq. Runde's t. Privatr., §. 277 ff. Danz Handb. des t. Privatr., II. §. 277 ff. Schröter's verm. Abhandl., I. 461. — Diese *Bannrechte* sind an sich keine Regalien. Auch nicht Servitutes in faciendo consistentes, wie Selchow a. a. O. mit Andern behauptet. Man s. B. W. Pfeiffer's verm. Aufsätze, S. 223 ff. Auch nicht negative Servituten, wie Pfeiffer a. a. O. annimmt. Sondern durch Vertrag oder Privilegium, oft durch unvordenkliche Verjährung, nach Art eines Monopols, erworbene IndustrieConcessionen, mithin blosse Privatrechte. Vergl. §. 377 u. Carl Gebhardt über den Unterschied zwischen Servituten und Zwang- oder Banngerechtigkeiten. Leipz. 1807. 8.

XIV. Capitel.

Aemter-, Titel-, Ehrenzeichen-, Rang- und StandeserhöhungsRecht.

---

§. 401.

Staatsämter. Dienstertrag. Dienstehre. Amtscharakter.

Ueberhaupt.

I) Staatsämter [a]), fortwährende Aufträge zu bestimmten Staatsgeschäften, statt eines Reihedienstes aller Staatsbürger, sind, in nothwendiger Anzahl, Bedürfnifs eines Staates. Daher das Hoheitsrecht der Staatsämter (jus munerum publicorum). Der Regent steht an der Spitze der Staatsbeamten. Alle sind ihm, als dem obersten Organ des Staates, untergeordnet. Mehrere Staatsbeamte, für Staatsgeschäfte bleibend vereinigt, bilden ein Landes- oder StaatsCollegium, eine Staatsbehörde oder Lan-

desstelle (§. 263). II) Mit einem Staatsamt sind verbunden: 1) eine bestimmte, anständige und verhältnifsmäsige Entschädigung für Leistung der Staatsdienste b) (Amtseinnahme oder Dienstertrag (§. 385), insonderheit Besoldung, Salarium, und Accidentien, Emolumente); 2) eine Amts- oder Dienstehre (Dignität, Würde, honos cum vi); 3) ein AmtsCharakter (Titel).

a) Schriften von Becmann, Myler u. a., s. in Pütter's Lit., III. §. 1096 ff. und Klüber's Lit., 295. N. T. Gönner, der Staatsdienst, aus dem Gesichtpunct des Rechtes und der National-Oeconomie betrachtet, nebst der HauptlandesPragmatik über die Dienstverhältnisse der Staatsdiener in dem Königr. Baiern. Landsh. 1808. 8.

b) A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung teutscher Länder (1807. 8.), §. 5.

§. 402.

Geburtstand. TitularWürden. Hofbeamte. Ehrenzeichen. Rang.

Ueberhaupt.

Der Regent führt im Staat den Stempel der Ehrenmünze, deren Gepräge verschiedene Formen darbietet. I) Geburtstand und Standeserhöhung, geben StandesClassenEhre a) (Castenehre). II) TitularWürden oder TitularChargen, bei welchen die Bestimmung zu Staatsgeschäften fehlt, geben fingirte oder scheinbare Dienstehre (honos sine vi). III) Ehrenzeichen (Decorationen, honoris ornamenta) sind privilegirter Leibesschmuck, von dem Herrscher verliehen. IV) Hofbeamte und Hofdiener (Domestiken oder Hofgesinde des Regenten), allseits Diener des Fürsten, sind unterschieden von eigentlichen Staatsbeamten b). V) Rang c) (praecedentia), ein Vorzug in der von mehreren zu beobachtenden Ordnung, ist ein Theil, bald der Dienst-

ehre, bald der blofsen Standes- (Casten-), Titular- oder DecorationsEhre. Er wird meist bestimmt durch förmliche Rangordnungen d). Unter Personen derselben RangClasse, entscheidet gewöhnlich das Dienstalter (ancienneté). Rangstreitigkeiten sind nicht immer Justizsachen e).

a) «*Angeerbter* Adel ist ein Rang, der vor dem Verdienst vor- «hergeht, und dieses auch mit keinem Grund hoffen läfst, «ein Gedankending, ohne alle Realität». Kant's Rechtslehre, §. 49. D. S. 92. «Entbehrliches Trümmerwerk aus «der Vorzeit». S. M. E. von Schlieffen's Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen (Cassel 1784. 4.), S. 2. «AdelsDistinctionen setzen den *ererbten* Ruhm vor den *erworbenen*, und die Abkömmlinge grofser Männer vor die grofsen Männer». Röderer in dem Corps législatif, 1802. CabinetsOrdre *Friedrich Wilhelms* III. v. 10. März 1798. *Napoleon*, in dem 21. Bulletin de la grande armée, datirt Berlin 21. Oct. 1806, u. in der Constitution ou Statuts fondamentaux du royaume de *Westphalie*, v. 15. Nov. 1807, art. 12. 14. 15. Abschaffung aller Geburtstitel, in den vereinigten Staaten von Nordamerika, auch in dem Fürstenthum *Lucca* 1807, und in *Toscana*, Apr. 1808. — *Dienstehre* sollte, wie schon lang in Dänemark, und seit Peter dem Grofsen in Rufsland, jederzeit über *Castenehre* erheben, schon um defswillen, damit die Verlängerung einer Spalte zwischen Staatsbürgern verhütet werde, an deren Vereinigung der Zeitgeist so eifrig arbeitet, dafs sie endlich doch wird gelingen müssen, wie sehr auch Castengeist, Nepotismus, Protection und Favoritismus sich entgegenstemmen mögen. Was in der Natur liegt, wird seine bessere Zeit allemal finden. Aus der Gährung entwickeln sich Keime u. Kräfte. Vergl. (Schreffer's) Gedanken und Meinungen über Manches im Dienst. Zweite Aufl. 1804. II. Bd. Königsb. 1806. 8. A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung, und die Dienerschaft der Regenten. Hannov. 1807. 8.

b) Der *Hof* ist bestimmt, den Herrscher mit nützlichem *Glanz* zu umgeben. Zu dem Hofdienst empfiehlt sich daher vorzüglich die Anstellung *reicher* Personen, auch ohne so genannte Geburt. Arme sollten höchstens zu niedern Hofstellen gelangen, wozu ein Reicher, noch weniger ein Mann von Wissenschaft und Verdienst, ungern sich hergiebt. Hofstellen sollten nicht leicht Anspruch geben auf Anstellung in dem Staatsdienst.

c) Schriften von Horn, Hellbach u. a., s. in Pütter's Lit., III. §. 1110. u. Klüber's Lit., 302. Ch. Hellbach's Handb. des Rangrechtes. Ansb. 1804. 8.

d) Schlözer's Briefwechsel, Heft 42, S. 464, wo die hessencasselische Rangordnung v. 1762. Markgräfl. *badische* Rangordnung v. 30. Jan. 1800, in Häberlin's Staatsarchiv, Heft XVI, S. 512. *Badische* Rangordn. v. 5. Jul. 1808, in d. bad. Regier. Blatt v. 1808, St. 20. Königl. *wirtemb.* RangReglements v. 4. Apr. 1806, u. vom 1. Aug. 1811, in d. Allg.Zeit. 1811. Num. 226 f. *Wirtemb.* Rangordn. v. 18. Oct. 1821, in d. wirtemb. Regier. Blatt v. 21. Oct. 1821. *Baier.* Rangordn. der höhern Civil- und MilitärStellen (der 6 obersten Classen) von 1808, in d. Reg. Blatt. 1808. *Kurhessische* Civil-Rangordn. v. 15. Mai 1814, in Hassel's Staats- u. Adrefs-Handb. für 1816, Bd. I, Th. I, S. 293 ff. *Kurhessische* für die Dienerschaft vom Civil- u. MilitärStande, v. 10. Aug. 1821. Königl. *sächsische* HofRangordnung (nach 5 Classen) v. 9. Dec. 1818, in der Gesetzsamml. f. d. K. Sachsen, 1819, St. 1.

e) Strube, Th. III. Bed. 129.

§. 403.

Hof-, Civil- und MilitärEtat. Schranken. Indigenat und Religion. Adeliche Chargen. Sinecuren. Dienst-handel.

I) Das Staatsoberhaupt ist zu Bestellung der Landes-, Militär-, Civil- und HofEtats berechtigt [a]; hie und da etwa nur mit Ausnahme landständischer, dann gewisser Hof- und Landgericht-, auch MunicipalBeamten, Schul- und Kirchenlehrer, u. d. II) Indefs können, in manchen, wenn gleich souverainen Staaten, Gebrauch, Politik und politische Machtverhältnisse gewisse Schranken setzen, bei Ertheilung wirklicher und TitularChargen; zumal wenn man auf Achtung und HofEtiquette, auch Rangverhältnisse mit Bundes- und auswärtigen Staaten, Rücksicht nimmt [b]. III) Auch Indigenat (§. 381) und Religion kommen bisweilen in Betrachtung [c]. IV) So genannte adeliche Chargen sind, bei Staatsämtern,

wider die Regel, und, gleich den Sinecuren (Aemtern mit Dienstgehalt, ohne Amtsverrichtung) und dem Diensthandel d), ausser dem Staatszweck e), also gegen die Natur des Staatsdienstes.

a) Schriften in Pütter's Lit., III. 320 f. 336. u. Klüber's Lit., 296. Moser von d. Landeshoh. in Gnadensachen, 25. u in Regierungss., 24 ff. 147 ff. Krug's Abrifs der Staatsökonomie (Berl. 1808. 8.), §. 262 ff. — Von *MilitärChargen*, s. Moser von Militärsachen, 114. Jo. Ge. Estor comment. et opusc. Vol. I. Part. 3. p. 619. Pütter's Lit., III. 336.

b) Pfeffinger, III. 112. Moser's auswärt. Staatsr., 47 ff. Pütter's Beytr., I. 194 ff. u. Erörter., I. 10. C. F. v. Moser's patriot. Phantasien, IV. 285. — Keine Generalität ohne Armee, keine Offiziere ohne Gemeine; kein LandesMinisterium ohne Minister, zum wenigsten in der mehrern Zahl; keine Hof-, Regierungs- und Legationsräthe, ohne Hof, Regierung und Legation; nicht zwei wirkliche, ein Dutzend Titularräthe (Rathomanie); keine blofs inländische, Local- oder BedientenExcellenz, etc.

c) Von dem *Indigenat*, s. Moser v. d. Landeshoh. in Regierungss., 91. 155. Selchow elem. juris germ. priv., §. 217. v. Frank's Etwas über die Wahlcapitulationen in geistl. Staaten, 114. Elsässer's verm. Bemerk. in Bezieh. auf CanzleiCollegien, 6. Gönner, §. 61. Zauner's corp. juris publ. Salisb., 248. — Tugend, Einsicht, Kenntnisse, Geschicklichkeit, sollten überall wie ein Gemeingut behandelt werden, das Jeden anspricht und Jedem offen steht. Schon darum sollten in keinem teutschen Staat, Teutsche engherzig wie *Fremde* behandelt werden. Wie viel haben nicht oft schon die so genannten *Fremden* gewirkt und geleistet! Vergl. *Wirtemb.* Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 44. Verhandlungen der 2. Kammer der Landstände des GH. Hessen, 1820, Heft 4, S. 74 u. 108 ff., Heft 5, S. 49. — Von der *Religion*, s. Moser v. geistl. Sachen, 166, 397.

d) Schriften in Pütter's Lit., III. 320. Moser von d. Landeshoh. in Regier. Sachen, Cap. 2. G. L. Böhmer's Rechtsf., II. Abth. 2. Num. 97. — Zwei *wirtembergische* Rescripte v. 1790 u. 1791, in dem Polit. Journal von 1791, März, S. 272 ff. Ueber den Diensthandel teutscher Fürsten. (Frankf. u. Leipz. 1782. 8.), S. 12 ff. P. J. A. Feuerbach's merkw. Criminal-Rechtsfälle, Bd. II (Giessen 1811. 8.), Num. 3.

e) Schlözer's Staatsanz., III. 214. Rössig's Politik, S. 209 f. — Vergl. jedoch ehemalige kaiserl. Wahlcap., XXIII. 4. Preufs.

allgem. Landr., II. 9. 34 f. Selchow elem. juris germ. priv., § 244. n. 3. et 5. §. 262. n. 4. J G. Cramer de nobilitate avita, 459. sqq. Buder in Opusc. 241. Römer's kursächs. Staatsr., III. 147. — Eine *adeliche Bank*, im Gegensatz der gelehrten Bank, in dem OberAppellationsGericht zu Celle, ward noch im J. 1818 durch eine hanöverische Verordnung v. 31. Jul. anerkannt, und besteht noch jetzt. Ein berühmter Schriftsteller fragt: «giebt es denn adelichen Verstand, «adeliche Kenntnisse, adeliche Gerechtigkeit, adeliche «Tugend»? — Von *gebohrnen* Räthen, Moser v. Regierungss., 90. — Gänzlich *aufgehoben* in dem Staatsdienst, ist der Unterschied zwischen Adel und Nichtadel in Rufsland, in der Schweiz, in Baiern und Baden; vor kurzem war er es auch in Frankreich, Italien, Neapel, Holland, Westphalen, etc. Gegen das Staatsinteresse ist es, dem Zufall, der wahren oder fingirten Geburt, Vorrechte in dem Staatsdienst einzuräumen. — *Hofadel* hat sich, an den meisten teutschen Höfen, noch erhalten.

§. 404.

Besetzung der Staatsämter. Gründe. Zwang.

I) Staatsämter [a]) werden von dem Souverain verliehen, entweder unmittelbar, oder mittelbar durch hiezu ermächtigte Staatsbehörden oder Privilegirte [b]); allenfalls auch mittelst Bestätigung oder Ernennung der von Andern Präsentirten. II) Persönliche Fähigkeit und Würdigkeit, Geist, Kenntnisse, Geschicklichkeit, Herz und Charakter, müssen die Wahl, und die nothwendige stufenweise Beförderung der Staatsbeamten bestimmen. Schon darum sind ErbStaatsämter, gebohrne Beamte, so auch erhandelte und so genannte SchürzenAemter, nicht zu dulden; wohl Erbhofämter. Adjunctionen und Substitutionen können nützlich, sogar nothwendig seyn [c]). Anwartschaften (Expectanzen) sind, in der Regel, unzulässig. Nepotismus ist Staatssünde; so wie Besoldung ohne Arbeit. III) Zwingen kann der Staat seine Bürger zu intellectuellen Staatsämtern, in der Regel, nicht [d]).

a) Von dem Begriff der Staatsämter. Gönner a. a. O. §. 10 ff. Eintheilungen der Staatsämter, in *gemeine* und *technische*, in *unmittelbare* und *mittelbare*, in *fortwährende* und *vorübergehende* (*temporäre*), in *wesentliche* und *zufällige*. Vergl. Gönner, §. 14.

b) Z. B. höhere Staatsbehörden, städtische u. a. Gemeinheiten, Standesherrschaften, Grundherren, Erbgerichtsherren. Vergl. Leyser, Sp. 27. cor. 3. Glück's Erläuter. d. Pandecten, Th. III, Abschn. 1. §. 208.

c) Gönner a. a. O. §. 62 ff.

d) E. F. Manzel diss. de coactione ad munera et officia publica. Rost. 1755. *Badisches* Edict, die Grundverfafs. der verschied. Stände betr., v. 1808, §. 15, in d. Rhein. Bund, XXII. 83. Für das Gegentheil streiten, Seuffert (angef. unten §. 406, Note a) u. Gönner. Von Gründen u. Gegengründen, s. Gönner §. 19 ff. Wider ihn, s. v. d. Becke a. unten §. 406 angef. O. und Hartleben's Justiz- u. Polizeifama 1815, Num. 34 ff.

§. 405.

Comitiv. Notariat. Akademische Würden.

I) Die ehemaligen Ober- und UnterComitive (Palatinate), die Aemter, Würden und Befugnisse der kaiserlichen Ober- und UnterHofpfalzgrafen (comitum palatinorum, majorum et minorum, comitum sacri palatii Lateranensis), sind mit der teutschen Reichsverfassung erloschen *a*). II) Eben so das Amt der kaiserlichen Notarien *b*). Doch sind Handlungen, welche diese während der Reichsverfassung gültigerweise unternommen hatten, fortwährend gültig. Jeder Bundesstaat ist jetzt befugt, eigene Staats- oder TerritorialNotarien zu creiren, d. h. Männer, die zu öffentlicher Beglaubigung der von ihnen, meist in Gegenwart einer bestimmten Anzahl requirirter Zeugen, bemerkten Erfahrungs-Gegenstände, unter landesherrlicher Auctorität bestellt, und obrigkeitlich verpflichtet sind *c*). III) Auch die akademischen Würden, können jetzt nur al-

lein unter landesherrlicher Auctorität ertheilt werden *d*) (§. 416).

a) Moser von kaiserlichen Regierungsrechten, 468 Teutsche Encyclopädie, IV. 604. VII. 417. v. Römer's Staatsr. des Churfürstenth. Sachsen, I. 436.
b) R. Max. I Notariatsordn. v. 1512, in Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, X. 1922, auch in der N. S. der R. A. II. 151, und besonders edirt von J. M. Stark. Frankf. 1799. 8. — Pütter's Lit., III. 324. Klüber's Lit., II. §. 1104. Gerstlacher's Handb., X. 1949. *Ebendess.* corp. juris publ., I c. 6. Moser's Staatsr., V. 411 ff. *Ebenders.* von kaiserl. Regierungsrechten, S. 475. Selchow's R. H. R. Procefs, I. 134 ff. Siebr's gerichtl. Procefs, §. 115. — Von dem ehemaligen Ansehen der *kaiserlichen* und *päpstlichen* Notarien, in fast ganz Europa, s. v. Martens Volkerr., §. 85, Note e.
c) J. G. A. Griesse diss. de mutationibus circa notarios, sublata Imperii germanici forma. Landsh. 1807. 8. *Ejusd.* diss. de notis characteristicis Notariorum tum imperialium tum noviorum, et inprimis de illorum qualitate, sublato Germanorum imperio. ibid. 1807. *Badische* Notariatsordnung, 1806. *Wirtembergische* Verordn. v. 22. Mai 1806, wider ausländische Hof- und Pfalzgrafen und Notarien. *Hessendarmstadtische* Notariatsordn. vom 20. Sept. 1788, u. Verordn. v. 10. Mai 1802 wider die kaiserl. Hofpfalzgrafen. *Preufsische* Notariatsordn. v. 1771. *Preufs.* allgem. Gerichtsordn., Th. III, Tit. 7. Von *Oestreich*, Haberlin's Handb. des t. Staatsr. I. 462. Moser von Gnadensachen, 28.
d) Königl. wirtemberg. Decret v. 5. Dec. 1806, dafs Inländer akademische Würden nur von der LandesUniversität annehmen und führen dürfen.

§. 406.

Verhältnifs zwischen dem Staat und dem Staatsbeamten. Aufkündigung. Entlassung.

Die wechselseitigen Rechte zwischen dem Staat und dem Staatsbeamten *a*), sind zuvörderst zu beurtheilen aus den Stipulationen des Dienstvertrags *b*); dann, aus den, die Stelle einer Uebereinkunft vertretenden Staatsgesetzen *c*); zuletzt, aus der Natur des gegenseitigen Verhältnisses. In dem

letzten Fall findet, so wie, in der Regel, kein Zwang zu Annehmung intellectueller Staatsämter, also auch, auf beiden Seiten, kein Zwang zu Fortsetzung des Dienstverhältnisses statt. Daher ist I) eine, nicht zur Unzeit und ohne Gefährde erfolgende Aufkündigung, Niederlegung des Amtes oder Resignation des Dieners d), eben so erlaubt, als II) eine Entlassung oder Verabschiedung (dimissio honesta) desselben, die in Gnaden und ohne Anführung einer, für seine Ehre nachtheiligen Ursache geschieht e).

a) Von dieser sehr bestrittenen Frage, s. die ältern Schriften in Pütter's Lit., III. §. 1098. Seb. Malacord diss. de publicis officiis absque justa causa ejusque legali cognitione non auferendis. Gött. 1788. Klüber's jur. Bibl., XXII. 152. (Rehmann's) Versuch: ob ein Herr seinen verpflichteten Beamten, ohne Ursache seiner Dienste entsetzen oder entlassen könne? Regensb. 1791. S. J. M. Seuffert von dem Verhältnissse des Staats und der Diener des Staats gegen einander, im rechtlichen und politischen Verhältnisse. Würzb. 1793. gr. 8. Fried. Guil. Engler diss. de muneribus publicis, justitiae sacerdotibus absque justa causa non auferendis. Lips. 1794. 4. J. N. Bischoff über die Endigung der Staatsdienste. Helmst. u Leipz. 1797. 8. (Steht auch in dessen Handb. der Canzlei Praxis, Th. II (1798), §. 96—104, und in Häberlin's Staatsarchiv, Heft VIII). C. F. Häberlin über die Rechtssache des Herrn Hofrichters, auch Land- und Schatzraths von Berlepsch. Berlin 1797. 8. Franz Arn. v. d. Becke von Staatsämtern und Staatsdienern. Heilbronn 1797. 8 J. F. Rönnberg über Dienstentlassung und Dienstaufkündigung. Berlin 1799. gr. 8. Merkwürdiges Rechtsgutachten einer JuristenFacultät, die willkührliche Entlassung eines Staatsdieners betreffend. (Weimar) April 1801. DienstEntlassungs- u. Procefsgeschichte des herzogl. wirtembergischen StaatsMinisters, Frhrn. v. Wöllwarth. Aus kammergerichtlichen und andern Acten gezogen. Frankf. u. Leipz. 1803. 8. ReichshofrathsErkenntnisse, in Häberlin's Staatsarchiv, Heft 40, S. 319 — 359. K. A. v. Wangenheim's Beitrag zur Geschichte der Organisation der coburg saalfeldischen Lande durch den etc. v. Kretschmann, Th. I (1805. 8.), S. 141 — 183. Gönner a. a. O. A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung teutscher Länder, §. 6.

b) Z. B. wenn das Amt ausdrücklich unter Vorbehalt, oder

Bedingung, auf bestimmte Zeit, auf Wohlgefallen, provisorisch, u. d. übertragen war. Dahin gehört auch der Fall, wenn das Amt seiner Natur nach *temporär* oder vorübergehend, d. h. der Natur des aufgetragenen Geschäftes zufolge, stillschweigend auf gewisse Zeit eingeschränkt war, z. B. eine Commission, Gesandschaft, u. d. — Dafs Staatsämter auf einem Vertrag nicht beruhen, behauptet Gönner a. a. O. §. 29 ff. Dawider s. v. d. Becke a. a. O. u. Hartleben's Justiz- u. Polizeifama, 1814, Num. 40 — 46; 1815, Num. 34 — 38.

c) *Preufs.* allgem. Landr., Th. II. Tit. 10. §. 94 — 103. Königl. *preufs.* CabinetsOrdre v. 17. Dec. 1805, Instruction für die Regierungen, v. 26. Dec. 1808, §. 44, u. Verordnungen v. 10. Jul. u. 7. Aug. 1810, in der Allg. Lit. Zeit. 1811. E. B. N. 104, S. 830. Code Napoléon, §. 106. 107. *Kurpfalzbaierische* Verordn. oder HauptLandespragmatik v. 1. Jänner 1805, über die gesetzlichen Verhältnisse der Staatsdiener, ihrer Witwen und Waisen; in d. baier. Regierungsblatt, u. als Anhang bei Gönner a. a. O. Dazu gehört noch die *baierische* Verordn. v. 28. Nov. 1812, über den Pensions-Stand der Staatsdiener; in d. baier. Regier. Blatt von 1813, u. in der Allgem. Zeit, 1813, Num. 169. *Baier.* Edict, die Verhältnisse der Staatsdiener betr., v. 26. Mai 1818, als Beil. 9 bei der baier. Verfafs. Urk. v. 1818. *Kursalzburgische* Verordn. v. 9. Jan. 1805, über denselben Gegenstand. (Von beiden Verordnungen, s. Justiz- u. PolizeiFama, 1805). *Badische* Verordn., den staatsdienerschaftl. Stand betr., v. 25. Apr. 1809, in d. Regier. Blatt, 1809, Num. 17, aufgehoben durch eine Verordn. v. 14. Nov. 1809, in d. Regier. Bl. N. 47, durch welche §. 157 der markgräfl. bad. HofrathsInstruction v. 1794 wieder für gültig erklärt wird. Neue badische Verordn. v. 30. Jan. 1819. *Nassauische* Verordn. v. 3. u. 6. Dec. 1811, über die Dauer der Dienstverhältnisse u. der Pensionirung der Staatsdiener. *Wirtemb.* Edicte v. 18. Oct. 1817, betr. die Besoldung u. Pensionirung der Staatsdiener. *Wirtemb.* Verfafs. Urk. v. 1819, §. 46—50. *Wirtemb.* DienstPragmatik v. 28. Jun. 1821, und dazu gehörige Verordn. in d. wirtemb. Staats- u. Regier. Blatt v. 20. Apr. 1822.

d) *Preufs.* allg. Landr., II. 10. 95. Die angef. *baierische* Haupt-Landespragmatik, Art. 17. Bischoff a. a. O. §. 97. Klüber a. a. O. S. 156. v. d. Becke a. a. O. §. 98. Malacord l. c. §. 15. Gönner §. 105 f. A. W. Möckert diss. de jure resignandi officialium publicorum. Gött. 1798. Von der Parömie: Herrendienste sind keine Ehegelübde, s. J. F. Eisenhart's

Grundsätze des teutschen Rechts in Sprichwörtern (2. Aufl. 1792. 8.), S. 54. HERTIUS de paroemiis juris germ., II. 9; in dessen Opusc. Vol. II. T. 3. p. 399.

e) MEVIUS, P. II. dec. 12. J. H. BÖHMER diss. de jure principis circa dimissionem ministrorum, §. 16. sq. MYLER ab EHRENBACH hyparchologia, cap. 4. §. 3. n. 6. DE NEUMANN medit. juris priv. pr.nc., lib. 3. tit. 20. §. 481. 488. ZIEGLER de jurib. majest., lib. 1. c. 29. § 7. LEYSER, Sp. 370. m. 46. STRUBE, Th. III, Bed. 144. v. RIEFFEL's Reichshofrath in Justiz- u. Gnadensachen, I. 266. IV. 227. HÜBNER's kl. jur. Biblioth., XXII. 156. GÖNNER, §. 107 ff., welcher nur die *Besoldung*, unter gewissen Umständen, für unwiderruflich hält. Beiderseitige vierteljährige DienstaufkündigungsFreiheit, war verordnet in d. *badischen* HofrathsInstruction v. 1794, §. 157. — Ein bloss verabschiedeter Diener behält seinen vorigen *Rang* und *Titel*. WESTPHAL's Staatsr., 172. GÖNNER, §. 93. — Dass Verabschiedung so schimpflich sey, als Cassation, behauptet CRAMER, T. II. obs. 628., u. in dessen Opusc., T. IV. opusc. 21. Dawider s. STRUBE, Th. III, Bed. 114. MOSER von d. Landeshoh. in Regierungssachen, S. 183. SEUFFERT a. a. O. §. 78. — Dass selbst ein, mit der Clausel: *ad beneplacitum* oder *auf Gutfinden* oder *Wohlgefallen*, ertheiltes Amt, von Seite des Staates unwiderruflich sey, behauptet RÖNNBERG a. a. O. Abth. 3. Abschn 2.

§. 407.

Versetzung. Zuruhesetzung. Pensionirung. Entschädigung. Pflicht beider Theile. Staatsveränderung.

IV) Dasselbe gilt von einer Versetzung oder Translocation des Dieners, mit oder ohne Vortheil auf seiner Seite a). V) Auch ist nicht widerrechtlich, die Zuruhesetzung (Jubilirung, Quiescirung, Versetzung in den Ruhe- oder QuiescentenStand) eines Dieners, dessen Dienste dem Staat überflüssig geworden sind, oder der zu Verwaltung des Amtes, ganz oder zum Theil, unfähig geworden ist. VI) Ist dieses ohne des Dieners Verschulden geschehen, so pflegt, mit Beibehaltung des vorigen Ranges und Titels, eine verhältnissmäsige jährliche Pension (Ruhe- oder VersorgungsGehalt, als Staatsschuld, in der Re-

gel auf die Lebenszeit des Empfängers, Pension de retraite) gegeben zu werden b). War der Staatsdienst selbst, die unmittelbare Ursache der Unfähigkeit, so ist volle Entschädigung des Dieners Zwangpflicht. VII) In allen diesen Fällen, legt die Heiligkeit des Staatszweckes beiden Theilen wesentliche Pflichten auf c): dem Staat, die Entlassung, Versetzung, oder Zuruhesetzung, nur nach der Forderung des Staatszweckes, mithin nach Pflicht, zu verfügen; dem Diener, bei einer Aufkündigung nach untadelhaften Gründen (nicht nach bloſser Willkühr) zu verfahren, zu deren Beurtheilung zwar vorzüglich ihm die Data gegeben sind, die er aber dem Staat anzuzeigen in einzelnen Fällen verpflichtet seyn kann d). VIII) In der neuern Zeit, hat man in Hinsicht auf Entschädigung solcher Staats- und Hofdiener, auch Pensionisten, welchen eine eingetretene Staatsveränderung den Verlust ihrer Stellen und Amtsvortheile, oder Pensionen, entweder androhte oder zugefügt hatte, billige Bestimmungen eintreten lassen e).

a) Rhein. Bund, XXXVIII. 224.

b) Seuffert a. a. O. §. 74. Gönner a. a. O. §. 6. F. C. v. Moser's politische Wahrheiten, Bd. II, S. 309. Grund's Abh. über das Recht der Pensionen. (Ohne Druckort.) 1811. 8. Vergl. die angef. *baierische* HauptLandespragmatik, Art. 11 u. 17 ff., wo deſswegen bei der Besoldung der Staatsdiener, *Standesgehalt* und *Dienstgehalt* unterschieden wird. Jener bleibt, als *Pension* oder Ruhegehalt. *Wirtemb.* Edict. v. 18. Nov. 1817, wegen Pensionirung der Staatsdiener, ihrer Witwen und Waisen.

c) Um jedem Zweifel vorzubeugen, wird in manchen Ländern, bei Annahme der Staatsdiener, wechselseitige, vierteljährige oder halbjährige, Aufkündigung *bedungen*. Moser v. d. Landeshoh. in Regier. Sachen, 183. Cramer, Tit. III. obs. 824. *Ebendess.* Nebenst., Th. 79, S. 94. Für ungültig hält diese Bedingung, Rönnberg a. a. O. Abth. 4, Abschn. 2. Dawider, Gönner, §. 101. — Für ungültig wird die KündigungsClausel erklärt, in d. fürstl. lippe-detmoldischen Bekanntmachung v. 25. Mai 1807. Rhein Bund, XI. 233. — Durch Gesetze sollte

fest stehen, dafs *Richter*, gegen ihren Willen, anders nicht als durch gerichtliches Erkenntnifs von dem Richteramt entfernt werden dürfen.

d) Die *Meinungen* sind sehr getheilt. Z. B. 1) einige, vorzüglich ältere Rechtslehrer, halten ein Staatsamt nur dann für widerruflich, auf Seite des Staates, wenn solches *auf Bitte des Dieners* verliehen ist. — 2) Andere sprechen *nur* dem *Diener* die Aufkündigungs-Freiheit zu. Cramer, T. II obs. 628. III. obs. 824. *Ebendess.* Nebenst., Th. 38, Num. 5. Th. 79, Num. 7. Malacord l. c. §. 11. 15. sq. v. d. Becke a. a. O. §. 59 u. 98 — 104. Hommberg a. a. O. Abth. 4. Abschn. 1; wenigstens dann, wenn der Diener ausserhalb seines Amtes nicht Unterthan des Staates ist. De Münchhausen de jure ministrorum exigendi a principe dimissionem, §. 12. — 3) Nach Andern kann ein Diener, der *vorhin Unterthan des Dienstherrn* gewesen, nach Belieben entlassen werden, nicht aber ein in Dienste genommener *Ausländer*. De Ludewig consil. Halens. JCtor., T. II. lib. 2. cons. 62. num. 6. Vergl. auch Gönner, §. 33. — 4) Noch Andere sprechen beiden Theilen das einseitige Aufkündigungsrecht ab. Seuffert a. a. O. §. 87 ff. v. Roth's Staatsr. teutscher Reichslande, Th. I. §. 34. Bischoff a. a. O. §. 99 — 104. — 5) Einige schreiben dem Regenten ein *willkührliches* Entlassungsrecht zu. Casp. Ziegler de jurib. majest., lib. I. c. 29. §. 7. Dawider, Kant's metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre, §. 49. D. S. 190 f. — 6) Nach Andern, können Staatsdiener, denen die Ausübung der *richterlichen* Gewalt anvertraut ist, nicht eigenmächtig entlassen, sondern nur durch Urtheil und Recht, verübter Vergehungen halber, ihres Amtes entsetzt werden: hingegen findet *willkührliche* Entlassung statt, bei allen Dienern, die zu Ausübung der vollziehenden Gewalt angestellt sind. Klien in Zachariä's Annalen der Gesetzgebung in Kursachsen (Leipz. 1806. 8.), S. 347 u. 369. — 7) Dafs Staatsämter auch ohne Vertrag ein unwiderrufliches Recht erzeugen, so fern auf ihnen ein Nahrungsstand ruhet, behauptet Gönner a. a. O. §. 52 ff., welcher überhaupt längnet, dafs Staatsämter auf einen Vertrag sich gründen.

e) ReichsdeputationsHauptschlufs von 1803, §. 24, 51 ff., 56, 59, 68 ff., 89; s. oben §. 27, 50 u. 57. Teutsche Bundes-Acte, Art 15, und die in Folge derselben statt gehabten Verfügungen der Bundesversammlung. Ueber die Entschädigungsberechtigung der Staatsdiener, bei Aufhebung ihrer Stellen; von den R. K. G. Assessoren v. Kamptz u. v. Stein. Frankf. 1808. 8.

§. 408.

Cassation. Suspension. Witwengehalt.

IX) **Cassation**, Bestrafung eines Staatsdieners, wegen Dienstverfehlung, wegen Verbrechen oder gemeiner Vergehen durch Amtsentsetzung (remotio), so wie X) **Suspension** oder temporäre Entfernung eines Staatsdieners von seinem Amt, während der Untersuchung eines ihm zur Last gelegten Verbrechens, **mit oder ohne** Beibehaltung aller, oder bestimmter Amtsnutzungen [a]), kann, in der Regel, nur von dem **Richter** verfügt werden [b]). Widrigenfalls hat der Diener von dem Richter ein Erkenntnifs auf Restitution und Ablieferung des rückständigen Gehaltes zu erwarten [c]). Dagegen steht dem Diensherrn nachher frei, ihm eine anständige Entlassung zu ertheilen [d]). XI) Bei blofsen **Hausdienern**, **Gesinde** und **Dienstboten**, so auch bei **Hofbeamten** und **Hofdienern** (§. 402) [e]), ist die wechselseitige Aufkündigungsfreiheit am wenigsten bestritten. XII) Ob und wie weit die Witwe eines Staatsdieners, **Witwengehalt** zu fordern berechtigt sey? beruht auf vertragmäsiger, oder staatsgesetzlicher Bestimmung [f]).

a) Nach erfolgter gänzlicher Lossprechung, müssen die innebehaltenen Amtsnutzungen dem Diener verabfolgt werden. Pufendorf, T. IV. obs. 208.

b) Malacord l. c. §. 25. Sam. Stryck diss. de suspensione ob officio. Hal. 1680. u. in Collect. diss. (Frf. 1743. fol.), Vol. IV. n. 4. Bischoff a. a. O. 98. Vergl. die angef. *baier.* Haupt-LandesPragmatik, Art. 8 ff. — Wider die Suspension s. C. F. Schenk in Hartleben's Justiz- u. PolizeiFama, 1815, St. 50—52. — Bei notorischer Vernachlässigung der Geschäfte, und bei scandalöser Sittenlosigkeit, vertheidigt die Entfernung des Dieners von seinem Amt, ohne förmlichen Richterspruch, wenn dem Diener ein verhältnifsmäsiger Theil seines Gehaltes, so wie seine bürgerliche Existenz, gesichert bleibt, A. W. Rehberg über die Staatsverwaltung deutscher Länder, und die Dienerschaft der Regenten (Hannover 1807. 8.) §. 6. Vergl. auch die Königl. *preufs.* CabinetsOrdre v. 17. Dec. 1805.

c) v. Rieffel's Reichshofrath, I. 266. De Cramer, T. II. obs. 628. *Ejusd.* Opusc., T. IV. p. 481. *Ebendess.* wetzl. Nebenst., Th. 123. S. 445.

d) Moser von der Landeshoh. in Regier. Sachen, 183. Mevius, P. II. dec. 12. De Cramer, T. III. obs 824. *Ebendess.* wetzlar. Nebenst., Th. 79, S. 94. — Ehehin begünstigten die teutschen Reichsgerichte, besonders das R. Kammergericht, oft auch solche Diener, die *blofs verabschiedet* waren, durch Mandata oder Rescripta restitutoria S. C. oder C. C., meist aus Gründen der evidentesten Billigkeit. De Cramer, T. II. obs. 565. 628. III. obs. 807. *Ebendess.* wetzlar. Nebenst., Th. 38. S. 81, Th. 79, S. 94. Th. 123, S. 445. Moser a. a. O. S. 129. 183. 415. Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 10, S. 117, Heft 14, S. 223, Heft 29, S. 43. Häberlin's Staatsarchiv, Heft 46, S. 189ff.

e) v. d. Becke a. a. O. S. 34, Note. K. *wirtemb.* Verordn. wegen Entlafsbarkeit der Hofbeamten u. Hofdiener, v. 20. Dec. 1817.

f) Neuere Verordnungen teutscher Bundesfürsten hierüber, in d. Rhein. Bund, LIV, 368. Die angef. *baier.* HauptLandes-Pragmatik, Art. 24.

§. 409.

Erzämter, Erbhofämter u. Hofämter. Leibgarde u. HofCeremoniel. Titel und Prädicate. Excellenz. Wappen. Rang. Ehrenbezeugungen.

I) Die Errichtung eigener Erzämter und Kron-, Reichs-, oder Erblandhofämter a), der höhern und niedern Hofämter, und der Hof- und Leibgarden b), so auch die Bestimmung des eigenen Staats- und HofCeremoniels c), ist dem zweckmäsigen Ermessen eines jeden Staatsoberhauptes überlassen. Eben so ist dasselbe berechtigt, II) zu Ertheilung blofser Titel und Prädicate, namentlich der Excellenz d), III) auch zu Wappenverleihung e), und IV) zu Bestimmung des Ranges am Hofe, in dem Civil- und MilitärDienst f), so wie V) der militärischen und andern Ehrenbezeugungen.

a) C. F. v. Moser's Hofrecht, II. 131. 150. Moser's persönl. Staatsr., II. 82. 85. *Ebenders.* v. d. t. Reichsständen, 428. 654.

657. 789. Deutsche Encyklopädie, VIII. 585. PÜTTER's hist. Entwick., II. 191. HANDEL's Annalen, I. §. 113. v. ROTH's Staatsr. t. Reichslande, II. 8. KLÜBER's Anmerkungen zu *Sainte-Palaye* vom Ritterwesen, I. 3. 179. 181. II. 195. *Ebenders.* über Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen u. Wartschilde der neuen Kurfürsten (Erl. 1803. 8.), S. 9—40. Schriften in PÜTTER's Lit., III. 120. 209. KLÜBER's Lit., §. 911. 997. — Die zahlreichen Erbämter in den *östreichischen* zu dem teutschen Bund gehörenden Staaten, sind verzeichnet in BISINGER's vergleichender Darstell. der Staatsverfass. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), §. 56, Note u. S. 187. — Die *preussischen*, ebendas. Note w, S. 191 f. — In *Baiern*, sind durch die Constitution des Königreichs v. 1. Mai 1808, Tit. 3, §. 10, vier lehnbare ReichsKronämter angeordnet: Obersthofmeister (OettingenWallenstein), Oberstkämmerer (FuggerBabenhausen), Oberstmarschall (noch unbesetzt), OberstPostmeister (Thurn u. Taxis). Rhein. Bund, XIX. 8. Reglement v. 28. Jul. 1808, die Kronämter des Reichs betr., in d. baier. Regier. Blatt, 1808. S. 2109. — Die Erbämter in den *hannöverischen* Provinzen, sind angezeigt bei BISINGER a. a. O. Note x, S. 192. Im J. 1814 ward daselbst ein ErbLandmarschallamt des Königreichs errichtet, für den Grafen von Münster. — *Wirtemberg* errichtete, im Jun. 1808, vier lehnbare KronErbhofämter: Erbmarschall (Hohenlohe), Erbhofmeister (TruchsefsWaldburg), Erbkämmerer (Löwenstein-Wertheim), ErbPanner (Graf Zeppelin). Hiezu kam, nach e. Verordn. v. 9. Sept. 1819, das ErbLandpostmeisteramt, als ErbmannThronlehn, für Thurn u. Taxis. — In *Braunschweig* sind vier Erbämter: Erbmarschall, Erbküchenmeister, Erbschenk, Erbkämmerer.

b) C. F. v. MOSER's Hofrecht, I. 227. MOSER's persönl. Staatsr., II. 88. *Ebenders.* von Steuersachen, 553. BISINGER a. a. O., §. 57, S. 192 ff. — An teutschen Höfen war ehebin unter den Hofämtern (zu Berlin und Dresden noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts) dasjenige der *Hofnarren* nicht das unnützeste. C. F. FLÖGEL's Geschichte der Hofnarren. Liegnitz u. Leipz. 1789. 8. Diese «lustigen Räthe» begleiteten ihre Hofherren zuweilen in die geheimen Rathsitzungen. Bei der Erbtheilung der Herzoge von Sachsen, soll der berühmte Hofnarr Claus zu 80,000 Thaler angeschlagen worden seyn, weil Jeder der verschiedenen Erbfolger ihn zu besitzen wünschte. Jenaische Allgem. Lit. Zeit. 1811, Num. 199, S. 413.

c) MOSER's persönl. Staatsr., II. 91. C. F. v. MOSER's Hofrecht., Th. I u. II. 1754. 1755. 4. Cérémonial des cours, par M. DUMONT, mis en ordre et augmenté par M. ROUSSET. T. I—V.

Amsterd. 1739. fol. Lünig's theatrum ceremoniale. — Nützlich ist, dafs der Herrscher mit einem gewissen, seiner politischen Grofse und dem Staatseinkommen angemessenen Glanz (MajestätsNimbus) umgeben sey. Der Aufwand auf seltene kostbare Festlichkeiten, wo der Fürst sich dem Volk und angesehenen Personen mit Würde zeigt, ist nicht Verschwendung, bei sonst sparsam eingerichtetem Staatshaushalt. Schädlich nur sind, und den Zweck verfehlend, oft wiederholte grofse Festlichkeiten, übertriebene Hofüppigkeit, und tägliche Verschwendung.

d) Moser's Staatsr., XXXV. 484. Klüber's Lit., §. 1006. — *Baierische* Verordn. wegen der Excellenz, v. Febr. 1812.

e) Moser von Gnadensachen, 23. Schriften in Pütter's Lit., III. 327. Klüber's Lit., 300. — Für Reichsherold-, Adels- und WappenprüfungsGeschäfte, ist in *Baiern* ein eigenes *Reichs-HeroldenAmt* angeordnet, durch ein Edict v. 1. Nov. 1808.

f) Moser von Polizeisachen, 371. Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 42, S. 364.

§. 410.

Staats-, Haus- und Standeszeichen. Ehrenzeichen, insbesondere Ehrenorden.

I) Die Wahl und der Gebrauch eigener Staats-, Haus- und Standeszeichen, bei Landes-, Familien- und Hoffeierlichkeiten, auch auf Wappen, z. B. der Königskrone, des Fürstenhuts, und der Fürstenkleidung, der Insignien (Krone, Scepter, u. d.), nach dem Stande des Souverains, hängt von desselben Gutfinden ab *a*). II) Auch zu Stiftung und Verleihung bestimmter Ehrenzeichen oder Decorationen *b*), insonderheit der Ehrenorden *c*), der Haus-, Hof-, Jagd- und Ritterorden, auch der Militär- und Civil-Verdienstorden (§. 185. 188), etwa nach verschiedenen Classen, und zu Errichtung von OrdensStatuten, ist das Staatsoberhaupt berechtigt. Mit Ertheilung eines Ordens ist für den Ordensritter, in der Regel, Standeserhöhung nicht verbunden *d*), wohl aber Hoffähigkeit und der Rang mit dem Adel, mit etlichen Orden auch ein bestimmtes Einkommen. Die Anneh-

mung und das Tragen auswärtiger Orden, bedarf landesherrlicher Genehmigung e). Soll ein Privatorden, z. B. ein Gesellschaftorden, von einem Souverain bei seinen Unterthanen geduldet und anerkannt werden; soll er öffentliche und obligatorische Existenz, und ein Verbietungsrecht gegen alle Ungenossen in demselben Staat geniefsen; so wird hiezu ein Privilegium, wenigstens Bestätigung des Souverains, erfordert f).

a) Lünig's theatrum ceremoniale, I, 1258. Moser's Hofr., II. 417. Moser's Staatsr., II. 385. XXXIII. 250. XXXV. 447. Zusätze II. 77. Reinhard's Wappenkunst, §. 166. Grellmann's Staatskunde v. Teutschl., I. 276. Klüber über Einführ., Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten (Erl. 1803), §. 30 u. f.

b) Zu solchem, oft übertriebenem, Ehrenschmuck gehören: Ehrenorden (gemeinhin, wiewohl in zu weitem Sinn, *Ritter*orden genannt), Kammerherrnschlüssel, militärische Dienstzeichen und Dienstehrenzeichen (Porteépée und Epaulettes oder Degenquasten und Schultermaschen, Ehren- u. VerdienstMedaillen, Ehrensäbel, Ehrenflinten, u. d.) Amtstracht oder Uniform, und andere Auszeichnungen durch Kleiderordnung, Pleureusen, u. d. — Von der gräfl. Fuggerischen *Familien-Uniform*, s. Rhein. Bund, I. 85.

c) Pfeffinger, II. 902. Moser's Hofr., II. 687. Moser's persönl. Staatsr., II. 85 ff. *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen t. Staatsr., II. 357. Pütter's instit. juris publ. germ., §. 125. v. Martens Völkerr., §. 165. Klüber, die Ehrenorden in politischer u. staatsrechtl. Hinsicht; in der Neuen berliner Monatschr. Oct. 1804, S. 255, insonderheit, S. 275 ff. Bisinger's vergleichende Darstell. der Staatsverfass. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), §. 58—67, S. 193—231. Schriften in Pütter's Lit., III. 210 u. Klüber's Lit., 227. — Ehrenorden, die Ehrenzeichen ungerechnet, verleihen jetzt folgende *Bundesfürsten:* Oestreich, Preussen, Baiern, Sachsen (König), Hannover, Wirtemberg, Baden, Kurhessen, Grofsherzog von Hessen, SachsenWeimarEisenach. — Vor andern merkwürdig sind die *Pflichten*, welche die Statuten des weimarischen, am 18. Oct. 1815 erneuerten Ordens der Wachsamkeit oder vom weissen Falken, den Rittern auflegen; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 86. — Von 35 teutschen Ehrenorden, u. von andern teutschen Ehrenzeichen, s. Fr. Gottschalk's Almanach

der Ritterorden. Leipz. 1817. 2. Jahrgang, ebendas. 1818. 3. Jahrg. 1819. gr. 8. Mit Abbildungen. Man s. auch Ge. Hassel's Staats- u. AdrefsHandb. der t. Bundesstaaten für 1816, 1. Abtheilung. — Im J. 1819 zählte man, nach Gottschalk, in Europa 93 Orden. — Von *Ehrenzeichen*, s. Bisinger a. a. O. §. 63, S. 231—233.

d) Limnäus jur. publ., lib. 6. c. 2. n. 7. sq. Moser's persönl. Staatsr., II. 87. Klüber a. a. O. 280. — Mit dem russischen St. WladimirOrden ist der *russische*, mit dem Commandeur-Kreuz des toscanischen (vorhin grofsherzogl. wirzburgischen, im J. 1807 gestifteten) St. Josephordens der *toscanische Erbadelstand* verbunden. — In etlichen Bundesstaaten, ist mit einem inländischen Ehrenorden, wenigstens der *persönliche Adel* verbunden. So bei dem *wirtembergischen* CivilVerdienstorden. Von *Baiern*, s. Verordn. v. 23. Dec. 1812, betr. den Adelstand der Ritter der baierischen Civil- und MilitärVerdienstorden. Nach dem baier. Edict über den Adel, v. 26. Mai 1818 (Beilage V zu der VerfassungsUrk. v. 1818), §. 5, schliefst die Ertheilung des Militär- oder des CivilVerdienstordens an Inländer, die Verleihung des Adels in sich; doch, für die Zukunft, nur für die Person des Begnadigten. Ein Ordensmitglied, dessen Vater und Grofsvater diese Auszeichnung des Verdienstes sich erworben hatten, kann taxfreie Verleihung des Erbadels verlangen.

e) Vergl. L'Ambassadeur, par Wicquefort, p. 99. (ed. 1689.) (Hanson's) Account of all the Orders of Knighthood, vol. II, p. 304 sqq. — Im Febr. 1817 war die Zahl der verliehenen russischen Orden = 31,409, worunter 16,825 St. AnnenOrden. — In manchen Bundesstaaten, sind die von dem teutschen Kaiser den Mitgliedern der ehemaligen *Reichsritterschaft* in *Schwaben* u. des fränk. Cantons *Ottenwald* verliehenen Orden aufgehoben. Eben so der vom Kaiser der *Reichsburg Friedberg* verliehene St. *JosephsOrden*, durch Verordn. der baier. LandesDirection zu Bamberg v. 6. Jul. 1807; in Oesterreicher's Archiv, VIII, Num. 19. Aehnliche Orden wurden 1804 von dem Kaiser, der Ganerbschaft des Hauses *AltLimpurg* u. der Gesellschaft des Hauses *Frauenstein*, beide zu Frankfurt, verliehen, die noch fortdauern. Ein *baier.* Edict v. 8. Sept. 1808, erklärt den *Johanniter*Orden in Baiern für aufgehoben.

f) Moser's Hofr. II. 692. Klüber a. a. O. (in d. berliner Monatschr.), S. 279 f. So der *St. Joachims*orden, wovon bei Klüber a. a. O., und der «Ordensverein der weltl. u. geistl. *Kreuzherren* vom heil. Grabe zu Jerusalem», von dessen Daseyn im Aug. 1821 in öffentlichen Blättern aus der Gegend von Nenndorf eine Nachricht verbreitet ward.

§. 411.

Standeserhöhung.

I) Das Recht, **Standeserhöhung**, allenfalls mit neuem, verändertem, oder vermehrtem **Wappen** und einem höhern **Prädicat** in dem CanzleiCeremoniel, zu ertheilen [a], eignet sich, in den teutschen Bundesstaaten, jeder Souverain, in seinem Staatsgebiet, der Regel nach, ausschliefsend [b] zu; nach allen Stufen des hohen und niedern Adels [c], und zwar des ersten, so weit es dem eigenen politischen Rangverhältnifs des Bundesfürsten angemessen ist. II) Zuweilen wird die Standeserhöhung **per saltum** ertheilt [d], auch wohl blofs mit dem **Erstgeburtrecht** verbunden. III) Dem Rechte **dritter Personen**, insbesondere der SuccessionsBerechtigten, anderer Familien und Souveraine, kann durch Standeserhöhung kein Eintrag geschehen. IV) Auch die mit dem Briefadel **geschenkten Ahnen** sind, in der Regel, ohne Wirkung [e]. V) Die, seit Aufhebung der teutschen Reichsverfassung hie und da statt gehabte, Ertheilung der **standesherrlichen Würde** [f], giebt 1) für die Person, theils den hohen Adelstand, wenn diese nicht vorhin schon damit begabt war, theils die persönlichen Vorrechte der inländischen Standesherren, 2) für die standesherrlichen Besitzungen, die diesen in demselben Lande zukommenden dinglichen Vorrechte.

a) Vergl. Moser von kaiserl. Regierungsrechten, S. 418. J. G. Seger de jure conferendi dignitates. Lips. 1773. Klüber de nobilitate codicillari (Erl. 1788.), cap. 2. et 3. *Ebendess.* jurist. Bibl., XXV. 1 ff. Schriften in Pütter's Lit., III. 326. Klüber's Lit., 300.

b) K. *hannöver.* Verordn. v. 18. März 1816, dafs die hannöver. Unterthanen Standeserhöhungen von fremden Potentaten überall nicht annehmen sollen. — *Baiern* erhob (19. Nov. 1812) die beiden Chefs der zwei gräflichen Linien von *Löwenstein-Wertheim-Freudenberg* in den Fürstenstand, obgleich ihre Besitzungen sämmtlich unter fremder, nämlich wirtembergischer,

grofsherzoglich-frankfurtischer, u. badischer Hoheit lagen. Dagegen mufsten sie bei Wirtemberg im J. 1813 dieselbe Standeserhöhung abermal, und bei den beiden Grofsherzogen Bestätigung derselben erlangen.

c) Klüber l. c. §. 24. Vergl. oben §. 197 u. f. — Im Jun. 1814 erhielt der baierische Feldmarschall *Wrede*, welchen K. Napoleon im J. 1809 in den französischen Grafenstand erhoben hatte, die baierische Fürstenwürde. — Der Grofsherzog von *Hessen* erhob, am 11. Mai 1813, den Grafen Carl von *Sayn-WittgensteinHohenstein* in den Fürstenstand. — Zu grofsherzoglichen Prinzen und Markgrafen von *Baden*, mit dem Prädicat Hoheit, und mit Ertheilung des badischen Haustitels und Stammwappens, wurden erhoben, die drei ehelichen, ebenbürtigen (ohnehin successionsberechtigten) Söhne zweiter Ehe des Grofsherzogs Carl Friedrich v. Baden, welche bis dahin Grafen v. *Hochberg* hiessen, durch e. badisches Patent v. 4. Oct. 1817. Deren Schwester ward zur Prinzessin v. Baden, unter Beilegung des badischen Wappens, ernannt, durch e. badische Verordn. von demselben Tage. — *Preussen* erhob in den Fürstenstand die Grafen v. *SalmReiferscheidDyck* (1816), von *BentheimSteinfurt*, von *BentheimRheda* oder *Tecklenburg*, und von *SalmHorstmar* oder Rheingraf (alle 1817). — Von der *Rechtmäsigkeit* der Standeserhöhung und des Erbadels, s. Kant's Rechtslehre, S. 192 f. Meiner's Gesch. der Ungleichheit der Stände, S. 576 f. « Die AdelsFabriken, die Fabriken von Titel, Ehre, Würden u. Patriciat, waren Kinder des Kunstfleifses, der Eitelkeit, der Noth » u. s. w., sagt Lueder, in s. NationalIndustrie (1808. 8.), §. 369.

d) Klüber l. c. §. 24. — Beispiele von ehemaligen Nobilitationen *in Masse*. — Von *Formeln* u. *Clauseln* der StandeserhöhungsDiplome, ebendas. §. 23. — Von dem *Verlust* des Briefadels, eben das. §. 25. — Von *Erneuerung* (Renovation) des Erbadels, s. v. Steck a. oben §. 198, Note f, a. O.

e) Klüber l. c. §. 23.

§. 412.

Fortsetzung.

V) Die AdelsTaxe a) bestimmt der Souverain. VI) Landesunterthanen wird nicht gestattet, ohne landesherrliche Erlaubnifs, Standeserhöhung bei einem fremden Staat zu suchen, oder von demselben

anzunehmen, oder sich solcher zu bedienen, wenn sie ihm von demselben aus eigener Bewegung war verliehen worden [b]). VII) Ausländischer Adel, erlangt die Rechte des inländischen, durch Bestätigung des Souverains, wobei gemeiniglich gewisse Taxen zu entrichten sind. In verschiedenen Bundesstaaten ist eine Adelsmatrikel eingeführt, in welcher jeder nicht blofs temporäre Landesunterthan, der in dem Lande sein AdelsPrädicat führen und anerkannt wissen will, nach vorhergegangener Adelsprobe, mit dem ihm zukommenden adelichen Prädicat eingetragen seyn mufs [c]). VIII) Obgleich selbst die ehemaligen rheinischen Bundesfürsten auf diejenigen ihrer Titel verzichteten, welche eine Beziehung auf das teutsche Reich ausdrückten [d]), und unter den teutschen BundesSouverainen nur Kurhessen noch seinen auf die ehemahlige Reichsverfassung sich beziehenden Titel fortführt (§. 48 u. 109); so läfst man doch die, unter ehemaliger kaiserlicher und ReichsAuctorität erlangten Standeserhöhungen der Unterthanen teutscher Bundesstaaten noch fortdauern (§. 52); nur mufs die, auf das teutsche Reich sich beziehende Nebenbenennung (z. B Reichsfürst, Reichsgraf, Reichsfreiherr, u. d.) unterbleiben (§. 48).

a) Vergl. Klüber's jur. Bibl., XXV. 68. Rheinische ReichsVicariatHofgerichtsConclusa, 1790, S. 80. Allgem. literar. Anzeiger, 1799, u. 51 u. 114: G. F. Müller, die Art und Weise, wie im teutschen Reiche neue Fürsten, Grafen, Freiherren und Edelleute gemacht werden, und was dafür bezahlt werden mufs (Wolfenb. 1797. 8.), S. 94. ReichshofCanzleiTaxordn. v. 1659. in Gerstlacher's Handb. V. 773. und in Schmauss C. I. P. A. — In dem Königreich *Baiern* gehört zu einem Adelsdiplom mit dem Prädicat *von*, sammt allen darunter begriffenen Abstufungen, ein 60 GuldenStempelbogen, zu dem Freiherrndiplom ein 90 Gulden-, u. zu dem Grafendiplom ein 120 GuldenStempelbogen. Die AdelsTaxe ist daselbst, für einen Grafen 4589, für einen Freiherrn 2453, für einen Ritter 733, für einen Edlen 633 Gulden. Regier.Blatt v. 1808, Num. 13.

b) Vergl. Note b zu dem vorigen §. *Preufs.* allg. Landr., II 9. 2. Königl. *preufs.* Declaration v. 24. Sept. 1798, §. V. Behmer jur. nov. controv., T. I. obs. 76. Müller a. a. O. 105. Bynkershoek quaest. juris publ., lib. II, c. 25. n. 9.

c) *Baierische* Declaration v. 19. März 1807, A. 2. 3. 4. *Badische* Verordn. v. 3. Jul. 1815. *Wirtembergische* v. Jan. 1818. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 190, Note b.

d) Rheinische BundesActe, Art. 3.

XV. Capitel.

Erziehungs- und UnterrichtRegal.

§. 413.

Staatsinteresse bei Erziehung und Unterricht.

Nützliches Wissen, Aufklärung und — eine Folge wahrer Aufklärung a) — Tugend, geistige und gesellige Cultur der Staatsbürger, sind Bedürfnifs des Staates. Zu Erreichung dieses Hülfzweckes, kommt der Staat, durch Wissenschaftpflege, durch Erziehungs- und Unterrichtanstalten, für sittliche und intellectuelle Bildung der Staatsbürger b), den Einzelnen und Familien zu Hülfe c); denn nicht alle von diesen können Hauslehrer halten, gute Subjecte dieser Art sind in erforderlicher Zahl nicht anzutreffen, zu häuslicher Bildung und Jugenderziehung findet sich nicht in allen Familien gute und hinlängliche Gelegenheit, und auf Ideen und Sitten vermag der Staat heilsam zu wirken d).

a) Lueder über NationalIndustrie und Staatswirthschaft. III. 205 f. C. G. Rössig's Versuch über die Aufklärung. Leipz.

1799. 8. Graf v. Windischgrätz Betracht. über verschied. Gegenstände (Nürnb. 1787. 8.), S. 25 ff. J. F. E. Lotz über den Begriff der Polizei, S. 379 ff.

b) Jetzt, nächst der *Sprache*, und der *Bundeseinheit*, das dauerhafteste NationalBand der Teutschen.

c) Scheidemantel's Staatsr. nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten Völker, I. 88. II. 153 ff. 181 ff. J. J. Burlamaqui principes ou élémens du droit politique (Laus. 1784. 8.), p. 213. Moser von der Landeshoh. in Polizeisachen, S. 38 ff.

d) Voss Versuch über die Erziehung für den Staat. K. S. Zachariä über die Erziehung des Menschengeschlechtes durch den Staat. Leipz. 1802. 8. H. Stephani's System der öffentl. Erziehung. Erl 1806. 8. 2. Aufl. 1813. W. T. Krug, der Staat u. die Schule. Leipz. 1810. 8. J. P. Harl's Grundlinien einer Theorie des Staates (Erl. 1805), S. 79 ff. J. G. Fichte's Reden an die deutsche Nation (1808. 8.), Num. 2. 3. 9. 10. 11.

§. 414.

Erziehungs- und Unterrichtanstalten.

Dem zufolge errichtet der Staat öffentliche Anstalten, 1) für Volksunterricht, vorzüglich in den untern und mittlern Menschenclassen; 2) für gelehrte und künstlerische oder artistische Bildung, höhere und niedere; 3) für Sittenbildung, um Sittenverderbnifs und Charakterlosigkeit entgegenzuarbeiten [a]). Alle diese, auch ähnliche Privatanstalten [b]), sind der Gesetzgebung, Aufsicht, Gerichtbarkeit und Polizei des Staates untergeordnet [c]), welcher dadurch die Mehrung der Vollkommenheiten seiner Bürger zu befördern strebt [d]). In der Regel findet Freiheit der Berufwahl statt, und eben so der Ausbildung im In- oder Ausland [e]).

a) Ob und wie weit eine römische *censura morum* (Alex. Adam's Handb. der röm Alterthümer, I. 236 ff.), ein Collegium von Sittenrichtern, in dem Staat zulässig sey? v. Justi's Grundrifs einer guten Regierung, §. 160. Jo. Heumann de fontibus et oeconomia legum civilium, Sect. I. §. 17. Moser von Polizeisachen, 370. Scheidemantel a. a. O. II. 142. Dawider, Chr Thomasius diss. de judicio s. censura morum. Hal. 1702.

b) Bei allen diesen Anstalten interessirt den Staat nicht blofs

das *Lernen*, sondern vorzüglich auch die Einprägung guter Grundsätze und rechtlicher Gesinnungen, die Bildung des sittlichen Charakters, die Angewöhnung an gutes Betragen, und an redliche Beobachtung der Pflichten. Man vergl. den Lehrplan für alle kurpfalzbaierische Mittelschulen. München 1804. 4. u. die Recension in der Allgem. Lit. Zeitung, 1805, St. 153 f.

c) Vergl. *baierische* Schulordn. v. 1809, in d. baier Regier. Blatt, Febr. 1809

d) Demophilos an Eukrates über die Grenzen der Staatsgewalt. Germanien 1799. 8.

e) *Wirtemb.* Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 29. — *Zwingen* darf der Staat seine Bürger nicht zu dem Erwerb eines bestimmten Grades von geselliger, artistischer, oder wissenschaftlicher Cultur: aber voraussetzen darf er solchen, nach der Forderung des Staatszweckes, als Bedingung zu Erlangung besonderer Staatsvortheile. — Beschränkung der *Studirfreiheit*, insbesondere *Schul-* u. *UniversitätsBann.* Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. d. wiener Congr, S. 248, 252 u. 269 Verordnungen, wodurch das Besuchen *inländischer* Lehranstalten geboten wird. Grofsherzogl. *hessische* Verordnung, in d. Rhein. Bund, XIII. 152.

§. 415.

Industrie, Kunst- und gelehrte Gesellschaften. Oeffentliche Bibliotheken und andere Sammlungen. Niedere und höhere Lehranstalten.

I) Für Industrie-, Kunst- und Wissenschaftpflege überhaupt, ohne unmittelbare, wenigstens ausschliefsende, Bestimmung für den JugendUnterricht, werden Industrie-, Kunst-, philantropische und gelehrte Gesellschaften (Institute, Akademien der Künste, Wissenschaften, u. d.), auch LeseAnstalten, von dem Staat errichtet, oder bestätigt a), und II) öffentliche Bibliotheken, Kunst-, Naturalien- u. a. Sammlungen angelegt und unterhalten b). III) Für den JugendUnterricht in Pflichten, Künsten und Wissenschaften, werden niedere und höhere Lehranstalten,

auch Bildungsanstalten (Seminarien) für künftige Schullehrer, unmittelbar von dem Staat, oder unter dessen Auctorität und Aufsicht, errichtet. Zu den niedern gehören die Volks-, Real-, Elementar- und TrivialSchulen c), die Gymnasien, Pädagogien, und Lyceen d). IV) Die höheren Lehranstalten (Akademien in dem weitern Sinn), so fern sie für Unterweisung in allen Wissenschaften gestiftet, und auf Ertheilung der akademischen Würden in allen Facultäten privilegirt sind, heifsen Universitäten; hohe Schulen, wenn sie zu Verleihung der akademischen Würden nur zum Theil e); Akademien in dem engern Sinn, wenn sie dazu gar nicht berechtigt, wohl auch auf den Unterricht in bestimmten Wissenschaften und Künsten beschränkt sind. V) Die Gesetzgebung, Gerichtbarkeit, Disciplin und Polizei, diese Institute betreffend, hängt von der Staatsregierung ab f). Doch können Beschlüsse der Bundesversammlung auch hierüber allgemeine Regeln festsetzen g).

a) Scheidemantel a. a. O. II. 194. Moser von der Landeshoh. in Polizeisachen, 60 f. Constitution der königl. *baier.* Academie der Wissenschaften v. 1. Mai 1807, in d. baier. Regier. Blatt, 1807, St. 32. Constitution der königl. *baier.* Akademie der bildenden Künste, v. 13. Mai 1808, in d. baier. Regier. Blatt, 1808, St. 25. — Ein Muster für Einrichtung gelehrter Gesellschaften, aus Erfahrung aufgestellt, s. man in der Histoire de l'académie royale des inscriptions et belles lettres, Tome XLVII (Paris 1809. 4.), p. 17 — 22. u. in Jacobi's Abhandl., vor dem ersten Theil der Abhandlungen der münchener Akademie der Wissenschaften, 1810.

b) Moser a. a. O. 63.

c) Frank's System der LandwirthschaftsPolizei, III. 84. Moser a. a. O. 48 ff.

d) Scheidemantel a. a. O. II. 182. Moser a. a. O. 50. ff. — Von *geistl.* Seminarien, s. A. Michl's Kirchenr., §. 24.

e) *Beispiele*: kaiserl. Privilegium v. 1471 für Errichtung einer *juristischen* hohen Schule zu *Lüneburg*. Giovanni Germania princeps (edit. 1752), 729. Ein ähnliches, für die bis 1794 bestandene *CarlsHoheSchule* zu Stuttgart. Errichtung einer *Rechtsschule* zu Wetzlar, mit der Befugnifs, die juristischen

akademischen Würden zu ertheilen. Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. II, S. 148 ff.

f) Vergl. oben §. 156 u. 165. Scheidemantel a. a. O. II. 188 ff. Moser a. a. O. 58 ff. — Von dem *Pennalismus* auf Universitäten. Moser von Reichstagsgeschäften, 1472. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr., 398. C. Schöttgen's Historie des Pennalwesens. Dresd. u. Leipz. 1747. 8. C. Meiners götting. akadem. Annalen, Bd. I (Hannov. 1804. 8.), Num. III. Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, IX. 1184. — Von Vollziehung des Reichsgutachtens v. 14. Jun. 1793, wegen der *StudentenOrden*, s. Henke's Archiv für die neueste Kirchengeschichte, Bd. III, S 226 ff. v. Bülow's Annalen, 1793, Heft I, S. 52. Heft II, S. 153. — Im J. 1818 waren in Teutschland 20 Universitäten; 12 protestantische, 5 katholische, 3 vermischte (Tübingen, Bonn, Breslau). Im J. 1792, hatte Teutschland 36 Universitäten. — Darstellung dessen, was in neuester Zeit für die Universität *Jena*, u. auf solcher geschehen ist; in d. Protoc. der B.V. v. 1819, Beil. 8 zu §. 46. Rühmliche Erwähnung der teutschen Universitäten «als eines stolzen Denkmals teutscher Entwicklung», in der ersten Sitzung der B.V. am 5. Nov. 1816, in der Eröffnungsrede des vorsitzenden Gesandten.

g) Provisorischer Beschlufs (auf unbestimmte Zeit) der B.V. wider Ungebühr auf Universitäten, in ihrem Protoc. v. 20. Sept. 1819, §. 220, Num. 3, S. 671 u. 665 der Orig. Ausg. — Auf Veranlassung der grofsherzogl. u. herzogl. sächs. Häuser (Protoc. v. 1819, §. 46, S. 147), ernannte die B.V., in dem Protoc. v. 6. Mai 1819, §. 79, eine *Commission* zu Vorbereitung der wegen der Universitäten zu treffenden Maasregeln. Hierauf erfolgte ein loco dictaturae zu der Conferenz v. 27. Aug. 1819 (S. 565 der Orig. Ausg.) gedruckter Bericht des hannöverischen Gesandten an die Commission für die UniversitätsAngelegenheiten.

§. 416.

Akademische Privilegien und Würden. Rechte der Graduirten.

I) Nur zu Ertheilung der akademischen Würden, und zu Ausübung gewisser accessorischen Rechte mancher Universitäten, z. B. der Comitiv, bedurfte es, in dem teutschen Reich, der kaiserlichen Aucto-

rität *a*). Zu dem Ende verschaffte ein Landesherr, bei Errichtung einer Universität, sich ein kaiserliches **akademisches Privilegium** *b*). Päpstliche Bestätigung ward, wenigstens bei protestantischen Universitäten, nicht mehr erfordert *c*). Seit Auflösung der teutschen Reichsverfassung, können akademische Privilegien nur von dem inländischen Staatsoberhaupt ertheilt werden *d*). II) Die **akademischen Würden**, der Grad eines Doctors, Licentiaten, Baccalaureus, Magisters, gekrönten Poeten, konnten ehehin aus der **Reichskanzlei** *e*), zum Theil auch, doch mit geringerem Erfolg, von kaiserlichen **Hofpfalzgrafen** *f*), erlangt werden, sie wurden aber meist, und werden, seit Auflösung der teutschen Reichsverbindung, ausschliefsend von UniversitätsF**acultäten**, unter landesherrlicher Auctorität, ertheilt *g*); wobei die gehörigen Prüfungen und Förmlichkeiten gewissenhaft zu beobachten sind. III) Die **Rechte und Vorzüge der Graduirten**, sind in Staatsgesetzen oder Herkommen gegründet *h*); z. B. der höhere Gerichtstand, die Fähigkeit zu Beisitzerstellen in höhern LandesJustizCollegien und UniversitätsFacultäten, zu der Advocatur und Procuratur, zu gewissen Kirchenpfründen, u. d.

a) Schriften in Pütter's Lit., III. 589. Klüber's Lit., 448 f. Moser von kaiserl. Regierungsr., 266. 569. v. Gnadens., 29. v. Polizeis., 53. Rechtsmaterien, VI. 306. J. G. Gözii geographia academica. Norimb. 1789. 8. Verzeichnifs der Universitäten und gelehrten Gesellschaften, in Pütter's Lit., I. 55. Struvii et Juglerì bibl. hist. lit. selecta, III. 1906 — 2075. und J. F. Koecheri Suppl. ad bibl. liter. Struvio Juglerian. Fasc. I. 292 — 322. Meusel's Statistik, Cap. II, §. VI, n. 6. J. D. Schulze's Literaturgeschichte der sämmtlichen Schulen und Bildungsanstalten im teutschen Reiche. Weissenfels 1804. 8.

b) Jargow v. d. Regalien, 141. 201. — I) Alter der kaiserl. Privilegiorum academicorum. II) *Streit*: ob die *Reichsvicarien* zu deren Ertheilung befugt gewesen seyen? Moser's Staatsr, VIII. 50. Leddernose's kleine Schriften, III. 154. III) Ertheilung der akademischen Würden zu *Marburg* von

1527 bis 1541, ehe noch ein kaiserl. Privilegium erlangt war. LEDDERHOSE a. a. O. III. 153. IV) Schweden erhielt ein Privilegium acad. in dem Instr. Pac. Osnabr., X. 13.

c) Dafs selbst bei *katholischen* Universitäten, *päpstliche* Bestätigung nicht mehr nothwendig sey, wie das Beispiel von *Salzburg* (1622 — 1625) und von *Bonn* (1782 — 1794) lehre, behauptet C. GÄRTNER pr. de jure summi pontificis in erectione academiarum. Germ. catholicarum (Salisb. 1795.), §. 3 — 9.

d) K. preufs. Cabinets Ordre v. 18. Oct. 1818, betr. die Errichtung der Universität *Bonn*.

e) ReichshofcanzleiTaxordn. v. 1659, bei GERSTLACHER, VI. 773. — Auch *Oestreich* hatte ein kais. Privil auf Ertheil. der akad. Würden. ITTER de gradib. acad., XIV. 5.

f) Bei dem R. Kammergericht, wurden die pfalzgräflichen *BullenDoctoren* nicht zugelassen. Wegen der akademischen so genannten *JubelDoctoren*, war es zweifelhaft. BALEMANN's Beiträge, 58.

g) Dafs Inländer nur auf der LandesUniversität akademische Würden sich erwerben dürfen, bestimmt e. *kurhessische* Verordn. v. 9. Jun. 1815. NationalZeitung der Deutschen 1815, St. 29.

h) Vergl. von ehemaligen Reichsgesetzen, die K. G. O. v. 1495. I. 1. Concept. der K. G. O., I. 1. 3. I. P. O. V. 17. BALEMANN's Beiträge, S. 42. 49. 58. Preufs. Procefsordn., I. 2. 74. — Schriften in PÜTTER's Lit., III. 322. und KLÜBER's Lit., 297. HOMMEL, obs. 99. 618. *Ebendess.* Litteratura juris, 211 — 278. F. E. VOGT or. de nobilitate doctorum. Kilon. 1733. (Joh. Frhr. v. HORIX) Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten. Wien. 1791. 8. CURNE DE SAINTE-PALAYE's Ritterwesen des Mittelalters, mit KLÜBER's Anmerk., I. 166. II. 184. 318 — 326. — Von den ehemaligen *Rittern* der *Rechte*, chevaliers ès lois, *ebendas.* — Von dem so genannten *persönlichen Adel* der Graduirten, insbesondere der Doctoren der Rechte, s. HOMMEL a. a. O. SELCHOW elem. juris germ. priv., §. 245.

§. 417 a.

Büchermessen. Censur-, Schreib-, Prefs- und Lesefreiheit. Literärische Polizei.

Dem Staatsoberhaupt stehen zu: I) das Bücher-Regal a), das Recht, Kunst- und Buchhandlun-

gen, Buchdruckereien b) und Bücher zu privilegiren; das Recht der Bücher- und LeseCensur c); III) die Bestimmung der Schreib- und Druck- oder Prefsfreiheit d), (der Befugnifs zu öffentlicher Gedanken- und NotizenMittheilung, mit Hülfe der Buchdruckerkunst oder jedes andern PublicationsMittels, der Freizügigkeit des Geistes), unter genauer Bezeichnung und gesetzmäsiger Strafbarkeit des beleidigenden Mifsbrauchs, als eines Eingriffs in fremdes Rechtsgebiet, des Staates oder der Einzelnen, gleich dem Mifsbrauch der Redefreiheit; auch IV) die Lesefreiheit (unterschieden von Rede-, Schreib- und Prefsfreiheit); V) die literärische Polizei überhaupt, die Oberaufsicht, Gesetzgebung e) und Gerichtbarkeit in Büchersachen.

a) Pütter's Lit., III. 593. Klüber's Lit., 453. (Roche's) Materialien zu einer Geschichte des Buchhandels (Lpz. 1795), S. 52. 58. 90. C. G. Rössig's Recht des Buchhandels. Leipz. 1804. 8. Moser von Polizeisachen. 64. 259.

b) G. F. Deinlin diss. observationes juris miscellae, cap. 3. de regali jure erigendi typographias. (Mader's reichsrittersch Magazin, VIII. 664.) v. Roth's Staatsr. d. R. Lande, II. 135. Scheidemantel a. a. O. II. 195.

c) Moser von Polizeisachen, 64. Van Swieten's Grundregeln für die Büchercensur; in Schlözer's Briefwechsel, Heft 58, S. 222 ff. u. in d. Polit. Journal, 1781, Bd. I, 437 ff.

d) Möglichst genau bestimmende, den rechten Gebrauch nicht beschränkende, *Gesetze* sind nöthig, nicht nur für Bestrafung der durch Mifsbrauch der Prefsfreiheit begangenen Vergehen und Verbrechen, sondern auch für Verfahrungs- und Entscheidungsweise. — J. E. Gruner's Cremutius Codrus (Tacit. annal. IV. 34. 35), oder über die Bücherverbote. Leipz. 1798. 8. J. F. E. Lotz über den Begriff der Polizei, 168 ff J. Th. Zauner über anonymische Schriften. Salzb. 1794. Klüber's kl. jur. Bibl., XXVI. 245. Ein Wink über die Mifsbräuche der Prefsfreiheit. Germanien 1800. 8. C. G. Rössig über die Aufklärung, zu Bestimmung der Grundsätze über die Censur- und PrefsPolizei. Leipz. 1799. 8. Gr. v. Windischgrätz Betrachtungen über verschiedene Gegenstände (Nürnb. 1787), S. 46. 123. De la liberté de la presse sous un gouvernement monarchique; par Mr. Barret (Ohne

Jahrzahl) 8. s. Allgem. Lit. Zeit. 1812, E. B., N. 100. De la liberté de la presse; par Benj. Constant. Paris 1814. 8. Quelques idées sur la liberté de la presse; par F. Guizot. Paris 1814. 8. C. F. W. Grävell über Prefsfreiheit u. Volksgeist. Berl. 1815. 8. Ueber Prefsfreiheit. Halberst. 1815. 8. A. J. Steiger's Ansichten des Bücher Censurwesens und der Prefsfreiheit. Landshut 1815. 8. F. Brendel's Betracht. über d. Werth der Prefsfreiheit. Bamb. 1818. 8. Ueber Prefsfreiheit; in d. schweizer Musäum v. 1816. Ueber Prefsfreiheit. Frankf. 1816. 8. W. C. Krug's Entwurf zu e. allgem. Gesetzg. über die Prefsfreiheit in Deutschl. Leipz. 1816. 8. Steht auch in A. Müller's deutschen Staatsanzeigen, Bd. I, S. 301 — 327, wo zugleich (S. 482 — 510) Gegenbemerkungen. Aehnliche Entwürfe, in der Jenaischen Allg. Lit. Zeit. 1817, Num. 3 u. 4, u. in Luden's Nemesis, Bd. XII (1818), Num. VI; man s. auch ebendas. Bd. II, St. 2, Num. 4, St. 3, Num. 3, Bd. VIII, St. 2, Num. 10. S. Ascher's Idee einer Prefsfreiheit- u. CensurOrdnung. Leipz. 1818. 8. Vertheidigungsschrift des brüsseler Mercure surveillant (e. polit. Zeitung); aus d. Franz. Berlin 1817. 8. Beherzigungen vor dem wiener Congrefs (1814. 8.), S. 20 ff. Benzenberg's Abh. in d. Hamb. deutschen Beobachter, v. 20. Jan. 1818. J. P. Rehfues Antwort eines Rheinpreussen auf Jul. v. Voss Sendschreiben (Bonn 1818 8.), S. 35 ff. Verhandlungen in der zweiten Kammer der baierischen Ständeversammlung v. 1819, u. der badischen v. 1819. Ludw. Hoffmann's Censur- u. Prefsfreiheit, historisch u. philosophisch bearbeitet. Berlin, Th. I, 1819. 8.

e) BuchdruckerOrdnungen enthält: Die so nöthige als nützliche Buchdruckerkunst, mit J. E. Kapff's Vorrede, Th. II, S. 225 — 304. — K. Joseph's II. CensurVerordn. v. 11. Jun. 1781. *Baierische* Verordnungen, die polit. Zeitschriften betr., v. 6. Sept. 1799 u. 17. Febr. 1806. *Baierische* Verordn., die Censur-, Prefs- und Buchhandelsfreiheit betr., v. 13. Jun. 1803 *Baier.* Edict über die Freiheit der Presse u. des Buchhandels, v. 26. Mai 1818, als Beil. 3 zu der baier. Verfafs. Urk. v. 1818. *Badische* BüchercensurOrdnung v. 19. Dec. 1803. Carlsr. 1804. 8. Königl. *sächs.* Censur- u. BücherEdict v. 10. Aug. 1812, in d. Rhein. Bund, LXIII. 404; aufgehoben durch Verordn. v. 15. Sept. 1815. *Nassauische* Verordn. v. 4. u. 5. Mai 1814, den Buchhandel, Nachdruck u. die Prefsfreiheit betr., in Bauer's allgem. StaatsCorrespondenz, Bd. I, Num. 16. (Dawider s. Allgem. Anzeiger d. Deutschen, 1814, Num. 210.) — Merkwürdig für Prefsfreiheit, ist die Verordn. für die vereinigten *Niederlande*, jetzt auch für das Grofsherzogthum *Luxemburg*, eine wahre Habeas-animam-Acte — datirt Brüssel

den 22. Sept. 1814, in d. Allgem. Zeitung, 1814, Num. 298; und deren Modification, in Beziehung auf auswärtige Mächte, v. 25. Sept. 1816, in dem Journal de Francfort, 1816, n° 277. Desgl. die k. *wirtemb.* Verordn. über die Prefsfreiheit, v. 30. Jan. 1817; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. II, Heft 7, u. in den Constitutionen der europ. Staaten, Th. III, S. 163. Vergl. auch königl. *französ.* Verordn. über die Prefsfreiheit, v. 21. Oct. 1814. Lainé's u. Anderer Berichte darüber an die Kammer der Deputirten, in d. Moniteur v. 3. Aug. 1814. n. 215. Journal de Francfort, 1814, n° 192, 219 u. 229, Aufhebung dieser Verordn. im Jul. 1815. Journal de Francf. 1815, n° 212; 1816, n° 351. Erörterungen in der Deputirten-Kammer, im Dec. 1817, u. im Jan. bis April 1822.

§. 417 b.

Denkfreiheit. Werth, Grenze und Gesichtpuncte der Oeffentlichkeit der Schrift und Presse. Wirsamkeit der B.V.

I) Die Denkfreikeit ist, ihrer Natur nach, oberherrlicher Bestimmung nur so weit unterworfen, als der Gedanke äufserlich erscheint, das heifst, in Rede oder Handlung erkennbar gemacht wird. II) Vernünftige Oeffentlichkeit (Publicität), das Recht zu freiem Gebrauch der Schrift und Presse, dieser künstlichen Sprache in die Nähe, Ferne und Zukunft hin, ein rechtliches Gemeingut der gebildeten Menschheit, ist ein Schirmdach, unter welchem sich der Nationalgeist entwickelt, und jede Art nützlicher Aufklärung und Mittheilung sich verbreitet; zugleich für die Staatsregierung ein wichtiges Mittel, Gebrechen der Staatsverwaltung zu erfahren, und die Volksstimme zu vernehmen [a]). In mehreren Staaten, ist daher zu verschiedener Zeit die BücherCensur abgeschafft [b]), und, mit Anerkennung vernunftgemäser Rede-, Schreib- und Prefsfreiheit, als eines natürlichen Rechtes der Vernunft, gestattet worden, auf geziemende Art alles Gute was nicht geschicht, und alles Böse was geschieht, öffentlich zu sagen. Dagegen macht man, mit Recht, den Schriftsteller und in gewisser Art auch den Buch-

händler und Buchdrucker, gesetzmäsig verantwörtlich, wegen Verletzung der Rechte des Staates, des Regenten, und der Privatpersonen. III) In Hinsicht auf das Verhalten der Einzelnen und die Wirksamkeit der verschiedenen Staatsbehörden, ist dieser wichtige Gegenstand bei der Gesetzgebung aus einem zweifachen Gesichtpunct zu betrachten, nach Rechtspflege und nach Polizeipflege. Auch können ausnahmweise, bei revolutionären Bewegungen, provisorische und vorübergehende Maasregeln und gesetzliche Bestimmungen nöthig werden. IV) Die Bundes-Acte, Art. 18, macht der Bundesversammlung zur Pflicht, bei ihrer ersten Versammlung mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über Prefsfreiheit sich zu beschäftigen. Zu dem Ende liefs die B. V. sich, in einem amtlichen Vortrag, eine «Uebersicht der verschiedenen Gesetzgebungen über Prefsfreiheit, besonders in Teutschland» vorlegen, und ernannte aus ihrer Mitte eine Commission, zu Erstattung eines Gutachtens über möglichst gleichförmige Grundsätze und Verfügungen wegen der Prefsfreiheit in den Bundesstaaten c). Kurz vorher hatte die B. V. sich veranlafst gesehen, eine provisorische gesetzliche Verfügung wider den Mifsbrauch der Presse zu entwerfen, und deren allgemeine Einführung in den Bundesstaaten auf fünf Jahre zu beschliefsen d).

a) K. *preufs.* CabinetsOrdre v. 8. Febr. 1804, in d. Hamburg. unparth. Correspondenten, 1816, St. 87. *Preufs.* Cabinets-Ordre v. 20. Febr. 1804. — *Prefs-*, *Schreib-* und *Redezwang* überhaupt (politischer, religiöser u. socialer), ist Beschränkung der Freiheit, Erfahrungen, Gedanken, Gesinnungen und Gefühle zu äussern; unweise, so bald sie weiter geht als auf gesetzmäsige Ahndung des Mifsbrauchs. Gegen diesen, besonders wider literärische Aufwiegler, sind Strafgesetze nothwendig. Vergl. Cicero Fragm. lib. VI. de rep. Cäsar de bello gall., VI. 20. — An der mehrern oder mindern Beschränkung der Prefsfreiheit, kann man den Grad der Freiheit erkennen, welchen ein Volk geniefst. — Ein Grundgesetz der Vereinigten Staaten von *Nordamerika*, von 1789, bestimmt (Art. 3), dafs nie ein Gesetz solle gegeben werden,

« wodurch die Freiheit im Reden, u. die Prefsfreiheit, oder das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln, und der Regierung Petitionen wegen Abstellung von Misbräuchen zu überreichen, gemindert würde». Constitutionen der europ. Staaten, Th. 1, S. 53. — Von der Schädlichkeit u. Unrechtmäsigkeit der *Büchersteuer*, s. Montyon quelle influence ont les diverses espèces d'impôts etc. (Paris 1808), p. 181. — Nutzen der Prefsfreiheit in *England*; s. v. Archenholz England u. Italien (1785), Bd. I, Th. 1, S. 9 ff. 42 f. — Napoleon's literärische Tyrannei und militärisch-despotischer Jesuitismus; eine Warnungstafel in der Geschichte; s. dessen Decret v. 5. Febr. 1810, die Buchdruckereien, die Censur u. d. Buchhandel betr., in d. Moniteur, u. in d. Hall. Allgem. Lit. Zeit. 1810, Num. 63. (Wenig modificirt ward es, durch e. Decr. v. 14. Dec. 1810. Rhein. Bund, LVIII. 84. 149.) MärtyrerSchicksal des nürnberger Buchhändlers Palm; s. Polit Journal, 1806, S. 971.

b) Abgeschafft ward die Censur, durch e. *kurpfälz.* Verordn. v. 13. Jun. 1803, u. durch die *baier.* Verfass. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 11; nebst dem dazu gehörenden Edict v. 26. Mai 1818, wo nur polit. Zeitungen u. periodische Schriften polit. u. statist. Inhalts der Censur unterworfen werden; durch das *weimar-eisenach.* Grundgesetz über die landständ. Verfass., 1816 (zu vergl. jedoch mit den spätern Verordn. v. 6. Apr. 1818 u. 6. Nov. 1819). Abgeschafft ist sie in *England.* Delolme's Constitution Englands, Buch II, Cap. 12 u. 14. Auch war sie es in *Dänemark*, bis zu dem 27. Sept. 1799. Schlözer's Staatsanz., Heft 64, S. 464 ff. In *Frankreich* ward sie abgeschafft bei den polit. Zeitungen u. Journalen, am 17. Mai 1819, indem man das Erkenntnifs über Prefsvergehen der Jury übertrug; wieder eingeführt im J. 1820; wieder aufgehoben im März 1822, aber mit Errichtung strenger Gesetze gegen den Misbrauch der Presse. — Presse und Buchhandel sind für frei erklärt, doch unter Befolgung der gegen den Misbrauch bestehenden oder erfolgenden Gesetze, in dem *wirtemb.* Verfafs Vertr. v. 1819, §. 28, u. in der grofsherzog. *hessischen*, 1820, Art. 35. Die *badische* Verfafs. Urk. v. 1818, §. 17, will Handhabung der Prefsfreiheit, nach den künftigen Bestimmungen der Bundesversammlung.

c) Beides in dem Protoc. v. 12. Oct. 1819, §. 236. Die angef. Uebersicht, befindet sich bei diesem Protocoll, als Beilage 38. — Schon im April 1818 hatte *S. Weimar* bei der B.V. auf Festsetzung allgemeiner Grundsätze über die Prefsfreiheit angetragen. Protoc. v. 1818, §. 99 u. 237.

d) In dem Protoc. v. 20. Sept. 1819, §. 220, IV, S. 661 u. 667 der Orig. Ausg. Nach diesem Prefsbeschlufs dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter, oder heftweise erscheinen, und solche die nicht über 20 Druckbogen stark sind, in jedem Bundesstaat nur mit Vorwissen und Genehmigung der Landesbehörden gedruckt werden. Bestimmungen für Schriften anderer Art, sind der Landesregierung überlassen; doch sollen Klagen einer mitverbündeten Regierung gegen Verfasser oder Verleger, die durch sie veranlafst werden, im Namen der Landesregierung erledigt werden. Privatpersonen steht gewöhnliche Verfolgung wider den Verfasser oder Verleger frei, wenn durch Misbrauch der Prefsfreiheit sie sich verletzt glauben. In allen in Teutschland erscheinenden Druckschriften ohne Ausnahme, mufs der Name des Verlegers, in Zeitungen und Zeitschriften auch der Name des Herausgebers angegeben seyn. Wird in irgend einer solchen Druckschrift die Würde oder Sicherheit eines andern Bundesstaates verletzt, oder dessen Verfassung oder Verwaltung angegriffen, so ist defshalb die Landesregierung verantwortlich, nicht nur dem unmittelbar Beleidigten, sondern auch der Gesammtheit des Bundes, so dafs defshalb subsidiarisch Beschwerde bei der B.V. statt findet. Dem Redacteur einer wegen Ungebühr unterdrückten Schrift, darf, binnen fünf Jahren, in keinem Bundesstaat die Redaction einer ähnlichen Schrift gestattet werden, u. d. m. (Von der Vollziehungsbefugnifs der B.V., s. §. 148', a u. c.) Vor Ablauf der fünf Jahre, soll die B.V. einen *DefinitivBeschlufs* über die rechtmäsigen Grenzen der Prefsfreiheit in Berathschlagung nehmen. Dieselbe hat einstweilen einen Ausschufs für die Aufsicht über die Prefsgesetze u. für Recurse in Prefsangelegenheiten ernannt. Protoc. v. 1819, §. 221, III. — Da, selbst nach Art. 56 der wiener SchlufsActe von 1820, die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen, nur auf verfassungsmäsigem Wege wieder abgeändert werden können, so ist in denen Bundesstaaten, wo solche Verfassungen bestehen, nach ihnen die Anwendbarkeit dieses Beschlusses zu beurtheilen, so wie die Befugnifs der Staatsregierung, dazu ihre Zustimmung zu geben. Hierauf bezieht sich die SchlufsClausel der k. *baierischen* Bekanntmachung (obigen Prefsbeschlusses v. 16. Oct. 1819, in dem baier. Regier. Blatt 1819, St. 49: «Machen Wir dieselben hiermit bekannt und verordnen, dafs Unsere sämmtliche Behörden und Unterthanen, mit Rücksicht auf die Uns nach den bestehenden Staatsverträgen und der BundesActe zustehenden Souveraine-

tät, nach der von Uns Unserem treuen Volke ertheilten Verfassung und nach den Gesetzen Unseres Königreichs, sich hienach geeignet achten«. — W. v. Schütz Deutschlands Preſsgesetz, seinem Wesen u. seinen Folgen nach. 1821. 8.

§. 418.

Insonderheit Büchernachdruck und BücherPrivilegien.

I) Unter Büchernachdruck a) versteht man jede Vervielfältigung schriftlicher oder bildlicher Geisteswerke, gegen Willen und Absicht ihrer Urheber, oder deren Rechtsnachfolger; es sey durch Schreib-, Buchdrucker-, Stein- oder Metallschreiber-, Formschneide-, Kupferstecher-, oder irgend eine andere bildende Kunst. Fast immer unbillig, sehr oft schädlich, obwohl ohne positive Einschränkung nicht wider das strenge Recht, verdient er, zugleich aber auch die Festsetzung und Handhabung billiger Bücherpreise, eine gesetzliche Bestimmung b), übereinstimmend, wo möglich, für alle Bundesstaaten und auch für Nachbarstaaten. II) Die teutsche BundesActe c) verweiset die Abfassung gleichförmiger Verfügungen, über Preſsfreiheit und Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck, an die Bundesversammlung (§. 175). Dieselbe hat sich hierüber Vortrag erstatten lassen, und einen Ausschuſs niedergesetzt, zu Erstattung eines Gutachtens für die erwähnten Verfügungen d), welches erstattet, und zu Instructions-Ertheilung an die Regierungen gesendet worden ist e). III) Als particuläres Schutzmittel gegen Büchernachdruck, werden in einzelnen Fällen landesherrliche BücherPrivilegien gesucht, und meist auch ertheilt. Die wirksamsten sind jetzt, wegen der leipziger Messen, die königlich-sächsischen f). IV) Ist eine Druckschrift von dem Verleger unzweifelhaft mit der Clausel des eingeschränkten Eigenthums versehen, mit der Erklärung, daſs

das Eigenthum jedes einzelnen Exemplars an Niemand anders als mit der immerwährenden Bedingung, dasselbe nicht nachzudrucken oder nachdrucken zu lassen, überlassen werde, so bedarf es zu gerichtlicher Verfolgung des Nachdruckers weder eines positiv-gesetzlichen Verbots des Nachdrucks, noch eines Privilegiums g).

a) Pütter's Lit., III. 595. Klüber's Lit., §. 1358. Pütter's Beitr., I. 241. Ersch Handb. der teutsch. Literatur, Bd. I, Abth. 1., Abschn. 2, Num. 560 — 564. Abth. 3, Abschn. 1, Num. 1903 — 1908. — R. Z. Becker über das Eigenthumsrecht an Geisteswerken. Gotha 1791. 8. J. G. Fichte's Unrechtmäsigkeit des Büchernachdrucks; in d Berlin. Monatschr., 1793, Mai, 443. J. M. Gräff's Darstell. der Eigenthumsrechte des Schriftstellers u. Verlegers. Leipz. 1794. 8. C. S. Zachariae diss. de dominio, quod est auctori in libris a se conscriptis. Viteb. 1799. 4. Krünitz Encyclopädie, fortges. v. H. G. Flörcke, Bd. 99, S. 688 — 781. Klüber's kl. jur. Bibl., VIII. 401. IX. 20. A. G. Eberhard, die teutschen Schriftsteller, was sie thaten, was sie für Unrecht leiden, u. was ihnen für Lohn gebührt. Halle 1814. 8. *Ebenders.* in d. Allgem. Anzeiger d. Teutschen, 1811, Num. 69, u. 1815, Num. 78. Ch. S. Krause über (für den) Büchernachdruck. Stuttg. 1817. 8. L. F. Griesinger, der Büchernachdruck. Stuttg 1822. 8. *Debatten* über den Büchernachdruck in der *wirtemb.* Kammer der Abgeordneten im J. 1821, in der Samml. der Acten dieser Kammer, S. 1204 — 1266; auch, unter obigem Titel, besonders abgedruckt. Stuttg. 1822. 8.

b) Vergl. *Oestreich.* allgem. bürgerl. Gesetzb., §. 1169 b. *Preuss.* allgem. Landr., Th. II, Tit. 20, Abschn. 17, § 1296 f. *Badische* Verordn. über den Büchernachdruck v. 8. Sept. 1806, in d. bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 20. *Badisches* Landrecht, Art. 577 d h. *Baier.* Strafgesetzbuch (1813) Th. I, Art. 397, wo der Nachdruck für polizeistrafbar erklärt wird. *HolsteinOldenburg.* Strafgesetzbuch, Art 416. Die bei dem vorigen §., Note e, angef. *nassauische* Verordnung. *Wirtemb.* Verordn. v. 25. Febr. 1815, wodurch nur *die* Bücher, für welche ein inländisches Privilegium spricht, gegen Nachdruck sicher gestellt werden; in dem Allgem. Anzeiger d. Teutschen, 1815, Num. 77. Schreiben des *preussischen* Fürsten Staatskanzlers nach Cöln, wegen e. allgem Verbots des Nachdrucks in allen preussischen u teutschen Bundesstaaten; in der frankf. O. P A. Zeitung v. 16 Sept 1816

c) Art. 18. Auch die vorläuf. CompetenzBestimmung der B.V., in d. Protoc. v. 1817, §. 223, B, §. 4, Art. 3 u. 7, u. die wiener Schlufsacte v. 1820, Art. 65, verweisen auf diesen Artikel der B. Acte. — Von Schriften u. Verhandlungen über den Büchernachdruck, auf dem *wiener Congrefs*, s. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. IV. S. 21 ff. *Ebendess.* Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 153, 249, 251, 261, 562, 143, 154, 267.

d) Beides in dem Protoc. der B.V. v. 22. Jun. 1818, §. 159.

e) CommissionsBericht u. Entwurf e. Verordn. wider den Nachdruck, als Beilagen zu dem Protoc. der B.V. v. 11. Febr. 1819, §. 23, wo auch der Beschlufs der B.V. Verhandlung in d. Protoc. der B.V. v. 1820, S. 215 (des OriginalAbdrucks); v. 1822, §. 91 u. 153. — Erinnerungen gegen den Entwurf, enthält das, bei der B.V. eingereichte, Ehrerbietige Gutachten über den Entwurf einer Verordn. u. s. w.; von dem Wahlausschusse der Teutschen Buchhändler. Leipziger Ostermesse, 1819. Fol. — Die wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 65, hat diesen Gegenstand der Bundesversammlung zur fernern Bearbeitung vorbehalten. Die Verhandlungen, welche diesem Artikel vorausgiengen, sind oben §. 175, Note e angezeigt.

f) Moser v. Gnadensachen, 51 — Das *älteste*, bis jetst bekannte, BücherPrivilegium ist von 1489. — Von der königl. *Bücher-Commission* zu *Leipzig*, von *Annotationen* bei derselben, und von königl. *sächsischen* BücherPrivilegien, s. A. F. Schott de publica rei librariae cura, inprimisLipsiensi. Lips. 1778. 4. Pütter von d. BücherNachdruck, S. 185. Westphal's Privatr., I. 165.

g) Von diesem *allgemeinen* Schutzmittel gegen den Nachdruck, s. Klüber in den angef. Acten etc., Bd. IV, S. 24 ff.

XVI. Capitel.

Kirchenhoheit.

§. 419.

Kirche. Kirchenhoheit. KirchenStaatsrecht.

I) Kirche ist eine Gesellschaft, welche zu sittlicher Vervollkommnung der Einzelnen, und zu gemeinschaftlicher äusserer Gottesverehrung, nach einem bestimmten Lehrbegriff, vereinigt ist. II) Als Gesellschaft, bedarf eine Kirche, zu ihrem rechtlichen Daseyn in dem Staat, der Billigung der Staatsregierung. Sie mufs sich Bedingungen dieses Daseyns gefallen lassen, welche dem Staatszweck angemessen sind. Diese Bedingungen sind theils natürlich, theils positiv, je nachdem sie aus der Natur der gegenseitigen Verhältnisse fliefsen, oder auf willkührlichen Bestimmungen beruhen. III) Der Inbegriff der Rechte des Staates, über die Kirchen in dem Staatsgebiet, oder der Inbegriff der weltlichkirchlichen oberherrlichen Rechte in Kirchensachen, heifst Kirchenhoheit (jus majestaticum circa sacra) oder StaatsKirchengewalt; wesentlich unterschieden von der SocialKirchengewalt (§. 428), die ursprünglich der Kirchengesellschaft, als solcher, zusteht. IV) Der Inbegriff der, in dieser Hinsicht, zwischen beiden statt findenden vollkommenen Rechte, heifst KirchenStaatsrecht a); natürliches, oder positives.

a) Auch jus publicum ecclesiasticum genannt. — Schriften von dem *KirchenStaatsrecht*: I) von dem *allgemeinen*: s. Klüber's Lit., §. 1442[b]. Moses Mendelsohn's Judenthum oder über religiöse Macht und Judenthum. Berlin 1783. 8. J. F. Zöllner über M. Mendelsohn's Jerusalem. Berlin 1784. 8. Th. Schmalz

natürl. Kirchenr. Berlin 1795. 8. Versuch eines natürl. Kirchenr. Berlin 1795. 8. Allgemeines Religions-, Kirchen- u. Kirchenstaatsrecht. 1809. 8. Kritik des natürl. Kirchenrechts u. der neuesten Verdrehungen desselben für das Interesse der Hierarchie. Germanien (Mannheim) 1810. 8. Und mit ungedrucktem Titelblatt, 1810. — II) Von dem *katholischen*: Pütter's Lit., III. §. 1442. Klüber's Lit., S. 507 ff. C. Gärtneri corpus juris ecclesiastici Catholicorum. T. I. et II. Salisb. 1797. 1799. 8. Eine ähnliche Sammlung enthält, Pars IV. von Hedderich's elem. juris can. (1792). (G. C. Neller) Principia juris publ. eccles. Catholicor. 1745. 8. Frf. et Lips. 1746 u. 1768. 4. Justinus Febronius (Jo. Nic. ab Hontheim, Weihbischof zu Trier) de statu ecclesiae et legitima potestate Romani pontificis. Bullioni (Francof. ad M.) 1763. edit. 2. multo emend. et auctior, ibid. 1765. 4. edit. 3. auct. (mit den Vertheidigungsschriften), T. I — IV. Francof. et Lips. 1770 — 1774. 4. Der Tom. IV. in *zwei* Abtheilungen. Zweimal nachgedruckt in Italien, und eben so oft in Frankreich. (Uebersetzt in das Teutsche, Französische und Italiänische. Auch ein Auszug von dem Verf. selbst verfasst: Justinus Febronius abbreviatus et emendatus. Colon. et Frf. 1777. 4. Ein teutscher Auszug, erschien, Th. I zu Wardingen (Frankf. a. M.) 1764, Th. II zu Frankf. u. Leipz 1770. 8. (Von den Schicksalen dieses Buches, und des am 2. Sept. 1790 verstorbenen Verf., s. Weidlich's biogr. Nachr., I. 363. Pütter's histor. Entwickl., III. 179. Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh. II. 1040 — 1070. v. Einem's Kirchengesch. des 18. Jahrh., S. 631. II. P. K. Henke's Kirchengesch. des 18. Jahrh., Th. I. Phil. Wolf's Gesch. der röm. kathol. Kirche unter Pius VI., Bd. III. (1795. 8.), S. 169 — 289). P. J. a Riegger instit. jurispr. eccl., T. I — IV. edit 4. Vienn. 1780. 8. F. X. Gmeineri institutiones juris eccl. Edit 1. T. I et II. Graecii 1782. Edit 4. T. I. — III. ibid. 1807. 8. *Ebendess.* öffentl. u. PrivatKirchenrecht. 2 Theile. Grätz 1789 — 1790. 8. Neue Aufl. 1802. J. V. Eybel's kath. Kirchenr., Th. I et II. Ingolst. 1790. 1792. 8. P. Hedderich elem. juris canonici. Bonnae, P. I. — III. edit. 2. 1791. P. IV. edit. 1ma 1792. 8. A. J. Schnaubert's Kirchenr. der Katholiken. Jena 1794. 8. J. N. Pehem's Vorles. über d. Kirchenr., Bd. I u. II. Wien 1803. 8 Auch lateinisch, in 3 Th. Wien 1789 — 1790. Maur. Schenkl institutiones juris eccles., P. I. et II. Ingolst. 1797. 8. Auch 1790 u. 1792. Das System der kirchlichen Hierarchie, nach den Bedürfnissen des Zeitalters bearbeitet. 1807. 8. J. A. Sauter fundamenta juris eccles. Catholicorum. Frib. et Const. 1805 — 1816. 8. — III) von dem *evangelischen*: Pütter's

Lit., III. §. 1489. Klüber's Lit., S. 579. J. C. Wiesenhavern Kirchenstaatsr. der Protestirenden. Frf. 1749, u. mit umgedr. Titel, 1764. 8. A. J. Schnaubert's Kirchenr. der Protestanten. Jena 1792. 8. Th. Schmalz Handb. des canon. Rechts u. s. Anwend. in d. t. evang. Kirchen. Berlin 1815. 8. — IV) Für das *katholische* u. *evangelische:* J. J. Moser's Religionsverfassung. 1774. 4. *Ebenders.* von der Landeshoheit im Geistlichen. 1773. 4. J. C. Majer's teutsches geistl. Staatsr. 2 Theile. Lemgo 1773. 8. G. L. Boehmer princ. juris can. Gött. 1767. edit. 7. 1802. 8. G. Wiese's Handb. des Kirchenr. Th. I — III. Leipz. 1799 — 1804. 8. *Ebendess.* Grundsätze des in Teutschl. übl. Kirchenr. Vierte Aufl. Leipz. 1817. 8. A. Michl's Kirchenr. für Katholiken u. Protestanten München 1809. Zweite verb. Ausg. 1816. 8. C. Gärtner's Einl. in das gemeine u. teutsche Kirchenr. Augsb. 1817. 8. Joh. Rud. Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh. Th. I — III. Heilbr. 1784 — 1796. 8. H. P. K. Henke's allgem. Geschichte der christl. Kirche des 18. Jahrh. Th. I u. II. Braunschw. 1800 u 1804. 8. P. J. Huth's Versuch einer Kirchengeschichte des 18. Jahrhunderts. Augsb. Th. I. 1807. Th. II. 1809. 8. — V) *Particuläres* Kirchenrecht einzelner Bundesstaaten: 1) A. J. Cäsar's *östreich.* NationalKirchenr. 6 Bände. Grätz 1788. — 1791. 8. Ge. Rechberger's *östreich.* Kirchenr. Wien 1806. 8. *Ebendess.* Handb. des östreich. Kirchenr. 2 Bände. Linz 1807. 8. A. W. Gustermann's östreich. Kirchenr. 3 Bände. Wien 181. . 8. 2) Bädecker's allgem. Kirchenr. der *preuss.* Staaten. Neue Aufl. Dortm. 1816. 8. 3) Handb. des *baier.* Kirchenr. (von Berthold). 2 Bände. Innsbruck 1812. 8. 4) J. F. Kees Handb. des protest. Kirchenr., nach *kursächs.* Gesetzen. Leipz. 1791. 8. C. G. Weber's in dem Königr. Sachsen geltendes Kirchenrecht. Leipz. Th. I, Abth. 1 u. 2. 1819. 8. 5) J. C. F. Schlegel's *hannöver.* Kirchenr., 2 Bände. Hannov. 1801 u. 1802. 8. 6) P. C. Roman's *badisches* Kirchenr. Pforzh. 1806. 8 7) C. W. Ledderhose's *hessen-casselsches* Kirchenr. Cassel 1785. 8. Neu bearbeitet von C. H. Pfeiffer. Marb. 1821. 8.

§ 420 a.

Staatsgesetze u. Staatsverträge, insbesondere Concordate. Wiener CongreſsVerhandlungen.

I) Während der teutschen Reichsverfassung, wurden, in Absicht auf das Kirchenwesen, verschiedene

Staatsverträge errichtet, wobei zum Theil jetzige teutsche Bundesstaaten MitPaciscenten waren a). II) Auch erschienen, theils vor theils seit Errichtung des teutschen Bundes, in heutigen Bundesstaaten eigene Staatsgesetze, über das Rechtsverhältnifs der Kirchengesellschaften zu dem Staat b). III) Bei dem Mangel maasgebender, von der weltlichen Macht anerkannter ConcilienSchlüsse, erwartete man neue Concordate c) mit dem Papst, allgemeine oder particuläre, welche für das Verhältnifs nicht nur zwischen den Bundesstaaten und der katholischen Kirche, sondern auch zwischen dem Papst und der katholischen Kirche in den teutschen Bundesstaaten, vertragmäsige Bestimmungen festsetzen sollten, wie sie dem vernünftigen Geist der Zeit, und dem wesentlichen Verhältnifs beider Theile gemäfs erachtet würden d). IV) Auf dem wiener Congrefs, ward die schon beschlossen gewesene Einrückung eines Artikels in die teutsche BundesActe, hintertrieben, in welchem der katholischen Kirche in Teutschland, unter der Garantie des Bundes, eine ihre Rechte, und die zu Bestreitung ihrer Bedürfnisse nothwendigen Mittel sichernde Verfassung, verheissen, und die Aufrechthaltung der Rechte der Evangelischen in jedem Bundesstaat, in Gemäfsheit der Friedensschlüsse, Grundgesetze, oder anderer gültigen Verträge, festgesetzt werden sollte e). Es liefs sogar der päpstliche Hof feierliche Protestation einlegen, wider alle Verfügungen des wiener Congresses, welche er der römisch-katholischen Kirche überhaupt, sodann dem Interesse der katholischen Kirche Teutschlands, wie auch den TerritorialAnsprüchen und Gerechtsamen des heiligen Stuhls insbesondere, für nachtheilig hielt f).

a) Oben §. 50 f. Klüber's Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des teutschen Staatsr., §. 31. — Von der stillschweigenden Aufhebung dieser Verträge, oben §. 50, Note f. L. v. Dresch öffentl. Recht des t. Bundes, §. 19, d.

b) Majer's geistl. Staatsr., II. 92 ff. *Kurpfalz.* ReligionsDecla-

ration v. 9. Mai 1799; in Reuss Staatskanzlei, 1799, Bd. III, S. 1 — 42. *Baierisches* ReligionsEdict v. 24. März 1809; in d. Rhein. Bund, XXXV. 161. *Baier.* Edict über die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königr., in Bezieh. auf Religion u. kirchl. Gesellschaften, v. 26. Mai 1818, als Beilage 2 bei der baier. Verfafs.Urk. v. 1818. *Baier.* Edict über die innern kirchl. Angelegenheiten der protestantischen SammtGemeinde, v. 26. Mai 1818, als Anhang zu §. 103 des vorhin genannten Edictes von demselben Tag. *Wirtemberg.* Declaration, die freie Religionsübung der verschiedenen ReligionsParteien betr., v. 15. Oct. 1806; in dem Rhein. Bund, III. 372. ConstitutionsEdict, die kirchl. Staatsverfassung in dem Grofsherzogthum *Baden* betr., v. 14. Mai 1807. Carlsruhe 1807. 8. u. in dem Rhein. Bund, VIII. 257. *Badische* Verordn. v. 19. April 1808, die Ausübung der Kirchenlehnherrlichkeit betr., in d. bad. Regier. Blatt, 1808, St. 12. — Dawider vergl. Bemerkungen u. Wünsche über die seit 1806 erschienenen ReligionsEdicte. Deutschl. 1807. 8.

c) Man s. das badische Constit.Edict. v. 14. Mai 1807, §. 20. — Die bisherigen *Concordate*, wovon §. 50 f, bei Gärtner l. c. I. 5. 64. 89. 121. II. 353. u. in Schmauss corp. juris publ. edit. 1794. p. 1666. sqq. — Schriften, in Pütter's Lit., II. 403. 486. III. 677. Klüber's Lit., 698. 787. 1449. Justin. Febronius abbreviatus et emendatus, c. 5. §. 3. p. 195. sqq. Bifner de ortu et progressu legum germ., P. II. vol. 1. p. 168. sqq. Malblanc's Anleit. zur Kanzlei- u. Gerichtsverfassung, IV. 122. (Fölsch) Erläuter. des t. Staatsr. (Wien 1793), S. 183 — 211. — Die Concordate ausserhalb Teutschlands, sind angezeigt in Klüber's europ. Völkerrecht, §. 31 d.

d) Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 454 ff. — Versuche des päpstl. Hofes, *ParticularConcordate* zu schliefsen; ebendas. S. 413 f. Neueste Einrichtung des kath. Kirchenwesens in den preufs. Staaten (Frankf. 1822. 8.), S. 23 ff. *Baier.* Concordat. v. 1817, s. im folg. §. — Schriften über neue Einrichtung der *katholischen* Kirche in Teutschland, nebst Entwürfen zu e. neuen *Concordat*: Das System der kirchlichen Hierarchie, nach den Bedürfnissen des Zeitalters. 1807. 8. G. J. Planck's Betrachtungen über die neuesten Veränderungen in dem Zustand der katholischen Kirche, und besonders über die Concordate zwischen protestantischen Souverains u. dem römischen Stuhl. Hannov. 1808. 8. Ueber das Princip zu Bestimmung des Verhältnisses zwischen dem Staat u. der darin befindl. kathol. Kirche, mit besond. Hinsicht auf die rhein. Bundesstaaten; in d. *Archiv* für d. kathol. Kirchen- u. Schulwesen, Bd. I, St. 1 (Frankf. 1810.

8.), S. 1 — 36. (Carl v. Dalberg, Erzbischof Metropolitan zu Regensburg) Von d. Frieden der Kirche, in den Staaten der rhein. Conföderation. Frankf. 1810. 8. 2. Aufl. 1810. 4. u. in d. Rhein. Bund, XLIII. 120 ff. Auch französisch. De la paix de l'église. etc. Paris 1810. 8. (Vergl. Klüber's angef. Uebersicht etc., S 411 ff) Erläuternde Bemerkungen zu der Schrift: Von d Frieden der Kirche. Bamb. u. Wirzb. 1811. 8. (v. Colborn's) Ideen zu der Organisation der teutschen Kirche. Frankf. 1814. 8. F. W. Jung's Beitrag zu Ideen über Kirche und Kirchengebräuche. Berlin 1815. 8. (H. J. Frhr. v. Wessenberg) Die deutsche Kirche. (Zürich) 1815. 8. Entwurf e. neuen Verfassung der teutschen kathol. Kirche in d. teutschen Staatenbunde. 1816. 8. Kirchenrechtliche Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen katholisch-kirchlichen Einrichtungen in Deutschland. Frankf. 1816. 8. Palingenesia, oder der katholischen Kirche Germaniens Wiedergeburt, nach ihres Stifters Jesu Geiste, ohne Beeinträchtigung der Rechte des Staats und der Kirche. Frankf. 1816. 8. G. J. Planck über die gegenw. Lage u. Verhältnisse der kathol. u. protest. Partei in Teutschl. Hannov. 1816. 8. Ueber die Verbesserung der kathol. Kirchenverfassung; in dem angef. *Archiv* etc., Bd. III (1815), St. 2, S. 1 — 9. Noch andere Schriften, unten §. 430, u. Vater's §. 425 angef. Schrift.

e) Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 397 ff u. 441 ff.

f) Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 468 ff.

§. 420b.

Neuere Bestimmungen für das kathol. Kirchenwesen.

1) *In Baiern.*

Seit dem wiener Congrefs, sind für Verfassung und Einrichtung des katholischen Kirchenwesens in teutschen Bundesstaaten, für einzelne von diesen, Bestimmungen erfolgt, mit oder ohne Vertragform. I) Baiern hat im J. 1817 mit dem Papst ein förmliches Concordat a) geschlossen. Nach demselben bestehen in dem Königreich zwei Erzbisthümer und sechs Bisthümer b), alle von dem Staat mit Grundgütern zu Selbstverwaltung ausgestattet, oder zwei kirchliche Provinzen und acht Diöcesen, in jeder Diöces ein bischöfliches Seminarium, so auch Versorgungshäuser

für sieche und alte Geistliche, und etliche vom Staat angemessen ausgestattete Klöster für Mönchorden beiderlei Geschlechtes. Der König hat das Nominations-Recht c) zu den erledigten Stühlen der Metropolitan- und CathedralKirchen, zu den Domdechancien und zu denen Canonicaten, die in den so genannten apostolischen Monaten erledigt werden; dagegen ernennen die Erzbischöfe und Bischöfe zu denen Canonicaten, die in den drei ersten, die Capitel zu denen, die in den drei andern der übrigen Monate vacant werden, der Papst aber besetzt die Dompropsteien. Bei den Domherren wird persönliche Tüchtigkeit, keine Ahnenprobe, erfordert. Mehrheit der Beneficien ist verboten. Annaten und CanzleiTaxen werden von Neuem festgesetzt, nach Verhältnifs des Einkommens der Erzbischöfe und Bischöfe. Das Patronatrecht besteht, wo es der König, die Erz- und Bischöfe, oder königliche Unterthanen hergebracht haben. Die Kirche ist befugt zu Erwerbung neuer Besitzungen mit Eigenthumsrecht, bei denen Suppression oder Union ohne Zustimmung des apostolischen Stuhls nicht statt findet, doch mit Vorbehalt der bischöflichen Facultäten nach dem tridentinischen Concilium. Bei geistlichen Verrichtungen, besonders in der Messe und bei Verwaltung der Sacramente, sind die Kirchenformeln in lateinischer Sprache zu gebrauchen. Geistliche Sachen, insonderheit Ehesachen (§. 292, IV), nach Vorschrift des tridentinischen Concilii (can. 12. Sess. 24), gehören vor geistliche Richter, rein bürgerliche Rechtshändel der Geistlichen vor die weltlichen Gerichte. Die Erzbischöfe und Bischöfe sind nach Maasgabe ihres Hirtenamtes berechtigt, mit dem Clerus und dem Volk ihres Sprengels Verkehr zu haben, ihre Instructionen und Verordnungen über Kirchensachen frei zu publiciren d), Aufsicht über öffentliche Schulen für Glaubens- und Sittenlehre zu führen, und öffentliche Gebete und andere fromme Werke vorzuschreiben. Verbreitung solcher Bücher, welche die Bischöfe als unvereinbar

mit dem Glauben, den guten Sitten, oder der Kirchenzucht bezeichnen, wird die Staatsregierung hindern. Ueberdiefs soll, in geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten, mit dem heiligen Stuhl ein durchaus freier Verkehr, der Bischöfe, des Clerus, und des Volkes, statt haben. Dagegen sollen die Erzbischöfe und Bischöfe vor dem König den Eid der Treue ablegen, für Gehorsam und Treue gegen ihn; und das Concordat soll für ein Staatsgesetz erklärt werden. — Das Concordat ward als Anhang beigefügt, dem zu Tit. IV, §. 9, der Verfassungsurkunde des Königreichs gehörenden Edict vom 26. Mai 1818, betreffend die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaft; welches sie selbst für ein allgemeines Staatsgrundgesetz, die darin festgesetzten Majestätsrechte des Königs für unveräufserlich, und nur in Ansehung der übrigen innern Kirchenangelegenheiten, die weitern Bestimmungen des Concordats für anwendbar erklärt. Erst durch eine Bekanntmachung vom 15. Sept. 1821, erklärte der König das Concordat für vollziehbar und für ein Staatsgesetz e).

a) Datirt Rom 5. Jun. 1817. Befindet sich bei der baier. Verfafs.Urk. v. 1818, als Anhang zu Beilage 2; u. in Martens recueil, Supplém. VII. 106. Sanctissimi Dni nostri Pii Papae septimi *Allocutio* habita in Consistorio secreto d. 15. Nov. 1817; item *Conventio* inter Sanctitatem Suam et Sereniss. Regem Bavariae inita, etc. Romae 1817. 8. Uebereinkunft zw. Sr. H. Pius VII. u. Sr. M. v. Baiern. Aus d. Latein., mit Anmerk. Frankf. 1818. 8. Bemerkungen über das baier. Concordat, vergl. mit dem neuen franz. u. dem frühern baier. (Entwurf) v. 1807. 1818. 8.

b) 1) Erzbisthum München u. Freisingen, mit der bischöflichen Diöces München; welchem als Suffragane untergeordnet sind, die Bischöfe von Augsburg, Passau, Regensburg. 2) Erzbisthum Bamberg, mit der bischöflichen Diöces Bamberg; ihm sind untergeordnet die Bischöfe von Wirzburg, Eichstädt, Speier. — Vom Rang u. Titel der Erz- u. Bischöfe, s. §. 431. — Die *DiöcesanCircumscription* erfolgte in einem päpstl. Breve v. 1. Apr. 1818. Beschlufs u. Bulle

der Beschreibung der (baier.) Diöcesen, mit beigefügtem Urtext. München 1821. 8.

c) Zu dessen Ausübung erhielt der König ein päpstl. *Indult* v. 15. Nov. 1817. Es steht bei der oben angef. Allocutio etc., p. 27.

d) Doch dürfen, nach der baier. Verfaſs. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9, keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne vorhergegangene Einsicht und das Placet des Königs verkündigt und vollzogen werden.

e) Von den bis dahin vorgewalteten Schwierigkeiten, s. man Neueste Einrichtung des kathol. Kirchenwesens (1822), S. 25 f.

§. 420 c.

2) *In der preussischen Monarchie.*

II) Ohne die gewöhnliche Form eines Vertrags, aber in Gemäſsheit einer, mittelst gewechselter Noten der beiderseitigen Bevollmächtigten, zu Rom am 25. März 1821 zu Stande gekommenen Vereinbarung, ward eine neue Einrichtung des katholischen Kirchenwesens in der preuſsischen Monarchie verfügt, durch eine päpstliche Bulle vom 16. Jul. 1821 a), welcher der König durch eine CabinetsOrdre b) seine staatsoberhauptliche Bewilligung und Sanction ertheilte, indem er sie für ein bindendes Statut der katholischen Kirche des Staates erklärte und ihre Vollziehung befahl. Dieselbe enthält eine Diöcesan-Circumscription, und verordnet zwei Erzbischöfe und sechs Bischöfe, worunter zwei exemte, doch so, daſs zwei kirchliche Provinzen und neun Diöcesen oder bischöfliche Sprengel sind c); mit Supprimirung des Bisthums Aachen, dessen Cathedrale in eine Collegiat-Kirche unter dem Erzbischof von Cöln umgewandelt ist. Zu Besetzung erledigter erzbischöflicher und bischöflicher Stühle, soll bei den Kirchen von Cöln, Trier, Münster, Paderborn und Breslau, den Domcapiteln das Wahlrecht zustehen, wenn die Erledigung durch Todesfall extra romanam curiam, oder durch Abdankung oder Entsagung erfolgt d); bei den erzbischöflichen vereinigten Kirchen von Gnesen und

Posen, wo die beiderseitigen Capitel den Erzbischof gemeinschaftlich wählen sollen, und bei den Kirchen von Ermland und Culm, bleibt es wie zeither, folglich auch bei dem entscheidenden Mitwirkungsrecht des Königs. In den Domcapiteln hat der Papst die Propsteien und die in den apostolischen Monaten erledigten Canonicate, der Erzbischof oder Bischof hingegen die in den übrigen Monaten erledigten Canonicate, und die Dechancien, so auch die Vicarieen, zu besetzen. Alles jedoch mit landesherrlicher Genehmigung. In dem CollegiatStift zu Aachen, conferirt der Papst die Propstei, hingegen die sechs Canonicate abwechselnd mit dem Erzbischof von Cöln. Nur canonische Tüchtigkeit der Person, nicht Stand und Geburt, kommen in Betracht. Das Einkommen der Erzbischöfe und Bischöfe, der Dignitarien, der Dom- und Stiftherren, der Honorar- oder Ehrendomherren und der Vicare ist festgesetzt, so wie die apostolische Kammertaxe der Erz- und Bisthümer. Auch ist gesorgt für Weihbischöfe und GeneralVicare, für Unterhalt der erzbischöflichen und bischöflichen Canzleien, für Seminarien, für den BauFonds der Metropolitan- und KathedralKirchen, für Versorgungshäuser dienstunfähig gewordener, und CorrectionsHäuser mifsrathener Geistlichen. Die neue Ausstattung dieser geistlichen Anstalten, oder die Ergänzung der vorhandenen, geschieht vom Staat, für jede Diöces besonders, in jährlichen Grundrenten, die als RealLast auf StaatsDomanialWaldungen radicirt, und von den Diöcesen unmittelbar erhoben werden.

a) In der Gesetzsammlung für die preufs. Staaten, 1821, Num. 12; auch in der Neuesten Einrichtung des kathol. Kirchenwesens in den k. preufs. Staaten (Frankf. a. M. 1822. 8.), S. 56 ff.

b) Vom 23. Aug. 1821, in der Gesetzsamml. a. a. O. u. in der angef. Neuesten Einrichtung etc., S. 124.

c) Mit mehr als 3200 Pfarreien, ungerechnet die Hunderte von HülfPfarreien und Nebenkirchen. — In den östlichen Provin-

zen sind: 1) das Erzbisthum Gnesen u. Posen, wozu die Diöcesen von Gnesen und Posen, welchen beiden der Erzbischof unmittelbar vorgesetzt ist, und das Bisthum Culm gehören; 2) u. 3) die exemten Bisthümer Breslau u. Ermland. In den westlichen Provinzen sind: 1) das Erzbisthum Cöln, wozu die Diöcesen von Cöln, Trier, Münster und Paderborn gehören. Der Diöces Cöln steht der Erzbischof unmittelbar vor.

d) Ein mit der Bulle zugleich erlassenes, aber öffentlich nicht bekannt gemachtes Breve, weiset die Domcapitel an, nur solche Personen zu wählen, die dem König angenehm sind, und sich dessen vor der feierlichen Wahl zu versichern.

§. 420[d].

3) *In den Staaten der für die kathol. Kirchenangelegenheiten vereinigten teutschen Bundesglieder.* 4) *In dem Königreich Sachsen.*

III) Für die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten ihrer Staaten, im Verhältniſs zu der Staatsregierung, zu dem Oberhaupt der Kirche, und zu andern christlichen Glaubensverwandten, unterhandelten seit dem J. 1817 eine Reihe von Mitgliedern des teutschen Bundes *a*) eine Vereinbarung, sowohl unter sich *b*) als auch gemeinschaftlich durch Abgesandte in Rom. Die, auch nach Zurückberufung der Abgesandten fortgesetzten, Verabredungen mit dem römischen Hofe, hatten eine päpstliche Bulle *c*) zur Folge, die, obgleich weder verlangt noch gewünscht, angenommen ward, und jetzt vollzogen werden soll. Dem zufolge, sind die Staaten der in diesem Verein begriffenen Bundesglieder zu einer kirchlichen Provinz vereinigt, welcher als Metropolitan der neu verordnete Erzbischof von Freiburg im Breisgau, zugleich bischöflicher Vorsteher der freiburger Diöces, vorgesetzt ist. Ihm sind vier bischöfliche Kirchen, zu Mainz, Fulda, Rotenburg am Neckar, und Limburg an der Lahn, als SuffraganKirchen, mit eben so viel Diöcesen, untergeordnet; unter Supprimirung der bischöflichen Kirche zu Constanz und der exem-

ten Propstei Sti Viti zu Elwangen, und unter Befreiung der bischöflichen Kirchen zu Mainz und Fulda, von den seit 1801 bestandenen MetropolitanGerechtsamen des Erzbischofs von Mecheln. Die Bulle bestimmt den Umfang der fünf vereinigten Diöcesen. Sie verordnet für jedes Capitel, das erzbischöfliche und die vier bischöflichen, eine Dechanei und eine verhältnifsmäsige Anzahl von Capitularen und Dompfründnern oder Vicaren, so wie ein PriesterSeminarium. Erledigte Stühle des Erzbischofs und der Bischöfe erkennt sie denen zu, die auf canonisch gültige Art dazu werden bestellt seyn, nach vorausgegangenem InformativProcefs, welchen der Papst in jedem einzelnen Fall nach der Vorschrift Urban's VIII. veranstalten werde. In Gemäfsheit der von den Staatsregierungen gegebenen Zusagen, benennt die Bulle den Aufwand auf den Unterhalt der oben genannten Personen und Anstalten, auf die erz- und bischöflichen Canzleien, auf die BauFonds und geistlichen Versorgungshäuser, so wie die Ausstattung mit Grundgütern und Grundrenten. Sie setzt die apostolische Kammertaxe d) für die verschiedenen Metropolitan- und CathedralKirchen fest, und ernennt einen Executor der Bulle. Alles Uebrige überläfst sie, stillschweigend, den theils schon bestehenden oder bevorstehenden Verabredungen der vereinigten Staatsregierungen mit dem römischen Hofe, oder blofs unter sich, theils den Anordnungen einer jeden von ihnen. Die Bevollmächtigten der vereinigten Staaten unterzeichneten hierauf eine Convention e), betreffend ihr ferneres gleichförmiges Benehmen und die dabei zu befolgenden Grundsätze f); welcher beigefügt sind, eine Pragmatik über die gemeinschaftlich zu befolgenden Grundsätze, und Formulare der von jedem für seinen Staat auszufertigenden FundationsUrkunde, und eines in das Land zu erlassenden Edictes. IV) In dem Königreich Sachsen, bestehen: 1) für den sächsischen Theil der Oberlausitz, zu Bautzen ein Bischof in partibus als apostolischer Vicar, mit be-

stimmter Unterordnung unter den Erzbischof von Prag; 2) für den übrigen Theil des Königreichs, zu Dresden ein exemter apostolischer Vicar g), der seit 1816 zugleich Bischof in partibus ist.

a) Anfangs nur Wirtemberg, Baden, Kurhessen, GH. von Hessen, Nassau, HolsteinOldenburg, dieses wegen des Fürstenthums Birkenfeld. Die päpstliche Bulle von 1821 benennt ausser diesen, als solche, die gemeinschaftlich Abgesandte nach Rom geschickt haben, noch folgende: die Großherzoge von Mecklenburg, die Herzoge von Sachsen, (von denen jedoch S. Hildburghausen an den Verabredungen keinen Theil genommen hat), die beiden Fürsten von Hohenzollern, den Fürsten von Waldeck (der jedoch vor dem 9. Febr. 1822 von dem Verein zurückgetreten ist), die freien Städte Frankfurt, Lübeck und Bremen. Noch vor dem 9. Febr. 1822, trat auch Hamburg hinzu. (Hessen Homburg bis jetzt nicht.)

b) Hauptsächlich in Conferenzen zu Frankfurt a. M. Als Resultat dienen vorzüglich, die im Druck erschienenen *Grundzüge* zu e. Vereinbarung über die Verhältnisse der kathol. Kirche in teutschen Bundesstaaten; Beilage 8 zum Protocoll der 17. Zusammenkunft v. 30. April 1818. Fol. Auszüge aus den ConferenzProtocollen liefert: Der Kirchen- u. Staatsfreund; vorläufige Nachrichten von den Frankfurter Berathungen u. s. w. Jena 1818. 8.

c) Datirt Rom, den 20. Aug. 1821.

d) In Goldgulden des römischen Kammersatzes, deren jeden die Curie zu 4 Gulden 50 Kreuzer rheinisch rechnet.

e) Zu Frankfurt am Main, den 9. Febr. 1822.

f) Namentlich über die Besetzungsart der Erz- und Bischofstühle, der Dignitäten und CapitularStellen, bei welchen letzten päpstliche oder apostolische Monate nicht anerkannt werden. Ueberall ist gesorgt für landesherrliche Aufsicht und Mitwirkung, verhütende, leitende, genehmigende.

g) Mit dem Platz in der zweiten HofRangclasse, unmittelbar nach dem OberConsistorialPräsidenten. Bekanntmachung v. 5. Apr. 1821, in d. Gesetzsamml. für das Königr. Sachsen, 1821, St. 6.

§. 421.

Die Kirche ist dem Staat untergeordnet.

Aus dem natürlichen Verhältnifs zwischen Staat und Kirche, fliefst der Hauptsatz: eine Kirche ist nicht Staat im Staat. Als im Staatsgebiet, aber nicht des Staates wegen, bestehende Gesellschaft, mit eigenem Zweck, ist sie untergeordnet der Staatsgewalt a). Mit Recht fordert man, dafs nur unter Auctorität des Staates sie in dem Staatsgebiet bestehe b), und dafs sie jenem nicht nur nicht schädlich c), sondern vielmehr, als sittlich-religiöser Verein, nützlich sey. Antagonismus zwischen beiden, darf nicht statt finden d), Das göttliche Siegel eines religiösen Glaubens ist, wenn er wohlthätig wirkt, wie die Gottheit e).

a) Vergl. §. 192, b. *Baier.* Edict v. 26. Mai 1818, über die Rechtsverhältnisse der Einwohner in Bezieh. auf Religion u. kirchl. Gesellschaften (als Beilage 2 zu der Verfafs. Urk.), §. 50 — 79. Ph. Hedderich elem. juris canon., P. I. §. 118—123. A. Michl's Kirchenr., §. 1. Jac. Gaupp über das Verhältnifs der protestant. Kirche zum Staat. Glogau 1820. 8. — Die *römische Curie* fordert, für die katholische Kirche, von der weltlichen Macht durchaus unabhängige Selbstständigkeit. Ihr CulminationsPunct fällt in das Zeitalter Gregor's VII. (Hildebrand's), Innocenz III., und Bonifacius VIII., wo sie auf falsche Decretalen, auf eine aus den heterogensten Theilen gemischte canonische Gesetzgebung, ihr hierarchisches Gebäude aufführte. In Grundsätzen und Absichten, ist sie seitdem sich stets gleich geblieben. *Rome ne recule pas.* Mit ihrem StabilitätsPrincip würde die Curie sich erhalten, wenn, ihr gegenüber, auch die Civilisation still stände und stehen könnte. Da aber diese mächtigere Grösse unaufhaltsam fortschreitet und sich verbreitet, so wirkt dieselbe — wenn auch nur allmählig, doch unwiderstehlich — zerstörend auf Alles, was, wie der Curialismus, mit ihr in Widerstreit kommt. — In dem Mittelalter schreckte päpstliche *Excommunication* die weltlichen Regenten bei Irrungen mit dem röm. Hofe. Ohne die beabsichtigte Wirkung blieb die ExcommunicationsBulle v. 10. Jun. 1809, welche *Pius* VII. wider Napoleon als eine Art von politisch-kirchlichem Manifest erliefs, ohne darin dessen

Namen auszudrücken. Hieraufe rfolgte als GegenManifest, *Napoleon's* Umlaufschreiben an die kathol. franz. Bischöfe, aus seinem Heerlager zu Znaim in Mähren den 13. Jul. 1809. De Pradt les quatre Concordats, T. II et III, (Paris 1818. 8.), ch. 27—40. Schoell archives hist. et polit., T. II et III (Paris 1809. 8.) J. S. Vater, Napoleon Bonaparte und die Päpste des Mittelalters, e. hist. Parallele. Leipz. 1815. 8. Vergl. §. 424a, c.

b) Als *politische* oder *Staatsanstalt*, wird die Kirche von Einigen dargestellt. J. J. Burlamaqui, in s. Principes ou élémens du droit politique, P. III. ch. 3. p. 219. Die Einheit des Staates und der Kirche. Leipz. 1797. 8. H. Stephani über die absolute Einheit der Kirche und des Staates. Wirzb. 1802. 8. — J. C. Greiling's Hieropolis, ein Versuch über das wechselseitige Verhältnifs des Staates und der Kirche. Magdeb. 1802. 8. Lotz über den Begriff der Polizei, 410 ff. Gutachtlicher Entwurf einer gesetzlichen Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, von J. B. T. Nürnb. 1807. 8. Staat und Kirche. Dortm. 1808. 8. J. Reibel's Staat und Hierarchie. Tüb. 1810. 8. *Ebendess.* Diöcesanverhältnifs katholischer Bischöfe in Ansehung kathol. Unterthanen und Einwohner protestantischer Länder. Nebst einer Ansicht der Verhältnisse zwischen der landesherrl. u. kathol. Kirchengewalt. Ulm 1806. 8. Franz Frhr. v. Droste über Kirche u. Staat. Münster 1817. 8. H. Grotius de imperio principum circa sacra. Paris 1647. 8. Les devoirs respectifs de l'état et de l'église appellés à leurs principes. 1767. 8. Scheidemantel's Staatsr. nach d. Vernunft, II. 21. Anti-Leviathan (Gött. 1807. 8), Heft I, Cap. 3. Schriften u. Schicksale des Febronius (s. §. 419, Note a). — Dagegen s. man die Grundsätze der *Jesuiten*, von Spittler entwickelt in der Deutschen Encyclopädie, Bd. XVII (Frankf. 1793. 4.), S. 822 ff.

c) Aber- und Unglaube. Moser v. der Landeshoh. in Polizeisachen, 47. — Landesherrliche Verfügungen wider des Pater Gassner's Unfug durch Teufelsbeschwörungen. Schmidt's Gesch. der Deutschen, fortges. v. Milbiller, Th. XXII, S. 23. Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh., Th. I, S. 1092 u. 1096. — Neuere Streitigkeiten zwischen weltl. Regenten und dem Papst, in P. J. v. Huth's Kirchengeschichte des 18. Jahrhunderts, Th. I (Augsb. 1807. 8.), S. 323—346.

d) Erinnerung an die DecretalenSammlung des PseudoIsidor, die angilramnischen Capitel, die Dictatus Hildebrandinos, die päpstl. Regulas Cancellariae, und an das berühmte *Dissidium* inter *imperium* et *sacerdotium*. Pütter's Handb. der t. Reichsgeschichte, I. 225. r — *Bulle* in Coena Domini, von Pius V

1568, Gregorius XIII. 1584, u. Urban VIII. 1627; in Gärtner's corp. juris eccl., I. 365—379. (J. F. Le Bret's) Pragm. Geschichte der Bulle in Coena Domini. Th. I—IV. Ulm 1769—1770. 4. Neue Aufl. des Th. I u. II. 1772. — Bockhold's Lehren, s. Robertson's Geschichte Carls V. — Weigerung der Quäcker und Mennoniten, an den Wehr- und Waffenanstalten des Staates persönlich Theil zu nehmen.

e) Practisch wichtiger Unterschied, zwischen *Religion* (z. B. Christenthum) und *Theologie*, und zwischen *Religion* und *Kirche*.

§. 422.

Grenze und Bestandtheile der Kirchenhoheit.

I) Die Kirchenhoheit (§. 419) wird begrenzt, natürlich, durch das Reich des Gewissens a) und die SocialGewalt der Kirche b), positiv, durch Uebereinkunft. II) In ihr sind begriffen c): das ReformationsRecht (jus reformandi) oder das Majestätsrecht der bürgerlichen Religionsduldung, das Recht der Aufnahme, Zulassung oder Gestattung religiöser Gesellschaften d); das Schutz- oder Schirmrecht (jus protectionis s. advocatiae secularis) über die aufgenommenen ReligionsGesellschaften, in Hinsicht auf moralische Persönlichkeit und Eigenthum derselben; das Recht der weltlichen Oberaufsicht (jus supremae inspectionis), ein negatives Recht (Veto), zu wachen, daſs diese ethischen Vereine, durch kirchliche Wirksamkeit, insbesondere durch Lehre und Cultus, dem Staatszweck nicht hinderlich werden e).

a) Für Meinungen, Glauben, Wissen, ist der Mensch sich selbst Gesetzgeber. — Allgem. *preuſs.* Landr., Th. II, Tit. 11, §. 1—4. F. C. v. Moser's Rechte der Menschheit in Religionssachen. 1782. 8. Rousseau contrat social, liv. IV, ch. 8.

b) Wahres Verhältniſs zwischen Theokratie und Kosmokratie, geistlicher und weltlicher Macht, Sacerdotium et Imperium. Verschiedenheit ihrer Zwecke. Vergl. J. A. Rugel's Kosmokratie und Theokratie, in ihrer wechselseitigen Verbindung. Freib. u. Constanz 1812. 8.

c) G. L. Boehmer princ. juris canon., §. 20. sqq. Moser von der Landeshoheit im Geistlichen (1773), 57. 249. P. A. Frank's Grundbetrachtungen über Staat u. Kirche (Mainz 1784.), §. 13 ff. Majer's geistl. Staatsr., I. §. 12 f. II. §. 42. Scheidemantel a. a. O. II. 23 ff. 47—60. — Vom landesherrlichen Recht über gemischte Gegenstände, s. Michl's Kirchenr., §. 28.

d) K. J. Wedekind, die Aufnahme neuer Kirchen im Staate. Gött, 1803. 8. Baier. Relig. Edict v. 24. März 1809. §. 32 u. 55—94. — Mehrere ReligionsParteien im Staat zu dulden, ist das Meisterstück der Politik, und das sicherste Mittel, keine fürchten zu dürfen.

e) Vergl. §. 427. Für diesen Zweck war für den heidnischen Cultus in dem römischen Staat, eine eigene Staatsbehörde bestimmt, der *Pontifex maximus*, ein Amt welches seit Julius Cäsar sogar die Imperatoren, selbst die christlichen bis auf Gratian (480) bekleideten. — Im *CollisionsFall*, müssen die Kirchengesetze den Gesetzen des Staates, dessen Schutz die Kirchengesellschaft geniefst, nachstehen.

§. 423.

Kirchengewalt u. Kirchenregiment, mit ihrem Verhältnifs zu dem Staat.

I) Die Social- oder CollegialKirchengewalt (potestas socialis ecclesiae) steht ursprünglich nur der Kirchengesellschaft a) zu, als Inbegriff ihrer gesellschaftlichen Rechte; ohne Unterschied des religiösen Lehrbegriffs, sowohl der beiden christlichen, in Teutschland befindlichen HauptGlaubensparteien b), als auch der übrigen, christlichen und nicht christlichen, GlaubensParteien und Secten c). II) Das Recht zu Ausübung dieser Gewalt, das Kirchenregiment oder die Kirchenregierung (regimen societatis ecclesiasticae), kann von der Gesellschaft selbst, ihrem Zweck gemäfs, bestimmt werden, in Absicht auf Anordnung, Vollziehung und Aufsicht d); doch so, dafs die Festsetzung oder Anordnung des kirchlichen Lehrbegriffs (§. 426 u. f.), als seiner Natur nach von fremdem Willen schlechthin unabhängig, unter das Kirchenregiment nicht gezogen werden kann. III) Wie

aber auch die Organisation einer Kirche und ihrer SocialGewalt, oder der Inhalt ihres Lehrbegriffs seyn mag, so dürfen solche doch die natürlichen Bedingungen ihres Daseyns in dem Staat nicht ändern; auch nicht, die etwa vorhandene Uebereinkunft (Concordat) über das wechselseitige Verhältniſs zwischen Staat und Kirche.

a) Scheidemantel a. a. O. II. 30 ff. Baier. Edict v. 24. März 1809 §. 55 u. 56. Badisches Constit. Edict v. 14. Mai 1807, §. 11 u. 20. — Von den verschiedenen Kirchengesellschaften oder *Glaubens Parteien*, s. Meusel's Literatur der Statistik, I. 68 f. K. T. G. Schönemann's Grundriſs einer Statistik des teutschen Religions- und Kirchenwesens. Gött. 1797. 8. H. Stäudlin's kirchliche Geographie und Statistik, oder Darstellung des gegenwärt. Zustandes der christl. Religion. Tüb. I. u. II. Bd. 1804. gr. 8. G. J. Planck's Gesch. der christl. kirchl. Gesellschaftsverfassung. Bd I — V. Hannover 1803 — 1809. 8. (der 3. bis 5. Band auch unter dem Titel: Geschichte des Papstthums etc.) *Ebendess* Abriſs einer histor. u. vergleichenden Darstell. der dogmat. Systeme unserer verschied. christl. Hauptparteien. Gött. 1796. 8. Reinhard's Geschichte der religiösen Ideen. L. Meiner's allg. kritische Geschichte der Religionen. I u. II. Bd. Hannover 1806 u. 1807. 8. Histoire des sectes réligieuses, depuis le commencement du siècle dernier; par Grégoire. T. I et II. Paris 1809. 8. Bisinger's vergleichende Darstell. der Staatsverfaſs. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), §. 86 — 98, S. 367 — 463.

b) Die *christlichen* GlaubensParteien, sind in Teutschland zweifach: 1) *römisch-katholische*, 2) *evangelische*. Die Evangelischen unterscheiden sich, in *augsburgische ConfessionsVerwandte* (A. C. addictos) und *Reformirte*; ein Unterschied der jedoch seit 1817 an vielen Orten aufgehoben ist, durch Vereinigung beider Theile zu einer *evangelischen*, *evangelisch-christlichen*, oder *evangelisch-protestantischen* Kirche (§. 424 b). — In den Reichsgesetzen und in dem KanzleiStyl, wurden unter den *A. C. Verwandten*, in dem weitern Sinn, auch die *Reformirten* mitbegriffen. Unten §. 424 b, e. Klüber's Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des t. Staatsr., §. 106, Note f. — Auch 1815 zu Wien, bei Unterhandlung der teutschen BundesActe, ward die sonst von Einigen gebrauchte Eintheilung in *drei* christliche GlaubensPartelen (Katholische, A. C. Verwandte, u. Reformirte) verworfen. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 439. — Die ganze abendländisch-christliche Kirche, als Eine Allge-

meine zu betrachten, die nur in die römisch-katholische und protestantisch-katholische getheilt sey, schlägt vor, H. Stephani, das heil. Abendmahl (Landsh. 1811. 8.), S. 69.

b) Von *Mennoniten*, F. D. Häberlin's neue t. Reichsgeschichte, VIII. 649. Moser's Religionsverfass., 25. *Ebendess.* Abh. aus d. Kirchenr. 89 ff. v. Balemann's Visitationsschlüsse, 86. 468. Hoscher's Rechtsf. am R. K. G., I. 134. ff. J. R. Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh., II. 996 ff. — Von nichtunirten *Griechen* und von *Mahometanern*, Klüber's Uebersicht d. dipl. Verhandl. des wien. Congr., S. 416. v. Huth's Kirchengesch. des 18. Jahrh., Th. I, S. 459—486 u. 536. Moser's angef. Abh. 111. 114. 126. — Von *Herrnhutern*, Hommel rhaps. obs. 211. voc. Zinzendorfianus. Moser a. a. O. 111. Huth a. a. O. Ueber die evangelische Brüdergemeinde. 1798. 8. Klüber's angef. Acten etc., Bd. II, S. 440. — Von *Pietisten*, Moser, 111. 136. 195. Schlegel a. a. O. II. 350—418. Mosheim's Kirchengesch., IV. 353—371. Huth a. a. O. I. 533. — Von *Schwenckfeldern*, Schlegel, II. 1065. Huth, I. 544. — Von *Philiponen* oder *Filiponen*, Hassel's statist. Umrifs, Th. I (1805), preufs. Monarchie, S. 31. — Von *Separatisten*, Huth, I. 545. Badische Verordn. v. 10. Mai 1808. Rhein-Bund, XVIII. 454. — Von *Methodisten*, *böhmischen Brüdern*, *Quäckern*, *Butlarianern*, *Rosdorfianern*, *Brügglerianern*, *Inspirirten*, *Gichtelianern*, *Montpellianern*, s. Huth a. a. O. I. 533 ff.

d) Zu den *Collegial-* oder *SocialRechten* einer Kirche gehören: Errichtung kirchlicher Disciplinar- und Verwaltungsordnungen; kirchliche Aufsicht auf die Amtsverwaltungen der Kirchenbeamten, u. auf die Verwaltung des Kirchenguts, namentlich mittelst der KirchenVisitation; Verfügung und Vollziehung der Kirchenstrafen.

§. 424a.

In der römisch-katholischen Kirche.

IV) In der römisch-katholischen a) Kirche galt zeither, in dieser Hinsicht, das Princip monarchisch-repräsentativer Einheit (Pontificat). Nach solchem, ist die Verfassung der Kirche (monokratisch und primatisch) eingerichtet b) auf einen verfassungsmäsigen obersten Vorsteher (totius universitatis ecclesiasticae rectorem, et unitatis primarium custodem), mit unveräufserlicher Bind- und Lösekraft für die Gewissen, und mit allgemeinem Recht auf

Erhaltung der Einheit oder des Zusammenhanges des Glaubens und der Sitten, auf provisorische beschränkte Gesetzgebung, und auf oberste Leitung und Verwaltung in Kirchensachen, jedoch abhängig von den Beschlüssen der Kirchenversammlungen, dieser Vertreter der einzelnen Kirchengemeinden, und alle kirchlichen Gemeinden bilden zusammen eine (allgemeine) Kirche. Die gepriesene Zeit der ersten christlichen Jahrhunderte, zeichnete sich aus, durch eine demokratisch-repräsentative Form der kirchlichen Verfassung, und durch Anerkennung der rechtmäsigen Obergewalt des Staates. Diese ächten Grundsätze, haben in dem Lauf der Jahrhunderte rechtlich weder vernichtet noch geschwächt werden können c). In den teutschen Bundesstaaten, steht das katholische KirchenRegiment zunächst den Landesbischöfen zu, in festgesetzter Verbindung theils mit ihren Domcapiteln theils mit dem MetropolitanErzbischof, und mit verfassungsmäsiger Unterordnung sowohl unter den Papst als auch unter die Kirchenversammlungen.

a) Die römisch-katholische Religion hiefs, in Reichsgesetzen des XVI. Jahrhunderts, auch die *alte*.

b) Von dem Streit, ob die *Form* des Kirchenregimentes monarchisch, aristokratisch, oder demokratisch sey? s. Justin. Febronius abbreviatus et emendatus, c. I. §. 5. p. 20. sqq. — *Primat* des Papstes, und jura primatus, vel primigenia seu essentialia, vel adventitia seu accidentalia, ebendas. c. III. per tot., c. IV. §. 3., c. VII. §. 3. — Rechte der *Metropoliten*. — *Papal-* und *Episcopal*System. Nach dem letzten, gilt als Regel: omnes Apostoli in apostolatu, omnes Episcopi in episcopatu, sunt *pares*. Ebendas. cap. I. §. 4. Dawider streitet der *Ultramontanismus* oder Curialismus, nebst dem Jesuiten- und Mönchthum, mit päpstlicher Unfehlbarkeit. Den *Jesuiten*-Orden hob eine Bulle Clemens XIV. von 1773 (in Martens recueil, IV. 84. 106.) auf ewige Zeiten auf, als höchst gefährlich für Kirche und Staaten: eine Bulle Pius VII. von 1814 (in Martens supplém. VI. 46.) stellt ihn auf ewige Zeiten wieder her, als höchst nützlich und nothwendig sogar für Kirche und Staaten, und angeblich auf vielfaches Verlangen fast der ganzen katholischen Welt. Die römische Curie u. die Jesuiten. Carlsr. 1818. 8. Deutsche Encyclopädie, Bd. XVI (Frankf.

1793. 4.), S. 65—143, u. S. 813—828. — Von den Behauptungen des römischen Hofes, in Hinsicht auf das geistliche *Instanzenrecht*, s. man (J. B. a Horix) De appellationibus et advocationibus ad curiam romanam. Francof. 1771. 4. J. G. Körner de provocationibus ad sedem rom. Lips. 1785. 8. Geschichte der Appellationen von geistl. Gerichtshöfen. Frankf. u. Leipz. 1788. 8. T. C. Hartleben über d. Recht d. Papstes, die teutschen *Synodal Richter* der *dritten* Instanz für jede geistl. Streitsache zu bevollmächtigen. Bamb. u. Wirzb. 1805. 8.

c) Als *Hauptquellen* für *ächte* (vorisidorische und vorbildebrandinische) Grundsätze, in Absicht auf das *Verhältniſs* zwischen dem *Staat* und der *römisch-katholischen Kirche*, sodann in Hinsicht auf die Rechte der allgemeinen und besondern *Kirchenversammlungen* (concilia oecumenica seu universalia und particularia, sive nationalia, sive provincialia, sive dioecesana), des *päpstlichen Primats*, und der *Erz-* und *Bischöfe* (EpiscopalSystem), dienen: 1) die Kirchenverfassung der sechs ersten Jahrhunderte, und die Beschlüsse der ökumenischen Kirchenversammlungen dieses Zeitraumes (J. H. Böhmer's Kirchenstaat derer 3 ersten Jahrh. Halle 1733. 8. W. C. L. Ziegler's pragm. Gesch. der kirchl. Verfassungsformen in den ersten 6 Jahrh. Leipz. 1798. 8.); 2) die Beschlüsse der costnitzer, und 3) der baseler allgem. Kirchenversammlung; 4) die Urkunde über die Acceptation der Decrete der baseler Kirchenversammlung, auf dem Reichstag zu Mainz 1439; 5) das frankfurter oder FürstenConcordat von 1446; 6) die Beschlüsse der tridentinischen Kirchenversammlung; 7) die Declaratio cleri gallicani a. 1682 facta (les 4 articles du clergé de France); 8) die bad-emser Punctation der Erzbischöfe von Mainz, Trier, Cöln, und Salzburg, von 1786, in Gärtner's corp. juris eccl. Cathol. II. 347; 9) die Beschlüsse der Diöcesan-Synode von Pistoja in Toscana, von 1786; 10) die Geschichte der Bischöfe (des Erzbischofs von Utrecht u. des Bischofs von Haarlem) der utrechter Provinz oder Ecclesia Ultrajectina, seit 1752; 11) die Verfügungen verschiedener katholischer Souveraine, z. B. Joseph's II., des Groſsherzogs von Toscana Peter Leopolds (nachher Kaiser Leopolds II.), K. Ferdinands IV. von Neapel, u. a.; 12) die Schriften unparteyischer Gelehrten, z. B. Sarpi, de Marca, Dupin, Thomassin, Barclay, Neller, Pereira, Febronius (v. Hontheim), Wolf, Michl, des Abbé Tamburini (Vraie idée du St. Siège. Traduit de l'italien, sur l'édition publiée à Milan en 1818—1819. à Paris 1820. 8.), u. A. — Von der *Politik* des *römischen Hofes*, in Verhältniſs sowohl zu den Erzbischöfen, als auch zu den weltl. Regenten, s. §. 421 a, den oben (§. 419, a) angef. Febronius, u. das mei-

sterhafte Tableau historique de la politique de la cour de Rome. Paris 1810. 8. Auch teutsch übersetzt: Historisches Gemälde der Politik des röm. Hofes (von J. L. Koch). Frankf. 1813. 8. Essai historique sur la puissance temporelle des Papes. Paris 1818. 8. Die neuesten Bemühungen eines geheimen römisch-teutschen ObscurantenClubs. Teutschl. 1817. 8. Michl's Kirchenr., §. 17 u. f. — Eine Uebersicht der Rechte, Freiheiten und Gebräuche der kathol. Kirche, in den meisten europäischen Staaten, findet man in Real's science du gouvernement, T. VII, ch. 4 et 5.

§. 424 b.

In der evangelischen Kirche; u. in der jüdischen.

V) In der durch die KirchenReformation [a]) gebildeten evangelischen [b]) oder protestantischen [c]) Kirche, sowohl nach der augsburgischen Confession [d]), als auch nach dem Glaubensbekenntnifs der Reformirten [e]), besteht keine äussere allgemeine Vereinigung der verschiedenen Kirchengesellschaften. Doch können auch hier mehrere einfache Kirchengesellschaften, z. B. alle in demselben Staatsgebiet, oder in einem Theil desselben, am besten in demokratisch-repräsentativer Form [f]), eine zusammengesetzte Kirche (Landeskirche, kirchliche Sammtgemeinde) bilden, und es kann selbst eine äussere Vereinigung der protestantischen Kirchengemeinden beider Art statt haben [g]). VI) Auch in der jüdischen oder mosaisch-israelitischen Kirche, besteht keine äussere allgemeine Vereinigung [h]).

a) K. L. Woltmann's Geschichte der Reformation in Teutschland. 3 Theile. Altona 1801—1805. 8. Zweite Aufl. 1817. J. A. Liebner's ReformationsGeschichte D. Luthers. Erf. 1811. 8. P. Marheinecke's Gechichte der teutschen Reformation. 2 Theile. Berlin 1816. 8. Essai sur l'esprit et l'influence de la réformation de Luther; par Charles Villers. Paris 1804. 8. Auch in zwei teutschen Uebersetzungen. Dawider erschien: Ueber den Geist u. die Folgen der Reformation. Deutschl. 1810. 8. Zweite Aufl. 1817.

b) Von der Benennung: *Evangelische*, s. Instr. Pac. Osnabr.

X. 16. Estor Opusc., P. II. praef. §. 15. v. Schauroth's Samml. der Conclusor. Corp. Evang., I. 785. E. L. Posselt Systema jurium C. E. p. 30. sq. J. G. Marezoll, warum nennt sich unsere Kirche die *evangelische?* Jena u. Leipz. 1811. 8.

c) Den Evangelischen wird auch der Name *Protestanten* beigelegt. Instr. Pac. Osnabr. VII. 1. — Woher? Heinrich's Reichsgesch.. V. 251 ff. 260. 466 ff. Rosenmüller, warum nennen wir uns Protestanten? 1791. 8. Herzogl. magdeburgische (preussische) Mifsbilligung dieser Benennung, bei Schauroth a. a. O. I. 402.

d) Confessio Augustana et Responsio pontificia, c. M. Weber. Berol. 1810. 8. Beide stehen auch (nach Andr. Fabricii Ausgabe, Cöln 1573), mit Varianten, in Le Plat's monumentor. ad concilii Tridentini historiam spectantium collectione, T. II. (Lovanii 1782. 4.) p. 332. sqq. — Von der Geschichte und dem Original der augsburgischen Confession: M. Weber's krit. Geschichte der A. C. Bd. I u. II. Weimar 1783 u. 1784. 8. Heinrich's t. Reichsgesch., V. 281 ff. P. W. Gercken's Reisen, III. 60. Pütter's Lit., 62. Klüber's Lit., §. 863. — Die Benennung *A. C. Verwandte* kommt, in Reichsgesetzen, zuerst vor, in dem R. A. v. 1543, §. 34—36. Estor deliu. juris publ. eccles. Protestant., c. 6. §. 2. — Luther selbst eiferte wider alle Parteinamen, z. B. Lutherische und Lutheraner. — Die *BrüderGemeinden* oder *Herrnhuter*, sind, in dem Königreich Sachsen, als der A. C. gemäfs auerkannt. v. Römer's kursächs. Staatsr., II. 507. Hommel rhaps., obs. 211. voc. *Zinzendorfianus.* Anders, 1750, in dem IsenburgBüdingischen. Moser's Abhandl. aus d. Kircheustaatsr., 143.

e) Anfangs sprachen die Reichsgesetze nur von «*Beiden*» Religionen, der *alten* und der *A. C.* Reichsabschied v. 1555, §. 17. 1566, §. 5. Es wurden aber hierunter die *Reformirten* noch nicht mitverstanden. Moser a. a. O. 61. *Ebendess.* Nebenst., IV. 477. — Vor dem westph. Frieden, wurden die Reformirten öffentlich nicht anerkannt. Estor l. c. c. 6. §. 3. Pfanner hist. P. W., c. 5. §. 38. sqq. Moser's Abh. aus d. Kirchenr., 147. Schauroth a. a. O. II. 407. — Von der confessione *Tetrapolitana*, s. Heinrich's t. Reichsgesch., V. 292.

f) Wirtemb. VerfafsVertr. v. 1819, §. 75 u. f. Paulus, in dem Archiv für landständ. Angelegenheiten, Bd. II, S. 1 u. ff. Regulativ über die kirchl. Rechtsverhältnisse der evangel. reformirten Glaubensgenossen in d. königl. sächs. Landen v. 7. Aug. 1818; in d. Gesetzsammlung f. d. Königr. Sachsen, 1818, St. 9.

g) *Nassauisches* Edict v. 11. Aug. 1817, wodurch die äussere Vereinigung der beiden protestantischen Landeskirchen zu einer einzigen, unter dem Namen der *evangelisch-christlichen*, be-

stätigt wird. *Badische* Verordn. v. 23. Jul. 1821, welche die Vereinigung der Kirchen beider evangel. Confessionen, unter dem Namen der *evangelisch-protestantischen* Kirche genehmigt; in d. Regier. Blatt v. 21. Sept. 1821. Aehnliche Vereinigungen erfolgten seit 1817, bei vielen evangel. Gemeinden der preussischen Staaten, des Kurf. Hessen, des GH. Hessen, insbesondere in Rheinhessen, u. a., auch in St. Petersburg. Anderswo erfolgte eine äussere modificirte Vereinigung, verbunden gewöhnlich mit unbeschränkter innerer. Den äussern Anlafs zu diesen verschiedenen Vereinigungsarten, gab die dreihundertjährige Jubelfeier der Kirchenverbesserung, im Oct. 1817. J. G. Meusel über die Vereinigung der beiden evangel. Religionsparteien. Erl. 1818. 8.

h) Seit der *Sanhedrin* oder das Synedrium (Rathscollegium), diese höchste geistliche und weltliche Behörde zu Jerusalem, nach der Zerstörung Jerusalems durch die Römer, mit dem jüdischen Staat selbst aufgelöset ist. — In Teutschland, gründete sich die *Toleranz* der *Juden* auf ein uraltes Reichsherkommen, und auf Reichsgesetze von 1548 u. 1577. Gerstlacher's Handb. der Reichsgesetze, X. 1889. Moser a. a. O. 72. 114. *Ebenders.* von der Landeshoh. im Weltlichen, VIII. 2. Hoscher's Rechtsf. am R. H. G., I. 133. (v. Rieffel's) Reichshofrath, II. 120. — Von den heutigen Rechten u. der bürgerl. Verbesserung der Juden, vergl. oben §. 171 u. 379. — J. C. G. Bodenschatz kirchl. Verfassung der heutigen Juden, sonderlich in Teutschland. Th. I—IV. Erl. 1748. 4. (Moses Mendelson's) Ritualgesetze der Juden. Vierte Aufl. Berl. 1799. gr. 8. — Schilderung des rabinischen Judenthums, in Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congresses, S. 389 ff. Dem durchaus rabinischen Judenthum oder dem Talmudismus gegenüber, bildet sich seit einiger Zeit, wiewohl für eine verhältnifsmäsig noch geringe Anzahl von Bekennern, ein nicht-rabinisches, welches wahrscheinlich zu reinem Deismus oder VernunftReligion sich erheben wird.

§. 425.

Uebertragung des Kirchenregimentes an weltliche Regenten.

VII) Nach der Lehre und Verfassung der katholischen Kirche, kann ein weltlicher Regent, als solcher, zu dem Kirchenregiment (§. 423) auf keine Weise be-

fügt seyn. Hiedurch und durch das staatsrechtliche Verhältnifs der Kirche zu dem Staat überhaupt (§. 423), bestimmt sich der Umfang der Gerechtsame weltlicher Regenten, katholischer und evangelischer, über die katholische Kirche in ihren Staaten a). VIII) Evangelische b) Regenten befinden sich, über evangelische Unterthanen, gewöhnlich in dem Besitz des Kirchenregimentes. Der Grund hievon c) wird gesucht, bald in einem Episcopal- oder DevolutionsSystem d), bald in einem Souverainetäts- oder TerritorialSystem e), bald in dem Social- oder Collegial- f), wenigstens CollegialEpiscopal- oder vermischten g) System. Nach Verschiedenheit des Grundes der Kirchengewalt, ist der Umfang der unter ihr begriffenen Rechte verschieden. Ein bestimmtes Mitwirkungsrecht kann einer kirchengesellschaftlichen Behörde zustehen, z. B. einer Synode, die General-, oder ProvinzialSynode seyn kann, einem Presbyterium, den Landständen, als Vertretern der Kirchengesellschaft, u. d.

a) *Wirtemb.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 78 ff. J. Reibel's DiöcesanVerhältnifs etc., s. oben §. 421, Note a. Actenstücke über die in den Jahren 1814 u. 1815 verfügte Trennung der zum Bisthum *Constanz* gehörigen *schweizer Cantone* von der constanzer Diöces; in d. *Archiv* für das katholische Kirchen- u. Schulwesen, Bd. III (Frankf. 1815. 8.), St. 2, S. 113 ff. St. 3, S. 166 — 176, S. 186 — 189. J. S. Vater's Erörter. des Verhältnisses katholischer Landesherren zu dem Papste. Königsb. 1819. 8.

b) Bisweilen sogar *katholische*. Die königl. *baierischen* Edicte von 1809, über Prüfung der protestantischen PfarramtsCandidaten, über Bildung der Mittelstellen (GeneralDecanate) für die protestantischen Kirchengemeinden, über die äussern Rechtsverhältnisse des Königreichs in Beziehung auf Religion u. kirchl. Gesellschaften, über die SchullehrerSeminarien, die Instruction für das GeneralConsistorium (Reg. Blatt 1809, St. 10, 40, 43, 65), bilden ein ziemlich vollständiges protestantisches KirchenStaatsrecht. In einem königl. *baierischen* Decret v. 18. Jul. 1822, die Einführung von Presbyterien in den evangel Kirchengemeinden A. C. betr., wird dem König ein oberstes *Episcopat* über die protestantische Kirche in dem

baier. Staat beigelegt. — Dagegen übertrug in S. *Gotha* u. *Altenburg*, im J. 1822, der neue katholische Herzog jede staatsoberherrliche Wirksamkeit in evangelischen Kirchensachen, ausschliessend seinem GeheimenrathsCollegium.

c) Pütter's Erörterungen, Bd. II. Michl's Kirchenr., §. 19—21, S. 57 — 77. — Schriften in Pütter's Lit., III. 706. Klüber's Lit, §. 1493.

d) v. Mosheim's Kirchenr der Protestanten, 572. 579. u. ebendas. die Zusätze von C. A. Günther, in der neuen Ausgabe von 1806. Herm. Becker's Gedanken und Erläuter. über das Kirchenr., S 514. 534. Dan. Nettelbladt obss. juris eccles., obs. VI. p. 105. *Ebenders.* v. d. wahren Gründen des protestant. Kirchenr. (1783), Num. 3. Hancker diss de jure circa sacra, p. 44. 61. 90. C. F. v. Moser, u. A. Grofsherzogl. *hessische* Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren betr., v. 1. Aug. 1807, §. 40 — Auch der katholische Grofsherzog von *Wirzburg* legte sich, über seine *evangelischen* Unterthanen, die höchste Episcopal-' und Kirchengewalt bei. Rhein. Bund, X. 30 u. 32.

e) Chr. Thomasii vindiciae juris majestatis circa sacra. Hal. 1699. J. H. Böhmer consult. et decis., T. I. resp. 15. p. 158. J. J. Moser's Abhandl. aus dem t. Kirchenr. (1772. 8.), S. 1 ff. *Ebendess.* Lebensbeschreib., IV. 197. (Fölsch) Erläuter. des t. Staatsr. (Wien 1793), S. 511. 515.

f) Vermöge eines von der Kirchengesellschaft, ausdrücklich oder stillschweigend erhaltenen Auftrags. C. M. Pfaffii origines juris eccles. Tub. 1719. 4. *Ebenders.* de jure sacrorum absoluto et collegiali. J. U. Cramer de jure circa sacra collegiali et majestatico. Marb. 1736. G. L. Böhmer princ. juris canon., §. 162. sqq. Schnaubert's Kirchenr. der Protest., §. 48. Pütter's Erörter., Bd. II, Heft 1. Vergl. Uebersicht der geistl. Staatsgeschichte (1789. 8.), S. 144. 149.

g) Dan. Nettelbladt diss. de imperii sacri statuum protestantium vera natura et indole. Hal. 1751.

§. 426.

Rechte und Pflichten des Staates: in Absicht 1) auf Gewissensfreiheit, Unduldsamkeit, u. Fanatismus; 2) auf religiöse Dogmen, Maximen, und Lehrbegriff der Kirche.

I) Da die Staatsgewalt begrenzt wird, durch das Reich des Gewissens (§. 422), und da der Staat nicht

weniger, als die Kirche, ein Verein ist, welcher das Emporstreben der Menschen zu einem vollendeten Zustand befördern soll; so ist der Staat verpflichtet, die Gewissensfreiheit, die Selbstständigkeit der moralischen Urtheilskraft, anzuerkennen und zu schützen, folglich Ausbrüchen der Unduldsamkeit und des Fanatismus wirksam zu begegnen a). Er mufs wollen, dafs Liberalität in dem Forschen und Mittheilen der ReligionsIdeen, das Glück der Staatsgenossen erhöhe. II) Diesem gemäfs, bleiben alle religiösen Dogmen und Maximen, der freien Ueberzeugung der Individuen b), die Bestimmung des kirchlichen Lehrbegriffs oder Symbols c), der Kirche überlassen d). Bei jenen und diesem, ist Abänderung, Mehrung und Minderung zulässig; und die Befugnifs hiezu, kann von Niemand, auch durch Vertrag der Interessenten nicht, aufgehoben werden e). Blofs negativ wird die Autonomie der Kirche, in Bestimmung ihres Lehrbegriffs, beschränkt f), durch ihre Unterordnung gegen den Staat.

a) *Baier.* Verfafs. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9. *Wirtemb.* Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 24 u. 27. Michl's Kirchenr., §. 15.

b) Eine Folge hievon, ist die Freiheit der Individuen, ihre Religion zu *ändern.* Moser's Religionsverfassung, 34 ff. Schnaubert's Kirchenr. der Protestanten, §. 75.

c) Der *Form* nach, kann in einer Kirche das *Symbol* zweifach seyn: 1) *Glaubensbekenntnifs* oder Confession, ein Inbegriff der religiösen Sätze, welche die Mitglieder der Kirche für wahr erklären; 2) *Lehrbegriff* oder Religionslehre in dem engern Sinn, eine Vorschrift, gegeben von der Kirche ihren Lehrern, für den religiösen Lehrvortrag. — Von einem *ReligionsEid* der Kirchenlehrer. Klüber's Lit., §. 1499[b].

d) Hydderich elem. juris can., P. I. §. 123. «Zwar gehen ReligionsIdeen nur den Menschen, nicht den Bürger, an, und der Staat, der keine *Fähigkeit* hat, zu beurtheilen, welche ReligionsIdeen wahr oder falsch seyen, hat noch weniger *Recht* und *Macht*, bestimmte Arten derselben dem Bürger aufzuzwingen. Aber schützen mufs er jedem seine Religion, wie seine Person und Habe; auch sorgen mufs er, dafs keine Art von Religion die höheren Zwecke der bürgerlichen

Gesellschaft störe *a*). A. L. Schlözer's Staatsgelahrtheit, I. 21. F. C. v. Moser an dem §. 394 a. O.

e) Da bei den *Evangelischen* vollkommene Gewissensfreiheit, und nur die Bibel als Grundlage des religiösen Glaubens gilt, mithin selbsteigene Prüfung der Glaubenssätze zulässig ist (rechtliche Freiheit der Exegese); so sind *unveränderliche* symbolische Bücher bei ihnen nicht denkbar. Vergl. Erklärung des k. *preuſs.* Depart. d. auswärt. Angel. v. 18. Febr. 1791, in A. F. W. Crome's Ausgabe d. Wahlcap. K. Leopold's II. (Hildburgh. 1791. 4.), Anhang S. 9—16. Crome ebendas. S. 21 — 37. Schnaubert's Kirchenr. d. Protest., §. 156. v. Bülow's Betracht. über die Wahlcap. Leop. II., S. 99 — 111. G. L. Voigt's gemeinnütz. Abh. (1792. 8.), S. 168 ff. (Fölsch) Erläuter. des t. Staatsr. nach Pütter (1793. 8.), S. 155. Klüber's Lit., 583. Vergl. unten §. 433, Note e.

f) Das Gegentheil behauptet A. Heise, in Daub's und Creuzer's Studien, Th. I (Heidelb. 1806), S. 355 ff. — Man s. aber G. L. Böhmer princ. juris canon., §. 269. Kant's Rechtslehre, 188 f. Schmalz natürliches Kirchenr., §. 51. G. Hufeland über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen. Jena 1788. 8. W. A. Teller's Valentinian I. oder geheime Unterredung eines Monarchen mit seinem Thronfolger, über die Religionsfreiheit der Unterthanen. Zweite verm. Aufl. Berlin 1791. 8. Schriften über das *preuſs. ReligionsEdict* v. 9. Jul. 1788, in Klüber's Lit., 583.

§. 427.

5) *In Hinsicht auf GlaubensHerrschsucht, Proselytismus, u. vermischte Ehen.*

III) Die Staatsregierung ist befugt und verpflichtet, durch Einsprache (Veto) und Gesetze zu verhüten und zu hindern, daſs die Kirche ihre Wirksamkeit über ihre Gesellschaftgrenzen ausdehne (§. 422); insbesondere, daſs sie durch Lehre und Handeln dem Staatszweck hinderlich falle *a*). Die Staatsregierung darf und muſs also 1) hindern, daſs der Friede im Innern der Kirche gestört werde. Sie darf und muſs 2) der GlaubensHerrschsucht

und dem **kirchlichen Uebermuth** einzelner Religionsparteien, kirchlicher Obern, geistlicher und weltlicher Mitglieder, steuern, damit keine Kirchengesellschaft sich irgend eine Art von Herrschaft, Zwang oder Verfolgung anmaſse *b*), vielmehr jede für Einigkeit und Aufrechthaltung gesetzmäsiger Freiheit der Staatsbewohner nützlich werde. Sie kann und muſs 3) Maasregeln wider **kirchliche Bekehrungssucht** oder Proselytenmacherei *c*) ergreifen, damit kirchliche Obere und Mitglieder sich nicht Verführungskünsten und einem unnatürlichen, mit der sittlichen Würde des Menschen und der Religion unvereinbaren Streben nach (von der Gottheit selbst verschmähter) Glaubenseinheit hingebe *d*). Sie darf und muſs 4) der **Erschwerung** der Ehen unter **verschiedenen Religionsverwandten** (der vermischten Ehen) durch Kirchendiener *e*), und 5) der ungebührenden kirchlichen **Verhinderung** oder **Erschwerung** der **Wiederverheurathung** geschiedener Ehegatten von verschiedener Religion *f*), entgegenarbeiten.

a) Importance des opinions religieuses, pr. Mr. Necker. à Paris 1787. Teutsch, v. Strehlin, 1788. — Eine Ausgeburt des Despotismus, in dieser Hinsicht, ist der auf Napoleon's Befehl verfaſste und in Frankreich eingeführte *Catéchisme à l'usage de toutes les églises de l'Empire français*. Paris 1806. 8. Teutsch übersetzt, Leipz. 1807 u. Amsterd. 1807. 8. Abgeschafft im Mai 1814.

b) Gewalt, der Wahrheit zur Hülfe, ist unnütz; sie wäre Schmähung der Natur und ihres Urhebers. Gewalt, dem Irrthum zur Hülfe, ist verabscheuungswürdiger Druck. Der Staat achte *jede* Glaubensform, so weit sie seinem Zweck nicht offenbar widerstrebt.

c) W. T. Krug's Darstellung des Unwesens der Proselytenmacherei. Leipz. 1822. 8. Pütter's histor. Entwickelung, Th. II, S. 336. J. J. Moser's Lebensgeschichte, Th. I (Frankf. u. Leipz. 1777. 8.), S. 31 ff. Gewaltsame Bekehrung des Grafen Ernst Wilhelm von Bentheim-Steinfurt durch den Bischof von Münster, Bernhard von Galen, im J. 1668; s. das von des Grafen Gemahlin, Gertrud van Zelst, im J.

1669 herausgegebene «Manifest», das bentheim-steinfurtische «GegenManifest» (1686. 4.), den Abrégé du Manifeste de Mme la comtesse de Bentheim, née de Zelst. A la Haye 1679. 12. La vie et les actions de Christ. Bernh. de Galen. Cologne 1679. 12 (Auch in holländ. u. in italiän. Uebersetz. ibid. eod. 12.)

d) Indem sie z. B. «Erwachsene ingeheim herüberlocken, und indem sie dieselben nach, dem heimlichen Uebertritt, von der äusserlichen und öffentlichen Theilnahme an der Kirche und deren Gebräuchen auf unbestimmte Zeit entbinden, ihnen erlauben, scheinbar in der vorigen Kirchengemeinschaft zu beharren, bürgerliche und selbst kirchliche Aemter, die ihnen nur unter Voraussetzung jener Gemeinschaft anvertraut wurden, zur leichtern Verbreitung ihres Glaubens fortzuverwalten, und so ihre Mitchristen auf die treuloseste Art zu hintergehen». Worte Krug's in dem Schreiben an die hohe t. Bundesversammlung, in der angef. Darstell., S. VI. — Heimlich katholisch waren: von 1712 — 1717, Friedrich August, Kurprinz von Sachsen; v. 1715—1717, Herzog Moriz Wilhelm von SachsenZeitz, Administrator des Stiftes NaumburgZeitz (Krug a. a. O. S 9 n. ff.); von 1749 — 1754, Friedrich, Erbprinz von HessenCassel; einige Zeit bis 1800, Graf Friedr. Leopold v. Stolberg; etliche Jahre lang bis 1820, C. L. v. Haller, Rathsherr u. Professor zu Bern. — Merkwürdiges Glaubensbekenntnifs katholischer Convertiten, in H. E. G. Paulus Sophronizon, Bd. III, Heft 3 (1822), S. 86 ff.

e) Indem z. B. Geistliche sich weigern, Ehen dieser Art kirchlich zu weihen, wenn nicht vorher vertragmäsig festgesetzt wird, alle aus solcher Ehe stammenden Kinder dem Schoos ihrer Kirche zuzuführen, oder indem sie, wenn ohne solches Versprechen Ehen dieser Art zu Stande kommen, kirchliche Censuren, namentlich SacramentSperre, und andere Nöthigungsmittel sich erlauben, u. d. m. Vergl. Instr. Pac. Osnabr., V. 34. Benedicti XIV. declaratio super matrimoniis inter protestantes et catholicos. Colon. 1746 8. A. L. Schott's Eherecht, §. 97. C. A. Zum Bach über die Ehen zw. Katholiken u. Protestanten. Cöln 1821. 8. Rechtfertigung der gemischten Ehen zw. Katholiken u. Protestanten, mit e. Vorrede von L. van Ess. Köln 1821. 8.

f) Vergl. Preufs. allgem. Landr., Th II, Tit. 11, §. 66, 442 u. f., u. 86 — 88. Jahrbücher der preufs. Monarchie, v. 1800, S. 327 ff., v. 1801, S. 3 ff. Schott a. a. O., S. 219. A. Waldmann, utrum matrimonio a consistoriis protestanticis dissoluto, parti catholicae dari possit facultas trans-

eundi ad aliud. Mogunt. 1803. 8. Ruppert's Kritik der Abh. Prof. Waldmann's, u. s. w. Frankf. 1804. 8. Schriften, von F. X. Neupauer, Grätz 1785; drei von Bened. Mar. Werkmeister, Carlsr. 1804, u. Bamb. 1804 u. 1806; zwei von F. A. Jäger, Arnst. 1803; von Matth. Kübel. Meersb. 1804. 8.

§. 428.

Landesherrliches Placet. Beschränkung des Verkehrs mit dem römischen Hof.

Demnach sind I) alle kirchlichen Anordnungen, Verfügungen und Lehrsätze, auch die gröfseren Kirchenstrafen und die Ausschliefsung aus der Kirchengesellschaft, die Anstellung der Kirchenbeamten, die Einführung und Erhaltung des Mönchthums aller Art, namentlich der Jesuiten, zumal in Verbindung mit einem auswärtigen General, welcher unmittelbar unter der römischen Curie steht, der Prüfung und Genehmigung des Staates, in politischer Hinsicht unterworfen. Nichts dieser Art darf vor ihm geheim gehalten werden. Insbesondere bedarf jedes Kirchengesetz, jede neue Bestimmung der Kirchenverfassung, jede Vermehrung, Aenderung, nähere Bestimmung oder Verminderung kirchlicher Glaubenslehren, bevor solche zur Bekanntmachung und Vollziehung kommt, der Zustimmung des Staatsoberhauptes a) (Staatsgenehmigung, Erklärung des NichtWiderspruchs, placetum regium seu territoriale, litterae pareatis seu regium exequatur); sie geschehe durch Social-, oder Synodal-, Presbyterial-, Synedrial- u. d. Schlüsse, oder durch Verfügungen, Verordnungen, Erklärungen und Bescheide kirchlicher Obern, Behörden und Congregationen, namentlich durch päpstliche Rescripte, Bullen, Breven, Befehle oder Consilia an die Kirchenlehrer, Beichtväter oder Kirchenvorsteher, u. d. Nach bloser Willkühr, kann die staatsoberhauptliche Zustimmung nicht versagt werden; doch ist der Regent nicht verbunden, Gründe seiner Misbilligung anzugeben.

Einmal ertheilt, kann jene Zustimmung nur bei dringender Forderung des Staatszweckes zurückgenommen werden. II) Auch ist, in mehreren Staaten, der unmittelbare Verkehr der inländischen Geistlichkeit mit dem römischen Hof, und mit dessen Behörden, Nuncien und Agenten, durch Gesetze theils beschränkt, theils ganz verboten *b*).

a) Ant. Remiz diss. de justitia placeti regii. Viennae 1774. 8. Krejan über das Placetum regium et ecclesiasticum. Wien 1798. 8. Petr. de Marca de concordia sacerdotii et imperii, lib. II. c. 10 n. 9. et c. 17. n. 5. Justin. Febronius de statu ecclesiae, c. V. §. 2. p. 282. sqq. et c. IX. §. 8. p. 740 — 750. et p. 812. sqq. Febronius abbreviatus et emendatus, c. VI. p. 218. sq. Michl's Kirchenr., §. 25. Walch's neueste Religionsgesch., Th. V, S. 219 ff. De Riegger instit. juris canon., I. §. 350. III. §. 865. Merkwürd. Reichshofraths Gutachten III. 175 u. 198. — Kaiserl. *östreich.* CabinetsBefehl v. 19. Sept. 1814. *Baier.* Edicte v. 24. März 1809, §. 65 f. (Rhein. Bund, XXXV. 161.), u. v. 26. Mai 1818, §. 58. *Badisches* Constit. Edict v. 1807, §. 21. *Preuss.* MinisterialVerfügung v. 31. Aug. (oder 5. Oct. ?) 1818. *Baier.* Verfass. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9, u. das dazu als Beilage 2 gehörende Edict, §. 58. *Wirtemb.* Verfass. Vertr. v. 1819, §. 72. GH. *hessische* Verf. Urk. v. 1820, Art. 40. Verordn. des Cantons *Genf*, v. 7. April 1820. — Dagegen s. man das *baierische* Concordat v. 1817., Art. XII. lit. c, oben §. 420[b]. Königl. *neapolitanische* Decrete, v. 17. Jul. 1816, u. v. . . . Sept. 1817. *Neapolitan. Concordat* mit d. päpstl. Stuhl, v. 16. Febr. 1818, Art. 22. (Auch das, von dem König nicht genehmigte, *französ. Concordat* v. 1817.) — Sogar die Publication der tridentinischen ConcilienSchlüsse, ward in Frankreich verweigert, in andern Ländern aber nur mit manchen Beschränkungen bewilligt. Man s. Febronius de statu ecclesiae, l. c., u. Le Plat collectio monumentor. concilii Tridentini, T. VII. Part. 1. (Lovanii 1787. 4.), p. 225 — 314.

b) *Nassauisches* Edict v. 9. Jul. 1817. — Verbote dieser Art enthielten schon die Schreiben der kurmainzischen, kurtrierischen, und kurcölnischen Vicariate, datirt Mainz v. 21. Dec., Coblenz. v. 20. Dec., Cöln v. 19. Dec. 1786. — Anders das baierische Concordat von 1817 (§. 420[b]).

§. 429.

Landesherrlicher Schutz. Verhütung kirchlichen Unheils. Mitvorsitz bei KirchenVersammlungen. Geistliche Gerichtbarkeit. Päpstl. Nuncien. Appellatio ab abusu.

I) Verbunden ist der Staat, die Kirche zu schützen, bei den von ihm genehmigten Anordnungen und Lehrsätzen, bei der öffentlichen und Privat-Gottesverehrung, und bei ihrer Verfassung. II) Er ist befugt, nicht nur willkührliche und staatszweckwidrige Herrschaft der geistlichen Obern zu verhindern, den Clerus auf seinen geistlichen Beruf zu beschränken, und zu fordern, daſs derselbe den staatsbürgerlichen Verhältnissen sich nicht entziehe [a]), sondern auch staatsgefährliche Spaltungen und Streitigkeiten in der Kirche zu verhüten und zu entfernen, doch ohne der Gewissensfreiheit der Einzelnen zu nah zu treten [b]). III) KirchenVersammlungen dürfen ohne sein Vorwissen, und ohne Mitvorsitz seiner Abgeordneten, in dem Staatsgebiet nicht gehalten werden [c]). IV) Ein Recht der Kirche auf Gerichtbarkeit in geistlichen Sachen, findet ohne Bewilligung des Staates nicht statt (§. 292). V) Der Regent ist berechtigt, aber der Regel nach nicht verpflichtet, päpstliche Legate, namentlich Nuncien, als Gesandte anzunehmen; er ist nicht schuldig, ihnen die Ausübung geistlicher Facultäten, heimlicher und öffentlicher, insbesondere Gerichtbarkeit oder Judicatur, zu gestatten [d]). VI) Wider Miſsbrauch inländischer oder auswärtiger Kirchengewalt, findet Recurs an den Landesherrn (appellatio ab abusu) statt [e]).

a) *Wirtemb.* Verfaſs. Vertr. v. 1819, §. 73

b) Moser von der Landeshoh. in Polizeisachen, 40 ff. J. R. Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh., II. 289. 396. 477. 579. 588.

c) Vergl. das angef. *baier.* Edict v. 1809, §. 63.

d) BadEmser Punctation v. 1786, §. 4, in Gärtner's corp. juris eccl. Cathol. ReichshofrathsConclusum v. 27. Febr. 1787, wider die Nuncien zu Cöln und München. J. v. Sartori's Staatsr. der t. Erz-, Hoch- und Ritterstifter, Bd. I, Th. 1, S. 209 — 242. Malblanc's Anleit. zur Gerichts- u. Canzleiverfass., Th. IV, S. 138 ff. Michl's Kirchenr., §. 35. — Viele Schriften in Klüber's Lit., S. 556 — 597.

e) Febronius de statu ecclesiae, T. I. c. 9. p. 697 — 775. et 810. sq. edit. 2. Michl's Kirchenr., §. 27. Grofsherz. *hessische* Verfass. Urk. v. 1820, Art. 42. *Baier.* Edict v. 26. Mai 1818, die äussern Rechtsverhältnisse der Einwohner, in Bezieh. auf Religion u. kirchl. Gesellschaften (als Beil. 2 zu der Verfass. Urk.), §. 52 u. ff.

§. 430.

Staatsbefugnifs in Ansehung des äussern Cultus.

I) Ort, Zeit und Form der gemeinschaftlichen Gottesverehrung (Liturgie, Ritual, Ceremoniel), auch DisciplinarSachen, sind zunächst der Bestimmung der Kirche überlassen; doch vorbehalten dem Staat, theils die Befugnifs, Abstufungen festzusetzen, in Absicht auf Reception und Toleranz a), und auf die Art der äussern Religionsübung b), theils dieselben Rechte, welche ihm in Absicht auf den kirchlichen Lehrbegriff zustehen c) (§. 426 f.). II) Abänderung oder Aufhebung schon bestehender, Einführung neuer kirchlicher Einrichtungen, den äussern Cultus betreffend, ist der Regent zu fordern befugt, so oft er durch den Staatszweck sich dazu verpflichtet erachtet d). Besonders gilt dieses von der Zeit und Zahl der Festtage e), von öffentlichen, der Gottesverehrung gewidmeten Oertern, Gebäuden und Symbolen, von Kirchhöfen und Begräbnifsörtern, von Processionen und Wallfahrten, von geistlichen Orden f), Verbindungen und Brüderschaften, auch von dem Asylrecht geistlicher Oerter (§. 298), welches ohne genehmigende Bewilligung der weltlichen Macht nicht fortbestehen, ohne ihre

Verleihung oder Zustimmung nicht erlangt werden kann.

a) Majer's geistl. Staatsr., II. §. 13 ff. u. 59 ff. Scheidemantel a. a. O. II. 32 ff. Michl's Kirchenr., §. 16. Pütter's Lit., III. 80. 714. Klüber's Lit., §. 873. 1501.
b) Pütter's Lit., III. 712. Klüber's Lit., §. 1498. Majer a. a. O. II. §. 19. ff. Pütter instit. juris publ. germ., §. 427. Schnaubert's Kirchenr. d. Protest., §. 15 f. Jargow v. d. Regalien, 147. Scheidemantel a. a. O. II. 38 ff. *Baierische* Erklärung an die protest. Gemeinden, sie zu *einer* Kirche zu vereinigen, v. 30. Sept. 1807. *Wirtembergisches* Religions-Edict v. 25. Oct. 1806.
c) Vergl. das angef. *baier.* Relig. Edict v. 1809, §. 42 ff. u. 88 f. J. P. Frank's System der landwirthschaftl. Polizei, III. 169. Scheidemantel a. a. O. II. 51.
d) Rich. v. Roth über das Recht teutscher Landesherren gegen Religion u. Kirche. Wirzb. 1805. 8.
e) Michl's Kirchenr., §. 47.
f) F. St. de Rautenstrauch de jure principis praefigendi aetatem pro professione monast. Prag. 1773.

§. 431 a.

Kirchl Aemterrecht. Landesherrl Patronatrecht. Landesbischöfe u. Erzbischöfe, u. ihre Coadjutoren. Metropolitan- u. Domcapitel. Seminarien. Provinzial- u. DiöcesanEinrichtung

I) Das kirchliche Lehr-, Seelsorger- und PriesterAmt, der ReligionsUnterricht (Predigamt), die Seelsorge, die Besorgung der kirchlichen Gottesverehrung, die Verrichtung der religiösen Gebräuche, auch die Bestellung und Direction der Kirchenbeamten für weltliche Geschäfte der Kirchengesellschaft, ist abhängig von der Kirchengesellschaft a). II) Bei der Kirche angestellte Personen (Kirchendiener), sind dem Staat nur in bürgerlicher Hinsicht unterworfen (§. 426 ff.). Wenn oder so weit ihm die SocialGewalt der Kirche von dieser nicht übertragen ist, hat er über jene Personen, in ihrem kir-

chenamtlichen Verhältnifs, keine andern Rechte, als über die Kirche selbst b) (§. 422). III) Das Patronatrecht (PfarrbestellungsRecht), ein von der Kirchengewalt abhängiges Recht, gebührt also den Staatsoberhaupt, als solchem, allgemein und nach Art eines Regals, bei den Kirchen seines Landes nicht c) Es kann ihm aber durch besondere Rechtstitel, ganz oder zum Theil, zustehen. Namentlich gilt dieses von Ernennung (jus nominandi) der Landesbischöfe und MetropolitanErzbischöfe d), und ihrer Coadjutoren e) mit oder ohne Recht zur Nachfolge. Bei Errichtung der Metropolitan- und Domcapitel und der bischöflichen Seminarien, so wie bei der kirchlichen Provinzial- und DiöcesanEinrichtung, hat die Staatsregierung in so fern mitzuwirken, als solche ohne ihre Genehmigung nicht statt haben kann f). Auch hat sie Rang und Titel zu bestimmen, welche den Erzbischöfen und Bischöfen, so wie den übrigen Geistlichen, im Staat zukommen sollen g).

a) Die Vorzüge der *Staatsdiener*, geben den angestellten Geistlichen, das angef. *baier.* Edict v. 1809, §. 4, und das *badische* v. 1807, §. 23. In *Baiern* ist bei Prüfung u. Anstellung derselben, der Staat fast ausschliessend thätig; auch bei Eintheilung der Decanate und Pfarrsprengel. — In mehreren Staaten, wird die CuratGeistlichkeit zugleich für verschiedene Zweige der Staatsverwaltung benutzt.

b) Rössig's Politik, S. 204 f. — Vergl. das angef. *badische* ConstitutionsEdict, §. 13, 22 u. 23.

c) Ueber das landesherrliche Patronatrecht; eine neue Erfindung (1804. 8.), §. 16, S. 55. Michl's Kirchenr., §. 23. So auch das *baier.* Concordat v. 1817, Art. 11. — Das landesherrliche Patronatrecht vertheidigen: ein Ungenannter, in d. Rhein. Bund, XXXIX. 430, und J. P. Gregel über das landesherrliche Patronatrecht, nach den veränderten Verhältnissen der bischöflichen Gerechtsame betrachtet. Wirzb. u. Bamb. 1805. 8. — Dawider s. Bemerkungen über Hrn. Gregel's Schrift für das landesherrl. Patronatrecht. 1805. 8. Geschichte des Patronatrechtes in d. Kirche. Deutschl. 1806. 8. Abhandlungen über das alte u. neue landesherrl. Patronatrecht. Von e. alten Rechtsfreund (Eug. Montag,

letztem Prälaten v. Ebrach). Bamb. 1810. 8. Vindicirt wird dieses Patronatrecht dem weltl. Regenten, in verschiedenen Ländern. Königl. *baier.* Verordn. v. 16. Febr. 1808. Napoleon's Decret für das Königreich Italien, datirt Mailand v. 22. Dec. 1807. — In den *Entschädigungsländern* von 1802 u. 1803, fiel das vormalige freie *bischöfliche* CollationsRecht, dann das Patronatrecht der aufgelöseten Stifte, Abteien und Klöster, an die *neuen Besitzer* des *Landes* oder der *Stiftung.* ReichsDeputationsHauptschl. v. 25. Febr. 1803, §. 36. Reibel's DiöcesanVerhältnifs katholischer Bischöfe (Ulm. 1806. 8.), S. 109. Gregel a. a. O.

d) Michl's Kirchenr., §. 22. Schriften in Klüber's Lit., 543. — In dem *baierischen* Concordat v. 1817, Art. 9, concedirt der heil. Vater dem König «in perpetuum» ein «*Indultum nominandi* ad vacantes Archiepiscopales et Episcopales Ecclesias Regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros», denen alsdann Se. Heiligkeit die canonische Institution nach den gewöhnlichen Formen ertheilen werde. Dieses NominationsRecht haben auch die Regenten von *Oestreich*, *Frankreich*, *Spanien* u. *Portugal.* Gmeiner's Kirchenrecht, Th. II, Hauptst. 3. Vergl. auch französisches Concordat v. 10. Sept. 1801, u. Napoleon's angef. Decret v. 22. Dec. 1807. — Aphorismen über die künftige Einrichtung der Capitel u. der LandesBischöfe; in d. *Archiv* für das kathol. Kirchen- und Schulwesen, Bd. I (Frankf. 1820. 8.), S. 457 — 464. An die Souveraine der rhein. Conföderation, über das Recht, ihren Staaten eigene Landesbischöfe u. e. bischöfl. Diöcesan-Einrichtung nach Gutfinden zu geben; ein patriot. Wort von Dr. H. (Häberlin zu Carlsr.). Carlsr. 1812. 8. Ueber das patriotische Wort von Dr. H. . . . Freib. u. Constanz 1821. 8. An die Souveraine der rhein. Conföderation, über das denselben zugesprochene Recht, ihren Staaten eigene Landesbischöfe u. e. bischöfl. DiöcesanEinrichtung zu geben, nebst e. Entwurf zu e. Concordat; von Dr. Fr. (Frey zu Bamb.) Bamb. u. Wirzb. 1813. 8. Noch andere Schriften, oben §. 420.

e) Von Erwählung oder Ernennung der *Coadjutoren*, s. Schriften in Pütter's Lit., III. 686. u. in Klüber's Lit., §. 1465. *Ebendefs.* kl. jurist. Bibl., St. XI, S. 341 u. f. Leurenii vicarius episcopalis. Colon. 1708. Fol. CollectivRecension, in dem Hermes oder krit. Jahrbuch, St. VI (Amsterd. 1820. 8.), S. 99 — 145. Auch besonders, unter dem Titel: v. Wessenberg's Angelegenheit. Leipz. 1820. 8. (F. A. Frey) Ueber die Ernennung des Hrn. Gen. Vicars Frhrn. v. Wessenberg, zum Coadjutor und Coadministrator des Bisthums Constanz. Rom. (Bamb.) 1816. 8. Dawider s. (Burg) die Ernennung eines

Coadjutors für das Bisth. Constanz. Germanien (Carlsr.) 1816. 8. (Amtliche) Denkschrift (der badischen Regierung) über das Verfahren des röm. Hofes bei der Ernennung des GeneralVikars Frhrn. v. Wessenberg zum Nachfolger im Bisthum Constanz, u. zu dessen Verweser. Carlsr. 1818. Fol. Uebersetzungen hievon, französische zu Carlsr. 1818, englische zu London 1819. J. L. Koch's Rechtsgutachten über das Verfahren des röm. Hofes, in der Angelegenheit der constanzer Bisthumsverwaltung des CapitularsVicar, Frhrn. v. Wessenberg. Frankf. 1819. 8. Dawider erschien: Lor. Doller's Frage u. s. w. Mainz. 1819. 8.

f) Vergl. oben Note d, u. §. 415 d, u. den Reichsdep. Hauptschl. v. 1803, §. 62, auch §. 1, 25 u. 35.

g) *Baier.* Edict über Titel u. Rang der Erz- u. Bischöfe, v. 10 Jan. 1822. Oben §. 420[d], Note g.

§. 431 b.

Vormaliger erzbischöflich-regensburgischer Primat von Teutschland. NationalKirche. TerritorialKirchen.

I) Durch ein päpstliches Breve, datirt aus Paris vom 1. Febr. 1805, ward, in Folge der durch den lüneviller Frieden und den ReichsdeputationsHauptschlufs von 1803, §. 25 u. 62, geschehenen Verfügungen, obgleich das Breve ihrer nicht erwähnt, die CathedralKirche zu Regensburg zu einer erzbischöflichen, mit einem dabei zu errichtenden MetropolitanCapitel, erhöhet; und in dem ReichsdeputationsHauptschlufs war zugleich der Erzbischof von Regensburg zum Primas von Teutschland erklärt[a]). Dieser Primat hat durch das im J. 1817 erfolgte Ableben des Fürsten Primas aufgehört. Auch hat durch das in demselben Jahr errichtete baierische Concordat, der Stuhl zu Regensburg seine MetropolitanRechte verloren; er ist wieder blofse CathedralKirche geworden (§. 420 b). II) Sollte wieder eine teutsche NationalKirche aus den Landeskirchen mehrerer, für diesen Zweck besonders sich vereinigenden, Bundesstaaten gebildet werden, so müfste solches geschehen mittelst eines kirchlichen Vereins

des gesammten Episcopats dieser Staaten, mit einem Primas oder Patriarchen an der Spitze, dem ein Presbyterium zur Seite stünde, welches aus gewählten Repräsentanten aller vereinigten Erz- und Bisthümer zusammengesetzt wäre, und, als Kern des gesammten Clerus, unter dem Primas eine beständige mit der Gewalt der alten Synoden bekleidete, NationalSynode darstellen würde *b*). Sollen aber, wie zu vermuthen ist, nur TerritorialKirchen statt haben, so wären wenigstens je vier bischöfliche Diöcesen, es sey nun desselben Bundesstaates oder mehrerer, zu einer KirchenProvinz unter einem Metropolitan zu vereinigen *c*). In diesem Sinn, bestehen jetzt neue Einrichtungen des katholischen Kirchenwesens, in Baiern (§. 420[b]), in der preufsischen Monarchie (§. 420[c]), und in den Staaten der für Einrichtung des katholischen Kirchenwesens vereinigten Bundesfürsten und freien Städte (§. 420[d]).

a) Reichsdeput. Hauptschl. v. 1803, §. 25.– Breve Pius VII. v. 1. Febr. 1805. Dam. Molitor diss. de primatibus eorumque juribus, speciatim de primatu Germaniae. Gött. 1806. Klüber's Uebersicht der dipl. Verhandl. des wiener Congr., S. 402 f. u. 408. — Die von Napoleon 1810 verfügte Uebertragung des erzbischöfl. Sitzes von Regensburg nach Frankfurt, u. Ernennung des Erzbischofs durch den künftigen Grofsherzog von Frankfurt (Rhein. Bund, XLVII. 258. 360. XLVIII. 408 f.), kam nicht zur Ausführung. Klüber a. a. O.

b) (D. Joh. Ludw. Koch's) Kirchenrechtl. Untersuchung über die Grundlage zu den künftigen kath. kirchl. Einrichtungen in Teutschland (Frankf. 1816. 8.), S. 22 — 55.

c) Koch a. a. O. S. 55 — 56. Die teutsche kathol. Kirche. Frankf. 1818. 8. Betrachtungen über die Verhältnisse der kathol. Kirche im Umfang des t. Bundes. Frankf. 1818. 8. Jos. Hillebrand's Deutschland u. Rom. Der Kirchen u. Staatsfreund. Jena 1818. 8. Beiträge zur Geschichte der kathol. Kirche im 19. Jahrh. Heidelb. 1818. 8. Die neuesten Grundlagen der deutsch-kathol. Kirchenverfassung. Stuttg. 1821. 8.

§. 432[a].

Rechtsgleichheit der Glaubensparteien und ihrer Mitglieder.

1) *Ueberhaupt.*

I) Die Religion der Staatsgenossen, so fern sie dieselben an Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten nicht hindert, sollte, in der Regel, weder auf ihre politischen und bürgerlichen Rechte *a*), noch, durch politische Trennung, auf die Staatsverfassung und Staatsverwaltung Einfluſs haben. Bloſs als Staatsgenoſs, nicht als Bekenner eines bestimmten Glaubens, der nicht Gegenstand äussern Zwanges seyn kann, ist der Einwohner von dem Staat zu behandeln. II) Nie sollte eine in dem Staat recipirte Religion, noch weniger eine Glaubenspartei, als herrschend, oder irgend ein Glaubensbekenntniſs als Staatsreligion betrachtet werden *b*). III) Allen aufgenommenen Glaubensparteien gebühren, als solchen, im Zweifel, gleiche Rechte *c*), insbesondere an demselben Ort gleichberechtigte, namentlich öffentliche, Gottesverehrung oder Simultaneum.

a) *Baierische* Verfaſs. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9. *Wirtembergische* v. 1819, §. 27. Groſsh. *hessische* v. 1820, Art. 20 u. 15. ConstitutionsErgänzungsActe der freien Stadt *Frankfurt* v. 1816, Art. 6. — Ausnahmweise kann der Vollgenuſs der bürgerlichen Rechte, als Preis der sittlichen und bürgerlichen Veredlung einer, mit solchen noch nicht ausgestatteten, Glaubenspartei ausgesetzt werden. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 393 ff. *Baier.* Verfaſs. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9.

b) Eine *Staatsreligion* ist weder rechtlich noch theologisch denkbar; und *die* Kirche, zu welcher der Regent und die Mitglieder seiner Familie persönlich sich bekennen, darf deſswegen weder als Kirche des *Staates*, noch als *herrschend* betrachtet werden. Herrschend wird aber zuweilen diejenige Kirche genannt, welche grössere und mehr Rechte genieſst als andere Kirchen. Von der *Lausitz*, vergl. v. Römer's Statistik des Churfürstenth. Sachsen, II. 421. u. unten Note c, gegen

das Ende. — Ein Grundgesetz der vereinigten Staaten von Nordamerika, v. 1789, bestimmt (Art. 3) ausdrücklich, dafs, « nie ein Gesetz soll gegeben werden, wodurch eine Religion für die herrschende erklärt, oder die freie Ausübung einer andern verboten werde ». Constitutionen der europ. Staaten, Th. I, S. 53. Eine *allgemeine Staats-* oder *National*Kirche, giebt es in Teutschland nicht. — Dagegen vergl. die spanische Constitution v. 1812, Art 12, u. die französische v. 4. Jun. 1814, Art. 5 u. 6, nebst den Aeusserungen in d. Kammer d. Deputirten am 11. Jul. 1814, in d. Journal de Francfort, 1814, n° 198. — Ob es eine *katholische* (National-) *Kirche* Teutschlands oder in Teutschland gebe, oder, nach dem römischen CurialStyl, nur katholische *Kirchen* Teutschlands? s. Klüber's angef. Uebericht etc., S. 473, Note *. Vergl. oben §. 431[b], II.

c) *Baier.* Verfafs. Urk. v. 1818, Tit. IV, §. 9, u. das als Beilage 2 dazu gehörende Edict v. 26. Mai 1818, wo auch, §. 90 ff., von dem SimultanGebrauch der Kirchen. — In allen *Accessions-* und *ReceptionsVerträgen* der in den *rheinischen Bund* neu aufgenommenen Regenten, seit dem Friedensschlufs zwischen Frankreich und dem König von *Sachsen*, datirt Posen 11. Dec. 1806, ward dieses, zum Vortheil der *Katholiken*, ausdrücklich zur Bedingung gemacht. Am merkwürdigsten ist die Stelle in dem Art. 5 des gedachten Friedensschlusses. Rhein. Bund, III. 468. — Im Wesentlichen steht dasselbe in allen spätern ReceptionsVerträgen, z. B. der Herzoge von *Sachsen*, *Mecklenburg*, und *HolsteinOldenburg*, der Fürsten von *Anhalt*, *Schwarzburg*, *Waldeck*, *Reufs*, *Lippe*, nur mit der wichtigen Einschränkung: « sans cependant déroger à la possession et jouissance actuelle des biens de l'église ». Rhein. Bund, IV. 43. V. 303. VII. 137. 159. X. 97. XIII. 137. 139. XVII. 321 f. XVIII. 471. XXII. 159. XXVIII. 151. (In dem *wirzburgischen* ReceptionsVertrag v. 25. Sept. 1806 kommt diese ReligionsBedingung noch nicht vor. Rhein. Buud, V. 291.) Die Constitution du royaume de *Westphalie*, art. 10, versicherte « le libre exercice des cultes ». Rhein Bund, XII. 482. Auch in der königl. Proclamation an die *Westphälinger*, Cassel v. 15. Dec. 1807, heifst es: « l'égalité *des cultes* sera maintenue ». — Man hätte erwarten sollen, der Protector werde, wie in evangelischen Ländern für die katholische Religion, so auch in *katholischen* für die *evangelische* gesorgt haben. Aber davon findet sich keine Spur. Klüber's Uebersicht der dipl. Verhandl. des wiener Congr., S. 414 ff. — Königl. *sächsische* Verordn. v. 16. Febr. 1807, wegen Ausübung der röm. *kathol.* Religion; in Oesterreicher's Archiv des rhein. Bundes, St. V, Num 6. Königl.

sächsisches Decret. v. 6. Jan. 1811, wegen Rechtsgleichstellung der *Reformirten* mit den A. C. Verwandten u. den Katholiken. Durch ein Patent des kaiserl. russ. General-Gouverneurs des Königreichs Sachsen, Fürsten von Repnin, v. 10/22. April 1814, erhielten daselbst die Einwohner *griechischer* Religion gleiche Rechte mit den Katholiken u. Reformirten. Sachsen-*gothaisches* u. *altenburgisches* Patent, wegen ReligionsParität der *Reformirten* u. A. C. Verwandten, v. 16. März 1807. Königl. *baierisches* ReligionsEdict v. 24. März 1809, in dem Rhein. Bund, XXXV. 161. — In den Markgrafthümern *Ober-* und *NiederLausitz* war die katholische und die evangelische der A. C. gemäſse Religion, für *gleichherrschend* (gleich recipirt) erklärt, schon durch den Majestätsbrief v. 11. Jul. 1609. v. Römer's chursächs. Staatsr., II. 501 ff. H. C. A. Eichstädt pr. de Lutheranismi novissimis quibusdam fatis. Jen. 1808. 4.

§. 432b.

2) *Insbesondere nach der t. BundesActe. Festkalender.*

IV) Nach Vorschrift der teutschen BundesActe [a]), «kann die Verschiedenheit der christlichen Glaubensparteien (der christlichen Glaubensgenossen), in den Ländern und Gebieten des teutschen Bundes, für die Staatsgenossen keinen Unterschied in dem Genuſs der bürgerlichen und politischen Rechte begründen». Demnach ist, in dem ganzen Umfang des teutschen Bundes, keine Staatsregierung befugt, eine Ungleichheit in dem Genuſs bürgerlicher und politischer Rechte, bei Mitgliedern der verschiedenen christlichen Kirchengesellschaften, wegen dieser Eigenschaft zu handhaben, oder gesetzlich zu verordnen. Keine darf Mitglieder solcher Art, der Religion halber, für besitz-, erwerb-, erb- oder successionsunfähig erklären, oder aus demselben Grund einen Unterschied zwischen ihnen festsetzen oder beobachten, in Absicht auf Schutz, Rechtspflege, Activ-Bürgerrecht, bürgerliche Ehre und Vortheile, Gewerbe, Verkehr, Fähigkeit zu Erbschaften und Vermächtnissen, öffentliches Begräbniſs, u. d. m. Diese

staatsrechtliche Beschränkung der zu dem teutschen Bund gehörenden Staatsregierungen, bezieht sich auf das Verhältniſs sowohl der einzelnen christlichen Unterthanen von verschiedenem Religionsbekenntniſs, als auch der verschiedenen christlichen Glaubensparteien oder Kirchengesellschaften, zu dem Staat. Damit ist jedoch V) die privatrechtliche DispositionsGewalt der verschiedenen christlichen Kirchengesellschaften über ihr Kirchengut, zum ausschlieſsenden Vortheil ihrer Religionsverwandten (§. 432 a, c), und diejenige jedes Einzelnen über das Seinige, ausschlieſsend zum Besten seiner Glaubensgenossen (§. 435 b), weder aufgehoben noch beschränkt. Durch Ausübung dieser Befugniſs, geschieht kein Eingriff in Staatsberechtigungen, und wird keinem Einzelnen ein vollkommenes Recht entzogen, mithin der Umfang der privatrechtlichen Autonomie (§. 180 u. 182) nicht überschritten. Alles beschränkt sich auf den Kreis der aus dem unbeschränkten Eigenthum flieſsenden DispositionsGewalt; wobei jedoch die Vorschriften des bürgerlichen Rechtes, namentlich in Hinsicht auf Enterbungsbefugniſs und PflichttheilForderung, zu beobachten sind. VI) In der neueren Zeit, haben in Teutschland die verschiedenen christlichen Glaubensparteien, über einen gleichen Festkalender sich verglichen *b*).

a) BundesActe, Art. 16. Vergl. oben §. 169, u. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 5, 365 u. 401. *Ebendess* Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 249, 250, 251, 260, 266 u. 270. Ueber die Rechtsgleichheit der verschiedenen christlichen Religionsverwandten, in den Bundesstaaten. Frankf. 1817. 8. — Eine ähnliche Vorschrift, wie diejenige in der BundesActe, findet man in dem westphälischen Frieden. J. P. O., art. V. §. 35. — So viel die freie Stadt *Frankfurt* insbesondere betrifft, s. man oben §. 432 a, Note a, u. §. 157, Note b. Ferner, Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. IV, S. 74. Acte final du congrès de Vienne du 9 juin 1815, art. 46. Erklär. des Senats v. 25. Jul. 1816, in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 290. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 250 f., 260 u. 266. — *Ausnahmen* von der Rechtsgleichheit der verschie-

denen Religionsverwandten, unten §. 435. — Von den *Juden*, s. oben §. 171, 379 u. 424 f.

b) Schlegel's Kirchengesch. des 18. Jahrh., II. 221. ff. Schröter's verm. Abhandl., Th. II, S. 212 — 229. Gerstlacher's Handb. der t. Reichsgesetze, IX. 1462. Herrich's Fortsetz. der Schaurothischen Samml. Conclusor. Corporis Evangelicor., 36 ff. Repertorium des Staats- u. Lehnr., III. voc. Osterfest. Klüber's Lit. 603. J. H. Voigt's allgemeiner katholisch-protestantischer Kalender. Weimar 1809. 8 — Vergl. auch Schreidemantel a. a. O. II. 51. — Von dem *gregorianischen* Kalender, s. Michl's Kirchenr., §. 48.

§. 433.

Entscheidung der Religionseigenschaft. Anzüglichkeiten. Preſsfreiheit.

I) Die Frage: wem die Entscheidung zustehe: welcher Religion Jemand zugethan sey? und von dem Recht zu Ausschliefsung aus der Kirchengesellschaft (§ 428), ist mit Unterschied zu beantworten *a*). II) Anzügliche und Schmähausdrücke, Spott- und SectenNamen, z. B Ketzer, Papisten, Lutheraner, Calvinisten, Zwinglianer, sind rechtwidrig *b*). Jeder bekenne in aller Freimüthigkeit, seine Ueberzeugung: aber er glaube und ehre auch, dafs jeder Andere gleiche Ueberzeugung für seine Glaubensform fühle. III) Die Prefsfreiheit in Religionssachen, besonders in Absicht auf die symbolischen Bücher *c*) einer Glaubenspartei, hängt zunächst ab von der Bestimmung des Regenten *d*). Es ist aber hierin keine Religionspartei vor der andern zu begünstigen.

a) J. G. Gonne diss. de probatione religionis. Erl. 1751. Erlang. gel. Anz. 1752 S. 52. C. G. Geisler pr. de judicio super religione aliorum ferendo. Marb. 1779. Moser's Abhandl. aus dem Kirchenr., 126 ff. 141 ff. Pütter's Lit., III. 80. Klüber's Lit., 131.

b) Vergl. Wiesenhavern Kirchenstaatsr., 157 ff. Pütter's hist. Entwick., II. 386.

c) Was unter *symbolischen* Büchern zu verstehen sey, und ob die Evangelischen ihre symbolischen Bücher ändern und verbessern können? Wiesenhavern Kirchenstaatsr., 152. Moser's

Abh. aus dem Kirchenr., 203. Crome's Anmerk. zu der Wahl-cap. Leopold's II., S. 24. Klüber's Lit., 583. Vergl. oben §. 426, Note d. — Von der augsburg. Confession, oben §. 424, Note d.
d) Vergl. Klüber's Einl. zu einem neuen Lehrbegriff des t. Staatsr., §. 109, Note h. Wiese's Handb. des Kirchenr., Th. III, §. 472. Michl's Kirchenr., §. 26. Klüber's Lit., §. 873 c. — Bei religiösen Schriften der Kirchenlehrer, kann auch Erlaubniſs ihrer geistlichen Obern nöthig seyn.

§. 434.

Religionsänderung des Regenten. Religion des Regierungs-, Stamm-, oder Lehnfolgers.

I) Die persönliche Religionsänderung des Regenten a), oder die von der Religion der vorigen Regenten verschiedene Religion des Nachfolgers in der Regierung, darf den bestehenden Regierungs- und SuccessionsBefugnissen und Pflichten keinen Eintrag thun b). II) Insonderheit kann der, durch seine Abstammung von dem ersten Erwerber, oder sonst mit einem wohlerworbenen SuccessionsRecht versehene Regierungs-, Stamm-, oder Lehnfolger, durch neuere Hausverträge, oder andere Verfügungen, zu einer bestimmten Religion ohne seine Zustimmung nicht verpflichtet, noch der Religion wegen, von der Succession ausgeschlossen werden c).

a) ProselytenListe, in Pütter's hist. Entwickel., II. 336.

b) Doch liessen, in solchen Fällen, sich zuweilen die Agnaten, oder die Landstände, auch wohl das Corpus Catholicorum oder das Corpus Evangelicorum, die unveränderte Erhaltung der LandesReligionsverfassung von dem zu einer andern Religion sich bekennenden Landesherrn oder Regierungsnachfolger ausdrücklich versichern, durch Verträge, AssecurationsActen, oder Reversalen. Beispiele liefern: v. Römer a. a. O. II. 497 ff. v. Schauroth's Samml. der Conclusor. Corporis Evang., III. 832. Herrich's Fortsetz., 69. 178. 393. 492. Faber's europ. Staatsh., LXIV. 180. 208. neue Staatsk., XXXI. 355. Eine Samml. von Urkunden dieser Art, hat den Titel: Auszüge; zweite Beilage zu den Protocollen der ausserordentlichen Reichsdepu-

tation. Regensb. 1802. 4. Pütter's Lit., III. 733. Klüber's Lit., 605. — Ob ReligionsversicherungsVerträge dieser Art, auch ohne ein ausdrückliches Versprechen, stillschweigend bestehen? Meister von d. Religionsbeschaffenheit der Reichstags-Stimmen, 39 u. 49. Pütter's Lit., III. 78. Klüber's Lit., 131. — Wider die Verbindlichkeit der ReligionsversicherungsVerträge katholisch werdender Landesherren, s. (Fölsch) Erläuter. d. t. Staatsr., 526. Klüber's kl. jur. Bibl., St. XXIV. 450.

c) Ausserdem würde ihm, durch Entziehung eines ihm zustehenden vollkommenen Rechtes, eine Rechtsverletzung zugefügt. Moser's FamilienStaatsr., I. 50. Gönner's jurist. Abh., I. 1 ff. — Anwendung auf den *pfälzischen* Hausvertrag von 1771, und auf zwei markgräfl. *badische* Testamente von 1615 u. 1649, in Vergleichung mit dem *Relig.Frieden* v. 1555, § 15. u. dem Instr. Pac. Osnabr., V. 1. u. 35. Moser's Anm. zu dem teschner Frieden, 122. *Ebendess.* markgräfl. badisches Staatsr., 18. — Anders ist es, wenn dem Subject ein vollkommenes Successionsrecht *nicht* zusteht. Hievon Num. IV des folg. §.

§. 435 a.

Ausnahmen von der Rechtsgleichheit der verschiedenen Glaubensparteien u. ihrer Mitglieder.

Ausnahmen von der Rechtsgleichheit der verschiedenen Glaubensgenossen (§. 432 a u. f.), können, aus besondern Gründen, statt finden. I) Diefs ist der Fall, wenn eine Glaubenspartei mit Einschränkungen in dem Staat recipirt, oder tolerirt ist (§. 424 b, h und 432 a, a), z. B. nur für PrivatReligionsübung, oder Hausandacht (devotio domestica); II) oder wenn particuläre oder locale Rechte, in Absicht auf den Genufs gemeindebürgerlicher Rechte, Ausnahmen, oder Einschränkungen begründen, z. B. bei nicht-christlichen a) Glaubensgenossen, in Ansehung der Fähigkeit zu dem vollen Bürgerrecht, zu Staats-, Stadt-, oder Dorfämtern, zu dem Erwerb liegender Gründe, zu dem Genufs milder Stiftungen, u. d. III) Das Kirchengut (der Schul- und KirchenFonds) gebührt, als Privatgut, ausschliefsend demjenigen Religionstheil,

welcher solches durch irgend einen Rechtstitel erworben hat [b]); wohin auch der Besitz in dem, durch den westphälischen Frieden festgesetzten Entscheidungsziel [c]) gehört [d]). IV) Auch ist ausser Zweifel, dafs Rechte, welche ihrer Natur nach, eine bestimmte Religion des Berechtigten voraussetzen, aufhören, sobald dieser zu einer andern Religion sich bekennt [e]).

a) Die BundesActe, in der oben §. 432[b] angeführten Stelle, spricht nur von der Rechtsgleichheit der Bekenner des *christlichen* Glaubens.

b) Vergl. §. 432 c, u. Klüber's Uebersicht der diplom. Verhandl. des wiener Congr., S. 253 u. 270.

c) Klüber's Einl. zu einem neuen Lehrbegr. des teutschen Staatsr., §. 112 f.

d) Vergl. oben §. 50 u. 52.

e) Vergl. das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 5. — Von dem *geistlichen Vorbehalt* (Freistellung, Freistellionat, Reservatum ecclesiasticum) handelt der ReligionsFriede v. 1555, §. 18. Instr. Pac. Osnabr., V. 15. Wiesenhavern Kirchenstaatsr., 164. J. W. v. Göbel's Abhandlungen aus d. Staatsr. (Helmst. 1737. 8.), St. I, S. 42 ff. Schnaubert's Kirchenr. der Protest., §. 75. Pütter's Lit., III. 76. Klüber's Lit., 130.

§. 435 b.

Insonderheit ReligionsClausel, in letztwilligen oder vertragmäsigen Bestimmungen.

V) Letztwillige oder vertragmäsige Bestimmungen, welche zum Genufs der durch sie freiwillig oder unverpflichtet verliehenen PrivatSuccessions- oder Genufsrechte, eines Nachlasses, Vermächtnisses, Fideicommisses, Majorates, Seniorates, u. d., einer Familienstiftung, einer frommen oder milden Stiftung, die Bedingung setzen, dafs der Begünstigte Mitglied einer bestimmten kirchlichen Glaubenspartei sey, sind unter der staatsrechtlichen Regel der bürgerlichen und politischen Rechtsgleichheit der verschiedenen christlichen Glaubensgenossen

(§. 432 b) **nicht** begriffen, wenn sie an sich rechtsgültig, namentlich früheren verbietenden Staatsgesetzen nicht zuwider sind, und auf eine von dem Staat nicht verbotene Religionsgesellschaft sich beschränken *a*). Wie verschieden auch die subjectiven Urtheile über den sittlichen Gehalt einer solchen Bestimmung seyn mögen, so wird doch durch sie jene staatsbürgerliche Rechtsgleichheit nicht beeinträchtigt, da sie sich auf den Kreis von willkührlich verliehenen Privatrechten beschränkt, mithin den Umfang der privatrechtlichen Autonomie der Einzelnen nicht überschreitet *b*).

a) Die Einwendung, eine solche Bestimmung sey conditio turpis, folglich für kraftlos und nicht bestehend (pro non adjecta) zu achten, wäre unbegründet. Denn, eines Theils, enthält dieselbe keine Rechtsverletzung mittelst Entziehung vollkommener Privatrechte, die ohne sie dem Andern zustehen würden; andern Theils ist sie gesetzlich unverboten (lege seu jure non improbata). Auch wird durch sie eine Beibehaltung oder Aenderung des Kirchenglaubens weder geboten noch untersagt, sondern ganz der freien Willensbestimmung des Einzelnen überlassen, also dem ächten, d. h. von zeitlichem Vortheil unabhängigen Gewissen irgend ein Zwang nicht angethan, noch eine rechtwidrige Zumuthung gemacht. Ist doch selbst eine ausdrückliche oder directe conditio mutandae vel non mutandae religionis, nur dann für schändlich zu halten, wenn Jemand aufgelegt wird, eine vom Staat *verbotene* Religion anzunehmen. Jo. Guil. Schellhass, praes. II F. Schorch, diss. utrum conditio, qua certa religio in subjecto requiritur, pro turpi vel honesta sit habenda? Erford. 1752. 4. Thibaut's System des PandektenRechtes, §. 1021. Andere halten für nicht rechtwidrig nur die Bedingung, die Religion nicht zu ändern. Walch's controvers. juris civ., p. 282. Hofacker princ. juris rom. civ., T. I. §. 195. Th. Hagemann's u. C. A. Günther's Archiv für die theoret. und pract. Rechtsgelehrsamkeit, Th. III (Braunschw. 1789. 8.), S. 246 ff. Runde's teutsches Privatrecht, §. 637. A. D. Weber's Erläut. der Pandekten; herausgegeben von dessen Sohn, A. W. H. Weber, Th. II (Leipz. 1820.), S. 246.

b) Vergl. §. 432 b, V.

§. 436.

Kirchengut. Secularisation.

I) Als selbstständige Gesellschaft im Staat, ist die Kirche berechtigt zu Anwendung der zu Erreichung ihres Zwecks nöthigen, mit dem StaatsInteresse vereinbaren Mittel. Dahin gehört das Recht **Vermögen zu erwerben**, ausschliefsend zu **besitzen**, zu **benutzen**, und **selbst zu verwalten**. II) Das **Kirchengut** ist Privatgut der Kirche (§. 254 u. 435), folglich an sich unterworfen, weder der Verfügung noch der Verwaltung des Staates; wohl aber dessen Oberaufsicht, auch in Absicht auf Erhaltung und zweckmäsige, insonderheit stiftungsmäsige Verwaltung, zum Vortheil der Gottesverehrung, des Unterrichtes, und der Wohlthätigkeit a). III) Hienach ist, im Allgemeinen, die Frage von der Befugnifs, sowohl der **Kirche** als auch des **Staates**, zu **Verwandlung** des **geistlichen** oder Kirchenguts in **weltliches** b) Staats- oder Privatgut (Verweltlichung, **Secularisation**) zu beurtheilen c). Zu Verletzung des Eigenthumrechtes, ist hiebei auch der **Staat**, in der Regel (§. 456 f.), nicht befugt.

a) Vergl. Instr. Pac. Osnabr. 1648, art. V. §. 31. R. Deput. Hauptschlufs v. 25. Febr. 1803, §. 63. Von *Würtemberg*, s. Fetzer's Grundzüge der erbländ. Verfafs. Würtembergs (1817. 8.), §. 18 ff., u. Verhandlungen in der Versamml. der Landstände des Königr. Würtemb., 1815 u. 1816, Heft 21, S. 10 ff., Heft 22, S. 9 ff. Das angeführte *badische* ConstitutionsEdict, §. 9 u. 19. Königl. *baier*. Verordn. v. 1. Oct. 1807. *Baier*. Edict v. 24. März 1809, §. 50 ff., wo jedoch, §. 85, wegen landesherrlicher Aufsicht u. Schutzherrlichkeit, das Kirchengut unter Verwaltung weltlicher Staatsbehörden gestellt, auch, §. 52 u. 53, über den Ueberschufs, nach Befriedigung der LocalBedürfnisse, von Staatswegen verfügt ward. Diese Verfügung ward abgeändert, durch eine Verordn. v. 6. März 1817, die Verwaltung des Stiftungs- u. CommunalVermögens betr. Acte final du congrès de Vienne, art. 21, u. *preussisch-sächs*. Friede v. 18. Mai 1815, Art. 16; in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd.

VI, S. 31 u. 133. Klüber's Uebersicht d. dipl. Verhandl. des wiener Congr., S. 73. Michl's Kirchenr., §. 31. Bundesvertrag der 22 Cantone der Schweiz, v. 7. Aug. 1815, Art. 12; in d. Handb. des Schweizer-Staatsr. (2. Aufl. 1821), S. 11. Englische Parlamentsverhandlungen, in d. Allgem. Zeit. 1816, Num. 175. Abhandl. von dem Rechte der Staatsgewalt über das Kirchengut. Frankf. 1805. 8. P. Sarpi von dem Kirchengut. Aus d. Italiän. v. J. G. Steeb. Frankf. u. Leipz. 1786. 8. Scheidemantel a. a. O. II, 53. Rössig's Politik, S. 206. Frank's System der landwirthschaftl. Polizei, 178 f. Von Behandlung des Kirchenguts, als mittelbares Staatsvermögen, oben §. 254.

b) Unterschieden von der *Veräusserung* des Kirchenguts im Allgemeinen. — Verschiedene *Arten* der Secularisation. In dem ehemaligen teutschen Staatsrecht, verstand man unter *Secularisation* im engern Sinn, die Verwandlung eines *geistlichen Wahlstaates* in einen *weltlichen* (Erb- oder Wahl-) Staat. — *Geschichte* der Secularisationen: 1) von den Merovingern bis auf die Reformation; Weisse a. unten a. O. S 6—301; 2) von der Reformation bis zu dem westphäl. Fr.; ebendas. S. 30—69. Pütter's histor. Entwickel. d. Staatsverf. d. t. Reichs, I. 382; 3) in dem westphäl. Fr.; ebendas. S. 60—155. Pütter's Geist des westphäl. Fr., an mehreren Stellen. *Ebendess.* instit. juris publ., §. 35 u. 80. *Ebendess.* histor. Entwickel., II. 56 ff.; 4) Secularisationen seit dem westphäl. Fr.; vorzüglich durch den R. Dep. Hauptschl. v. 1803, besonders in dem Eingang, dann §. 34 ff., in Folge der in dem lüneviller Frieden Art. 7 angenommenen, auf dem rastatter FriedensCongrefs im Namen des teutschen Reichs schon bewilligten, Grundlage der Entschädigung der teutschen erblichen Reichsstände durch Secularisation, für Verlust, welchen die Abtretung der Länder auf der linken Rheinseite an Frankreich, verursacht hatte; 5) Secularisation seit 1803, z. B. der Besitzungen der beiden geistlichen Ritterorden. Oben §. 179, Note b u. c. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 397 ff. Neueste Einricht. des kathol. Kirchenwesens in den k. preufs. Staaten (Frankf. 1822. 8.), S. 3—17. Michl's Kirchenr., §. 32. Königl. *preufs.* Edict v. 30. Oct. 1810, betr. die Einziehung sämmtlicher geistl. Güter in der Monarchie; in d. Gesetzsamml., 1810, S. 32. In Folge dessen, wurden alle Güter des Johanniterordens in der Monarchie als Staatsgüter eingezogen. Man s. Gesetzsamml. v. 1812, S. 109.

c) Schriften in Pütter's Lit., III. 697. Klüber's Lit., §. 1480. — Von rechtmäsigen und unrechtmäsigen *Ursachen* der Secularisation, s. L. P. Behlen diss. (Mogunt. 1746. 4. u. in Ant. Schmidt's thesauro juris eccles., T. VI, p. 78 sqq.), §. 75 sqq. —

Vergl. G. L. Boehmer princ. juris can., §. 586. V. Wiese's Kirchenr., §. 352. Gönner's teutsch. Staatsr., §. 447. C. G. Weisse über die Säcularisation teutscher geistlicher Reichsländer (Leipz. 1798. 8.), S. 3. *Ebendess.* Nachtrag zu s. Abh. über die Säcularisation. Leipz. 1800. 8. Die Unrechtmäsigkeit der Säcularisirungen. Als Antwort auf Hrn. Weisse's Schrift. Philalethopolis 1799. 8. Ueber das Staatsnothrecht, als Grund des Rechtes zu säcularisiren; eine Antwort auf Weisse's Nachtrag etc. Philalethopolis 1800. 8. Das landesherrliche Recht über Klöster. Leipz. 1801. 8. Abhandlung von dem Rechte der Staatsgewalt über das *Kirchengut*. Frankf 1805. 8. Die Vernunft fordert die Secularisirungen nicht. Teutschl. 1798. 8. Freimüthige Gedanken über die Secularisirung der geistl. Wahlstaaten. Altona u. Hamb. 1798. 8. C. F. Häberlin über Aufhebung mittelbarer Abteien u. Klöster (Helmst. 1805. 8.), S. 79. — Anders als oben im §., J. N. F. Brauer in s. Abhandlungen z. Erläuter. d. westphäl. Fr., Bd. II, S. 24 f. v. Aretin's Genius von Baiern, St. IV. — Von den *kirchlichen* u. *politischen Folgen* der durch den R. Dep. Hauptschl. v. 1803 festgesetzten Secularisation, s. man die Staatsrechtlich-politische Erläuterung des §. 34 des neuen EntschädigungsPlans. (Ohne Druckort) 1802. 8. — Nicht blofs die Politik, auch die Sittenlehre kann Gründe darbieten, widerrechtlich Secularisationen bestehen zu lassen. Man s. Bescheidene, doch freimüthige Andeutung über Uebertreibungen und Rückwirkungen etc. Germanien 1815. 8.

§. 437.

Incameration. Reformation. AmortisationGesetze.

I) Auch zu so genannter **Incameration**, das heifst, zu **Einziehung** des **Kirchenguts**, oder des Vermögens **frommer** oder **milder Stiftungen**, in der Absicht, dasselbe unmittelbar durch eine landesherrliche Finanz- oder CameralBehörde, **ohne** förmliche Verwandlung oder Aufhebung seiner bisherigen Eigenthumseigenschaft verwalten zu lassen *a*), könnte der Staat, ohne Verletzung des Eigenthumsrechtes, nicht schreiten *b*); selbst dann nicht, wenn er den ganzen reinen Ertrag zu dem stiftungsmäsigen Zweck verwenden wollte. Das eine wie das andere

Gut, darf, unbeschadet der dem Staat gebührenden Oberaufsicht, seiner stiftungsmäsigen Verwaltung eben so wenig, als der stiftungsmäsigen Verwendung, entzogen werden c) (§. 254). II) Von der Secularisation und Incameration, ist jedoch die Reformation des Kirchenguts wesentlich verschieden. Sie erfolgt, erlaubterweise, wenn eine Kirchengesellschaft, nach ihrem Uebergang zu einer andern Religion, ihrem Kirchengut eine Bestimmung giebt, welche ihren neuen ReligionsGrundsätzen gemäfs ist d). III) Der übermäsigen Vermehrung des Kirchenguts, können, durch AmortisationsGesetze e), Schranken gesetzt werden.

a) Von der Incameration, ist die, von dem gehörigen Richter verfügte, *Sequestration* des Kirchen- und frommen Stiftungsgutes zu unterscheiden.

b) Vergl. R.Deput.Hauptschl. v. 1803, §. 65. GH. hessische Verfafs.Urk. v. 1820, Art. 43. Ueber das geistliche Gut im *Wirtembergischen*. 1802. 8. Klüber's Acten d. wiener Congr., V. 247. (Pahl's) NationalChronik der Teutschen, 1804, S. 342. Verhandlungen in d. Versamml. d. Landstände des Königr. Würtemberg, Abth. VIII (1815. 8.), S. 97 ff. Ath. IX, S 58 ff. Abth. XX, XXI u. XXIII. Grundsätze über das Vertreten der Kirche bei Ständeversammlungen, herausgeg. v. H. E. G. Paulus (Heidelb. 1816. 8.), S. 8 ff. Darstell. des Betragens d. würtemb. Landstände (1815. 8.), Abschn. I, Art. 4; u. Fortsetzung (1815. 8.), S. 12 ff. Häberlin's Staatsarchiv, Heft 50, S. 199 ff. Seb. Brendel, das Recht der milden Stiftungen etc. Leipz. 1814. 8. Bauer's, Behr's u. Schott's allgem. StaatsCorrespondenz, Bd. I (1814. 8.), S. 409 ff. — Nie fehlt wohl bei Incamerirungen die Versicherung, dafs der Ertrag in dem Sinn der Stiftung solle verwendet werden. Aber wer bürgt für gehörige und vollständige Verwendung desselben? Wer leistet Sicherheit für den Fall, wenn durch Vermengung des geistlichen und frommen Stiftungsgutes mit dem Staatsvermögen, jenes verschwunden, dieses nicht wahrhaft gebessert ist?

c) Die eine und die andere, stünde in Widerspruch mit der Absicht der Stifter. — Anordnung einer landesherrlichen GeneralAdministration des Stiftungs- und CommunVermögens, in dem *baier*. Regier.Blatt, 1808, St. 5. Abgeändert durch die oben §. 436, Note a, angef. Verordn. v. 17. März 1817.

d) Vergl. J. C. Majer's geistl. Staatsr., I. 179 f. — Von der Reformation unterscheidet sich die *Innovation*, die Bestimmung des geistlichen Stiftungsgutes zu einem andern *frommen* Zweck, als dem eigentlichen stiftungsmäsigen. Vergl. Majer a. a. O. u. Boehmer l. c. §. 575. sqq.

e) Pütter's Lit., III. 694, Klüber's Lit., §. 1478. *Ebendess.* kl. jur. Biblioth., XI. 294. Selchow elem. juris germ. priv., §. 557. Danz Handb., des t. Privatr., II, §. 262. Jargow v. d. Regalien, 132. Scheidemantel a. a. O. II. 53 ff. Michl's Kirchenr., §. 30. F. X. v. Moshamm über AmortisationsGesetze. Regensb. 1798. 8. — Ein *baier.* Edict. v. 31. Dec. 1811 belegt die Vermächtnisse und Schenkungen an die Kirchen und Geistlichen, mit einem Abzug von zwei Quarten (quarta scholarum et pauperum) des Ertrags.

§. 438.

Vermögen u. Religiosen aufgehobener u. nicht aufgehobener geistlicher Corporationen. Heimfall- u. fiscalisches OccupationsRecht.

I) Theoretisch wird gestritten *a*), ob das Vermögen aufgehobener geistlicher Corporationen, insonderheit aufgehobener Klöster, 1) fortwährend als Kirchengut *b*), oder 2) als zurückgefallen an die Stifter, oder deren Nachkommen *c*), so weit es geschenktes Gut ist, oder, wenn nicht 3) als gemeinschaftliches Eigenthum des Staates und der geistlichen Corporationen (§. 254), welches jener in Alleineigenthum verwandle *d*), doch 4) nach Erlöschung der moralischen Person die solches eigenthümlich besafs, als lediges Gut zu betrachten sey *e*), welches dem StaatsFiscus heimfalle? Auch ob, in solchem Fall, das auswärtige Vermögen untrennbar sey von der inländischen Hauptstiftung *f*)? Oder ob der gegenseitige StaatsFiscus berechtigt sey zu der Occupation inländischer Besitzungen, Renten und Rechte auswärtiger secularisirter geistlicher Stiftungen *g*)? weil das fiscalische OccupationsRecht begrenzt werde durch das eigene Staatsgebiet, und eine Erstreckung desselben in fremdes, Verletzung der

auswärtigen Staatshoheit wäre. II) Die bürgerlichen Verhältnisse der **Religiosen aufgehobener Stifte** und **Klöster**, beiderlei Geschlechtes h), und selbst die bürgerlichen und klösterlichen Verhältnisse der Mitglieder **nicht** aufgehobener Klöster i), sind hie und da durch eigene Staatsgesetze bestimmt.

a) Pütter's Lit., III. 816. 699. Klüber's Lit., §. 1605 u. 1482. v. Roth's Staatsr. t. R.Lande, II. 44.

b) J. Majer's Erläuterungen des westphäl. Friedens. 1785. 8. — So auch der Reichshofrath, in Ansehung der ursprünglichen Stiftungsgüter der JesuitenCollegien. Merkw. ReichshofrathsGutachten, Th. III (Frankf. 1795. 8.), S. 268 ff.

c) Schmalz natürl. Staatsr., §. 120. Dawider J. C. Majer über das Eigenthum an den geistl. Gütern (Ulm 1786), S. 79 f.

d) v. Steck's Ausführung einiger gemeinnütziger Materien (Halle 1784), S. 26. Roth's Vertheidigung der rechtl. Staatsbetrachtungen u. s. w. Frankf. u. Lpz. 1783. 8. Gönner a. (oben §. 254, Note a) a. O. — Vergl. auch Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 3. §. 19. und das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 9.

e) G. L. Böhmer's Rechtsfälle, Bd III. Abth. 1. S. 62 u. 103. J. F. E. Böhmer diss. de jure occupandi statuendique de bonis Ordinis extincti Jesuitarum. Goett. 1779. 4. Auch teutsch, Frankf. u. Leipz. 1779. 4. u. Ulm 1781. 4. J. C. Koch's Revision der rechtl. Staatsbetrachtungen u. s. w. 1783. 8. *Ebendess.* neuer Aufschluss über die Stellen des westphäl. Friedens u. s. w., nebst zwei Postscripten. 1782. 1784. 8. Vergl. auch Brauer's Beiträge zu e. allgem. Staatsr. der rhein. Bundesstaaten, S. 180. Königl. *baier.* Edict. v. 8. Sept. 1808, die Aufhebung des *Johanniterordens* in Baiern betr., nach welchem das Ordensvermögen zur Dotation der *baier.* Bisthümer und ihrer Capitel, der Ueberschuss zu Verbesserung des SchulFonds gewidmet werden soll. Das königl. *westphäl.* Decret v. 1. Dec. 1810 (Bulletin des loix du R. de Westphalie 1810, n. 170. Rhein. Bund, LII. 93.) hob alle Capitel, Klöster und geistl. Stiftungen auf, und vereinigte sie mit den StaatsDomänen. Auch in der *östreichischen* Monarchie ist der Grundsatz aufgestellt: das geistliche Vermögen unterliegt der Staatsvorkehrung. Schriften für u. wider, s. in der Allgem. Lit. Zeit. 1812, N. 69. — Wider die analoge ErbSuccession des Fiscus, s. Majer's Succession des Fiscus u. s. w. (1786), S. 131, Note 72.

f) Die Untrennbarkeit behauptet Roth a. a. O. Dawider s. Koch a. a. O. — Bedingungsweise spricht dem fremden Staat ein Anfallrecht zu, Brauer in den Abh. zu Erläut. des westph. Friedens, Bd. II. (1784), S. 10 ff. — Der Reichsdep. Hauptschl. v. 1803, §. 36, setzt, für die von ihm verfügten u. zugelassenen Secularisationen, die Untrennbarkeit fest. Vergl. ebendas. §. 29 u. 1.

g) Ausübung des fiscal. Occupations- oder Heimfallrechtes (droit d'épave) bei ledigem Gut (§. 390). In Beziehung auf den angef. R. Dep. Hauptschl. v. 1803, s. man: Das Heimfalls- und fiscalische OccupationsRecht des Erzhauses *Oestreich*, auf den in dessen Erbstaaten gelegenen Besitzungen und Einkünften der durch den neuesten Entschädigungs-Reichsschlufs secularisirten teutschen Stifter, Klöster etc. (von dem damal. östreich. Landvogt zu Rothenburg, v. *Benzel*) 1803. 8. J. L. Klüber, das OccupationsRecht des landesherrl. Fiscus, im Verhältnifs zu den Besitzungen, Renten u. Rechten, welche den secularisirten, als Entschädigung gegebenen geistl. Stiftungen in fremdem Gebiete zustanden, rechtlich geprüft. (Erl.) 1804. 8. Lucchesini's hist. Entwickel. der Ursachen u. Wirkungen des Rheinbundes, Th. I (Leipz. 1821), S. 282 u. f. — Oestreich stützte sich auf seinen mit Frankreich, unter russischem Beitritt zu Paris geschlossenen Vertrag v. 26. Dec. 1802, Art. 4, (in Martens recueil, Supplém. III. 228), u. auf den im R. D. Hauptschl., §. 1, so wie auf den in dem kais. Ratif. Decret v. 28. Apr. 1803 gemachten Vorbehalt. Dem ward entgegengesetzt, die in dem angef. §. 1 des R. D. H. stehende Clausel «in so fern» (u. s. w). Am 31. Mai 1808 erklärte Oestreich sich bereit zu Aufhebung seiner Incameration schweizerischer geistl. Stiftungsgüter. Dagegen klagte die Tagsatzung, in ihrer Sitzung vom 24. Aug. 1819, über Nichterfüllung, überhaupt über die seit vielen Jahren, zum Vortheil eines auswärtigen StaatsFiscus, fortdauernden so genannten Incamerationen, oder vielmehr Sequestrirungen geistlicher Güter, die, zu in der Schweiz befindlichen (noch bestehenden) Hauptstiftungen gehörig, aber in teutschem Staatsgebiet gelegen sind, z. B. in Tyrol, Vorarlberg, HohenzollernSigmaringen. Wegen der incamerirten Güter in der Landgrafschaft Nellenburg, kam e. Vergleich zu Stande zw. Baden u. den Cantonen Zürich, Schafhausen u. Thurgau, am 24. Dec. 1820; in d. bad. Regier. Blatt, v. 11. Sept. 1821.

h) In dem Grofsherzogthum *Baden* durch eine Verordnung v. 22. Mai 1807, in d. Rhein. Bund, VIII. 236.

i) Grofsherzogl. *badisches* Regulativ für die kathol. Frauenklöster als weibliche Lehr- und ErziehungsInstitute, v. 16. Sept. 1811, in d. Regier. Blatt 1811, Num. 25. — Von *Baiern* s. Michl's Kirchenr., §. 44.

XVII. Capitel.

Lehnhoheit und Lehnverbindung.

---

§. 439.

I) Lehnhoheit.

Damit das LehnInstitut, jetzt ein blofs privatrechtliches Verhältnifs, dem Staatszweck nicht widerstreite, vielmehr übereinstimmend mit demselben wirke und geleitet werde, gebührt jedem teutschen Bundesstaat, über alle in seinem Gebiet befindlichen Lehnverbindungen, die Lehnhoheit a) (imperium civile circa feuda, potestas feudalis sublimis, jus circa feuda majestaticum). Ihre Wirksamkeit zeigt sich hauptsächlich bei Lehngesetzen, Lehngerichtbarkeit und Lehndiensten b). Die Lehnherrlichkeit wird, rechtlich, dadurch mehr nicht beschränkt, als der Staatszweck fordert.

a) Dan. Nettelbladt syst. jurisprud. naturalis, §. 1251. 1464. sqq. (v. Grolman's) Deduction in Sachen NassauSarbrücken c. Hessendarmstadt, die Feudalität einiger Nordeck von Rabenauischen Güter betr. (Giessen 1785. Fol.), §. 16 u. 81. Schnaubert's Staatsr. der gesammten Reichslande, §. 56 f. Hagemann's Einl. in das Lehnr., §. 8. M. J. Behr's Versuch einer allgemeinen Bestimmung des rechtl. Unterschieds zwischen Lehnherrlichkeit und Lehnhoheit. Wirzburg 1799. 8.

M. H. Griebner diss. de dominio directo in territorio alieno. Viteb. 1717. 4. B. C. Struv diss. de eod. arg. Jen. 1724. 4.

§. 440.

Insonderheit über auswärtige Staatslehen.

Ueber auswärtige Staatslehen (feuda extra curtem), so weit dergleichen noch vorkommen, steht die Lehnhoheit dem Lehnherrn, ganz oder zum Theil, nur dann zu, wenn solche als Staatsdienstbarkeit begründet ist. So fern der Vassall selbst, in Absicht auf das Lehn, in dem Besitz der Souverainetät sich befindet, gehört auch ihm die Lehnhoheit a).

a) H. G. Scheidemantel diss. de nexu feudali inter gentes. Jen. 1768. 4.

§. 441.

II) Lehnverbindung.

Theils die Auflösung der teutschen Reichsverbindung überhaupt, theils die in der rheinischen BundesActe geschehene wechselseitige Verzichtleistung aller Bundesfürsten, auf jedes wirkliche oder gegenwärtige Recht, welches Jeder von ihnen haben oder ansprechen könnte, auf Besitzungen der übrigen Mitglieder des Bundes (§. 82), ward von den Bundesfürsten, in Beziehung auf das Lehnverhältnifs in den rheinischen Bundesstaaten, zu verschiedenen Bestimmungen a) benutzt, welche gröfstentheils noch jetzt wirksam, und nur hie und da, seit Vernichtung des rheinischen Bundes, abgeändert worden sind. Von dem einen und von dem andern, ist hier zu handeln.

a) *Badische* Bekanntmachung v. 25. Nov. 1806, in dem bad. Regierungsblatt, 1806, Num. 29, u. in d. Rhein. Bund, IV. 98.

Staatsvertrag zwischen *Baden* und *Wirzburg* v. 17. Mai 1807, §. 6, in d. bad. Regier. Blatt, 1807, Num. 24. *Wirtemb.* Patent v. 16. Dec. 1806. *Baier.* Declaration, die Bestimmung der Verhältnisse der, der königl. Souverainetät unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren betr., v. 19. März 1807, M. 1, in d. Rhein. Bund, VI 372. *Baier.* Erklärung v. 17. April 1807, in d. baier. Regier. Blatt, 1807, Num. 36. *Baier.* Aufruf an die Vasallen in der Oberpfalz, v. 22. Mai 1807, in Tyrol, v. 1. Jun. 1807, in Neuburg etc.; in d. baier. Regier. Blatt, Num. 26. *Baier.* Edict v. 31. Aug. 1808, die Lehnverhältnisse in dem Königreich betr., in d. Regier. Blatt, 1808, Num. 48. Grofsherzogl. *wirzburgische* Verordn. v. 9. Jun. 1807, §. 163 ff.; in d. Rhein. Bund, X. 49 f. *Wirzburg.* Verordn. v. 14. Dec. 1811. Grofsherzogl. *hessische,* Bekanntmachung v. 4. Febr. 1807; in d. Rhein. Bund, VIII. 298. Herzogl *arenbergische* Bekanntmachung, d. d. Recklinghausen 15. Oct. 1807. *AnhaltCöthensche* OrganisationsEdicte v. 28. Dec. 1810, Art. 12, u. 19. Febr. 1811, Art. 29; in d. Rhein. Bund, LII. 99. LIV. 384.

§. 442.

1) *Bei vormaligen Reichslehen;*
a) *entweder mit Aufhebung der Lehnverbindung.*

In Hinsicht auf die vormaligen Reichslehen a), sind mannigfaltige Veränderungen eingetreten. I) Bei vielen hat die Lehnverbindung gänzlich aufgehört. Es sind nämlich 1) solche Reichslehnverbindungen, sowohl wegen Vorderlehen als auch wegen Afterlehen, deren Gegenstand durch Auflösung der teutschen Reichsverbindung verschwand (z. B. Reichsämter), oder durch die rheinische BundesActe, oder nachfolgende Machtgebote, dem Vasallen entzogen ward (z. B. manche Regalien jetziger Standesherren), als erloschen anzusehen b). Dasselbe gilt 2) von der Lehnverbindung wegen solcher Reichs-Vorderlehen, deren noch fortdauernder Gegenstand, der Staatshoheit eines Bundesstaates nicht unterworfen ist c). Auch hat 3) diejenige Lehnpflicht, womit die meisten der jetzigen teutschen

Bundesstaaten selbst, wegen bestimmter Grundbesitzungen oder TerritorialGerechtsame, dem Kaiser und Reich zugethan waren, bei Auflösung der Reichsverbindung ganz aufgehört, durch Appropriation. Endlich 4) hörte auch, schon durch die rheinische BundesActe, die Lehnverbindung wegen solcher Reichs Afterlehen gänzlich auf, welche ein rheinischer Bundesfürst von einem andern Bundesfürsten bis dahin empfangen hatte (§. 82, IV).

a) Verzeichnisse derselben, bei Moser v. d. teutschen Lehnsverfassung, S. 34 ff.

b) Rhein. Bund, XII. 327, §. 16. XIII. 96. 99.

c) Von ehemaligen Reichslehen in der Schweiz, s. Moser a. a. O., S. 144 — 147. *Ebenders.* von d. t. Reichstagsgeschäften, S. 1383.

§. 443.

2) *Oder blofs mit Veränderungen in Ansehung des Lehnherrn.*

II) Bei andern vormaligen Reichslehen, ist, unter Fortdauer der Lehnverbindung, nur in Ansehung des Lehnherrn eine Veränderung eingetreten. Es wird nämlich 1) bei denjenigen Reichs Vorderlehen, deren Besitzer, wegen solcher lehnbaren Besitzungen oder Gerechtsame, jetzt der Staatshoheit eines Bundesstaates unterworfen sind, die Lehnherrlichkeit dergestalt als fortdauernd behandelt, dafs der Inbegriff der lehnherrlichen Rechte nunmehr demjenigen Bundesstaat zusteht, in dessen Staatsgebiet der Gegenstand der Lehnverbindung sich befindet [a]). 2) Reichs Afterlehen, welche in dieser Eigenschaft vorhin schon von einem Bundesstaat, als Reichs-Afterlehnherrn, verliehen wurden, haben sich, nach Erlöschung der Reichslehneigenschaft, in unmittelbare oder VorderActivlehen, und zwar desjenigen Bundesstaates (§. 82, IV) verwandelt, in dessen Staatsgebiet sie gelegen sind.

a) Rhein. Bund, V. 242. 390. VIII. 298. X. 50. XII. 326. XII. 80. 96. XV 421. Dasselbe verordnete *Preussen*, in Ansehung der in seinen Staaten gelegenen Reichslehen, durch e. CabinetsOrdre v. 16. Sept. 1806, in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. II, S. 511. u. in v. Archenholz Minerva, Oct. 1806, S. 139. — Anwendung auf die reichslehnbaren fürstlich-*thurn*- und *taxischen Postgerechtsame*. Vergl. §. 349, 354ᵃ u. f., u. 447, d. — Dafs die Lehnherrlichkeit, nur bei *gegebenen* Lehen dem inländischen Bundesstaat, bei *aufgetragenen* hingegen dem Lehnmann hätte heimfallen sollen, behauptet Guil. Wiesand in der oben (§. 49, Note a) angef. comment. Part. I. c. 2. G. H. v. Berg's Abhandlungen zu Erläut. der rhein. BundesActe, Th. I, S. 174 ff.

§. 444.

Fortsetzung.

Auch ist 3) bei solchen ReichsAfterlehen, welche ein ehemaliger rheinischer Bundesfürst von einem solchen reichsständischen, durch Auflösung der Reichsverbindung souverain gewordenen Landesherrn empfieng, welcher zu dem rheinischen Bund nicht gehörte, die Lehnverbindung durch die rheinische BundesActe für aufgehoben nicht, sondern das Lehn, nach Erlöschung der ReichsLehneigenschaft, nunmehr für ein Vorderlehn zu achten a). Dasselbe gilt 4) von solchen ReichsAfterlehen, welche, während der Reichsverbindung, von jetzt als Standesherren untergeordneten ehemaligen reichsständischen Landesherren von fürstlichem oder gräflichem Stande, an nachher zu dem rheinischen Bund nicht gehörige Staaten, gleichviel ob diese zu dem teutschen Reich gehörten oder nicht b), oder an solche Reichsunmittelbare, welche nach Auflösung der Reichsverbindung rheinischen Bundesfürsten untergeordnet wurden c), oder an ehemalige Reichsmittelbare d), verliehen wurden.

a) Beispiele von böhmischen und östreichischen Reichsafterlehen der Fürsten von Reufs, von Schwarzburg, u. von der Leyen. Moser v. d. t. Lehnsverfassung, 418 f. 420.

b) Moser a. a. O. S. 421.
c) Moser a. a. O. S. 423.
d) Moser a. a. O. S. 423. Nur werden Lehnverbindungen dieser, so wie der durch die Note c angedeuteten Art, nicht in allen teutschen Bundesstaaten fernerhin geduldet. Vergl. §. 448.

§. 445.

Mit Fortdauer der SuccessionsRechte u. der ursprünglichen Rechtsbestimmungen.

Dieser Veränderungen ungeachtet, ist I) rechtlich anzunehmen, dafs die vormaligen Reichslehn-SuccessionsRechte, nebst der Successions-Ordnung, gleichviel, ob sich dieselben gründen auf die Abstammung von dem ersten Erwerber (jus sanguinis), oder auf Mitbelehnschaft, oder auf gesetzmäsig erlangte EventualBelehnung oder Anwartschaft [a]), oder auf andere gültige Vertragbestimmung oder Willenserklärung, unverändert fortdauern (§. 52); nicht nur bei den vormaligen, jetzt appropriirten, Reichslehen der teutschen Bundesfürsten selbst, sondern auch bei denjenigen Reichslehen, die nach Auflösung der Reichsverbindung in Staatslehen rheinischer Bundesfürsten verwandelt wurden, und jetzt von teutschen Bundesfürsten releviren [b]). Bei diesen letzten, bleiben überdem II) nach wie vor, so wie die ursprünglichen Rechtsbestimmungen (lex investiturae) überhaupt, also auch namentlich die besondern Eigenschaften oder Impropriëtäten, unverändert gültig.

a) Rheinische BundesActe, Art. 34, und Analogie dieser Rechtsbestimmung. v. Berg a. a. O. S 185. Wiegand l. c. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 89 u. 92.

b) Durch den in der rhein. BundesActe (Art. 34) enthaltenen Verzicht, sind die *unmittelbaren* (Rhein Bund, IV. 112) SuccessionsRechte eines Bundesfürsten auf solche *standesherrliche* Besitzungen ausgeschlossen, welche in dem SouverainStaat eines *andern* Bundesfürsten gelegen sind. Klüber's angef. Staatsr., §. 192.

§. 446.

2) *Bei TerritorialLehen.*

In Ansehung der während der teutschen Reichsverfassung bestandenen teutschen TerritorialLehen, blieb, bei Auflösung der Reichsverbindung, I) jede bisherige inländische TerritorialLehnverbindung, bei welcher vorhin schon dem jetzigen Bundesfürsten die Lehnherrlichkeit gebührte, ohne Veränderung in der Person des Lehnherrn und seiner Rechte; aber späterhin erfolgten, in etlichen Bundesstaaten, Lehnvererbungen (§ 447). II) Was aber die auswärtige Lehnverbindung inländischer Privatbesitzungen (feuda extra curtem), betrifft *a*), so ward solche 1) von mehreren rheinischen Bundesfürsten *b*), als unter den rheinischen Bundesstaaten aufgehoben und auf denjenigen Bundesfürsten übergegangen betrachtet, in dessen Staatsgebiet das Lehn sich befindet; dem zufolge auch, in dem künftigen Fall einer Eröffnung des Lehns, der vorige Lehnherr zu der Consolidation des Lehns nicht berechtigt ist *c*). Dagegen haben 2) andere rheinische Bundesstaaten, entgegengesetzte Grundsätze aufgestellt *d*). III) Jede Lehnverbindung, welche unmittelbar zwischen rheinischen Bundesfürsten bisher bestanden hatte, ward als aufgelöset betrachtet *e*). IV) Und eben so die Lehnherrlichkeit eines, nunmehr als Standesherrn untergeordneten, vormaligen reichsständischen Landesherrn, über einen souverainen Bundesfürsten *f*). V) Jede Lehnverbindung Oestreichs mit Baiern, Wirtemberg und Baden, ward wechselseitig aufgehoben *g*).

a) (E. A. Haus) Ueber die Lehnherrlichkeit eines Souverains des rheinischen Bundes im Gebiete des andern. (Wirzb.) 1807. 8. Ant. Hunger über die Erlöschung der auswärtigen Lehen, in den Staaten der rheinischen Conföderation. Landsh. 1808. 8. M. Günther diss. de mutata feudorum extra curtem

inter principes foederi rhenano adscriptos ratione. Lips 1810. 4. Rhein. Bund, XXVI. 185. 196.

b) *Baierische* Verordn. v. 31. Dec. 1806; in d. Rhein. Bund, V. 242. *Baierische* Verordn. v. 17. Apr. 1807; in d. Regier. Blatt, 1807, N. 36, u. in OESTERREICHER's Archiv, St VIII, Num. 15. *Baierische* Declaration v. 19. März 1807, lit. M. n. 1; in d. Rhein. Bund, VI. 390. *Wirtemb.* Patent v. 16. Dec. 1807. *Badische* Verordn. v. 25. Nov. 1806. *Badische* Verordn., die Standesherrlichkeits Verfafs. betr., v. 22. Jul. 1807, §. 15, in d. Rhein. Bund, XII. 326. *Badisches* ConstitutionsEdict, die Lehnverfassung des Grofsherzogthums betr., v. 12. Aug. 1807, §. 3. Grofsherzogl. *hessische* Verordn. v. 4. Febr. 1807, in d. Rhein. Bund, VIII. 298, u. in OESTERREICHER's Archiv, VIII. Num. 13. K *sächs.* Patent v. 23. Aug. 1809. *Wirzburgische* Verordn. v. 14. Dec. 1811 (vergl. Rhein. Bund, X. 50). *Wirzburgische* Verträge, 1) mit *Baden*, v. 17. Mai 1807, §. 6, in d. Rhein. Bund, IX. 495; 2) mit SachsenCoburg*Meiningen*, v. 20. Jun. 1808, §. 9 u. 10, ebendas. XXII. 130; 3) mit dem F. *Primas*, v. 19. Aug. 1808, §. 13, ebendas. XXIV. 392. Sachsen-*weimarische* Verordn. v. 14. Jun. 1809. *SchwarzburgSondershausisches* Patent v. 5. Dec. 1809. *Reufs-Plauen Ebersdorfisches* Mandat v. 22. Febr. 1808; in d. Rhein. Bund, XIX. 66. Königl. *westphäl.* Decret v. 28. März 1809, Art. 3. — Diese Grundsätze glaubte man aus dem in der rheinischen BundesActe, Art. 34, geleisteten *Verzicht* (oben §. 43 u. 82, u. KLÜBER's Staatsr. des Rheinb., §. 89 ff.) folgern zu können, oder zu müssen. BRAUER's Beiträge zu e. allgem. Staatsr. des rhein Bundes, S. 264. Rhein. Bund. IV. 83. XXVI. 196. Von der Frage, ob jener Verzicht durch Auflösung des rhein. Bundes entkräftet worden sey? oben §. 47. — Von *Passiv*Leben der *Standesherren*, die ihnen bis dahin von einem *auswärtigen* Bundesfürsten verliehen wurden, z. B. die feuda palatina extra curtem, wie die Grafschaft Wied, s. BRAUER a. a. O., S. 115.

c) Rhein. Bund, IV. 113, §. 7. — Dawider s. E. A. HAUS a. a. O., S. 12 ff. 35 ff. Rhein. Bund, XXVI. 185 ff.

d) So 1) der Grofsherzog von *Hessen* und der Fürst *Primas*, in e. Vertr. v. 26. Sept. 1806, worin die Souverainetät über die in dem Grofsherzogthum Hessen (also extra curtem) gelegenen Lehen des Fürstenthums Aschaffenburg, dem ersten überlassen, die Lehnherrlichkeit hingegen dem andern vorbehalten ward. Rhein. Bund, III, 367. Auch erkannte 2) *Hessen* die *nassauische* Lehnherrlichkeit über den unter seiner Staatshoheit befindlichen, freiherrl. v. Löwischen Ort Steinfurt, an, in e. Vertr. v. 30. Aug. 1806. Rhein. Bund, IX. 487.

3) Die grofsherzogl. *wirzburgische* Constitution v. 9. Jun. 1807. §. 170, setzte die definitive landesherrliche Erklärung dieses Punctes aus, bis nach Berichtigung der nachbarlichen Verhältnisse. Rhein. Bund, X. 50. Es wurden aber nachher, in den oben Note b genannten Verträgen, die oben in diesem §. unter Num. 2 angezeigten Grundsätze angenommen.

e) Auch dieses glaubte man aus dem (oben Note b erwähnten) in der rhein. BundesActe geleisteten Verzicht folgern zu dürfen, oder zu müssen. Doch spricht der Verzicht nicht von *privat*rechtlichen Verhältnissen. Klüber's Staatsr. des Rheinb., §. 90, Num. 2. — *Kurhessen* erkennt eine solche Aufhebung von Lehnverbindungen nicht an. Man s. §. 179, a. — Von der Lehnbarkeit der Grafschaft *Waldeck* gegen Kurhessen, u. der Grafschaft *Pyrmont* gegen Braunschweig, s. Rhein. Bund, VII, 161. IX. 449.

f) Brauer a. a. O., S. 108. Vergl. unten, §. 448, Note b, u. §. 449. — Die rheinische BundesActe liefert für einseitige Aufhebung solcher privatrechtlichen Verhältnisse, keinen Entscheidungsgrund.

g) Presburger Friede v. 26. Dec. 1806, Art. 15.

§. 447.

Fortsetzung.

VI) In dem Zeitraum des rheinischen Bundes ward, in verschiedenen Bundesstaaten, die **Allodification** der TerritorialLehen, zum Theil auch der Privatlehen (§. 448), durch landesherrliche Verordnung verfügt a); welches, nach Vernichtung jenes Bundes, von der wieder eingesetzten rechtmäsigen Landesherrschaft, theils, so fern die Allodification bereits erfolgt war, anerkannt b), theils allgemein für nichtig erklärt ward c). Dagegen sind VII) seit Auflösung der teutschen Reichsverbindung, in mehrern Bundesstaaten **neue Staatslehen** entstanden d). VIII) Aber gestattet wird nicht, dafs Jemand inländische Besitzungen einem auswärtigen Souverain **zu Lehn auftrage**, oder von ihm inländische Privatgüter oder Einkünfte **zu Lehn nehme** e). IX) Auch wird einem fremden **Souverain**, inländischer Lehnbesitz nicht leicht erlaubt f). X) **Lehnähnliche**

Institute, fast wie auswärtige Staatslehen (feuda publica extra curtem), waren, seit 1806, in verschiedenen teutschen Staaten, die kaiserlich-französischen Schenkungs- und MajoratDotations-Güter und Jahrrenten. Sie wurden, mit wenigen Ausnahmen *g*), vernichtet, durch einen geheimen Artikel des pariser Friedens von 1814 *h*).

a) K. Napoleons Decret für d. Grofsherzogth. *Berg*, v. 11. Jan. 1809, in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. II, S. 518. Königl. *westphäl.* Decret v. 28. März 1809, ebendas. S. 519, u. in d. Bulletin des lois du royaume de Westphalie, 1809, n° 47. Vergl. Rhein. Bund, XLV. 591. LI. 434. K. schwedische Verordn. v. 11. Oct. 1810, wegen Vererbung der landesherrlichen ActivLehen in dem Herzogthum *Vorpommern* und dem Fürstenthum *Rügen*. Von *Baden* s. Rhein. Bund, XII. 326 f., §. 15. — Ueber die neuesten Schicksale des LehnInstituts; in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. IV, Heft 2 (1810. 8.), Num. 5. v. Hohnhorst über die Allodification der Lehen in Deutschland, vorzüglich in den Staaten des Rheinbundes; ebendas. Bd. III, Heft 2 (1809), Num. 11, u. Bd. IV, Heft 1 (1810), Num. 4.

b) K. *hannöver.* weitere Erklär. über d. Allodification der Lehen im Hildesheimischen, v. 15. Sept. 1815. *Preufs.* Verordn. v. 11. März 1818, u. 1. Jul. 1820; in d. preufs. Gesetzsamml. 1818, S. 17, 1820, S. 131.

c) *Kurhessische* Wiederherstellung d. Lehnwesens, im Jan. 1815.

d) Z. B. fürstl. taxische Postlehen (§. 354[b]), eine Art von Zinslehen (feudis censualibus), da, wo sie vorhin als Reichslehen bestanden, keine neuen Lehen, sondern nur Umwandlung in inländische Staatslehen (§. 443 u. 352); in Baiern und Wirtemberg die ReichsKronamtslehen (§. 409); in Schlesien das standesherrliche Fürstenthum Krotoszyn des Fürsten von Thurn u. Taxis (§. 354[b], Note b).

e) Das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 3.

f) Ebendas. §. 4.

g) Kais. franz. Urkunde für den franz. Reichsgrafen (nun baier. Fürsten) v. *Wrede*, v. 15. Nov. 1810, wegen der ihm geschenkten franz. Majorate Engelzell, Monsee u. Suben, in dem Inn. u. HausruckViertel; dann *Vertrag* hierüber, zwischen Frankreich u. Baiern, v. 28. Febr. 1810, Art. 4; u. baier. Verordn. v. 5. Aug. 1811, über die rechtl. Verhältnisse dieser Güter; in d. baier. Regier. Blatt, 1811, St. 51. — Dem gewesenen grofsherzogl. bergischen Minister *Agar*, ward seine DotationsBesitzung (Mosburg) bei Düsseldorf von Preussen aus Gnade

gelassen; er verkaufte sie im J. 1818. — Der Herzog v. *Dalberg* ist, wegen seiner Dotation, von Baiern abgefunden.

h) Art. 5 secret, in v. MARTENS recueil, Supplém. T. VIII, préface, p. VII.

§. 448.

3) *Bei Privatlehen.*

Anlangend die inländischen Privatlehen, so war bei diesen 1) die Lehnverbindung mit auswärtigen Privatlehnherren, in den ehemaligen rheinischen Bundesstaaten, für aufgehoben, durch die rheinische BundesActe, nicht zu achten; sie ward aber fernerhin nicht überall geduldet. 2) Die Lehnverbindung mit inländischen Privatlehnherren, ist in verschiedenen Bundesstaaten aufgehoben, in den meisten aber dauert diese Lehnverbindung unverändert fort a), doch mit Unterordnung unter die inländische Staatshoheit. 3) Zu dieser Classe, gehören jetzt auch die noch bestehenden inländischen ActivLehen inländischer Standes- b) und PatrimonialHerren c), die, wenn sie vorhin ReichsAfterlehen oder TerritorialLehen waren, sich aus solchen in Privatlehen verwandelt haben d).

a) Nach dem angef. *badischen* ConstitutionsEdict, §. 3, können diese Lehen nur in der Form von *uneigentlichen* Lehen (von lehnähnlichen Instituten, als Feudaster), mithin nur in *teutschem privatrechtlichem* Verhältnifs, fortdauern. — In *Baiern* ward die *Aufhebung* aller inländischen *Privat-* u. *After*Lehnverbindungen, und dafs nur Mannlehen der *Krone*, theils Thron- theils Canzleilehen, bestehen sollen, verfügt; durch Edicte v. 20. April u. 7. Jul. 1808, 30. Dec. 1808, 3. Febr. 1809, v. 2. Jan. 1813 u. 6. Jan. 1815. — Grofsherzogl. *hessische* RegierungsBekanntmachung, die Erlaubnifs zu Allodification der Lehen betr., v. 7. Mai 1808. Rhein. Bund, XX. 359. — Von Aufhebung des Lehnwesens u. der Lehnfolge, in d. ehemal. Grofsherzogth. *Berg* u. in d. ehemal. Königr. *Westphalen*, s. in vorigem §., Note a. v. HORNHORST's ebendas. angef. Abh.

b) Von *Aufhebung* der standesherrlichen ActivLehen in *Baiern*,

s. die Edicte v. 3. Febr. 1809, u. 25. Dec. 1811. — Von *Wirzburg* s. Rhein. Bund, X. 50.

c) J. L. Klüber de jure nobilium feuda militaria constituendi. Goett. 1786. 8.

d) Brauer's angef. Beiträge, 101. — In dem Grofsherzogthum *Baden* werden *diese* blofs so weit geduldet, als damit nur Güter, Renten und Rechte verbunden sind, welche die Standesherren selbst, als Eigenthum besitzen können. *Badische* Verordn. v. 22. Jul. 1807, §. 17, die StandesherrlichkeitsVerfafs. betr., in d. Rhein. Bund, XII. 327. Vergl. Brauer's Beiträge, 111 u. 112. — Dasselbe ist verordnet, §. 52 der grofsherzogl. *hessischen* Declaration, die Rechte der Standesherren betr., v. 1. Aug. 1807, nur mit dem Zusatz: «und in so weit nicht das dominium utile *souverain* gewordenen Herren zusteht». Rhein. Bund, XIII. 80. Dieser Zusatz findet sich nicht in der *hessischen* Verordn. für die adelichen Gerichtsherren, v. 1. Dec. 1807, §. 43. Rhein. Bund, XIV. 233. — In der *baierischen* Declaration v. 19. März 1807, lit. M, heifst es: «Was die *ActivLehen* betrifft, so werden ihnen (den subjicirten Fürsten und Grafen) dieselben ferner belassen; jedoch geht in allen streitigen Lehnsachen die *Appellation* an Unser oberstes JustizTribunal, und die *Ritterdienste* können nur für den Souverain verlangt werden; alle übrigen *Lehngefälle* bleiben dem Mediatherrn». *Rhein. Bund*, VI. 391. Dieses ward späterhin abgeändert, durch das oben (Note a) angef. Edict v. 7. Jul. 1808

§. 449.

Insbesondere bei PrivatPassivlehen der Bundesfürsten.

In Ansehung solcher PrivatPassivLehen, welche, während der teutschen Reichsverbindung, ein nunmehriger Bundesfürst von eigenen Unterthanen empfieng, ward in dem Königreich Baiern, abweichend von der bisher in Teutschland bestandenen Lehnsitte, der Grundsatz aufgestellt: dafs kein rheinischer BundesSouverain fernerhin Vassall eigener Unterthanen seyn könne, sondern dafs alle Lehen dieser Art als allodificirt zu betrachten seyen; jedoch gegen Entschädigung der Lehnher-

ren, so weit sie dadurch an wirklichen Einkünften verlieren [a]).

[a]) K. *baier.* Erklärung v. 17. Apr. 1807, in d. baier. Reg. Blatt, 1807, Num. 36. u. in Oesterreicher's Archiv, VIII, N. 15. EntschädigungsGrundsätze defshalb, in d. baier. Regier.Blatt, 1808, N. 4. u. in e. Verordn. v. 18. Aug. 1815, in d. Regier. Blatt 1815, St. 36. Vergl. auch die (zu vorigem §.) angef. grofsherzogl. *hessische* Declaration, und Brauer's angef. Beiträge, 108.

XVIII. Capitel.

Wehr- und Waffenrecht.

§. 450.

Wehr- und Waffenrecht. Kriegsgesetzgebung und Polizei.

Jedem teutschen Bundesstaat gebührt das Wehr- und Waffenrecht [a]) (Recht der Armatur, Militärgewalt, jus armorum, potestas militaris), das Recht, Schirm- und Wehranstalten zu errichten und zu unterhalten, insbesondere bewaffnete Macht fortwährend zu unterhalten und anzuwenden, zu dem Schutz der Rechte des Staates, namentlich für Handhabung der öffentlichen Ordnung und für Vertheidigungskriege. Zu diesem Zweck, ist jeder Bundesstaat befugt: I) zu Kriegsgesetzgebung [b]), und II) zu KriegsPolizei [c])

[a]) Pütter's Lit., III. 335. Klüber's Lit., §. 1116 — 1120[b]. Rössig's Politik, 232 ff. — Die BundesActe, Art. 10, verheifst eine Einrichtung in Absicht auf die *militärischen* Verhältnisse des *Bundes.* Hievon oben §. 153[a] u. ff.

b) Aeltere TerritorialKriegsgesetze findet man in J. C. Lünig's corpus juris militaris. Lips. 1723. fol. — Neuere Gesetze unten §. 453.

c) Eine Sammlung von Gesetzen und Anstalten, für öffentliche und PrivatSicherheit bei dem Ausbruch eines Kriegs, und während desselben, enthält J. P. Harl's Handb. der Kriegs-Polizeiwissenschaft u. MilitärOekonomie. Th. I u. II. Erlangen 1812. 8.

§. 451.

Wehrmannschaft; ordentliches Kriegsheer und Landwehr.

Ferner, III) zu Anstellung und Unterhaltung jeder Art von nöthiger Wehrmannschaft, nach den verschiedenen Graden (Mannen und Obermannen), namentlich der dazu gehörigen Befehlhaber a), Wehr- oder Feldobern (Offizieren), und Kriegsbeamten, für Streit- und Pflegwesen. Dahin gehören: 1) das stehende ordentliche Kriegsheer, bestehend aus Fufsvolk, Reiterei, und Geschützmannschaft, sowohl Hof- oder Haustruppen (Kriegs- oder MilitärHofstaat, HofMilitär, maison militaire), als auch LinienTruppen (Linienheer) und Schirm- oder PolizeiSoldaten b) (Landjäger, LandDragoner, Landreiter oder Landhussaren, Gensdarmerie); 2) das stehende ausserordentliche Kriegsheer oder die Landwehr c), bestehend in der Regel aus Fufsvolk, wohl geübt, schlagfertig, aber im Friedenstand nur für die nothwendige Uebungszeit unter den Waffen, und während eines Kriegs auch ausserhalb Landes zu dienen verpflichtet; eine Hülfanstalt, zu Sicherung des Vaterlandes gegen innere und äussere Feinde d).

a) Pütter's Beiträge, I. 194. Möser's patriot. Phantasien, IV. 285.

b) Für den Landschirm, d. h. die Erhaltung der öffentlichen Ordnung durch Wehren (bewaffnete Männer). — *Baierisches*

Edict v. 11. Oct. 1812, wegen Errichtung einer Gensdarmerie; in d. Regier. Blatt v. 24. Oct. 1812.

c) Der Soldat u. der Landwehrmann; in den Beherzigungen vor dem wiener Congreſs (1814. 8.), S. 47 — 59. L. A. F. v. Liebenstein über stehende Heere und Landwehr. Carlsr. 1817. 8. — *Baier.* Verordn. v. 10. Jun. 1813, wegen Errichtung einer NationalGarde, u. die unten §. 453 angef. *östreich.*, *preuſs.*, *baier.* u. a. Gesetze. *Preuſs.* Landwehrordn. v. 21. Nov. 1815. *Hannöver.* Anweisung über Landwehrordn., v. 30. Dec. 1816. Groſsherzogl. *hessische* Verordn. v. 17. Jan. 1817, die Kosten der Landwehr betr., u. Verordn. wegen Aufhebung der Landwehr v. 20. Nov. 1819. Königl. *sächsische* Verordn. v. Febr. 1817, die Bildung u. Unterhalt. einer LandReserve betr.

d) Ein *NationalHeer*, ächt teutsche Anstalt, welche den Fürsten das Volk, das Volk den Fürsten achten lehrt, und wahren Vaterlandssinn erzeugt und nährt; am zweckmäsigsten, wenn sie fortwährende Staatsanstalt, und als solche zugleich *Bildungsanstalt* für kriegerischen Geist und vaterländische Gesinnung ist, mithin für kriegerische, polizeiliche und nationale Zwecke dient, und wenn darin alle Staatsbürger zum Staatsdienst berufen, und alle zu allen Graden fähig sind. So bildet sich ein mit den Waffen und dem Kriegsdienst vertrautes Volk, als allgemeine Schutzwehr des Vaterlandes. — Nützlich ist, die Bildung einer *Nachhülfe* (Reserve) für die Landwehr, die zugleich zu dem ersten Aufgebot des Landsturms gehören würde. — Durch *Form* wird bei der Landwehr der Geist getödtet, wenn man sich in Anordnungen verliert, die nur auf unwesentliche, wohl gar spielende Aeusserlichkeiten Beziehung haben, und überdieſs einem groſsen Theil des Volkes zu überflüssiger und verhaſster Plage gereichen. Das Wichtigste ist auch hier, innere Einheit und Freiheit, Liebe und Anhänglichkeit an Regierung und Vaterland. Die Form beschränke sich auf das, was für den Zweck unentbehrlich ist. — Klüber über das europäische StaatsMilitärSystem, u. die militärische Wichtigkeit teutscher Landesherren; in d. Europ. Annalen, 1805, Heft V. Rosswurm's Vorschlag zu einem unüberwindlichen Heer; in Archenholz Minerva, 1808, Jan., Num. 3. CabinetMaximen, ebendas. Num. 6. Ueber stehende Heere und Landesbewaffnungen, ebendas. 1807, Sept., S. 385 ff. Ueber die Wichtigkeit des Militärs in kleinen Ländern, ebendas., 1808, Bd. 3, S. 233 ff. 484 ff. Von dem Militär in kleinern Staaten, dessen Geist und Werth; in dem Rhein. Bund, LXVI. 374. Wünsche und Gründe für Reduc-

tion der stehenden Heere; in BAUER's BEHR's, und SCHOTT's allgem. StaatsCorrespondenz, Bd. I (1814), Num. 11 u. 15. K. v. ROTTECK über stehende Heere und NationalMiliz. Freib. 1816. 8. D. TEUTWART SCHMITSON, die Wehr- und Schirmanstalt. Leipz. 1816. Fol. *Ebendess.* Grundrifs einer Wehranstalt des teutschen Bundes. Leipz. 1817. Fol. Betrachtungen über die verschiedenen Formen der bewaffneten Macht. Leipz. 1817. 8. Das teutsche Kriegswesen. Frankf. (ohne Jahrg.) 8.

§. 452.

Landsturm und Lehnwehr. Allgemeine Volkswehr.

Ferner gehören dahin: 3) der Landsturm [a]), eine Art von Volksbewaffnung, als nicht stehendes ausserordentliches Kriegsheer, blofs für den Nothfall, gegen innere und äussere Feinde; ein Aufgebot derjenigen vorzüglich wehrbaren (erstes Aufgebot), oder aller (erstes und zweites) Aufgebot) derjenigen waffenfähigen Unterthanen, welche in dem ordentlichen und ausserordentlichen stehenden Heer nicht begriffen sind [b]), begründet durch das Recht der Heerfolge [c]) (Reifs und Folge, jus sequelae); 4) die Lehnwehr, ebenfalls als ausserordentliches Kriegsheer, ein Aufgebot der wehrpflichtigen LandesLehnleute oder Vassallen, in den durch das Lehnrecht bestimmten Fällen [d]). 5) Für den äussersten Nothfall, kann, weil Vertheidigung des Vaterlandes die heiligste Pflicht des Bürgers ist (§. 382 u. f.), allgemeine Volkswehr geboten, das heifst, das gesammte wehrfähige Volk, ohne Unterschied des Geschlechtes, Alters und Standes, selbst ohne regelmäsige Bewaffnung und Einrichtung, zur Wehr gegen den ungerechten Feind aufgefordert werden [e]).

a) Die teutsche Volksbewaffnung. In einer Sammlung der darüber in sämmtlichen deutschen Staaten ergangenen Verordnungen; herausgegeb. v. RÜHLE v. LILIENSTERN. Berlin 1815. 8. — Archiv für den teutschen Landsturm. Heft I. Sondersh. 1816. 8. Verordnungen über Errichtung u. Einrichtung des *Landsturms*: *hannöverische* v. 12. Jun. 1815 u. 1. Jun. 1816; *gothaische* vom 26. Mai 1815; *weimarische* v. 15. Aug. 1815; *hildburghausensche* v. Jan. 1817. *Reufs-schleizisches* Dienst-

Reglement für den Landsturm. Schleitz 1815. 8. National-Zeitung der Deutschen 1815, St. 36 u. 37.

b) Demnach bleibt für den *Landsturm* derjenige waffendienstfähige Theil des männlichen Geschlechts übrig, welcher nicht unter dem stehenden, ordentlichen und ausserordentlichen, Kriegsheer begriffen ist, ein gewisses Lebensalter noch nicht erreicht hat, und dessen Ausschliessung von dieser Art des Waffendienstes dringende Verhältnisse (Staatsdienst, Gewerbe, Verhaft, u. d.) nicht gebieten. Ausgeschlossen sind also, die Unhebbaren, die Heimpflichtigen, die Kriegunfähigen, die Vertagten. Bei dieser auf Vaterlandsinn gegründeten Anstalt, entscheidet der Geist alles, die Form wenig, oft nichts. In allen t. Bundesstaaten zusammen, leben gegen acht Millionen wehrfähige Männer. Sind diese auch nur zum grösseren Theil wehrhaft, so bedarf der teutsche Bund keines Kriegsbündnisses mit Auswärtigen. Möser's patriot. Phantasien, Bd. I, Num. 32. Der Volkskrieg; in den Europ. Annalen, 1813, St. XII, S. 257 — 298. Reflexionen über den Landsturm. 8. Ueber allgemeine Landesbewaffnung; in d. Allgem. Anzeiger der Deutschen, 1816, Num. 198. Ueber den Landsturm; ebendas. 1817, Num. 22.

c) Aar. Gumprecht diss. de jure sequelae. Gött. 1799. 8. Struben, Th. II, Bed. 8. Th. III, Bed. 143. — Von dem Wort *Reissig* und *Reissa*, s. C. F. Walch's glossarium germ. interpretationi C. C. C. inserviens, p. 427.

d) Böhmer princ. juris feud., §. 219. sqq. et 229. sqq.

e) Verfass. Urk. des GH. *Hessen*, 1820, Art. 28.

§. 453.

Aushebung, Werbung und Annahme der Kriegsmannschaft. Kriegspflicht, allgemeine und besondere.

IV) Das stehende, sowohl ordentliche als auch ausserordentliche, Kriegsheer wird zusammengebracht: 1) durch Truppenauswahl oder Aushebung [a]) (Conscription, Recrutirung oder Enrôlement) kriegsdienstpflichtiger Mannschaft (der Wehrpflichtigen oder Cantonisten), nach einer gesetzlichen Auswahlordnung, worüber die Bundesversammlung gleichförmige Verfügungen zu treffen hat (§. 176); 2) durch Werbung [b]) (Anwerbung) oder Annahme freiwil-

liger *c*), sowohl Streit- als Pflegmannschaft. V) Bei der **Kriegspflicht**, der Verpflichtung der wehrfähigen Staatsgenossen zum Kriegsdienst (§. 382 u. f.), ist die **allgemeine**, zur Landesvertheidigung im äussersten Nothfall (§. 452, Num. 5), zu unterscheiden von der **besondern**, nur eines Theils der Wehrfähigen, sowohl zum Soldatendienst im stehenden Heer, dem ordentlichen oder ausserordentlichen (§. 451), als auch zum Landsturm (§. 452), dem Dienst im nicht stehenden ausserordentlichen Heer *d*).

a) Oben §. 383. Verhandlungen in der 2. Kammer der Stände des GH. Hessen, 1820, Heft 7, S. 108 ff., Heft 8, S. 1 ff. *Oestreich.* Edict v. 3. Sept. 1814, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst. *Preufs.* Gesetz v. 3. Sept. 1814, denselben Gegenstand betr., in d. preufs. Gesetzsamml., 1814, S. 79, u. in d. Allgem. Zeit. 1814, Beil. 114. Die oben angef. *baier.* Verordn. v. 21. Oct. 1814, u. das ältere Conscript.Reglement v. 29. März 1812, in d. Allg. Justiz- u. PolizeiBlättern v. 1812, Num. 201. *Wirtemb.* Verordn. über die Recrutirung der Armee, v. 5. u. 7. März. 1815, mit Widerrufung der ConscriptionsGesetze v. 26. Aug. 1809 (in d. Rhein. Bund, XXXVII. 26.) u. 17. Febr. 1815; in d. Schwäb. Merkur v. 9. März 1815. *Wirtemb.* Verfafs.Vertr. v. 1819, §. 100. *Badisches* ConscriptionsReglement v. 29. Sept. 1808, in d. Regier. Blatt v. 1808. Num. 31. Nachtrag hiezu v. 28. Jun. 1812, in dem Regier. Blatt v. 1812, Num. 23. Von dem Grofsherzogth. *Hessen*, s. Rhein. Bund, VII, 90. Von *Mecklenburg*, ebendas. LIII. 284. *Holstein oldenb.* Verordn. v. 20. Mai 1809, in d. Rhein. Bund, XXXV. 228. *Lippisches* ConscriptionsGesetz v. 2. Jul. 1811. *Anhalt-cöthensches* v. 28. Dec. 1810; S. *hildburghausensches* v. Jan. 1817. *Hannöverisches* v. 14. Jul. 1820. *Hamburg.* Verordn. wegen Einricht des BundesContingents, u. der damit verbundenen allgemeinen Kriegspflicht, v. 6. Sept. 1821. *Lübeckische*, v. 6. Oct. 1821 in d. lübeck. Anzeigen v. 1821, N. 81. *Frankfurtisches* RecrutirungsGesetz v. 17. Sept. 1822.

b) Schriften in Klüber's Lit., §. 1120b.

c) Diese bilden zuweilen, besonders in Kriegszeiten, eigene Abtheilungen des Heeres (Corps).

d) Erörterungen hierüber, in den Verhandlungen der 1. Kammer der badischen Ständeversamml. v. 1820, Heft 5, S. 714. ff.

§. 454.

Kriegsanstalten und Auflagen.

VI) Auch ist jeder Bundesstaat befugt, zu jeder Art von ordentlichen und ausserordentlichen Anstalten und Auflagen, welche der Zweck des Wehr- und Waffenrechtes gebietet. Namentlich gehören hieher: 1) die nähere Bezeichnung der Verbindlichkeit der Staatsangehörigen, sich, ausserhalb des regulären Militärs, zu dem Waffendienst tüchtig zu machen; 2) Festungen und andere Befestigungsarten (Fortificationen) für Landesvertheidigung; 3) Stückgiessereien für das Geschützwesen, Waffen-, Salpeter- und PulverFabriken, Zeughäuser und Waffenplätze; 4) militärische Bildungsanstalten; 5) Einquartirung und Pflegwesen oder Service; 6) Lazarethwesen; 7) Wehrsteuern [a]; 8) Heerschau oder LandesKriegsmusterung, und Wehr- und Waffenübungen; 9) Verbot, ohne besondere Erlaubniss oder gesetzmäsige Ermächtigung in fremde Kriegsdienste zu treten [b]. — Die staatsbürgerlichen Verhältnisse der im Waffendienst befindlichen Staatsangehörigen, und die militärischen Strafgesetze, sind Gegenstände der Gesetzgebung.

a) Moser von d. Landeshoheit in Militärsachen, S. 103 ff.

b) Vergl. t. BundesActe, Art. 18, Num. 2. — Ebendas. Art. 14, wird den Standesherren, für sich und ihre Familien, und dem ehemaligen unmittelbaren Reichsadel, Befreiung von aller Militärpflichtigkeit eingeräumt.

XIX. Capitel.

Aeusserstes Recht und Einschränkungen der Staatsgewalt.

§. 455.

Natürliche Grundbestimmungen der Staatsgewalt.

Die Staatsgewalt hat natürliche Einschränkungen. I) Nur zu Erreichung und Beförderung des Staatszweckes, kann sie ausgeübt werden a). Sie berechtigt das regierende Subject nur dazu, wozu sie dasselbe verpflichtet, auf dafs nie der Schleier des Staatswohls Handlungen blofser Willkühr bedecke. Der Gegensatz wäre Sultanismus, Verbrechen der beleidigten Menschheit. II) Die Staatslasten müssen, wie die Vortheile der Staatsverbindung, unter die Staatsgenossen, so viel möglich, gleich vertheilt werden b). III) Nur gerechte Mittel sind der Wahl des Regenten überlassen (§. 4), und Mäsigung im Gebrauch derselben, ist Hauptpflicht der Staatsregierung. IV) Jedem mufs sein wohlerworbenes Recht ungekränkt gelassen, Jedem mufs, innerhalb der gesetzlichen Schranken, der Genufs seines Eigenthums, und seiner staatsbürgerlichen Gerechtsame und Freiheit, die möglichst freie Entwickelung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte, gestattet werden c). Keinem Staatsangehörigen, der sich durch einen Act der Staatsgewalt in seinem auf einem besondern Titel beruhenden Privatrecht verletzt glaubt, darf der Weg zu dem Richter verschlossen werden d).

a) Vergl. §. 4. Rousseau du contrat social, liv. 2, ch. 4. Scheidemantel's Staatsr. nach der Vernunft u. den Sitten der vornehmsten Völker, III. 314 — 375. Pütter's Beitr., I. 317. Schlettwein's Archiv, Th. II, Num. 3. *Ebendess.* wichtigste Angelegenheit, II. 87. Leyser medit. Vol. IV. 1324. C. G. Rössig's Lehrb. der Politik, S. 161 ff.

b) Glück der Staatsgenossen unter solchen Gesetzen, die Niemand *erniedrigen*, und Niemand *erhöhen*.

c) Schorch Respons I. 29. Pütter's Beitr., I. 351. Westphal's t. Staatsr., S. 77 f. Jo. Chr. Majer, resp. C. H. Busz, diss. de regimine territoriali ejusque habitu ad jura quaesita subditorum. Tüb 1791. 4, Jaup über die Aufhebung wohlerworbener Rechte; in d. Zeitschrift: Germanien u. Europa, Bd. I, Heft I (1812), S. 91 — 105. Preufs. Instruction für die Regierungen v. 26. Dec. 1808, §. 34. — Ob u. wie fern *Gesetze* ein jus quaesitum begründen? v. Berg's Rechtsfälle, Th. III, Num. 10. Bohonowsky von dem Rechte des Regenten, Gesetze über bürgerl. Rechtsverhältnisse abzuändern. Landshut 1803. 8.

d) Wirtemb. Verfafs. Vertr. v. 1819, §. 95. Vergl. oben §. 286, 309 u. ff. 391. 148 a.

§. 456.

Aeusserstes Recht.

Ausgenommen hievon ist der einzige Fall, wenn bei evidenter, dringender Noth des Staates, unvermeidliche Collision zwischen Gemeinwohl und Privatwohl eintritt a), so dafs die Verletzung der Rechte Einzelner, absolute Bedingung zu Erhaltung des Staates ist, folglich das (eiserne) Nothrecht der Selbsterhaltung sich aufdringt. Hier kann, wenn die Berechtigten ihre Einwilligung versagen, die Staatsgewalt, selbst auf Kosten der Persönlichkeit, der Geistes- und Körperkraft (äusserste Gewalt, potestas eminens), und des Eigenthums (Obereigenthumsrecht des Staates, dominium eminens) Einzelner ausgeübt werden. Dieser Nothbehelf (favor necessitatis), dieser CollisionsFall, genannt das äusserste Recht b) (jus s. imperium eminens, jus extremae necessitatis, vis potestatis), Staats-

Nothrecht, **Staatsraison** (ratio status, scil. extraordinarii), hat auch in den teutschen Bundesstaaten mehrentheils keine andern als die natürlichen Grenzen c), namentlich bei **Secularisationen** d).

a) Beispiele: nothwendige Maasregeln gegen den Feind, wider Ueberschwemmung eines Landesbezirks, gegen lebensgefährliche Seuche; Vernichtung der über Ablieferung von Früchten nach dem Ausland, oder über Fructus in herbis gesetzmäsig geschlossenen Kauf- und Tauschverträge, wegen drohender oder eingetretener eigener Hungersnoth, u. d. Von gezwungener Anleihe, §. 321.

b) Nicht *Machtvollkommenheit* oder plenitudo potestatis. Vergl. oben §. 97. — Auch nicht, im Allgemeinen, *dominium eminens*. Hommel litteratura juris, p. 218; so dafs auch der Ausdruck *Obereigenthumsrecht*, als generischer, nicht tadelfrei ist, da überhaupt von einem Recht der Oberherrschaft die Rede ist. — Sondern *äusserstes Recht*, *jus eminens*, worunter begriffen sind: äusserste Gewalt, potestas eminens, und Obereigenthumsrecht, dominium eminens, je nachdem Persönlichkeit, oder Eigenthum sein Gegenstand ist.

c) Vergl. §. 436, Note a. Schriften in Pütter's Lit., III. 193. 378 — 382. Klüber's Lit., 213. 321. Meister bibl. juris nat. v. *jus eminens*. Hommel litteratura juris, 218. sqq. Aristoteles Polit. lib. II. c. 2 et 8. Plato bei Cicero de offic. lib. I. c. 25. Hugo Grotius de J. B. et P., I. 5. 6. El. Luzac disqu. num civis innocens irae hostis longe potentioris juste permitti possit, ut excidium totius civitatis evitetur? L. B. 1749 8. Bynkershoek quaest. juris publ., lib. I. c. 25 n. 10. K. S. Zachariä vom Staate (Stuttg. 1820. 8.), S. 64 ff. J. J. Burlamaqui principes du droit politique (à Lausanne 1784. 8.), P. III. ch. 5. §. 24 sqq. p. 273 A. L. Jacobi, einige Staatsangelegenheiten (1787), 7 — 148. Scheidemantel's Staatsr. nach der Vernunft, II. 396. C. U. D. de Egger's instit. juris civit., publ. et gentium universalis (1796. 8.), p. 181. C. F. Dietrich diss. de suprema lege reipublicae. Erf. 1773. 4. J. C. Majer diss. cit. J. F. A. C. Neurath diss. de cognitione et potestate judiciaria in causis quae politiae nomine veniunt (Erl. 1780. 4.), §. 10 — 12. Moser von der Landeshob. in Ansehung der Unterthanen Personen und Vermögens, 179 — 214. Danz Handb. d. t. Privatr., I. §. 101 c. Versuch eines Lehrb. des natürl. Staatsr. (Altona 1790. 8.), §. 451 ff. Das Staatsnothrecht involvirt kein Obereigenthum, von Fr. Hoppe, in Crome's

u. Jaup's Germanien, Bd. I, St. 3, Num. 16, S. 449 ff. Die oben (§. 1, Note a) angef. Schriften.

d) Vergl. oben §. 436. Gönner's teutsch. Staatsr., §. 447. C. E. Weisse's Nachtrag zu seiner Abh. über die Secularisationen etc. Nebst e. Aufsatz über d Umfang und die Grenzen des Nothrechtes. Leipz. 1800. 8. Ueber das Staatsnothrecht etc. Antwort auf Weisse's Nachtrag etc. Philalethopolis 1800. 8. — Die Secularisationen von 1803, wurden in dem Reichsgutachten vom 24. März 1803 für «das einzige Mittel» erklärt, «den für das Wohl des gesammten teutschen Vaterlandes, «und die Erhaltung des Reichsverbandes selbst, so noth-«wendigen Ruhestand zu befestigen, und eine gute Ordnung «der Dinge im Reich wieder herzustellen». Martens recueil, Supplém., III. 243.

§. 457.

Fortsetzung.

Es darf dieses traurige, so genannte Recht, anders nicht als nach vorhergegangener strenger Prüfung seiner Anwendbarkeit auf den vorliegenden Fall, und dann nur mit äusserster Schonung ausgeübt, auch mufs der leidende Theil, nach dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit, so weit es möglich, entschädigt werden a). Blofser staatswirthschaftlicher Vortheil, blofse Convenienz, oder Bequemlichkeit des Staates b), insbesondere des Fiscus, oder die so genannte Beglückungsgewalt c), so auch Privatinteresse, oder Privatlust des Souverains d), berechtigen auf keine Weise zu Anwendung desselben e).

a) Bynckershoek quaest. juris publ., lib. II. c. 15. Neurath l. c., obs. 14. Struve, Th. III, Bed. 3, §. 4. Das angef. Lehrbuch des natürl. Staatsr., §. 462 Allgem. bürgerl Gesetzbuch für die gesammten teutschen Erbländer der *östreich.* Monarchie (1811), §. 365. Königl. *baierische* Verordn. v. 14. Aug. 1815, betr. die Fälle, wo Privateigenthum für öffentliche Zwecke abgetreten werden mufs, und die dabei zu beobachtende Verfahrungsart. F. X. Krüll's Handb. des baier. gemeinen Privatr., (1807), Bd. I, §. 7. Königl. *dänische* Verordn. v. 28. Oct. 1811. Code civil français, art.

545, wo *vorgängige* Entschädigung verordnet wird. Eben so in den Verfass. Urkunden, von *Baden*, 1818, §. 14, von *Wirtemb.*, 1819, §. 30, vom GH. *Hessen*, 1820, Art. 27, von S. *CoburgSaalfeld*, 1821, §. 18. Verhandlungen der 2. Kammer der gh. hess. Landstände, 1820, Heft 2, S. 33 ff., 87 ff., Heft 3, S. 38 ff., Heft 6, S. 90, Heft 7, S. 3 ff., 19 ff., Heft 10, Beilagen, S. 57 ff. — Von der *Expropriation* s. königl. *westphal.* Decret v. 12. Jun. 1812, in d. Moniteur universel, 1812, n. 182.

b) Das so genannte *Beste* des Staates, der Staatsvortheil, das Staatsinteresse, z. B. Anlegung neuer Strafsen, oder Aenderung der bisherigen, zu Beförderung des äussern und innern Verkehrs, zur Verschönerung, u. d., berechtigt nicht zu Ausübung des äussersten Rechtes. — Einschränkungen s. bei Jacobi a. a. O. §. 55. Grotius de J. B. et P., lib. 3. c. 17. Neurath l. c. obs. 15. Leyser, Sp. 4. m. 11. Strube's Bedenken, II. 303. Hommel, obs. 469. J. C. F. Meister's Lehrbuch des Naturrechtes (Frankf. a. d. O. 1809. 8.), §. 597. — Vergl. jedoch *Preufs.* allgem. Landr., Th. I, Tit. 8, §. 34, Tit. 11 §. 4 u. 5. Von *Schiffbarmachung* der Privatflüsse u. ihrer Benutzung zum Holzflössen, s. ebendas., Th. II, Tit 15, Abschn. 2.

c) Oft nur eine Folge der politischen Erbsünde des Vielregierens! — Die *Grenzen* des äussersten Rechtes sind so zu bestimmen, dafs dem *Vorwand* so wenig Spielraum bleibt, als möglich. Montesquieu de l'esprit des lois, XIII. 1. Leyser medit. ad Pand., vol. IV. p. 1324. G. C. H. Benz diss. de regimine territoriali ejusque habitu ad jura quaesita subditorum (Tub. 1791), §. 15. sqq. Ueber das Staatsnothrecht, als Grund des Rechtes zu secularisiren (1800. 8.), S. 5 f.

d) Jacobi, §. 49. Neurath l. c. obs. 11. C. G. Jargow's Einl. zu d. Lehre von d. Regalien, 463. Pütter's Beitr., I. 361 f.

e) Privatorum dominia sacra sunto.

§. 458.

Machtspruch.

I) Nur in solchen Fällen, wo die Ausübung des äussersten Rechtes durch die Umstände begründet ist (§. 456 f.), kann der Regent unmittelbar, mit Abweichung von den sonst anwendbaren, gewöhnli-

eben Entscheidungsquellen, und mit Hintansetzung der gerichtlichen Competenz, die Entscheidung eines einzelnen Rechtstreites ertheilen, oder, auf seinen SpecialBefehl, von andern als richterlichen Staatsbehörden ertheilen lassen. Eine solche Entscheidung ist kein Richterspruch; als blofses Machtgebot, heifst sie, in dem eigentlichen Sinn, Machtspruch [a] (sententia vi juris eminentis lata). II) Sie unterscheidet sich wesentlich: 1) nicht nur von dem, durch Gesetze oder durch den Zweck des gerichtlichen Verfahrens, gebotenen oder nachgelassenen Eingreifen, Aufgreifen oder Durchfahren [b] (abruptio causae) des Richters, wodurch in der Procefsform Ausnahmen von der Regel gemacht werden, um den Rechtstreit aus erheblichen Gründen abzukürzen, und zweckwidriger oder bedenklicher Verzögerung oder Verwickelung der Sache, oder ungeziemender Vermischung oder Vervielfältigung der Rechtshändel entgegen, zu wirken; sondern auch 2) von dem Durchgreifen (decisio pro auctoritate, secundum arbitrium vel legislatoris vel judicis), welches bald von dem Gesetzgeber selbst, bald von dem Richter geschieht, durch Entscheidung von Haupt- oder Nebengegenständen eines Rechtshandels, für welche eine gesetzliche Bestimmung fehlt, oder die vorhandene, wegen ausserordentlicher Umstände der Sache oder Personen, nicht passend ist [c]; noch mehr 3) von blofs willkührlicher Entscheidung (decisio ad libidinem) oder Behandlung eines Rechtshandels, von Seite des Regenten, oder des Richters [d]; und 4) von willkührlicher Einmischung des Souverains, oder einer andern Staatsbehörde, in den Rechtsgang eines vor einem Gerichtshof anhängigen Rechtshandels [e].

a) Klüber's Lit., 326. Strube, Th. III, Bed. 3, Th. IV, Bed. 49. *Ebendess.* Nebenst., V. 83 ff. (v. Hymmen's) Beiträge zu der jurist. Lit. in den preuss. Staaten, III. 112. VII. 130. v. Cramer's wetzl. Nebenst., LXX. 50. J. G. Sieber's gerichtlicher Procefs, I. 15 ff. (P. J. Pandin des Jariges) Ré-

flexions philosophiques et historiques d'un jurisconsulte sur l'ordre de la procédure et sur les décisions arbitraires et immédiates du Souverain. à Berlin 1765. Mart. Schrader diss. de sententiis ex plenitudine potestatis latis (Lips. 1708), §. 4. Dan. Nettelbladt diss. de decisione casuum, quae fit pro auctoritate (Hal. 1754), §. 14. Vergl. Protocoll der t. Bundesversamml. v. 12. Oct. 1818, §. 238 u. 241. — Von der Müller-*Arnoldischen* Sache, vergl. Mirabeau sur la monarchie prussienne, T. V. p. 231. Allgem. deutsche Biblioth., Bd. 106, St. 2. Berlinische Monatschrift, Oct. 1804, S. 316. Schlözer's Briefwechel, Heft 32, S. 128. Heft 36, S. 368. Heft 38, S. 130. *Ebendess.* Staatsanzeigen, Heft 41, S. 125. v. Dohm's Denkwürdigkeiten seiner Zeit, Bd. I. (Lemgo 1814. 8.)

b) C. F. Hommel's teutscher Flavius, in d. GeneralRegeln, §. 27 u. 40. Nettelbladt diss. cit., §. 16. Klüber's Lehrbegriff der Referirkunst, §. 64.

c) Nettelbladt diss. cit., §. 6. 7. 9. 10. *Ejusd.* diss. de variis casus in foro obvios decidendi modis in genere (Hal. 1750), §. 17. E. J. F. Manzel diss. de decisionibus quae fiunt pro auctoritate. Rost. 1741. 4. C. F. Hommel's Flavius (edit. 1775), S. 334. F. A. Hommel's Anleit. Acten zu extrahiren, S. 51. Klüber's Referirkunst, §. 65.

d) Pandin des Jariges a. a. O.

e) Vergl. oben, §. 293. — *Vota ad principem* können von den Gerichten an den Regenten, in bedenklichen Fällen, besonders wenn sehr wichtige politische Verhältnisse in Betrachtung kommen, erlassen werden, um sich ausser Verantwortung zu setzen. Engelbrecht in Obss., Spec. I. obs. 1. p. 25. n. 4.

§. 459.

Positive Einschränkungen der Staatshoheit.

Ausser diesen natürlichen Einschränkungen der Staatshoheit, finden noch urkundliche oder positive statt, auch in teutschen souverainen Bundesstaaten. Ein Theil derselben ist in der Bundesverfassung gegründet (§. 154 ff. 163 u. 164 ff.); andere sind es in der individuellen Verfassung des Landes (§. 224 f.); noch andere in Verträgen mit andern Staaten,

XX. Capitel.

Aeussere StaatsHoheitsrechte. Gesandschaft-, Kriegs-, Friedens- und Bündnissrecht.

§. 460.

Aeussere StaatsHoheitsrechte.

Da jedem teutschen Bundesstaat, in seinem Verhältnifs nach Aussen, unter den durch den Bund gesetzten Beschränkungen, die Rechte unabhängiger Staaten zukommen (§. 163 u. 176); so gebühren ihm auch, in so weit, die äusseren StaatsHoheitsrechte.

§. 461.

Gesandschaftrecht.

Namentlich gebührt das Recht, Gesandte für Staatsangelegenheiten zu schicken und anzunehmen (jus legationum), in seinem ganzen Umfang [a]), allen teutschen souverainen Bundesstaaten; nicht nur unter sich, und in der Bundesversammlung, sondern auch in dem Verhältnifs zu auswärtigen Staaten [b]).

a) Pütter's Lit., III. 218. Klüber's Lit., §. 1005 ff. v. Ompteda's Literatur des Völkerrechts, S. 534 ff. v. Martens Einl. in das europ. Völkerr., §. 182 ff. Klüber droit des gens moderne de l'Europe, §. 166 et suiv. F. X. v. Mosmann's europ. Gesandschaftsrecht. Landsh. 1805. 8.

b) Vergl. Rhein. Bund, IX. 447. XIII. 135.

§. 462.

Kriegsrecht.

Eben so sind die teutschen Bundesstaaten, unter den oben (§. 159—161 u. 163) angezeigten Einschränkungen, einzeln befugt, die Rechte ihrer Staaten durch Repressalien [a]), und selbst durch Krieg (Vertheidigungskrieg) zu verfolgen (jus belli, potestas bellica), als Hauptheile und als Alliirte [b]). Auch sind sie, unter denselben Einschränkungen, berechtigt, Durchmärsche zu gestatten, oder zu verweigern [c]), und in Kriegen anderer Mächte Neutralität (§. 161) zu beobachten [d]). Das Recht, Retorsion zu verfügen [e]), ist in der völkerrechtlichen Gleichheit und Selbstständigkeit unabhängiger Staaten gegründet.

a) De Martens précis du droit des gens (édit. 1821), §. 253 sqq. Klüber's droit des gens de l'Europe, §. 234. v. Roth's Staatsr. teutscher Reichslande, II. 168. Pufendorf introduct. in process. civ., p. 842. Schriften in Pütter's Lit., III. 650. Klüber's Lit., §. 1409.

b) Davon, was in solchen Fällen das Verhältniſs eines Bundesstaates zu dem Bund mit sich bringt, s. man die Wiener SchluſsActe von 1820, Art 35 u. ff.

c) Beispiele von *Etappen-* oder *MilitärStraſsen*, die in der neuesten Zeit für Durchmarsch durch Verträge bewilligt worden sind, findet man in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 321 et suiv. 606. 614. 617.

d) v. Ompteda a. a. O. S. 614 ff. v. Martens a. a. O. §. 51. 258 ff. 287. 300. — Der Vorschlag auf dem wiener Congreſs, *Neutralität* der Bundesstaaten für den Fall, wenn Bundesglieder, welche Staaten ausser dem Bunde besitzen (§. 94, 152 [f], 176), mit andern Staaten oder unter sich in Krieg gerathen, in der BundesActe vorzubehalten, ward nicht genehmigt. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 358, 378, 423, 431, 485. — Nachher wurden der wiener SchluſsActe v. 1820, Art. 45 — 47, Bestimmungen über diese Art von Neutralität- und Kriegsverhältnissen eingerückt.

e) De Martens l. c. §. 254, not. a. Vinc. Oldenburg diss. de retorsione jurium. Gött. 1780. Klüber, In der Vorrede zu der Abh. über Erbschaftsteuer. Erl. 1790. 8. Schriften in

Pütter's Lit., III. 651. Klüber's Lit., §. 1410. — Grofsherzoglich-hessischer Vorschlag zu Vermeidung aller Retorsionen unter Bundesgliedern, in d. Protoc der B.V. v. 9. Jun. 1817, §. 214, Num. 10.

§. 463.

Vertragrecht.

Das Vertragrecht mit Auswärtigen, sonach das Recht, nach Erfordernifs des Staatszwecks, Kriegs- und Friedensverträge a), Bündnisse oder Allianzen aller Art b) (§. 189), Subsidien-Tractate c), um Hülftruppen in Bereitschaft zu halten und zu schicken, Polizeiverträge, Handelsverträge (§. 332) u. d., für gerechte Zwecke zu schliefsen, Vermittlung bei Streitigkeiten souverainer Staaten, und auch Garantie oder Gewährleistung ihrer Rechte, Stipulationen und Staatsgebiete d) zu übernehmen, oder sich versprechen zu lassen e), ist teutschen Bundesstaaten unbenommen, wenn dabei die oben (§. 159—161 u. 163) angeführten Schranken nicht überschritten werden. In der teutschen BundesActe f) garantirten alle Bundesgenossen einander, gegenseitig, ihre sämmtlichen unter dem Bund begriffenen Besitzungen.

a) Einwilligung der *Landstände*, ist bei Ausübung des Vertragrechtes, namentlich bei Handels- und SubsidienVerträgen, auch des Kriegs-, Friedens- und Bündnifsrechtes, nur kraft eines besondern Rechtstitels nothwendig. Strube's Nebenstunden, Th. II, Abh. 10, §. 13. 17. 18. *Ejusd.* Obss. jur. et hist., obs. 4. §. 16. Häberlin's Staatsarchiv, Heft V, S. 44 f. Eisenhart's kleine Schriften, II. 51. *Wirtemb.* Verfass. Vertr. v. 1819, §. 85 f. *Hildburgh.* Grundgesetz der landschaftl. Verfass. v. 1818, §. 46.

b) BundesActe, Art. 11. — Beitritt teutscher Bundesstaaten, zu der von den Beherrschern Rufslands, Oestreichs und Preussens, am 26. Sept. 1815 zu Paris geschlossenen so genannten *heiligen Allianz*, in den Jahren 1816 u. 1817. Klüber's droit des gens moderne de l'Europe, §. 2, d et e; 3, d; 146 u. 319.

c) Von dem ehemaligen *Subsidienwesen*, vergl. Posselt's europ. Annalen, 1800, IX. 231. Klüber über das europ. Staats-MilitärSystem; in den Europ. Annalen, 1805, V. 150; insbes. von der *SubsidienManie* der *Teutschen*, ebendas. S. 170 ff. Eisenhart's kl. Schriften, II. 1 — 88. Reuss Staatsk., XI. 460. Die fremde Werbetrommel; in den Beherzigungen vor dem wiener Congress (1814. 8.), S. 42 — 47.

d) v. Ompteda a. a. O. S. 662 ff. 585 ff. 594. v. Martens a. a. O., §. 51, Note a, 56 f. u. 332.

e) Beispiele von dem wiener Congress, s. in Klüber's Uebersicht der dipl. Verhandl. des wiener Congr., S. 550 f. Man s. auch oben §. 74.

f) Art. 11, vergl. mit Art. 2. — Der Bund garantirt die Verfassungsurkunden verschiedener Bundesstaaten. Vergl. oben, §. 217.

XXI. Capitel.

StaatsServituten.

§. 464.

Begriff. Activer und passiver Gesichtpunct der StaatsServituten.

I) Oeffentliche oder StaatsServitut a), ist ein auf besondern Rechtstitel gegründetes Recht eines Staates oder Staatenbundes, wodurch zu dessen Vortheil, die Freiheit eines andern Staates oder Staatenbundes, in dem zu ihm gehörenden Gebiet, unabhängig von seiner Staats- oder Bundeshoheit, eingeschränkt wird b). II) In Hinsicht auf die einander gegenüber stehenden Subjecte, ist eine öffentliche Servitut aus zweifachem Gesichtpunct zu betrachten. Sie heisst activ, in so fern, als ein Staat oder Staatenbund in dem zu dem andern Staat oder Staaten-

bund gehörenden Gebiet dieselbe auszuüben berechtigt ist: passiv, in so fern, als ein anderer Staat oder Staatenbund, in einem zu ihm gehörenden Gebiet, die Ausübung derselben zu leiden verpflichtet ist c).

a) Schriften in Pütter's Lit., III. 819. Klüber's Lit., 689. C. J. C. Engelbrecht tr. de servitutibus juris publici. Helmst. 1715. rec. c. praef. C. G. Buderi. Lips. 1739. 4. De Steck éclaircissemens de divers sujets intéressans (1785. 8.), n. 6. (J. F. v. Tröltsch) Von Freiheiten und Immunitäten in fremdem Gebiet; in Siebenkees Beiträgen, Th. I — VI. N. T. Gönner's Entwickel. des Begriffs und der rechtl. Verhältnisse deutscher Staatsrechtsdienstbarkeiten. Erlang. 1800. 8. Reuss Staatsk., XVII. 32 ff. Moser's nachbarl. St.R., 239 ff. Günther's Völkerr., II. 231. v. Martens Völkerr., §. 111. Majer's welt. St.R., III. 27 ff. Pütter's hist. Entwickel., III. 277 ff.

b) Eine öffentliche Servitut ist, ihrer Natur nach, immer eine *völkerrechtliche*, weil hier immer Staat gegen Staat steht. Eine *staatsrechtliche*, im engern Sinn dieses Wortes (§. 5), ist eine öffentliche Servitut selbst dann nicht, wenn sie zwischen Staaten besteht, die einer gemeinschaftlichen Staats-Obergewalt unterworfen sind, wie ehehin die teutschen Reichsländer der Reichshoheit (§. 36); obgleich hier das gemeinschaftliche Staatsrecht (wie ehedem das ReichsStaatsrecht) Bestimmungen auch für StaatsServituten dieser Staaten unter sich, enthalten kann. Also aus dem völkerrechtlichen Gesichtpunct, sind die gewöhnlichen Ausdrücke *StaatsServitut* und *Servitus juris publici* zu betrachten. Immer sind die öffentlichen Servituten Gegensatz der *Privat*Servituten (servitutum juris privati).

c) Unpassend sind hier die privatrechtlichen *Eintheilungen*, der Servituten, in dingliche und persönliche, in urbanas es rusticas. Richtig, wenn gleich ohne practisches Moment, sind die affirmative und negative, in einseitige und wechselseitige, in continuas et discontinuas.

§. 465.

Zwei Arten von StaatsServituten.

Denkbar sind, in dem teutschen Bund, zwei Arten von öffentlichen Servituten: 1) BundesServitu-

ten, d. h. die entweder dem teutschen Bund gegen auswärtige Staaten, oder diesen gegen jenen, oder auch dem Bund gegen einzelne Bundesstaaten a) zukommen; 2) TerritorialServituten, d. h. die entweder teutschen souverainen Bundesstaaten gegen auswärtige Staaten b), oder diesen gegen jene c), oder einem teutschen Bundesstaat gegen den andern d) zustehen.

a) Von Bundesfestungen, oben §. 153 q u. f. — Aeltere Beispiele in Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 137, Note a, b, u. c.

b) Beispiele, unten Cap. XXII. Oestreichisches Besatzungsrecht in *Ferrara* und *Commacchio*, laut des Acte final du congrès de Vienne, art. 103. Desgleichen in *Piacenza*, in dem Art. 5 des pariser Vertrags v. 19. Jun. 1817, geschlossen von Spanien mit Oestreich, Rufsland, England, Preussen u. Frankreich, u. in dem Recès-général der frankfurter Territorial-Commission, v. 20. Jul. 1819, Art. 46; in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 623.

c) Ebendaselbst. Aeltere Beispiele, in Klüber's angef. Staatsr., §. 137, Note d.

d) Beispiele, unten Cap. XXII. *Flossungsrecht* auf dem Sinnflufs, in Winkopp's rhein. Bund, XXIV. 392. Wirtemberg-badischer Staatsvertrag v. 30. Dec. 1803, Art. 1, lit. c, Art. 4; in d. bad. Regier. Blatt, 1809, Num. 4. Von der *Wildhämmelei* in fremdem Gebiet; in J. R. v. Roth's Abhandlungen aus dem Staats- u. Völkerr. (Bamb. 1804. 8.), S. 233 ff. — In Absicht auf die *Vorzeit*, s. die rheinische BundesActe, Art. 24. (für Baiern und Berg), und Art. 34, die Verzichtleistung; von deren Sinn, in Absicht auf StaatsServituten, s. Winkopp's rhein. Bund, IV. 84. 113. — Die wirtembergischen *Patronatrechte* in dem Badischen, und die badischen in dem Wirtembergischen, wurden durch einen, zwischen beiden Souverainen geschlossenen Vertrag wechselseitig dem *inländischen* Souverain überlassen, doch unter Vorbehalt des Eigenthums der davon herrührenden Güter, Zehnten und Gefälle, so fern solche nicht zu Unterhaltung der Kirche oder des Pfarrers bestimmt sind. Auch verzichteten beide Theile auf alle *Jagd*, *Forst*, *Geleite* u. a. Staatsdienstbarkeiten, mit *Ausnahme* des *Flofsrechtes*, in d. Austausch- und PurificationsVertrag v. 16. Apr. 1807, m. VII. Bad. Regier. Blatt, 1807, Num. 25. *MilitärStrassen* für Baiern, Preussen, u. Oestreich, durch badische, hessische, oldenburgische u. a. Staaten, festgesetzt in d. angef. Recès-général der frankfurter TerritorialCommis-

sion v. 1819, Art. 6, 23 u. 32. — Aeltere Beispiele bei Moser a. a. O. Majer, III. 29. Römer's Völkerr. der Teutschen, 224 ff. Gönner, 11 ff. 92 ff. Reuss, IV. 235. v. Römer's kursächs. St. R., II. 96. 673. Von dem *Tonnenrecht* der Stadt Bremen nach vormaligem Staatsverhältnifs, s. v. Bülow's und Hagemann's pract. Erörter., I. 1—38. Von dem *Ausbürgerrecht*, s. Wencker de Usburgers, in s. Collectan. juris publ. (Arg. 1702.), p. 229. u. Bodmann in Siebenkees Beytr., I. 1.

§. 466.

Grundsätze.

I) Die Unabhängigkeit des Berechtigten, in Ansehung seiner Befugnifs, von dem belasteten Staat, ist wesentlicher Charakter einer StaatsServitut a). II) Beide Theile müssen unabhängige Staaten seyn b). III) Alle Staatsdienstbarkeiten sind, auf beiden Seiten, dinglich c). IV) Nicht nur Hoheitsrechte, sondern auch Privatrechte, verbunden mit der Staatshoheit darüber, können Gegenstand von öffentlichen Servituten seyn d). Hingegen sind blofse Privatrechte, stünden sie auch einem auswärtigen Regenten, oder einer fremden landesherrlichen Kammer zu, z. B. Grundeigenthum, Renten, Triftgerechtigkeit, untergeordnet der inländischen Staatshoheit, nie StaatsServitut e). V) Rechte, auch hoheitliche, und Befreiungen, welche das Staatsrecht eines einzelnen Bundesstaates, einzelnen Unterthanen, oder einer gewissen PersonenClasse, in dem Staatsgebiet beilegt, gehören nicht in die Reihe der StaatsServituten f).

a) Reuss Staatsk., XVII. 32 ff. Nettelbladt's Erörterungen, 365. — Andere Meinungen in Westphal's Staatsr., 535. Schnaubert's Staatsr. d. ges. R. Lande, §. 113. Gönner a. a. O. §. 84—90.

b) Doch ist gleichviel, ob der Vortheil dem berechtigten unabhängigen Staat *unmittelbar* zugeht, oder *mittelbar* durch seine Unterthanen. Beispiel in d. pariser Frieden v. 1763, Art. 17. (v. Steck's) Essais sur divers sujets de politique (1779. 8.), p. 3—12. — Verpflichtung eines Staates zu *gänzlicher Abhän-*

gigkeit von einem andern Staat, so dafs jener in die Classe der s. g. halbsouverainen Staaten herabsinkt, übersteigt den Begriff der StaatsServitut. Vergl. den russischen Allianz-Vertrag mit der Republik Polen, v. 1793, Art. 6—8 u. 11. De Martens Recueil, V. 222.

c) Engelbrecht, p. 232. sqq. Gönner, §. 78.

d) J. R. v. Roth's Abhandlungen aus d. t. Staats- und Völkerr., Abth. II. Num. IX. Anders Gönner, §. 9, 10, 36.

e) Reuss Staatskanzley, IV. 237. XVII. 32 ff. Gönner, §. 27 ff.

f) Beispiele: der TransitoHandel, die Zoll-, Chausseegeld-, Nachsteuer- und Abzugsgeldfreiheit. v. Roth's Staatsr. deutscher Reichslande, II. 219.

§. 467.

Schlufs.

VI) Eine StaatsServitut mufs immer auf einen besondern Rechtstitel gegründet seyn a). Daher ist die Regel oder Rechtsvermuthung, jedesmal für den einheimischen Staat b). VII) Jede StaatsServitut ist, als Ausnahme von der Regel, einschränkend zu erklären c). VIII) Sie erreicht ihr Ende, durch aufhebende Verträge, Untergang der Sache, Consolidation, Ablauf der festgesetzten Zeit d). IX) Seit Auflösung der teutschen Reichsverbindung, sind der StaatsServituten weniger, indem die meisten ältern aufgehoben wurden e). Aber diese Lehre hat dadurch an practischer Wichtigkeit nicht verloren. Merkwürdig, als StaatsServitut, unter mehrfachem Gesichtpunct, war seit 1804 der RheinschiffahrtOctroi f), und sind es jetzt verschiedene Bestimmungen, welche auf dem wiener Congrefs, in Hinsicht auf Schiffahrt und Handelsverkehr auf gewissen Flüssen, errichtet wurden. (§. 468 ff.)

a) Engelbrecht, p. 167 ff. — *Natürliche* StaatsServituten, z. B. bei Staaten, deren Gebiet von dem Gebiet eines fremden Staates umschlossen ist (§. 80), statuiren, Heatius, Engelbrecht, u. a. — Blosse *Völkergebräuche* und *StaatsCeremoniel*, gehören nicht zu den StaatsServituten. De Neumann medit. juris

priv. princip., T. IV. lib. 2, tit. 3. Vergl. Klüber's droit des gens moderne de l'Europe, §. 135, a. — Aber der *Besitzstand* äussert auch hier rechtliche Wirkung. Engelbrecht, p. 332. sqq. Gönner, §. 91.

b) Reuss Staatskanzley, I. 360. XVII. 32 ff. Gönner, p. 31—34.

c) Westphäl. Fr. v. 1648, I. P. O. art. V. 44. Celsus in L. 99. D. de V. O. Gönner, §. 80 ff.

d) Engelbrecht, p. 386. sqq. Gönner, §. 94 ff. — *Verjährung* ist in dem allgemeinen Völkerrecht nicht begründet.

e) Vergl. Rheinische BundesActe, Art. 34. Rhein. Bund, IV. 133. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 89 f.

f) Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 140 ff.

XXII. Capitel.

Schiffahrt und Handelsverkehr auf solchen Flüssen, welche verschiedene Staaten scheiden oder durchströmen, insbesondere auf den Flüssen, Rhein, Neckar, Main, Mosel, Maas, und Elbe.

---

§. 468.

Bestimmungen des wiener Congresses, überhaupt.

In Gemäſsheit des pariser Friedens von 1814 (Art. 5), wurden auf dem wiener Congreſs, von den acht Mächten, welche die CongreſsActe unterzeichneten, für Schiffahrt und Handelsverkehr auf solchen Flüssen, welche verschiedene Staaten scheiden oder durchströmen, folgende Bestimmungen festgesetzt [a]), die als Grundlagen dienen sollen für nähere Bestimmungen über denselben Ge-

genstand, welche die Beherrscher jener Staaten durch versammelte Commissarien, gemeinschaftlich festzusetzen haben *b*); eine Uebereinkunft, welche für sämmtliche teutsche Bundesstaaten, zuerst in der BundesActe (Art. 19) angenommen, dann, in Folge eines in den wiener MinisterialConferenzen abgefafsten, einem SeparatProtocoll vom 24. Mai 1820 einverleibten Artikels, durch einen BundestagsBeschlufs v. 3. Aug. 1820 bestätigt, und deren ungesäumte Ausführung zugleich festgesetzt ward *c*).

a) Acte final du congrès de Vienne, art. 108—117, und dessen Beilage Num. 16, in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 254 ff. 257 ff. 245 ff. In dem 118. Art. des Acte final wurden die Bestimmungen über die Flufsschiffahrt für einen Theil der CongrefsActe erklärt, mithin unter die *Garantie* der acht Mächte gestellt, welche diese Acte unterzeichnet haben. — Zu Vorbereitung und Abfassung dieser Bestimmungen, war auf dem Congrefs eine eigene *Commission* niedergesetzt, deren Verhandlungen man findet, in Klüber's angef. Acten, Bd. III, S. 1—416. Vergl. *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 49.

b) Acte final etc., art. 108.

c) «Sämmtliche dabei betheiligte Bundesglieder machen sich verbindlich, die in der wiener CongrefsActe, Art. 109 bis 116 (sollte heissen 117) inclusive gegebenen, und vermöge des Art. 19 der BundesActe den Berathungen der B. V. zum Grunde gelegten Vorschriften unverbrüchlich zu befolgen, — — und in der kürzest möglichen Frist zu beendigen, wo aber noch keine Unterhandlungen eingeleitet sind, solche unverzüglich eintreten zu lassen». Worte des Beschlusses in dem Protocoll der PlenarVersamml. der B. V. v. 3. Aug. 1820, §. 4. Wiener SchlufsActe v. 1820, Art. 65.

§. 469.

Insbesondere: 1) Freiheit der Schiffahrt und des Handels. 2) System der Abgaben und Polizei.

I) Die Schiffahrt auf den genannten Flüssen, in ihrem ganzen schiffbaren Lauf, bis an ihre Mündung, soll durchaus frei, und, in Hinsicht auf

den Handel, Niemand untersagt seyn; jedoch unter Beobachtung der Vorschriften über die SchiffahrtPolizei, welche, übereinstimmend für Alle, und für den Handel aller Nationen so günstig wie möglich, sollen errichtet werden a). II) Das System, welches für Erhebung der Abgaben und für Handhabung der Polizei einzuführen ist, soll, so viel möglich, für den ganzen Lauf des Flusses dasselbe seyn. Es soll, so fern nicht besondere Umstände widerstreiten, auch auf diejenigen seiner Arme und Zusammenflüsse sich erstrecken, welche, in ihrem schiffbaren Lauf, verschiedene Staaten trennen oder durchströmen b).

a) Acte final etc., art. 109. So auch der erste CongrefsArtikel über die Rheinschiffahrt, in Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 257 f.

b) Ebendas. art. 110. Eben so der zweite CongrefsArtikel über die Rheinschiffahrt, a. a. O. S. 258. — Mifshelligkeiten zwischen Oldenburg u. Bremen, über die von jenem verfügte Auslegung eines Wachtschiffes an der Mündung der Weser. Protocolle der B.V. v. 20. Jul. (§. 77) u. 3. Aug. (§. 105) 1820.

§. 470.

3) *SchiffahrtAbgaben.* 4) *Erhebungsbehörden.*

III) Die Abgaben für die Schiffahrt, sollen gleichförmig, unwandelbar, und möglichst unabhängig von der verschiedenen Beschaffenheit der Waaren festgesetzt werden, damit eine ins Einzelne gehende Untersuchung der Ladung, nur wegen gesetzwidriger Handlungen nöthig werde. Der Betrag dieser Abgaben, welcher denjenigen vom Junius 1815 in keinem Fall übersteigen darf, ist nach örtlichen Verhältnissen zu bestimmen. Belebung des Handels durch Erleichterung der Schiffahrt, mufs hiebei zur Richtschnur dienen, und der RheinschiffahrtOctroi kann annäherungsweise zum Maasstab genommen werden. Der einmal festgesetzte Tarif, kann nur gemeinschaftlich von den Uferstaaten erhöhet, und die Schiffahrt

darf mit irgend andern, als den in der Schiffahrtordnung (Règlement) festgesetzten, Abgaben nicht beschwert werden[a]). IV) Die Erhebungsbehörden, so wenige als möglich, bestimmt die Schiffahrtordnung. Nur gemeinschaftlich, kann darin Aenderung getroffen werden; es wollte denn ein Uferstaat, die Anzahl der ihm ausschliefsend zugehörigen vermindern [b]).

a) Acte final etc., art. 111.
b) Ebendas. art. 112.

§. 471.

5) *Leinpfade und Arbeiten im Flufsbett.* 6) *Stapelrecht und gezwungener Umschlag.* 7) *Zölle.* 8) *Schiffahrtordnung.*

V) Die Unterhaltung der Leinpfade oder Treppelwege (chemins de halage), und die Besorgung der für ungehinderte Schiffahrt in dem Flufsbett nöthigen Arbeiten, liegt jeder Uferherrschaft ob. Für den Fall, wenn die einander gegenüber stehenden Ufer verschiedenen Landesherrschaften gehören, bestimmt die zu errichtende Schiffahrtordnung die Art, in welcher die Uferstaaten zu jenen Arbeiten mitzuwirken haben [a]). VI) Stapelrecht (droit d'étape, §. 333) und gezwungener Umschlag (Umladung) oder Stationenrecht (droit de relâche forcée et d'échelle ou de rompre charge) dürfen nirgend eingeführt werden. Wo sie schon bestehen, sollen sie nur so weit fortdauern, als die Uferstaaten, ohne Rücksicht auf besonderes Interesse des Orts oder des Landes, solche für die Schiffahrt oder den Handel im Allgemeinen für nothwendig oder nützlich erachten werden [b]). VII) Die Zölle der Uferstaaten sollen nichts gemein haben mit den Schiffahrtabgaben. Durch Verordnungen ist dafür zu sorgen, dafs die Schiffahrt durch Amtsverrichtungen der Zollbe-

amten nicht gehindert werde; doch mag durch strenge Polizei an dem Ufer, dem Zollunterschleif begegnet werden, welchen die Einwohner mit Hülfe der Schiffleute begehen könnten c). VIII) Ueber dieses Alles, und was sonst noch nöthig seyn möchte, ist eine gemeinschaftliche Schiffahrtordnung zu errichten, die anders nicht als mit Einwilligung sämmtlicher Uferstaaten abgeändert werden darf, und für deren Vollziehung auf schickliche, den Umständen und Oertlichkeiten angemessene Weise Sorge zu tragen ist d).

a) Acte final etc., art. 113.

b) Ebendas. art. 114.

c) Ebendas. art. 115. — Der *elsflether Weserzoll* hörte mit dem 7. Mai 1820 auf, nach einem zwischen HolsteinOldenburg und der Stadt Bremen im J. 1819 geschlossenen Vergleich. Vergl. ReichsdeputationsHauptschlufs v. 1803, §. 8 u. 27. Protoc. der B. V. v. 26. Aug. 1819, §. 193. v. Martens recueil, Supplém. VIII. 645. 552. — Bei den *Zöllen* auf dem *Neckar* und *Main*, ist eine Erhöhung über den Tarif von 1802 untersagt. Man s. unten §. 485[a].

d) Ebendas. art. 116.

§. 472.

Anwendung dieser Bestimmungen auf einzelne Flüsse und Gewässer.

I) Diese allgemeinen Bestimmungen wurden auf dem wiener Congrefs sofort angewandt, theils auf den Rhein (§. 473 u. ff.), theils auf die Flüsse Neckar, Main, Mosel, Maas und Schelde a). II) Desgleichen auf die Flufs- und Schiffahrtverhältnisse zwischen Preufsen und Sachsen, namentlich auf die Elbe (§. 485 b), und so viel das Flöfsen, sowohl des verbundenen als auch des losen Holzes, betrifft, auf die Gewässer, welche die Namen Elsterwerdaer Flofsgraben, Schwarze und Weifse Elster führen, so wie auf den Flofsgraben, der aus der letzten abgeleitet ist b). III) Auch wurden späterhin dieselben

ben Grundsätze für künftig anwendbar erklärt, auf diejenigen Flüsse, welche östreichische und angrenzende baierische Staaten durchströmen oder scheiden c). IV) Verhandlungen in demselben Sinn, für die Weser, hatten seit 1820 statt d). V) Endlich wurden auf dem wiener Congrefs Bestimmungen errichtet, für Beförderung der Schiffahrt und des Handels preufsischer und hannöverischer Unterthanen mittelst der Ems, und der ersten in der Stadt und dem Hafen von Emden, so wie für die Schiffahrt der hannöverischen Unterthanen auf dem Canal der Stecknitz e). VI) In der teutschen BundesActe f) behielten sich die Bundesglieder vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt, wegen des Handels und der Schiffahrt, nach Anleitung der auf dem wiener Congrefs angenommenen Grundsätze, in Berathung zu treten. VII) Nicht anwendbar sind jedoch die Bestimmungen des wiener Congresses, auf solche Flüsse, welche in ihrem schiffbaren Lauf verschiedene Staaten nicht scheiden oder durchströmen g)

a) Acte final etc., art. 117, und dessen Beilage Num. 16. Klüber's Acten des wiener Congr. Bd. VI, S. 203. Bd. III, S. 245 ff. 257 ff. Man s. unten §. 484 u. f.

b) Wiener Friede des Königs von Sachsen mit Preussen, Oestreich u. Rufsland, vom 18. Mai 1814, Art. 17; in Klüber's angef. Acten etc., Bd. VI, S. 133 f.

c) Oestreichisch-baier. Tractat, geschl. zu München am 14. Apr. 1816, Art. 9; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 406.

d) Vergl. v. Nau's unten (§. 475) angef. Beiträge, Bd. I, S. 203 ff. 322 ff., 347.

e) Acte final etc., art. 30. Preussisch-hannöver. Tractat, geschl. zu Wien am 29. Mai 1815, Art. 5, in Klüber's angef. Acten etc., Bd. VI, S. 146 ff.

f) Art. 19. Auf *Baierns* Antrag, ward statt «*Anordnungen* zu treffen» gesetzt: «in *Berathung* zu treten». Klüber's angef. Acten etc., Bd. II, S. 369, 388, 471, 492 u. 502. Klüber's angef. Uebersicht etc., S. 251, 261 u. 267.

g) So die *Lahn*. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 226 f. — Von der *Lahn*, *Lippe* und *Ruhr*, s. Ochmabt, S. 191 u. 241.

§. 473.

Insbesondere auf den Rhein.

Bestimmungen von 1801, 1803, *und* 1804.

I) Seit einer Reihe von Jahrhunderten, war der Rhein *a*), in Absicht auf Schiffahrt und Handelsverkehr *b*), ein hochwichtiger Gegenstand, theils von Streitigkeiten der Uferstaaten, theils von reichs- und territorialgesetzlichen und von vertragmäsigen Bestimmungen *c*). II) Seit 1648 zugleich wieder, abwechselnd mehr oder weniger, Grenzflufs zwischen Frankreich und teutschen Staaten *d*), wird, vermöge des lüneviller Friedens von 1801, Art. 6, und des ReichsdeputationsHauptschlusses von 1803, §. 39, so wie nach dem pariser Frieden von 1814 und dem pariser Hauptvertrag vom 20. Nov. 1815 (oben § 87 — 90), dessen Thalweg als SouverainetätsGrenze, der ganze Strom hingegen, so viel Schiffahrt *e*) und Handlung betrifft, als zwischen beiderseitigen Staaten gemeinschaftlich betrachtet *f*).

a) G. Sartorius de libera Rheni navigatione in congressu Rastadiensi obtinenda. Goett. 1798. J. E. F. Danz, die Oberherrschaft über den Rhein und die Freiheit der Rheinschiffahrt. Frankf. 1792. 8. J. L. Reuter über den rheinischen Handel u. Schiffahrt. Mainz 1792. 8. G. A. Jacobi über die Rheinschiffahrt; in Posselt's europ. Annalen, 1803, II. 167ff. Handbuch der Angestellten des RheinschiffahrtsOctroi. Cöln 1805. 8. (F. W. Gaum's) Bemerkungen über den OctroiVertrag u. die mainzer SchifferOrganisation, nebst e. histor. Einleit. über das Schiffahrtwesen des Oberrheins. Heidelb. 1806. 8. J. F. Zeller die Neckar-, Rhein- u. Mainschiffahrt, zwischen Heilbronn, Mainz und Frankfurt, geschichtlich, rechtlich und kaufmännisch betrachtet. Heilbronn 1809. 8. J. J. Eichhoff's analytischer Entwurf einer Samml. von Abhandlungen . . . über die Schiffahrt . . . des Rheinstroms. Mainz 1812. *Ebendess.* topogr. statist. Darstellung des Rheines, mit vorzüglicher Rücksicht auf dessen Schiffahrt und Handlung. Cöln 1814. 4. *Ebendess.* pragmatisch-geschichtliche Darstellung der Verhandlungen u. Beschlüsse des CongrefsComité für die Freiheit der

Flüsse, so wie der Berathungen der in Gefolge jener Beschlüsse in Mainz niedergesetzten CentralCommission. Mainz 1819. 8. J. F. Ockhart, der Rhein, nach der Länge seines Laufs u. der Beschaffenheit seines Strombettes, mit Bezieh. auf dessen Schiffahrtverhältnifs. Mainz 1816. 8. *Ebenders.* über den RheinschiffahrtOctroi; in Bertuch's allgem. geogr. Ephemeriden. *Ebendess.* geschichtl. Darstell. der frühern u. spätern Gesetzgebung über Zölle und Handelsschiffahrt des Rheins, mit Rücksicht auf die Beschlüsse des wiener Congr. für die künftige Verwaltung dieses Stroms und seiner Nebenflüsse. Mainz 1818. gr. 8. H. Herman's Sammlung der seit 1803 in Bezug auf Rheinhandel und Schiffahrt erschienenen Gesetze, Verordnungen und allgemeinen Instructionen. Mainz 1820. 8. Neue Organisation der Schiffahrt- und Handelsverhältnisse auf dem Rheinstrom. Mit e. histor. diplomat. Einleit. Basel 1822. 8. Ueber die Freiheit der Rheinschiffahrt. 2 Hefte. Frankf. 1816. 8. Schriften in Klüber's angef. Acten etc., Bd. I, Heft 3, S. 1—84; Bd. III, S. 331—416; Bd. IV, S. 534.

b) Vor dem J. 1790, konnte man auf dem Rhein einen jährlichen *WaarenTransport* von ungefähr zwei Millionen Centnern, blofs durch etwa 1300 Schiffe zu 2000, 1500 und 1000 Centner Ladung, annehmen. Den *Geldwerth* des jährlichen Waarenverkehrs auf dem Rhein, nur allein zwischen den Niederlanden und den westlich-teutschen Provinzen, schätzte man auf mehr als hundert Millionen Gulden. Der WaarenTransport im J. 1821, in 13,928 zu Mainz und Cöln angekommenen und abgegangenen Schiffen, war, in Centnern (zu 101 Pfund 3 Unzen amsterd. Gewichtes oder 50 Kilogr.): zu Berg bis Cöln 1,672,080, u. bis Mainz 753,968, dann zu Thal bis Cöln 2,065,538, u. von Cöln abwärts 1,344,535. — In den 7 Jahren von 1805 bis 1812, wo der Handelsverkehr durch die französische Regierung sehr gehemmt war, betrug der gesammte *reine Ertrag* des RheinschiffahrtOctroi, von Strasburg bis an die holländische Grenze, im Durchschnitt jährlich 1,840,637 Franken oder 854,170 Gulden. Eichhoff's angef. Darstell., S. 164. Vergl. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 522. — Nach einem sechsjährigen Durchschnitt, von 1815 bis und mit 1820, war der gesammte BruttoErtrag des Octroi jährlich 2,686,538 Franken 81 ⅔ Cent. oder 1,246,721 Gulden 52 ¾ Kr. rheinisch. — Die Hebungs- und Verwaltungskosten schätzte man 1822 auf ungefähr 13 pro Cent des rohen Ertrags; nach Eichhoff a. a. O. waren es, bis 1813, nur 10 pro Cent. — Von den Leinpfad u. a. Kosten, s. §. 479. Von den auf den Octroi haftenden Jahrrenten und Pensionen, s. §. 482ᵃ u. ff.

c) Gaum's angef. Bemerkungen, S. 5—48. Ockhart's angef. geschichtl. Darstellung, S. 40—317.

d) Oben §. 84 u. 87 ff. Klüber's Einl. zu e. neuen Lehrbegriff d. teutschen Staatsr., §. 57 ff. — Man unterscheidet, den *rhätischen* oder bündnerischen, den *schweizerisch-teutschen*, den *teutsch-französischen*, den *teutschen*, und den *niederländischen* Rhein; zusammen in der Länge eine Wasserstrecke von 303 ½ Wegstunden, von welchen nur die ersten 20 für Schiffahrt unbenutzbar sind. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 21 u. 23 ff. — Ueberdiefs unterscheidet man, auf der in der OctroiConvention angenommenen StromStrecke: *Oberrhein*, von Strasburg bis Mainz, 55 Wegstunden; *Mittelrhein*, von Mainz bis Cöln, 41 ½ Wegstunden; *Niederrhein*, von Cöln bis Emmerich, 37 ½ W. St. Man s. v. Nau's (§. 475 angef.) Beiträge, Bd. II, S. 32. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 24; Eichhoff's angef. Darstellung, S. 13.

e) Die *Rheinschiffahrt* unterschied man seit 1804, in *kleine*, für landwirthschaftlichen und andern IndustrieVerkehr der Rheinländer unter sich, und mit den Uferbewohnern der Nebenströme, und *grofse*, für den Waarenzug, zwischen Holland, Teutschland, Frankreich und der Schweiz (grofse Handelsschiffahrt) endlich die Fahrt der *Nachen* u. *Jachten*, hauptsächlich für Reisende. Vergl. die unten angef. Convention sur l'octroi, art. 19 et suiv. 101 et suiv. Ockhart's Darstell., S. 258. In dem Sinn dieser Convention, soll jener Unterschied nicht mehr bestehen, vermöge einer Erklärung des wiener Congresses. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 269. Doch bleibt, aus dem Gesichtpunct der Gesetzgebung, ein Unterschied zwischen *gewöhnlicher* Schiffahrt und derjenigen für *HandelsTransporte*. Ockhart's geschichtl. Darstellung, S. 28 ff.

f) Auch in der unten angef. Convention sur l'octroi, art. 2.

§. 474ª.

Fortsetzung.

III) Durch den ReichsdeputationsHauptschlufs von 1803, wurden nicht nur die mannigfaltigen und beträchtlichen Rheinzölle, sondern auch alle andern auf die TransitoSchiffahrt sich beziehenden Abgaben, z. B. Licent, Transito, Accise, Abgabe von Halfleuten und Halfpferden, u. d., aufgehoben; doch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren und Zölle in

den Uferstaaten a). Die 32 Rheinzölle, 15 auf der linken, 17 auf der rechten Rheinseite, mit einem jährlichen Gesammtertrag von ungefähr 2 Millionen Gulden, hörten auf, mit dem 15. Oct. 1805. IV) Dagegen ward von dem teutschen Reich und Frankreich, mittelst eines Vertrags b) (OctroiConvention), ein gemeinschaftlicher RheinschiffahrtOctroi, eine GesammtAnstalt und Ordnung für Schiffahrt und Handlung auf dem Rhein, und für die von beiden zu entrichtenden Abgaben c), genannt Recognition und OctroiGebühr, deren reiner Ertrag zwischen Teutschland und Frankreich gleich getheilt werden sollte, vom 1. Nov. 1805 an eingeführt, in Absicht auf Berg- und Thalfahrt; doch nur von Strasburg bis an die niederländische Grenze, in einer Strecke des Flufslaufs von 130 bis 134 Wegstunden oder ungefähr 335,750 Toisen d).

a) R. Deput. Hauptschl. v. 1803, §. 39. Die unten angef. Convention sur l'octroi, art. 38—41. — Auch auf der Rheinschiffahrt von der SchweizerGrenze bis Kehl, hob *Baden*, im J. 1809, alle *TransitoAbgaben auf*. — Fortdauernd für beide Theile, nach dem Besitzstand vom 17. Sept. 1808, gelten noch die *Rheinzölle* da, wo der Rhein das Grofsherzogthum *Baden* und den SchweizerCanton *Aargau* scheidet. Staatsvertrag zwischen beiden, v. 17. Sept. 1808, Art. 3. 6. 7. 8; in dem. Bad. Regier. Blatt, 1809, Num. 35. Rhein. Bund, XXXVII. 46. Martens recueil, Supplém. V. 141. Auch über die *Rheinschiffahrt*, das *Flössen* (beides nach einem so genannten Maienbrief), die *Rheinüberfahrten*, die so genannten *Winkelfahrten*, die *Geleit-* oder *Lootsenrechte*, und die *Fischerei*, sind daselbst, Art. 4 u. 5, Bestimmungen enthalten.

b) Convention sur l'octroi de navigation du Rhin, faite à Paris le 27 Thermidor, an XII (15. Aug. 1804); in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 280 ff. Convention supplétive, datée de Mayence le 9 vendémiaire au XIII (1. Oct. 1804); ebendas. S. 328. Beide Conventionen sind auch, französisch u. teutsch, zusammen herausgegeben, zu Cöln 1805. 4. u. in Herman's angef. Samml., S. 3 ff. u. 561 ff. — Diese Convention für Schiffahrt und Gebührenerhebung, ward, auf ein kurfürstl. CollegialGutachten v. 18. März 1805, im Allgemeinen genehmigt, durch ein kaiserl. CommissionsRatificationsDecret v. 11

Mai 1805, mit Vorbehalt einer weitern Uebereinkunft über verschiedene Anträge und Erinnerungen. — Anmerkungen zu dieser Convention, in Gaum's angef. Bemerkungen, S. 70—140, u. in Eichhoff's angef. Darstellung, S. 113—169. Ihre Geschichte u. eine Uebersicht ihres Inhaltes, in Ockhart's geschichtl. Darstellung, S. 275—299. — Geschichte des Octroi, seit seinem Entstehen im J. 1805 bis 1814; in Nau's unten angef. Beiträgen, Bd. II, S. 72—87.

c) Die *Abgaben* sind zweifach: 1) *Recognition*, von jedem *Fahrzeug*, welches 50 Centner oder mehr beträgt, nach Verschiedenheit seiner Ladungsfähigkeit; 2) *OctroiGebühr*, von *Waaren* und *Lebensmitteln*, nach Verschiedenheit ihrer Quantität. Den *Tarif* s. in der Convention, art. 94 u. 99—105, u. in Herman's angef. Samml., S. 206—216. Gaum's Bemerkungen, S. 85 ff. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 263 ff. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 141, Note c. Von der Berechnungsart der franz. Münzen, s. (Cleynmann's) Materialien für Münzgesetzgebung (1822. 8.), S. 175. (*Ebendess.*) Aphorismen aus dem Fache der Münzgeschichte u. des Münzwesens (1817. 8.), S. 196—203. ResolvirungsTabellen, in Herman's Samml., S. 451 ff. — Von der *Ladungsfähigkeit* der Fahrzeuge, Ockhart, S. 96 ff. — Von *Himplern* oder Leichtschiffen, Ockhart, S. 119, 121 u. 126. Gaum, S. 86 ff. Von *Lauertannen* u. a. Schiffen von geringer Ladungsfähigkeit, Eichhoff's angef. Darstell., S. 6 ff. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 105, 121, 125 f, 143 u. 161 ff. Von *Postschiffen* und *Wasserdiligencen*, *Jachten*, *Nachen* und *Marktschiffen*, und den davon zu entrichtenden Abgaben, s. Convention, art. 22, 24 u. 101. Herman's angef. Samml., S. 354—389. Klüber a. a. O. §. 143, Note b. Von *HolländerFlossen*, s. Eichhoff's Darstellung, S. 50 ff. Abbildungen aller Arten von Rheinfahrzeugen u. eines HolländerFlosses, nebst ihrer Beschreibung, in Herman's angef. Samml., S. 523—537.

d) Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 23 ff., 67 f. u. 94. — Nur bis *Strasburg*, reicht die Bergfahrt, für eigentliche Handels-Transporte.

§. 474 b.

Bestimmungen während des rhein. Bundes, u. deren Aufhebung.

I) Bei Auflösung der teutschen Reichsverbindung, änderte die rheinische BundesActe nichts in

dem Rechtsverhältnifs des Octroi. Sie erklärte ausdrücklich (Art. 2), dafs die Bestimmungen des §. 39 des ReichsDeputationsHauptschlusses, die sich auf den RheinschiffahrtOctroi beziehen, unverändert gelten sollten. Aber vier Jahre später, änderte sich dieses Verhältnifs. Durch einen mit Napoleon zu Paris am 19. Febr. 1810 geschlossenen Vertrag [a]), Art. 6, trat der Fürst Primas, Grofsherzog von Frankfurt, vormals KurfürstReichserzkanzler, seine Rechte auf den RheinOctroi an Frankreich ab. Er verpflichtete sich zugleich, in Gemäfsheit des ReichsdeputationsHauptschlusses diejenigen immerwährenden Jahrrenten zu bezahlen, welche daselbst auf die teutsche Hälfte von dem reinen Ertrag des Octroi gelegt wurden (unten §. 482); wefshalb die ihm von Napoleon abgetretenen Domänen von Fulda und Hanau, als Special-Hypothek bestimmt wurden. II) Unter stillschweigender Aufhebung dieses Vertrags, stellten, in den Jahren 1814 und 1815, der pariser Friede und der wiener Congrefs das vorige Rechtsverhältnifs wieder her. Frankreich verlor zugleich, auf dem von ihm abgetretenen Theil des Rheins, die vorhin gehabten Rechte auf den Octroi, und die Octroi-Rente des Fürsten Primas ward nicht wieder hergestellt, wohl aber die übrigen OctroiRenten (§. 482). An Frankreichs Stelle traten die teutschen Bundesfürsten, denen die von jenem abgetretenen Besitzungen am linken Rheinufer waren zugetheilt worden; ihnen gebührte fortan der auf diese Besitzungen fallende Theil des reinen OctroiErtrags der linken Rheinseite.

a) In dem Rhein. Bund, XLVIII, 409. u. in Martens Suppl. V. 243.

§. 475.

Bestimmungen des pariser Friedens und des wiener Congresses. CentralCommission zu Mainz.

I) Der pariser Friede von 1814 [a]) und der wiener Congrefs [b]), giengen auch bei dem Rhein

von den oben (§. 469—471) angeführten Hauptbestimmungen aus. Der Congrefs erneuerte, bestätigte und erweiterte verschiedene der in der OctroiConvention von 1804 enthaltenen Bestimmungen. Namentlich erklärte er die Schiffahrt auf dem ganzen Laufe des Rheins, von dem Punct an wo er schiffbar wird bis an das Meer («jusqu'à la mer» c)), auf- und abwärts, für gänzlich frei. Diese Strecke heifst daher der conventionelle Rhein (§. 478, a). II) Eine CentralCommission für den Rhein, zu welcher jeder Uferstaat ein Mitglied zu ernennen hat, soll in jedem Jahr am 1. Nov., und, wenn sie es für nöthig erachtet, auch im Frühjahr, zu Mainz sich versammeln, um über Beobachtung der RheinschiffahrtOrdnung und das gemeine Beste der Schiffahrt und Handlung zu wachen, den Bericht der Inspectoren über ihre Verwaltung zu vernehmen, und für Verhandlungen und Vereinbarung zwischen den Uferstaaten, vorzüglich in Hinsicht auf die Schiffahrt, zu dienen d). III) Diese CentralCommission, überhaupt die neue Ordnung der Dinge, sollte vom 1. Jun. 1815 an in Wirksamkeit treten. Als ausserordentliche Beschäftigung ward ihr vorerst angewiesen, die Abfassung einer neuen Schiffahrtordnung (§. 480, a), und bis dahin die Stellvertretung der, nach Vertreibung der französischen Herrschaft im Namen der verbündeten Mächte angeordneten, provisorischen OctroiVerwaltung e). IV) Die Einführung dieses Octroi- und SchiffahrtSystems auf dem Rhein, von Strasburg bis an die schweizer Grenze (§. 474), ist bis jetzt noch nicht zu Stande gekommen f).

a) Art. 55; in Klüber's angef. Acten etc., Bd. I, Heft 1, S. 15.

b) *Articles* concernant la navigation du Rhin, vom 24. März 1815, eine Beilage (Num. 16) zu den Art. 117 u. 118 des Acte final du congrès de Vienne; in Klübers angef. Acten etc., Bd. VI, S. 203; Bd. III, S. 257 ff.

c) Art. 1 der angef. Articles etc. Ueber den Sinn der Worte *«jusqu' à la mer»*, ob die gänzliche Freiheit der Schiffahrt nur bis *zur*, oder bis *über* die Einmündung des Rheins in die

See, d. h. nur bis *an*, oder bis *in* die See? ob eine Zwischenlinie anzunehmen sey, zwischen der äussersten Rheingrenze und der freien Seegrenze, und auf solcher von dem Königreich der Niederlande *Seeabgaben* (droits maritimes) oder TransitoZoll gefordert werden dürfen, von aus oder nach Teutschland, Frankreich und der Schweiz aus- oder eingehenden Waaren? ob diese Streitfrage als schon entschieden in den wiener CongrefsBestimmungen anzunehmen sey? oder ob solche zur Competenz der mainzer CentralCommission gehöre, oder Gegenstand künftiger Handelsverträge sey? darüber s. man die Erörterungen bei jener Commission, z. B. in v. Nau's angef. Beiträgen, Bd. I, S. 67 ff., 100 f., 341 ff., 369 u. 385, Bd II, Vorrede zu dem 2. Heft, u. S. 102 ff., 115 ff., 182 — 193, 243 ff, 264 ff. F. Nebenius Bemerkungen über den Zustand Grofsbritanniens in staatswirthschaftlicher Hinsicht (1818. 8.), S. 121 ff. Preufs., nassau. u. gh. hefs. Erklärungen bei der B. V., l. diet. in d. Protoc. v. 1819, S. 441, 545 u. 563. In den angef. Articles etc. schafft der Art. 19 den gezwungenen Umschlag ab, auf dem ganzen schiffbaren Lauf des Rheins bis *in* das Meer, «jusqu' à son embouchure *dans* la mer»; ein Beweis mehr, dafs in den Articles die Worte «jusqu' à la mer» und «jusque dans la mer» gleichbedeutend seyen. So wenig die niederländische Regierung auf der mathematischen oder idealischen Zwischenlinie zwischen Meer und Rhein einen gezwungenen Umschlag einführen könnte, eben so wenig darf oder kann sie daselbst Seeabgaben erheben. Auch der Acte final du congrès de Vienne, Art. 109, setzt fest, dafs auf dem schiffbaren Rhein die Schiffahrt frey seyn solle, bis zu seiner Einmündung in das Meer, «jusqu' à son embouchure». — Nur von *Seezoll* ist bei dieser Erörterung die Rede; nicht von Erhebung billiger Abgaben zu Vergütung des Aufwandes auf Hafen- u. a. Schiffahrtanstalten an der See, z. B. Leuchtthürme (§. 486, b).

d) Articles etc., art. 10, 11, 13, 16, 17, 18 et 31. Auch bildet diese Commission eine AppellationsInstanz. Man s. §. 476, II. — «Die *Beschlüsse* der Commission werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefafst: aber für die Uferstaaten sind sie nur dann verpflichtend, wenn sie durch ihren Commissär darein gewilligt haben, indem die Mitglieder der Commission als Agenten der Uferstaaten zu betrachten sind, beauftragt, über die gemeinschaftlichen Interessen der letzten sich zu vereinbaren». Art. 17. Von der Entstehungsgeschichte dieses schwierig gefafsten Artikels, für welchen vielleicht der Art. 32, Num. 1, einen Erklärungsgrund an die Hand giebt, s. Klüber's angef. Acten, Bd. III, S. 152,

172, 223 u. 266. Von den Streitigkeiten über seine Auslegung, s. v. Nau's Beiträge, Bd. I, S. 123 f. 173 u. 251, Bd. II, S. 5. Eichhoff's Darstellung, S. 104 ff. — Den *Präsidenten* der Commission bestellen die Commissarien, aus ihrer Mitte, durch das Loos, und jedesmal für einen Monat. Ein anderes Mitglied, über dessen Wahl die Commissarien sich vereinigen, führt das Protocoll. Art. 11. — Die jetzige CentralCommission ist seit dem 5. Aug. 1816 ununterbrochen versammelt, wegen der ihr zugleich übertragenen ausserordentlichen Arbeiten, der Entwerfung des interimistischen und des definitiven Reglements. Von ihren Verhandlungen s. man v. Nau's angef. Beiträge.

e) Articles etc., art. 31 et 32. — In Wirksamkeit trat die Commission erst am 5. Aug. 1815, bestehend aus Bevollmächtigten der *sieben Uferstaaten*, Frankreich, Baden, Baiern, Hessen, Nassau, Preussen, Königreich der Niederlande. Die wichtigsten ihrer ausserordentlichen Verhandlungen bis gegen das Ende des Jahrs 1820, findet man in B. S. v. Nau's Beiträgen zur Kenntnifs und Beförderung des Handels und der Schiffahrt. Bd. I u. II. Mainz 1818 — 1820. 4. u. in J. J. Eichhoff's Darstellung der Verhandlungen der CentralCommission für die Rheinschiffahrt. 1819. 8.

f) v. Nau's Beiträge, Bd. II, S. 53 u. Supplement zu dem 7. u. 8. Heft, S. 1 — 22. — Ein Entwurf eines Vertrags zwischen *Frankreich* und *Baden*, für Rheinschiffahrt und Octroi auf dem Rhein von der schweizer Grenze bis Strasburg, datirt Mainz den 25. Aug 1820, ward von Frankreich, nicht aber von Baden genehmigt; abgedruckt, mit e. Commentar, in Murhard's allgem. polit. Annalen, 1821, Heft 8, S. 441 — 481. Von der Geschichte dieses Entwurfs, s. die Allgem. Zeitung v. 3. Aug. 1821, Beilage. Ausführung, dafs jene beiden Regierungen berechtigt seyen, für die erwähnte Stromstrecke vertragmäsige Bestimmungen zu machen, so fern dabei der Tarif von 1815 nicht überschritten wird, unter Beziehung auf die wiener Articles, Art. 3, 5 u. 27; in dem Journal de Francfort, 1820, Num. 292.

§. 476.

Gemeinschaftliche Verwaltungsbehörde. Richtende Behörden.

I) Eine fortwährende gemeinschaftliche Verwaltungsbehörde, welche den ErhebungsBüreaux

vorgesetzt ist, mit den übrigen LocalBehörden der Uferstaaten zu verhandeln, und für Handhabung der Schiffahrtordnung, auch während der Abwesenheit der CentralCommission, Sorge zu tragen hat, und an welche zu jeder Zeit der Handelstand und die Schiffer sich wenden können, soll bestehen aus einem OberInspector und drei UnterInspectoren, alle ernannt auf Lebenszeit. Der OberInspector soll von der CentralCommission ernannt werden, und zu Mainz wohnen; er wird ernannt nach Stimmenmehrheit, aber so, daſs, nach einer festzusetzenden Ideal-Zahl von Stimmen, der preuſsische Commissär $\frac{1}{3}$, der französische $\frac{1}{6}$, der niederländische $\frac{1}{6}$, die Commissäre der teutschen Uferstaaten ausser Preuſsen, zusammen $\frac{1}{3}$ des ganzen Stimmengewichtes haben. Die drei UnterInspectoren sind, einzeln, bestimmt für den Ober-, Mittel-, und Unterrhein; den einen ernennt Preuſsen, den andern abwechselnd Frankreich und der König der Niederlande, den dritten, nach einer unter ihnen zu treffenden Uebereinkunft über die Ernennungsart, die übrigen teutschen Fürsten, welche Uferstaaten beherrschen. II) Bei jedem Erhebungs-Büreau, hat der dortige Uferstaat eine richtende Behörde erster Instanz zu bestellen, für Rechtshändel, die nach der Schiffahrtordnung zu entscheiden sind; er allein ernennt die Gerichtbeamten, aber die Kosten trägt er nur dann allein, wenn das Ganze der auf demselben Büreau zu erhebenden Abgaben ihm ausschlieſsend zufällt. Die Verfahrungsweise wird durch das DefinitivReglement festgesetzt; sie soll gleichförmig seyn für den ganzen Lauf des Rheins, und möglichst summarisch. In zweiter und letzter Instanz, können die Appellanten sich entweder an die CentralCommission, oder an ein hiezu ernanntes Obergericht desselben Uferstaates wenden [b]).

[a]) Articles etc., art. 12 — 15 u. 18.

[b]) Ebendas. art. 8, 9 u. 27.

§. 477.

ErhebungsBüreaux. OctroiFlagge.

I) Für Einnahme, Ausgabe, und Berechnung der Abgaben, sollen eigene ErhebungsBüreaux bestehen; zwischen Strasburg und der niederländischen Grenze nicht über zwölf, und überdiefs, in verhältnifsmäsigen Zwischenräumen und nach gleichen Grundsätzen, diejenigen zwischen Basel und Strasburg und in den Niederlanden, über deren Einrichtung man übereinkommen wird. Jeder Uferstaat kann die Anzahl der ihm ausschliefsend bewilligten Erhebungs Büreaux vermindern, nicht aber ohne Einwilligung der übrigen Uferstaaten vermehren, oder deren Wohnsitz ändern [a]). II) Die OctroiSchiffe und Nachen, führen die Flagge derjenigen Uferstaaten, wozu sie gehören, jedoch mit Beifügung des Wortes *Rhenus* [b]).

a) Articles etc., art. 5 et 27. Vergl. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 142.

b) Articles etc., art. 23 Vergl. Klüber a. a. O. §. 149.

§. 478.

Tarif der Abgaben. Zölle.

I) Die OctroiGebühr (§. 474, Note c) für Waaren, darf, für die ganze Strecke zwischen Strasburg und der niederländischen Grenze, mehr nicht betragen, als bei der Bergfahrt zwei Franken, bei der Thalfahrt einen Franken und 33 Centimen, auf den Centner; und sie darf, indem man nach demselben Verhältnifs das Ganze der Abgabe vermehrt, auch auf die Strecken zwischen Strasburg und Basel, und von der niederländischen Grenze bis an die Mündungen des Flusses [a]) ausgedehnt werden [b]). II) Die Recognition (§. 474, Note c) bleibt, wie sie in der OctroiConvention von 1804, Art. 94,

bestimmt ist; doch darf die stufenweise Erhöhung der Abgabe anders festgesetzt werden, so dafs auch die Fahrzeuge von 2500 bis 5000 Centner Ladungsfähigkeit darin begriffen seyen, in demselben Verhältnifs der oben erwähnten Strecken c). III) Dieser Tarif kann nur durch allseitige Uebereinkunft der Uferstaaten, und aus den gerechtesten und dringendsten Ursachen, erhöhet, und es darf die Schiffahrt unter keinerlei Namen oder Vorwand mit irgend einer andern Abgabe beschwert werden d). IV) Die Zölle in den Uferstaaten, bestehen für sich e) (§. 471).

a) Wiener CongrefsBeschlufs, dafs nur der *Lech* oder Leck als Fortsetzung des Rheins (niederländischer conventioneller Rhein), die *Waal* hingegen als Fortsetzung der Maas anzusehen sey. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 213, verglichen mit S. 106. Vergl. v. Nau's Beiträge, Bd. I, S. 176. — Von der Schiffahrt auf der *Waal*, dem *Lech* und der *Yssel*, s. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 250 ff.

b) Articles etc., art. 3 et 27.

c) Ebendaselbst. — Zu dem Ende werden die Schiffe geaicht. Von Wiedereinrichtung und Verbesserung der *Schiffaich*- oder SchiffvermessungsAnstalt, s. v. Nau's Beiträge, Bd. I, S. 354, 395 u. 405. II, S. 125. Herman's angef. Samml., S. 176 — 240.

d) Ebendas. art. 4. «Die Abgaben von der Schiffahrt, sind hauptsächlich bestimmt zu Bestreitung der Kosten ihrer Unterhaltung, und das wahre Interesse der Uferstaaten, besteht in der Belebung des Handels». Ebendas. art. 4. — Erörterung des AbgabenTarifs, in v. Nau's Beiträgen, Bd. II, S. 32 — 68, u. S. 88 ff.

e) Articles etc., art 22.

§. 479.

Erhebungs- u. Vertheilungsart. Verpachtung. Leinpfade. Vorzugweise Bestimmung der Schiffahrtabgaben.

I) Die Erhebung der Abgaben, geschieht in jedem Uferstaat für dessen Rechnung, durch seine

Beamten, und nach Verhältniss der Länge seines Ufergebietes, indem das Ganze der Abgaben (§. 478, I) auf die Längen der verschiedenen Ufergebiete sämmtlicher Uferstaaten (§. 474 a) nach gleichem Verhältniss vertheilt, und so das auf jedem Büreau zu erhebende Quantum durch Rechnung gefunden wird. Erstreckt sich ein Büreau über Gebiete zweier oder mehrerer Uferstaaten, so vertheilen diese die Einnahme unter sich, nach Verhältniss der Uferstrecken ihrer verschiedenen Besitzungen (§. 482 b, e). Dasselbe gilt von dem Fall, wenn die einander gegenüberstehenden Ufer zu zwei verschiedenen Staaten gehören. II) Die bei den ErhebungsBüreaux angestellten Beamten, werden eidlich verpflichtet auf strenge Beobachtung des DefinitivReglements a). III) Verpachtung der SchiffahrtAbgaben, findet zu keiner Zeit statt, weder theilweise noch im Ganzen b). IV) Jeder Uferstaat ist verpflichtet zu Unterhaltung der in seinem Bezirk befindlichen Leinpfade, und zu Veranstaltung der daselbst in dem Flussbett für die Schiffahrt nöthigen Arbeiten c). V) Die SchiffahrtAbgaben sind vorzugweise bestimmt zu Deckung der Kosten, welche die Unterhaltung der Schiffahrt fordert d).

a) Articles etc., art. 6. Ueber die Entstehung dieses Artikels, s. man Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 60, 149, 172 u. 260. — Von mainzer Verhandlungen hierüber, s. man v. Nau's angef. Beiträge, z. B. Bd. I, S. 153 u. 310, Bd. II, S. 64. — Der angef. Art. 6 setzte an die Stelle der vormaligen gemeinschaftlichen Erhebung der Abgaben, die partielle, d. h. an die Stelle der Erhebung für eine gemeinschaftliche Casse, diejenige für die besondere eines jeden Uferstaates. Man s. Art. 31.

b) Ebendas., art. 24.

c) Ebendas., art. 7 et 27. Acte final etc., art. 113. Vergl. oben §. 471. v. Nau's Beiträge, Bd. II, S. 126. — Von den Leinpfaden, von welchen, 2/3 auf dem linken Ufer hinziehen, s. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 47, 105 ff., 130 ff., 173 ff., 219 ff. u. 243 ff.

d) Articles etc., art. 4. — Schon der Reichsdep. Hauptschl. v. 1803, §. 39, hatte den ganzen Kostenaufwand für die beiden unter Num. III bemerkten Gegenstände, auf den OctroiErtrag gelegt, und jeder Rheinseite den ihrigen besonders zugewiesen, so dafs solcher von dem ihr zukommenden Ueberschufs jenes Ertrags vorzugweise zu bestreiten sey. Die Convention sur l'octroi de navigation du Rhin v. 1804, Art 33 bis 35, wich einigermasen von dieser Bestimmung ab, indem sie 1) nur von Unterhaltung des *Leinpfades* spricht, hingegen von den *zu der Schiffahrt nöthigen Arbeiten* schweigt, deren der R. D. Hauptschlufs erwähnt, und dafs sie 2) im Art. 35 die Kosten des *Uferbaues*, der *Dämme*, u. a. *Wasserbauwerke*, denen TerritorialHerren, Gemeinheiten, oder Privatpersonen, zuweiset, deren Eigenthum dadurch Schutz erhält; wozu so genannte RheinDeichgelder erhoben werden. Die wiener Articles beschränken sich auf die Kosten der *Leinpfade* und der in dem *Flufsbett* (z. B. zu dessen Räumung, insonderheit der Strombahnen für Berg- und Thalfahrt) für die Schiffahrt nöthigen Arbeiten. *Ganz* frei ist die OctroiCasse unstreitig da, wo Wasserbauwerke für die Schiffahrt ganz gleichgültig sind, weil sie andere Vortheile ausschliessend zum Zweck haben. Dieser einfache Grundsatz, ist aber in der Anwendung bedeutenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Zur Frage kann kommen: ob die OetroiCasse ganz, oder nur verhältnifsmäsig, und, wie weit im letzten Fall, frei sey, von Kosten für sichere Landungsplätze da, wo keine Häfen vorhanden sind, für Unterhaltung der Häfen da, wo keine Hafengelder bezogen werden, für Anlagen zur Sicherung gegen Durchbrüche, die auch den Leinpfaden und der Strombahn nachtheilig werden könnten, für Wiederherstellung der Stromufer nach solchen Einbrüchen des Stroms, denen mit geringern Kosten hätte vorgebeugt werden können, wenn nicht der Leinpfad hätte offen erhalten werden müssen? Vergl. das kurbrandenburgische Votum im KurCollegium, in dem Protoc. v. 7. Jan. 1803. (Gaun's) Bemerkungen, S. 108 ff. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 145, Note c.

§. 480.

Schifferberechtigung; auch der Anwohner des Neckars, des Mains, und der Mosel. Schiffahrtordnung.

I) Keine Schiffergilde a), noch weniger ein zur Schiffahrt ermächtigter Einzelner, da wo keine

Gilde besteht, ist ausschliefsend zu der Schifffahrt, auf irgend einem Theil des Flusses, berechtigt; und Unterthanen des einen Uferstaates, können Mitglieder der in einem andern bestehenden Gilde bleiben *b*). II) Die Unterthanen der Uferstaaten am Neckar, am Main, und an der Mosel, haben in Ansehung der Rheinschiffahrt dieselben Rechte und Pflichten, wie die Unterthanen der Uferstaaten am Rhein *c*). III) Für die Rechte des Handels und der Schiffahrt auf dem Rhein, soll eine eigene Schiffahrtordnung (Réglement définitif) errichtet werden *d*).

a) Von den mainzer und cölner Schiffergilden, s. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 178 ff. Klüber's Staatsr. des Rheinb., §. 147. — Von den basler und strasburger Gilden, Ockhart S. 109 u. 119. — Von der pfälzer, Ebenders., S. 122.

b) Articles etc., art. 21 et 27.

c) Articles sur la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle etc., art. 6; in Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 247.

d) Articles concernant la navigation du Rhin, art. 18, 27, 31 et 32. — Vorschläge zu dem Inhalt dieser Schiffahrtordnung, thut Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 92, 225 — 238, 258 ff. u. 278 ff. u. in *Ebendess.* geschichtl. Darstellung, S. 299 ff. u. 318 ff. J. J. Eichhoff projet du réglement définitif concernant la navigation du Rhin etc. à Mayence 1820. 4. — Am 7. Jan. 1818, kam, zufolge des 31. der wiener Articles, unter den zu der mainzer CentralCommission Abgeordneten der fünf Uferstaaten, Baden, Baiern, Frankreich, Hessen und Nassau, eine « *Interimistische Instruction für die Rheinschiffahrt* », in 5 Artikeln zu Stande, welche aber bis jetzt (1. Nov. 1822) die Genehmigung sämmtlicher Uferstaaten noch nicht erhalten hat. Sie steht in v. Nau's Beiträgen, Bd. I, S. 103 ff. Vergl. ebendas. Bd. I, S. 99 u. 137 ff., Bd. II, S. 105, 112 ff. 279 ff. u. 283. Eichhoff's angef. Darstellung, S. 146 ff. — Schon am 31. Dec. 1816, war ein Entwurf einer solchen Instruction in 27 Artikeln vorgelegt worden, und späterhin kamen noch fünf andere Entwürfe zum Vorschein, von welchen ebendas. Bd. I, S. 1 ff., Bd. II, S. 114 ff. u. 122. Eichhoff's Darstellung, S. 18 ff.

§. 481.

Neutralität. Aufhebung des Stapelrechtes u. Umchlags. Kran-, Kai- und Magazingeld.

I) In dem Fall eines Kriegs zwischen Uferstaaten, soll die Erhebung der OctroiAbgaben ungehindert ihren Fortgang haben. Die Schiffladungen und Octroi-Beamten, geniefsen alle Rechte der Neutralität, und die Büreaux und Cassen erhalten Sanvegarden a). II) Das durch die OctroiConvention von 1804, Art. 8, aufgehobene Stapelrecht (der Städte Cöln und Mainz, diese gezwungene Feilbietung der Waaren, für bestimmte Zeit) bleibt anfgehoben b). III) Auch findet der, durch die genannte OctroiConvention, Art. 4 u. 5, noch begründet gewesene, gezwungene Umschlag (Umladung) oder ein StationenRecht (§. 471) der Städte Mainz und Cöln, nicht mehr statt, so dafs die Schiffahrt auf dem Lauf des Rheins, zu Berg und zu Thal, frei ist, von dem Punct an, wo er schiffbar wird, bis zu seiner Einmündung in das Meer, ohne dafs man irgendwo verpflichtet ist, die Ladung aus einem Fahrzeug in ein anderes zu bringen c). IV) Kran-, Kai- und Magazingeld, da wo Einrichtungen dieser Art bestehen oder errichtet werden, sollen gleichförmig durch die Schiffahrtordnnng bestimmt, und dürfen einseitig nicht erhöhet werden d).

a) Articles etc., art. 26.

b) Ebendas., art. 19. Oben §. 471. Vergl. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 195. ff. H. G. W. Daniels über das Stapelrecht zu Cöln u. Mainz. Cöln 1804. 8. Mémoire sur le droit de relâche appartenant aux villes de Cologne et Mayence, publié de la part de la chambre de Cologne en 1804. Par Daniels. 2e édit., avec une préface. à Cologne 1812. 8. — Ueber die Schwierigkeiten, welche sich der wirklichen Aufhebung dieses Stapelrechtes schon vor Errichtung des DefinitivReglements, zeither entgegensetzten, s. man v. Nau's angef. Beiträge, Bd. I, S. 67 ff. 100 ff. 229. 341. 369. 385. Bd. II, S. 1 — 32. 115 ff. Vorrede zu dem 2. Heft, u. S. 102 ff. 127 ff. 182 — 193 217 ff. 271 ff. Eichhoff's Darstellung,

S. 15 ff. u. 21. Nassauische, preufs. u. gh. hessische Erklärungen, v. 28. Jun., 26. Aug. u. 2. Sept. 1819, l. dict. gedruckt in d. Protoc. der B.V. v. 1819, S. 441, 543 u. 563. Nassau schätzte daselbst den jährlichen directen Ertrag des Umschlags, damals für Cöln auf 400,000 Franken, für Mainz auf etwas weniger als ⅔ dieser Summe, die aber nach aufgehobenem Umschlag keineswegs ganz hinwegfallen.

c) Art. etc., art. 19. Vergl. oben §. 333. Klüber's Staatsr. des Rheinb., §. 146 u. 143. *Ebendefs.* angef. Acten etc., Bd. I, Heft 3, S. 1 ff. Bd. III, S. 331 ff. 343 ff. 366 ff. Ockhart's geschichtl. Darstellung, S. 284 f. u. 379 f. Allgemeine RealEncyclopädie oder ConversationsLexicon, voc. Stationenrecht. — Der OctroiVertrag von 1804, Art. 10—12, bestätigte die *frankfurter* Mefs- u. a. Freiheiten, in Ansehung der Rheinschiffahrt. — Den *strasburger* Schiffern gebührte schon früher, vermöge des mainzer DefinitivVertrags von 1751, freie Fahrt nach Frankfurt, in den beiden Messen (6 Wochen lang) und im Monat Jänner. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 110. ff. — Auch *Düsseldorf* und etliche andere Orte, waren früher schon frei von dem mainzer und cölner Umladerecht. — Für Festsetzung eines Stationen-Rechtes (doch ohne Stapelrecht) für die Städte Strasburg, Mainz und Cöln, streitet Ockhart, der Rhein u. s. w. (oben §. 480, Note d).

d) Articles etc., art. 20.

§. 482 a.

Jahrrenten auf dem RheinschiffahrtOctroi.

I) Der ReichsdeputationsHauptschluss von 1803, hatte hypothekarisch auf die teutsche Hälfte des Ueberschusses in dem reinen Ertrag des Rheinschiffahrt-Octroi, auf der Strecke von Kehl und Strasburg bis an die holländische Grenze vom J. 1803 (§. 474), ausser einer dem Kurfürsten Reichserzkanzler zu Ergänzung seiner Ausstattung vorzugweise bestimmten jährlichen Rente von 350,000 Gulden, verschiedenen teutschen Fürsten und Grafen Anweisung gegeben zu immerwährenden Jahrrenten; theils unbedingt oder principaliter a), zusammen 90,000 Gulden rheinisch, theils bedingungsweise oder subsidiarisch, das heifst, für den Fall, wenn nach Bezahlung der di-

recten Renten, für diese ein hinreichender Ueberschufs sich ergebe b), zusammen 71,500 Gulden; alle diese Renten, zahlbar am 1. Dec. jeden Jahres im 24 Guldenfufs, jederzeit ablöslich gegen ein Capital zu 2½ Procent, oder mittelst jeder andern Uebereinkunft der Interessenten c). II) Die rheinische BundesActe (Art. 1) änderte nichts an diesem Rentenverhältnifs; wohl aber der Fürst Primas im J. 1810, durch einen mit Napoleon geschlossenen Vertrag (§. 474 b), worin er auf seine OctroiRente verzichtete, hingegen die Entrichtung der übrigen Renten auf seine Cassen übernahm.

a) Reichsdeput. Hauptschl., §. 39 u. 25; dann §. 9, 14, 17, 19 u. 20. — Ueberhaupt s. man hiervon, ausser oben §. 172, Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 519 ff.

b) Ebendas. §. 7 u. 27. Klüber's Acten etc., Bd. VI, S. 387 ff. — Die Rente von HessenRothenburg, hat jetzt Preussen ex pacto zu beziehen; die von WittgensteinBerleburg, hat Preussen (vorhin HessenDarmstadt) einstweilen auf das Herzogthum Westphalen übernehmen müssen; sie ist aber aus dem OctroiErtrag zu entrichten, seit dieser dazu hinreicht. Von den übrigen subsidiarischen Renten gebühren, durch Verträge von 1805, der freien Stadt Frankfurt jetzt nur ⅘, den Häusern SalmDyck und Stadion ⅕. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 556.

c) R. Dep. Hauptschl., §. 30. — Die angef. wiener Articles etc., art. 28 n. 6, verordnen *halbjährige* Zahlung. So auch der (im folg. §. angef.) wiener Rechtspruch v. 26. März 1816.

§. 482 b.

Fortsetzung.

III) Der wiener Congrefs setzte fest a), dafs, mit stillschweigender Ausnahme der nun erloschenen erzkanzlerischen oder primatischen Rente, jene direct (unbedingt) angewiesenen Renten fernerhin bestehen sollten. Demnach liege 1) den teutschen Uferherrschaften deren Bezahlung halbjährig ob, mit Vorbehalt der Einlösung zu 2½ Procent, oder nach anderer Uebereinkunft. Doch sollen 2) von dieser Zahlungspflicht ausgenommen seyn, diejenigen Fälle, wo

dem Recht, jene Renten zu fordern, besondere gesetzmäsige Einreden entgegenstehen. 3) Die Entscheidung über diese Einreden, sodann 4) über den Grundsatz, ob die jetzigen Uferherrschaften zu Bezahlung der in dem R. D. Hauptschlufs, §§. 9, 14, 17, 19 u. 20, angewiesenen (directen) Renten verpflichtet seyen, so wie über dessen Anwendung auf die einzelnen Rückstandforderungen, ward von einer hiezu in Wien niedergesetzten SpruchCommission ertheilt [b]). 5) Diese Entscheidung ist bejahend, für den Grundsatz sowohl, als auch, im Allgemeinen, für die Rückstände; für den Grundsatz jedoch nur in Ansehung der in den §§. 17 u. 19, des R. D. H., desgleichen der in dem §. 20 für LeiningenGüntersblum und Heidesheim (jetzt Billigheim und Neidenau) und LeiningenWesterburg jüngerer Linie angewiesenen Renten, im Gesammtbetrag 65,000 Gulden, also mit Ausschlufs der drei Renten, welche §§. 9, 14 u. 20, den Häusern MecklenburgSchwerin, LöwensteinWertheim und LeiningenWesterburg älterer Linie (zusammen 25,000 fl.) bewilligt waren. Präcludirt wurden alle, die der directen Renten halber etwa Forderungen zu haben vermeinen möchten, solche aber bei der Commission nicht angebracht haben. 6) Statt der Tilgung der Rückstände, ward hierauf von den Uferherrschaften, als Surrogat, für jeden directen Renteberechtigten eine Additional- oder Zusatzrente festgesetzt, für alle im Gesammtbetrag von 17,622 Gulden 55 Kreuzer [c]). IV) Wegen der subsidiarischen Renten, setzte die teutsche BundesActe [d]) fest, dafs die Fortdauer derselben, so wie der directen, von dem Bund garantirt werde; ohne jedoch hiebei der Rückstände ausdrücklich zu gedenken. V) Für alle diese Renten sollte, nach dem ReichsdeputationsHauptschlufs, blofs der reine OctroiErtrag der rechten Rheinseite, auf der oben (§. 474) angegebenen Strecke, haften, und zwar mit gesetzlich darauf ruhender Hypothek [e]).

a) Articles etc., art. 28. Klüber's Acten etc., Bd. III. S. 270.

— In diesen Articles werden die §§. 25 u. 39 des R. Dep. Hauptschlusses, worin der erzkanzlerischen Rente gedacht wird, unerwähnt gelassen, weil diese Rente erloschen war.

b) Rechtspruch v. 26. März 1816; in Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 545 ff. — Die wiener Articles (art. 28, §. 5) überlassen für den Fall, wenn die wiener SpruchCommission die Uferherrschaften zu Bezahlung der *Rückstände* für schuldig erklären würde, der mainzer CentralCommission die Entscheidung, ob und wie weit *Frankreich*, das seit 1810 den Octroi auf der rechten Rheinseite genossen hat (§. 474), dazu beizutragen hat. Diese Commission hat Frankreich frei gesprochen.

c) Die angef. Articles etc., art. 28, n° 5, Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 523 u. 547 ff. — Alle Rentenzahlungen sollen halbjährig erfolgen. Ebendas. S. 549. Articles etc., art. 28, n° 6. Ein Verzeichnifs aller Renten, in Herman's angef Samml., S. 560.

d) Art. 15. Klüber's Staatsarchiv, Bd. I, S. 525. Vergl. v. Nau's Beiträge, Bd. II, S. 125. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 238. — Von dem Anspruch der freien Stadt Frankfurt, s. das angef. Staatsarchiv, Bd. I, S. 525 f. u. 551. ff.

e) Man s. den angef. Rechtspruch, a. a. O., S. 548, vergl. mit S. 544. R. D. Hauptschl. v. 1803, §. 39. — Von *Vertheilung* der *Rentenlast* unter die jetzigen Uferstaaten, s. man die Articles etc., art. 28, §. 6. Es soll nämlich die CentralCommission die Zahlungsart festsetzen, und zwar möglichst günstig für die Renteberechtigten. Die zahlungspflichtigen Regierungen sollen dazu nach demselben Verhältnifs beitragen, in welchem sie an der OctroiEinnahme Theil haben (§. 479). Dieses Verhältnifs soll die Central-Commission ein- für allemal festsetzen, und hiebei als Grundlage nehmen den Ertrag eines gemeinsamen Jahres der verschiedenen EinnahmeBüreaux, die in den sechs ersten Jahren bestanden, wo die Convention von 1804 in Wirksamkeit gesetzt war.

§. 483.

Pensionen.

I) Mit Aufhebung der Art. 73 bis 78 der Octroi-Convention von 1804, für die Zukunft, ist die Sorge für Ruhegehalte der OctroiBeamten, und für Unterstützung ihrer Witwen und Waisen, jedem Uferstaat insbesondere überlassen. Die Central-

Commission wird sich angelegen seyn lassen, theils die Auseinandersetzung mit Frankreich, wegen Herausgabe des in Gemäfsheit des 73. Art. der Octroi-Convention gesammelten PensionsFonds, theils die vertragmäsige Anwendung desselben. Die vorigen OctroiBeamten, welche bei der neuen Einrichtung nicht wieder angestellt werden, oder aus gültigen Ursachen keine Anstellung annehmen, sollen nach dem 59. Artikel des ReichsdeputationsHauptschlusses von 1803 pensionirt und behandelt werden[a]). II) Auch die **Fortzahlung der Pensionen**, sowohl an ehemalige Angestellte bei den durch den R.Deput.Hauptschlufs von 1803 aufgehobenen Rheinzöllen, als auch an diejenigen, welchen solche seit Einführung des RheinschiffahrtOctroi rechtmäsig bewilligt worden sind, ist festgesetzt [b]).

a) Articles etc., art. 29.

b) Ebendas., art. 30. Vergl. v. Nau's Beiträge, Bd. II, S. 124 ff. — Im J. 1822 ward die gesammte PensionsLast, von Num. I u. II, angegeben auf 72,000 Gulden, wahrscheinlich für beide Rheinseiten.

§. 484.

Vorschriften für die Schiffahrt auf dem Neckar und Main, auf der Mosel, Maas, und Schelde.

I) Dieselbe Freiheit der Schiffahrt, wie sie für den Rhein festgesetzt ist, soll, nach den Bestimmungen des wiener Congresses, auch auf dem **Neckar**, auf dem **Main**, auf der **Mosel**, **Maas**, und **Schelde** statt finden, von dem Punct an, wo jeder dieser Flüsse schiffbar wird, bis zu seiner Einmündung [a]). II) Was ausserdem noch in Ansehung der **Schelde** festzusetzen seyn möchte, soll definitiv (zwischen Frankreich und den Niederlanden) so bestimmt werden, wie es für Schiffahrt und Handlung am günstigsten ist, und mit der für den Rhein eingeführten Ordnung am meisten übereinstimmt [b]). III) **Stapelrecht** und gezwungener **Umschlag** auf dem **Neckar** und **Main**, sind aufgehoben; jedem qualificirten Schiffer steht die Freiheit der Schiffahrt überall auf

diesen Flüssen auf dieselbe Art zu, wie sie auf dem Rhein eingeführt ist c).

a) Articles sur la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut, art. 1; in Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 245. Vergl. ebendas. S. 233. — Von der *Main-* u. *Neckar*schiffahrt, s. Zeller a. (§. 473) a. O., u. Gaum's Bemerkungen, S. 43 — 48, 126 ff., 157 u. 172 f. — Von der *Main*schiffahrt, s. Ockhart, der Rhein u. s. w., S. 136 — 145. *Baier.* Verordn. v. 13. März 1818, §. 5 u. 14; in d. baier. Reg. Blatt, 1818, Num 3. — Von der *Neckar*schiffahrt, s. Ockhart S. 119 u. 122 ff.

b) Articles. etc., art 7. — Von dem Hafen von *Antwerpen*, s. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 248 ff. u. 252 ff.

c) Articles etc., art. 2. Vergl. Eichhoff's angef Darstellung, S. 23 ff.

§. 485 a.

Fortsetzung.

IV) Die Zölle auf dem Neckar und Main dauern fort, doch nicht über den Tarif von 1802, und neue Auflagen von irgend einer Art finden nicht statt; auch sollen die Uferherrschaften durch neue Auflagen die Schiffahrt nicht beschweren, vielmehr baldmöglichst über einen Tarif sich vereinigen, welcher mit dem RheinschiffahrtOctroi so viel möglich übereinstimmt a). V) Auf der Mosel und Maas, sollen die im Jahr 1815 üblichen Abgaben im Ganzen und über ihr Maximum nicht erhöhet, vielmehr, so fern sie im Ganzen die für den Rhein festgesetzten übersteigen, bis zu dem Betrag der letzten, vermindert, überhaupt aber Einrichtungen, wie auf dem Rhein, getroffen werden b). VI) Bei der Schiffahrt auf dem Rhein, sollen die Unterthanen der Uferstaaten am Neckar, am Main, und an der Mosel, desgleichen bei der Schiffahrt auf der Maas die preussischen Unterthanen, dieselben Rechte geniessen, wie die Unterthanen der Uferstaaten des Rheins und der Maas c). VII) Die Uferstaaten an allen diesen Flüssen, sind verpflichtet zu Unterhaltung der Leinpfade, und zu den in dem Flufsbett nöthigen Arbeiten d).

a) Articles etc., art. 3.

b) Articles etc., art. 4. Vergl. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 235. — Die von den Uferstaaten der Maas und Mosel bei der CentralCommission für den Rhein angestellten Commissarien, sollen eine Schiffahrtordnug auch für jene beiden Flüsse entwerfen, möglichst übereinstimmend mit derjenigen für den Rhein. Art. 4.

c) Articles etc., art. 6. Vergl. Klüber's angef. Acten etc., Bd. III, S. 229.

d) Articles etc., art. 5.

§. 485 b.

ElbeschiffahrtConvention von 1821.

Zu Vollziehung der wiener CongreſsBestimmungen (§. 472), ward für die Schiffahrt auf der **Elbe**, im Jahr 1821 von den zehn Uferstaaten ein Staatsvertrag errichtet a). Nach solchem, ist I) die Schiffahrt auf dem Elbestrom, von da an wo er schiffbar wird (Melnik), bis **in** die offene See, und umgekehrt, für den **Handel völlig frei** (Art. 1). II) **Aufgehoben** sind: alle ausschlieſsenden Berechtigungen Frachtfahrt zu treiben, mit Ausschluſs bloſser Fähren u. a. Ueberfahrtanstalten (Art. 2); alle Stapel- und ZwangumschlagRechte (3); alle zeitherigen Zollabgaben (7); jedes etwa noch bestandene Strandrecht (29). III) Jeder kann die **Schiffahrt treiben**, der von seiner Landesobrigkeit dazu Erlaubniſs erhalten hat (4). IV) Zwei oder mehrere Handelsstädte, können unter sich **Rang-** und **Beurtfahrten** errichten (6). V) Von allen Fahrzeugen, Flöſsen und Ladungen, ist nichts weiter zu entrichten, als bei den festgesetzten 14 Erhebungsämtern, eine (nicht verpachtbare) allgemeine **SchiffahrtAbgabe**, theils von der **Ladung** (Elbezoll), theils von den **Fahrzeugen** (Recognitions-Gebühr), beide nach dem 20Guldenfuſs, und nach einem in dem Vertrag festgesetzten Tarif (7—13 u. 15). Nicht begriffen sind jedoch hierunter: die Mauthen (Land- oder Stadtzölle), Eingangs- und Verbrauchsteuern, in jedem Landesgebiet; die Kran-, Wage- und Niederlagegebühren in den Handelsplätzen; die Brücken-, Aufzug- und Schleussengelder (14); auch

ist wegen des (hannöverischen) brunshäuser Zolles eine Clausel beigefügt (15). VI) Die Convention enthält eigene Bestimmungen: in Absicht auf polizeiliches Verhalten der Schiffer und Flöfser (17–21); ZollContraventionen (25 u 27); Revision oder Visitation der Schiffe und Flöfsen (22—24); richtende Behörden (26); Rettungs- und Sicherungsanstalten (29). VII) Für Unterhaltung des Leinpfades, und für Wegräumung der im Fahrwasser sich findenden Hindernisse der Schiffahrt, hat jeder Staat, der eine Hoheit über das Strombett ausübt, zu sorgen (28). VIII) Für vollständige Beobachtung dieses Vertrags, soll von Zeit zu Zeit eine RevisionsCommission aller Uferstaaten sich versammeln (30). IX) Im übrigen bleiben die Hoheitsrechte über den Strom und dessen Bett, namentlich die Schiffahrtpolizei, jedem Uferstaat (2 u. 28). X) Anwendung und Ausdehnung dieser Convention auf Nebenflüsse, die das Gebiet verschiedener Staaten trennen oder durchströmen, so weit nicht besondere Umstände entgegenstehen, bleiben besonderer Uebereinkunft der Staaten, die es angeht, überlassen (32). XI) Fünf Uferstaaten errichteten auf sechs Jahre, bis zu Ende 1827, an demselben Tage einen Vertrag über gegenseitige Erleichterung der Visitation bei ihren ElbeZollämtern für die vorüberfahrenden Schiffe und Flöfse.

a) *ElbeschiffahrtActe*, abgeschlossen und unterzeichnet zu Dresden den 23. Jun. 1821 von den Bevollmächtigten der Uferstaaten: Oesterreich, Preussen, Sachsen, Hannover, Dänemark für Holstein und Lauenburg, MecklenburgSchwerin, AnhaltBernburg, AnhaltCöthen, AnhaltDessau, und die freie (der freien) Bundesstadt Hamburg, und deren Ratificationen von Seite sämmtlicher genannter Uferstaaten ausgewechselt wurden, zu Dresden den 12. Dec. 1821. Wien aus der k. k. Hof- und StaatsAerarialDruckerei 1822. 4. Auch gedruckt als Beilage zu dem Protoc. der Bundesversammlung v. 7. Febr. 1822, §. 49; desgl. in der Gesetzsamml. für die preufs. Staaten, 1822, Num 2. — Das *Archiv* der ElbeschiffahrtActen befindet sich zu Wien bei der k. k. Staatskanzlei, gemeinschaftlich für den Gebrauch aller betheiligten Regierungen.

b) Convention zwischen Preussen, Sachsen, Hannover, Dänemark, und MecklenburgSchwerin über das Revisions- oder VisitationsVerfahren auf der Elbe, v. 23. Jun. 1821; in der Gesetzsamml. für die preufs. Staaten, 1822, St. 7. K. sächs. Generale v. 27. Febr. 1822, betr. die inländ. Elbeschiffahrt; in d. sächs. Gesetzsamml., N. 7.

§. 486.

SouverainetätsRechte und Flufsbenutzung.

Vorstehende (468—485 b) beschränkende Bestimmungen abgerechnet, bleiben den souverainen Uferherrschaften ihre StaatsHoheitsrechte über die genannten Flüsse a), namentlich die Oberaufsicht, Gesetzgebung, Polizei, Gerichtbarkeit, und Strafgewalt, desgleichen das Benutzungsrecht der Flüsse und ihrer Ufer b), so weit dadurch der Schiffahrt und Handlung auf solchen, nach Inhalt vorstehender Bestimmungen, kein Eintrag geschieht. Wo der Flufs der Länge nach, zugleich die Staatsgrenze bildet, da erstrecken sich diese Hoheitsrechte nur bis an diese; es sey die Mitte, oder der Thalweg c) des Flusses (§ 91)

a) F. W. Gaum's Rechte der Staatsgewalt über die Rheinschifffahrt, nach den neuesten Staatsverträgen. Mannh. 1809. 8. ElbeschiffahrtActe v. 1821, Art. 2.

b) Die OctroiConvention von 1804, Art. 1, erklärt ausdrücklich nur den *Strom* (le fleuve), nicht das Flufsbett, und auch jenen nur in Ansehung der *Schiffahrt* und *Handlung*, für *gemeinschaftlich*. — Die *Kran-*, *Wage-*, *Lagerhaus-* und *Hafeneinrichtung*, bleibt jedem Souverain des Rheinufers überlassen.

c) Da der *Thalweg* keine mathematische Linie ist, und selbst die Achse des Thalwegs, so wie die Ueberschreitung derselben bei Thathandlungen auf dem Thalweg, in der Wirklichkeit sich schwer bestimmen läfst; so verdient, wenn man sich den Schwierigkeiten der Prävention nicht aussetzen will, noch durch Uebereinkunft bestimmt zu werden, wie es mit der *Gerichtbarkeit* gehalten werden soll, bei *Vergehungen auf dem Thalweg selbst*, die weder auf den Octroi, noch auf die SchiffahrtPolizei Beziehung haben, z. B. Todschlag, gefährliche Verwurdung auf dem Schiff, Diebstahl, u. d. Vergl. Gaum's Bemerkungen a. a. O. S. 104. — *Badische* Verordn., die künft. Behandlung der Schiffahrtsachen betr., v. 24. Mai 1810, in d. bad. Regier. Blatt, 1810, Num. 21.

ANHANG.



t

fü;haft des Bundesheeres,

Vorschriften.

; b.)

;ht aus		Bemerkungen.
llerie Apd ibare ain- Cschaft, Mann Stück ‘uf Mann ...	Pionniers und Pontoniers, = 1/100 des Contingents	
1,827	948	
4,705	792	
,563	356	
,005	140	1) Diese Tabelle giebt eine genaue Zerlegung jedes Contingents in die verschiedenen Waffengattungen, nach den im §. 20 der näheren Bestimmungen (§. 151) gegebenen Vorschriften. Dafs mit dieser Zerlegung nicht bei jedem Contingent die wirkliche militärische Formation gemeint sey, ist aus der Tabelle selbst effenbar. Sie soll vielmehr nur einen Maasstab an die Hand geben, um das ermessen zu können, was jeder Bundesstaat im Verhaltnifs zu allen übrigen und wegen das qualitativen Unterschiedes der Waffengattungen eigentlich zu leisten habe, ...
720	100	
446	62	
10	1	
4	1	
26	4	
14	2	
34	5	
,259	315	
864	120	
409	57	

Totalsumme		301,637
10. 1.	Hannover	13,054
	Braunschweig	2,096
	Waldeck	519
	SchaumburgLippe	240
	Lippe (-Detmold)	691
	Holstein	3,600
	MecklenburgSchwerin	3,580
	« Strelitz	718
2.	HolsteinOldenburg	3,148
	Lübeck	407
	Bremen	485
	Hamburg	1,298

6

Lippe		40
HessenHomburg (s. l. et o.) .	19	55
Lübeck	40	25
Frankfurt	47	35
Bremen	48	15
Hamburg	129	5

undesheeres.

gegebenen Vorschrif-
ffengattungen, zählt

e e C o r p s					Bemerkungen.
illerie und fahrbare rain-ann-chaft	Pionniers und Pontoniers	Geschütz: Haubitzen 7pfündige	Kanonen 6 pfündige	Kanonen 12 pfündige	
,827	948	48	96	48	
,705	792	40	80	40	
,563	356	18	36	18	
,259	315	16	32	16	
,285	317	16	32	16	

1) Da die innere Eintheilung der ungemischten ArmeeCorps noch nicht zur Kenntnifs gelangt ist, so wurde hier die Eintheilung derselben in 2 Divisionen nur in so fern angeführt, als nach §. 24 der näheren Bestimmungen (§. 153 h) jedes Caeps wenigstens in so viel Divisionen abzutheilen ist.

2) Aus ähnlichem Grund ist von den gemischten ArmeeCorps nur die Eintheilung in Divisionen, und nicht auch die fernere in Brigaden, Regimenter etc. aufgeführt.

3) Eben so konnten, weil die Uebereinkünfte der mindermächtigen Staaten wegen Stellung der Geschütze noch nicht vorliegen, diese nur der Anzahl nach, nicht nach den formirten Batterien, aufgeführt werden.

4) Auch sind zur Bildung vollständiger Batterien von 6 odee 8 Geschützen, die nach §. 24 der näheren Bestimmungen als Einheiten dieser Waffengattung gelten, zum Vortheil der Streitmacht

bei dem Contingent von Oestreich	3	Geschütze
» » » » Preussen	2	
» » » » Baiern	1	
bei d. Contingenten v. 8. ArmeeCorps	2	
» » » 9. »	1	
» » » 10. »	3	

mohe angenommen, als das ausgesprochene Verhältnifs von 2 Geschützen auf je 1000 Mann beträgt.

Num. III.

Verzeichniss der Quoten sämmtlicher Bundesglieder, bei einer Bewilligung von 30,000 fl. zu der BundesMatrikularcasse. (Zu §. 153c, Note b.)

	fl.	kr.
Oestreich	9,430	50
Preussen	7,880	30
K. Sachsen	1,193	30
Baiern	3,540	42½
Hannover	1,298	15
Würtemberg	1,387	55
Baden	994	35
Kurhessen	564	47½
Grofsherzogthum Hessen	616	10
Holstein und Lauenburg	358	2½
Luxemburg	254	15
Braunschweig	208	27½
MecklenburgSchwerin	356	5
Nassau	301	7½
Sachsen Weimar	199	55
— Gotha	184	40
— Coburg	79	35
— Meiningen	54	5
— Hildburghausen	29	32½
MecklenburgStrelitz	71	22½
HolsteinOldenburg	216	35
AnhaltDessau	52	40
— Bernburg	36	50
— Cöthen	32	17½
SchwarzburgSondershausen	44	52½
— Rudolstadt	53	40
HohenzollernHechingen	14	25
Liechtenstein	5	30
HohenzollernSigmaringen	35	22½
Waldeck	51	35
Reufs, älterer Linie	22	7½
— , jüngerer Linie	51	55
SchaumburgLippe	23	52½
Lippe	68	40
HessenHomburg (s. l. et o.)	19	55
Lübeck	40	25
Frankfurt	47	35
Bremen	48	15
Hamburg	129	5

Num. IV.

Verzeichniss der teutschen Standesherren im Sinn der BundesActe, und nach der Schluss-Acte des wiener Congresses; geordnet nach den Bundesstaaten, in welchen die standesherrlichen Besitzungen gelegen sind.

(Zu §. 230a, Note h.)

Vorbemerkungen.

Eine ziemliche Anzahl von Standesherren haben zwei, mehrere drei, etliche sogar vier Souveraine; solche kommen daher in gegenwärtigem Verzeichnifs unter eben so vielen Bundesstaaten vor. Vergl. §. 230a, Note i.

Der Regel nach, gebührt Standesherrlichkeit, im Sinn der teutschen BundesActe, nur vormals reichsständischen, jetzt untergeordneten, Familien und Besitzungen. Aber die SchlufsActe des wiener Congresses legt dieselbe auch etlichen nicht-reichsständischen, doch reichsunmittelbaren, bei. Etlichen andern, wo die Familie reichsständisch, die Besitzung es nicht, sondern nur kreisständisch, oder nur reichsritterschaftlich, wohl gar mittelbar, war, oder wo weder Familie noch Besitzung reichsständisch, wohl aber beide reichsunmittelbar waren, ist in dem Bundesstaat, zu welchem sie gehören, Standesherrlichkeit eingeräumt worden. Vergl. §. 230a, Note d, §. 239, Note b, und §. 240b, Note a. Dieses könnte jedoch an sich weder für Ebenbürtigkeit und hohen Adelstand in allen Bundesstaaten, noch für Berechtigung zur Theilnahme an standesherrlichem CuriatStimmrecht in dem

Plenum der B.V., wenn solches bewilligt würde, entscheidend seyn. Vergl. §. 240b. Wenn bei einem Standesherrn eine Anomalie dieser Art sich findet, ist es in diesem Verzeichniſs jedesmal angemerkt.

I) In den königlich-preuſsischen Provinzen Westphalen und Niederrhein a).

A) Westphalen.

1) Herzog von Arenberg; wegen der Grafschaft Recklinghausen b). $7^1/_2$ QMeilen, 31,148 Einw.

2) Fürst von Bentheim Steinfurt; wegen der Grafschaft Steinfurt c). $1^1/_8$ QM. 3,774 E.

3) Fürst von Bentheim Tecklenburg oder Bentheim Rheda; wegen der Herrschaft

---

a) Acte final du congrès de Vienne, art. 24 et 43. Rhein. BundesActe, Art. 24, und die unten bei Num. 12, und bei *Nassau* (Num. VIII), angef. Verträge. — Verzeichnet sind hier die preussischen Standesherren nach *alphabetischer* Ordnung der Familiennamen. Die Angaben der Volkszahl, beruhen auf Zählungen in den Jahren 1817 oder 1818.

b) Man s. oben §. 32. Der Herzog von *Arenberg*, dem für seinen Verlust in Recklinghausen von Napoleon, als Groſsherzog von Berg, im Jahr 1813 eine Jahrrente von 106,702 Francs war zugesichert worden (Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. IV, S. 129 ff.), steht mit der preussischen Regierung in Unterhandlung, wegen Aufgebung der Standesherrlichkeit in Recklinghausen, gegen Entschädigung. Vergl. auch unten, unter Hannover, Num. 1.

c) Die Grafschaft *Steinfurt* war nicht reichsständisch, doch reichsunmittelbar, sie wird aber in der wiener CongreſsActe, Art. 43, zu den Standesherrschaften im Sinn der Bundes-Acte gerechnet. Wegen Bentheim, war der Besitzer reichsständisch (man s. unter Hannover). Das ehehin landsässige bentheimische Gogericht *Rüschau*, mit 5,783 E., im Regierungsbezirk Münster, ist nicht standesherrlich.

Rhеda d) (3 QM. 11,255 E.) und der Grafschaft HohenLimburg e). 2¼ QM. 6,480 E.

4) Freiherr von Bömmelberg; wegen der Herrschaft Gehmen f). ⅜ QM. 1,411 E.

5) Herzog von Croy; wegen der Herrschaft Dülmen g). 6 QM. 10,829 E.

---

d) Der Acte final du congrés de Vienne, art 43, nennt, aufser Rheda, auch die bentheim-tecklenburgischen oder rhedaischen Herrschaften *Gütersloh* und *Gronau*. Allein das Dorf Gütersloh ist Bestandtheil der Herrschaft Rheda, und das Haus oder die Unterherrlichkeit Gronau, in dem ehemaligen Fürstenthum Münster, war zur Zeit des t. Reichs eine mittelbare oder landsässige Besitzung des Grafen von BentheimTecklenburg, und ist jetzt nicht standesherrlich.

e) Wegen der Grafschaft *HohenLimburg*, früherhin meist Herrschaft genannt, die in dem Acte final du congrés de Vienne, art. 23, für ein preussisches Schutzland erklärt, und in den Art. 43 u. 24 unter den preussischen Standesherrschaften nicht genannt ist, ward, auf Bitte des Besitzers, durch eine königliche CabinetsOrdre v. 19. Dec. 1816, Standesherrlichkeit eingeräumt. — Weder *Rheda* noch *HohenLimburg* gaben Reichsstandschaft, aber beide waren reichsunmittelbar. Beide, in der rheinischen BundesActe nicht genannt, kamen erst 1807 unter grofsherzoglich-bergische Hoheit. In der wiener CongrefsActe, Art. 43, wird Rheda zu den Standesherrschaften im Sinn der BundesActe gerechnet.

f) Die *Herrschaft* Gehmen war reichsständisch. Im J. 1800 succedirte der jetzige Besitzer darin einem Grafen von LimburgStyrum. Durch die rhein. BundesActe, Art 24, kam Gehmen als Standesherrschaft unter die Hoheit von Salm-Kyrburg. Als dieses, im Dec. 1810, seiner Souverainetät beraubt ward (oben §. 32), kam Gehmen, mit Verlust seiner standesherrlichen Rechte, unter französische Hoheit. In dem königl. Edict vom 21. Jun. 1815, war Gehmen, unter den preussischen Standesherrschaften nicht genannt, wohl aber in der wiener CongrefsActe, Art. 43; daher ward späterhin durch eine königliche CabinetsOrdre vom 30. April 1817 erklärt, dafs jenes Edict auch auf Gehmen Anwendung finde. Bömmelberg ist der einzige Standesherr *freiherrlichen* Standes. Man s. §. 230ª, Note e.

g) Die Herrschaft *Dülmen*, war ehehin ein Theil des hochstiftmünsterischen Amtes Dülmen, welchen Croy durch den R. Dep. Hauptschl. v. 1803, §. 3, erhielt. Das herzogliche

6) Fürst von Kaunitz Rietberg; wegen der Grafschaft Rietberg h). 2 QM. 13,181 E.

7) Herzog von Looz Corswarem; wegen seines, im preussischen Gebiet liegenden, südlichen Antheils von Rheina Wolbeck i) 8 QM. 15,967 E.

8) Fürst (vorhin Rheingraf) von Salm Horstmar; wegen der Grafschaft Horstmar. $12\frac{1}{2}$ QM. 50,411 E.

9) Fürst von Salm Salm; wegen der Herrschaft Anholt. $\frac{7}{8}$ QM. 1,718 E. Man s. oben §. 32.

10) Fürsten von Salm Salm und Salm Kyrburg; wegen der Aemter Ahaus und Bocholt oder des Fürstenthums Salm, gemeinschaftlich unter ihnen zu $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$. 27 QM. 62,537 E. Man s. oben §. 32.

11) Fürst von Sayn Wittgenstein Hohenstein; wegen $\frac{3}{5}$ der Grafschaft Wittgenstein. $4\frac{1}{2}$ QM. 9,211 E.

Haus *Croy* hatte nie Reichsstandschaft. An die ausserordentliche Reichsdeputation zu Regensburg, erliefs der Herzog im J. 1802 die Bitte, Dülmen zu einer Grafschaft zu erheben, und demselben Stimmrecht in dem westphälischen GrafenCollegium beizulegen. Von der R. Deputation erfolgte hierauf der Beschlufs: «die Erledigung dieses Gesuchs beruhe auf der bereits für nöthig befundenen Organisation der reichsgräflichen Collegien». Protocoll der ausserordentl. R. Deput., §. 184, S. 543, u. Beilagen, Bd. III, S. 97. Diese Organisation unterblieb. — Durch die rheinische Bundesacte, Art. 24, ward Dülmen, unter dem Titel Grafschaft, dem Herzog von Arenberg als Standesherrschaft untergeordnet. Als dieser, im Dec. 1810, seiner Souverainetät beraubt ward (oben §. 32), kam es, mit Verlust seiner standesherrlichen Rechte, unter kaiserlich-französische Hoheit. Die wiener CongrefsActe nennt dasselbe unter den preussischen Standesherrschaften. Vergl. §. 230 a, Note d.

h) *Rietberg* kam 1807 unter königlich-westphälische Hoheit. In der rheinischen BundesActe war es mit Stillschweigen übergangen.

i) Dem Herzog von *Looz*, der früher nie Reichsstand: auch reichsunmittelbar nicht begütert war, hatte der ReichsDeputationsHauptschlufs von 1803, §. 32, eine VirilStimme in dem Reichsfürstenrath eingeräumt. Wegen seines übrigen Antheils von RheinaWolbeck, s. unter Hannover, Num 2.

12) Fürst von Sayn Wittgenstein Berleburg; wegen $^{2}/_{3}$ der Grafschaft Wittgenstein. $3^{1}/_{2}$ QM. 7,177 E. k).

Ueberhaupt, in der Provinz Westphalen: $78^{5}/_{8}$ QM. 225,099 E.

B) Niederrhein.

13) Fürst von Solms Braunfels; wegen der Aemter Braunfels und Greifenstein (Bestandtheile der Grafschaft Solms). $4^{1}/_{2}$ QM. 14,900 E.

14) Fürst von Solms Lich und Hohensolms; wegen des Amtes Hohensolms (Bestandtheils der Grafschaft Solms). $1^{1}/_{4}$ QM. 3,007 E.

15) Fürst von Wied Neuwied; wegen der niedern Grafschaft Wied, mit Ausnahme des unter nassauischer Hoheit stehenden Amtes Grenzhausen, jetzt eines Theils des Amtes Selters. $3^{1}/_{2}$ QM. 11,218 E.

16) Fürst von Wied Runkel; wegen der obern Grafschaft Wied, mit Ausnahme der unter nassauischer Hoheit stehenden Bestandtheile in dem Amt Runkel, dann wegen der ehehin kurtrierischen Aemter Altenwied und Neuerburg. $6^{1}/_{2}$ QM. 16,107 E.

Ueberhaupt, in der Provinz Niederrhein: $15^{3}/_{4}$ QM. 45,232 E.

TotalSumme: $94^{3}/_{8}$ QM. 270,331 E.

Anmerkung.

Ueberdiefs waren, in der Provinz Cleve-Berg, zwei Standesherrschaften:

a) Die vormals reichsständische Herrschaft Gimborn und Neustadt, dem Grafen von Walmoden gehörig, 4 QM. 13,763 E.

---

k) Die beiden *wittgensteinischen* Häuser waren durch die rheinische BundesActe, Art. 24, dem GH. Hessen untergeordnet worden. Dieses trat die Hoheit über dieselben an Preussen ab, durch Vertrag vom 30. Jun. 1816, und durch den GeneralRecefs der frankfurter TerritorialCommission v. 20. Jul. 1819, Art. 18.

b) Die Herrschaft Homburg an der Mark *l*), dem Fürsten von WittgensteinBerleburg gehörig, 2 QM. 9,891 E.

Es haben aber die Besitzer, für sich und ihre Nachfolger, durch Uebereinkunft mit der Krone Preussen, datirt diejenige des ersten aus dem Jahr 1819, diejenige des andern vom 16. Jul. 1821, ihren dortigen standesherrlichen Gerechtsamen gegen Entschädigung entsagt.

II) In dem Königreich Baiern *a*).

Fürsten.

1) FuggerBabenhausen.

2) HohenloheSchillingsfürst. (Man s. unter Wirtemberg, Num. 7.)

3) Leiningen *b*).

4) LöwensteinWertheimRosenberg *c*).

5) u. 6) LöwensteinWertheimFreudenberg, beide Linien *d*).

---

l) Obwohl früher Bestandtheil der reichsständischen Grafschaft Sayn, und von daher noch in der letzten Zeit des t. Reichs steuerpflichtig zu Römermonaten und Kammerzielen, gab die Herrschaft *Homburg* an der Mark doch weder Reichs- noch Kreisstandschaft, sie wird aber in der wiener CongrefsActe, Art. 43, zu den Standesherrschaften im Sinn der BundesActe gerechnet.

a) Nach dem baierischen IntelligenzBlatt, v. 2. Jan. 1819. — Vergl. Rhein. BundesActe, Art. 24, u. die unten bei Wirtemberg, Baden u. GH. Hessen angef. Verträge v. 1810, 1815 u. 1819, insbesondere den Recès-général der frankfurter TerritorialCommission, v 20. Jul. 1819, Art. 4 u. 5, in Martens recueil, Supplém., VIII. 604. Auch den noch ungedruckten Vertrag zwischen Baiern u. dem ehemaligen Grofsherzog von Wirzburg, geschl. zu Paris am 26. Mai 1810, wovon die TerritorialVeränderungen angegeben sind in Winkopp's rhein. Bund, Heft 49, S. 45 — 54.

b) Man s. den angef Recès-général v. 20. Jul. 1819, art. 4.

c) Man s. den angef. Recès-général, art. 4, 8, et 2 n° I, lit. c.

d) Der angef. Recès-général, art. 2 et 8.

7) Oettingen Spielberg.
8) Oettingen Wallerstein.
9) Thurn und Taxis [e].

Grafen.

10) Castell Remlingen.
11) Castell Rüdenhausen.
12) Fugger Glött [f].
13) Fugger Kirchberg.
14) Fugger Kirchheim.
15) Fugger Weissenhorn.
16) Giech.
17) Orttenburg, zu Tambach.
18) Pappenheim. (Man s. oben, §. 239, b.)
19) Rechteren Limpurg Speckfeld. (Man s. unten bei Wirtemberg, die Note zu Num. 19.)
20) Schönborn.
21) Waldbott Bassenheim. (Man s. die Anmerk. bei VIII.)

III) In dem Königreich Hannover [a].

1) Herzog von Arenberg; wegen des Amtes Meppen [b] mit ungefähr 31,000 Einw.

---

e) Die fürstlich-thurn- und taxischen Besitzungen in Baiern, sind, mit standesherrlichen Vorrechten, von dem Staat als Entschädigung für das Postwesen abgetreten worden. Man s. oben, §. 354 b, Note c. Vergl. auch die baier. Declaration für Thurn und Taxis, v. 27. März 1812, oben §. 237, d, Num I. Reichsstandschaft hatte dieses Haus seit 1754. Vergl. unten, IV, 9.

f) Ueber den Rechtszustand der Grafen von *Fugger*, besteht eine eigene, kurz vor Auflösung der t. Reichsverbindung ertheilte, königl. baierische Declaration v. 7. Jun. 1806. Man s. oben, §. 237, d.

a) Acte final du congrès de Vienne, art. 32.

b) Der Herzog von *Arenberg* macht nicht Anspruch auf Standesherrlichkeit, verlangt aber die von Frankreich im J. 1813 ihm zugesicherte Jahrrente von 134,000 Francs. Man s. oben Num. I, unter Preussen, A, 1, u. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. I. Heft 1, S. 124, u. Bd. IV, S. 129 ff.

2) Herzog von Looz Corswarem; wegen seines, im Königreich Hannover liegenden, südlichen Antheils von Rheina Wolbeck, des jetzigen Kreises Emsbühren, mit ungefähr 5000 Einw. (Man s. oben, unter Preussen, A, 7.)

3) Fürst von Bentheim Steinfurt; wegen der vormals reichsständischen Grafschaft Bentheim (jetzt noch in pfandschaftlichem Besitz des Königs von Hannover). Ungefähr 19 QM. mit 24,000 E.

IV) In dem Königreich Wirtemberg [a]).

Fürsten.

1) Hohenlohe Jaxtberg [b]).

2) Fürstenberg.

3) Hohenlohe Kirchberg.

4) Hohenlohe Langenburg.

5) Hohenlohe Oehringen.

6) Hohenlohe Waldenburg und Bartenstein.

7) Hohenlohe Waldenburg Waldenburg [c]) (Schillingsfürst).

8) Oettingen Wallerstein.

9) Thurn und Taxis. (Man s. oben, §. 237, d, und §. 240[a], c.)

---

a) Nach J. D. G. Memminger's Beschreibung oder Geographie u. Statistik, nebst e. Uebersicht der Geschichte von Wirtemberg (Stuttg. 1820. 8.), S. 448, nach der im StaatsHandbuch v. 1815 erklärten *Rangordnung*, die jedoch nicht von allen Standesherren anerkannt ist; mit eigenen Anmerkungen. Ein durchaus befriedigendes Verzeichnifs wird erst dann möglich seyn, wenn die beschlossene Matrikel der wirtembergischen Standesherren wird zu Stande gebracht seyn. — Vergl. Rhein. BundesActe, Art. 24, u. den baierisch-wirtembergischen Vertrag v. 18. Mai 1810, in Martens recueil, Supplém., V. 257.

b) Nach den *hohenlohischen* Hausgesetzen, nehmen die Häupter der einzelnen Linien, *unter sich*, den *Rang* nach ihrem persönlichen Alter.

c) *Schillingsfürst*, im Königreich Baiern, hat der jetzige Fürst an seinen Bruder abgetreten. Man s. unter Baiern, Num. 2.

10) Löwenstein Wertheim Rosenberg *d*).
11) Oettingen Spielberg.
12) Salm Reifferscheid Krautheim, Fürst u. Altgraf *e*).
13) Schwarzenberg.
14) Waldburg Zeil Trauchburg.
15) Waldburg Wolfegg Waldsee.
16) Waldburg Zeil Würzach.
17) Salm Salm *f*).
18) Dietrichstein.
19) Solms Braunfels *g*).

d) Die beiden Linien des Hauses *Löwenstein Wertheim*, besitzen im Königreich Wirtemberg die Graf- oder Herrschaft Löwenstein, welche nicht reichsständisch war.

e) Wegen des auf der *linken* Seite der Jaxt gelegenen Theils von Krautheim. Der andere Theil liegt unter badischer Hoheit.

f) Es sind die fünf fürstlichen Geschwister von *Salm Salm*, Maximilian, Franz, Eleonore, Johanne, und Auguste; Kinder aus der zweiten Ehe des Fürsten Constantin (zu Anholt, s. unter Preussen, Num. 9). Ihre Mutter war eine Tochter des verstorbenen Grafen Christian von Sternberg, welcher für die Grafschaft Blankenheim, Geroldstein, Manderscheid und Keyl, die er durch Heurath mit der Erbtochter des letzten Grafen von Manderscheid erworben hatte, kraft des R. Dep. Hauptschlusses von 1803, §. 24, die vormals reichsständischen Abteien *Schussenried* und *Weissenau* als Entschädigung erhielt, wovon die genannten fünf Geschwister jetzt den dritten Theil besitzen.

g) Es sind der jetzige Erbprinz von *Solms Braunfels* und dessen Bruder, Prinz Bernhard, wegen eines Antheils an der Grafschaft *Limpurg*, die seit Erlöschung des gräflich-limpurgischen Mannstammes im J. 1713, so vielfach vertheilt ist, daſs bloſs an der Stadt Gaildorf mit 1400 Einwohnern, einer der verschiedenen Theilhaber mehr nicht als $\frac{1}{96}$. und ein anderer sogar nur $\frac{1}{96}$ besitzt. Daher sah man hier während der Reichsverfassung regierende Landesherren, auf deren Einen man ein halbes Dutzend Unterthanen rechnen konnte. Bloſs wegen ihrer Antheile an dieser Grafschaft, sind in obigem Verzeichniſs der wirtembergischen Standesherren, ausser Solms Braunfels auch aufgeführt: der Fürst v. *Colloredo Mannsfeld*, und unter den Grafen: *Waldeck Pyrmont*, *Solms Rödel-*

20) ColloredoMannsfeld h).

21) MetternichWinneburgOchsenhausen.

22) Windischgrätz i).

23) LöwensteinWertheimFreudenberg. (Man s. die Noten zu Num. 10 u. 19.)

Grafen.

24) KönigseggAulendorf.

25) WaldeckPyrmont, als Theilhaber an der Grafschaft Limpurg. (Vergl. oben die Note zu Num. 19, u. §. 240 a, c.)

---

heim, *Wittgenstein*, *IsenburgMeerholz*, *PücklerLimpurg*, *RechterenLimpurgSpeckfeld*. Von den seltsam verzweigten Besitzverhältnissen der Grafschaft Limpurg, s. man Winkopp's rhein. Bund, Heft 36 (1809), S. 376 ff. etc. PolizeiFama v. 1805, S. 1030, den (nürnberger) Correspondenten v. u. für Teutschland, v. 15. Jan. 1822, u. aus diesem in d. Archiv für standes- und grundherrl. Rechte, Bd. I, Heft 3, S. 161 — 164. Am ausführlichsten handelt davon, bis 1789, Prescher, in der Geschichte u. Beschreib. der zum fränk. Kreise gehörigen Reichsgrafsch. Limpurg. 2 Theile. Stuttg. 1789 u. u. 1790. 8. — Der gröfste Theil dieser Grafschft gehört jetzt zu dem Königr. *Wirtemberg*. Zu *Baiern* gehört blofs der unter dem Namen Herrschaft *Speckfeld* bekannte Theil, mit ungefähr 4550 Einw., welchen das gräfliche Haus *Rechteren* besitzt, nur mit Ausnahme der Hälfte von Gollhofen, welcher dem Fürsten Georg v. *LöwensteinWertheimFreudenberg* gehört.

h) Der F. v. *ColloredoMannsfeld* kaufte im J. 1802 (oder 1804) von HohenloheBartenstein die Herrschaft Gröningen, einen Bestandtheil der Grafschaft Limpurg. Man s. oben Note g. Auch erwarb derselbe im J. 1803 einen Theil der Grafschaft Rieneck am Main unweit Wirzburg, jetzt unter baierischer Hoheit, welche zu Sitz und Stimme in dem fränkischen GrafenCollegium berechtigt war.

i) *Windischgrätz* war seit 1684 Mitglied des fränkischen GrafenCollegium, aber nur Personalist. Er kaufte späterhin von dem gräflichen Hause Traun, die zu Sitz und Stimme in dem schwäbischen GrafenCollegium berechtigende reichsunmittelbare Herrschaft Egloffs, nebst der bei dem ReichsritterCanton Hegau immatriculirten Herrschaft Siggen, welche zusammen K. Franz II. am 24. Mai 1804 unter dem Namen Windischgrätz zu einem Reichsfürstenthum erhob.

26) SolmsRödelheim, als Theilhaber an der Grafschaft Limpurg. (Note zu Num. 19.)

27) Wittgenstein [k]).

28) IsenburgBüdingenMeerholz, als Theilhaber an der Grafschaft Limpurg. (Vergl. oben, die Note zu Num. 19, u. §. 240[a], c.)

29) WartenbergRoth, jetzt Graf Carl von ErbachErbach [l]).

30) FuggerKirchberg. (Wegen seiner Qualification zu Stimmrecht in der ersten Kammer der Stände, waltet noch Streit vor.)

31) FuggerKirchheim.

32) FuggerNordendorf.

33) FuggerZinneberg.

34) WaldbottBassenheim. (Vgl. Anm. zu VIII.)

35) TörringGuttenzell.

36) QuadtIsny.

37) StadionWarthausen [m]).

38) Rechberg [n]).

39) Neipperg [o]).

40) PücklerLimpurg, als Theilhaber an der Grafschaft Limpurg. (Vergl. oben die Note zu Num. 19.)

---

k) *WittgensteinHohenstein* (sind *Fürsten*), und zwar sämmtliche Nachkommen des im J. 1796 verstorbenen regierenden Grafen Johann Ludwig, wegen ihres Antheils an der Grafschaft *Limpurg*. Sie besitzen daselbst gemeinschaftlich $^{44}/_{70}$ an einem Sechstheil von LimpurgSontheimObersontheim. Man s. oben die Note zu Num. 19.

l) Oder *ErbachWartenbergRoth*, der durch einen Adoptions-Vertrag von seinem StiefGrofsvater, dem Grafen Ludwig von WartenbergRoth (gest. 10. März 1818), die mit FamilienFideicommifs belegte Grafschaft Roth, mit der darauf haftenden beträchtlichen Schuldenlast, übernommen hat.

m) Die andere Linie Stadion*Stadion* zu *Thannhausen*, besitzt nur vormalige reichsritterschaftliche Güter in Wirtemberg.

n) *Rechberg* hatte keine reichsständischen Besitzungen, war auch nicht Personalist in einem GrafenCollegium, obgleich 1613 ihm Aufnahme in das schwäbische zugesichert war. Moser's Staatsr., Th. 38, S. 190 f.

o) *Neipperg* war auf dem Reichstage Personalist in dem schwäbischen GrafenCollegium.

41) **Rechteren Limpurg Speckfeld** p).
42) **Sternberg**. (Man s. die Note zu Num. 17.)
43) **Plettenberg Mietingen**.
44) **Schaesberg**.

Anmerkung.

Am Schlufs dieses Verzeichnisses wird, in der angef. **Memmingerischen** Beschreibung, auch **Salm-Reifferscheid Dyck**, Fürst (seit 1816) und Altgraf, als Standesherr im Königreich Wirtemberg genannt; er wird aber dort dafür jetzt nicht anerkannt q).

V) In dem Grofsherzogthum Baden a).

1) **Markgrafen von Baden**, die grofsherzoglichen Prinzen Leopold, Wilhelm, und Maximilian; wegen

p) Hat seinen Antheil an Adelmannsfelden, einem Bestandtheil der Grafschaft Limpurg (s. Note zu Num. 19), an die Krone Wirtemberg verkauft. Er ist also in Wirtemberg nicht mehr standesherrlich begütert; wohl aber in Baiern.

q) Es ist der Fürst *Franz Joseph*. Dieser wollte seine Standesherrlichkeit in Wirtemberg auf seinen Besitz der vormals reichsständischen (Abtei, nachher) Herrschaft *Baindt* gründen, und defshalb an den stuttgarter Verhandlungen über den Rechtszustand der Standesherren Theil nehmen. Laut des Einganges des 2. VerhandlungsProtocolls, ward er hiezu nicht geeignet gefunden, weil Baindt dadurch, dafs es von dem Grafen AspremontLynden, dem es der R. Dep. Hauptschl. v. 1803 als Entschädigung zugetheilt hatte, an Privatpersonen (ulmer Kaufleute) war veräussert worden, die standesherrlichen Gerechtsame verloren hatte, ehe es der Fürst von SalmDyck, im Nov. 1817, von jenen Privatpersonen durch Kauf erwarb. — Zwar hatte der Fürst überdiefs, durch Vergleich mit dem Grafen von Sternberg (s. Num. 42) ein Miteigenthumsrecht an den vormals reichsständischen Herrschaften *Schussenried* und *Weissenau* in Wirtemberg erworben, aber nur auf so lang, bis der genannte Graf das Pfandcapital von 60,000 Gulden zurückgezahlt haben würde. Dieses ist geschehen; daher kann von ihm auch hierauf, ein Anspruch auf Standesherrlichkeit in Wirtemberg, fernerhin nicht gegründet werden.

a) Rheinische BundesActe, Art. 24. Acte final du congrès de

der Herrschaft Zwingenberg am Neckar, die 1808 zu einer Standesherrschaft erhoben ward *b*). $1^{70}/_{100}$ QM. 2,430 Einw.

F ü r s t e n.

2) Fürstenberg; wegen des gröfsten Theils seiner schwäbischen, vormals reichsständischen Besitzungen. $29^{96}/_{100}$ QM. 71,699 E.

3) Leiningen; wegen des gröfsten Theils des Fürstenthums Leiningen $19^{62}/_{100}$ QM. 72,718 E.

4) LöwensteinWertheimRosenberg; wegen des gröfsten Theils seiner Besitzungen auf der linken Mainseite. Die sämmtlichen fürstlich-löwenst.-wertheimischen Besitzungen im Badischen (von Num. 4, 5 u. 6), haben $19^{62}/_{100}$ QM. u. 17,111 E.

5 u. 6) LöwensteinWertheimFreudenberg, beide SpecialLinien; wegen des gröfsten Theils ihrer Besitzungen auf der linken Mainseite. S. bei Num. 4.

7) SalmReifferscheidKrautheim, Fürst u. Altgraf; wegen des gröfsten, auf der Nordseite der Jaxt gelegenen Theils des Fürstenthums SalmKrautheim. $3^{48}/_{100}$ QM. 12,674 E.

8) Von der Leyen; wegen der Grafschaft HohenGeroldseck *c*), seit dem von Baden mit Oestreich geschlossenen Vertrag vom 4. Oct. 1819. $1^{48}/_{100}$ QM. 4,460 E.

Vienne, art. 51 (Leyen betr.), und die unten bei Num. 8, und unten bei GH. Hessen angeführten Verträge (Num VII). — Der Flächeninhalt und die Volkszahl sind angegeben, nach J. A. Demian's Geographie u. Statistik des Grofsherzogth. Baden (Heidelb. 1820. 8.), S 11 b.

b) Diese Herrschaft war nicht reichsständisch. Nachdem sie über zwei Jahrhunderte lang im Besitz der Reichsunmittelbarkeit gewesen, und der Matrikel des fränkischen reichsunmittelbaren Rittercantons Ottenwald einverleibt gewesen war, eximirte solche Kurpfalz. Der Streit hierüber mit der fränkischen Reichsritterschaft, ward 1752 durch Vergleich beigelegt. Im J. 1808 erhielt sie badische Standesherrlichkeit. Man s. §. 239, b.

c) Die vormals reichsständische Grafschaft *HohenGeroldseck* war in der Zeit des rheinischen Bundes souverain, aber sie

Grafen.

9) LeiningenBilligheim; wegen des Amtes Billigheim. $\frac{7}{8}$ QM. 2230 E.

10) LeiningenNeidenau; wegen des Amtes Neidenau. $\frac{1}{2}$ QM. 1630 E. — Demian a. a. O. giebt für sämmtliche standesherrlichen Besitzungen der beiden gräflichen Linien von Leiningen, zusammen an: $1^{18}/_{100}$ QM. 3829 E.

Anmerkungen.

Durch Kauf erwarb der Grofsherzog von Baden folgende, ihm durch die rheinische BundesActe untergeordnete Standesherrschaften:

a) von dem Fürsten von Auersberg, die gefürstete Grafschaft Thengen, im J. 1811 (Regier. Blatt, 1811, Num. 21). $\frac{1}{2}$ QM. 1,110 E.;

b) von dem Fürsten von Schwarzenberg, die Landgrafschaft Klettgau, im J. 1813. 3 QM. 8910 E.

Ueberdiefs besitzt der Grofsherzog, als Familien-Fideicommifs, die Grafschaften Salem (Salmannsweiler) und Petershausen, vormalige reichsständische Reichsabteien.

Demian a. a. giebt für die «privative Standesherrschaft Sr. K. H. des Grofsherzogs» an: $4^{30}/_{100}$ QM. u. 10,132 E., ohne jedoch anzuzeigen, welche Besitzungen er hierunter verstehe.

Die rheinische BundesActe hatte auch die nassau-oranische, vormals zu der Abtei Weingarten gehörende, Herrschaft Hagnau, bei Meersburg, Baden als Standesherrschaft untergeordnet. Napoleon beraubte aber bald nachher das Haus NassauOranien sei-

---

ward stillschweigend subjicirt, durch die SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 51 u 56. Klüber's Acten des wiener Congr., II. 579. VIII. 152. Durch diese Acte kam dieselbe unter östreichische Hoheit. Diese trat Oestreich an Baden ab, in einem zwischen beiden zu Frankfurt geschlossenen Vertrag v. 10. Jul. 1819, bekräftigt durch den Recès-général der frankf. TerritorialCommission, v. 20. Jul. 1819, art. 8. Am 4. Oct. 1819 erfolgte die Uebergabe an Baden.

ner teutschen Besitzungen, und seitdem befindet sich Hagnau im Besitz des gh. Hauses Baden.

VI) In dem Kurfürstenthum Hessen [a1]).

1) Fürst von IsenburgOffenbachBirstein; wegen Langenselbold und Birstein. (Man s. unten die Note bei Num. VII, 3.)

2) Graf von IsenburgBüdingenWächtersbach; wegen Wächtersbach.

3) Graf von IsenburgBüdingenMeerholz; wegen Meerholz.

4) Graf von SolmsRödelheim; wegen seines Antheils an Praunheim.

VII) In dem Grofsherzogthum Hessen [a2]).

Fürsten.

1) SolmsBraunfels; wegen der Aemter Hungen (Grafschaft), Wölfersheim nebst Gambach, und Grüningen. 10,237 Einw.

2) SolmsLich und Hohensolms; wegen der Aemter Lich und Niederweisel. 6,589 E.

a1) Acte final du congrès de Vienne, art. 52. GH. hessischer Vertrag mit Kurhessen v. 29. Jun. 1816, in Martens recueil, Supplém., VII. 64. Recès-général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort s. M., daté du 20. juillet 1819, art. 25; bei Martens l. c. VIII. 604.

a2) Rheinische BundesActe, Art. 24. Acte final du congrès de Vienne, art. 52. Vertrag zwischen Baden u. GH. Hessen, v. 8. Sept. 1810, in Winkopp's rhein. Bund, Heft 50, S. 302, vergl. mit S. 256 u. f., u. in Martens's recueil, Supplém., V. 280. GH. hessischer Vertrag mit Preussen u. Oestreich v. 30. Jun. 1816, ebendas. VII. 73. Desgl. mit Kurhessen, vom 29. Jun. 1816, ebendas. VII. 64. Recès-général der frankf. TerritorialCommission, v. 20. Jul. 1819, art. 19 u. 25, bei Martens l. c. VIII. 604. — In dem GH. Hessen, machen die standesherrlichen Bezirke fast den vierten Theil des ganzen Staatsgebietes aus. GH. hessische Erklär. in d. Protoc der B.V. v. 1818, §. 65. — Die hier angegebenen

3) IsenburgOffenbachBirstein b); wegen der Aemter Offenbach und Dreieich (8,028 E.), auch wegen des Amtes Philippseich (6,499 E. Philippseich ist der Sitz des apaganirten Grafen von IsenburgPhilippseich), dann wegen des Amtes Wenings (3,197 E.).

4) Leiningen; wegen der CivilGerichtbarkeit erster Instanz über Hesselbach, dann der Cent- und Forstgerichtbarkeit über Hesselbach, Gammelsbach, Kailbach, Hebstahl und Untersensbach.

5) LöwensteinWertheimRosenberg; wegen seines Antheils an der Herrschaft Breuberg und an dem Amt Kirchbeerfurt. (Breuberg hat 10,382 E.; von Kirchbeerfurt s. bei Num 7.)

6 u. 7) LöwensteinWertheimFreudenberg, beide Linien; wegen des Amtes Habitzheim und ihres Antheils an dem Amt Kirchbeerfurt. (Habitzheim und Kirchbeerfurt haben zusammen 3,046 E.)

Grafen.

8) SolmsLaubach; wegen der Aemter (Grafschaft) Laubach und Utphe. 6,606 E.

9) SolmsRödelheim; wegen der Aemter Rödelheim und Niederwöllstadt, und seines Antheils (5/12) an Assenheim. (Dorf Einartshausen, mit 421 E.)

10) SolmsWildenfels; wegen der Herrschaft Engelthal c).

Einwohnerzahlen sind entlehnt aus der 1. Tabelle in A. F. W. Crome's Handb. der Statistik des Grofsherzogth. Hessen, Th. I. Darmst. 1822. gr. 8. Doch fehlen daselbst Angaben zu Num. 9, 10, 14 u. 18.

b) Die rheinische BundesActe hatte dem Fürsten von *Isenburg* die Souverainetät gelassen, und ihm, Art 24, sogar sämmtliche Grafen von Isenburg als Standesherren untergeordnet. Aber Er und diese wurden im J. 1815 Oestreich subjicirt, durch die SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 52. Klüber's Acten des wiener Congr., II. 579. In dem General-Recefs der frankfurter TerritorialCommission vom 20. Jul. 1819, Art. 19 u. 25, erhielten GH. von Hessen und Kurhessen, die Hoheit über die fürstlichen und gräflichen isenburgischen, so wie über die solms-rödelheimischen Besitzungen.

c) Die vormalige nicht-reichsständische, und nicht-reichsun-

11) Erbach Schönberg; wegen der Aemter König und Schönberg (5,189 E.), und seines Antheils an der Herrschaft Breuberg. Die Volkszahl der letzten, s. man bei Num. 5.

12) Erbach Erbach; wegen der Aemter Erbach (3,481 E.) und Reichenberg (4,106 E.), und seines Antheils an dem Amt Kirchbeerfurt. Die Volkszahl des letzten, s. bei Num. 6.

13) Erbach Fürstenau; wegen des Amtes Fürstenau und Michelstadt (6,182 E.), dann des Amtes Freienstein und Rothenberg (6,310 E.).

14) Stollberg Rosla; wegen der Aemter (Grafschaft) Gedern und Ortenberg.

15) Isenburg Büdingen; wegen der Aemter (Grafschaft) Büdingen und Mockstadt. 10,452 E.

16) Isenburg Meerholz; wegen des Amtes Marienborn. 1,999 E.

17) Isenburg Wächtersbach; wegen seines Antheils ($^5/_{12}$) an dem Amt Assenheim (Ronneburg und Michelau). 405 E.

18) Leiningen Westerburg, älterer Linie; wegen der Herrschaft Ilbenstadt *d*).

19) Schlitz, genannt von Görtz; wegen der Herrschaft Schlitz. 6,981 E. Man s. oben §. 239, b.

---

mittelbare CistercienserFrauenAbtei *Engelthal*, in dem Gebiet der ehemaligen Reichsburg Friedberg, erhielt durch den R. Dep. Hauptschl. v. 1803, §. 20, der Graf von Leiningen Westerburg, jüngerer Linie, der sie 1803 an Solms-Wildenfelds verkaufte. Nach einem Recess mit der Reichsburg Friedberg, hatte die Abtei bloss die niedere Gerichtbarkeit in dem Umfang des Klosters; Verbrecher mussten an die Burg abgeliefert werden.

d) Die PrämonstratenserOrdensAbtei *Ilbenstadt* (ein Mönch- und ein Frauenkloster), an dem Gebiet der ehemaligen Reichsburg Friedberg, war nicht reichsständisch, auch nicht reichsunmittelbar. Der R. Dep. Hauptschluss v. 1803, §. 20, gab dieselbe, «mit der Landeshoheit in ihrem geschlossenen Umfang», als Entschädigung dem Grafen von Leiningen Westerburg, ä. L.

VIII) In dem Herzogthum Nassau [a]).

1) Fürst von WiedRunkel; wegen seiner Besitzungen in dem jetzigen Amt Runkel, Bestandtheile der vormals reichsständischen Grafschaft Wied. 8,169 E.

2) Fürst von WiedNeuwied; wegen seiner Besitzungen in dem jetzigen Amt Selters, vorhin Grenzhausen, Bestandtheile der vormals reichsständischen Grafschaft Wied. 5,159 E.

3) Erzherzog Stephan Franz Victor von Oestreich; wegen der Grafschaft Holzappel und der Herrschaft Schaumburg (beide vorhin Anhalt-bernburg-schaumburgisch). 3,477 E.

4) Graf von LeiningenWesterburg; wegen der Grafschaft Westerburg [b]). 3,958 E.

Anmerkung.

Auch der Graf von WaldbottBassenheim wird in den Protocollen der B.V. v. 1818, §. 20, wegen der Herrschaften Reiffenberg und Cransberg (jene unweit Königstein mit 636, diese bei Usingen mit 563 E.), als Standesherr von Nassau aufgeführt. Ob er dafür, im Sinn der BundesActe, gelten könne, da jene Herrschaften nicht reichsständisch, sondern blofs reichsunmittelbar, jedoch nicht reichsritterschaftlich, waren? Die wiener CongrefsActe erwähnt dieser Herrschaften nicht, die rheinische BundesActe, Art. 24, blofs der Herrschaft Cransberg. Dagegen ist der Graf unter Baiern und Wirtemberg unstreitig Standesherr im Sinn der BundesActe, wegen Heggbach und einer Jahrrente auf Buxheim, die er, durch den R. Dep. Hauptschlufs von 1803, als Entschädigung für die reichsständischen Herrschaften Ollbrück und Pyrmont, auf der linken Rheinseite, erhalten hat.

a) Rhein. BundesActe, Art. 24. Vertrag zwischen Preussen u. Nassau v. 31. Mai 1815, in Martens recueil, Supplém., VI. 333.

b) Dieses Haus besitzt, unter nassauischer Hoheit, auch die Herrschaft *Schadeck*, im Amt Runkel, mit 381 Einw.

IX) In dem Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen [a]).

1) Fürst von Fürstenberg; wegen der Herrschaften Trochtelfingen und Jungnau, und des Theils vom Amt Mößkirch auf der linken Seite der Donau. 5¼ QM. 10,000 Einw.

2) Fürst von Thurn und Taxis; wegen der Herrschaft Strasberg und des Amtes Ostrach. 1¾ QM. 3,600 E.

---

a) Rhein. BundesActe, Art. 24.

Alphabetisches Register.

Die Ziffer (nebst dem zuweilen oben daran gesetzten kleinen Buchstaben) zeigt den §. an; der auf gleicher Linie mit ihr stehende Buchstab, weiset auf die mit solchem bezeichnete Note.

A.

C.

D.

H.

I.

J.

L.

N.

Q.

R.

W.

Zusätze und Verbesserungen.

S. 17, §. 13, Note h, Z. 2, nach LOTZ setze: W. J. BEHR.

S. 19, §. 16, Z. 16 v. u., zu dem Wort «Buchdruckerkunst» als *Note* folgendes: J. CPH. Frhr. v. ARETIN über die frühesten universalhistorischen Folgen der Buchdruckerkunst. München 1808. gr. 4.

Ebendaselbst, Z. 17, nach dem Wort «Buchdruckerkunst», setze man: der Post, der politischen und gelehrten Tagblätter und Zeitschriften (u. s. w.)

S. 27, §. 24, Note b, Num. 1, Z. 6, nach 1822. 8. setze man: Corpus juris confoederationis germanicae, von G. v. MEYER. 2 Theile. Frankf. 1822. 8.

S. 31, §. 24, Note h, Z. 14 v. u., nach 1810. 8. setze man: L. v. DRESCH Beiträge zu dem öffentl. Recht des deutschen Bundes. Tüb. 1822. 8.

S. 64, §. 50, Note a, am Schlufs, noch: — Von der *SustentationsCasse* und den vorräthigen *Taxgeldern*, s. Protoc. der B V. v. 1818, §. 29, 71, 73 u. 193.

S. 80, §. 62, Note e, am Schlufs noch: Ein Beispiel in der provisor. CompetenzBestimmung der B.V., in d. Protoc. v. 1817, §. 223, lit. C, (§. 5) Num. 3, lit. a.

S. 82, §. 65, Note b, am Schlufs noch Folgendes: — Eben so die Worte «*Gesammtheit* der Bundesglieder» in den Art. 6 (Veränderungen in dem Besitzstand betreffend) und 16 der wiener SchlufsActe von 1820, welche auf Stimmeneinhelligkeit hinweisen, wenn man sie vergleicht mit demselben Ausdruck in dem Art. 6, die Aufnahme neuer Bundesglieder betreffend, dem in dem Art. 13, Num. 3, dieselbe Bedeutung ausdrücklich beigelegt wird. Man s. unten, §. 121[d], Note d. — Ein drittes Beispiel liefert die Bedeutung der Worte «*erste Standesherren*», in dem Art. 14 der BundesActe. Man s. unten, §. 223 a.

S. 87, §. 51[b], Note a, am Schlufs dieser Note noch: Vergl. auch Protoc. der B.V. v. 1822, §. 105 u. 145. In den Protoc. v. 1817, §. 365, äusserte ein Referent in der B.V., die B.V. sey *nicht* ermächtigt zu authentischer Interpretation derjenigen §§ des R. Dep.Hauptschlusses, welche in die BundesActe aufgenommen worden.

S. 91, §. 73, Note b, Z. 23, lese man: mecklenb. grundgesetzl. Erbvertrag mit der Stadt *Rostock*, v. 13. Mai 1788; in REUSS t. Staatskanzley, Th. XXII, S. 14 ff., u. Th. XXIII, S. 1 ff.

S. 121, §. 94, Z. 9 von unten, nach dem Wort «sind», setze man: in dem unten, §. 176, angegebenen Sinn.

S. 131, §. 101, Note a, Z. 16 v. u., statt «§. 241, Note c», setze man §. 240[c], Note b.

S. 132, §. 102, Note a, nach der letzten Zeile, setze man: Von vorbehaltenen und Reichstag- oder Landtagsachen in den europäischen Monarchieen, s. Bisinger's vergleichende Darstell. der Staatsverfass. in d. europ. Monarchieen, §. 67 — 70, S. 251 — 279.

S. 143, §. 108, am Schlufs, letzte Zeile, setze man: Der vermuthliche Nachfolger des Kurfürsten von Hessen, führt den Titel *Kurprinz*.

S. 146, §. 110, Z. 13, nach «den Erbgrofsherzogen» setze man: und dem Kurprinzen von Hessen.

S. 148, §. 111, Note a, Z. 10, nach «in der 1. Abth.» setze man: und in Bisinger's vergleichender Darstell. der Staatsverfass. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), §. 41 — 47, S. 121 — 136.

Ebendas. Note c, am Schlufs noch Folgendes: Heraldische Beschreibung (Blasonirung) der Wappen der Bundesgenossen, in Bisinger's angef. Darstell., §. 48 — 54, S. 139 — 168.

S. 160, §. 117[b], Z. 15 v. u., statt $1/_{10}$ setze $1/_{17}$.

S 238, §. 148[e], Note c, Z. 8, statt «oben», setze man: unten.

S. 391, §. 181, Z. 7 v. u., nach dem Wort «Cognaten» setze man: (agnatisch-cognatische Thronfolge);

Ebendas. nach dem Schlufswort «letzten» b). setze man als Note Folgendes:

b) Vergl. überhaupt oben §. 179 Note c, und *Bisinger's* vergleichende Darstell. der Staatsverfass. der europ. Monarchieen u. Republ. (Wien 1818. 8.), §. 38, S. 102 ff.

S. 398, §. 184, Note c, am Schlufs, setze man: — Aus ganz neuen Gründen, läugnet, dafs ein teutscher Bundesfürst «wegen gänzlicher oder theilweiser Regierungsunfähigkeit bevormundet werden könne» (dafs in solchem Fall die Staatsregierung durch eine Regentschaft geführt werden könne), Alex. Müller (zu Weimar) über RegentenBevormundung (Ilmenau 1822. 8.), S. 14 ff.

Ebendaselbst, Note d, am Schlufs, setze man hinzu. — In *Oestreich* kann der letzte Stammerbe über das Recht zur Thronfolge nach Belieben verfügen. — Für *Baiern* enthält die Verfassungsurkunde v. 1818, Tit. 2, die nöthigen Bestimmungen.

S. 399, §. 185, Note e, setze man: — Vergl. überhaupt *Bisinger* a. a. O., §. 84, S. 233 ff.

S. 400, §. 186, Note e, Z. 13 v. u., nach «§. 7 ff.» setze man: Das oben (§. 74, a, angef.) *Baierische* FamilienStatut v. 5. Aug. 1819.

S. 406, in der letzten Zeile, statt 56 setze man: 51, et ch. 17, §. 200 et suiv.

S. 407, §. 190, Note c, Z. 13 v. u., setze man hinzu: Remarques politiques sur la cause des Grecs. Paris 1822. 8.

S. 499, 229, Note i, Z. 10, nach «1817, 8.» setze man: De l'éloquence politique et de son influence dans les gouvernemens populaires et représentatifs; par P. S. Laurenti. Paris 1819. 8.

S. 505, §. 230[e], Note d, Z. 21, statt «dem F. v. LöwensteinWertheimRosenberg», setze man: den beiden Linien des fürstl. Hauses LöwensteinWertheim.

S. 531, §. 240^a, Note b, Z. 7 v. u., nach «§. 20.» setze man: — 5) *Hohenlohe*, die neuensteinische Hauptlinie, wegen der obern Grafschaft Gleichen unter sachsen-gothaischer Hoheit. — 6) Graf von *Bentinck*, wegen der Edlen Herrschaft Varel unter oldenburgischer Hoheit, s. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 561 ff. u. 572 ff. (Der künftige Rechtszustand seiner vormals reichsunmittelbaren Herrlichkeit *Kniphausen*, wovon ebendas. S. 553 ff., erwartet nächstens seine Bestimmung. — 7) *SolmsWildenfels*, wegen der Herrschaft Wildenfels unter k. sächsischer Hoheit. v. Römer a. a. O. Th. III, S. 140. —

S. 566, §. 262, Note b, Z. 7 v. u., nach Art. 109, setze man: GH. *hessische* Verordn. v. 5. Jul. 1821.

S. 571, §. 265, Note b, Z. 17, nach «1813. 8.» setze man: 3^b) *Hannover*: Edict, die Bildung der künft. Staatsverwaltung betr., v. 12. Oct. 1822.

S. 661, §. 335, Z. 11 v. u., statt 347^b setze: 347^c.

S. 697, §. 347^b, Note b, Z. 16 v. u., statt «rechtmäsige» setze man: gesetsmäsige.

S. 757, §. 388, Note d, Z. 3 v. u., statt 1816 l. 1806.

S. 780, §. 406, Note c, Z. 7 v. u., setze man hinzu: Grofsherz. *hessische* DienstPragmatik v. 12. April 1820.





